




DOMI NUS ILLU MINA TIO MEA
Taylor Institution.
Vet. Ger. III B. 631







GESCHICHTE

DES

DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

VON

ANTON GINDELY.

ZWEITE ABTHEILUNG:

DIE STRAFDEKRETE FERDINANDS II

UND DER

PFÄLZISCHE KRIEG.

(1621—1623).

DES GANZEN WERKES VIERTER BAND.

PRAG 1880.
VERLAG VON F. TEMPSKY.

DIE

STRAFDEKRETE FERDINANDS II

UND DER

PFÄLZISCHE KRIEG.

VON

ANTON GINDELY.

PRAG 1880.
VERLAG VON F. TEMPSKY.

Druck von A. Haase, vormals Gottlieb Haase Söhne.

Vorwort.

Indem ich eine neue Abtheilung des 30jährigen Krieges veröffentliche, die mit diesem einen Bande abschliesst, habe ich nur um der Gewohnheit willen für dieselbe den bisher üblichen Titel „der pfälzische Krieg“ beibehalten. Der eigentlich zutreffende Titel hätte „die Uebertragung der Kur auf Maximilian von Baiern“ lauten sollen, denn der politische und militärische Kampf während der Jahre 1621—3 drehte sich allein darum, ob der Kaiser sein dem Herzog von Baiern gegebenes Versprechen lösen und ihm die Kur übertragen werde oder nicht. Nur um dieses Grundes willen wurde der Pfalzgraf geächtet und der Krieg gegen ihn und seinen erblichen Besitz geführt. Wie aus dem Inhalt dieses Buches hervorgehen wird, war es allein Maximilians Unnachgiebigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung des angestrebten Zieles, die den Kaiser zur Einhaltung seines Versprechens nöthigte und auf dem Deputationstage von Regensburg die Uebertragung der Kur zur Folge hatte. Die Bedeutung des Herzogs von

Baiern, über die ich schon während meiner früheren Arbeiten nicht im Zweifel war, trat mir jetzt noch klarer vor Augen: er war der besonnenste und zielbewussteste Politiker, der strenge Administrator seines kleinen Besitzthums, er spielte in den J. 1621—3 die entscheidende Rolle und bewirkte durch seine Klugheit und Energie, dass er den Kaiser und den Papst, die deutschen Katholiken und Frankreich für die Förderung seiner Wünsche zu gewinnen oder wenigstens wie z. B. Spanien von jedem Widerstand abzuhalten wusste.

Ueber die Stellung, die Bethlen in den deutschen Kämpfen seit dem Ende des Jahres 1620 einnahm und in welcher Weise er Ungarn zur Theilnahme an denselben zu veranlassen suchte, habe ich diesmal nicht bloss die deutschen Archive, sondern auch das ungarische Staatsarchiv und die in der ungarischen Akademie der Wissenschaften aufbewahrten archivalischen Schätze einem eingehenden Studium unterzogen. Wie bedeutend die Aufschlüsse sind, die dadurch für das politische Gewirre jener Zeit gewonnen wurden und wie weit es mir gelungen ist, Bethlens Stellung zu dem Kaiser und zu dessen Gegnern zu beleuchten, darüber mögen die Fachgenossen urtheilen. Ich bemerke für dieselben nur noch, dass das ungarische Staatsarchiv und auch andere Archive in diesem Lande eine grosse und in Anbetracht der durch die Türken veranlassten Verwüstungen ausserordentlich reiche Fülle von wichtigen Archivalien enthalten, deren Studium nicht genug empfohlen werden

kann, da sie die mannigfachsten Aufschlüsse auch für die nicht ungarische Geschichte bieten.

Um Missverständnissen vorzubeugen wiederhole ich die schon im ersten Band abgegebene Erklärung, dass ich alle Daten sowohl im Texte wie in den Noten, die nur einfach angeführt sind, als dem neuen Stil angehörig betrachtet wissen will. — In diesem wie in den früheren Bänden habe ich den Kurfürsten von der Pfalz und böhmischen Wahlkönig ziemlich regelmässig bloss einfach als Pfalzgrafen bezeichnet, obwohl damit seine Stellung nicht genügend betont wurde. Es geschah dies wegen der prägnanten Kürze des Titels und weil derselbe genügte, ohne dass der Taufname dabei genannt werden musste, während bei dem „Kurfürsten“ stets die Bezeichnung „von der Pfalz“ hätte angeführt werden müssen, um jedem Irrthum vorzubeugen. Ich werde mich der Bezeichnung „Pfalzgraf“ auch künftig in dem angedeuteten Sinne der Kürze halber bedienen.

Die archivalischen Beilagen habe ich in diesem Bande auf ein geringeres Mass reducirt als in den vorigen. Ich hätte von der Publication vielleicht ganz Umgang genommen, wenn ich nicht die Veröffentlichung der die Kapitulation von Pilsen betreffenden Akten zugesagt hätte und wenn es sich mir nicht darum gehandelt hätte, durch einige prägnante Schriftstücke die Stellung, die der Kaiser dem Herzoge von Baiern gegenüber einnahm und jene überspannten Forderungen, zu denen

sich der Pfalzgraf trotz seiner Niederlage noch immer berechtigt glaubte, näher zu beleuchten. Ich ersuche um Entschuldigung, wenn der Band auf diese Weise um fast zwei Bogen stärker geworden ist.

Schliesslich noch einen Wunsch bezüglich der Archive. Heutzutage sind die im westlichen Europa befindlichen Archive der Benützung ebenso zugänglich, wie die Bibliotheken und nur bezüglich der Zeit, bis zu welcher dies geschehen darf, macht sich ein Unterschied geltend. Die einen beschränken die Erlaubniss bis zum Ausbruche der französischen Revolution, die anderen schieben den Zeitpunkt weiter zurück oder weiter vor. In dieser Beziehung kann man mit den Archivverwaltungen nicht rechten, sie folgen einem Gebote der betreffenden Regierung, die den Zeitpunkt im Interesse des öffentlichen Dienstes oder aus anderen Rücksichten bestimmt. Was jedoch der Historiker verlangen kann, ist, dass ihm die Archivkataloge bezüglich jener Zeit, die seiner Forschung zugänglich gemacht wird, ausgefolgt werden. Es hat gar keinen Sinn, wenn dies nicht geschieht; höchstens dient es dazu, ihm die Forschung zu erschweren und ihm die Einsicht in manche wichtige Akten unmöglich zu machen. Denn da die Archivbeamten in diesem Falle die Kataloge allein einsehen und die betreffenden Archivalien aufsuchen, so ist ihre Bemühung — sehr seltene Fälle ausgenommen — nie so erschöpfend, wie es der Gegenstand erheischt und wie allein derjenige, der die mit der Forschung im Zu-

sammenhange stehende Arbeit unternimmt, beurtheilen kann. Um von anderen kleineren Archiven in Deutschland abzusehen, machen die Archivverwaltungen in Berlin und Dresden die Kataloge zugänglich, ersparen sich damit eine Menge überflüssiger Fragen und Belästigungen und machen den Forscher selbständig. Im Interesse der Geschichtschreibung möge man dieses Beispiel überall befolgen, die Archivkataloge ausnahmslos bis zu jenem Zeitpunkt zugänglich machen, bis zu welchem die Archivalien überhaupt ausgefolgt werden: es wird kaum ein Geheimniss dadurch preisgegeben, das nicht auch sonst zur Kenntniss der Geschichtsforschung käme, die Archive aber werden so allein ihrem Zwecke dienstbar gemacht.

PRAG, im Monat Juli 1880.

Der Verfasser.

INHALT.

ERSTES KAPITEL.

Der Krieg in Böhmen bis zur Vertreibung Mansfelds aus dem Lande.

ZWEITES KAPITEL.

Die Hochverrathsprozesse in Böhmen, Mähren und Oesterreich.

DRITTES KAPITEL.

Die Auflösung der Union.

VIERTES KAPITEL.

Lord Digby's Gesandtschaftsreise.

FÜNFTES KAPITEL.

Die Verhandlungen von Hainburg und Nikolsburg und der Friede mit Bethlen.

SECHSTES KAPITEL.

Der Krieg in der unteren Pfalz und in den benachbarten Gegenden.

SIEBENTES KAPITEL.

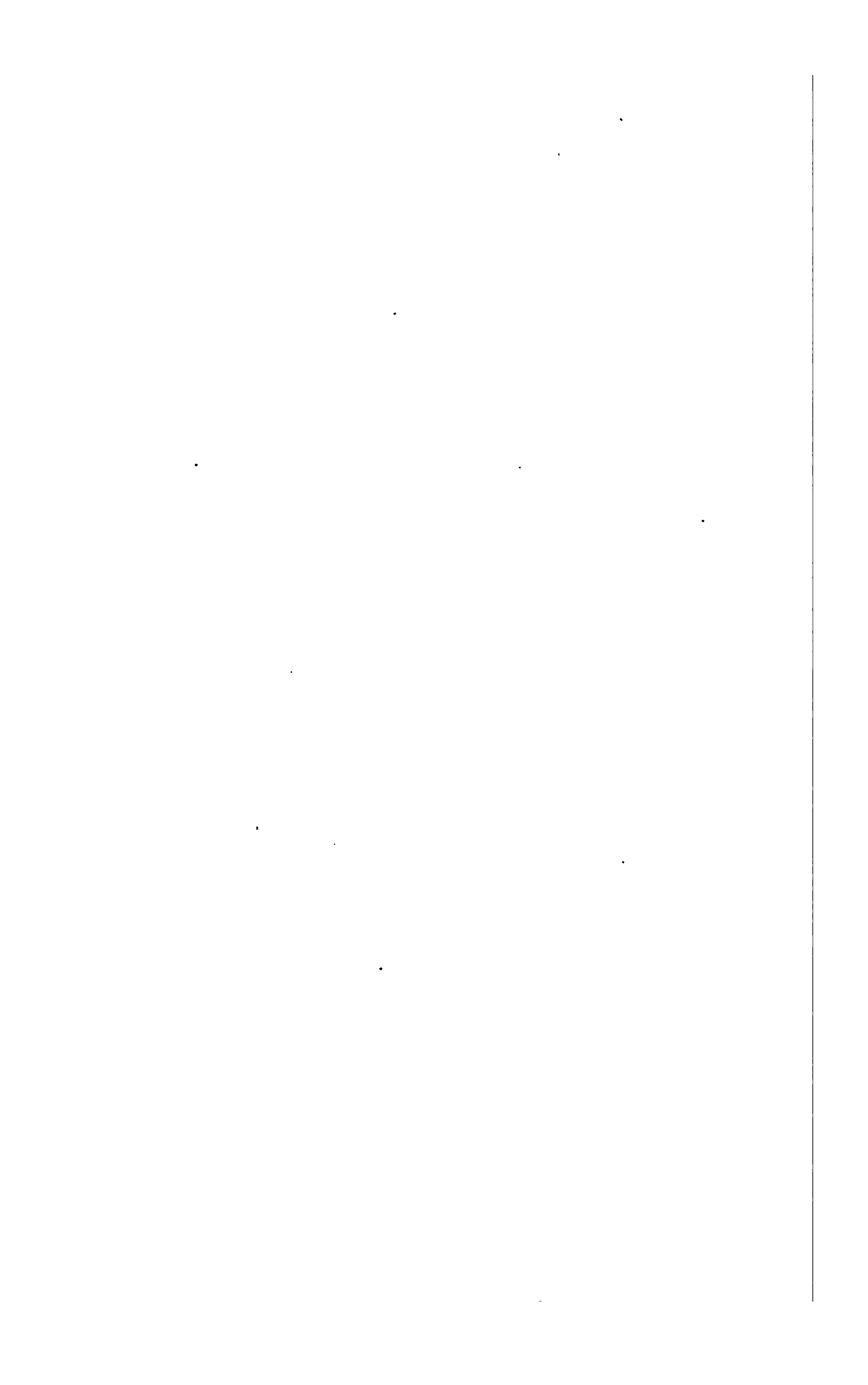
Die Verhandlungen bezüglich der Uebertragung der pfälzischen Kur.

ACHTES KAPITEL.

Der Deputationstag von Regensburg.

NEUNTES KAPITEL.

Die kirchlichen Reformen in Böhmen und Mähren.



Erstes Kapitel.

Der Krieg in Böhmen bis zur Vertreibung Mansfelds aus dem Lande.

I Ist der 30jährige Krieg als ein Religions- oder als ein politischer Krieg anzusehen?

II Bedingungen, unter denen Maximilian die Böhmen zum Gehorsam auffordern liess. Versprechungen des Kurfürsten von Sachsen. Rücksichtsloses Vorgehen Liechtensteins und der kaiserlichen Obersten. Waldstein. Anlehen und Contributionen. Buquoy. Die Ligisten. Liechtensteins Decrete.

III Karlstein wird erobert. Die Verhandlungen mit Mansfeld. Er brandschatzt das Land weit und breit. Sein Dienstanerbieten an Savoyen und an den Pfalzgrafen. Er bemächtigt sich verschiedener Plätze in Böhmen. Plünderung des Klosters Tepl. Mansfeld reist nach Heilbronn. Erfolge der Ligisten. Der Kurfürst von Sachsen und Eger. Eger für den Kaiser gewonnen. Die Verhandlungen mit der Besatzung von Pilsen. Uebergabe von Pilsen, Tabor, Wittingau und Klingenberg.

I

Bevor wir an die Schilderung jener Kämpfe gehen, die seit dem J. 1620 in Deutschland ihren Anfang nahmen und jene Episode des 30jährigen Krieges bilden, die unter dem Namen des „pfälzischen Krieges“ bekannt ist und im J. 1623 mit der Uebergabe von Frankenthal an die spanischen Truppen endete, dürfte unsern Lesern vielleicht eine nähere Beleuchtung der Frage über die massgebenden Motive jenes grossen 30 Jahre dauernden Kampfes, ob er nämlich vorzugsweise als ein religiöser oder politischer Krieg aufzufassen sei, willkommen sein. Der Gegensatz zwischen dem alten und neuen Glauben und der Hass, mit dem sich die Anhänger der verschiedenen Lehrmeinungen verfolgten, scheint für die erste Ansicht zu sprechen; wenn man aber erwägt, wie die Habsucht und Herrschsucht einzelner Fürsten diesen Kampf auszubeuten und deshalb hin-

zuhalten suchte und wie oft es geschah, dass religiöse Gegner während desselben Allianzen mit einander abschlossen, so gewinnt man auch für die zweite Ansicht schwerwiegende Gründe und fühlt sich doppelt zu einer genauen Untersuchung der Streitfrage veranlasst, um eine klare Anschauung über die Motive und Ergebnisse des Kampfes zu gewinnen.

Durch das Auftauchen des Protestantismus war in der inneren Entwicklung der Völker und Staaten des westlichen Europa ein Zwiespalt eingetreten, dessen Grösse man nur ermessen kann, wenn man weiss, wie tief das religiöse Element in das gesammte gesellschaftliche und Familienleben eingriff. Das gemeinsame Wohl und Wehe stand bis dahin mit der Kirche im engsten Zusammenhange. Könige konnten ihr Regiment nicht ohne Anfechtung ausüben, wenn sie die Krone nicht aus ihrer Hand empfangen hatten; der Adel gewann für Tausende seiner Mitglieder ein glänzendes Unterkommen in den Reihen ihrer Diener; die Gelehrten waren an ihre Dogmen gekettet und gehörten fast durchwegs dem geistlichen Stande an. Handel und Gewerbe nahmen bei jedem Schritt ihre Segnungen in Anspruch und sie übte bis in die Werkstätte ihre Macht aus, denn die Nichteinhaltung kontraktlicher Leistungen wurde häufig mit Kirchenstrafen bedroht. Ehrgeiz und Frömmigkeit, Habsucht und Uneigennützigkeit, kurz die stärksten menschlichen Triebfedern fanden in ihr Befriedigung, sie selbst verfügte über Reichthümer jeder Art, die ihren ideellen Einfluss noch vielfach verstärkten. Und nun traten die Reformatoren gegen die ganze bisherige Einrichtung der Kirche mit Leidenschaft auf. Wenn es nach ihrem Wunsche gegangen wäre, so hätte die Kirche in ihrer Macht nichts eingebüsst, sie sollte nur in andere Formen gegossen und die Macht in anderer Weise geübt werden, aber schliesslich ihr oder ihren Dienern doch zu Gute kommen. Bevor das Schlusswort in dieser Angelegenheit gesprochen war, begann zwischen den Anhängern des alten Glaubens und zwischen den Neuerern ein Kampf auf Leben und Tod, der mit mehr oder weniger Grausamkeit in halb Europa geführt wurde. Man sollte nun meinen, dass dieser Kampf und die damit verbundene Verfolgung nur um religiöser, also idealer Interessen willen geführt wurde und gewiss haben Tausende nur um dieser

Gründe willen sich im Angriff oder in der Vertheidigung hervorgethan. Trotzdem gab der religiöse Zwiespalt nur den Anstoss zum Kampfe, die Gründe, um derentwillen er so grosse Dimensionen annahm und so lange währte, waren die Besitzfragen. Nur dem Anhänger der herrschenden Kirche liess man den Schutz der Gesetze zu Gute kommen, den Gegner erklärte man für rechtlos und so vertheidigte dieser mit seiner Ueberzeugung auch seinen Besitz. Dazu kam, dass viele der Neuerer nach den Gütern der alten Kirche lüstern waren, und wenn dies nicht der Fall war, missgönnten sie ihn der genusssüchtigen Geistlichkeit und so brachte der Neid und die Scheelsucht bei ihnen dieselbe Wirkung hervor, wie bei andern die Habsucht. Die Frage um Mein und Dein begleitete ununterbrochen die religiösen Kämpfe und lieferte für den weiteren Brand das nöthige Holz.

Es war dies zu allen Zeiten und bei jedem Kampf der Fall, denn aus welcher Veranlassung immer unternommen gilt derselbe im weiteren Verlauf dem Gewinn oder dem Verlust materieller Güter. Ein gewisser Gedankenkreis beherrscht stets das geistige und materielle Leben der Völker; im 16. und 17. Jahrhundert war es der religiöse, heute ist es der politische und nationale, morgen wird es der sociale und industrielle sein und alle unsere Lebensverhältnisse werden im Einklang mit diesem herrschenden Gedankenkreise geordnet. So wie im 17. Jahrhundert jeder religiöse Angriff die Existenz des Einzelnen bedrohte, also nicht blos eine ideale, sondern eine materielle Seite hatte, so kann der nationale Druck die Existenz der davon Betroffenen verkümmern, weil ihnen die Mittel zu ihrer Ausbildung und dadurch zu ihrem materiellen Fortkommen entzogen werden und ähnlich störend auf die Erwerbs- und Eigenthumsverhältnisse wirkt eine despotische Regierung. Wer sich also gegen den politischen oder nationalen Druck vertheidigt, vertheidigt nur sein tägliches Brod. Die Sorge um unsere Erhaltung liegt uns als zwingende Nothwendigkeit ob und der Wunsch nach ihrer Verbesserung beeinflusst bewusst und unbewusst unsere ganze Handlungsweise, ob wir nun unsern Glauben, oder unsere Sprache, oder unsere Freiheit oder unsern Handelsmarkt vertheidigen; dieser Wunsch ist der Anstoss zu unsern glän-

zendsten Leistungen und der glühendste Ehrgeiz ist in seinem Entstehen mit ihm verknüpft. Die Existenzfragen sind mit einem Worte das Fundament unseres ganzen socialen Lebens; bei gebildeten Völkern knüpfen sich an dieselben tausend andere mehr oder weniger edle Bestrebungen und überwuchern sie, wie die Schlingpflanzen den Baumstamm, oder wie die Haut und die Muskeln das Skelett, aber wenn auch der Baumstamm oder das Skelett in den Hintergrund treten, geben sie doch die eigentliche Grundlage der Gebilde ab. Die Bildung des Einzelnen, seine Arbeitsamkeit, seine Uneigennützigkeit und sein sittlicher Werth kann der Behandlung der Existenzfragen ihre rauhe Wirklichkeit abstreifen, aber die Thätigkeit des Einzelnen ist nur eine konsequenzlose Idylle in dem rücksichtslosen Völkergewoge.

Es ist nicht schwer, diese allgemein aufgestellten Behauptungen im besondern an dem Verlaufe des 30jährigen Krieges nachzuweisen, denn wenn wir die Bestrebungen der zu jener Zeit massgebenden Personen untersuchen oder die Zustände erwägen, die einen so grossen Krieg ermöglichten, so finden wir, dass der religiöse Gegensatz zwar häufig der willkommene Anlass zum Beginn der Feindseligkeit aber weitaus nicht der ausreichende Grund war. Die Gründe, um derentwillen der Krieg im Jahre 1618 seinen Anfang nahm, lagen alle schon im Jahre 1610 vor, wenngleich die unmittelbare Ursache das Product späterer Ereignisse war und fast alle diese Gründe wurzelten in egoistischen Interessen. Denn schon im Jahre 1610 war ein grosses Zerwürfniss zwischen den Herrschern von Oesterreich und ihren Unterthanen eingetreten, das nicht bloss durch die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses hervorgerufen wurde, sondern auch begründet war in dem Bestreben der Stände nach dem grössten Mass politischer Befugnisse, denen die königliche Gewalt und vielleicht ein geordnetes Regiment zum Opfer fallen sollte. Schon damals war der Kurfürst von der Pfalz lüstern nach dem Besitze der Habsburger und stand in hochverrätherischen Beziehungen zu ihren Unterthanen, während die Mitglieder der Union mit den geistlichen Besitzungen in Deutschland aufräumen wollten und nur auf eine passende Gelegenheit lauerten. Schon damals erachteten die Reichsfürsten den Zeitpunkt für gekommen, wo sie im Interesse der angeblichen deut-

schen Libertät die volle Unabhängigkeit in Anspruch nahmen und sich jedwedem Opfer für das deutsche Staatswesen entzogen, weil diese der Kaisergewalt zu Gute kommen konnten. Alle ihre Handlungen zielten auf die Beseitigung derselben und wenn die Protestanten den Kaiser und den Reichshofrath aus religiösen Gründen angriffen, so war dies zum Theil Heuchelei, weil sie politische Zwecke dabei verfolgten und eben so wenig aufrichtig war der Anschluss der Katholiken an die Habsburger, weil er durch die Noth des Augenblickes veranlasst war. Schon damals endlich wollte Frankreich diese Zerwürfnisse und Bestrebungen zu seinem Vortheile ausbeuten. Wäre Heinrich IV am Leben geblieben, so würde er sich auf die Seite der Union gestellt, für die Vertheidigung der deutschen „Libertät" das Schwert gezogen und den Kampf mit den Habsburgern gleich im Beginne mit dem Erfolge unternommen haben, dessen sich Frankreich erst zwanzig Jahre später rühmen konnte. Da jedoch Heinrich plötzlich starb, so fehlte der Union der den Sieg sichernde Bundesgenosse und sie musste vorläufig auf den Angriff verzichten, weil das französische Königshaus in Familienbeziehungen zur spanischen Krone trat. Es waren also hervorragend politische Gründe, welche den Frieden im Jahre 1610 gefährdeten.

Die Ruhepause nach dem Tode Heinrichs wollten nun die deutschen Habsburger benützen, um sich in dem Besitz ihrer Länder zu festigen. Die Art und Weise, wie sich Mathias zur Interpretation des „Vergleiches" stellte und die „Instruction", die nach Ferdinands Erhebung auf den böhmischen Thron den Stadtrichtern gegeben wurde, lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass man es auf kaiserlicher Seite auf die Unterdrückung der Protestanten abgesehen hatte und ihnen ein ähnliches Loos bereiten wollte, wie es ihnen in der Steiermark zu Theil geworden war. Diese Massnahmen reizten die protestantischen Parteiführer Böhmens zum Aufstande, zu dem sie seit zehn Jahren die mannigfachsten Vorbereitungen getroffen hatten, den Funken in das Pulverfass hatten aber die habsburgischen Fürsten geworfen. Nun sollte man meinen, dass bei ihnen die religiöse Frage den Ausschlag gab, dass sie dabei nur die Herrschaft der alten Kirche ins Auge fassten und dass

sich wenigstens Ferdinand allein von religiösen Motiven leiten liess, als er jenen Massregeln gegen die Protestanten beigestimmt hatte. Aber so wie die Stände neben ihrem religiösen Bekenntnisse politische Ziele verfolgten, so fassten auch die Habsburger den Zuwachs an Macht ins Auge, den ihnen die Rekatholisirung ihrer Länder verschaffen musste und trotz aller seiner tiefen Anhänglichkeit an die katholische Kirche war dies selbst bei Ferdinand der Fall. Die geringe Bedeutung, die die königliche Macht in Böhmen besass, da nicht einmal die Anstellung der obersten Beamten von ihrem Belieben abhing, wurmte ihn und seine Anhänger, und als die Nachricht von dem Fenstersturze zu ihm gelangte, begrüssten er und seine Vertrauten dieses Ereigniss als die passendste Gelegenheit, um die königliche Macht aus der vermeinten Schmach zu erheben. Die religiöse Frage nahm den ganzen Inhalt des Denkens und Wissens bei Ferdinand ein, sie war der Gegenstand seiner täglichen Unterhaltung und Beschäftigung, sie veranlasste ihn zu solchen Demuthsbezeugungen, dass man in ihm einen Menschen vermuthet hätte, der auf Rang und Macht kein Gewicht legt, und dennoch gipfelten auch bei ihm die Consequenzen seiner Kämpfe und Anstrengungen in der Machtfrage. Dabei war Ferdinand ein gutmüthiger und friedfertiger Mann, der sich mit dem seinigen begnügt hätte und dessen einziger Thätigkeitstrieb nur gegen den Irrglauben gerichtet schien, aber zum Kampfe herausgefordert, traten bei ihm weltliche Interessen in den Vordergrund. Und wie er beim Siege auf Machtgewinn bedacht war, so suchte er die unvermeidliche Niederlage gegen Frankreich dadurch hintanzuhalten, dass er die Lausitz an Sachsen preisgab und so die religiösen Interessen schädigte, die er sonst erfolgreicher hätte vertheidigen können, wenn er den Elsass an Frankreich abgetreten und die Lausitz wieder gewonnen hätte.

Was von Ferdinand gilt, gilt in weit höherem Grade von allen bedeutenden Männern, die im Laufe des 30jährigen Krieges auftauchen. Maximilian von Baiern begrüsste den Kampf als die passendste Gelegenheit, um die pfälzische Kur für sein Haus zu gewinnen und widerstrebte, wie wir sehen werden, jedem selbst vom Kaiser gewünschten Ausgleich, durch den der Pfalz-

graf wieder in den Besitz derselben hätte gelangen können. Von Frankreich wollen wir nicht weiter sprechen, da die Politik der Kardinäle Richelieu und Mazarin ganz offen auf Vergrösserung der französischen Macht hinausging, aber der sonderbaren Haltung des Papstes Urban VIII*) müssen wir hier gedenken. Gewiss lag diesem Papste viel an der unbeschränkten Herrschaft der katholischen Kirche, aber um den Preis, dass die Habsburger den Gewinn davonzögen und so ihre ihm verhasste Herrschaft in Italien verewigten, wollte er sie nicht erringen. Er feindete deshalb die Fürsten dieses Hauses so lange an, als das Glück sich an ihre Fahnen heftete und suchte ihnen die Mittel zum Kampfe zu entziehen, indem er in die Besteuerung des spanischen Clerus nicht einwilligte. So wurde die Politik dieses Papstes in der entscheidenden Stunde durch das weltliche und nicht das religiöse Interesse bestimmt und nur die Gefahr eines Schisma's, mit dem man ihn von Spanien aus bedrohte, brachte ihn zur Nachgiebigkeit; die spätere schlimme Lage der von ihm angefeindeten Habsburger minderte seinen Groll und liess ihn eine neutrale Haltung einnehmen.

Was wir von den Katholiken behaupten, trifft auch die Protestanten, trifft insbesondere Gustav Adolf, die hervorragendste Gestalt während des ganzen mörderischen Kampfes. Wer erinnert sich nicht, wie er Ordnung und Gottesfurcht unter den zuchtlosen Soldaten aufrecht zu halten suchte, wer weiss es nicht, mit welcher Innigkeit er dem Lutherthum anhing und wie er nach seinen Siegen demselben in der Unterpfalz eine sichere Stätte zu begründen suchte und deshalb mit dem Pfalzgrafen einen schweren Streit heraufbeschwor, da dieser dem Kalvinismus die alleinige Herrschaft sichern wollte. Gewiss, die Religion war ihm ein theures Gut und er war bereit in ihrer Vertheidigung sich den grössten Gefahren zu unterziehen, aber sein Augenmerk war ununterbrochen auf die Begründung einer Herrschaft gerichtet, die sich an den beiden Ufern der Ostsee hinziehen sollte. Um ihretwillen wollte er einen Raub an seinem Glaubensgenossen und Schwager, dem

*) Ueber die Stellung dieses Papstes zu den Habsburgern werden wir in der Geschichte von 1630 an die überraschendsten Aufschlüsse bringen.

Kurfürsten von Brandenburg begehen, ihn aus dem angehofften Besitz von Pommern verdrängen und dieses für sich erwerben. In bewusster Weise benützte Gustav Adolf die Erbitterung, die sich in Deutschland gegen die kaiserlichen Truppen entwickelt hatte, um auf den Trümmern des kaiserlichen Regiments eine eigene Herrschaft zu gründen.

Von anderen Persönlichkeiten, wie von Christian von Halberstadt, dem Markgrafen von Baden, Mansfeld und seinem Gegenbilde, Albrecht von Waldstein, wollen wir nicht weiter reden, da die Motive ihrer Handlungsweise zu klar am Tage liegen, als dass man ihre Haltung durch andere als persönliche Interessen erklären könnte. Ebenso wenig bedarf es einer Auseinandersetzung der Gründe, welche die ungarischen Stände und die Fürsten von Siebenbürgen Bethlen und Rákóczi bei ihrem Kampfe gegen die Habsburger leiteten; es waren dieselben Gründe, welche im 14. und 15. Jahrhundert zu Zerwürfnissen mit den Luxemburgern, dem Corvinen und den Jagellonen führten: einestheils die Unbotmässigkeit des Adels, anderntheils der Druck, den das unordentliche königliche Regiment übte, welche beiden Gründe in Ungarn in permanenter Dauer waren. Die damit im Zusammenhange stehenden Bewegungen machen den Inhalt des magyarischen Lebens aus, wenngleich es manchmal neue Formen annimmt, und so übte auch jetzt die Religion keinen tieferen Einfluss aus, als dass sie den Kämpfen eine neue Form gab.

Die Ursache, um derentwillen Kriege ihren Anfang nehmen ist tausendfach, aber sobald sie begonnen haben, tritt diese Ursache in den Hintergrund und an ihre Stelle tritt die Frage wegen Befriedigung des Ehrgeizes und Eigennutzes und gibt dem Kampfe die Dauer.

II

Durch die Niederlage auf dem weissen Berge erlitten die ständischen Corporationen in Oesterreich einen so nachhaltigen Schlag, dass die Wiederaufrichtung der habsburgischen Herrschaft nicht hintangehalten werden konnte. Hätte sich der

besiegte Pfalzgraf in sein Loos gefügt und einigen Opfern unterzogen, um die Aussöhnung mit dem Kaiser herbeizuführen und würde der Sieger sich mit den dargebotenen Opfern begnügt haben, so würde eine Art faulen Friedens die Fortführung des religiös-politischen Kampfes für einige Jahre in Deutschland unterbrochen haben. Dem Sieger mangelte es jedoch an Mässigung und dem Besiegten an der wünschenswerten Einsicht in seine verzweifelte Lage und so wurde der Kampf fortgesetzt. Es schien allerdings, als ob derselbe nicht lange andauern würde, da sich die Freunde des Pfalzgrafen einer nach dem andern zurückzogen: zuerst war es die Union, welche vom Kampfe abliess und die Hände in den Schoos legte und ihr folgte Bethlen. Nur der abenteuerliche Mansfeld legte die Waffen nicht nieder, obwohl er sich mit der kaiserlichen Partei in Unterhandlungen eingelassen hatte, denn nachdem er trotz aller Kühnheit und List aus Böhmen verdrängt worden war, nistete er sich in der oberen und unteren Pfalz ein, brachte die für den Kampf vorliegenden Gründe zu erneuerter Geltung und hatte das meiste Verdienst daran, dass der Pfalzgraf nicht ohne Kampf aus seinem Besitze verdrängt wurde. Die Anstrengungen Mansfelds für den unglücklichen Winterkönig knüpften an den letzten Widerstand in Böhmen an und so beschäftigt uns zuerst das Schicksal dieses Landes.

Die Plünderungen, denen Prag nach der Schlacht auf dem weissen Berge ausgesetzt war, dehnten sich allmälig überall dahin aus, wohin das siegreiche Heer seinen Fuss setzte. Der Herzog von Baiern suchte zwar diesem Elend nach Möglichkeit zu steuern, allein seine Mahnungen fanden bei den kaiserlichen Obersten nur wenig Gehör und noch weniger Gehorsam und sie waren deshalb sehr zufrieden, als er seine Rückreise nach München ankündigte, weil sie mit ihm eines lästigen Tadlers los wurden. Vor seinem Abschiede ernannte Maximilian den Fürsten Karl von Liechtenstein zu seinem Stellvertreter unter dem Titel eines „subdelegirten Commissarius“ *) und ermahnte

15. Nov. 1620

*) Wiener StA. Ferd. an Max dd. 2. Dec. 1620. Ferdinand bestätigte in diesem Schreiben die Ernennung Liechtensteins und seinen Titel.

ihn eindringlich, doch dafür zu sorgen,*) dass man mit den ununterbrochenen Gewaltthätigkeiten ein Ende mache, weil sonst die ganze Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben und sich ohne Unterschied von neuem erheben würde.**) Ob der Fürst dieser Mahnung zu folgen versprach, wissen wir nicht, jedenfalls liess er sie später unbeachtet.

Maximilian entwarf vor seiner Abreise eine Instruction für diejenigen Beamten, welche in die noch nicht besetzten Kreise Böhmens geschickt werden sollten, um die Einwohner zum Gehorsam aufzufordern. Sie sollten sich zu keinerlei Versprechungen bezüglich der politischen Freiheiten und des Majestätsbriefes verleiten lassen, sondern alle derartigen Gesuche an den Kaiser weisen, aber den Bittstellern für ihre Personen und ihre Güter jeglichen Schutz verheissen, so dass sie weder für ihre Freiheit noch für ihr Vermögen zu fürchten brauchten. Derartige Versprechungen hatte Maximilian seit seinem Einzug in Böhmen öfter wiederholt, ohne die Einwohner des Landes dadurch zum Anschlusse an die kaiserliche Sache bewegen zu können; jetzt nach dem Sieg auf dem weissen Berge war er nach der Erklärung, die man in Wien seiner Vollmacht gab, dazu nicht berechtigt, weil von einer freiwilligen Unterwerfung nicht mehr die Rede sein könne, sondern nur von einer Ergebung auf Gnade und Ungnade. Diese enge Auffassung seiner Vollmacht wies Maximilian jedoch zurück; zum Theil mag ihn das Mitleid mit den Bedrängten zu einem derartigen Vorgehen veranlasst haben, zum Theil mag er keine Ahnung von den Confiscationsplänen der wiener Regierung gehabt haben. Gegen erhöhte Steuerleistungen wollte er die böhmischen Stände nicht schützen und ebenso wenig gegen

*) Sächs. StA. Patent Maximilians dd. 15. Nov. 1620.

**) Münchener StA. Maximilian an Liechtenstein dd. 16. Nov. 1620. Er mahnte ihn in diesem Briefe, dass man das kais. Heer rasch von Prag dem Feinde (nach Mähren) entgegenführen möge, weil dasselbe „mit Rauben, Plündern, auch Frauen und Jungfrauen schänden sammt anderem Ungebühr dermassen excessive verführet, dass man nunmehr fast anderes nichts zugewarten, als dass die Unterthanen sowohl Herrn, Adels, als andre niedere Stände zur gänzlichen Desperation und dannenhero zu einem neuen Generalaufstandt gebracht werden möchten.“

die Schmälerung ihrer politischen und religiösen Rechte und gegen die Bestrafung der Urheber der ganzen Bewegung; ja er forderte, wie wir schon berichtet haben*), den Kaiser auf, dass er die Verfassung in beliebiger Weise umgestalte und die Urheber der Rebellion beim Kopfe fasse, aber dem materiellen Verderben wollte er weder das Volk noch den Adel preisgeben.**)

Die Stände der verschiedenen Kreise, die sich nicht schon am 12. November in Prag eingefunden hatten, beeilten sich vor und nach der Absendung der betreffenden Commissäre ihre Unterwerfung anzubieten, verlangten aber stets die Aufrechthaltung ihrer Privilegien, an welche Forderung die Städte noch insbesondere die Bitte um Verschonung mit der Einquartierung des Kriegsvolkes knüpften: um die Sicherung des Eigenthums bat Niemand, da man sich nicht im Traume einfallen liess, anders als etwa durch höhere Steuern geschädigt zu werden. Als einige in der Nähe Sachsens gelegenen Städte und sesshaften Edelleute dem Kurfürsten Johann Georg unter denselben Bedingungen ihre Unterwerfung anboten, beeilte sich derselbe seiner Commission, die wie erinnerlich auch auf Böhmen lautete, nachzukommen, die betreffenden Erklärungen anzunehmen und mit Versprechungen zu beantworten, die viel weiter gingen als die Maximilians. So nahm er keinen Anstand die Stadt Brüx, die sich zuerst an ihn gewendet hatte, des Fortgenusses ihrer Privilegien und des freien Religionsbekenntnisses zu versichern, ja er ersuchte sogar den Herzog Maximilian, dass er die Stadt mit der Einquartierung einer Besatzung verschonen möchte.***) Dem Beispiel von Brüx folgte der Adel des leitmeritzer Kreises†) und diesem wieder einzelne Städte.††) Beachtenswerth

1620

*) Band III. S. 377.

**) Münchener StA. Instruction Maximilians für die Gesandten, die in die böhmischen Kreise abreisen sollen dd. 17. Nov. 1620.

***) Sächs. StA. Kursachsen an Maximilian dd. 13./23. Nov. 1620. — Ebend. Instruction, wie sich die brüxer Gesandten bei Kursachsen zu verhalten dd. 16. Nov. 1620. — Ebend. Die Stadt Brüx an Kursachsen dd. 23. Nov. 1620. — Ebend. Kursachsen an die Stadt Brüx dd. 13./23. November 1620.

†) Sächs. StA. Der Adel des Leitmeritzer Kreises an Kursachsen dd. 15. Nov. 1620. — Ebend. Vollmacht des Adels für die Gesandten.

††) Die betreffenden Erklärungen im Sächs. StA.

ist der Umstand, dass als die Gesandten der leitmeritzer Ritterschaft den Kurfürsten um seine Vermittlung ersuchten, sie nur um das freie Bekenntniss der augsburger Confession baten und sonach die durch den Majestätsbrief gewährleistete böhmische Confession aufgaben. *) Auch für den leitmeritzer Kreis legte Johann Georg eine Fürbitte bei Maximilian ein und ebenso ertheilte er den Bittstellern die Zusicherung, dass er sie im Genusse ihrer Privilegien und ihres freien Religionsbekenntnisses so lange schützen wolle, bis beides ihnen vom Kaiser von neuem zugesichert werden würde. **) Da er in so freundlicher Weise die an ihn ergangenen Gesuche erledigte, steigerte sich das Zutrauen zu ihm von Tag zu Tag und nunmehr begnügten sich einzelne Edelleute nicht mehr mit den im allgemeinen ihnen ertheilten Versprechungen, sondern ersuchten ihn um Schutzbriefe für ihre Güter, welcher Bitte der Kurfürst gleichfalls nachkam.***)

Es musste sich bald zeigen, ob und wie der „subdelegirte Commissarius“, der Fürst von Liechtenstein, den mehr oder weniger weit gehenden Zusicherungen Sachsens und Baierns nachkommen und namentlich ob er die Städte vor der Behandlung schützen wollte, die Prag zu Theil geworden war. Hätten die kaiserlichen Obersten den Rath Maximilians befolgt, so würden sie ohne Zögern aus Prag aufgebrochen und nach Mähren und Schlesien gezogen sein, um auch da den Aufstand niederzuwerfen und dadurch wäre den böhmischen Städten am besten geholfen worden. Allein dies war nicht nach dem Sinne der Machthaber, die den Krieg nicht rasch zu Ende führen, sondern sich vor allem bereichern wollten. Ihrem Interesse entsprach es, zuerst das Land auszuplündern, bevor sie ihrer Aufgabe in Mähren nachkamen und so stürzten sie sich auf die Städte des nördlichen Böhmens mit gieriger Wuth. Albrecht von Waldstein erzwang sich durch Drohungen und Versprechungen Eingang in die Stadt Brüx und forderte auch die Städte und den

*) Sächs. StA. Bittgesuch der Leitmeritzer Ritterschaft an Kursachsen dd. 14./24. Nov. 1620.

**) Sächs. StA. Antwort des Kurfürsten dd. 16./26. Nov. 1620.

***) Wenzel Rampach an Kursachsen, Kaplíř von Sulewic an Kursachsen etc. im sächs. StA. — Ebend. Verzeichniss der für Böhmen verfertigten Salvaguardien.

Adel des Leitmeritzer Kreises auf, Deputirte nach Laun zu schicken und durch diese ihre Unterwerfung unter das kaiserliche Regiment anzubieten. Er nahm keine Rücksicht auf die gleichzeitigen Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Sachsen und dessen Versprechungen*) und es half auch nichts, dass sich der letztere der Bedrängten annahm und seine Rechte als kaiserlicher Commissarius vertheidigte, denn von Prag langte in Leitmeritz ein Schreiben an, in dem der Fürst von Liechtenstein sein Missfallen darüber kundgab, dass sich die Stände dieses Kreises von dem übrigen Lande absondern wollten und sie ermahnte, sich dem Befehle Waldsteins zu fügen.**)

1620 Um diesem Befehle Nachdruck zu geben, rückten Anfangs December kaiserliche Truppen in den Leitmeritzer und Saazer Kreis ein und verbreiteten dort dieselben Drangsale, unter denen die südlichen und westlichen Gegenden des Landes bis dahin geseufzt hatten. So wurden, um ein Beispiel anzuführen, die Güter des Herrn von Hochhausen geplündert und ihm dann von einem Hauptmanne Albrechts von Waldstein eine Zahlung von 25.000 Thaler auferlegt.***) Hochhausen klagte hierüber bei dem Kurfürsten von Sachsen, bei dem von allen Seiten gleiche Beschwerden einliefen, †) unter denen namentlich die der Stadt Brüx Beachtung verdienen. Abgesehen davon, dass der Bürgerschaft alle Waffen und alle Munition abgenommen wurden — was nach dem Stand der Dinge eine wohl zu rechtfertigende Massregel war — und dass die Garnison und die Kosten ihrer Erhaltung täglich erhöht wurde, verlangte Waldstein für sich besondere Geschenke, so unter anderen „einige hundert Fass Wein"; alle diese und andere Forderungen waren von schrecklichen Drohungen begleitet, so dass man sich zu Anlehen entschliessen musste, um ihnen zu genügen. ††) Dem Adel des

*) Der Leitmeritzer Kreis an Kursachsen dd. 27. Nov. 1620. Ebend.

**) Sächs. StA. Kursachsen an Waldstein dd. 18./28. Nov. 1620. — Ebend. Liechtenstein an den Leitmeritzer Kreis dd. 29. Nov. 1620.

***) Sächs. StA. Hochhausen an Kursachsen dd. 5. Dec. 1620.

†) Der Leitmeritzer Kreis an Kursachsen dd. 9. Dec. 1620. Sächs. StA.

††) Sächs. StA. Die Stadt Brüx an Kursachsen dd. 9. Dec. 1620. — Skála V, 8. — Archiv von Neuhaus, Schuldbrief der Stadt Brüx dem H. Fitzthum ausgestellt den 16. Dec. 1620.

Leitmeritzer Kreises kam der Befehl zu eine Geldcontribution zu erlegen, die so hoch bemessen war, dass man sie nur als ein Anlehen verlangte, das später zurückgezahlt werden sollte.*)

Bei den Städten nahm man häufig nicht einmal zu dieser Täuschung Zuflucht, sondern forderte von vornherein so hohe Contributionen, dass sie ausser Verhältniss zu ihrer Leistungsfähigkeit und dem wirklichen Bedarf des Heeres standen.**) Trotzdem zahlten die meisten Städte mehr oder minder grosse Summen und knüpften daran nur die Bedingung, dass sie mit der Einquartierung der Soldaten verschont würden. So lange das Geld nicht erlegt war, kargte man nicht mit Versprechungen, nachher hielt man sich an kein noch so feierlich ertheiltes Wort gebunden. So erging es den Königgrätzern, die um Befreiung ihrer Stadt von der Besatzung ersuchten, weil sie sich bei ihrer Unterwerfung zu einem Anlehen von 4000 Thalern verstanden und so die weiteren Drangsale mit der Auszahlung dieser Summe ausdrücklich abgekauft hatten. Ihre Vorstellungen wurden nicht beachtet, das Kommando über die bei ihnen einquartierten Truppen erhielt Wenzel Wchynský, jener aus dem Chlumecer Bauernaufstand bekannte Edelmann, der, wir wissen nicht auf welche Weise, sich gleich nach der Schlacht auf dem weissen Berge mit der kaiserlichen Regierung vollständig ausgesöhnt und ihr darauf bei den mährischen Ständen die besten Dienste geleistet hatte.***) Nicht besser erging es den Bürgern von Saaz, als sie den Fürsten Liechtenstein um Herabminderung der Contribution von 20.000 Thalern ersuchten, zu der sie sich im ersten Schrecken vor den unter Waldsteins Kommando heranrückenden Schaaren verpflichtet hatten, obwohl sie diese Bitte damit begründeten, dass sie nicht bloss die bei ihnen einquartierte Garnison unterhalten müssten, sondern auch noch 15.000 Thaler bar erlegt hätten.†) Man wird ihren

*) Georg Sezima von Aušti und Adam Kostomlatský von Wřesowic dd. 19. Dec. 1620. Sächs. StA. — Ebend. die Stadt Leitmeritz an Kursachsen dd. 24. Dec. 1620.

**) d'Elvert II, 1. Liechtenstein an Ferdinand dd. 22. Nov. 1621.

***) Böhm. StA. Die Stadt Königgrätz an Liechtenstein dd. 5. Dec. 1620. — Ebend. Dieselbe an denselben dd. 6. Dec. 1620.

†) Böhm. Statth. A. Die Saazer an Liechtenstein dd. 9. Dec. 1620.

Jammer um so mehr begreifen, wenn man weiss, dass Waldstein die Städte Saaz und Schlan zu einer Lieferung von 700 Fass Wein zwang und noch überdies die reichsten Bürger in beiden Städten nöthigte, ihm 80.000 Thaler zu zahlen. *) Wie es diesen ging, so ging es allen übrigen Städten, zu denen eine irgendwie gangbare Heerstrasse führte. Der Fürst von Liechtenstein versicherte zwar den Kaiser, dass er eine gewisse „Taxe“ festgesetzt habe, welche die Bürger an die Soldaten zu zahlen verpflichtet sein sollten, **) allein diese Taxe wurde von den Officieren willkürlich überschritten, wie dies am besten aus der Art und Weise ersichtlich ist, in der Waldstein seine Stellung auszubeuten wusste. Die Adelssitze auf dem Lande wurden nach Belieben gebrandschatzt, Geld, Einrichtungsstücke, Kleider, Betten und Wäsche wurden geraubt, so dass sich der Edelleute eine wahre Verzweiflung bemächtigte und viele des Lebens überdrüssig wurden. ***) Trotz der winterlichen Jahreszeit flüchteten einzelne Personen in die Wälder und suchten in einsamen Forsthäusern Zuflucht vor der Raub- und Mordgier der Soldaten. †) Die lauwarmen Mahnungen Liechtensteins, in denen er ab und zu von Buquoy verlangte, dass er der Tyrannei seiner Offiziere und Soldaten ein Ende machen solle, fruchteten nichts, da dieser selbst in erster Reihe bei den Bedrückungen betheiligt war. Beschuldigte ihn doch der bairische Oberst Heimhausen, dass er entschlossen sei, Prag nicht eher zu verlassen, als bis er die Stadt trotz ihres furchtbaren Elends zu einer neuen Contribution genöthigt haben würde und dass er sich nicht weiter am Krieg betheiligen, sondern mit der gemachten Beute nach den Niederlanden ziehen werde. ††) Es war das letztere eine unbegründete Vermuthung, aber sie zeigt, welcher Werthschätzung sich der kaiserliche Befehlshaber bei einigen uneigennützigen ligistischen Offizieren — und zu diesen

*) Münchener RA. Der bairische Oberst Heimhausen an den Herzog von Baiern dd. 1. Dec. 1620.

**) d'Elvert, II, 3. Liechtenstein an den Kaiser dd. 9. Dec. 1620.

***) Brünner LA. Eliška Žerotínská z Valdštejna paní Kateřině Žerotínské rozené z Valdštejna dd. 4. Dec. 1620.

†) Brünner LA. Samuel Kocorský paní Kateřině Žerotínské.

††) Münchner RA. Heimhausen an Max. v. Baiern dd. 9. Dec. 1620.

gehörte Heimhausen — erfreute. Zu seinem rücksichtslosen Auftreten glaubte sich Buquoy übrigens berechtigt: es war ihm bekannt, dass der Kaiser die hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes durch die Confiscation ihrer Güter strafen wolle und da sich seiner Ansicht nach das ganze Land in hervorragender Weise am Aufstand betheiligt hatte, so war Niemand einer besonderen Schonung würdig.

Gegen die Ligisten wurden keine Klagen erhoben, man war froh, wenn sie statt der Kaiserlichen einquartiert wurden; wo sie Contributionen erhoben, geschah dies in massvoller Weise. Tilly und Heimhausen erwiesen sich als Männer von ehrenhaftem Charakter, bei denen die Bedrängten Schutz fanden. Einer von den hohen ligistischen Offizieren, der oberste Zeugmeister Grotta, der das Beispiel der Kaiserlichen nachahmte und seinen Raub nach Baiern schickte, um ihn so in Sicherheit zu bringen, wurde von Maximilian für dieses frevelhafte Treiben in strengster Weise gerügt, wie denn der Herzog wiederholt dem Obersten Heimhausen und dem Generallieutenant Tilly auftrug, Buquoy zu mahnen,*) dass die Beraubung des Volkes ein Ende nehme und auch den Kaiser ersuchte, dass er von seiner Auktorität Gebrauch mache und sein Kriegsvolk nicht in so schändlicher Weise in Böhmen hausen lasse: Treue und Glaube müssten gehalten, also die gemachten Versprechungen nicht gebrochen werden, weil sonst alles zur Verzweiflung getrieben würde.**) Wohl schrieb der Kaiser nach dieser Aufforderung in scharfen Worten an Buquoy und bewirkte in der That dadurch, dass derselbe sich endlich von Prag erhob und den Zug nach Mähren antrat,***) allein es war zu spät, als dass dem Lande damit geholfen worden wäre. Man berechnete die Beute, die das kaiserliche Heer allein in Prag gemacht, auf zwei Millionen Thaler.†)

*) Münchner RA. Heimhausen an Max. dd. 18. Dec. 1620. — Ebend. Max. an Heimhausen dd. 17. Dec. 1620. — Ebend. Bericht aus Prag. Ohne Datum. — Ebend. Max. an Tilly dd. 25. Dec. 1620. — Ebend. Max. an Heimhausen dd. 17. Dec. 1620.

**) Wiener Kriegsarchiv. Max. an Ferd. dd. 21. Dec. 1620.

***) Münchener StA. Ferd. II an Maximilian dd. Wien 28. Dec. 1620.

†) Wiener StA. Aus Prag dd. 20. Dec. 1620.

Diese Berechnung gibt uns einen Massstab zu den Brandschatzungen des übrigen Landes.

Liechtenstein beeilte sich mittlerweile den gesammten Verwaltungsapparat im Lande umzugestalten und alles, was unter dem früheren Regiment geschehen war, wo möglich rückgängig zu machen. Dahin zielte die Verordnung, dass die unter dem Pfalzgrafen geprägte Münze eingeschmolzen werden solle und dass alle gerichtlichen Entscheidungen als null und nichtig anzusehen seien und eine neue Entscheidung gefällt werden müsse.*) Zu gleichem Zwecke verordnete er, dass die Rathskollegien in den einzelnen Städten umgestaltet und wo möglich in der Weise erneuert werden sollten, wie sie vor dem J. 1618 bestanden hatten. Er bestimmte ferner, dass die Verwaltung der königlichen Herrschaften in die Hände verlässlicher Personen gelegt, dass bei den Aemtern in Prag alle einflussreichen Posten neu besetzt, dass die Waffen- und Munitionsvorräthe den einzelnen Städten weggenommen und die Güter der hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes sequestrirt werden sollten.**) Liechtenstein suchte auch durch strenge Verfügungen den im Lande um sich greifenden Räubereien ein Ende zu machen, er erliess Strafdekrete gegen die Bauern bei Rakonitz und in anderen Gegenden, die sich in ihrer Noth wieder erhoben und dem andern Raubgesindel angeschlossen hatten. Trotz dieser und anderer Verordnungen, die noch schärfer exequirt wurden, als sie lauteten, befriedigte er nicht den Hass der neuen Gewalthaber; man erhob gegen ihn den Vorwurf, dass er gegen die Ketzer zu viel Nachsicht übe, viel zu viele noch im Amte lasse und ähnliches mehr. Wenn er diesen Eiferern hätte genügen wollen, so würde die Verwaltung und damit die gesetzliche Ordnung in die Brüche gegangen sein, da die Katholiken zu ihrer Aufrechthaltung weder über die nöthige Zahl von Beamten, noch über die entsprechenden Kenntnisse verfügten. In Wien würdigte man jedoch die Verdienste Liechtensteins besser, denn der Kaiser bestätigte ihn vorläufig in dem Amte, welches ihm der Herzog von Baiern übertragen

*) Skála IV, 422. Verschiedene Patente des Fürsten von Liechtenstein im böhm. Statthaltereiarchiv und im prager Stadtarchiv.

**) Ebendaselbst. Liechtenstein an den Kaiser dd. 9. und 16. Dec. 1620.

hatte. Es mag nur ein schlaues Manöver gewesen sein, wenn der Fürst trotzdem um seine Abberufung ersuchte, denn nichts lag ihm ferner als auf den Einfluss zu verzichten, dessen er sich jetzt erfreute, und der ihm die Gelegenheit zur Vermehrung seines Besitzstandes bot.*)

III

Trotz des Schreckens, den die Plünderungen und das immer schärfere Regiment des Fürsten von Liechtenstein im Lande verbreiteten, waren nicht alle Städte unter den Gehorsam des Kaisers zurückgekehrt, einige derselben, und zwar Eger, Elbogen, Wittingau, Neuhaus, Klingenberg, Worlik, Tabor und Karlstein hatten zahlreiche Besatzungen aus geschulten meist ausländischen Truppen bestehend, die sich nicht entfernen wollten, wenn ihnen ihre Soldrückstände nicht ausbezahlt würden. Die Aussicht, dass sich diese Orte bald ergeben würden, war um so geringer, als abgesehen von dem Mangel an Belagerungsgeschütz auch die winterliche Jahreszeit die Vornahme von Kriegsoperationen erschwerte und so begnügte man sich auf kaiserlicher Seite vorerst mit der Bedrohung von Karlstein, das man wegen seiner Nähe von Prag füglich nicht im feindlichen Besitze lassen konnte. Wenn etwas die Unfähigkeit Anhalts als Feldherr dokumentirt, so ist dies die Besetzung zahlreicher unwichtiger Orte und die damit verbundene Verzettelung seiner Streitkräfte. In Karlstein befand sich der grössere Theil jener 2000 Engländer, deren Marsch nach Böhmen die freiwilligen Gaben Englands fast verschlungen hatte und hier blieben sie während der verhängnissvollen Schlacht, die vielleicht durch ihre Mitwirkung einen minder schmählichen Ausgang genommen hätte. Als Buquoy zur Belagerung Karlsteins heranrückte, fehlte der Besatzung der Muth zum Widerstande und sie verstand sich schon am folgenden Tage zur Uebergabe der Burg gegen freien Abzug.**) Die Engländer wandten sich nach dem Westen von Böhmen, wo sie dem Grafen Mans-

23. Nov. 1620

*) Liechtenstein an Ferd. dd. 11. Dec. 1620 bei d'Elvert II.

**) Wiener Staatsarchiv. Aus Prag dd. 10. Dec. 1624.

feld in die Hände fielen und sich an ihn von neuem verdingten.*) Der Gewinn von Karlstein wurde wenige Tage später durch den von Neuhaus vervollständigt. Man knüpfte mit dem dortigen Kommandanten Unterhandlungen an und da man ihm und der Besatzung die Auszahlung eines dreimonatlichen Soldes versprach, so liess er sich gewinnen und trat mit seiner Mannschaft in kaiserliche Dienste.**)

Alles kam nun darauf an, dass man ein ähnliches Resultat mit dem Grafen Mansfeld erreichte, denn dadurch wäre man in den Besitz Pilsens und der westlich gelegenen Städte gelangt. Die Unterhandlungen mit ihm hatten im Monat Oktober **1620** den von uns geschilderten Verlauf genommen, hatten zum Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen ihm und den Kaiserlichen geführt und es so ermöglicht, dass Buquoy und Maximilian ihren Zug nach Prag fortsetzen konnten. Es war nun an dem Kaiser die Bestätigung abzugeben, dass er die dem Grafen Mansfeld gemachten Zusagen erfüllen werde und obwohl ihm ein derartiges Versprechen schwer ankommen musste, gab er doch nach und schickte seinen Kammerdiener Papazoni mit einer schriftlichen Erklärung ab, die an Mansfeld als Garantie für die Einhaltung des mit ihm abgeschlossenen Vertrags ausgeliefert werden sollte. Nun traf es sich, dass der Kammerdiener durch mancherlei Gefahren in seiner Reise aufgehalten wurde und mit Buquoy erst nach dem auf dem weissen Berge erlangten Siege zusammentraf.***) Die Sachlage stand jetzt so günstig für die kaiserliche Sache, dass man sich fragen konnte, ob man die gemachten Versprechungen einhalten, oder ob man nicht versuchen solle, auf billigere Weise in den Besitz von Pilsen zu gelangen. Diese Absicht spricht sich in einem Schreiben aus, das die in Prag versammelten Stände an die pilsner Besatzung richten mussten, in dem sie dieselbe aus ihrem Dienste entliessen und ihr gleichzeitig eine theilweise Bezahlung ihrer Soldrückstände verhiessen, wenn sie der an sie ergehenden Aufforderung zur

*) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 1. Jan. 1621. — Münchner StA. Instruction pour le sieur Frenkin, im Januar 1621.

**) Skála IV, 422.

***) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 24. Dec. 1620.

Abdankung folgen würde. Wahrscheinlich wollte man ein Zerwürfniss zwischen Mansfeld und seiner Mannschaft zuwege bringen und es der letzteren nahe legen für ihre eigene Rechnung in Verhandlung mit Buquoy zu treten und ihr Loos von ihrem Anführer zu trennen, der dann das leere Nachsehen haben sollte.*)

Wie dem nun auch sein mag, ob diese Zuschrift wirklich in der angedeuteten Absicht nach Pilsen abgeschickt wurde oder ob man sich auf kaiserlicher Seite mit dem Grafen ausgleichen wollte, jedenfalls beeilte man sich nicht ihm das Billet Ferdinands zuzuschicken und ihm eine weitere Zahlung zu leisten, sondern liess den Monat November vorübergehen, aber vorläufig auch den mit ihm abgeschlossenen Waffenstillstand gelten. Mansfeld, der die Gefahr erkannte, die ihn bedrohte, war erbötig bei den vereinbarten Bedingungen zu verharren, aber gleichzeitig suchte er sich gegen alle künftigen Eventualitäten zu rüsten. Er ermahnte die Kommandanten der von den pfalzgräflichen Truppen besetzten Städte zur möglichsten Ausdauer und zur Herbeischaffung des nöthigen Proviants und ging ihnen selbst mit dem besten Beispiele voran, indem er den pilsener Kreis von seinen Schaaren durchstreifen, Getreide, Salz, Fett, Heu und Stroh requiriren und alles dies nach Pilsen transportiren liess. Auch für die nöthigen Fleischvorräthe sorgte er, indem er das zusammengeraubte Vieh schlachten und theils einpöckeln, theils räuchern liess; kurz er zeigte überall eine vorsorgliche Thätigkeit, die ihn in den Stand setzte den kommenden Ereignissen ruhiger entgegenzusehen.

Während dem suchte sich Mansfeld auch die Gewissheit zu verschaffen, ob man auf kaiserlicher Seite die Verhandlungen mit ihm abbrechen wolle oder nicht und mahnte deshalb den Freiherrn von Tilly an die Einhaltung der gemachten Versprechungen und die Auszahlung der zugesagten Gelder. Tilly schrieb hierüber an Maximilian und dieser war erbötig die verlangte Summe zu zahlen und so das gegebene Wort einzulösen.**) Bevor jedoch Mansfeld dies erfahren hatte, schickte

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die in Prag anwesenden Stände an die pilsener Besatzung dd. 16. Nov. 1621.

**) Münchner RA. Max. an Tilly dd. 16. Dec. 1620.

er seinen Hauptmann Laporta an Buquoy und verlangte von ihm 200000 Gulden in barem und 200000 zahlbar binnen Jahresfrist und erbot sich dafür Pilsen aufzugeben und nach der Oberpfalz zu ziehen, seine Truppen dort zu entlassen und ihnen den Eintritt in kaiserliche Dienste freizustellen. In diese Convention sollten auch der Kommandant von Tabor, Oberst Frenk, und die taborer Besatzung aufgenommen und dem ersteren 60000 Gulden ausbezahlt werden. Buquoy war jedoch bereits nach Mähren gezogen, als Laporta in Prag anlangte und da man sich auf kaiserlicher Seite jetzt noch weniger als früher an die gegebenen Versprechungen gebunden hielt, so wurde Laporta mit Ausflüchten hingehalten. Dem Herzog von Baiern widerstrebte dieses Vorgehen,*) denn als er keine Nachrichten von dem Abschlusse der Verhandlungen erhielt, trug er seinem General-Lieutenant auf, sein Anbot um 50000 Gulden zu erhöhen, ja er bevollmächtigte ihn sogar die Unterhandlungen allein zu Ende zu führen, wenn Buquoy aus allerhand Gründen den Abschluss nicht beschleunigen würde.**) Gleichzeitig trug er ihm auf, mit den Hauptleuten und der Mannschaft der pilsner Besatzung in Verhandlungen zu treten, wenn Mansfeld Ausflüchte suchen würde, und so zum Ziele zu gelangen.

Da man in Prag den Gedanken einer Einigung mit Mansfeld ganz fallen liess, so richtete Fürst Liechtenstein an die pilsner Besatzung ein Manifest, worin er sie zur Uebergabe dieses Platzes aufforderte und ihren General beschuldigte, dass er den mit ihm eingeleiteten Vergleich stets durch neue Forderungen erschwere.***) Mansfeld, durch diesen Vorgang gereizt, liess die Gegner seine Rache fühlen, indem er die Stadt Rokycan überfiel, sie plünderte und den Flammen übergab und darauf seine Raubzüge täglich weiter ausdehnte, so dass

*) Münchner StA. Memoire pour S. Porte, à fin de conclure... le traité avec Mr. le comte de Buquoy. — Wiener StA. Aus Prag dd. 12. December 1620.

**) Münchner RA. Max. an Tilly dd. 25. Dec.

***) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Liechtenstein an die pilsner Besatzung dd. (?) Dec. 1620. — Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. $\frac{24. \text{ Dec. } 1620.}{3. \text{ Jan. } 1621.}$

seine Schaaren bis drei Meilen vor Prag streiften.*) Gleichzeitig suchte er sich den Pass nach der Oberpfalz für einen allfälligen Abmarsch aus Böhmen zu sichern und überfiel zu diesem Ende Tachau, den wichtigsten Ort der dahin führenden Strasse und gelangte in dessen Besitz.**) Da er nicht daran zweifelte, dass man sich in keine ernsten Verhandlungen mit ihm einlassen sondern ihn mit Täuschungen hinhalten werde, so musste er sich fragen, was er thun wolle, so lange er noch seine Truppen unter seinem Kommando habe. Er dachte daran sich dem Pfalzgrafen wieder anzuschliessen, trotzdem er ihn durch seine Verhandlungen mit den Gegnern preisgegeben hatte, am liebsten wäre er aber in die Dienste des Herzogs von Savoyen getreten. Er richtete deshalb an den letzteren die Bitte, dass er ihn mit seiner ganzen Mannschaft, die er durch nachträgliche Werbungen auf 4000 Reiter und drei Infanterieregimenter zu erhöhen gedachte, in seinen Dienst nehme oder dafür sorge, dass die Republik Venedig dies thue. Seine Bitte hatte jedoch keinen Erfolg. Der Herzog von Savoyen hatte wohl die beste Meinung von den Fähigkeiten Mansfelds und hätte ihn gern in seine Dienste genommen, wenn er seiner bedurft hätte, aber da Frankreich von einer Befehdung der Habsburger noch nichts wissen wollte, wie sehr es ihnen auch ihre jetzigen Erfolge zu missgönnen begann, so konnte Karl Emmanuel nicht daran denken allein zu den Waffen zu greifen, und aus denselben Gründen mag auch Venedig Mansfelds allfällige Zumuthungen abgelehnt haben. Die Bitten und Anerbietungen des Grafen wurden zwar nicht abgewiesen, aber er wurde vom Herzog auf eine spätere Entscheidung vertröstet. Wake, der englische Gesandte in Turin, ermahnte ihn dagegen den Kampf in Deutschland nicht aufzugeben, sondern auszuharren, bis ihm aus England frische Geldmittel zugeschickt würden.***)

*) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 24. Dec. 1620. — Skála V, 2.

**) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 1. Jan. 1621. — Skála V, 3.

***) Münchner StA. Articles à proposer a S. A. Sav. — Ebend. Tournon an Mansfeld dd. 17. Jan. 1621. — Münchner RA. Mansfeld an den Herzog von Savoyen. — Münchner StA. Wake an Mansfeld dd. 20. Jan. 1621 und ein späterer Brief von demselben an denselben.

Da Mansfeld auf einen abweislichen Bescheid von Savoyen gefasst sein musste, so hatte er fast gleichzeitig mit dem Gesuch an Savoyen ein solches an die Holländer abgehen lassen, worin er sich Subsidien erbat und im Falle ihrer Gewährung dem Pfalzgrafen seine Dienste anbot. Sein Wunsch fand in Haag bessere Erhörung,*) man war bereit, ihn zu unterstützen, doch scheint man sich mit der Erfüllung des Versprechens nicht beeilt zu haben, wenigstens ist uns nicht bekannt, dass man ihm aus Holland im Januar Geld geschickt hätte. Nur aus der Oberpfalz erhielt er gegen Ende des Monats eine Nachricht, die besser lautete, als eine blosse Vertröstung; die dortige kurfürstliche Regierung ermunterte ihn nicht bloss zur Behauptung von Pilsen, sondern versprach ihm auch die nöthige Munition und andere Bedürfnisse zuzuführen.**)

gegen Ende Dec. 1620

1621

Für Mansfeld standen also gegen Ende Januar die Verhältnisse so, dass er, im Falle er seine Truppen zusammenhielt und den Kampf fortsetzte, auf die Unterstützung Hollands, des Pfalzgrafen und durch ihn auf die allfällige Hilfe von England hoffen und so sich für die bisherigen Opfer bezahlt machen konnte. Er musste aber seine Truppen durch neue Werbungen stärken und mit dem Pfalzgrafen in nähere Beziehungen treten, um sich mit dessen Namen bei seinem weiteren Vorgehen wie mit einem Schilde zu decken. Zu diesem Zwecke schickte er gegen Ende Januar einen vertrauten Agenten an ihn ab und erläuterte durch diesen seinen weiteren Kriegsplan. Er wollte sein Fussvolk auf 6000 Mann vermehren, ungerechnet das Regiment Frenk, das in Tabor lag und die in seinem Sold befindlichen Engländer, dazu wollte er seine Kavallerie verstärken und auf diese Weise eine Truppenmacht von 12—15000 Mann zusammenbringen, mit der er sich den Angriffen der Liga gewachsen glaubte. Indem er den Pfalzgrafen eine neue Wendung des Kriegsglückes hoffen liess, verlangte er, dass er ihn zu seinem General in Böhmen und den pfälzischen Ländern ernenne, ihm aus der Oberpfalz mehr Kriegsmittel zuschicke, ihm

1621

*) Münchner StA. Ein Brief an Mansfeld ohne Unterschrift dd. 6./16. Jan. 1621.

**) Die Räthe in Amberg an Mansfeld dd. 16./26. Jan. 1621.

einen Monatssold für seine Truppen auszahle und sich bei Bethlen verwende, damit ihm dieser 2—3000 Reiter zu Hilfe schicke, eine Bitte, die Mansfeld auch direkt an den Fürsten von Siebenbürgen richtete.*) Bei dieser Gelegenheit liess er dem Pfalzgrafen die Versicherung zukommen, dass er nie daran gedacht habe, Pilsen dem Feinde auszuliefern, sondern dass er es durch die Unterhandlungen nur auf die Täuschung desselben abgesehen habe.**)

Da der Pfalzgraf von Hohenlohe die Nachricht erhalten hatte, wie wenig der Kurfürst von Sachsen und mithin auch der Kaiser geneigt seien, ihm bei einem Friedensschluss irgend einen Ersatz für die in Böhmen vergeudeten Geldsummen zukommen zu lassen, und da er noch immer sein Schicksal günstiger zu gestalten hoffte, wenn er zu den Waffen griff, so nahm er die Ergebenheitsversicherungen Mansfelds mit Dank an und übertrug ihm das Kommando über alle seine Streitkräfte in „Böhmen und den inkorporirten Ländern," die Bitte dagegen, ihn auch zum General in seinen pfälzischen Ländern zu ernennen, liess er unberücksichtigt. Seiner Geldnoth suchte er dadurch abzuhelfen, dass er ihm 30000 Gulden in Nürnberg zur Auszahlung anzuweisen versprach und ihm eine weitere Geldhilfe von 200000 Gulden aus Holland in Aussicht stellte.***)

Mansfeld legte während dieser Verhandlungen die Hände nicht in den Schoos, sondern suchte durch die Bezwingung wohlhabender Städte sich die nöthigen Geldmittel zu erwerben, um den dringendsten Bedürfnissen selbst genügen zu können. Aus diesem Grunde beschloss er das Kloster und die Stadt Tepl anzugreifen, und rückte deshalb zuerst gegen die ungefähr eine halbe Stunde vom Kloster entfernte Stadt vor. Die Bürger, die sich gegen ihn zu vertheidigen gedachten und zu diesem Zwecke an 400 Bauern in ihre Mauern aufgenommen hatten, verloren den Muth und flüchteten sich zum Theil in die benachbarten Wälder. Die Stadt, von der der General vor dem Angriffe 6000 Gulden

*) Münchner StA. Instruction pour le Sieur Frenkin, im Januar 1621.

**) Mansfeld an Bethlen dd. 18./28. Januar 1621. Münchner StA.

***) Münchner StA. Resolution auf die Forderungen Mansfelds dd. 2./12. Febr. 1621.

Contribution verlangte, war ihm nun mit allem ihren Vermögen preisgegeben, doch scheint er sich mit dem Bürgermeister über eine bestimmte Summe verglichen zu haben. Schlimmer ging es dem Kloster, aus dem sich die Mönche rechtzeitig nach Kaaden geflüchtet hatten. Mansfeld liess nicht nur die Umfassungsmauer desselben niederreissen, sondern nahm auch alle werthvollen Gegenstände in Beschlag und überliess das Uebrige seinen Soldaten. Die Mönche fanden bei ihrer Rückkehr nur kahle Mauern, nicht einmal ihre Bücherschätze waren ihnen geblieben, sondern von einem gewissen Menzel weggeführt worden und in der Kirche fehlte sogar die Orgel, da die Soldaten das Metall zum Giessen der Kugeln verwendet hatten.*)

Nach der Einnahme von Tepl setzte Mansfeld seine Streifzüge weiter fort und bemächtigte sich einiger Plätze im elbogner Kreise, aber er durfte mit Gewissheit erwarten, dass er dies nicht länger ungestraft werde thun können, da nicht nur Tilly mittlerweile einen Theil seiner Truppen gegen den Westen von Böhmen dirigirte, sondern auch der Kurfürst von Sachsen einige Tausend Mann unter dem Kommando des Obersten Wřesowec dahin abschickte und beider Anstrengungen durch die unter Huerta's Kommando befindlichen allerdings unbedeutenden kaiserlichen Streitkräfte unterstützt wurden, denn Marradas, dem einige Tausend Mann zu Gebote standen, verwendete dieselben zur Einschliessung von Tabor und Wittingau und zur Besetzung einiger im Süden gelegenen Orte.**) Mansfeld hatte noch keine Nachricht erhalten, wie der Pfalzgraf seine Bitte aufgenommen hatte und schon sah er gegen sich die feindliche Uebermacht im Anzuge. Wenn er den Kampf weiterführen wollte, so durfte er nicht Friedrichs Antwort erwarten, sondern musste alle Freunde desselben veranlassen, ihre Zahlungen nicht an diesen,

*) Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 26. Januar 1621. — Skála V, 4 u. flg. Wann der Ueberfall von Tepl vor sich ging, kann man nur vermuthungsweise angeben, wahrscheinlich am 17. Januar. Skála gibt nur die Tage aber nicht das Datum an und Waldstein berichtet von dem Ereigniss am 26. Januar als von einer jüngst geschehenen Thatsache. Wenn man diese beiden Angaben kombinirt ergibt sich der 17. Januar.

**) Wiener StA. Marradas an Buquoy dd. 16. Febr. 1621.

sondern unmittelbar an ihn selbst zu entrichten; nur so konnte er sein Heer erhalten und auf jene Höhe bringen, dass er den Gegnern kühn die Stirn bieten konnte. Zu diesem Zwecke war es nothwendig, dass er sich persönlich nach Heilbronn ver-
1621 fügte, wo zu Anfang Februar ein Unionstag abgehalten wurde. Seine Entfernung aus Böhmen hatte aber auch ihre Gefahren: er setzte seine Truppen unberechenbaren Kriegszufällen aus und überliess die Besatzung in Pilsen den Einflüsterungen kaiserlicher Vertrauensmänner, die sicherlich seine Abreise benützen würden, um mit ihr in Verhandlungen zu treten. Um diesen Zufällen zu begegnen, nahm er wieder zur List seine Zuflucht; er schickte einen Boten an Tilly ab und entschuldigte sich, dass die Verhandlungen wegen der Uebergabe ins Stocken gerathen seien, indem er die Schuld daran dem Huerta zumass und sich zu energischerer Fortführung derselben anbot, gleichzeitig aber um eine Erneuerung des Waffenstillstandes auf sechs Wochen ersuchte.*) Ohne eine Antwort auf diesen Antrag abzuwarten, reiste Mansfeld darauf nach Heilbronn ab.

Schon vor seiner Abreise hatten die Kaiserlichen sich der Stadt Haida bemächtigt und die feindliche Besatzung vertrieben.
1621 Am 2. Februar folgte der oberste bairische Zeugmeister Grotta diesem Beispiele, indem er an der Spitze einiger ligistischen und kaiserlichen Truppenabtheilungen, welche letztere von Huerta kommandirt wurden, Tachau angriff und die Besatzung durch ein Bombardement sowie durch Drohungen zur Kapitulation nöthigte.**) Drei Tage nachher zogen die Sieger nach Tepl, das die mansfeldischen Truppen bereits geräumt hatten, so dass sie die Stadt ohne Widerstand besetzen konnten. Grotta griff darauf Schlackenwerth und Petschau an, säuberte diese Orte von dem Feinde und wollte nun seinen Angriff auf Eger richten. Da der Kurfürst von Sachsen sich selbst dieser Stadt

*) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 4. Febr. 1621. In der Apologie und was noch auffallender ist auch bei Skála ist die Rede von einer zweifachen Abreise Mansfelds nach Deutschland, von denen die erste schon in der ersten Hälfte Januar stattgefunden haben müsste. Wir bezweifeln trotzdem, dass dieselbe wirklich stattgefunden habe, jedenfalls besitzen wir nur von der nach Heilbronn sichere Nachrichten.

**) Skála V, 36.

bemächtigen wollte, so ersuchte der sächsische Oberst Wřesowec, der sich persönlich bei Grotta einfand, dass er diesen Zug aufgeben möge,*) welcher Bitte der letztere bereitwillig nachkam.

Wir haben berichtet, welche Stellung der Kurfürst von Sachsen bis dahin Böhmen gegenüber eingenommen hatte, wie er die Bittgesuche einzelner Edelleute und Städte annahm und zu ihren Gunsten zu vermitteln suchte, dagegen eine bewaffnete Expedition in dieses Land vermied. Später aber änderte er seinen Sinn, als sich die Stadt Eger und die Ritterschaft dieses Gebietes auf seine am 18. November an sie ergangene Aufforderung sich zu unterwerfen, ablehnend verhielten.**) Die Egerer wollten nämlich die Verhandlungen in die Länge ziehen, weil sie auf einen Umschwung des Kriegsglückes hofften und antworteten deshalb, dass sie sich vorläufig nicht erklären könnten, weil sie benachrichtigt worden seien, dass zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen ein Waffenstillstand geschlossen worden sei.***) Johann Georg verwies dem egerer Stadtrath mit strengen Worten diese Ausflüchte und schickte dieses Schreiben durch einen gewissen Preller ab, der die Verhandlungen zu Ende führen sollte. Eger suchte auch jetzt Zeit zu gewinnen, die Berathungen der Ritterschaft und des Stadtrathes wollten kein Ende nehmen und der Gesandte wurde von Tag zu Tag auf eine Antwort vertröstet. Einzelne Edelleute wie z. B. Georg Christoph von Trautenberg vertrauten dem Gesandten an, wie erfreut sie seien, dass der Kurfürst die Commission auf sich genommen habe und wie gern man sich in seinen Schutz begeben und von Böhmen trennen wolle, allein die schliessliche Antwort der Stände deutete noch immer keine Unterwerfung an.†) Denn nachdem sie in derselben des langen

1620

*) Sächs. StA. Wřesowec an Kursachen dd. 16. Febr. 1621.

**) Sächs. StA. Aufforderung Kursachsens an das Gebiet von Eger dd. 8./18. November 1620.

***) Der egerer Rath an Kursachsen dd. 27. Nov. 1620. Sächs. StA. — Ebend. Johann Georg an die Stadt Eger dd. $\frac{\text{24. Nov.}}{\text{4. Dec.}}$ 1620.

†) Sächs. StA. Bericht Prellers dd. 13. Dec. 1620. — Ebend. Erklärung der Stadt Eger und der Ritterschaft dd. 27. Dec. 1620.

und breiten auseinandergesetzt hatten, dass sie sich an dem Aufstande nicht betheiligt und erst nach dreimaliger Mahnung dem König Friedrich gehuldigt hätten, nahmen sie um dieses Grundes willen volle Neutralität für sich in Anspruch und erklärten zugleich, dass sie sich von den durch die Huldigung eingegangenen Verpflichtung nicht so rasch losmachen könnten. Frägt man, was den Egerern den Muth zu dieser ablehnenden Haltung gab, so sind mehrere Gründe dafür vorhanden. Zunächst war die Stadt gut befestigt, besass zahlreiche Kanonen und eine reichliche Munition, verfügte über 1250 Mann geworbener Truppen und über 600 Mann, die die Landschaft aufgeboten hatte und zu allem dem kam noch die Bürgerschaft, die die Waffen nicht ohne Kampf niederlegen wollte.*) Auf eine Belagerung konnten sie es ankommen lassen und bei dem Mangel an Belagerungsgeschütz auf Seite der Gegner war gar nicht abzusehen, wann sie bei genügendem Mundvorrath zur Capitulation gezwungen werden könnten. Der Muth der Egerer wurde auch durch Nachrichten erhöht, die sie aus Nürnberg und Amberg heimlich hatten einholen lassen, und die zu Gunsten des Pfalzgrafen lauteten. Der Umstand, dass Mansfeld nicht aus dem Felde geschlagen war, sondern sich in Böhmen behauptete, gab diesen Angaben eine gewisse Glaubwürdigkeit und veranlasste die Egerer auch gegen den ihnen aus Prag zugeschickten Herrn von Seidlitz, der im Namen des Fürsten von Liechtenstein ihre Unterwürfigkeitserklärung forderte, eine ablehnende Haltung einzunehmen.

Als der Kurfürst von Sachsen von dem Misserfolg seiner Botschaft Kunde bekam und gleichzeitig erfuhr, dass die Egerer in Folge fremder Einflüsterungen so gehandelt hätten, verwies er ihnen ihre Halsstarrigkeit, aber er wollte doch nicht den Weg gütlicher Verhandlungen abbrechen, sondern forderte sie nochmals zur Unterwerfung auf.**) Diesmal begegnete er einer nachgiebigeren Stimmung, da man sich in Eger mittlerweile von der Unwahrheit der amberger und nürnberger Berichte über-

---

*) Sächs. StA. Bericht Prellers um den 29. Dec. 1620 verfasst.

**) Archiv der egerer Stadtpfarre. Kursachsen an die Egerer dd. $\frac{\text{27. Dec. 1620.}}{\text{6. Jan. 1621.}}$

zeugt haben mochte, man erklärte sich zum Gehorsam gegen den Kaiser bereit, nur verlangte man neben der Bestätigung der Privilegien und der Religionsfreiheit auch mit der Einquartierung von Truppen verschont zu werden.*) Als einige Tage später Graf Mansfeld die Stadt um ein Anlehen von 10.000 Gulden ersuchen liess und sie im Nichtgewährungsfall mit allen Kriegsdrangsalen bedrohte, ersuchte der Stadtrath den Kurfürsten, er möge der Stadt den versprochenen Schutz zu Theil werden lassen,**) bezeichnete aber dabei nicht klar genug, in welcher Weise dies geschehen sollte, denn von dem Anerbieten, eine Garnison in Eger aufnehmen zu wollen, war in dem Gesuche keine Rede. Das was aus dem langen Wortschwall ziemlich deutlich hervortritt, war der Wunsch, dass der Kurfürst die mansfeldischen Schaaren von Eger fernhalten und unter seinen Truppen die beste Mannszucht aufrechterhalten möge.

Diese Bitte gab dem Kurfürsten die willkommene Gelegenheit, den Obristen Wřesowec, der seine Truppen in dem Gebiet von Elbogen und Umgebung dislocirt hatte, nach Eger zu schicken und den Stadtrath um Aufnahme einer Besatzung zu ersuchen. Diese Aufforderung konnten die Egerer nicht mehr abweisen, so wenig sie ihnen auch behagte, und so entschlossen sie sich eine sächsische Reiterkompagnie und ein Fähnlein Fussvolk in ihren Mauern zu beherbergen.***) Ihr Misstrauen gegen diese ihnen aufgenöthigte Hilfe zeigte sich darin, dass sie einen Theil ihres geworbenen Volkes in ihrem Dienste behielten und auch die Thorschlüssel von der Stadt nicht auslieferten. Zu gleicher Zeit verweigerte der Stadtrath die Ausfolgung einiger Geschütze, um die ihn Wřesowec bei der beabsichtigten Theilnahme an der Belagerung von Elbogen und Falkenau ersuchte, kurz Misstrauen und Uebelwollen gab sich auf alle Weise kund. Dennoch ermüdete der sächsische Oberst nicht, die stolzen Bürger — so bezeichnete er sie in einem Berichte — zu bedrängen und brachte es schliesslich zu einem Accord, durch den ihm das Kommando über die städtischen

*) Sächs. StA. Die Stadt und Ritterschaft von Eger dd. 21. Jan. 1621.

**) Sächs. StA. Die Stadt Eger an Kursachsen dd. 2. Febr. 1621.

***) Sächs. StA. Wřesowec an Kursachsen dd. 13. Febr. 1621.

Truppen übertragen wurde und die Stadt sich zur Auslieferung der verlangten Geschütze entschloss.*) Die Angelegenheit Egers war dadurch endgiltig erledigt, die kaiserliche Herrschaft wurde wieder anerkannt und bald theilte die Stadt trotz aller Versprechungen Kursachsens das böhmische Elend.

Es lässt sich nicht verkennen, dass der Kurfürst bei den Verhandlungen mit Eger sich einer noch grösseren Zuvorkommenheit und Rücksicht befleissigte, als er anderwärts an den Tag gelegt hatte. Er suchte sich bei der Bürgerschaft in ein günstiges Licht zu stellen, weil er die Herrschaft über ihr Gebiet an sich bringen wollte, da dasselbe nicht einen integrirenden Bestandtheil von Böhmen ausmachte, sondern nur als Pfandschaft mit demselben verbunden war. Der Kurfürst wollte eine gewisse Summe dem Kaiser auszahlen, dafür die Pfandschaft auslösen und so Eger wieder mit dem Reiche verbinden, eigentlich aber unter seine Herrschaft bringen. Der sächsische Gesandte am kaiserlichen Hofe, Zeidler, liess sich die Wünsche seines Herrn angelegen sein und suchte die wiener Staatsmänner denselben geneigt zu machen. Obwohl der Nachtheil für den Kaiser greifbar war, wenn er zu der Lausitz auch noch Eger opferte, so wurde Zeidler doch nicht zurückgewiesen, sondern die Entscheidung auf spätere Zeiten vertagt, weil das Geldanbot bei der elenden Finanzwirthschaft in Wien einen zu verlockenden Eindruck machte. Bei dieser entgegenkommenden Haltung der kaiserlichen Minister glaubte Zeidler, dass er sich an den Kaiser heranwagen dürfe und übergab demselben schriftlich die Bitte um Ueberlassung Egers an Kursachsen gegen Auszahlung des Pfandschillings. In diesem Stadium blieb jedoch die Angelegenheit, da andere Vorgänge das Projekt in den Hintergrund drängten.**)

Mansfeld hatte in Heilbronn nicht das erreicht, was er wünschte. Die Union konnte ihm kein Geld zur Disposition stellen, da sie selbst an solchem Mangel litt und die Unterstützung, die ihr Jakob um diese Zeit zu Theil werden liess,

---

*) Sächs. StA. Wřesowec an Kursachsen dd. 21. und 25. Febr. 1621.

**) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 4. 1621. — Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. 14. Febr. 1621.

für die eigenen Soldrückstände verwenden musste. Er konnte auch nicht mehr daran denken sein Quartier wieder in Pilsen aufzuschlagen, da ihm der Zugang zu dieser Stadt durch die bairischen und sächsischen Truppen verwehrt wurde und so unterhielt er nach seiner Rückkehr nur Beziehungen zu den Besatzungen an der westlichen Grenze des Landes. Er musste jetzt sein Quartier hauptsächlich in die Oberpfalz verlegen und daselbst an die Organisation einer neuen Armee gehen, soweit hiezu die oberpfälzischen Mittel und die Unterstützung aus dem Haag, die ihm mittlerweile zu Theil geworden war, ausreichten. So lange sich die beiden Städte Pilsen und Tabor hielten, konnten ihn die Feinde nicht viel belästigen, da ihre Truppen zumeist gegen diese Plätze verwendet werden mussten, allein in dieser Beziehung bereitete sich für ihn eine Katastrophe vor, da sich die Offiziere der pilsner Garnison und der Kommandant von Tabor mit dem Feinde in Unterhandlungen einliessen.*)

Es war der pilsner Besatzung längst kein Geheimniss mehr, dass sich Mansfeld in Unterhandlungen wegen der Uebergabe eingelassen und zu diesem Behufe den Hauptmann Laporta nach Prag geschickt hatte. Da die Kapitäne fürchteten, dass er die allfälligen Geldzahlungen für sich allein einstreichen wolle, so glaubten sie sich zu einem Betruge gegen ihn berechtigt und schickten während seiner Abwesenheit an Huerta, den Kommandanten von Schüttenhofen, einen Boten ab, durch den sie ihm die Uebergabe von Pilsen gegen entsprechende Zahlung anboten. Erfreut meldete Huerta dies dem Fürsten Liechtenstein, der ihn seinerseits wieder aufforderte sich die Verhandlungen mit den Kapitänen angelegen sein zu lassen. Mansfeld schickte jetzt einen Boten an den Fürsten von Liechtenstein und auch an Tilly ab und verlangte für die Uebergabe von Pilsen eine halbe Million Gulden und bot sich an, in polnische Dienste zu treten, allein man beachtete seine Anträge nicht mehr und fertigte seinen Boten einfach ab.**) In seiner Angst, dass Pilsen für ihn ohne jede Entschädigung verloren gehen

*) Sächs. StA. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 12. Febr. 1621.

**) Tilly und Herliberg an Max. v. Baiern dd. 23. März 1621, Münchner StA. — Archiv v. Gratzen, Laporta an Buquoy dd. 23. Febr. 1621.

könnte, bestürmte er von Neustadt (an der Waldnabe) den Herzog von Zweibrücken mit Bitten um Geldunterstützung, auf dass er seine Truppen mit den nöthigen Kriegsmitteln versehen und Pilsen entsetzen könnte. Allein der Herzog erklärte, dass er zu der Summe von 60.000 Gulden (die er ihm entweder in Heilbronn eingehändigt oder kurz darauf zugeschickt hatte) vorläufig nichts hinzufügen könne.*)

Tilly und nicht Huerta führte nun die Verhandlungen mit den pilsner Kapitänen weiter und dehnte sie auch auf den Obersten Frenk für die Besatzungen von Tabor, Klingenberg und Worlik und eventuell auch Wittingau aus. Er bot den Pilsnern für die Uebergabe des Platzes 120.000 Gulden, womit diese nicht zufrieden waren und 150.000 Gulden verlangten, über welche Summe man sich schliesslich einigte. Für die Uebergabe von Tabor wurden 50.000 Gulden gefordert und ähnliche Summen mögen auch für Wittingau, Worlik und Klingenberg verlangt worden sein, aber die Unterhandlungen wegen Uebergabe dieser Plätze zerschlugen sich offenbar deshalb, weil die Besatzungen mit den angebotenen Bedingungen nicht zufrieden waren und ihre Hauptleute treuer an den eingegangenen Verpflichtungen hielten, nur bezüglich Worliks fand später eine Vereinbarung zwischen Marradas und dem dortigen Kommandanten statt.**) Nach dem mit Liechtenstein getroffenen Uebereinkommen sollte derselbe an Tilly 100.000 Gulden zur Bezahlung der für die Pilsner bestimmten Summen schicken, er kam aber seiner Verpflichtung schlecht nach, indem er nur

---

*) Münchner StA. Mansfeld an den Herzog von Zweibrücken dd. 8/18. März 1621. — Ebend. Herzog v. Zweibrücken an Mansfeld dd. $\frac{\text{23. März}}{\text{2. April}}$ 1621.

**) Ueber die Verhandlungen bezüglich der Uebergabe Pilsens enthalten die Apologie Mansfelds, die Acta Mansfeldica und die von Frenk herausgegebene Vertheidigungsschrift „Copia etlicher merkwürdiger Schriften“ mannigfache interessante Nachrichten, die aber schwer benutzbar sind, weil man kaum errathen kann, in welche Zeit sie gehören und weil sie zum Theil sichtlich erlogen sind. Unsere im einzelnen leider nicht eingehende Schilderung hat den Vortheil, dass sie auf der sicheren Grundlage gleichzeitiger Aktenstücke beruht. Vergleiche auch Reuss: Graf Ernst von Mansfeld.

geringhaltige Münze und etwas Silbergeschirr einschickte und letzteres viel zu hoch berechnete, so dass Tilly den grössten Theil der Zahlungen aus Bundesgeldern decken musste. Der Vertrag wegen der Uebergabe von Pilsen kam am 26. März in Mies zwischen dem ligistischen General und dem Bevollmächtigten der Besatzung zu Stande.*) Die letztere durfte mit ihren Waffen und ihrer sonstigen Bagage frei nach Klattau abziehen und löste sich dort auf, begab sich aber nach der Oberpfalz und nahm unter Mansfeld wieder Dienste. Die Ligisten hielten in Pilsen am 3. April ihren Einzug.**) Dieser Erfolg wurde einige Tage später durch die Kapitulation von Falkenau, das sich den sächsischen Truppen ergab, und am 6. Mai durch die Einnahme von Elbogen vervollständigt, welche Tilly zu Wege brachte, indem er den Kommandanten der Besatzung trotz dessen tüchtiger Gegenwehr zur Uebergabe des Platzes gegen freien Abzug nöthigte. Elbogen musste seinen Antheil an dem Aufstande mit 100000 Gulden büssen.***)

1621

1621

Mansfeld bemühte sich durch wiederholte Einfälle in Böhmen den belagerten Städten zu Hilfe zu kommen, aber alle seine Anstrengungen waren umsonst. Der Verlust von Pilsen, Falkenau und Elbogen war für ihn ein schwerer Schlag, da seine Gegner dadurch in den Stand gesetzt wurden ihn anzugreifen, während er erst mit der Organisation seines neuen Heeres beschäftigt war. Da die im Südosten Böhmens gelegenen Orte ihm nichts mehr nützen konnten, so suchte er mit dem Kurfürsten von Sachsen in Unterhandlung zu treten und bot ihm für den Kaiser Wittingau, Tabor und Worlik an, im Falle derselbe sie mit jener Summe auslösen wolle, die er zu fordern berechtigt sei.†) Er bekam aber, wie es scheint, keine Antwort auf sein Anerbieten, da er aus Böhmen ausgeschlossen war und die genannten Orte nicht weiter unterstützen konnte. Die Belagerung von Tabor wurde jetzt

*) Sächs. StA. Tilly an Max. dd. 7. April 1621, Münchner StA. — Skála V, 56, Vertrag wegen Pilsen.

**) Skála V, 72. — Innsbrucker Statt.-A. Capitulationsbedingungen der Elbogner Besatzung. — Sächs. StA. Tilly an Kursachsen dd. 7. Mai 1621. — Wřesowec an Kursachsen dd. 22. Mai 1621.

***) Archiv in Gratzen. Marradas an Buquoy dd. 10. Apr. 1621.

†) Sächs. StA. Mansfeld an Kursachsen dd. 19./29. April 1621.

von den kaiserlichen Truppen unter dem Kommando Marradas' energischer betrieben, doch zog sie sich bei der festen Beschaffenheit des Ortes noch durch längere Zeit resultatlos hin. Zuletzt suchte Marradas durch eine Mine die Schanzmauern in die Luft zu sprengen, fügte sich aber dabei mehr Schaden zu als den Belagerten und wurde auch von ihnen in dem darauf folgenden Sturm tapfer zurückgeschlagen. Da es ihnen jedoch zuletzt an Nahrungsmitteln gebrach, so knüpften sie Verhandlungen an und übergaben die Stadt am 18. November. Der Besatzung wurde freier Abzug zugestanden und ein zweimonatlicher Sold verabreicht, den die Bürgerschaft erlegen musste, die gleichzeitig zur Zahlung von 200000 Thaler an die Sieger verurtheilt wurde.*)

13. Oct. 1621

1621

Einige Monate später kam die Reihe an Wittingau, wo die Bürger im Verein mit der Besatzung sich tapfer gewehrt hatten, aber zuletzt dem Hunger erlagen.**) Die Sieger bewilligten der Besatzung freien Abzug aber keine Zahlung und so entfernten sich die durch Strapazen und Hunger entnervten Gestalten und halfen sich durch Bettel und Raub über die Grenzen des Landes. Am längsten hielt sich Klingenberg und als es sich endlich ergab (wir wissen nicht genau den Tag), musste auch hier die Besatzung ohne jede weitere Zahlung abziehen, die Offiziere aber wurden gebunden nach Prag abgeführt und dort ins Gefängniss geworfen. Von diesem Augenblick an, also erst seit dem Frühjahr 1622, war der letzte Feind in Böhmen niedergeworfen.

2. März 1622

Dass Tilly zu Ende April energischer auf dem Kriegsschauplatze auftreten und die geschilderten Erfolge erringen konnte, war das Resultat einer Verstärkung der durch den vorjährigen Krieg so sehr geschwundenen ligistischen Streitkräfte. Schon im Januar verschloss sich Maximilian von Baiern nicht der Ueberzeugung, dass die von ihm ersehnte Kur nur durch weitere gewaltige Anstrengungen erreichbar sei, und so versammelten sich hauptsächlich auf sein Andrängen die ligistischen Stände

1621

1621

*) Skála V, 281.

**) Skála V, 210. — Sächs. StA. Adam v. Waldstein an Kursachsen dd. 5. März 1622. Er gibt ausdrücklich den 2. März als den Tag an, an dem die Capitulation abgeschlossen wurde.

in Augsburg und berieten sich daselbst während der Monate Februar und März. Der Kaiser selbst richtete an sie ein Gesuch um Verstärkung ihrer Truppenmacht und da dasselbe von Maximilian unterstützt wurde, so entschloss sich die Liga ihre gelichteten Reihen auf 15000 Mann (12000 Mann Fussvolk und 3000 Reiter) zu verstärken, für die nöthige Artillerie zu sorgen und den Herzog zu weiteren Werbungen zu bevollmächtigen, falls dieselben nöthig sein würden und alles dies durch gemeinschaftliche Beiträge zu bestreiten. Die Liga traf sonach die nöthigen Vorbereitungen zur weiteren Bekriegung Mansfelds.*) Wir müssen nun in der Schilderung des folgenden Kampfes innehalten und berichten, wie der Kaiser den erlangten Sieg in Böhmen ausnützte.

1621

*) Wiener StA. Ferd. an die kath. Liga dd. 1. Febr. 1621. — Ebend. Max. an Ferd. dd. 26. März 1621. — Ebenda. Beschluss der Liga in Augsburg.

Zweites Kapitel.

Die Hochverrathsprozesse in Böhmen, Mähren und Oesterreich.

I Slawata's Gutachten über die vorzunehmenden Confiscationen. Gutachten der wiener Staatsmänner über die Reformen im staatlichen und religiösen Leben Böhmens und über die Bestrafung der Theilnehmer an dem Aufstande. Absendung des Grafen von Hohenzollern und des Reichshofraths Hegenmüller nach München, um Maximilians Gutachten einzuholen. Rathschläge Maximilians. P. Dominicus.

II Vorbereitungen für den Hochverrathsprozess in Böhmen. Verhaftung der Theilnehmer am Aufstande in Prag am 7. Febr. 1621. Eindruck dieser Massregel. Graf Schlick. Berathungen über den Gerichtshof, vor dem die Prozesse verhandelt werden sollten. Instruction für denselben. Die Zusammenstellung der Mitglieder desselben.

III Beginn der Prozessverhandlungen. Zusammenstellung der Anklagepunkte. Der Inhalt der Verhörsprotokolle. Urtheil des Gerichtshofes. Revision der Urtheile in Wien. Verschiedene Ansichten der wiener Räthe. Das Endurtheil.

IV Publication der Urtheilssprüche in Prag am 19. Juni 1621. Eindruck derselben. Religiöse Tröstungen der Verurtheilten. Ihre Uebersiedlung auf das altstädter Rathhaus. Die Execution. Friedrichs von Tiefenbach Hinrichtung in Innsbruck. Graf Thurn. Werth der bis zu diesem Augenblick confiscirten Güter.

V Confiscationsmassregeln gegen den Adel und die Städte. Streit zwischen Liechtenstein und der wiener Regierung, ob mit den Prozessen weiter fortgefahren werden solle. Die Verhandlungen bezüglich des Generalpardons. Liechtensteins Ernennung zum Statthalter. Ernennung der Mitglieder des Confiscationsgerichtshofes. Instruction für denselben.

VI Massregelung von Mähren. Contributionen der Städte und des Adels. Die Prozesse müssen wegen des Krieges aufgeschoben werden. Druck, der auf dem Lande in Folge der Einquartierung lastet. Beginn der Prozesse nach dem Frieden von Nikolsburg. Publication der Urtheilssprüche am 3. November 1622.

VII Die oberösterreichischen Stände und Herzog Maximilian. Beginn der Prozesse gegen die Stände Oesterreichs. Zusammenstellung des Gerichtshofes.

I

Plünderung und Kriegsnoth waren nicht die einzigen Leiden, unter denen Böhmen seit dem Ende des Jahres 1620 seufzte, sie bildeten nur das Vorspiel zu dem Wehe, das die Sieger dem Lande allmälig in systematischer Weise zufügten,

indem sie die Besiegten für den Aufstand mit der Vernichtung ihrer politischen und religiösen Freiheiten büssen liessen, die Sicherheit und das Leben einzelner gefährdeten und alle in ihrem Besitzstand schmälerten. Diese letzte und härteste Massregel trat in allgemeinen Umrissen schon im Jahre 1620 zu Tage und wurde im Laufe der Zeit mit steigender Härte durchgeführt, da die elende Finanzlage des Reiches keine Schonung gestattete und die Bereicherung hochgestellter Personen nur dann erzielt werden konnte, wenn man keine Gnade übte und die Einwohner des Landes dem Elend vollends in die Arme trieb.

Das Schicksal, das die Besiegten traf, war nicht ganz unverdient, es wurde an ihnen nur vergolten, was sie selbst geübt. Denn wenn man es ihnen nicht als Schuld anrechnen will, dass sie die Katholiken in eine politisch untergeordnete Sphäre drängten, ihr Kirchenvermögen einzogen und den Privatbesitz einiger Edelleute konfiscirten, weil sie diese Massregeln mit dem öffentlichen Wohl rechtfertigten, so kann man es ihren Gegnern auch nicht verargen, wenn sie bei passender Gelegenheit sich desselben Arguments bedienten. Auf keinen Fall durften es die Protestanten als ein unerhörtes Unrecht bezeichnen, wenn die Sieger in ihrer Rachsucht durch das erlittene Weh' aufgereizt, nach ihrem Vermögen griffen, zumal die übergrossen Kosten des Kampfes nicht anders bestritten werden konnten, als durch die weitreichendsten Confiscationen.

Man hatte sich in Wien in vertrauten Kreisen seit Jahresfrist mit dieser drakonischen Massregel beschäftigt und diesen und jenen grossen Grundbesitz als künftige Beute bezeichnet. Ferdinand selbst hatte im Beginne des Jahres 1620 das polnische Bündniss durch eine Anweisung auf die in Schlesien zu confiscirenden Güter erkaufen wollen und im Beginne desselben Jahres hatte er dem Grafen Buquoy das Gut Gratzen in Böhmen geschenkt und dasselbe dem bisherigen Besitzer entzogen. Derjenige aber, der für die auszuführenden Confiscationen einen bestimmten Plan entwarf und diesen dem Kaiser in einem Gutachten vorlegte,*) war kein wiener Rathgeber sondern ein Eingeborner des Landes, Wilhelm von Slawata. Nach seiner

*) Prager Statthaltereiarchiv. Slawata an Ferd. dd. 3. Nov. 1620.

Meinung sollte man unverweilt zur Beschlagnahme aller Rebellengüter schreiten, und in dem Grade, wie die kaiserliche Armee vorrückte, die Verwaltung derselben in die Hand nehmen. Da Slawata alle Theilnehmer der Rebellion bestraft wissen wollte, so mussten der Adel und die königlichen Städte der Confiscation unterliegen und wenn er damit auch nur aussprach, was alle Anhänger des Kaisers billigten, so lastet doch auf ihm der Vorwurf, der erste gewesen zu sein, der dieser Ansicht eine so furchtbare Ausdehnung gab und sie in eine bestimmte schriftliche Form kleidete. Habsucht war es wahrscheinlich nicht, welche ihn jedes Mitleid verleugnen liess, er war ja durch seine Frau sehr reich geworden, aber die Angst, dass er sich nie seines Besitzes erfreuen könnte, wenn die Gegner seines Glaubens über Macht und Reichthum gebieten würden, und vielleicht auch die Einflüsterungen der Jesuiten, mit denen er in ununterbrochenem Verkehre stand, und die in Böhmen nur dann einen grossen Besitz erwerben konnten, wenn die bisherigen Eigenthümer vertrieben würden, verleiteten ihn, dem Kaiser Massregeln von so unerhörter Härte vorzuschlagen.

Bald nach dem Eintreffen von Slawata's Gutachten langte die Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berge in Wien an. Jetzt, wo man des Sieges gewiss war, genügten nicht einmal seine Rathschläge, man erörterte nicht bloss die Frage, wie man den Aufstand an seinen Urhebern und Theilnehmern rächen, sondern auch die Massregeln, die man treffen wollte, um eine Wiederkehr desselben unmöglich zu machen und das Land durch heilsamen Schrecken zu unterjochen. An den Berathungen hierüber scheinen alle hervorragenden Personen des wiener Hofes direct und indirect theilgenommen zu haben, namentlich aber Eggenberg, Lobkowitz, der Präsident des Reichshofraths Graf von Hohenzollern, der Reichshofrath Hegenmüller, der Reichsvicekanzler Ulm, der Kardinal Dietrichstein und die Grafen von Meggau und Trauttmansdorff.*) Welchen Antheil die einzelnen Räthe an einem zu diesem Zwecke dem Kaiser erstatteten Gutachten hatten, ist nicht weiter bekannt, wenn wir

---

*) Harrachisches Archiv in Wien. Bericht über eine Berathung zu Ende Nov. 1620.

aber den Umstand erwägen, dass man sich bei der Verhandlung von der Absicht leiten liess, die böhmische Verfassung in radikaler Weise einzuschränken und alle socialen und Rechtsverhältnisse des Landes umzugestalten, so glauben wir, dass diesmal die deutsche Partei nicht bloss durch die Zahl der berufenen Rathgeber, sondern auch durch die weitgehende Richtung ihrer Anträge den Ton angab. Diese Vermuthung wird durch die zahlreichen Correcturen bestätigt, die der Reichsvicekanzler Ulm an dem Commissionsberichte anbrachte.*)

Das Gutachten, das die kaiserlichen Räthe nach eingehenden Berathungen ihrem Herrn erstatteten, stellte vorläufig nur die Grundzüge der anzubahnenden Reformen und Neuerungen fest. Einige ihrer Rathschläge, die wir an die Spitze stellen wollen, entsprechen unseren durch die geschichtlichen Erfahrungen geläuterten Anschauungen und sind deshalb nur zu billigen. Dahin gehört der Vorschlag, der Kaiser möge die Erblichkeit der böhmischen Krone in klarer Weise feststellen und deshalb die Landesordnung in den Paragraphen, wo von der Wahl des Königs die Rede sei, umarbeiten lassen. Sie begründeten ihre Meinung mit der Behauptung, dass in der Landesordnung fälschlich von einem Wahlrecht gesprochen werde, da sie selbst erkläre, dass die Wahl nach den Bestimmungen der goldenen Bulle stattfinden solle, diese aber ein Wahlrecht nur bei dem Aussterben der Dynastie zulasse. Diese Bemerkungen sind, wie wir dies bereits auseinandergesetzt haben,**) richtig, und wenn die wiener Staatsmänner eine Streitfrage beseitigen wollten, die zu masslosem Wehe Anlass geboten hatte, so kann man sie deshalb nicht tadeln, mag auch das Motiv ihrer Handlungsweise welches immer gewesen sein. Eben so kann man nur beistimmen, wenn dem Kaiser gerathen wird, dass er die Macht der obersten Landesoffiziere, die, wie erinnerlich, unabsetzbar waren, einschränken und ihre Unabsetzbarkeit aufheben möchte, denn mit einem geordneten Regimente war ein derartiges Vorrecht nicht vereinbar. Auch der Rath, eine Revision sämmtlicher Privilegien

---

*) Wiener StA. Gutachten der kais. Räthe, wie der Sieg in Böhmen auszunützen sei.

**) Im ersten Band der Geschichte des böhm. Aufstandes.

vorzunehmen und nur diejenigen zu bestätigen, die sich mit der königlichen Auktorität vertrügen, ist nicht anzufechten.

In seinem weiteren Verlaufe erörterte das Gutachten die Art und Weise, wie die katholische Kirche in Böhmen wieder in Aufnahme gebracht werden könnte. Man wollte hierüber die Meinung des Erzbischofs von Prag und einiger Theologen einholen, glaubte aber schon jetzt einzelne Prinzipien für die Reform feststellen zu dürfen. So sollte das Ansehen des geistlichen Standes gehoben, ihm das Recht der Vertretung auf dem Landtage zuerkannt und alle ihm im Laufe des Aufstandes entzogenen Güter zurückgestellt werden. In allen königlichen Städten sollten die Stellen des Königsrichters, des Stadtschreibers und des Primas nur mit Katholiken besetzt, also thatsächlich ihnen die Verwaltung und das Justizwesen überantwortet werden, ihnen auch die Anstellung der Pfarrer und Schulmeister übertragen, also die heranwachsende Generation unter ausschliesslich katholischem Einflusse erzogen werden. Alle von den böhmischen Brüdern und den Kalvinisten neu erbauten Kirchen sollten niedergerissen, ihre alten Kirchen dagegen sammt und sonders den Katholiken eingeräumt werden. Bezüglich der Anhänger der böhmischen Confession ging der Rathschlag eines der Commissionsmitglieder dahin, sie vorläufig nicht direkt anzugreifen, sondern ihre Reformation auf gelegenere Zeiten zu versparen, mittlerweile aber ihre Eifersucht gegen die Brüder und Kalviner auszunützen und sie zu einer Bittschrift zu bewegen, in der sie um die Unterdrückung der letzteren ersuchen möchten, weil dies die zu ergreifenden Massregeln wesentlich erleichtern würde. Die andern Räthe waren mit dieser Meinung, soweit sie die Brüder und Kalviner betraf, einverstanden, dagegen wollten sie von einer allgemeinen Schonung der Anhänger der böhmischen Confession nichts wissen, sondern beantragten, dass der Kaiser sie wenigstens auf den königlichen Gütern nicht dulden, sondern rücksichtslos verfolgen und die Anstellung aller Pfarrer dem Erzbischof übertragen möge. Bezüglich der königlichen Güter und der Städte wollte man also die Reformation, die man im J. 1617 im Widerstreit mit den klaren Bestimmungen des Majestätsbriefes und des Vergleiches durchzuführen versucht hatte, jetzt in Angriff nehmen. — Die Reformation des Adels und seiner Unterthanen berührte das Gutachten mit keinem Worte, man hielt das Unternehmen für

zu gefährlich und überging es deshalb mit Stillschweigen, wie schwer es auch einigen der Rathgeber fallen mochte, ihren Eifer zu zügeln. Da die wichtigsten Berathungen der Utraquisten vor dem Fenstersturze im Karolinum stattgefunden hatten, so wollte man dies durch die Confiscation des Gebäudes strafen und dasselbe der neu zu begründenden katholischen Universität zuwenden. Im weitern Verlaufe des Gutachtens änderten aber die Räthe ihre Ansicht und empfahlen dem Kaiser, das Karolinum entweder zu einem Hospital umzugestalten, oder dasselbe niederreissen zu lassen, weil eine bleibende Infamie daran hafte.

Griff schon der die religiösen Angelegenheiten betreffende Punkt tief in das Leben des böhmischen Volkes ein und musste, in der angestrebten Weise durchgeführt, einen Bruch mit der geistigen Entwicklung der Vergangenheit herbeiführen, so trat diese Gefahr noch unmittelbarer ein, wenn alle bisherigen Vertreter des geistigen Lebens, alle wohlhabenden Edelleute und Bürger wegen Theilnahme am Aufstande zur Verantwortung gezogen wurden und man den Aufstand nicht bloss an den Urhebern, sondern an dem ganzen Lande strafte. Unter den kaiserlichen Räthen gab es nur eine Meinungsverschiedenheit über das Mehr oder Minder der Rache, die man an den böhmischen Ständen üben wollte; dass sie aber Alle getroffen werden sollten, dazu waren sie sammt und sonders entschlossen. Milde gegen die Besiegten anzuwenden, fiel Niemandem ein und es hätte dies auch nur dann ein günstiges Resultat zur Folge gehabt, wenn der Kaiser in den religiösen Angelegenheiten sämmtlichen Wünschen der Protestanten nachgegeben, also alle jene Handlungen unterlassen hätte, durch die der Aufstand zum Theil herbeigeführt worden war. Hätten die Sieger verziehen und nicht gleichzeitig ihr ganzes inneres Wesen umgestaltet, so hätten sie damit nichts anderes erzielt, als dass die Besiegten bei günstiger Gelegenheit wieder zum Angriffe übergegangen wären. Der Kampf hatte den Hass in der Art entfesselt, dass er nur in dem Untergange eines der Gegner Befriedigung fand und da ist es begreiflich, dass die Sieger sich diese Befriedigung verschafften. Der Rathschlag Slawata's zur Confiscation zu schreiten, wurde also von allen wiener Räthen gutgeheissen und jetzt in den Einzelheiten ausgearbeitet. Man

hielt sich an die Versprechungen nicht gebunden, die der Herzog von Baiern den Ständen gegeben hatte, man wollte weder das Leben noch das Vermögen derselben schonen und nur hie und da durch gebieterische Rücksichten gezwungen in beidem Mass halten. Alle Theilnehmer an dem Aufstande sollten vor Gericht gefordert und nach Massgabe ihrer Schuld gestraft werden. Unter den Schuldigen stellte man drei Kategorien auf: als Mindestschuldige sollten jene angesehen werden, die nichts anderes gethan hatten, als dass sie dem Pfalzgrafen als König von Böhmen huldigten; man wollte also keine Rücksicht darauf nehmen, dass manche Personen, namentlich die Katholiken, dies nur aus Furcht thaten und gern bereit waren, Ferdinand, dem sie innerlich nie die Treue gebrochen hatten, wieder anzuerkennen. Ihr unfreiwilliges Vergehen sollte damit bestraft werden, dass ihr Besitzstand verschlechtert, ihre Allodialgüter entweder in Lehensgüter verwandelt oder zu Zinsgütern erklärt und von denselben neben den sonstigen Steuern noch ein bestimmter, hoch zu bemessender Zins bezahlt werden sollte. Man berechnete, dass aus diesem Zinserträgniss nicht blos der Unterhalt der in Böhmen garnisonirenden Truppen gedeckt werden könne, sondern dem Kaiser noch ein ansehnlicher Ueberschuss bleiben würde.

Schlimmer sollte es der zweiten Kategorie gehen. Zu derselben wurden diejenigen gerechnet, die vor dem Ausbruch des Aufstandes ein Amt bekleideten und die durch den Anschluss an die revolutionäre Bewegung ihre Pflicht gegen Ferdinand in doppelter Weise, als Unterthanen und als Beamte, verletzt hatten. Ihnen sollte zwar das Leben geschenkt, aber ihr ganzer Besitz konfiszirt werden. Zu derselben Kategorie wurden auch jene gezählt, die von der revolutionären Regierung in irgend einem Dienste, der jedoch keine hervorragende Bedeutung haben durfte, verwendet worden waren. Einer der wiener Räthe riet jedoch zu milderer Behandlung dieser Art von Schuldigen, er empfahl, dass man den Betreffenden bloss den halben Besitz konfisciren und sie zur Auslösung dieser Hälfte verpflichten, die andere Hälfte aber mit einem hohen Zinse belasten solle. Er empfahl die Annahme dieses Vorschlages schon aus dem Grunde, weil er dem Kaiser ein besseres Erträgniss liefern würde,

als wenn man unterschiedslos zur Confiscation greife, weil beim Verkaufe so grosser Gütermassen kaum die Hälfte des Werthes gelöst werden würde.

Das schlimmste Schicksal sollte die dritte Kategorie der Schuldigen treffen: die hervorragenderen Theilnehmer an dem Aufstande. Sie sollten nicht nur alle ihre Güter und Häuser verlieren, eine Anzahl von ihnen sollte auch mit dem Leben büssen, wobei man den Bürgerstand mit dem Vorzuge bedachte, einige Mitglieder desselben in besonders barbarischer Weise hinrichten zu lassen. Diejenigen, welche nicht hingerichtet wurden, sollten vom Kaiser bei Gelegenheit seiner Ankunft in Prag zu lebenslänglichem Gefängnisse begnadigt werden. — Man sieht: nur diejenigen, die während des Aufstandes aus Böhmen geflüchtet waren — und die Zahl dieser Personen war äusserst gering — sollten sich ihres Besitzes erfreuen dürfen, dagegen alle übrigen Bewohner des Landes, Gutsbesitzer und Bürger, in ihrem Vermögen geschädigt werden. Es hing nur von dem Wohl- oder Uebelwollen der mit der Untersuchung beauftragten Personen ab, ob nicht alle Bewohner des Landes zur zweiten Kategorie gerechnet wurden, da sich kaum die Katholiken rühmen durften, dass sie sich durch keine bestimmte Handlung kompromittirt hätten.

In weiterer Folge erörterte das Gutachten die Art und Weise, wie sich Ferdinand den Reichthum des Landes nutzbar machen könnte, ohne an die Bewilligung der Stände gebunden zu sein. Es wurde ihm angerathen, nicht nur die Schulden der besiegten Regierung nicht anzuerkennen, sondern auch die Bezahlung der von seinen Vorfahren kontrahirten Anlehen abzulehnen und nur bezüglich jener Schuldverschreibungen eine Ausnahme zu machen, die im Besitze seiner treuen Anhänger befindlich wären. Die Bier- und Haussteuer sollte zu einer bleibenden Steuer erklärt werden, so dass ihre Bewilligung nicht mehr zu den Befugnissen des Landtages gehören sollte. Indem wir einzelne minder wichtige Rathschläge mit Stillschweigen übergehen, bemerken wir nur noch, dass dem Kaiser angerathen wurde, die konfiscirten Güter zur Bezahlung der Soldrückstände und zur Entlohnung der getreuen Dienste seiner Anhänger zu verwenden. Die letzten Worte deuten die Sehnsucht

der kaiserlichen Räthe nach dem Besitze der Güter sattsam an, und in der That hat Ferdinand mit Vernachlässigung der wichtigsten Interessen seinen Dienern gestattet, sich in Böhmen zu bereichern. Von Sparsamkeit oder von Sorge für seine Finanzen war bei ihm keine Rede und so beachtete er auch nicht den Rathschlag des Grafen Khevenhiller, der dahin lautete, dass er keines der konfiscirten Güter verschenken, sondern höchstens ein und das andere Gut einem seiner Günstlinge auf Lebenszeit einräumen solle.*)

Um späteren Angriffen gegen die neugestärkte Königsmacht zu begegnen, rieten die kaiserlichen Räthe schliesslich, dass einige Plätze befestigt und mit Besatzungen versehen werden sollten, über die allein dem Könige das Kommando zustände. Zu diesem Behufe wurde die Anlage zweier Citadellen bei Prag empfohlen**) und ebenso sollten Pilsen, Tabor und Glatz als Festungen unterhalten werden. Dieser Rathschlag hatte seine gute Seite, denn nur dadurch, dass die oberste Staatsgewalt in den letzten Jahrhunderten über die nöthigen Truppen gebot, ist sie der mittelalterlichen Aufstände Herr geworden, hat die Uebermacht des Adels gebrochen und das geordnete Staatswesen der Neuzeit angebahnt. Nur ein Umstand war für Böhmen bedenklich: die wiener Rathgeber dachten nicht entfernt daran, der Besatzung den Charakter eines böhmischen Landesheeres zu geben, sie sollte einen Theil der nach dem Belieben des Kaisers zusammengesetzten Gesammtarmee bilden, die ganz den Charakter eines gefügigen Werkzeugs hatte, denn sie war weder deutsch noch slawisch, sondern nach ihren Befehlshabern und Oberoffizieren vorwiegend romanisch. Die Selbständigkeit des böhmischen Staatswesens, die im Laufe des 16. Jahrhunderts mannigfach angetastet wurde, sollte jetzt in der Wurzel getroffen werden und konnte durch weitere Verfügungen, die man in Wien zweckmässig fand und die jedenfalls nicht die selbständige und nationale Entwicklung des Landes im Auge hatten, völlig zum Falle gebracht werden. Die traurigen Folgen der

*) Khevenhiller. Annales Ferdinandei IX. p. 1233

**) Die eine Citadelle sollte auf dem Laurenziberg die andere auf dem Wyschehrad angelegt werden.

Niederlage auf dem weissen Berge traten jetzt offen hervor und bestanden für Böhmen nicht etwa darin, dass der Aufstand niedergeworfen wurde, sondern darin, dass der Grundbesitz und die Regierung in feindliche Hände überging und dadurch ein Wechsel in der Entwicklung des Landes eingeleitet wurde, wie wir einen solchen hie und da nur im Beginne des Mittelalters beobachten können.

Man hatte sich bei Hofe auch mit der Frage beschäftigt, ob Ferdinand nicht nach Böhmen reisen und durch seine Gegenwart schneller eine gewisse Ordnung herbeiführen solle. In dem Gutachten wurde die Reise widerrathen, zum Theil, weil des Kaisers Anwesenheit in Wien wegen der von Mähren und Ungarn drohenden Gefahr nothwendig sei, zum Theil weil es nicht passend wäre, wenn er in Böhmen erschiene, bevor den Urhebern der Rebellion das Urtheil gesprochen wurde. Der Kaiser müsste bei seinem Erscheinen Gnade walten lassen und das dürfe er nicht. Es sei demnach am besten, wenn er statt seiner eine hervorragende Person nach Böhmen senden würde, unter deren Aufsicht die Untersuchung und Verurtheilung der am Aufstande Betheiligten vor sich gehen könnte. Man wollte den Herzog von Baiern, trotzdem er bereits nach München zurückgekehrt war, mit dieser Mission beauftragen und im Falle der Ablehnung ihn ersuchen, seinen Bruder, den Herzog Albrecht, an seiner Stelle zu schicken. Von der Belassung des Fürsten von Liechtenstein in seiner Stellung als Vertreter des Herzogs von Baiern wollte man also zu dieser Zeit nichts wissen.

Als man in Wien mit dem Gutachten fertig wurde, war man sich der Tragweite der beabsichtigten Massregeln wohl bewusst und hatte deshalb nicht den Muth, sie ohne weitere Berathungen und Erkundigungen durchzuführen und namentlich durfte man dies nicht ohne Zustimmung des Herzogs von Baiern wegen seiner den böhmischen Ständen gemachten Versprechungen thun. Aber auch abgesehen von dieser Rücksicht war es gut, den Rath Maximilians einzuholen, da er in hervorragender Weise seine Fähigkeiten bewährt und einen tiefen Einblick in das Regierungswesen bekundet hatte. Der Kaiser beschloss deshalb den Grafen von Hohenzollern Präsidenten, des Reichshofrathes

und den Reichshofrath Hegenmüller mit dem Gutachten an den Herzog zu schicken und seine Meinung über dasselbe einzuholen. Wenn sein Vetter Anstand nehmen würde, dieselbe in einer so wichtigen Angelegenheit schriftlich abzugeben, so sollten sie ihn versichern, dass der Kaiser das Geheimniss streng bewahren werde.*) Auch sollten sie ihn ersuchen, nach Böhmen zurückzukehren und die Durchführung der angedeuteten Massregeln in die Hand zu nehmen. Die wiener Räthe wollten den Hass, den dieselbe im Gefolge haben würde, auf den Herzog als ihren Urheber wälzen und hatten so ein falsches Spiel im Auge; Ferdinand richtete dieses Ansuchen an Maximilian jedoch gewiss nicht aus diesem hinterlistigen Grunde, sondern weil er die staatsmännische Einsicht des Herzogs bewunderte und auf sichern Erfolg rechnete, wenn der letztere sich der Regierung in Böhmen noch weiter annahm. Die beiden Gesandten hatten auch den Auftrag, die Zustimmung des Herzogs zur Aechtung des Pfalzgrafen einzuholen.

Hohenzollern und Hegenmüller, die Wien ungefähr am 12. December verliessen, reisten zuerst nach Passau, wo sie sich mit den Herren von Sternberg, Slawata und Martinic besprechen und sie um ihre Meinung über die dem Herzog von Baiern vorzulegenden Punkte befragen sollten. Leider sind wir nicht in der Lage, über den Inhalt der ihnen zu Theil gewordenen Antwort berichten zu können. In München angekommen, wurden sie vom Herzog freundlich empfangen und konnten ihm unverweilt die Wünsche des Kaisers vortragen. Maximilian erkannte die Schwere der Verantwortung, die man in den böhmischen wie in den Reichsangelegenheiten (bezüglich der Aechtung des Pfalzgrafen) auf seine Schultern wälzen wollte, und verhandelte deshalb mit seinen Räthen wiederholt über jede einzelne Frage. Die Gutachten der Herren von Sternberg, Slawata und Martinic wurden von ihnen zu Rathe gezogen und endlich übte auch ein Brief des Kurfürsten von Köln einen Einfluss auf ihre Entscheidung. Der Kurfürst hatte schon am

1620

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 2./12. Dec. 1620. — Wiener StA. Ferdinand an Hohenzollern und Hegenmüller dd. 17. Dec. 1620. — Ebend. Instruction für Hohenzollern und Hegenmüller dd. 12. Dec. 1620.

25. November dem Herzog geschrieben, dass man sich mit der 1620 Aechtung beeilen solle, denn wenn man von kaiserlicher Seite später die Vermittlung einiger Könige und Fürsten zulassen würde, so könnte man sich kaum weigern, den Pfalzgrafen in seinen erblichen Besitz zu restituiren, so lange ihm die Kurwürde nicht genommen sei. Man müsse deshalb auf alle Weise verhüten, dass derjenige, der bisher an der Spitze der Gegner des Kaiserhauses gestanden sei, straflos ausgehe und bei nächster Gelegenheit noch ärgeres versuche.*)

Auf Grund aller dieser Berathungen, Gutachten und Rathschläge ertheilte der Herzog dem Kaiser nachstehende Antwort. In der Religionsfrage riet er, dass man alles den Katholiken zugefügte Unrecht wieder gut machen, sich aber mit der Unterdrückung der Protestanten nicht allzusehr beeilen, sondern den Eifer zügeln möge, bis die Verhältnisse sich günstiger gestalten würden; nur gegen die Anhänger der Brüderunität und gegen die Kalviner könne man rücksichtslos auftreten. In diesem Punkt bestand also zwischen dem Kaiser und dem Herzog keine besondere Meinungsverschiedenheit, die Ziele waren dieselben und nur in der Durchführung empfahl der Herzog ein schrittweises Vorgehen und dieser Rath wurde später thatsächlich befolgt. Auch gegen die vom Kaiser beabsichtigte Confiscation erhob Maximilian keinen Einwand und verzichtete sonach darauf, dass sein den böhmischen Ständen gegebenes Versprechen eingehalten werde, wenn gleich er eine gewisse Schonung anempfahl. Nach seiner Ansicht sollten die obersten Rädelsführer mit dem Tode und der Confiscation ihrer Güter gestraft werden, auch jene, die dem Kaiser durch ein Amt verpflichtet gewesen waren, sollten, selbst wenn sie sich beim Aufstande nicht in erster Linie hervorthaten, ihre Güter verlieren, jene aber, die sich dem Pfalzgrafen bloss angeschlossen hatten, nur mit der Confiscation eines Theils ihrer Güter bestraft werden. Allerdings kam es darauf an, wie hoch man diese Strafe bemessen wollte, und hierin gingen die Anschauungen Maximilians und der wiener Staatsmänner jedenfalls auseinander. Bezüglich der Organisirung der Vertheidigungsmittel in Böhmen

*) Münchner StA. Kurköln an Maximilian dd. 25. Nov. 1620.

schloss sich der Herzog dem wiener Gutachten an, er riet zur Errichtung zweier Citadellen bei Prag, zur Befestigung mehrerer wichtig gelegener Städte und zur Errichtung einer zahlreichen Leibgarde oder mit anderen Worten einer stehenden Truppe, welche die Rechte des Königs gegen alle Angriffe vertheidigen sollte. Mit den confiscirten Gütern empfahl er hauszuhalten und sie nicht zu verschenken, sondern zum Nutzen des Königs verwalten zu lassen, später könne man wohl einige hochverdiente Personen mit einzelnen Gütern begnadigen, aber gegenwärtig nicht, weil man sich der Bittsteller kaum erwehren würde. Die Uebernahme der Regierung in Böhmen lehnte Maximilian ab und schlug hiefür den Bischof von Würzburg oder den eben bei ihm weilenden Reichshofrathspräsidenten, den Grafen von Hohenzollern, vor.*) In der Aechtungsfrage stimmte er gegen den Pfalzgrafen, wie wir dies schon berichtet haben.**)

Noch eine Angelegenheit kam zwischen dem Grafen von Hohenzollern und dem Herzoge zur Sprache, und diese betraf Oesterreich. Der Kaiser wünschte die Huldigung der Oberösterreicher persönlich in Empfang zu nehmen und verlangte, dass Maximilian diesen Act durch seine Gegenwart verherrliche. Der letztere lehnte jedoch nicht bloss sein Erscheinen ab, sondern wollte auch nichts davon wissen, dass der Kaiser sich huldigen lasse, so lange ihm seine Vorschüsse nicht zurückgezahlt seien.***) Er widerriet auch bezüglich Oberösterreichs die unmittelbare Unterdrückung der Anhänger der augsburger Confession, weil man vorläufig Sachsen schonen müsse und mittlerweile den Katholiken in mancherlei Weise aufhelfen könne. †)

Bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in München traf der Graf von Hohenzollern mit dem aus dem vorjährigen Kriegszuge berühmten P. Dominicus zusammen, und besprach sich

---

*) Wiener StA. Max an Ferdinand dd. 13. Jan. 1621 und andere Schriftstücke. — Münchner StA. Concept der zu ertheilenden Antwort.

**) Bd. III. S. 425.

***) Wiener StA. Die österreichischen Gesandten an Maximilian. Ohne Datum. — Ebend. Antwort der geheimen bairischen Kanzlei an die Gesandten dd. 10. Jan. 1621.

†) Wiener StA. Erklärung der bairischen Kanzlei dd. 9. Jan. 1621.

auch mit ihm über die in Böhmen zu ergreifenden Massregeln. Die Rathschläge des Mönches mahnten an seine spanische Heimat. Der Kaiser sollte alle hervorragenden Theilnehmer an dem Aufstande sofort hinrichten lassen, die Utraquisten entwaffnen, Vorkehrungen gegen weitere Aufstände treffen und deshalb in Prag ein Fort erbauen lassen; er stimmte also so ziemlich mit den Anschauungen der wiener Staatsmänner überein und Hohenzollern erfuhr eigentlich nichts Neues von ihm. Die Art und Weise aber, wie Dominicus seine Ansichten vorbrachte, machte auf den Grafen den tiefsten Eindruck. Der Pater mag es an Mahnungen und Warnungen nicht haben fehlen lassen, er mag den unbedingten Eintritt einzelner seiner Muthmassungen prophezeit und nicht so sehr im Tone eines Rathgebers als eines von Gott erleuchteten Propheten gesprochen haben, so dass der Graf seine Aussprüche für Offenbarungen des heiligen Geistes ansehen zu müssen glaubte. Er ersuchte ihn, nach Wien zu reisen, um seine Rathschläge dort zu ertheilen. Wir haben erzählt,*) dass Dominicus dieser Aufforderung nachkam und von dem Kaiser in der ehrerbietigsten Weise empfangen wurde, und wenn er vielleicht auf Ferdinand nicht einen gleich tiefen Eindruck machte, da dieser selbständig zu ähnlichen Beschlüssen gekommen war, wie der Mönch sie anriet, so mag derselbe bei ihm den letzten Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Politik verscheucht haben.**)

II

Nachdem man in Wien die im Ganzen zustimmende Erklärung Maximilians erlangt hatte, war man entschlossen, den wichtigsten Schritt zu thun und sich mit der Prozessirung der Häupter des Aufstandes zu beeilen. Auf den Rath des Herzogs, der den Vorsitz bei diesen Prozessen und die Uebernahme der böhmischen Verwaltung abgelehnt und hiefür den Bischof von Würzburg oder den Grafen von Hohenzollern vorgeschlagen

*) Band III.

**) Wiener StA. Hohenzollern an Ferdinand II dd. 10. Jan. 1621.

hatte, ging man nicht ein. Die kaiserlichen Geheimräthe waren jetzt wieder der Ansicht, dass der Kaiser nach Böhmen gehen solle, dass unter seinem Vorsitz die Urtheilssprüche gefällt und während seiner Anwesenheit durchgeführt werden müssten, und rieten deshalb einstimmig, dass sich Ferdinand so rasch als möglich nach Prag verfüge.*) Die grosse Kälte verhinderte vorläufig die Durchführung dieses Beschlusses.

Die Prozesse selbst hatte man in Wien schon Anfangs December vorbereitet, indem man dem Fürsten von Liechtenstein 1620 am 11. dieses Monats den Befehl gab, auf die Haupttheilnehmer des Aufstandes, die im blinden Vertrauen in Prag zurückgeblieben waren, ein aufmerksames Auge zu haben und diejenigen in Haft zu nehmen, die allenfalls würden entfliehen wollen und in gleicher Weise zu verhüten, dass irgend welche Schätze ins Ausland in Sicherheit gebracht würden.**) Trotz der Klagen, die von einigen Fanatikern gegen Liechtenstein erhoben wurden, zeigte er sich durch die Strenge seines Auftretens für den Posten geschaffen, auf den man ihn vorläufig belassen wollte. In einer Reihe von Verordnungen suchte er den gegen die Rebellen vorbereiteten Schlag recht wirksam zu gestalten und verbot deshalb unter anderem die Ausfuhr von Geld und Geldeswerth und versprach eine Entlohnung demjenigen, der die versuchte Ausfuhr derartiger Werthsachen zur Anzeige bringen würde. Da zu vermuthen stand, dass einzelne Flüchtlinge oder sonst in den Aufstand verwickelte Personen ihre Habseligkeiten den Juden zur Aufbewahrung gegeben hatten, wie dies Wilhelm von Lobkowitz thatsächlich gethan, so forderte er die Juden zur Herausgabe aller ihnen anvertrauten Gegenstände auf. Schon in den ersten Tagen des Monats December hatte er die Güter und Häuser flüchtiger Personen mit Beschlag belegen lassen und so die Confiscation faktisch in Scene gesetzt; auch einige wenige Personen, die aber nur dem Bürgerstande angehörten, wie den Dr. Jessenius, in Haft genommen und später sogar auf dem Marktplatz der Altstadt einen hohen Galgen errichten und ähnliche Vor-

*) Wiener StA. Protokoll der Berathung der Geheimräthe.

**) Wiener StA. Ferdinand an Liechtenstein dd. 1. Dec. 1620. Der Befehl wurde am 11. und 24. Dec. wiederholt. — d'Elvert II, 4 u. 7.

bereitungen auf der Neustadt und Kleinseite treffen lassen, die jedoch vorläufig nur als Schreckmittel dienten.*)

Die Massnahmen Liechtensteins fanden die Billigung der wiener Regierung, aber man glaubte trotzdem seinen Eifer anspornen zu müssen und wiederholte deshalb den schon einmal gegebenen Befehl, dass er auf den Besitz der Rebellen ein wachsames Auge haben und sich ihrer Personen versichern solle, wenn sie im Verdacht ständen, entfliehen zu wollen. Dieselbe Strenge machte sich auch in einer Weisung an Marradas geltend. Der Oberst hatte berichtet, dass er jene Edelleute, die ihm zur gehörigen Zeit, also vor der Schlacht auf dem weissen Berge, ihre Unterwerfung angezeigt hatten, in Gnaden aufgenommen und sie ihrer Güter versichert, die Güter jener, die solches unterlassen, aber konfiszirt habe. Nun kämen viele der letztern und verlangten in ihren Besitz wieder eingesetzt zu werden und er frage deshalb an, was er thun solle. Er wurde dahin bedeutet, dass die Confiscation aufrecht zu halten sei und dass er auch Unrecht gethan habe diejenigen, die sich zur gehörigen Zeit unterworfen hätten, ihrer Güter zu versichern, er hätte sie auf die kaiserliche Entschliessung verweisen sollen.**) Man tadelte auch den Fürsten von Liechtenstein, dass er die Hauptheilnehmer an dem Aufstande noch nicht verhaftet habe; man hatte ihm zwar noch keinen derartigen Befehl zugeschickt, aber den Wunsch angedeutet und da er säumte, demselben nachzukommen, so sprach ihm der Kaiser sein Befremden darüber aus.

Liechtenstein entschuldigte seine Lässigkeit damit, dass er die von Maximilian ertheilten Versprechungen, der die Stände ihres Lebens und ihrer Güter versichert hatte, nicht habe mit Füssen treten können, weil sich seither Niemand etwas habe zu Schulden kommen lassen. Der Herzog hatte ihm seine Stel-

---

*) Liechtenstein an den Kaisser dd. 9. Dec. 1620. d'Elvert II. — Ebend. S. 7. Liechtenstein an Ferdinand dd. 23. Dec, 1620. — Sächs. StA. Aus Prag dd. 10. Dec. 1620. — Ebend. aus Prag dd. 26. Dec. 1620. Archiv der Stadt Prag. Patent Liechtensteins dd. 9. Febr. 1621. — Liechtenstein an Ferdinand dd. 11. Dec. 1620. d'Elvert II.

**) d'Elvert II. Marradas an den Kaiser dd. 27. Dec. 1620. — Ebend. Ferdinand an Marradas dd. 3. u. 12. Januar 1621.

lung noch zu Beginn des neuen Jahres erschwert, indem er an Tilly den Befehl ergehen liess, jene Edelleute gegen alle Bedrückungen zu schützen, die sich unterworfen hatten, ein Befehl, der eigentlich im Widerspruch mit der Erklärung stand, die er an den Grafen Hohenzollern gelangen liess und in der er die Rebellen der Rache des Siegers preisgab. In Böhmen wusste man nichts von dieser Anbequemung an die kaiserliche Politik, wohl aber von dem Befehl, den Maximilian an Tilly abgeschickt hatte*) und deshalb fühlte sich Liechtenstein in der Freiheit seines Auftretens doppelt beschränkt. Der Fürst bemerkte auch in seinem Schreiben an den Kaiser, er wisse nicht, wie er vorgehen solle: wenn er alle Schuldigen auf einmal verhaften würde, so reichten dazu die Gefängnisse nicht aus, und wenn er einzelne in Haft nähme, so diene dies den übrigen zur Warnung und beschleunige ihre Flucht. Er widerriet deshalb jede Eile, weil von den in Prag wohnenden Edelleuten nichts mehr zu befürchten sei; ihr Muth sei gebrochen und ihr Ansehen dermassen gesunken, dass sie von ihren früheren Anhängern nur verspottet würden und mit Schmach ihr Leben fristeten.**) Endlich sei in Erwägung zu ziehen, ob es schon jetzt an der Zeit sei mit äusserster Strenge aufzutreten, da man sich Schlesiens und Mährens noch nicht versichert habe. Trotz diesem selbstgemachten Einwurfe schickte er dem Kaiser eine Liste derjenigen Personen zu, denen er den Prozess machen wollte, wenn ihm dies befohlen würde. Ob diese Liste alle die Namen enthielt, die man in Wien darin zu sehen wünschte, wissen wir nicht, jedenfalls fehlte der des Grafen Andreas Schlick, da Liechtenstein die Begnadigung desselben befürwortete. Er wurde zu diesem Schritte durch ein klägliches Schreiben bewogen, das Schlick von Görlitz aus, wo er als lausitzer Landvogt weilte, an ihn gerichtet hatte, worin er mit den beweglichsten Worten die kaiserliche Verzeihung und die Schonung seines Besitzes oder dessen theilweise Uebertragung an seine Frau erflehte und sich zur Dämpfung des Aufstandes in der Lausitz anbot. Der Fürst war dieser Bitte nachgekommen, er räumte der Gräfin zwar nicht einen Theil

*) Münchner StA. Maximilian an Tilly dd. 2. Jan. 1621.
**) d'Elvert II, 11. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 17. Jan. 1621.

der Güter aber doch einen Meierhof ein und forderte Schlick auf, sich dieser Gnade durch sein weiteres Verhalten würdig zu machen. Er versprach ihm, sich bei dem Kaiser für ihn zu verwenden und liess ihn eine wenn nicht gänzliche so doch theilweise Begnadigung hoffen.*)

Liechtensteins Vorstellungen wurden in Wien nicht beachtet, nur insofern mässigte man den Eifer, dass man nicht sofort gegen alle diejenigen, deren Güter man zu confisziren gedachte, den Prozess zu eröffnen befahl, sondern vorläufig nur gegen jene, die man zugleich am Leben strafen wollte. Am 6. Februar 1621 schickte der Kaiser dem Fürsten von Liechtenstein ein Verzeichniss derjenigen Personen zu, die er verhaften lassen sollte; es befanden sich in demselben die Namen der Direktoren und 32 anderer Personen, von denen jedoch nicht alle eingezogen werden konnten, da sich mehrere rechtzeitig geflüchtet hatten. Zugleich verfügte der Kaiser, dass 29 namentlich benannte, zumeist dem begüterten Adel angehörige Personen das Gelöbniss leisten sollten, dass sie sich bei sonstigem Verlust ihres Lebens und Vermögens aus ihren Häusern in Prag nicht entfernen würden.**)

Dieser Befehl wurde am 7. Februar nach Prag geschickt, gelangte aber durch eine seltsame Unvorsichtigkeit nach Dresden und wurde erst von dort aus dem Fürsten übermittelt, so dass er ihn nicht früher als am 20. Februar erhielt. 1621 Er berief alsbald den Generallieutenant Tilly, den Obersten Waldstein und den Generalkommissär Michna zu sich und beriet sich mit ihnen über die zu ergreifenden Vorsichtsmassregeln. Nachdem sie zum Einverständniss gelangt waren, sandte er an die Herren und Ritter, die er in Haft zu nehmen gedachte, den Befehl, dass sie sich um die zweite Nachmittagsstunde bei ihm einfinden sollten, weil er ihnen ein Dekret des Kaisers bekannt geben müsse. In gleicher Weise wurde den Königsrichtern der prager Städte aufgetragen, die betreffenden Personen aus dem Bürgerstande auf dieselbe Zeit vorzuladen und sich dabei desselben Vorwands zu bedienen.***)

*) Sächs. StA. Joachim Andreas Schlick an Liechtenstein dd. 17. Jänner 1621. — Ebend. Liechtenstein an Schlick dd. 5. Febr. 1621.

**) d'Elvert II, 21. Ferdinand an Liechtenstein dd. 6. Febr. 1621.

***) d'Elvert II, 30. Liechtenstein an Ferd. dd. 23. Febr. 1621. — Skála V, 40.

Man erzählt, dass die Direktoren durch Tilly gewarnt und auf diese Weise zur Flucht vor dem drohenden Schicksal aufgefordert worden seien. Es ist immerhin möglich, dass dies der Fall war und dass Tilly der Verletzung des von seinem Herrn gegebenen Versprechens zuvorkommen wollte, allein so wenig als die Statthalter die an sie ergangene Warnung berücksichtigt hatten und trotz derselben vor dem verhängnissvollen Fenstersturze den Sitzungssaal betraten, so wenig thaten dies jetzt die Direktoren und ihre Anhänger. Alle Personen, die vorgeladen wurden, in Prag anwesend und nicht durch Krankheit verhindert waren, erschienen zu der angegebenen Stunde entweder vor dem Fürsten von Liechtenstein oder vor den Königsrichtern, wo ihnen eröffnet wurde, dass sie wegen Hochverraths in Haft genommen werden müssten. Man kann sich denken, wie beklemmend diese Mittheilung für die Einzelnen war und welche Anklagen und Vorwürfe in ihrem Inneren laut wurden; äusserlich gaben sie jedoch davon keine Kunde, sondern nahmen die ihnen gemachte Anzeige ohne Bemerkung auf und liessen sich willig in die ihnen zugewiesenen Gefängnisse abführen. Im weissen Thurm wurden die Herren Wilhelm von Lobkowitz, Budowec, Paul von Řičan, Kaspar Kaplíř, Prokop Dwořecký, Bohuslaw Michalowic, Felix Pětipeský, Dionys Černín und einige Tage später der auf dem Lande verhaftete Christoph Harant untergebracht. Die dem Bürgerstande angehörigen Personen wurden auf den drei prager Rathhäusern eingekerkert, unter ihnen nahmen eine hervorragendere Bedeutung nur Martin Fruewein, Theodor Sixt von Ottersdorf, beide Mitglieder der Direktorialregierung und der berühmte Arzt Dr. Jessenius ein. — Der Fürst hatte fünf Personen mehr in Haft genommen, als ihm aufgetragen worden war, zwei dagegen in Freiheit gelassen, weil er glaubte, dass ihr Verhalten während des Aufstandes sie für eine bessere Behandlung empfehle. Da er am 20. Februar nicht aller jener habhaft werden konnte, denen er den Process machen sollte, liess er in der Stadt und auf dem Lande fleissig nach den Fehlenden fahnden und so wurden im Laufe des Monats März diejenigen zu Stande gebracht, die sich nicht durch die Flucht gerettet hatten.*)

1621

*) Skála V, 21.

Die Verhaftungen machten im ganzen Lande auf die höheren Gesellschaftskreise einen niederschmetternden Eindruck, den stärksten natürlich auf die Verhafteten. Nur die Ueberzeugung, dass ihnen das von dem Herzoge von Baiern gegebene Versprechen, welches sie gegen jede Leibesstrafe sicherte, gehalten werden würde, hatte sie von einem Fluchtversuch abgehalten, der, trotzdem man seit Wochen auf sie ein wachsames Auge hatte, den meisten gelungen wäre. Ihre frühere Entschlossenheit schwand jetzt ganz, so dass wenige Tage der Haft hinreichten, um die stolzen Barone zu flehentlichen Bittstellern umzuwandeln. Sie wandten sich an den Kurfürsten von Sachsen mit einer Zuschrift, worin sie ihn um seine Verwendung beim Kaiser ersuchten, auf dass dieser ihnen ihre „Verbrechen" verzeihe, sie wieder zu Gnaden aufnehme und ihnen den weitern Nutzgenuss ihrer Güter verstatte. Unterschrieben war diese Bittschrift von neun Direktoren aus dem Herrn- und Ritterstande, darunter auch von Budowec.*) Die Unterschrift Wilhelms von Lobkowitz fehlte nur aus dem Grunde, weil er sich einige Tage vorher mit einer ähnlichen Bitte an den Kurfürsten gewendet hatte, wobei er betheuerte, dass er an dem Fenstersturze keinen Antheil gehabt und bei dem Aufstande nur dem Zwange nachgegeben habe.**) Da das Gesuch kein Resultat hatte, erneuerte er es vier Wochen später, und für die übrigen Direktoren thaten dies ihre Frauen, indem sie sowohl an den Kurfürsten, wie an seine Gemahlin ein höchst demüthiges und unterwürfiges Bittgesuch richteten.***) Alle diese Bitten waren jedoch vergeblich und ebenso vergeblich flehten mehrere Edeldamen den Herzog von Baiern um seine Vermittlung an, als der Process bereits mit einem schlimmen Ausgang drohte. Der neue in Brandeis eingesetzte Hauptmann spottete über diese Bemühungen und bemerkte in seiner Schadenfreude, dass Gott selbst die Gefangenen nicht aus den kaiserlichen Händen befreien könnte.†)

*) Sächs. StA. Die neun Direktoren an Kursachsen dd. 6. März. 1621.

**) Sächs. StA. Wilhelm von Lobkowitz an Kursachsen dd. 27. Febr. 1621.

***) Ebend. Die Frauen der Direktoren an den Kurfürsten und seine Frau dd. 27. März 1621. — W. v. Lobkowitz an Kursachsen dd. 24. März 1621.

†) Skála V, 67.

Die Regierung suchte nun mit List und Gewalt auch derjenigen Rebellen habhaft zu werden, die sich aus dem Bereiche ihrer Wirksamkeit entfernt hatten und die voraussichtlich der an sie ergangenen Vorladung nicht folgen würden, doch gelang ihr dies nur bei einer einzigen Person und zwar bei dem Grafen Schlick. Nachdem derselbe sich bemüht hatte, die lausitzer Stände zur Unterwerfung unter den Kaiser zu bewegen, um sich dadurch seine eigene Begnadigung zu verschaffen, entfernte er sich aus Görlitz, als sich die Oberlausitz dem Kurfürsten von Sachsen unterworfen hatte, weil in dem betreffenden Vertrage seiner nicht gedacht und ihm sonach der Pardon nicht zugesichert wurde und flüchtete sich nach Friedland (in Böhmen) zu seinem Schwager, dem Herrn von Redern, der den Kampf zu Gunsten des Pfalzgrafen fortgesetzt hatte, aber Angesichts der trostlosen Lage der Dinge von demselben ablassen musste. Schlicks Aufenthalt wurde dem Kurfürsten von Sachsen verrathen, der nun eine Reiterschaar zu seiner Gefangennehmung abschickte. Vielleicht wäre der Anschlag misslungen, da der Graf trotz der vor dem Schlosse harrenden Reiter aus demselben hätte entfliehen können, allein ein gewisser Wolf von Lüttichau, den der Kurfürst von dem lausitzer Pardon ausgeschlossen hatte, suchte sich ihn dadurch zu verdienen, dass er in listiger Weise Schlicks Verhaftung herbeiführte.*) Der Gefangene wurde vor- (9. März 1621) erst nach Görlitz und von dort nach Dresden gebracht, wo er durch einige Wochen in milder Haft gehalten wurde. Erzherzog Karl, der um diese Zeit als Gesandter des Kaisers in Dresden eintraf, mag seine Auslieferung betrieben haben,**) und so wurde derselbe, nachdem er und seine Frau vergeblich den Kurfürsten um Gnade angefleht hatten, am 13. Mai (1621) an die böhmische Grenze geführt und daselbst einer kaiserlichen Reitereskorte übergeben, die ihn nach Prag brachte, wo er gleich seinen übrigen Standesgenossen im weissen Thurme eingekerkert wurde.

In Wien hatten inzwischen lebhafte Verhandlungen über das Tribunal stattgefunden, vor das man die Rebellen stellen

*) Die betreffenden Aktenstücke im sächs. StA. — d'Elvert, Liechtenstein an den Kaiser dd. 16. März 1621.

**) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand dd. 2. April 1621.

sollte, da man den gesetzlichen Weg nicht betreten wollte, weil weder das Landrecht noch die städtischen Gerichte solche Urtheile gefällt hätten, wie man sie wünschte. Man musste auch darum zu der Bildung eines ausserordentlichen Gerichtshofes seine Zuflucht nehmen, weil man das Landrecht aufgelöst hatte, da alle Beisitzer aus Gegnern der kaiserlichen Politik bestanden und eine neue Organisirung desselben noch nicht möglich war. Aber nicht bloss von den böhmischen Gerichten, auch von den böhmischen Gesetzen musste man Umgang nehmen, da dieselben die Angeklagten gegen willkürliche Behandlung schützten, die Wahrung gewisser Processformen erheischten und dadurch den Process in die Länge ziehen konnten. Da man sich also weder durch die Gerichte noch durch die Gesetze des Landes beengen lassen wollte, so entschloss man sich einen besonderen Gerichtshof zusammenzustellen und demselben für das Gerichtsverfahren eine eigene Norm vorzuschreiben.*) Nach derselben sollte sich der Ankläger — einer aus den Mitgliedern des Gerichtshofes — in keinen Beweis der von ihm gegen die Angeklagten vorgebrachten Beschuldigungen einlassen, sondern sich auf die Notorietät des Faktums und des dadurch bewiesenen verbrecherischen Willens berufen und die Verurtheilung und Execution begehren. Die Richter sollten sich einer raschen Procedur befleissen, den Angeklagten kein Mittel zugestehen, wodurch der Process verlängert werden könnte, und scharf gegen die Advokaten auftreten, denen ein oder der andere Angeklagte seine Vertheidigung übertragen würde. Gegen die flüchtigen und gegen alle verstorbenen Rebellen sollten sie die Güterconfiscation aussprechen.

Nun musste man zur Wahl der Mitglieder des Gerichtshofes schreiten. Man hätte denselben leicht aus solchen Personen zusammensetzen können, die Böhmen von Geburt waren, aber man fürchtete, in ihnen keine so gefügigen Werkzeuge zu finden, wie man sie brauchte, und deshalb entschloss man sich einigen böhmischen Beisitzern mehrere Reichshofräthe und Beamte der niederösterreichischen Regierung, die sich durch

*) Archiv des Minist. des Innern in Wien, Instruction Ferdinands II für die Richter dd. 11. Febr. 1621.

keine Rücksicht der Verwandtschaft oder der Abstammung bei ihren Urtheilssprüchen beeinflussen liessen, beizugesellen. Aus Böhmen wollte man zu diesem Amte die ehemaligen Statthalter Sternberg, Slawata und Martinic und den gleichfalls während des Aufstandes entflohenen Heinrich von Kolowrat berufen. Als den genannten Personen diese Absicht kund wurde, ersuchten sie den Kaiser, seine Wahl nicht auf sie zu lenken. Man hätte alle Verurtheilungen ihnen zur Last gelegt und sie beschuldigt, dass sie ihrer Rachsucht gefröhnt, deshalb auch die Confiscationen ausgesprochen und die Familien ihrer Opfer an den Bettelstab gebracht hätten; derartige Vorwürfe wollten sie nicht auf sich laden. Slawata wünschte seinen Gegnern wohl kein anderes Schicksal, aber er wollte es doch nicht offen aussprechen. Martinic und Sternberg waren dagegen nicht von so rachgierigen Gedanken erfüllt, wie sie durch den Gerichtshof verwirklicht werden sollten und deshalb wollten sie auch nicht als seine Werkzeuge gelten. Da Ferdinand ihre ablehnende Antwort annahm, so blieben die genannten Personen in Passau und kehrten erst nach Böhmen zurück, als das Urtheil in dem grossen Processe gesprochen und vollzogen war. Der Gerichtshof bestand schliesslich aus folgenden Personen: zum Präsidenten ernannte der Kaiser den Fürsten von Liechtenstein und zu seinem Stellvertreter den Oberstlandhofmeister Adam von Waldstein. Als Beisitzer fungirten der frühere Präsident des Appellationsgerichtes Friedrich von Talmberg, der Hauptmann der prager Kleinseite Christoph Wratislaw von Mitrowic, drei Reichshofräthe Laminger von Albenreit, Otto Melander und Johann Wenzel, drei Appellationsräthe Melchior Gniess von Kobach, Wenzel von Fliessenpach, Daniel Kapper von Kapperstein und zwei Räthe der niederösterreichischen Regierung Schwab und Paul von Ello.*) Zugleich wurde bestimmt, dass die Richter die Verhandlungen

*) Wir müssen bemerken, dass Ferdinand II in einem Schreiben an Max. von Baiern dd. 11. Februar 1621, worin er ihm über diese Ernennungen Kunde gibt, zwei der angeführten Namen auslässt und dafür einen andern, den Otto's von Nostitz angibt. Alle Nachrichten, die wir jedoch von anderswo schöpfen, geben die im Texte angeführten Namen und so glauben wir, dass der Kaiser seine Absicht bezüglich einzelner Personen später änderte.

mit den Angeklagten, die der deutschen Sprache kundig seien, deutsch, mit den übrigen böhmisch führen sollten.

Als Liechtenstein erfuhr, dass er zum Präsidenten des Gerichtshofes ernannt worden sei, war er erbötig, das ihm übertragene Amt anzunehmen, wünschte aber, dass sich der Kaiser, der noch immer seine Reise nach Prag verzögerte, in diese Stadt verfügen und dass das Endurtheil unter seinem Vorsitz gesprochen werden solle, da der Process zu grossartig sei, um nicht mit aller Feierlichkeit in Scene gesetzt zu werden.*) Einige Tage später änderte er jedoch seine Ansicht über die Erspriesslichkeit der Anwesenheit des Kaisers bei dem Endurtheil und fand es zweckmässiger, wenn derselbe nicht nach Prag käme, vielleicht, weil allerlei Bedenken gegen das gewaltsame Verfahren in ihm auftauchten, wenigstens riet er, dass der Process nicht allzusehr beschleunigt, sondern die Executionen lieber bis zur vollständigen Unterwerfung Schlesiens verschoben werden sollten. Mit diesem Rathschlag stiess er aber auf Widerstand, wogegen seine Ansicht wegen Fernbleibens des Kaisers von diesem gutgeheissen wurde, da er sich mittlerweile entschlossen hatte nicht nach Prag zu reisen.**)

III

Am 13. März langten die in Wien ansässigen Mitglieder des Gerichtshofes in Prag an,***) und am 15. konstituirte sich derselbe auf dem prager Schlosse, schritt zur Wahl zweier Sekretäre in der Person des Reichshofraths Melander und des Appellationsraths Kapper und übertrug darauf einem böhmischen Edelmann Přibík Jeníšek von Oujezd, der während des Aufstandes treu zum Kaiser gehalten hatte, das Amt eines Anklägers oder Prokurators. Einige Tage später veröffentlichte Liechtenstein den ersten Urtheilsspruch, indem er zweiundzwanzig während des Aufstandes verstorbene Personen ihrer Güter verlustig erklärte und jene, die Ansprüche auf dieselben erhoben (etwa als Gläu-

1621

*) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand dd. 5. März 1621.

**) d'Elvert II, 46. Gutachten an den Kaiser.

***) Skála V, 57.

biger), zum Nachweis derselben aufforderte. In der Eile hatte man nur zwei und zwanzig Namen zusammengebracht, aber diese wogen schwer: es befanden sich unter ihnen der reiche Peter von Schwamberg, der vor kurzem sein Vermögen noch beträchtlich vergrössert hatte, da er einen grossen Theil der rosenbergischen Güter geerbt hatte, ferner Johann Albrecht Smiřický, dessen Tod zu jenem Streite zwischen seinen Schwestern und zu der Katastrophe in Jičin Anlass gab, weiter der General Leonhard Colonna von Fels, der im J. 1620 in Oesterreich gefallen war, dann Michael Slawata, der Graf von Guttenstein, Ulrich Wchynský und andere mehr oder weniger reichbegüterte Personen.*)

Der Process gegen die Verhafteten wurde dadurch eingeleitet, dass man die Katholiken Prags aufforderte, der Untersuchung durch Mittheilung gravirender Thatsachen hilfreiche Hand zu leisten. Wie weit sie dieser Aufforderung nachkamen, wissen wir nicht anzugeben, jedenfalls wurde die Thätigkeit des Gerichtes nicht durch sie, sondern dadurch gefördert, dass Benjamin Fruewein, der als Sekretär bei der Direktorialregierung fungirt hatte, das Geschäftsprotokoll dem Dr. Melander zukommen liess, um, wie man vermuthete, sich und seinem Bruder Martin dadurch die Begnadigung zu erwirken. Auf Grund der vorhandenen Akten der Direktorialregierung stellte Melander 138 Fragen zusammen, die man den Verhafteten in feierlicher Sitzung vorlegen wollte.**) Am 29. März versammelten sich zu diesem Behufe in der sogenannten Reichshofrathsstube des Schlosses der Fürst von Liechtenstein sammt den übrigen Räthen und nahmen in einem von Schranken umfriedeten Raume Platz, worauf die gewesenen Direktoren vorgerufen wurden und dieser Vorladung in der Reihenfolge folgten, die ihnen ihr Stand und das Alter ihres Geschlechtes anwies, zuerst Wilhelm von Lobkowitz, dann Paul von Řičan, Wenzel Budowec und so weiter die andern.***)

1621

*) d'Elvert II, 49. Liechtenstein an Ferd. dd. 7. April 1621.

**) Skála V, 54.

***) d'Elvert II, 51. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 7. April 1621. — Die Namen der Uebrigen sind: Kaspar Kaplíř, Prokop Dwořecký, Friedrich von Bílé, Bohuslaw von Michalowic, Hanuš von Wostrowic, Wenzel Felix Pětipeský, Otto von Los, Martin Fruewein, Theodor Sixt, Maxi-

Der Reichshofrath Melander ergriff zuerst das Wort und liess sich über die Ursache des gegenwärtigen Gerichtsverfahrens aus, Kapper wiederholte seine Rede in böhmischer Sprache und diese Doppelsprachigkeit machte sich in allen folgenden solennen Akten geltend. Nun trat der Prokurator vor, überreichte die von Melander verfassten Fragen und verlangte, dass die Angeklagten über dieselben einvernommen würden, worauf die Richter sich einige Minuten unter einander berieten, und erwiderten, dass dem Ansuchen Folge geleistet werden würde. Die Angeklagten zeigten während dieser Procedur eine sichtliche Bestürzung. Niemand von ihnen bat ums Wort, keiner machte eine Einwendung oder gab eine Erklärung ab: es war als ob das Unerwartete der Sache ihr Denkvermögen gelähmt hätte. Als sie abgeführt wurden, wurden sie nicht mehr zusammen eingesperrt, sondern die Direktoren aus dem Herrn- und Ritterstande in Einzelhaft in den unterschiedlichen Schlossgebäuden, die Direktoren des Bürgerstandes dagegen in den Zimmern des weissen Thurmes ebenfalls von einander getrennt untergebracht.*)

Während das Verhör der Angeklagten über die einzelnen Fragen seinen Anfang nahm, begann man auch den Process gegen die Flüchtigen und brachte denselben bald zum Abschluss. Der Prokurator erhob gegen sie die Anklage am 2. April und ersuchte das Gericht um ihre Vorladung, in Folge dessen Herolde abgeschickt wurden, die den Vorladungsbefehl auf den öffentlichen Plätzen Prags feierlich ausriefen. Nach drei Tagen trat das Gericht von neuem zusammen und sprach über die des hartnäckigen Ungehorsams beschuldigten Flüchtlinge das Urtheil aus, das für alle auf den Tod und den Verlust der Güter lautete, ihre Namen wurden später auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers an den Galgen der drei prager Städte angeschlagen. Man beriet sich in Prag darüber, ob man nicht einen Preis auf ihre Köpfe setzen solle und frug deshalb in Wien an, allein eine derartige italienische Massregel fand keinen Beifall und so wurden die Verurtheilten durch Meuchelmörder in ihren Zu-

1621

---

milian Hoštalek, Tobias Šteffek, Valentin Kochan, Johann Schultys, Christoph Kober.

*) d'Elvert II, 51. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 7. April 1621.

fluchtsstätten nicht belästigt.*) Im weiteren Verlaufe des Monats April wurde in Folge weiterer Untersuchungen an zwei verschiedenen Tagen das Urtheil über einige andere während des Aufstandes verstorbene Personen publicirt und ihre Güter sammt und sonders konfiszirt.**)

Mittlerweile war man mit dem Verhöre der einzelnen Direktoren ziemlich weit vorgeschritten. Da sich aus den Processacten nur eilf Protokolle erhalten haben, so sind wir nicht im Stande, zu berichten, in welcher Weise sich alle Angeklagten ihren Anklägern gegenüber verhielten; wenn man aber aus den vorhandenen Protokollen einen Schluss ziehen darf, so ergibt sich, dass die Meisten ihre Schuld zu verkleinern, wo nicht zu leugnen suchten, und nur wenige eine würdige Haltung einnahmen. Unter den letzteren müssen insbesondere Kaplíř von Sulewic, Otto von Los und Budowec genannt werden. Dem Ankläger gegenüber gaben sie keine Schwäche kund, sie beantworteten die vorgelegten Fragen ohne Umschweife, bejahten sie einfach oder entschuldigten sich mit Unwissenheit. Kläglich benahm sich dagegen der Graf Schlick, der sich in seinem Verhöre nicht bloss aufs Bitten verlegte, sondern auch zu allerlei Mittheilungen seine Zuflucht nahm, welche andere Personen stark belasteten. Wir müssen jedoch bemerken, dass durch diese Mittheilungen nur Budovec und einige Flüchtlinge compromittirt wurden, und diese zu schonen glaubte Schlick nicht verbunden zu sein, da der erstere ohnedies verloren war und die letzteren nichts zu fürchten hatten.***)

Den Hauptgegenstand der Fragen an die Gefangenen bildete der Fenstersturz und ob derselbe vorbereitet worden sei oder nicht. Einige der Gefangenen gestanden das erstere aufrichtig ein und nannten als dessen Haupturheber den Grafen Thurn, den Albrecht Smiřický und einen Wchynský. Als der

*) d'Flvert II, 53, Liechtenstein an Ferd. II dd. 7. April 1621. — Ebend. Liechtenstein an Ferd. dd. 29. April 1621.

**) Sächs. StA. Condemnationsurtheil wider die verstorbenen Personen dd. 15. April und dd. 26. April 1621.

***) Die betreffenden Aussagen Schlicks bei d'Elvert II. Die Angabe in des Comenius historie o těžkých protivenstvích církve české über die entschlossene Haltung Schlicks ist nicht richtig.

Gerichtshof nach dem Verfasser der ersten und zweiten Apologie forschte, ergab es sich, dass die erste hauptsächlich von Martin Fruewein herrührte, während für die letztere Graf Schlick die alleinige Verantwortung auf sich nahm, wiewohl die Aussagen anderer Gefangenen hiebei auch dem Skreta und einigen andern Personen einen Antheil zuerkannten. Die weiteren Fragen betrafen die Verbindung des Pfalzgrafen mit den Böhmen, die Art und Weise, wie die Absetzung Ferdinands ausgesprochen und die Neuwahl vorgenommen wurde, endlich die Verhandlungen mit Bethlen. Da man auf kaiserlicher Seite den Abschluss der Conföderationen besonders anfeindete, so wurden die Gefangenen über die darauf bezüglichen Vorgänge eingehender befragt, namentlich über die Verbindungen, die Thurn mit einzelnen Edelleuten bei seiner ersten Anwesenheit vor Wien eingegangen war, und ebenso suchte man herauszubringen, ob die Böhmen sich nicht mit dem steirischen und kärnthner Adel hätten verständigen wollen. Auf diese Frage entschuldigten sich aber die meisten mit Unwissenheit, einige machten unklare Andeutungen oder verwiesen auf den Grafen Thurn, der allein besser unterrichtet sei. Auch die Türken kamen zur Sprache, man wollte wissen, zu welchen Versprechungen sich dieselben herbeigelassen hätten. Da man die in Prag hinterlassenen rudolfinischen Kunstschätze, die von der Directorialregierung verschleudert worden waren, wieder zu gewinnen wünschte, so frug man, wohin die einzelnen Stücke gekommen seien. — Wir bemerken zum Schlusse, dass die Verhörsprotokolle auf den Verlauf der Ereignisse nicht mehr Licht warfen, als die sonst erhaltenen Actenstücke, nur die Thatsache der vorherigen Verabredung des Fenstersturzes wird fast ausschliesslich durch die Antworten der Gefangenen ausser Zweifel gesetzt und in dieser Beziehung ist allerdings eine der wichtigsten Fragen klar und deutlich beantwortet worden. Dass wir dabei auch Kunde von den Verfassern der Apologien erhalten, hat nur ein literarisches Interesse.*)

---

*) Die Verhörsprotokolle, die sich erhalten haben, sind im böhmischen Statthaltereiarchiv vorhanden. Sie betreffen die Herren: Otto von Los, Pětipeský, Kaspar Kaplíř, Řičan, Michalowic und den prager Advokaten

Das Urtheil, welches der Gerichtshof schliesslich über die Angeklagten aussprach, lautete bei allen auf Confiscation der Güter und bei 27 auf Todesstrafe, die an mehreren in grausamer Weise vollzogen werden sollte. So sollten dem Dionys Černín früher zwei Finger der rechten Hand abgehauen, dem Dr. Jessenius und dem Martin Fruewein die Zunge ausgeschnitten, einigen andern früher die Hände abgehauen, einige bei lebendigem Leibe geviertheilt, bei andern diese Strafe erst nach dem Tode vollzogen werden und in solcher mehr oder weniger verschärften Weise namentlich Budowec, Otto von Los, Bohuslaw von Michalowic, Friedrich von Bílé und Dwořecký gerichtet werden. Zwei Mitglieder des Gerichtshofes, Friedrich von Talmberg und Ello, reisten mit den Urtheilsentwürfen nach Wien und legten sie dem Kaiser vor.

Ferdinand war sich der Wichtigkeit der Entscheidung, die er jetzt treffen sollte, vollkommen bewusst und suchte deshalb, wie er gewohnt war, nicht bloss bei seinen Räthen sondern auch bei der Kirche nach Trost und Erleuchtung. Wie ernst seine Stimmung in dieser Zeit war, ergibt sich schon daraus, dass er sich zur Abfassung seines Testamentes entschloss und dasselbe am 10. Mai unterzeichnete. Es ist hier nicht der Ort, auf den Inhalt des Testaments einzugehen, wir bemerken nur, dass es von Ergebenheitsversicherungen gegen die Kirche und von Mahnungen an die Nachfolger, treu an ihr festzuhalten, überfloss. Der Einfluss seines Beichtvaters mag bei der Abfassung desselben, sowie bei der Fällung des Urtheils über die Rebellen mitgewirkt haben, wenigstens deuten dies einige Nachrichten und sein damals abgelegtes Gelübde einer Wallfahrt nach Maria

1621

Martin Fruewein. Bei d'Elvert II, 78 sind die Verhöre des Grafen Andreas Schlick, des Leander Rüppel, des Georg Haunschild, des Wenzel Budowec und des Friedrich Georg abgedruckt. Endlich ist noch ein Brief Liechtensteins an Ferdinand II dd. 17. Mai 1621 wichtig, weil er Aufschlüsse über die Verhöre bringt, bei d'Elvert II, 59. In den Aussagen Schlicks findet sich auch die von anderer Seite bestätigte Nachricht, dass der König von Schweden Gustav Adolf den Böhmen acht Geschütze zu Hilfe geschickt und auf diese Weise in den Kampf wider die Habsburger eingegriffen habe. Die politische Einsicht dieses hochbegabten Mannes liess ihn frühzeitig unter den Parteikämpfen eine bestimmte Stellung nehmen.

Zell an. Von seinen weltlichen Rathgebern betraute er diesmal vorzugsweise die böhmischen Räthe mit der Abfassung eines Gutachtens, ob und in wie weit er die in Prag gefällten Urtheile bestätigen oder mildern solle, denn neben dem Kanzler Lobkowitz, dem Herrn von Talmberg, dem lausitzer Edelmann Otto von Nostitz und dem M. Philipp Fabricius wurden nur noch der Reichshofrath Strahlendorf und der wiener Appellationsrath Ello zu den Berathungen herangezogen.

Die genannten Personen traten am 21. Mai zusammen und liessen sich in dieser ersten Sitzung die einzelnen Urtheile sammt den Gründen, auf die sich das Gericht bei ihrer Abfassung stützte, sowie den Bericht über die mildernden Umstände, die einige der Verurtheilten der Gnade empfahlen, vorlesen. In dem Urtheilsspruch über Wilhelm von Lobkowitz hiess es, dass er sich an hochverrätherischen Unternehmungen betheiligt, zur Vertreibung der Jesuiten und zur Confiscation des königlichen und geistlichen Besitzes gerathen habe. Als mildernder Umstand wurde hinzugefügt, dass er nicht besonders klug sei, mehr dem Druck anderer nachgegeben als selbständig gehandelt habe und dass er der erste gewesen sei, der nach der Schlacht auf dem weissen Berge bei Maximilian von Baiern um Begnadigung angesucht habe. Auch bei Pětipeský wurden neben den erschwerenden Umständen zahlreiche Milderungsgründe angeführt, dass er z. B. bei dem Fenstersturz nicht zugegen gewesen sei, gegen die Wahl Friedrichs von der Pfalz und für die Anerkennung Ferdinands sich ausgesprochen und den Verkauf der geistlichen Güter widerrathen habe. Um so schlimmer stand es mit Otto von Los und Kaplíř von Sulewic, deren Sündenregister durch keinen einzigen mildernden Umstand erleichtert wurde, so dass zu befürchten stand, man werde in Wien keine Milderung der ihnen zugedachten Strafe eintreten und sie lebendig viertheilen lassen. Ein Umstand, der für ihre Begnadigung gesprochen hätte, wurde nicht beachtet, wir meinen ihr hohes Alter, der erstere war 86, der letztere 80 Jahre, jedenfalls hatten beide während des Aufstandes nur Figuranten abgegeben. Auch bei Budowec, Michalowic, Martin Fruewein, Dwořecký, Jessenius und Andern hatte das prager Urtheil keine Milderungsgründe angeführt, um derentwillen sie der Gnade des

1621

Kaisers empfohlen werden könnten, und gewiss liess sich zu Gunsten des Michalowic und Fruewein nichts anführen, da beide ihr Wissen und ihre geistige Kraft für den Aufstand verwerthet hatten.

Am folgenden Tage begannen die obengenannten Räthe die eigentlichen Berathungen, ob und in welcher Weise die Milderungsgründe bei den einzelnen Verurtheilten berücksichtigt werden sollten. Herr von Talmberg eröffnete die Debatte, indem er bezüglich Wilhelms von Lobkowitz meinte, dass man ihn nur zu einer längeren Haft und zum Verlust seiner sämmtlichen Güter verurtheilen solle. Ello stimmte seiner Ansicht bei, worauf Strahlendorf bemerkte, dass man sich zuerst über gewisse Grundsätze einigen müsse, bevor man berathen könne, in wie weit die Strafe bei einzelnen Verurtheilten zu mildern sei. Es sei gewiss, dass alle Direktoren den Tod verdient hätten, aber man dürfe nicht vergessen, dass die Zahl derjenigen, die ihn erleiden müssten, zu gross sei und man deshalb den Vorwurf der Rachgier und Mordlust auf sich laden würde, wenn man nicht Gnade walten lasse. Die Geschichte lehre, dass derartige Massenexecutionen gefährlich seien, der Kaiser könne die Bitte des Königs von Dänemark, der für die Verurtheilten um Gnade ersuche, nicht einfach abweisen. Aus diesen Gründen rathe er, dass man die Todesstrafe nur an neun Personen, drei aus jedem Stande, vollziehe, die übrigen aber nach Toskana und Neapel schicke, damit sie von dem Grossherzog von Toscana oder dem Könige von Spanien an die Galeeren geschmiedet würden. Auch gegen die Viertheilung bei lebendigem Leibe sprach sich Strahlendorf aus und nannte sie eine Grausamkeit: wenn man diese Strafe vollziehen wolle, so solle es an dem todten Körper geschehen. *)

*) Ueber die Verhandlungen der wiener Commission bezüglich der Bestätigung und Milderung der in Prag geschöpften Urtheile berichten wir nach Aufzeichnungen, die der Kanzler Lobkowitz verfasst hat und die im Archiv von Raudnitz aufbewahrt werden. Bei d'Elvert II, 65, ist auch ein Bericht über diese Verhandlungen abgedruckt, er ist aber weder vollständig noch klar genug, da aus ihm nicht einmal ersichtlich ist, wo die Verhandlungen, ob in Wien oder in Prag, stattgefunden haben und man sich sogar der letzteren Meinung zuneigen könnte.

Die übrigen Mitglieder der Commission pflichteten jedoch der Meinung Strahlendorfs nicht bei. Zwar scheinen auch sie von der Viertheilung bei lebendigem Leibe Abstand genommen zu haben, da sie an Niemanden vollzogen wurde, aber dass die Todesstrafe nur auf so wenige Personen beschränkt werden sollte, davon wollte keiner etwas wissen, vielleicht nicht aus Grausamkeit, denn die lebenslängliche Anschmiedung an eine Galeere, die Qualen der harten Arbeit und der elenden Verpflegung bei Männern, die im Reichthum grau geworden waren, mochte ihnen nicht als Milderung, sondern als Verschärfung der Strafe erscheinen. Man entschloss sich also nur bei einigen wenigen Personen die Nachsicht der Todesstrafe in Vorschlag zu bringen und dieselbe nicht durch die Anschmiedung an die Galeeren, sondern durch eine Gefängnisshaft oder durch Zwangsarbeit zu ersetzen, alle übrigen aber dem Tode zu überliefern. Am 23. Mai, dem Jahrestag des Fenstersturzes, erreichten die Berathungen ihr Ende und wurde dem Kaiser der Bericht erstattet. Drei Tage später bestätigte er sämmtliche Vorschläge und milderte auf diese Weise die von dem prager Gerichtshofe gefassten Urtheilssprüche. Zur Nachsicht der Todesstrafe bei Wilhelm von Lobkowitz wurde er übrigens nicht bloss durch das Gutachten seiner Räthe, sondern auch durch die Bitten der Frau des Kanzlers Lobkowitz und ihres kleinen Sohnes, die ihn persönlich um die Begnadigung ihres Vetters anflehten, bestimmt. In Folge dieser Aenderungen wurde fünf Personen die Todesstrafe erlassen und zwar dem Wilhelm von Lobkowitz, Paul von Řičan, Wenzel Pětipeský, Johann Wostrowec und Johann Theodor Sixt von Ottersdorf, dem letzteren jedoch mit der Bedingung, dass er bis an den Richtplatz geführt und ihm dort erst die Begnadigung mitgetheilt werden solle. Ebenso wurde die verschärfte Todesstrafe dem Otto von Los nachgesehen, er sollte zuerst enthauptet und dann geviertheilt werden und nicht umgekehrt; in gleicher Weise wurde noch bei einigen andern Personen die Verschärfung gemildert und nur bei Michalowic, dem die Hand, und bei Jessenius, dem die Zunge früher abgeschnitten werden sollte, beibehalten.

1621

26. Mai 1621

Der Fürst von Liechtenstein hatte bei der Uebersendung der gefällten Urtheile angefragt, ob er den Verurtheilten vor

der Hinrichtung diejenigen Geistlichen zuschicken solle, um die sie bitten würden. Er stellte diese Frage namentlich bezüglich der zur Brüderunität gehörigen Herrn, und meinte, dass man den Wünschen der Gefangenen willfahren möge, da es sich doch nur um den Trost von einigen Augenblicken handle.*) Von dieser Willfährigkeit wollte man in Wien nichts wissen, Ferdinand verordnete, dass zu den Gefangenen zunächst nur katholische Laien zuzulassen seien, um sie zu gewinnen, und im Falle ihr Zuspruch von einigem Erfolge begleitet wäre, sollte dann ein katholischer Geistlicher seines Amtes walten. Wenn jedoch einer oder der andere von den Gefangenen beharrlich nach einem nichtkatholischen Geistlichen verlangen würde, so könne nur der utraquistischen, keineswegs aber der, der Brüderunität angehörigen Geistlichkeit der Zutritt gestattet sein, auf keinen Fall aber die Gefangenen von anderen als katholischen Geistlichen zur Richtstätte begleitet werden.**) Gleichzeitig befahl der Kaiser mit der Execution innezuhalten, bis die Untersuchung über den Grafen Andreas Schlick zu Ende sein werde. Liechtenstein befolgte die ihm ertheilte Weisung und schickte am 31. Mai den Urtheilsspruch über den Grafen Schlick und über einige andere, später processirte Personen nach Wien ab. Auch diesmal liess Ferdinand in einigen Fällen Milde walten, namentlich bei dem Grafen Schlick, dem nach dem prager Urtheil zuerst die rechte Hand abgehauen und der dann lebendig geviertheilt werden sollte. Es wurde bestimmt, dass er bloss enthauptet und die Hand ihm erst nach dem Tode abgehauen werde. Nachdem der Kaiser diese Entscheidungen getroffen hatte, beschloss er seinen Vorsatz auszuführen und die Wallfahrt nach Maria-Zell anzutreten und dahin eine goldene Krone im Werthe von 10000 Gulden als Weihegeschenk mitzunehmen. Dem Fürsten trug er auf, die Executionen so viel als möglich zu beschleunigen, da er nach seiner Rückkehr von Maria-Zell nach Prag zu reisen gedenke und zwischen seiner An-

1621

*) d'Elvert II, 64. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 17. Mai 1621.

**) d'Elvert II, 69. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 26. Mai 1621.

kunft und den Executionen eine geraume Zeit verstreichen lassen wolle.*)

Trotz dieser Befehle verschob Liechtenstein die Hinrichtungen und ersuchte den Kaiser nochmals um die Zulassung nichtkatholischer Priester. Er fand es hart, dass den Verurtheilten auf dem Gang zum Tode dieser letzte Trost entzogen würde und beriet sich deshalb mit den in Prag anwesenden Jesuiten, die das strenge Verfahren ebenfalls nicht billigten und eine mildere Handlungsweise schon aus politischen Gründen empfahlen. Liechtenstein sandte ihr Gutachten an den Kaiser, der diesmal den Einwendungen Gehör schenkte und den utraquistischen Geistlichen den Gang zur Richtstätte gestattete.**) Der Fürst meldete gleichfalls, dass er mit einigen der Verurtheilten ein neues Verhör bezüglich der Verbindungen mit Steiermark, Kärnthen und anderen Ländern angestellt und Martin Fruewein dazu vorgeladen habe, dieser aber habe, statt dem Rufe Folge zu leisten, sich aus dem Fenster des Gemachs, in dem er eingesperrt war, in den Hirschgraben gestürzt und sich so ums Leben gebracht. Offenbar fürchtete der Advokat, dass man ihm neue Geständnisse durch die Folter abpressen wolle und gab sich aus Verzweiflung den Tod. Sein Leichnam wurde zwei Tage später auf den weissen Berg geschleppt, daselbst geviertheilt, die Theile an verschiedenen Strassen aufgehängt, der Kopf aber und die rechte Hand an dem neustädter Galgen angenagelt.***)

---

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 9./19. Juni 1621. — d'Elvert II. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 26. Mai und 2. Juni 1621. — Ebend. Liechtenstein an Ferdinand dd. 31. Mai 1621.

**) d'Elvert II, 88. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 16. Juni 1621.

***) d'Elvert II, 78. Liechtenstein an Ferdinand II dd. 12. Juni 1621. — Skála V, 82 bringt nähere Nachrichten über die letzten Lebensaugenblicke Frueweins. Darnach wäre Fruewein aus seinem Zimmer auf das Dach entflohen und wäre von dort in den Hirschgraben gesprungen. Skála bemerkt, man sei nicht gewiss, ob Fruewein dies aus Verzweiflung gethan, oder ob er auf diese Weise sich retten wollte und bei dem gefährlichen Versuch zu Grunde gegangen sei. Skála scheint jedenfalls gut unterrichtet gewesen zu sein, und wenn Liechtenstein nichts von diesen Details an Ferdinand berichtet, so mag es daher kommen, weil er es nicht der Mühe werth hielt.

IV

Als Liechtenstein die Vorbereitungen zur Exekution traf, galt seine erste Sorge der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zu diesem Ende besprach er sich mit Albrecht von Waldstein, dessen Regiment in Prag in Garnison lag, in Folge welcher Besprechung noch 700 Reiter aus einigen benachbarten Garnisonen
1621 in die Stadt berufen wurden und daselbst am 17. Juni anlangten. Tags darauf arbeiteten Zimmerleute an einer Art von Bühne, die auf dem altstädter Ring errichtet wurde und die nebst einigen Sitzen für die Gerichtspersonen die Werkzeuge zu den Hinrichtungen und den Raum für dieselben enthalten sollte.*) Für die
1621 feierliche Publication des Urtheils wurde der 19. Juni bestimmt und in die Reichshofrathsstube, wo dieselbe geschah, Jedermann freier Zutritt gestattet. Am genannten Tage versammelte sich zuerst der ganze Gerichtshof mit dem Präsidenten an der Spitze in dem umfriedeten Raume des bezeichneten Saales und nun wurden die Gefangenen einer nach dem andern herbeigeführt und ihnen der Platz an den Schranken angewiesen, wo sie sich in gebrochener Haltung anlehnten. Der Prokurator ergriff das Wort und klagte die Gefangenen in deutscher und böhmischer Sprache des Hochverraths an und forderte ihre Bestrafung. Der Reichshofrath Melander erklärte, dass seiner Forderung Genüge geleistet und alles geschehen werde, „was zu Seiner Majestät Reputation und Auktorität dienlich wäre," welche Worte Dr. Kapper in böhmischer Sprache wiederholte. Darauf verlas der kleinseitner Königsrichter das Urtheil über 43 vor die Schranken geforderte Personen in deutscher Sprache und ein anderer Richter wiederholte dasselbe in böhmischer Sprache. Es bestimmte, dass an 27 Personen die Todesstrafe vollzogen werde,**) dass Wilhelm von Lobkowitz, Paul von Řičan, Hans Wostrowec, Felix Pětipeský und Dr. Mathias Borbonius lebenslänglich in einfacher Haft in Böhmen und Lukas Karban und Wolfgang

*) MS. des Klosters Strahow in Prag, Prager Execution vom 21. Juni 1621.

**) Von diesen wurden später Rosin und Sixt von Ottersdorf begnadigt, so dass nur 25 Personen blieben, zu denen aber noch zwei hinzukamen, denen das Urtheil erst am Sonntag verkündigt wurde, wie weiter unten berichtet wird.

Haslauer lebenslänglich in verschärfter Haft in Raab gehalten werden sollten. Melchior Teiprecht wurde zu einjährigem Gefängniss in Raab und dann zur Landesverweisung verurtheilt; Nikolaus Diwiš, ein Diener des altstädter Rathes, sollte eine Stunde lang mit der Zunge an den Galgen angenagelt und dann nach Raab geschickt werden. Die übrigen sieben Personen sollten ihre Vergehen theils mit kurzer Haft, theils mit Landesverweisung, theils mit körperlicher Züchtigung büssen.*) Nach Verlesung sämmtlicher Urtheile dankte der Prokurator, dass seinem Begehren willfahrt worden sei und die Sitzung wurde aufgehoben. Am Abend desselben Tages wurde noch zwei Gefangenen, dem pfälzischen Rath Rüppel und dem Appellationsrath Haunschild das Urtheil, dessen Ratification wahrscheinlich erst im Laufe des Tages von Wien angekommen war, ins Gefängniss zugeschickt und ihnen mitgetheilt, dass dessen Execution gleichzeitig mit den am Morgen publizirten erfolgen werde.**)

Nach Aufhebung der Sitzung wurden alle Gefangenen in ihre Gefängnisse zurückgeführt und fortan war es ihren Freunden gestattet, sie zu besuchen. Die Frauen und Kinder der Verurtheilten machten noch einen letzten Versuch, das Leben ihrer Gatten und Väter zu retten, indem sie sich am folgenden Morgen zum Fürsten von Liechtenstein verfügten und denselben unter Thränen und herzbrechenden Klagen um Milderung des Urtheils anflehten. Liechtenstein hatte sich bis dahin nicht als leidenschaftlicher Verfolger geberdet und er für seine Person hätte vielleicht Gnade walten lassen, aber seine Hände waren gebunden und so konnte er den trostlosen Frauen keine Versprechungen geben und musste sie ihrem Jammer überlassen. Als sich die Nachricht von der bevorstehenden Execution in Prag verbreitete, machte sich ein Wechsel in der öffentlichen Stimmung geltend: während man bisher den Leitern des Aufstandes als den Urhebern aller Leiden geflucht hatte, weckte das harte Loos, das ihrer harrte, ein allgemeines Mitleiden und man schämte sich, gegen die Gefangenen jene Missachtung an den Tag zu legen, unter der sie vor ihrer Verhaftung gelitten

*) Skála V, 85.

**) MS. der Strahower Bibliothek. — Skála V, 84 und flg.

hatten. Einzelne Prediger, die am Tage nach der Publikation des Urtheils, einem Sonntage, die Kanzel bestiegen, erkühnten sich die Verurtheilten dem Gebete ihrer Gemeinde zu empfehlen, namentlich that dies der deutsche Prediger M. Lippach und andere folgten seinem Beispiel.

Mittlerweile wurden die im Schlosse untergebrachten Gefangenen von den Jesuiten besucht, die nach den Weisungen des Kaisers ihre Bekehrungsversuche anstellten. Alle Protestanten ohne Ausnahme wiesen sie ab und verlangten nach Geistlichen ihrer Confession, namentlich Budowec und Los nach denen der Unität. Die Bitten der letzteren wurden nicht berücksichtigt und so starben beide ohne den Empfang des Abendmals; zu den übrigen Gefangenen wurden dagegen deutsch und böhmisch redende Priester der augsburgischen und böhmischen Confession zugelassen, und zwar der schon erwähnte M. Lippach und der Pfarrer bei St. Nikolaus auf der Kleinseite, M. Johann Rosacius. Der letztere fand sich bereits am Samstag bei Herrn Kaplíř von Sulewic ein und wurde von dem hochbetagten Greise mit der Bemerkung empfangen, dass er schon lange den Tod herbeigesehnt habe und nun finde, dass Gott ihn wohl deshalb so lange am Leben gelassen habe, damit er durch seinen Tod Zeugniss von Ihm ablege. Dann fing er mit der dem Alter eigenen Gesprächigkeit an von seinem früheren Leben und Treiben zu erzählen, wie er vier Kaisern gedient und immer treu erfunden worden sei und wie er, wenn er sich jetzt den Ständen angeschlossen habe, dies nur um der Gerechtigkeit ihrer Sache willen gethan habe. Als ihm das Urtheil verkündet wurde, sei er oder vielmehr sein Leib erschrocken, nun aber, getröstet durch die Anwesenheit des Predigers, empfinde er keine Furcht mehr. Seine Base habe ihm sagen lassen, er solle den Fürsten von Liechtenstein um Gnade ersuchen, sie würde ihm zu Theil werden und er mit lebenslänglicher Haft bestraft werden. Das wolle er aber nicht thun, denn wenn er um Gnade bitte, so würde er sich damit schuldig bekennen und schuldig fühle er sich nicht.*) Auch sei eine Begnadigung zu ewigem Gefängnisse keine so hochzu-

19. Juni 1621

*) Skála V, 94.

schätzende Sache und er stehe in einem Alter, wo ihn kein Genuss mehr erfreue: esse er, so wisse er nicht, ob die Speise gut oder schlecht sei, trinke er, so unterscheide er den Wein kaum vom Biere, liege er, so fühle er sich nicht wohl, und sitze er, so gehe es ihm nicht besser. — Unter diesen Gesprächen war es spät geworden und Rosacius musste sich entfernen, ohne einen andern Gefangenen besucht zu haben.

Am folgenden Tag begab sich der Pfarrer um 5 Uhr früh ins Schloss, diesmal von einem zweiten Geistlichen und seinen Söhnen, die wahrscheinlich demselben Stande angehörten, begleitet. Er besuchte die verschiedenen Direktoren, tröstete sie nach Möglichkeit, indem er ihre Thaten, um derentwillen sie verurtheilt worden waren, nicht anfocht, sondern als gottgefällig hinstellte. Einzelne Gefangene erschöpften sich in Beschuldigungen ihrer Gegner, so Valentin Kochan, der da behauptete, dass man schon seit Jahren auf seinen Untergang bedacht gewesen sei, weil er sich bei der Annahme Ferdinands zum König von Böhmen gegen diesen erklärt habe. Kochan gehörte auch zur Bruderunität, aber er weigerte sich nicht, den Zuspruch des Rosacius anzunehmen und das Abendmal aus seinen Händen zu empfangen. Steffek beklagte sich, dass er eigentlich unschuldig den Tod erleide, denn wiewohl er ein Mitglied des Direktoriums gewesen sei, habe er doch nie um etwas gewusst, da die adeligen Mitglieder die bürgerlichen bei Seite geschoben und nur dem Martin Fruewein einen Einfluss gestattet hätten. Er weinte bitterlich und zeigte sich am wenigsten entschlossen, vom Leben Abschied zu nehmen.*) Auch zu Dionys Černín, der in seiner Jugend zu den Utraquisten gehörte, später aber zu den Katholiken übertrat, kam Rosacius, und musste von ihm bittere Klagen über das ihm zugedachte Schicksal hören. Černín war Hauptmann des prager Schlosses zur Zeit des Fenstersturzes gewesen und wurde verurtheilt, weil er damals das Schloss nicht verwahrt sondern den Ständen den Zutritt gestattet hatte. „Was sollte ich thun," sprach er zu Rosacius, „ich musste mich nach den Weisungen des Oberstburggrafen richten und als ich diesen frug, mahnte er mich,

*) Skála V, 99.

das Schloss offen zu halten. Wenn Jemand den Tod verdient, „so ist es der Oberstburggraf und nicht ich.“ *) Rosacius tröstete auch ihn, so viel er konnte und drückte ihm sein Bedauern aus, dass er sich weigere, das Abendmal aus seinen Händen zu empfangen, und bei dem katholischen Bekenntnisse verharre, worauf Černín sich auf die Brust schlug und weinte. Man vermuthete, dass er begnadigt zu werden hoffte, wenn er dem katholischen Glauben treu bleibe, eine Hoffnung, die sich später als eitel erwies. **)

Das Abendmal empfingen die einzelnen Gefangenen in ihren verschiedenen Stuben, bei Dwořecký und Michalowic fanden sich auch ihre Frauen ein und genossen es mit ihnen. So ging Rosacius von Stube zu Stube überall Trost spendend, ermahnend und belehrend, bis er alle besucht hatte, die nach seiner Gegenwart verlangten. Als er darauf das Mittagessen bei Herrn von Michalowic einnahm, ereilte ihn eine Botschaft von Budowec, der ihn zu sich beschied. Eilig folgte er der Einladung und erfuhr, dass der letztere ihn habe rufen lassen, damit er von seiner Rechtgläubigkeit Zeugniss ablege, da er seit dem vorhergehenden Tage den Bekehrungsversuchen zweier Kapuziner ausgesetzt sei, die sicherlich später lügenhafte Nachrichten über ihn verbreiten würden. Rosacius nahm diese Versicherungen entgegen und entfernte sich unter frommen Wünschen und Segenssprüchen.***)

Bei den wenigen deutschen Gefangenen, die allesammt der augsburger Confession angehörten, waltete mittlerweile M. Lippach seines Amtes und besuchte zuerst den Dr. Jessenius, dessen Verurtheilung hauptsächlich aus dem Grunde erfolgt war, weil er

*) Skála V, 102. Wir gestehen, dass, wenn die Angaben Černíns richtig sind, uns eigentlich schwer begreiflich ist, wie man gegen ihn so hart verfahren konnte. Auch der Herzog von Baiern mag an ihm nichts strafbares gefunden haben, denn mit seiner Zustimmung wurde er wieder als Schlosshauptmann nach der Schlacht auf dem weissen Berge eingesetzt, aus welcher Stellung er später durch einen ausdrücklichen Befehl des Kaisers entfernt und eingekerkert wurde. Möglich ist, dass sich bei der Untersuchung andere Beweise für seine Schuld ergaben, uns ist jedoch nichts von ihnen bekannt.

**) Skála V, 103.

***) Skála V, 105.

sich im J. 1618 als Gesandter bei dem ungarischen Reichstage hatte verwenden lassen und damals die Wahl Ferdinands auf den ungarischen Thron vereiteln wollte. Als Lippach bei Jessenius eintrat, folgten ihm zwei Jesuiten und es entspann sich zwischen ihm und den beiden letzteren ein lebhafter Streit. Beide Theile warfen einander Unwissenheit vor, bestritten einander das Recht zur Ertheilung der Sakramente und suchten sich mit Gründen zu überbieten. Auch Jessenius betheiligte sich an dem Disput, bis zuletzt die Jesuiten den Kampfplatz verliessen, um am folgenden Morgen wiederzukehren, ohne sich eines bessern Erfolges zu erfreuen. Nach ihrer Entfernung ertheilte Lippach dem Doktor und zwei anderen Gefangenen, dem Rüppel und Haunschild, das Abendmal, besuchte noch mehrere andere Gefangene, sprach ihnen Trost zu und kam zuletzt auch zu den böhmischen Herrn, die sich ob dieses Besuches nicht wenig freuten.

In ähnlicher Weise wurden die Gefangenen, die auf dem alt- und neustädter Rathhause untergebracht waren, von den Predigern der benachbarten Kirchen besucht und getröstet. Auf das altstädter Rathhaus kam M. Victorin Wrbenský, der zuerst zurückgewiesen wurde, aber durch seine Beharrlichkeit den Zutritt zu den Gefangenen erlangte. Er brachte die Zeit in Gebet, Gesang und frommen Mahnungen zu und ertheilte dann Allen gemeinschaftlich das Abendmal. Nach dem Empfange desselben erklärte der Bürger Maštěrowský, er fühle sich in seinem Gewissen beängstigt, dass er nicht mit hinreichender Sammlung dem Tode entgegengehe, weil ihm heimlich die Hoffnung auf Begnadigung gemacht werde; er wisse auch nicht, wie er sich dabei benehmen solle, da er des Vermögens und der Ehre verlustig erklärt werden solle. M. Viktorin ermahnte ihn, sich nicht trügerischen Hoffnungen hinzugeben, wenn ihm aber das Leben geschenkt würde, so solle er auf den Verlust seines Vermögens und seiner Ehre kein Gewicht legen, denn wenn man um Christi willen sein Vermögen verliere, so sei das ein geringer Verlust und die Ehre könne man Niemandem rauben, der sie nicht durch seine Handlungsweise verloren habe. Kaum hatte Viktorin diese Worte gesprochen, so wurde einer der Verurtheilten, Simon Sušický, hinausgerufen und ihm mitgetheilt,

dass drei der zum Tode Verurtheilten begnadigt werden sollten und wieder mahnte Viktorin seine Zuhörer sich unsicheren Hoffnungen nicht hinzugeben. In der That waren das nur falsche Versprechungen, die von einigen der Regierung näher stehenden Personen den Gattinnen der Verurtheilten gemacht wurden, um sich dieselben durch Herauslockung des letzten Sparpfennigs bezahlen zu lassen und so die durch die Confiscation ihres Besitzes ohnedies zu Grunde Gerichteten um die letzte Hilfsquelle zu betrügen.*)

Am Sonntag Abend verordnete die Regierung als Vorbereitung für die Execution des folgenden Tages, dass alles in Prag anwesende Kriegsvolk an einzelne Stellen der Stadt vertheilt werden solle, um jede Zusammenrottung des Volkes hintanzuhalten. Auf den Executionsplatz vor dem altstädter Rathhause wurden zwei Reiterkornete und drei Fähnlein Fussvolk beordert, die Bühne selbst wurde in der Nacht mit schwarzem Tuche überzogen.**) Um die Gefangenen für die Execution bereit zu halten, wurden die auf dem Schlosse eingekerkerten spät Abends in das altstädter Rathhaus übergeführt, ein gleiches geschah am frühen Morgen bezüglich der auf dem neustädter Rathhause verwahrten. Auf dem altstädter Rathhause wusste man von dieser bevorstehenden Uebersiedlung und M. Viktorin passte deshalb den Augenblick ab, in welchem die Direktoren dahin gebracht wurden, um mit seinen Zuhörern das Lied: „Ihr Verehrer der Wahrheit Gottes“ anzustimmen.***) Als nun die Nacht hereinbrach, suchten die meisten der Gefangenen sich dem Schlafe hinzugeben. Für Lagerstätten war nicht gesorgt und so legten sie sich theils auf die Tische und Bänke, theils auf die Erde nieder und brachten einige Stunden in jenem von beängstigenden Träumen erfüllten Halbschlafe zu, der die Pein vergrössert und keine Ruhe bringt. M. Viktorin verliess seine Pfleglinge auch jetzt nicht, sondern schlug sein Lager unter ihnen auf der Erde auf. Rosacius war Anfangs nicht zugegen, sondern kam erst um ein oder zwei Uhr Morgens

*) Skála V, 134.
**) MS. des Klosters Strahow, Prager Execution.
***) Skála V, 136.

in Begleitung dreier Geistlichen auf das Rathhaus und traf die meisten Gefangenen bereits wieder wach. Er ging von Zimmer zu Zimmer, sprach mit jedem Einzelnen und verfügte sich darauf zu den Direktoren aus dem Herrnstande, die in einem Zimmer beisammen untergebracht waren. Dahin kam auch M. Lippach, der den Grafen Schlick fragte, ob er das Abendmal empfangen habe. Das war nicht geschehen, Schlick hatte auch nicht den Wunsch nach einem Geistlichen seines Bekenntnisses ausgesprochen, sondern geduldig den Zuspruch der Jesuiten entgegengenommen, weil er auf Begnadigung hoffte.*) Als Lippach nun auf ihn zutrat, frug er ihn zuerst, ob er etwas von seiner Begnadigung wisse, und da dieser das Haupt schüttelte und ihn ermahnte, sich keinen derartigen Hoffnungen hinzugeben, raffte sich der Graf auf und erklärte sich bereit zum Tode, nur darüber klagte er noch, dass man seinen Körper vielleicht viertheilen werde. Dann sprach er den Wunsch aus, dass sein Leichnam in der Kirche der deutschen Gemeinde Prags beigesetzt werde, bemerkte, dass er von seiner Frau keinen Abschied genommen habe und bat den Prediger, sie von ihm zu grüssen und zur Standhaftigkeit zu ermahnen. Thatsächlich hatte er Tags vorher nur seine Tochter zu sich kommen lassen, ihr seinen Ring übergeben und unter vielfachen Ermahnungen an sie und ihren Bruder von ihr Abschied genommen. Er beklagte sich jetzt bitter über die Jesuiten und ihre Zudringlichkeit, eine Klage, in die Budowec einstimmte, und erklärte sich schliesslich bereit, das Abendmal zu empfangen. Nachdem man den nöthigen Wein herbeigeschaft hatte, nahm er es in Gemeinschaft mit Friedrich von Bílé.**) Die folgenden Stunden verbrachten die Direktoren mit dem Absingen frommer Lieder und im Gebet zu.

Auch die übrigen Gefangenen brachten die Stunden nach Mitternacht im Gebete zu, wobei M. Viktorin eifrig seines Amtes waltete. Simon Sušický klagte ihm seine Beängstigung, wenn er an die Bibelworte denke: „Verflucht sei der, der am Galgen hängt“ und bat ihn um Aufklärung, die Viktorin in sinniger

*) Statthaltereiarchiv von Innsbruck, Beschreibung der prager Execution.
**) Skála V, 107 u. 125.

Weise ertheilte und so die Angst Sušický's milderte. In diesem Augenblicke ertönte aus einem benachbarten Zimmer heller Gesang, der auf die zum Theil noch auf dem Boden liegenden Gefangenen einen so belebenden Eindruck machte, dass sie aufstanden, sich um einen Tisch herumsetzten und dem Prediger bei der Erklärung einiger Bibeltexte zuhorchten. Viktorin besuchte darauf den Dr. Jessenius, der voll Empörung über das ihm drohende Schicksal die Prophezeiung wiederholte, die er schon vor den Richtern gethan, dass sein und seiner Genossen Tod an den Urhebern desselben gerächt werden würde, eine Prophezeiung, die bekanntlich nicht in Erfüllung ging.*)

21. Juni 1621

So verrann die Nacht und endlich verkündeten die Glocken von den Thürmen der Stadt die fünfte Morgenstunde, zu gleicher Zeit ertönte vom Schlosse her ein Kanonenschuss zum Zeichen, dass die letzten Vorbereitungen zur Execution stattfinden und dieselbe ihren Anfang nehmen solle. Sämmtliche Eingangspforten in die Stadt sowie die Brückenthore wurden gesperrt und die Soldaten nahmen die ihnen angewiesenen Posten ein. Der altstädter Rath und die Königsrichter der prager Städte fanden sich auf dem Rathhause ein, weil in ihrer Anwesenheit und unter ihrem Vorsitz die Execution vorgenommen werden sollte. Die Königsrichter betraten die verschiedenen Zimmer, in denen die Gefangenen untergebracht waren und zeigten ihnen an, dass die Stunde gekommen sei, und dass Jeder sich bereit halten solle, auf dem Richtplatz zu erscheinen, sobald er von dem Stadtrichter aufgerufen werde.**)

Der erste, der gerufen wurde, war der Graf Schlick. In schwarze Seide gekleidet, trat er den kurzen Weg in Begleitung des M. Lippach an. Als er die Rathhausstiege herunter ging, erwarteten ihn zwei Jesuiten, von denen einer einen letzten Versuch zu seiner Bekehrung machte, aber abgewiesen wurde. Frei und ungefesselt betrat Schlick die Bühne, wo ihn ein Gehilfe des Scharfrichters erwartete und seinen Hals entblösste. Nachdem dies geschehen, kniete er nieder, legte sein Haupt auf den Block und mit einem Hieb trennte es der Henker

*) Skála V, 137 u. flg.

**) MS. des Klosters Strahow. — Skála V, 109.

von dem Körper. Der Gehilfe sprang herbei und hob die rechte Hand des Grafen auf den Block, worauf auch diese abgehauen und mit dem Kopfe in Verwahrung genommen wurde. Der Leib wurde in ein bereit gehaltenes Tuch gewickelt und von sechs schwarz vermummten Personen weggetragen. In ähnlicher Weise verfuhr man mit allen folgenden Personen, die enthauptet wurden, nur bei Dr. Jessenius fand eine Ausnahme statt.

Nach Schlick bestieg Budowec ohne jegliche Begleitung die Bühne und empfing den Todesstreich. Der dritte in der Reihe, Christoph Harant von Polžic, benützte die wenigen Augenblicke, die ihn vom Tode trennten, um durch Rosacius seiner Frau seine letzen Ermahnungen entbieten zu lassen: sie solle treu am Evangelium festhalten, keinem Jesuiten Zutritt in ihre Familie gestatten und ihren Unterthanen die Frohnarbeit erleichtern. Die Wünsche und Mahnungen des Sterbenden fanden jedoch keinen fruchtbaren Boden, die Witwe reichte später einem Katholiken die Hand und betheiligte sich fortan an der Verfolgung ihrer früheren Glaubensgenossen.*) — Der vierte der Verurtheilten, der 86jährige Kaplíř, folgte eifrig dem Aufrufe, verwickelte sich aber in sein Gewand, so dass er fast zur Erde gefallen wäre und deshalb den Pastor Rosacius um seine Unterstützung bei dem weitern Gange bitten musste, „denn," setzte er hinzu, „wenn ich fiele und mir das Genick bräche, so würden meine Feinde sagen, dass ich dies aus Verzweiflung gethan habe." Als er die Bühne betrat und niederknieen sollte, konnte er dies wegen seiner Gebrechlichkeit nur sehr schwer thun, er musste besonders gemahnt werden, den Kopf in die rechte Lage zu bringen, auf dass der Henker den Streich führen könne.

Ihm folgten Dwořecký, Friedrich von Bilé und Otto von Los. Bevor der letztere aufgerufen wurde, beklagte er sich über die barbarische Viertheilung, die ihm bevorstünde, „aber mögen sie meinen Kopf und die einzelnen Theile meines Körpers in die fernsten Länder verschicken, mein Erlöser wird sie am jüngsten Tage schon auffinden." Als Rosacius zu ihm herantrat, um ihm das letzte Geleite zu geben, eilte er ihm entgegen

*) Comenius a. a. O. p. 194.

und bedauerte, dass er das Abendmal nicht aus seinen Händen empfangen habe, versicherte aber, dass, als er eben auf einige Augenblicke eingeschlummert sei, im Schlafe ihn der Heiland getröstet habe, so dass er völlig gefasst dem Tode entgegengehe. Er betrat darauf die Bühne, fiel auf die Kniee nieder, verrichtete ein kurzes Gebet und empfing den Todesstreich.*) Die Viertheilung scheint an ihm nicht vollzogen worden zu sein.

In gleicher Weise wurden die übrigen Personen enthauptet**) und nur bei zweien diese Strafe verschärft, es waren dies Bohuslaw von Michalowic,***) dem vor der Hinrichtung die Hand abgehauen wurde, und M. Jessenius, dem zuerst die Zunge ausgeschnitten, dann der Kopf abgehauen und dessen Leichnam vor die Stadtthore gebracht und dort geviertheilt wurde. Dem Rüppel und Haunschild wurde die Hand auch abgehauen, aber diese Strafe erst nach ihrer Enthauptung vollzogen. Als die Reihe an Dionys Černín, den einzigen Katholiken, kam, und er im Begriff war, vor den Scharfrichter zu treten, entfernte sich sein Bruder Hermann Černín, der als Stadthauptmann der Execution beiwohnte, und kehrte erst nach vollzogener Hinrichtung zurück. Seinen Schmerz und seine Todesangst gab Dionys in den letzten Minuten durch bitterliches Weinen kund, da er sich in seiner Hoffnung auf Begnadigung getäuscht sah.†) Auch Rüppel und Maštěřowský zeigten

*) Skála V, 113.

**) Die Namen der übrigen Enthaupteten und die dabei beobachtete Reihenfolge ist folgende: Wilhelm Konechlumský, Bohuslaw Michalowic, Dionys Černín von Chuděnic, Valentin Kochan, Tobias Šteffek, Christoph Kober, Johann Schultis, Maximilian Hošťálek, Dr. Jessenius, Wenzel Maštěřowský, Heinrich Kozel, Andreas Kocour, Georg Řečický, Michael Witman, Simon Wokáč, Leander Rüppel, Georg Haunschild. Gehängt wurden die drei Bürger: Johann Kutnauer, Simon Sušický, Nathanael Wodňanský. Das vom Kaiser revidirte Urtheil bestimmte, dass Heinrich Otto von Los zuerst enthauptet und dann geviertheilt werden solle. Nach dem Bericht des Rosacius, der bei Skála V abgedruckt ist, unterblieb die Viertheilung. Ob dies Liechtenstein auf eigene Verantwortung that, wissen wir nicht.

***) d'Elvert II, 69.

†) MS. des Klosters Strahow: Pragerische Execution.

sich im letzten Augenblicke unentschlossen, weil beider ruhige Ergebung durch falsche Versprechungen gestört worden war. Rüppel frug, als er die Bühne betrat, ob er nicht begnadigt würde, und erst auf die verneinende Antwort ergab er sich in sein Loos. Maštěřowský sah sich nach allen Seiten um, ob Ihm nicht jemand Gnade ankündigen werde, und da er sich in seiner Erwartung getäuscht sah, bemächtigte sich seiner die tiefste Traurigkeit. Alle übrigen gingen jedoch dem Tode gefasst entgegen und benahmen sich in würdiger Weise, Kochan wollte sogar, dass sein Sohn Zeuge der Enthauptung sei. An drei der Verurtheilten wurde die Todesstrafe durch Erhängen vollzogen. Dem Theodor Sixt wurde, wie das in Wien bestimmt worden war, die Begnadigung angekündigt, als er die Bühne betrat, er dankte dieselbe seinem Oheim, dem prager Domherrn Platteis von Plattenstein.*) Während der ganzen Execution wurde ununterbrochen getrommelt, um zu verhindern, dass die letzten Worte der Verurtheilten von der zu Tausenden angesammelten Volksmenge gehört würden.

Sämmtliche Hinrichtungen, sowohl die mit dem Schwerte, als die durch Erhängen vollzog ein einziger Henker, der mit dieser Arbeit in ungefähr vier Stunden fertig wurde und für dieselbe einen Lohn von 634 Thalern erhielt.**) Die Köpfe von zwölf Verurtheilten wurden auf dem altstädter Brückenthurm aufgehängt und dazu auch die Hände Schlick's und Michalowic' und die Zunge des Jessenius gelegt. Die Gräfin Schlick bat im folgenden Jahre den Kaiser um die Verabfolgung der Ueberreste ihres Gatten, und da ihre Bitte erhört wurde, so durfte sie seinen Kopf und seine Hand herunternehmen.***) Die übrigen Köpfe blieben aber hängen und dieses eckelhafte Schauspiel hatten die Prager zehn Jahre lang vor Augen; erst als der Kurfürst von Sachsen im Jahre 1631 dem Könige von Schweden sich anschloss und seine

*) Sixt wanderte später aus und starb im J. 1653 in Dresden. Comenius a. a. O. 208.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv: Anweisung an den Rentmeister, dem Scharfrichter Mydlář die Summe von 484 Thaler neben den schon angewiesenen 150 Thaler auszuzahlen.

***) Skála V, 218.

Waffen gegen den Kaiser kehrte und Prag eroberte, wurden die Köpfe herabgenommen und bestattet.*)

So hatten stolze Edelleute und arbeitsame Bürger für den Aufstand mit ihrem Leben gebüsst. Sie waren getreue Typen der böhmischen Nation, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hatte: fleissig, begabt und opferwillig, dabei der gewaltigsten Anstrengung fähig, wiederum zeitweise genusssüchtig, jeder Ordnung spottend, unbedacht einen erdrückenden Kampf aufnehmend und auf Allianzen pochend, die nur in ihrer Einbildung existirten. Auch die Deutschen waren durch einige Personen vertreten und so zeigte sich diesmal zwischen den Bewohnern des Landes kein Zwiespalt, alle hatten demselben Ziele ihre Kräfte geweiht und nun dieselbe Strafe erlitten. Mit dieser Execution nahm die alte eigenthümliche Entwicklung des Landes ein Ende. Es hat zwar in Böhmen nie eine so selbständige Entwicklung gegeben, wie sie den Stolz der grossen Völker ausmacht, denn auf allen Gebieten, auf dem der Speculation wie der Kunst blieb es nur bei vielversprechenden Anfängen und überall kämpfte der heimische Genius mit dem überlegenen Nachbar. Und nicht besser war es mit der staatlichen Organisation beschaffen, sie krankte an einer inneren Unhaltbarkeit, denn der glänzende Aufschwung unter Přemysl Ottokar II und Karl IV musste in seiner consequenten Entwicklung dem slawischen Elemente eine unheilbare Wunde versetzen, da die Herrschaft, die von Böhmen aus über weite deutsche Gebiete zur Geltung kam, nur dann Dauer haben konnte, wenn in diesem Lande selbst ein nationaler Umwandlungsprocess vor sich ging. Vom ersten Augenblick an, wo man gegen denselben ankämpfte, und dies war mit dem Auftauchen des Husitismus der Fall, war diese Herrschaft zu Ende. Die neue Entwicklung, die dem böhmischen Staat auf allerdings beschränkter Grundlage zu Theil wurde, als das slawische Element durch den Husitismus die Oberhand gewann, wurde durch innere Zerwürfnisse und durch die Unfähigkeit seiner Herrscher gehemmt, so dass erst durch die Wahl Fer-

*) Skála V. — MS. der Strahower Bibliothek. — Wiener StA. Aus Prag dd. 26. Juli 1621.

dinands auf den Thron geordnete Zustände zur Geltung kamen, aber dadurch auch den Deutschen der Weg wieder ins Land gewiesen wurde. Wie weit indessen die Bahn war, welche durch die Uebertragung der Krone an die Habsburger dem geistigen Einfluss des Deutschthums eröffnet wurde, stets behielten die Eingebornen des Landes die Regierung in ihren Händen und so blieb die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass Böhmen ein selbständiges Leben behaupten würde, wenn es der geistigen Bedeutung des Nachbarvolkes in kluger Weise Rechnung trug und seine Herrscher durch entsprechende Dienstleistungen zu treuen Hütern seiner Selbständigkeit machte. Diese Möglichkeit wurde jetzt abgeschnitten, weil das Band zwischen Herrscher und Unterthanen zerrissen war und die Geschicke des Landes von den Siegern bestimmt wurden und diese schon um ihrer Sicherheit willen an die alte Entwicklung des Landes nicht anknüpfen wollten. Wir werden hierüber vieles zu berichten haben und bemerken nur, dass sich dies alsbald bei der obersten Verwaltung des Landes zeigte, die jede Unabhängigkeit einbüsste und den wiener Geboten folgte, noch prägnanter aber in der umgearbeiteten Verfassung. Als man im Jahre 1627 an die Publication der erneuerten Landesordnung ging, verschmähte man es, sie in böhmischer Sprache zu veröffentlichen und gab sie nur deutsch in den Druck. Schärfer und entschiedener konnte man die Richtung nicht andeuten, die man verfolgen wollte.

22. Juni 1621

Am Tage nach der Execution wurde an einigen Personen die Stäupung vollzogen, der altstädter Stadtdiener Nicolaus Diwiš mit seiner Zunge eine Stunde lang am Galgen angenagelt, weil er den Pfalzgrafen bei seinem Einzuge in Prag mit einer Ansprache begrüsst hatte und darauf alle entweder ins Gefängniss abgeführt oder des Landes verwiesen. Die zum Tode Verurtheilten, aber Begnadigten wurden in Prag fast ein Jahr lang gefangen gehalten und dann auf Befehl des Kaisers nach dem Schlosse Zbirow abgeführt. Die Reise dahin traten Wilhelm von Lobkowitz, der nachträglich den Erzherzog Karl, aber vergebens um volle Begnadigung ersucht hatte,*) Paul von Řičan,

im April 1622

*) Archiv von Raudnitz: Wilhelm von Lobkowitz an den Erzherzog Karl. dd. ? August 1621.

Pětipeský, Wostrowec und Fünfkircher an, ob sie später begnadigt wurden, wissen wir nicht anzugeben.*) Nur dem Arzte Borbonius wurde die Haft nachgesehen und er durfte wieder in Prag seinem Berufe nachgehen. Er dankte diese milde Behandlung dem Fürsten von Liechtenstein, der zu seinen ärztlichen Kenntnissen das grösste Vertrauen gefasst hatte und ihn nicht entbehren mochte.**)

Wiewohl die Execution bei allen Personen, die nicht von Parteihass verblendet waren, kein Gefühl der Befriedigung hervorrufen konnte, so ergriff doch der bedeutendste Dichter, dessen sich Böhmen damals erfreute, die Gelegenheit, um die Gerichteten mit Koth zu bewerfen. Es war dies Simon Lomnický, der sein Talent zuerst den Ständen gewidmet und sie ob ihrer Thaten angesungen hatte, und nun ihre Bestrafung als die gerechte Vergeltung für ihre Sünden pries.***) Selbst Michna war über diese Charakterlosigkeit empört und drückte dem Dichter unverholen seine Verachtung aus. Lomnický entschuldigte sich, dass er den Mantel nach dem Winde drehen müsse, da sich seine Verhältnisse äusserst dürftig gestaltet hätten. Um des Brodes willen beschimpfte er also nicht bloss das Volk, zu dessen begabten Söhnen er gehörte, sondern auch sich selbst.

Schon einige Wochen vor der Execution in Prag war auch an einem andern Orte einer der Theilnehmer an dem böhmischen Aufstande dem Tode durch Henkershand verfallen. Es war dies der mährische Oberst Friedrich von Tiefenbach, dessen hervorragender Thätigkeit bei Gelegenheit des von Ferdinand gleich nach dem Tode des Kaisers Mathias berufenen pressburger Reichstages erwähnt wurde: wie er die ungarischen Stände für den Anschluss an Böhmen gewinnen wollte und ihre Vereinigung mit Bethlen vorbereitete. Später schlug er an der Spitze der mährischen Truppen den Grafen Dampierre bei Wisternitz und eroberte Nikolsburg, damit war aber seine Thätigkeit zu Ende, denn er musste sich vom Kriegsschauplatze zurückziehen, da er

*) d'Elvert II, 114, Liechtenstein an Ferdinand II dd. 29. April 1622.

**) Skála V, 222. Da Borbonius später alle mit ihm vorgenommenen Bekehrungsversuche ablehnte, musste er auswandern und endete sein Leben in Thorn.

***) Skála V, 141.

am Podagra erkrankte, gleichzeitig an allen Gliedern gelähmt wurde und deshalb genöthigt war in dem Bade Pfäfers in der Schweiz seine Heilung zu suchen. Für seine Sicherheit glaubte er hier nicht besorgt sein zu müssen, aber er bedachte nicht, dass der böhmische Kampf den gegenseitigen Hass der verschiedenen Kirchenparteien gesteigert hatte und dass die Katholiken aller Länder die Bekämpfung des Pfalzgrafen und seiner Anhänger als eine gemeinsame Sache ansahen. So geschah es, dass, als der Kaiser oder der Erzherzog Leopold an die katholischen Kantone das Ansuchen wegen Auslieferung Tiefenbachs stellten, diese demselben beistimmten, den Obersten im Einverständnisse mit dem Grundherrn von Pfäfers, dem Abte des dortigen Benediktinerklosters, gefangen nahmen und nach dem Schlosse Sargans abführten, von wo aus er an den Erzherzog Leopold ausgeliefert werden sollte. Mittlerweile wurde jedoch die Sache in der Schweiz ruchtbar und die Züricher verlangten von Luzern, einem der katholischen Kantone, die sich an der Einkerkerung betheiligt hatten, dass ein derartiger in der Schweiz unerhörter Vorgang, wie die Gefangennahme eines fremden Gastes, rückgängig gemacht werde. Da Luzern auf diese Aufforderung nichts stichhältiges zu entgegnen wusste, gab es nach. Tiefenbach sollte nach Rapperswyl abgeführt und dort auf freien Fuss gesetzt werden, aber auf dem Wege wurde er von dem luzerner Senator Jodok Halmlin überfallen und wieder nach Sargans zurückgebracht. Zürich und Glarus forderten, dass der Gefangene ihnen übergeben werde, Luzern dagegen und die andern katholischen Kantone verwiesen die Entscheidung an den Bundestag, der eben in Baden versammelt war. Während Tiefenbach seinen Arzt nach Baden schickte und um Schutz ersuchen liess, schickte auch der Erzherzog Leopold einen Gesandten dahin ab und verlangte seine Auslieferung, weil er sich des Hochverraths gegen den Kaiser schuldig gemacht habe. Tiefenbach, der sich verloren gab, suchte sein Heil in der Flucht und in der That bewirkte er durch Bestechung, dass er sich durch eine Mauerspalte des Schlosses in den Graben retten konnte, wo ein Pferd seiner harrte. Er kam jedoch wegen seiner Gebrechlichkeit nicht weit und musste in einem Stalle Schutz suchen, wo er von einer Magd den ihm nachspürenden

Wächtern verrathen wurde. Ohne weiteres Zögern wurde er jetzt dem Erzherzog Leopold ausgeliefert, nach Innsbruck transportirt und nachdem man ihm in summarischer Weise den Process gemacht hatte, zum Tode verurtheilt. Da er weder stehen noch knieen konnte, sollte er sitzend enthauptet werden und wurde zu diesem Zwecke zu der auf dem Ringplatze errichteten Richtstätte getragen. Als er merkte, dass der Henker zum Streich ausholen wolle, überwand er die Schmerzen seiner Glieder, stand auf und brachte einige Worte hervor, die man jedoch wegen des gleichzeitigen Trompetengeschmetters nicht verstehen konnte. Der Henker zwang ihn mittlerweile sich niederzusetzen und in dieser Stellung hieb er ihm den Kopf ab.*)

28. Mai 1621

Die Nachricht von der Hinrichtung einer Anzahl so hervorragender Persönlichkeiten und von den gleichzeitigen Confiscationen rief in Böhmen die grösste Bestürzung und Erbitterung hervor. Welche Betrachtungen und Gefühle in den Flüchtlingen aufsteigen mussten, als sie Kunde von den prager Vorgängen erhielten, kann man leicht ermessen, sie waren eine Beute des Schmerzes, der Wuth und Verzweiflung. Graf Thurn nannte die Executionen in den Briefen an seine Frau, die damals wieder in Prag weilte, eine neronische Massregel, schimpfte über die Richter und bedrohte sie mit seiner Rache, wenn er ihrer habhaft werden würde. Diese Rachegelüste waren zu natürlich, als dass man sie bekritteln könnte; was soll man aber dazu sagen, wenn Thurn sich weiter darüber beklagt, dass man ihn nicht pardonirt, sondern geächtet habe und wenn er den Machthabern droht, er werde, sobald es ihnen einmal schlimm gehen und er um Rath gefragt werden würde (!), ihnen nicht antworten! Der Spott genügt nicht bei diesen blöden Bemerkungen, man muss an seinem Verstande zweifeln oder es geradezu als schamlos bezeichnen, wenn er eine bessere Behandlung beansprucht, als den prager Opfern zu Theil wurde und wenn er nach diesen Vorgängen das Leben in der Heimat wie ehemals fortsetzen wollte.**) Dachte sich denn Thurn, dass der von ihm

*) d'Elvert III, 97. — Skála V, 81.

**) Sächs. StA. Thurn an seine Frau dd. 23. August 1621 und ein undatirter Brief.

organisirte Aufstand, der die Habsburger an den Rand des Abgrundes brachte, von ihnen nur als eine Kurzweil angesehen, dass sie nach erlangtem Siege den Gegnern freundlich die Hand reichen und sie ihrer Achtung versichern würden und dass der Kaiser die Regierung weiterführen werde, als ob nichts geschehen sei? Die Oberflächlichkeit und Hirnlosigkeit dieses Menschen zeigte sich nie so klar als in diesen Briefen.

Eine Frage, deren Lösung grosse Schwierigkeiten *) hat, ist die über den Werth der damals in Böhmen verhängten Confiscationen. Man wird, wenn man die Zahl der jetzt und später mit Beschlag belegten Güter kennt, leicht beurtheilen können, der wie vielte Theil des gesammten Grossgrundbesitzes confiscirt wurde und wir werden die wünschenswerthen Behelfe zur Lösung dieser Frage seiner Zeit beibringen. Ueber die Geldsumme aber, welche durch den Verkauf der Güter eingebracht wurde, wird man nie ein verlässliches Urtheil abgeben können, höchstens über den Werth, den sie vor dem Ausbruch des Krieges gehabt haben mögen. In der That sind wir im Stande über den Werth der Güter, die bis zu Ende der ersten Hälfte des Jahres 1621 konfiscirt wurden, eine verlässliche Angabe zu machen. Unmittelbar nach der Verhaftung der Personen, deren Process wir eben verfolgt haben, wurden von Amtswegen ihre Güter nach den Eintragungen in der Landtafel und nach besonderen Abschätzungen, die der Zeit vor dem Jahre 1621 angehörten, bewerthet und diese Arbeit auch auf die Güter der verstorbenen und flüchtigen Rebellen ausgedehnt. Die Abschätzung ergab die Summe von etwas mehr als 5000000 Thalern, sie betraf allerdings die reichsten Edelleute und Bürger, aber doch nur eine kleine Zahl gegenüber derjenigen, denen später der Process gemacht wurde. Wenn man den damaligen Geldwerth mit dem heutigen vergleicht und weiss, dass für einen Thaler guten Geldes vor dem Jahre 1618 ungefähr das beschafft werden konnte, wofür man heute fünf bis zehn Thaler erlegen muss, so wird man nicht irre gehen, wenn man den Werth der bis Juni 1621 verhängten Confisca-

*) Die besonderen Schwierigkeiten hat d'Elvert IV, 231 u. flg. in trefflicher und gründlicher Weise angedeutet.

tionen auf 30—35 Millionen Thaler veranschlägt und doppelt so gross würde diese Summe sein, wenn man den heutigen Werth der allerdings trefflich bewirthschafteten und instruirten Güter in Anschlag brächte. *)

V

Der Kaiser hatte mit der geschilderten Execution und mit der damit im Zusammenhange stehenden Confiscation den entscheidenden Schritt gethan, der ihn zum Vorwärtsschreiten auf der betretenen Bahn drängte. Wollte er seine Herrschaft für die Zukunft sichern, so genügte diese Strafe nicht; er musste auch die anderen ihm von seinen Rathgebern empfohlenen Massregeln ins Werk setzen, also die religiösen Ueberzeugungen des Volkes schonungslos niederdrücken, die Verfassung umgestalten und schliesslich das Eigenthum aller wohlhabenden Leute confisciren und es in die Hände verlässlicher Anhänger legen, die den Erinnerungen des Landes fremd gegenüberstanden und an dessen frühere Geschicke nicht anknüpfen wollten.

Wir bemerkten weiter oben, dass in der Eigenthumsfrage die entscheidenden Aenderungen dadurch eingeleitet wurden, dass man zunächst die Güter der Flüchtigen und Verurtheilten confiscirte. Die Confiscation bezog sich nicht bloss auf den Grundbesitz, sondern auch auf die fahrende Habe und alles Bargeld. Schon vor der Einleitung des Processes hatte man die Ausfuhr von Werthsachen verboten und denjenigen eine Belohnung versprochen, die angeben würden, wo ein Flüchtling solche verborgen halte. **) Der Kurfürst von Sachsen wurde um Beschlagnahme alles dessen ersucht, womit sich zahlreiche böhmische Familien nach Sachsen geflüchtet hatten, und so wurden beispielsweise dem Herrn von Biberstein seine Habseligkeiten, die man auf 3821 Gulden bewerthete, confiscirt, und dasselbe geschah den Brüdern Stampach und dem Herrn von Globen, dem eine solche Masse werthvoller Gegenstände abgenommen wurde, dass sie ein Museum hätten ausfüllen

*) Abschätzungsliste der den verstorbenen, flüchtigen und eben inhaftirten Rebellen abgenommenen Güter. Archiv des k. k. Finanzministeriums.

**) Patent des Fürsten von Liechtenstein dd. 5. Dec. 1620. Sächs. StA.

können. Auch Herr Stephan von Starhemberg, der seine Schätze aus Oesterreich über Böhmen nach Sachsen geflüchtet hatte, kam um seinen ganzen Besitz. Wie gross zu jener Zeit der Reichthum einzelner Edelleute an Gold- und Silbergeschmeiden war, beweisen die bei dieser Confiscation verfassten Inventare;*) so wog z. B. das Silbergeschirr des Herrn von Starhemberg 1232 Mark. Unnachsichtlich wurden alle diese Gegenstände in Sachsen entweder eingeschmolzen und zu Geld gemacht oder verkauft. Gewiss haben die Husitenstürme mit den Kunstdenkmälern der Zeit Karls IV zum guten Theil aufgeräumt, aber der letzte Rest jener prachtvollen Kunstgegenstände, welche an das Mittelalter mahnten, ist in dieser Zeit zu Grunde gegangen, denn in den heutigen böhmischen Adelssitzen erinnert nichts an ein kultivirtes Leben der Vergangenheit, Schmuck und Möbel sind entweder fremden Ursprungs oder stammen aus der Neuzeit, und wenn die Kirchen und Klöster einzelne Trümmer ihrer alten Schätze aufweisen können, so ist dies kaum nennenswerth und hat der Zufall daran das Hauptverdienst. Selbst die Burg Karlstein, das prachtvolle Baudenkmal Karls IV, wurde absichtlich und unabsichtlich der Verödung und Plünderung preisgegeben und bietet jetzt in den inneren Räumen ein trostloses Bild der Verwahrlosung, der sie in den letzten Jahrhunderten ausgesetzt war. Der Sieger beabsichtigte nicht, vom Lande alles wegzuwischen, was an seine Vergangenheit erinnerte, aber thatsächlich führten alle seine Schritte zu diesem Ziele.

Während man nach den Gütern der Flüchtigen und Verurtheilten griff und sich darüber beriet, wie weit man den übrigen Adel in seinem Besitze antasten könne, erörterte man auch, in welcher Weise man sich des Vermögens der königlichen Städte bemächtigen sollte, da man sich nicht mit dem begnügen wollte, was man durch die Bestrafung der einzelnen Bürger gewann. Schon das Decembergutachten des Jahres 1620 riet dem Kaiser, die Städte in ihren Einkünften zu schmälern, ihnen hohe Steuern aufzulegen, und nur die Angst, dass

*) Sächs. StA. Die betreffenden Dokumente in der Abtheilung 9234 vorhanden.

man dieselben zu Grunde richten würde, hielt die äussersten Massregeln zurück. Auch jetzt scheint diese Furcht noch massgebend gewesen zu sein, denn als Ferdinand den Fürsten von Liechtenstein mit der Vornahme der Executionen betraute und ihm gleichzeitig den Auftrag gab, die einzelnen Städte, und zwar zuerst Prag, vor den Gerichtshof zu citiren, *) bestimmte er vorläufig, dass ihre Strafe nur in der Verwirkung sämmtlicher Freiheiten und in den Verlust der freien Wahl der Pfarrer bestehen solle. Bezüglich des Gemeindeeigenthums gab er noch keine Weisungen.

Dem Fürsten von Liechtenstein missfiel die anbefohlene Procedur gegen die Städte aus mehreren Gründen. Er fand es unzeitgemäss, wenn man schon jetzt den Städten die freie Wahl ihrer Pfarrer entzog — man verfügte nämlich nicht über die nöthige Anzahl katholischer Priester, um die freigewordenen Pfarren zu besetzen — er missbilligte auch, dass man die Städte mit dem Verlust ihrer Privilegien zu einer Zeit bedrohe, wo der Krieg nicht zu Ende sei, wo Mansfeld sich noch im Felde behaupte und die Verzweiflung die Bürger zu einem neuen Aufstande verleiten könnte.**) So wie er die Beschleunigung der Processe widerrathen hatte, so wollte er die gegen die Städte beabsichtigten Schritte verschoben wissen, allein diese Ansicht fand nicht die Billigung der wiener Staatsmänner und auch der Kaiser wollte weder um Mansfelds noch um anderer Gründe willen Milde walten lassen, nur insofern gab er dem Widerstande Liechtensteins nach, als er ihn um seine Meinung fragte, wie der Process gegen die Städte in Scene gesetzt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, dass er weiter kein Blut vergiessen wolle, ordnete aber die möglichste Beschleunigung der gegen den übrigen Adel beabsichtigten Confiscationen an und forderte darüber ein Gutachten ab, ob der Process gegen jeden einzelnen Edelmann anhängig gemacht werden solle, oder — weil dies wegen der allzugrossen Menge derselben viel zu lange dauern würde — ob man nicht einfach das Urtheil gegen sie aussprechen und durch Patente publiciren

*) d'Elvert II, 73. Ferdinand an Liechtenstein dd. 2. Juni 1621.

**) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand dd. 12. Juni 1621.

sollte. Es war dies allerdings ein sonderbares Vorgehen, wenn den betreffenden Edelleuten an einem schönen Morgen durch ein öffentlich verkündigtes Patent mitgetheilt wurde, dass ihr ganzer oder halber Besitz confiscirt sei und wenn ihnen damit der Weg zu jeder Vertheidigung einfach abgeschnitten wurde. Da man jedoch zwei Drittheile des Grundbesitzes im Lande zu confisciren gedachte, war es wahrlich besser, wenn man diesen furchtbaren Act in formloser Weise in Scene setzte und die Betheiligten nicht durch einen Process zwischen peinlicher Angst und falscher Hoffnung schweben liess, da das Endergebniss in vorhinein bestimmt war.*)

Liechtenstein berief die Mitglieder des ausserordentlichen Gerichtshofes zusammen und forderte sie zur Abgabe ihrer Meinung bezüglich der an ihn vom Kaiser gestellten Anfrage auf. Es scheint, dass sämmtliche Mitglieder sich für die vorläufige Aufschiebung aller weiteren Processe aussprachen und auch nichts davon wissen wollten, dass man gegen die Rebellen mit der Publication des Urtheils unter Ausserachtlassung jeglicher Processform vorgehe, weil dadurch das Land dem Aufstand wieder in die Arme getrieben werden würde. Thatsächlich hatten sich einige Edelleute, deren Güter nach der Pfalz zu lagen, dem Grafen von Mansfeld angeschlossen und so den Kampf gegen den Kaiser von neuem aufgenommen. Zu diesem verzweiflungsvollen Schritte gaben die Gründe Anlass, mit denen man die Executionen motivirte, unter denen auch der angeführt wurde, dass sich die Verurtheilten „in Diensten und Commissionen wider den Kaiser brauchen liessen.“ Nur die wenigsten und ärmsten Edelleute fühlten sich rein vor dieser Beschuldigung und deshalb zogen es manche vor, im Kampfe zu fallen, als durch Gerichtsspruch an den Bettelstab gebracht zu werden. Die Mitglieder des ausserordentlichen Gerichtshofes, die von der um sich greifenden Verzweiflung genaue Kenntniss hatten, schraken vor der weiteren Ausbeutung des Sieges nicht sowohl aus Menschlichkeit als aus Klugheit zurück. Liechtenstein pflichtete ihrer Ansicht bei und riet dem Kaiser, vorläufig seine Strafdecrete zu sistiren, da er damit gar nichts

*) d'Elvert II, 94. Ferdinand an Liechtenstein dd. 2. Juli 1621.

verliere, denn die Reichen könnten ihm nicht entgehen, da er sie nach Belieben an ihrem Vermögen strafen könne, sobald die Gelegenheit günstiger sei. Um die Aufregung im Lande zu mildern habe er viele Personen aus der Untersuchungshaft entlassen, denn dadurch fasse die Hoffnung im Herzen der Bedrängten Wurzel und sie fügten sich bereitwilliger in die grossen Zahlungen, zu denen sie sich zur Erhaltung der einquartirten Soldaten verstehen müssten. (!) Die einfache Publication des Urtheils über eine so grosse Anzahl von Personen widerriet er auch aus dem Grunde, weil man gegen diese minder Schuldigen härter verfahren würde, als gegen die Flüchtigen und gegen die hingerichteten Rebellen, die man alle zur Vertheidigung zugelassen oder aufgefordert habe. Dass Liechtenstein für eine mildere Behandlung des Landes war, deutete er in seiner Entgegnung auch dadurch an, dass er statt der Confiscation fortan nur Geldstrafen verhängen und auch gegen die Erben verstorbener Rebellen nicht anders vorgehen wollte.*)

Diese Mahnungen und Rathschläge wurden, nur so weit sie ein vorsichtigeres Auftreten anrieten, in Wien um ihrer gewichtigen Gründe willen gewürdigt, in den Confiscationen selbst wollte man sich aber zu keinem Zugeständniss entschliessen. Liechtenstein erhielt den Befehl, sämmtlichen Einwohnern im Lande mit Ausnahme der Flüchtlinge einen Generalpardon zuzusichern, der sie aber nur vor weiterer Schädigung an Ehre, Leben oder Freiheit bewahren sollte. Ueber ihren Besitz wollte der Kaiser nach Gutdünken verfügen und wenn er auch von der blossen Publication eines Urtheilsspruches Abstand nahm, so wollte er doch auch kein gerichtliches Verfahren einleiten, sondern sich in folgender Weise helfen. Der Fürst von Liechtenstein sollte alle Personen, die man im Auge hatte, vor sich und einige seiner Vertrauenspersonen laden, ihnen ihre Vergehen vorhalten und die Strafe, mit der sie dieselben büssen sollten und die in Gut oder Geld bestehen sollte, mit ihnen vereinbaren. War Jemand mit diesem Vorgange nicht zufrieden, so konnte er den Rechtsweg betreten, der ihm aber nur eine schlimmere Behandlung in Aussicht stellte. Bezüglich der Städte

*) d'Elvert II, Liechtenstein an Ferdinand II dd. 17. Juli 1621.

erhielt Liechtenstein den Auftrag, sich genau zu erkundigen, worin ihr Vermögen bestehe und nach gewonnener Einsicht einen Vorschlag bezüglich ihrer Bestrafung zu erstatten, der jedoch nicht allzusehr ihre Nahrung und Wohlfahrt antasten dürfe. Die Städte sollten also in doppelter Weise gestraft werden, einmal als solche, das anderemal in den einzelnen Bürgern, die gleich den Edelleuten vor jenen Confiscationsrath — so wollen wir den neuen Gerichtshof benennen — berufen wurden.*)

Dieses Decret bezüglich des Generalpardons und bezüglich der von dem Confiscationsrath einzuleitenden Untersuchung wurde jedoch nicht publicirt, zum Theil deshalb weil Liechtenstein die Publication des Pardons, der eigentlich kein Pardon war, für aufreizend und nicht für beruhigend erachtet haben mag, zum Theil auch deshalb, weil man in Prag sich mit dem Plane beschäftigte, die protestantische Geistlichkeit unter dem Vorwand ihrer Betheiligung an der Rebellion aus dem Lande zu vertreiben und dies nicht thun konnte, wenn man allen Einwohnern des Landes den Pardon zusicherte und sie also wenigstens nicht in ihrer Freiheit schädigen wollte. Alle diese Gründe mag Liechtenstein nach Wien berichtet haben und es scheint, dass man dort seine vorläufige Zurückhaltung nicht tadelte. Als Ferdinand jedoch zu Ende des Jahres 1621 die Gewissheit hatte, dass Bethlen, mit dem der Krieg von neuem ausgebrochen war, in den nächsten Tagen zum Frieden gezwungen und er sonach von diesem Feinde nicht mehr bedroht sein würde, seine finanziellen Schwierigkeiten sich aber immer mehr steigerten, beschloss er, nicht länger zu warten und das Versäumte nachzuholen.

Zunächst beschloss der Kaiser den bisherigen provisorischen Charakter der böhmischen Regierung durch die Ernennung eines mit aller Machtvollkommenheit ausgerüsteten Statthalters endgiltig zu regeln. Es war um diese Zeit ungewiss, welchem Manne dieser Posten anvertraut werden würde, denn die Stellung des Fürsten Liechtenstein war in den letzten Wochen un-

---

*) d'Elvert II, 106. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 26. Juli 1621. — Skála V, 162.

sicher geworden: man sprach in Wien von seiner Abberufung und wollte den Erzherzog Karl statt seiner nach Prag schicken. Die Ursache der Unzufriedenheit mit Liechtenstein ist nicht sichergestellt, wir vermuthen, dass man ihn eines Mangels an Eifer beschuldigte, da er bisher immer zur Mässigung gerathen hatte. Der Kaiser hatte aber Vertrauen zu ihm und da auch Erzherzog Karl nichts von der Uebernahme des Statthalterpostens wissen wollte, so berief man den Fürsten nach Wien, um sich mit ihm ins Einvernehmen zu setzen und in der That scheint sich Liechtenstein die Anschauungen der herrschenden Partei dort vollständig angeeignet zu haben.*) Denn während er bis dahin manche Härten der an ihn ergangenen Befehle milderte, gehörte er fortan zu den ärgsten Bedrängern des Landes. Keine von den drakonischen Massregeln, die den Ruin desselben herbeiführen mussten, fand in der Folge an ihm ihren Gegner. Ein Münzcontract, den er mit dem Kaiser abschloss und über den wir später ausführlich berichten werden, rief in ihm eine unersättliche Geldgier wach und drängte ihn in die Bahnen des Verbrechens.**) Durch die entgegenkommende Haltung Liechtensteins wurde das Einvernehmen zwischen ihm und den kaiserlichen Räthen hergestellt, der Kaiser gab seinem gesteigerten Vertrauen dadurch Ausdruck, dass er den Fürsten aus der untergeordneten Stellung, die er bisher als Subcommissarius des Herzogs von Baiern eingenommen hatte, befreite und ihn zu seinem Statthalter mit unbeschränkter Machtvollkommenheit ernannte: es wurde ihm das Recht zugestanden, in allen Militär-, Justiz- und sonstigen Angelegenheiten endgiltig verfügen zu dürfen: alle Aemter und Bewohner des Landes wurden angewiesen ihm ohne jede Widerrede Folge zu leisten. Er sollte alle Gewalt im Lande üben und hiefür Niemandem anderen verantwortlich sein, als dem Kaiser.***)

*) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 3./13. Oct. und 27. Dec. 1621.

**) Wir erheben diese Anklage nicht auf blosse Vermuthungen hin, sondern auf Grund eingehender Processakten. Gegen Liechtenstein wurde nämlich ein Process von Ferdinand III anhängig gemacht und sein Sohn zur Rückzahlung der von dem Vater defraudirten Summen verurtheilt. Unsere weitere Erzählung wird die nöthigen Details bringen.

***) Kais. Patent dd. 17. Januar 1622. d'Elvert II, 110.

Einen Tag nach der Uebertragung des Statthalteramtes an Liechtenstein benachrichtigte ihn der Kaiser, dass er die (wahrscheinlich von ihm vorgeschlagenen) Herrn Adam von Waldstein, Friedrich von Talmberg und Sezima von Wrtba zu Mitgliedern des Confiscationsgerichtshofes ernenne und ertheilte zugleich für das dabei zu beobachtende Verfahren eine streng bemessene Instruction. Im Eingange derselben gab er seine finanziellen Bedrängnisse als Grund an, weshalb er den Schuldigen nicht völlige Verzeihung zu Theil werden lasse, da sie in erster Reihe verpflichtet seien, den von ihnen angerichteten Schaden gutzumachen, und bestimmte dann, dass Liechtenstein durch ein Patent alle jene Personen vor den Confiscationsrath berufen solle, die sich irgend einer Schuld bewusst seien. Die Citation sollte nicht namentlich, sondern im allgemeinen geschehen, so dass die betreffenden Personen ihre eigenen Angeber machen sollten. Der Confiscationsrath sollte untersuchen, in wie weit die einzelnen „während der vergangenen Rebellion „ein Kriegs-, Landes-, Hof-, Stadt- oder Rathsamt innegehabt, „welche Commissionen in oder ausserhalb des Landes sie verrichtet, ob sie die Conföderationen beschworen und unterschrieben, ob sie den (rebellischen) Zusammenkünften beigewohnt „und deren Beschlüsse approbirt, ob sie andere zu gleichmässiger Rebellion aufgewiegelt, ob sie wider den Kaiser und „dessen hochlöbliches Haus schmähliche und verkleinerliche „Reden ausgestossen oder ob sie sonst bei der Rebellion interessirt waren." Man sieht aus dieser Bestimmung, die viel weiter und eingehender lautete als in dem wiener Gutachten vom December 1620, dass nur die „wenigsten und ärmsten" sich schuldlos fühlen konnten, und dass, wenn man nach dieser Anordnung vorging, die gesammte besitzende Bevölkerung an den Bettelstab gebracht werden musste. Die Strafe, die der Confiscationsrath über den Uebelthäter verhängen musste, lautete auf Geld und Gut, allfällige Milderungen der einzelnen Urtheile behielt sich der Kaiser selbst vor. Von einer Verhandlung zwischen dem Schuldigen und dem Gerichte über die Höhe der Strafe, die Ferdinand in seiner ersten Zuschrift an Liechtenstein (im Juli 1621) zulassen zu wollen schien, war diesmal keine Rede; der Gerichtshof sollte nach Belieben er-

kennen und nur Ferdinand wollte sich einen Einfluss vorbehalten. Am Schlusse der Instruction werden die Commissäre beauftragt, gegen Jene, die der allgemeinen Aufforderung sich schuldig zu bekennen, nicht Folge leisten würden und so ohne eine Busse an Geld und Gut durchschlüpfen wollten, als gegen Hochverräther zu verfahren und gegen sie den ordentlichen Rechtsgang zu betreten. *) So begannen in den ersten Tagen des Jahres 1622 jene Processe gegen den Adel und gegen die Bürger der einzelnen Städte, welche das Land dem grössten Elende überlieferten und über die wir später umständlich berichten werden.

VI

Wir haben im vorigen Bande erzählt, wie sich die mährischen Stände nach der Niederlage des Aufstandes in Verhandlungen mit dem Kaiser eingelassen hatten und wie sie sich trotz allen Bemühungen um die Wahrung der ererbten Freiheiten zuletzt auf Gnade und Ungnade ergeben mussten. Unter der Mitwirkung des Kardinals Dietrichstein wurden dann in Wien über die künftigen Reformen in Mähren Berathungen gepflogen und eine Reihe von Massregeln beschlossen, die im Ganzen mit jenem Gutachten übereinstimmten, das dem Kaiser für die Ordnung der böhmischen Angelegenheiten überreicht worden war und sonach auf weitgehende Confiscationen, auf Rekatholisirung des Landes und auf Vernichtung der alten Verfassung lauteten. Bevor man jedoch diese Massregeln durchsetzte, musste man sich bemühen, das mährische Kriegsvolk aufzulösen und dessen Uebernahme in kaiserliche Dienste zu bewerkstelligen. Wie man damit zum Ziele kam, ist bereits berichtet worden. Der Kardinal Dietrichstein konnte jetzt den ihm übertragenen Statthalterposten ohne Sorge antreten.

Die Hauptaufgabe, deren Lösung ihm zunächst übertragen wurde, sollte darin bestehen, dem Kaiser den grösstmöglichsten Geldgewinn aus Mähren zur Verfügung zu stellen. Schon am 1. Februar, also wohl gleichzeitig mit seiner Ankunft in diesem

1621

*) d'Elvert Ferdinand an Liechtenstein dd. 18. Januar 1622.

Lande, wurde ihm ein Dekret übermittelt, in welchem er beauftragt wurde die Verwaltung der Güter sämmtlicher Rebellen, unter denen man zunächst die Flüchtlinge, die gewesenen Direktoren und einige hervorragende Theilnehmer am Aufstande verstand, zu übernehmen und für den Kaiser nutzbringend zu machen. Wir haben bereits*) berichtet, wie durch die Bemühungen des Kardinals und des Kanzlers Lobkowitz, der eigens deshalb nach Brünn gereist war, die mährischen Stände und unter diesen namentlich die Städte zu grossen Contributionen gezwungen wurden und wie man stets grössere Summen von ihnen begehrte.

Der Kardinal und einzelne untergeordnete Beamte hatten in ihren Berichten nach Wien wiederholt über die Bedrängnisse geklagt, denen Mähren durch die raubsüchtigen Soldaten ausgesetzt sei und um ihre rasche Entfernung ersucht, wenn man die Steuerkraft des Landes nicht erschöpfen wolle. Diese Vorstellungen konnten lange nicht berücksichtigt werden, da der Kaiser bis gegen Ende April mit Bethlen über einen Frieden unterhandelte und deshalb den grösseren Theil seiner Truppen in Mähren stehen lassen musste. Erst als sich die Unterhandlungen zerschlugen, rückte fast das gesammte Volk in Ungarn ein**) und nun hoffte man in Wien, dass sich das Land erholen und man zu bedeutendern Erträgnissen gelangen werde. Man liess auch, entweder kurz vor oder nach den prager Executionen, dem Kardinal den Befehl zukommen, alle hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes in Haft zu nehmen. Bevor man jedoch daran gehen konnte, auch ihre Güter in Beschlag zu nehmen oder eigentlich den schon am 1. Februar gegebenen und noch nicht vollzogenen Befehl auszuführen, war Buquoy bei der Belagerung von Neuhäusel gefallen und Bethlen raffte alle seine Kräfte zu einem gewaltigen Angriffe gegen den Kaiser auf, in Folge dessen Mähren neuerdings zu einem Heerlager umgestaltet und das Land den Soldaten zur Beute übergeben werden musste. Seit dem Monate September steigerte sich das Elend

1621

1621

1621

*) Band III, S. 306.

**) d'Elvert III, 205. Memorial für den Kaiser dd. 4. Mai 1621. Ebend. Ferdinand an Dietrichstein dd. 8. Mai 1621.

zu einer unerträglichen Höhe, da die Edelleute zur Ablieferung immer grösserer Quantitäten von Getreide und die Städte zu neuen Zahlungen genöthigt wurden. Der Kardinal Dietrichstein, der gegen die Andersgläubigen kein besonderes Mitgefühl an den Tag legte, machte doch dem Kaiser Vorstellungen wegen der allzugrossen Belastung des Landes und in der That, wenn er zur Begründung seiner Warnung anführt, dass die Zahl der bewohnten Häuser von 90000 auf 30000 gesunken sei,*) so kann man sich einen Begriff von dem schrecklichen Elend machen, das im Laufe von drei Jahren über Mähren hereingebrochen war.**) Trotz alledem berechnete man in Wien, dass man neben den nöthigen Getreidevorräthen noch 38000 Gulden monatlich für die Unterhaltung des Kriegsvolkes brauchen werde,***) und da Dietrichstein wahrscheinlich gemahnt wurde, Sorge dafür zu tragen, dass Mähren die betreffende Monatszahlung leiste, berief er eine Anzahl hervorragender Edelleute, darunter auch Karl von Žerotín, und beriet mit ihnen, auf welche Weise das Land zu neuen Leistungen herbeigezogen werden könnte. Die Berathung ergab, dass keine weiteren Mittel mehr vorhanden seien, und dass die gesammte Bauernschaft mit Beginn des nächsten Jahres nicht genug Getreide für ihren eigenen Lebensunterhalt habe und sonach eine grenzenlose Noth im Anzuge sei. Nur auf zwei Hilfsmittel wies der Kardinal als letzte Nothanker hin, von denen allerdings das eine trübseliger als das andere war. Der Kaiser sollte entweder mit den eingezogenen Edelleuten einen schnellen Process machen, um sich ihren Besitz aneignen zu können oder rascher die damals projectirte Münzverfälschung durchführen. Nur bezüglich der Bekleidung von 4000 Mann konnte der Kardinal Vorsorge treffen, da er das Tuch aus Iglau, Znaim und andern Städten mehr oder minder gewaltsam gegen Versprechung der Zahlung in Beschlag nahm.

*) d'Elvert III, 224. Dietrichstein an Ferdinand dd. 18. September 1621. Ebend. S. 228. Dietrichstein an Ferdinand dd. 15. Aug. 1621. Wir vermuthen, dass mit diesen 90000 Häusern die mährischen Bauernansässigkeiten bezeichnet sind und dass der Kardinal damit die rapide Verminderung des Bauernstandes andeuten will.

**) In dem Briefe dd. 15. Aug. 1621.

***) d'Elvert III, 229. Ueberschlag, was das kais. Kriegsvolk brauche.

)er nikolsburger Friede, der endlich im Januar 1622 abgechlossen wurde, rettete Mähren aus dieser Bedrängniss, um es lsbald einer zweiten zu überliefern, da man jetzt nicht länger nit den Processen zögerte.

Ein Gutachten, das sich, wie die Folge lehrte, der Zutimmung der massgebenden Faktoren erfreute, dessen Entsteiungszeit wir jedoch nicht kennen, setzte fest, dass die Unteruchung und Inhaftnahme sich auf die Direktoren und auf jene ?ersonen erstrecken müsse, die sich gleich Anfangs durch Brief und Siegel zum Aufstand verpflichtet, an dem Abschluss ler Conföderation in Prag den vornehmsten Antheil gehabt, in der Botschaft, die den Pfalzgrafen von der auf ihn gefallenen Wahl verständigte, sich betheiligt, den Kardinal Dietrichstein und den ehemaligen Landeshauptmann Lobkowitz gefangen gehalten, die geistlichen Güter eingezogen, den ungarischen Reichstag besucht und endlich das Amt der Kreishauptleute in Mähren während der Rebellion angenommen hatten.*) Entsprechend diesem Gutachten liess der Kardinal Dietrichstein einige Wochen nach dem nikolsburger Frieden eine Liste dieser Personen zusammenstellen und in dieselbe den Besitzstand jedes Anzuklagenden eintragen. Die Liste enthält gegen 200 Namen und umfasst die gewesenen Direktoren, die Landrechtsbeisitzer, die Defensoren, die pfalzgräflichen Kämmerer, die Kreishauptleute, die Commissäre zu dem prager Generallandtag und dem ungarischen Reichstag und die verschiedenen Gehilfen und Parteigänger der Rebellion.

7. März 1622

Nun wurde auch der Gerichtshof zusammengestellt, vor dem die Processe durchgeführt werden sollten, Dietrichstein wurde zum Präsidenten desselben ernannt und ihm neun Personen beigeordnet, von denen die Mehrzahl bereits in Prag fungirt hatte.**) Der Gerichtshof begann seine Thätigkeit Ende Juni und zog in den Kreis seiner Untersuchung nicht bloss die in Haft genommenen sondern auch die flüchtigen Rebellen

1622

*) d'Elvert I, 128.

**) d'Elvert IV, CVI. Die Namen der Richter sind Freiherr Siegfried Breuner, Wilhelm von Slawata, der mährische Oberstlandrichter Leo Burian von Berka, Christoph Wratislaw von Mitrowitz, der Reichshofrath Wenzel, die Doktoren Kapper, Meisch, Schwab und Ello.

und dehnte dieselbe auch auf die Erben der mittlerweile Verstorbenen, hauptsächlich aber auf ihre Güter aus. Ueber die flüchtigen Rebellen wurde zuerst das Urtheil verkündet; es lautete auf Tod und Verlust sämmtlicher Güter. Von diesem Urtheil wurde namentlich der Landeshauptmann zur Zeit der pfalzgräflichen Herrschaft der reiche Welen von Žerotín betroffen, der mit seinem Wahlkönig geflohen war. Die Publication der übrigen Urtheile verzögerte sich, da der Kaiser sich längere Zeit nicht entschliessen konnte, ob er die angetragene Todesstrafe über die betreffenden Personen verhängen sollte oder nicht. Kurz vor der Abreise zu dem Fürstentage von Regensburg beschloss er Gnade walten zu lassen und schickte den Obersten Balthasar von Marradas mit diesem Bescheide nach Brünn.

2. Sept. 1622

Am 3. November wurden die Gefangenen aufs brünner Rathhaus berufen, um hier der Verkündigung der Urtheile beizuwohnen. Zuerst wurden die Personen des Herrenstandes aufgerufen und mit dem Erblandmarschall Berthold von Lipa der Anfang gemacht. Sein Urtheil lautete auf den Tod und den Verlust der rechten Hand, welche Strafe jedoch in lebenslängliches Gefängniss umgewandelt wurde. Nach ihm kam Christoph von Řičan an die Reihe, sein Urtheil lautete, auf Tod und Viertheilung aber auch er wurde zu lebenslänglichem Gefängniss begnadigt. Adolf von Schleinitz wurde zu einer Haft von drei Jahren, Zdeněk von Waldstein und Karl von Kaunic zu lebenslänglicher Haft verurtheilt; Friedrich von Kaunic sollte bis auf weitere Entscheidung des Kaisers im Gefängnisse verbleiben, Johann Čejka von Olbramowic dieselbe Strafe wie Berthold von Lipa erleiden, wurde aber in gleicher Weise begnadigt. Ueber alle diese Personen wurde die Confiscation ihres gesammten Besitzes verhängt und hierin keine Milderung zugestanden.

1622

Die Reihe kam jetzt an die Angeklagten aus dem Ritterstande, über die statt der Todesstrafe ein lebenslängliches oder zeitweiliges Gefängniss verhängt und der Verlust der Güter ausgesprochen wurde. Nur einem einzigen wurde mehr Gnade zu Theil, ihm wurden nur zwei Drittel seiner Güter eingezogen und dabei bestimmt, dass er ein ganzes Jahr vor der Jakobs-

irche in Brünn Almosen für Arme erbetteln müsse. Milder erfuhr man gegen die Bürger, indem man nicht bloss die Toesstrafe in Gefängniss- und Arbeitsstrafe verwandelte, sondern uch fast allen einen Theil ihrer Güter liess.*) Durch die jetzt usgesprochenen oder gegen die Flüchtigen publicirten Urtheile rurde die Strafe der Güterconfiscation über 51 Personen verängt. Der Kardinal theilte dies in einem Patente dem Lande iit und forderte alle Einwohner desselben auf, ihm Kunde von em gesammten Vermögen der Betreffenden zu geben.

Wie gross auch der Besitz sein mochte, dessen sich der Kaiser auf diese Weise bemächtigen durfte, er genügte nicht ür die Ebbe, die sich in seinen Kassen täglich fühlbarer machte, ınd so griff man in Mähren zu demselben Mittel, wie in Böhnen. Man forderte auch hier die Einwohner des Landes auf, sich selbst ihrer Verbrechen vor dem brünner Gerichtshofe anzuklagen und dieselben mit der Abtretung eines Theiles ihrer Güter zu sühnen.**) Die betreffenden Processe wurden im Jahre 1623 aufgenommen und in diesem und dem folgenden Jahre auch die verschiedenen Confiscationen verhängt. Wir werden später auf dieselben zurückkommen.

VII

Um das Bild der gegen die ständischen Corporationen eingeleiteten Verfolgungen zu vervollständigen, wollen wir nun auch mit einigen Worten andeuten, in welcher Weise der Sieg gegen die Oesterreicher ausgebeutet wurde. Der Kaiser hatte, nachdem ihm die Mehrzahl der Stände in Ober- und Niederösterreich im Jahre 1620 gehuldigt hatte, den Widerstrebenden noch einen Termin bewilligt, bis zu welchem er sie in Gnaden aufnehmen wolle. Einige machten von dem Termine Gebrauch, andere dagegen schlossen sich dem böhmischen Heere an, als es sich aus Oesterreich zurückzog und über diese wurde die Confiscation verhängt. Der darauf folgende Sieg auf dem weissen Berge musste Jedermann die

*) Skála V, 267.

**) d'Elvert I, 155. Generalpardon für Mähren dd. 9. Nov. 1622.

Ueberzeugung aufdrängen, dass nun noch grössere Strenge folgen werde, aber in Oesterreich glaubte man noch nicht daran. Die oberösterreichischen Stände, die sich durch die Erhaltung der zahlreichen bei ihnen einquartierten Garnisonen bedrückt fühlten, schickten den Freiherrn Erasmus von Starhemberg an den Herzog Maximilian mit der Bitte, dass die Garnisonen entfernt, ihnen das Recht freier Zusammenkünfte gewahrt und mit den gegen einzelne Personen eingeleiteten Processen innegehalten werde. Der Gesandte scheiterte mit seinem Gesuche, denn die Antwort, die Maximilian gab, war so hart und ablehnend als möglich. Den Ständen wurden alle ihre Verbrechen vorgeworfen, die Theilnahme am böhmischen Aufstande, die Verbindung mit Ungarn und mit Bethlen. Die Versicherung ihrer Treue wurde nicht undeutlich als eitle Flunkerei bezeichnet und ihre Erklärung, dass sie nicht im Stande seien, die einquartierten Garnisonen zu erhalten, mit der Bemerkung zurückgewiesen, dass sie hinreichend Geld zur Besoldung eines Heeres gegen den Kaiser gehabt hätten. Starhemberg hatte seine Klage mit dem Argument zu unterstützen gesucht, dass der auf die Stände geübte Druck gegen ihre Rechte und Privilegien verstosse. Auch darauf blieb Maximilian die Antwort nicht schuldig, indem er in höhnischer Weise frug, ob etwa der Landesfürst sich ihrem Willen fügen solle? Wenn es zum äussersten komme, dann müssen „die Particularinteressen“ (womit er die ständischen bezeichnete) schweigen und das öffentliche Wohl allein berücksichtigt werden. Aus diesem Grunde wies er auch die Klagen wegen der Verhaftung mehrerer Edelleute und Bürger zurück, diese Procedur sei nicht so „unerhört“, wie die Angriffe und „Misshandlungen“, deren sich die Stände schuldig gemacht hätten. Er verwies ihnen den Wortlaut ihrer Bittschrift, die in einem Tone gehalten sei, der sich für Unterthanen nicht zieme und den er nicht dulden wolle und erklärte schliesslich, dass er den Zusammentritt der Stände auf Landtagen nicht wehren, dass er aber den Gegenstand der Berathung zuvor kennen wolle. *)

30. Januar 1621

Diese scharfe Antwort beugte den Trotz der Stände noch

*) Khevenhiller, Annales Ferd. IX, 1276.

nicht. Als Maximilian in einem Dekrete die Zahlung derjenigen Schulden verbot, die sie während des Aufstandes gemacht hatten, erklärten sie demselben nicht folgen und die Schulden aus den einlaufenden Steuern, deren Verwaltung in ihren Händen lag, tilgen zu wollen. Diese Erklärung erbitterte durch ihren rebellischen Inhalt den bairischen Statthalter in Linz, den Grafen Herberstorf, und da er im Interesse seines Herrn die Einkünfte von Oberösterreich auf keine Weise, am allerwenigsten aber durch die angedrohte Zahlung schmälern lassen wollte, so bedrohte er die Stände, dass er sich an ihrem Besitzthum schadlos halten werde. Zu gleicher Zeit ersuchte der Herzog den Kaiser, dass dieser die Verpfändung Oberösterreichs den Ständen mittheilen möge, damit kein Zweifel bestehe, wer bei ihnen zu gebieten habe. Diesem Wunsche kam Ferdinand nach und schickte am 6. März 1621 ein Patent nach Linz, in dem er den Ständen die Mittheilung machte, dass er ihr Land mit allen Einkünften und Nutzungen und mit dem Erträgniss der vollzogenen und noch zu vollziehenden Confiscationen an den Herzog von Baiern verpfändet habe.*)

Die unkluge und jedenfalls von rebellischem Geiste zeugende Haltung der oberösterreichischen Stände bewirkte, dass man in Wien nicht länger mit der Processirung einzelner Rädelsführer zögern wollte und schon jetzt eine Untersuchung beabsichtigte, wie man sie erst im Januar 1622 über die böhmischen Stände verhängte. Das künftige Resultat dieses Vorgehens deutete Ferdinand in dem obigen Patente an, in dem er Confiscationen in Aussicht stellte, sich also mit den vollzogenen, die gegen jene verhängt wurden, die die Huldigung nicht geleistet und sich geflüchtet hatten, nicht begnügte. In der That wurden einige Edelleute und Bürger am 20. März in Linz verhaftet und da sich der Trotz der Stände nicht minderte, und sie in der Bezahlung der ausgeschriebenen Steuern säumig waren, so wurden die Verhaftungen fortgesetzt und namentlich auf Erasmus von Starhemberg und Sigmund Polheim ausgedehnt. Auch der reiche Helmhard von Jörger wurde gefänglich eingezogen, wiewohl derselbe sich jetzt sehr bemühte, seine

1621

*) Khevenviller, IX, 1285.

frühere Opposition in Vergessenheit zu bringen, aber zu seinem Unglück bot die Art und Weise, wie er seine Huldigung angeboten hatte, seinen Gegnern Gelegenheit zur Verfolgung. Er hatte nämlich erklärt, dass er dem Kaiser nur dann huldigen werde, wenn dieser die hergebrachten politischen und religiösen Privilegien bestätige. Seine Huldigung war demnach an eine Bedingung geknüpft, doch schien man sich damit begnügen zu wollen, wenigstens erklärte ihm der Kardinal Dietrichstein in einem Zwiegespräch, dass er mit seiner Erklärung vielen sehr zur Unzeit gekommen sei, da man ihn wie einen feisten Brachvogel habe abrupfen d. h. seiner schönen Güter berauben wollen. Jörger wurde über diese und andere Andeutungen stutzig und da der völlige Sieg des Kaisers nicht mehr zu bezweifeln war, bemühte er sich bei Eggenberg und anderen seiner bedingten Erklärung eine möglichst loyale Deutung zu geben und hatte die Genugthuung, dass man seine Versicherungen ruhig hinnahm. Bald darauf wurde er jedoch von der niederösterreichichen Regierung aufgefordert, seine Huldigung nachzuweisen und da er sich auf nichts anderes berufen konnte, als auf seine bedingungsweise Erklärung, so wurde er im Juni in Haft genommen und nach Linz transportirt, von hier aber zu Anfang des folgenden Jahres entlassen, da seine Frau den Kaiser bei seiner Hochzeitsreise nach Innsbruck um Gnade ersucht hatte.*) Auch in Wien wurde eine Anzahl Bürger verhaftet und wegen ihrer Haltung im Jahre 1619 in Untersuchung gezogen.

22. Juni 1621

Die Folge dieser Strenge war, dass als der Kaiser die niederösterreichischen Stände nach Wien berief und von denselben eine starke Contribution begehrte, die Opposition sich kaum zu rühren wagte und in die zugemutheten Opfer einwilligte.**) Herr von Losenstein, einer der früheren Tonangeber unter den Protestanten, wurde sogar katholisch, was den Kaiser so mit Freuden erfüllte, dass er ihm einen kostbaren Rosenkranz verehrte. Die oberösterreichischen Stände, die sich jetzt nach dem kaiserlichen Regimente sehnten, seit sie von Maxi-

Januar 1622

*) Khevenhiller, Annales IX, 1598. Helmhard Jörger an den Kaiser dd. 15. Juli 1621 und ein zweites Schreiben kurze Zeit darauf. Sächs. StA.

**) Sächs. StA. Zeidler an Schönberg dd. 2./12. und 10./20. Jänner 1622.

milian in scharfer Weise behandelt wurden, machten dem Kaiser in Wels ihre Aufwartung, als derselbe zu Anfang des Jahres 1622 durch diese Stadt fuhr und überreichten ihm eine Bittschrift, die nicht mehr von der alten Widerspänstigkeit zeugte, sondern den Kaiser um finanzielle Schonung und um die Aufhebung der eingeleiteten Processe anflehte.*) Es war aber zu spät, wenn man sich jetzt aufs Bitten verlegte. In Wien war man entschlossen, Oberösterreich in derselben Weise zu behandeln, wie Böhmen und Mähren und trotz der geleisteten Huldigung gegen den Adel und den Bürgerstand die Anklage wegen ihrer rebellischen Verbindungen zu erheben und die Schuldigen mit der Confiscation der Güter zu bestrafen. Man hoffte durch dieselbe einen Theil der Schuld an Maximilian von Baiern abzutragen und so die Auslösung der Pfandschaft zu beschleunigen. Zur Vornahme der Untersuchung und zur Schöpfung des Urtheils wurde ein Gerichtshof bestellt, bestehend aus zwölf Personen und zwar einigen hervorragenden Edelleuten (wie dem Grafen von Meggau, den Freiherrn von Hoyos und Karl von Harrach) mehreren Reichshofräthen und mehreren Räthen der niederösterreichischen Regierung. Dieser Gerichtshof sollte sich in Linz versammeln und daselbst die Anklage gegen alle diejenigen erheben, welche bewaffneten Widerstand geleistet, sich der Regierung nach dem Tode des Kaisers Mathias bemächtigt, die Kriegsrüstungen betrieben, die Conföderation mit Böhmen abgeschlossen, den kaiserlichen Truppen die Pässe gesperrt und mit Bethlen und den Türken in Verbindung gestanden hätten. Welches Loos der Schuldigen harrte, deutete die weitere Instruction sattsam an. Die Confiscation sollte über alle flüchtigen und verstorbenen Rebellen verhängt werden, alle irgendwie hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes zur Haft gebracht, ihre Güter verzeichnet und nach gesprochenen Urtheil mit Beschlag belegt werden.*) Die Oberösterreicher sollten also vor den Böhmen nichts voraus haben. Wie diese Prozesse endeten, werden wir später berichten.

13. Sept. 1621

*) Die oberösterr. Stände an Ferdinand II. Ohne Datum. Sächs. StA.

**) Instruction für den vom Kaiser ernannten Gerichtshof dd. 13. Sept. 1622. Münchener StA.

Drittes Kapitel.

Die Auflösung der Union.

I Der Krieg in der Unterpfalz. Bemühungen der kaiserlichen Partei um die Auflösung der Union. Stimmung der pfälzischen Partei. Der heilbronner Unionstag. Einwirkung der Generalstaaten.

II Eindruck der Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berg auf Jakob. Seine Versprechungen. Morton in Heilbronn. Der Zusammentritt des englischen Parlaments. Zweideutige Haltung Jakobs. Achatz von Dohna und sein Streit mit Jakob. Jakobs Schreiben an seinen Schwiegersohn. Sein Vermittlungsproject.

III Haltung des Kurfürsten von Brandenburg gegen die böhmischen Flüchtlinge. Friedrich in Küstrin. Camerarius' Reise zu den norddeutschen Fürsten. Friedrich in Wolfenbüttel. Ritter Villiers. Christian IV und der holländische Gesandte. Der Convent von Segeberg.

IV Verhandlungen Spinola's mit dem Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel. Verhandlungen zu Zwingenburg und Mannheim. Strassburg tritt aus der Union aus. Lord Digby in Brüssel. Der mainzer Accord. Die Unionsgesandten in Wien. Der abweisliche kaiserliche Bescheid. Schlusssitzung der Union. Die dänischen Gesandten in Wien.

I

In Böhmen war durch die Vertreibung Mansfelds und die darauf folgenden Strafprocesse und Confiscationen allfälligen Aufstandsversuchen jegliches Mittel entzogen und hier war die Sache des Pfalzgrafen verloren, wenn nicht ausserhalb dieses Landes neue Mittel gewonnen wurden oder wenn nicht die Union und Bethlen ihr Schwert zu seiner Vertheidigung in die Wagschale warfen. Die beiden letztgenannten Bundesgenossen erfüllten nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen: nach kurzem oder längerem Widerstreben traten sie vom Kampfplatz zurück. In welcher Weise dies von Seite der Union geschah, wollen wir nun berichten.

Wir haben erzählt, dass der Marques von Spinola im September des J. 1620 in der Unterpfalz eingefallen und rasch einige Erfolge errungen habe. Gewiegte Kenner der Kriegskunst machten es ihm zum Vorwurf, dass er darauf das Unionsheer nicht direkt angegriffen habe, da ihm die sichtliche Angst, welche die Offiziere desselben mit Ausnahme des Obersten Obentraut an den Tag legten und die geringe Erfahrung des obersten Führers, des Markgrafen von Anspach, unzweifelhaft den Sieg verschafft hätten. Allein der spanische General war aus derselben Schule, wie Buquoy, er rückte nur äusserst vorsichtig vor und suchte sich in dem genommenen Gebiet zuerst sicher zu stellen. Aus diesem Grunde befestigte er das eroberte Oppenheim und häufte daselbst alle seine Vorräthe an, stellte die Schiffsbrücke her, welche die beiden Rheinufer verband, und beobachtete von hier aus den Feind, der seine Stellung bei Worms genommen hatte, um dort den Zuzug der holländischen und englischen Hilfstruppen zu erwarten. Da Spinola fürchtete, dass die Gegner ihm später an Cavallerie überlegen sein würden, ersuchte er den Erzherzog Albrecht um Verstärkung seiner Streitkräfte,*) und berief mittlerweile seine obersten Offiziere zusammen, um sich mit ihnen über die weiteren Operationen zu berathen. Der erste in diesem Kriegsrathe gemachte Vorschlag, dass man über den im Anzuge befindlichen Succurs herfallen und ihn niederwerfen solle, wurde abgelehnt, weil man über die Marschrichtung desselben keine sichere Nachrichten hatte und so beschäftigte man sich mit anderen Vorschlägen. Einige der Offiziere waren der Meinung, dass man sich Bacharachs bemächtigen, andere kühnere aber, dass man in Oppenheim eine starke Besatzung zurücklassen und gegen Heidelberg aufbrechen solle. Würde der Feind nachrücken, so müsste auch er in Worms eine starke Garnison zurücklassen und dadurch hofften sie ihm wieder überlegen zu sein. Spinola entschied sich weder für den einen noch den andern dieser Pläne, sondern berief einige Tage später einen zweiten Kriegsrath, in dem sich die Majorität gegen den Angriff auf Heidelberg erklärte, weil man über kein Brückenmateriale zur Uebersetzung des Neckar verfüge und wegen den Gefahren dieses Unter-

Sept. 1620

23. Sept. 1620

29. Sept. 1620

*) Ibarra, la guerra del Palatinado.

nehmens, so lange man nicht über die Marschrichtung des holländischen Succurses unterrichtet sei. Die Folge davon war, dass der General sich für den Angriff auf Bacharach entschied, und damit den Feldmarschall Cordova an der Spitze von 1800 Mann betraute; er selbst blieb mit den übrigen Truppen in Oppenheim, um von dort aus den Anmarsch der Holländer zu erwarten. Cordova gelangte ohne Schwierigkeit zu seinem Ziele, da die Einwohner von Bacharach sich ihm sogleich ergaben, welchem Beispiele am selben Tage auch Kaub nach kurzem Widerstande folgte. *)

30. Sept. 1620

1. Okt. 1621

Da mittlerweile die Nachricht in Oppenheim einlief, dass der für die Union bestimmte Succurs unter dem Commando des Prinzen Heinrich von Oranien an den Main gelangt sei und nun die Vereinigung mit den Unionstruppen zu bewerkstelligen suchen werde, so beschloss Spinola den Prinzen auf dem Marsche zu überfallen. Nachdem er in Oppenheim eine Besatzung zurückgelassen hatte, rückte er mit seinen übrigen Truppen an den Main, den er an einer Furth übersetzte, aber nun erfasste ihn die Angst, dass der Feind mittlerweile Oppenheim angreifen könnte, und so kehrte er schleunigst wieder zurück, so dass sich der Prinz von Oranien, der eine Stunde Wegs unterhalb Hanau den Main übersetzt hatte, ohne Schwierigkeit mit dem Unionsheer verbinden konnte. Er brachte demselben eine Verstärkung von ungefähr 2100 holländischen Reitern und 300 holländischen Musketieren zu, ferner das in England geworbene Regiment, das unter Vere's Commando stand und das wahrscheinlich nur 2000 Mann zählte, obwohl die Spanier dasselbe auf 3000 Mann schätzten.**)

4. Okt. 1620

1620

Am 12. Oktober erhielt Spinola aus Alzei die Nachricht, dass der Feind sich in der Nähe dieser Stadt gezeigt habe, und da er einen Angriff auf dieselbe befürchtete, so eilte er ihr am folgenden Tage an der Spitze von 11000 Mann zu Hilfe. In der That rückte der Feind von Worms mit seiner ganzen disponiblen Macht vor und beide Gegner trafen ziemlich nahe auf einander. Es heisst, dass der Markgraf von Anspach die

*) Ibarra, la guerra del Palatinado.

**) Sächs. StA. Zeitung ddo. 3./13. Okt. 1620.

Absicht gehabt habe, die Gegner von Oppenheim wegzulocken und sich dann auf diese Stadt zu stürzen, allein der Plan gelang nicht, da Spinola seine Stellung so gut genommen hatte, dass der Markgraf sich nicht einmal getraute ihn anzugreifen und es bei unbedeutenden Vorpostengefechten bewenden liess. *) Am 15. Oktober kehrten beide Armeen in ihre früheren Quartiere zurück. 1620

Hier erfuhr Spinola, dass die Gegner einen Angriff auf die in der Nähe von Simmern gelegene Stadt Kirchberg unternommen hätten und dass dieser glücklich abgeschlagen worden sei. Er zog darauf den ihm aus Flandern auf seine Bitte zu Hilfe geschickten Truppen entgegen, die sich auf 2500 Mann Fussvolk und 800 Reiter beliefen und verband sich mit ihnen am 26. Oktober, wodurch er den Gegnern wieder beträchtlich überlegen war. Trotzdem wagte er sich an kein grösseres Unternehmen, weder Kaiserslautern, noch Worms oder Frankenthal wollte er angreifen, bald war es die Nähe des Winters, bald die Schwierigkeit des Weges, die ihm alle diese Unternehmungen als zu gefährlich erscheinen liessen. Da er aber nicht unthätig bleiben wollte, so beschloss er die in seinem Rücken gelegenen, meist unbedeutenden und mit einer geringen Besatzung versehenen Orte anzugreifen und dadurch seine Verbindung mit Luxemburg zu erleichtern. Als er zu diesem Behufe gegen Lanzberg ziehen wollte, erfuhr er, dass die Unionsarmee sich auch auf den Marsch dahin begeben habe, um seine allfälligen Anschläge zu durchkreuzen. Statt nach Lanzberg zog er deshalb am 4. November nach Alzei, um dem Feinde im offenen Felde zu begegnen, aber auch diesmal liess es der Markgraf von Anspach nicht auf eine Schlacht ankommen, sondern zog sich wieder zurück. Spinola übertrug darauf dem Diego Mexia mit einer kleinen Heeresabtheilung die Aufgabe, die er früher selbst lösen wollte und die sich auf die Eroberung der am Naheflusse und am Hunsrück gelegenen Orte bezog. Diese Aufgabe wurde im Laufe des Monates grösstentheils gelöst, ein Ort nach dem andern ergab sich nach kürzerer

1620 (26. Oktober) — 1620 (4. November)

*) Sächs. StA. Aus Oppenheim dd. 5./15. Okt. 1620. — Ibarra a. a. O. — Theatrum Europaeum.

oder längerer Gegenwehr. Der Markgraf von Anspach störte diese Erfolge nicht, er fürchtete, dass sein Heer eine Schlappe erleiden könnte und verharrte deshalb in Unthätigkeit. Als 1620 ungefähr am 20. November die Nachricht von der Schlacht auf dem weissen Berge zur Kenntniss der spanischen Armee gelangte und von dieser mit Freudenfeuern begrüsst wurde, erregte diese Niederlage selbstverständlich die grösste Betrübniss bei den Unionsfürsten und steigerte die Aengstlichkeit ihres Anführers.

Da die Spanier des herannahenden Winters wegen an keine grössere Unternehmung mehr dachten, so kam es nur noch zu kleinen Gefechten und Ueberfällen, die am häufigsten mit einer Schlappe für die Union endeten. Die bedeutendste erlitt sie in dem eine Meile von Worms gelegenen Osthofen, wo es den Spaniern gelang die dortige Besatzung von ungefähr 400 Mann Fussvolk und einer Reitercompagnie zu überfallen und gefangen zu nehmen. Diesmal war es doppelt schimpflich, dass man aus dem nahegelegenen Worms den Angegriffenen nicht zu Hilfe kam, und die Spanier wussten sich dieses Zaudern nicht anders zu erklären, als dass die Anführer der Union Worms nicht verlassen wollten, weil sie den Bürgern nicht trauten und von ihnen aus der Stadt ausgeschlossen zu werden fürchteten. Es ist wahr, die Bürger waren des Krieges müde und wünschten ihrer Freunde ledig zu sein, aber mit verrätherischen Gesinnungen trugen sie sich nicht. — Nur der Oberst Obentraut verlor den Muth nicht und bethätigte denselben durch einige glücklich geführte Gefechte, so dass die Spanier nicht allein das Feld behaupteten. Zur Ausbeutung des eroberten Gebietes setzte Spinola eine Finanzkommission ein, welche die Contributionen vertheilen und einheben musste und wie hart sie dabei vorging, ergibt sich aus dem Geständnisse der Spanier, dass der grösste Theil ihres Heeres auf Kosten des Feindes verpflegt wurde.*) Gleichzeitig wurden Anstalten zur Verstärkung des Heeres getroffen, so dass man auf kaiserlicher Seite im Frühjahre über ungefähr 36000 Mann gebieten zu können hoffte.

Während der Krieg in der geschilderten Weise geführt wurde und immer grössere Nachtheile für die Union im Gefolge

*) Ibarra a. a. O. Theatrum Europaeum.

hatte, beschäftigten sich die Mitglieder derselben mit der Frage, 1620
ob sie an dem Bündniss mit dem Pfalzgrafen festhalten und was sie überhaupt den wachsenden Gefahren gegenüber thun sollten. Schon die Aufstellung dieser Frage, noch mehr aber die Art und Weise ihrer Erörterung zeigte, dass die Niederlage auf dem weissen Berge nicht bloss auf Böhmen, sondern auch auf Deutschland eine entscheidende Wirkung ausübte und dass die frühere Ueberhebung der pfälzischen Freunde dem Kleinmuthe Platz machte. Die Katholiken benützten diese Stimmung, indem sie die einzelnen Unionsglieder entweder durch Drohungen zu schrecken oder durch freundliche Worte zu gewinnen suchten und fanden hiebei unter den Protestanten selbst einen bemerkenswerthen Bundesgenossen an dem Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt. Dieser Fürst, der nie zur Union in nähere Beziehungen getreten war und sonach das Beispiel seines Vetters, des Landgrafen Moriz von Hessen-Kassel, nicht befolgt hatte, hatte gleich nach der Erhebung Ferdinands auf den deutschen Thron unverholen seine Sympathien für denselben an den Tag gelegt und dadurch nicht wenig dazu beigetragen, dass der Kurfürst von Sachsen seine Scheu vor einem Bündnisse mit dem Kaiser ablegte und den Konferenzen zu Mühlhausen beiwohnte, wo er sich mit der katholischen Liga verband. Um dieses Resultat vorzubereiten, war Ludwig im Winter 1619—20 nach Dresden und darauf nach Mainz gereist und hatte so die Verständigung zwischen Kursachsen und der kaiserlichen Partei angebahnt, die in Mühlhausen zum Abschluss kam. Er zog sich dadurch arge Vorwürfe von seinen Glaubensgenossen zu, auf die er stets die Antwort bereit hatte, dass es ihm um den Frieden in Deutschland zu thun sei, den er nicht durch den Ehrgeiz einiger Leute gefährden lassen wolle.*) Wahrscheinlicher Weise wollte er sich jedoch die Gunst des Kaisers sichern, auf dass dieser in dem Besitzstreite, in den er mit dem Landgrafen von Kassel verwickelt war, sich auf seine Seite stelle.

Nach dem Siege des Kaisers über den Pfalzgrafen nahm Ludwig seine Thätigkeit noch energischer auf, da ihn Ferdinand selbst hiezu aufforderte und ihn ersuchte, die Unions-

*) Die Nachweise hierüber im sächs. StA.

fürsten zum Preisgeben des Pfalzgrafen zu veranlassen und ihnen für diesen Fall Verzeihung anzubieten. Ludwig kam dem kaiserlichen Wunsche nach und reiste nach Worms, wo er mit dem Herzoge von Würtemberg und dem Markgrafen von Anspach zusammentraf und sie zu bereden suchte, dem Verlangen des Kaisers Folge zu leisten und nicht länger den Pfalzgrafen in seinem Widerstand zu unterstützen.*) Hätte er nicht bloss den Unionsfürsten sondern auch dem Pfalzgrafen Pardon angeboten, so hätte man sich bald verständigt, aber dazu war er nicht ermächtigt, ja er erklärte sogar, dass sich der Kaiser nicht mit der Wiedergewinnung des Entrissenen begnügen, sondern für den erlittenen Schaden einen Ersatz haben wolle. Mit diesen beschränkten Anerbietungen, die nur die Unionsfürsten aber nicht den Pfalzgrafen sichern sollten, wollten sich diese nicht begnügen. Das deutsche Reich, so übel seine Verfassung war, hatte doch allen weltlichen Reichsständen die Sicherheit ihres Besitzes trotz zahlreicher Fehden gewährleistet: die Unionsfürsten hielten es deshalb nicht für möglich, dass man den Pfalzgrafen in demselben angreifen könnte und lehnten es ab, ihn preiszugeben. Sie waren nur erbötig, sich mit ihrem Kriegsvolk ruhig zu verhalten, wenn sich Spinola aus der Pfalz zurückziehen würde; dann wollten sie auch dazu beitragen, dass der Pfalzgraf auf Böhmen Verzicht leiste und sich mit dem Seinigen begnüge.**) Indem sie dem letzteren von diesen Verhandlungen Nachricht gaben, rieten sie ihm zur Abtretung der böhmischen Krone, weil er — ihrer Meinung nach — dadurch die Pfalz gegen weitere Angriffe schützen würde. — Ludwig benachrichtigte den Kaiser von dem Misserfolge seiner Mission, riet ihm die Union wenigstens theilweise zu schwächen und zu diesem Zwecke an die Reichsstädte zu schreiben, sie zum Aufgeben des Bündnisses und zur Nichtzahlung weiterer Beiträge aufzufordern und ihnen dafür volle Verzeihung und die Bewahrung vor jeglicher Einquartierung zuzusichern. Der Kaiser kam diesem Rathe

*) Münchner StA. Der Landgraf von Darmstadt an die Unionsfürsten dd. 10./20. Dec. 1620.

**) Münchner StA. Antwort des Herzogs von Würtemberg und des Markgrafen von Baden dd. 14./24. Dec. 1620. — Ebend. Dieselben an Friedrich dd. 15./25. Dec. 1620.

nach und schrieb an die Städte Nürnberg, Ulm und Strassburg.*)

Auf pfälzischer Seite wechselte um diese Zeit die Stimmung, kühne Pläne und verzweifelte Besorgniss reichten einander die Hände. Einer der Freunde des Pfalzgrafen riet, dass man vor der Gefahr nicht zurückscheue und sich in keine Verhandlungen einlasse, man solle Holland zu grösserer Anspannung seiner Kräfte vermögen, Westfalen mit Krieg überziehen, um Spinola aus der Pfalz zu treiben, Dänemark zur Aufstellung einer Armee von 30—40000 Mann bereden und zu diesem Bündniss auch Brandenburg, Braunschweig und andere Fürsten heranziehen. Der Planmacher war überzeugt, dass man nicht bloss den Kurfürsten von Sachsen und den Herzog von Baiern zum Rückzuge nöthigen, sondern dass man sich auch des ganzen Donaustromes von Regensburg bis Wien bemächtigen und den Kaiser aus seinen Besitzungen verjagen werde.**) Die Mehrzahl der urtheilsfähigen Leute theilte jedoch diese Hoffnungen nicht, statt auf eine Erweiterung des Bündnisses zu hoffen, fürchteten sie den Zusammenbruch desselben. Der Geheimrath Plessen war schon vor Erlass der kaiserlichen Schreiben an die Reichsstädte überzeugt, dass diese aus der Union austreten würden. Der pfälzische Kanzler von der Grün, einer der tüchtigsten Beamten, ging in seinen Befürchtungen noch weiter und schrieb an seinen Herrn, dass weder auf die Union, noch auf die Einwohner der Pfalz ein sicherer Verlass sei.***) Um wie viel mehr wären die Besorgnisse der pfälzischen Räthe gestiegen, wenn sie die Zuversicht gekannt hätten, die die wiener Kreise beherrschte, wie man dort erörterte, auf welche Art man den Sieg in Deutschland ausbeuten könnte

*) Sächs. StA. Ludwig von Hessen-Darmstadt an Ferdinand dd. 28. Dec. 1620 / 7. Jan. 1621. — Ebend. Ferd. an Nürnberg und Ulm dd. 21. Jan. — Ebend. Ferd. an Strassburg dd. 23. Jän. 1621.

**) Gutachten und Rathschlag, wie dem Pfalzgrafen Friedrich zu helfen. Druck dd. 17./27. Jan. 1621. Münch. Hofbibliothek. Coll. Camerariana. Plessen an Solms dd. 11./21. Jan. 1621.

***) Münchner Hofbibl. Collectio Camerariana. Von der Grün an Solms dd. 19./29. Jan. 1621.

und sich hiebei zu der Drohung verstieg, dass man die geistlichen Güter für die Kirche zurückfordern, dem Katholicismus zur Herrschaft verhelfen und die deutschen Fürsten zur Zahlung einer Reichssteuer für den Kaiser verhalten werde. Es waren das Ziele, denen man in den folgenden Jahren beharrlich nachstrebte, für deren Durchsetzung aber weder die Siege Tilly's über Dänemark, noch die Gewaltthaten Waldsteins ausreichten, dem wiener Publicum — nicht den Staatsmännern — schien aber schon jetzt alles erreichbar. Ein Agent, den der Herzog von Würtemberg an den kaiserlichen Hof geschickt hatte, um zu sehen, ob nicht ein Ausgleich herbeizuführen sei, schrieb unter dem Eindrucke der Gespräche, die er in der Stadt gehört hatte, es bleibe nichts anderes übrig, als sich Frankreich in die Arme zu werfen, wenn man sich vor dem Verderben retten wolle.*)

Zur Berathung über die weiteren Schritte war mittlerweile die Abhaltung eines Unionstages beschlossen worden. Dieser von der heidelberger Regierung mit Bangen erwartete und doch auch herbeigesehnte Tag trat am 7. Februar in Heilbronn zusammen.**) Schon die geringe Anzahl der Theilnehmer zeigte, wie gerechtfertigt die Befürchtungen waren, denn obwohl man alle Mitglieder dringend geladen hatte, waren nur der Herzog von Zweibrücken als Vertreter des Pfalzgrafen nebst einigen pfälzischen Räthen, der Markgraf von Anspach, der Herzog von Würtemberg und der Markgraf von Baden persönlich erschienen, ausserdem waren nur fünf Reichsstädte und drei Fürstengeschlechter vertreten. Von den Abwesenden waren Entschuldigungsschreiben eingelaufen, worin sie ihr Ausbleiben mit der Sorge vor den siegreichen Waffen der Katholiken rechtfertigten***)

1621

*) Collectio Camerariana. Clasquin an Buwinkhausen dd. Haimburg 7. Febr. 1621.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{\text{20. Feb.}}{\text{2. März}}$ 1621.

***) Aus den Akten des münchner Staatsarchivs ist ersichtlich, dass ihr Nichterscheinen entschuldigten: die schwäbische Reichsritterschaft, die Ritterschaft im Elsass, die fränkischen Herren und Grafen, die Städte Nördlingen, Kempten, Esslingen, Weissenburg, Regensburg, Lindau, Colmar, Memmingen, und von den eingeladenen ausserhalb der Union

und diejenigen, die erschienen waren, wollten dies Beispiel zum Theil auch befolgen und sich entfernen. Gleich die ersten Berathungen zeigten die Kluft, die sich zwischen den fürstlichen Mitgliedern der Union und den Reichsstädten gebildet hatte. Die letzteren machten kein Hehl daraus, dass sie aus dem Bunde austreten wollten, sie lehnten alle weiteren Zahlungen ab und wollten nichts mehr von gemeinschaftlichen Schritten, ja nicht einmal von einer gemeinsamen Erklärung wissen.*) Bei dieser Haltung der Städte ist es natürlich, dass die Fürsten dieselben von den entscheidenden Berathungen ausschlossen und für sich allein berieten. In einer Sitzung am 16. Februar, an der sich die Herzoge von Zweibrücken und Würtemberg und die Markgrafen von Anspach und Baden betheiligten, einigte man sich über die einzuschlagende Politik und beschloss, dem Pfalzgrafen die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anzurathen und zur Anbahnung eines Ausgleichs mit dem Kaiser eine Gesandtschaft nach Wien zu schicken. Nur wenn der Pfalzgraf trotzdem den Frieden nicht erlangen könnte, wollte man ihn weiter vertheidigen und zu diesem Behufe England, Holland und Dänemark um die nöthige Geldhilfe ersuchen. Der Markgraf von Baden widersetzte sich diesen nach seiner Ansicht kleinmüthigen Beschlüssen und verlangte, dass man für alle Fälle in den Rüstungen fortfahre und den Krieg weiterführe, denn nur so glaubte er die protestantischen und fürstlichen Interessen sichern zu können.**) Sein Vorschlag fand jedoch bei den übrigen Fürsten keinen Anklang und so wurde schon am folgenden Tage ein Schreiben an den Kaiser entworfen, in welchem ihm

1621

stehenden Städten auch Lübeck und Frankfurt. Erschienen waren nur die Vertreter der Städte Nürnberg, Ulm, Worms, Heilbronn und Speier. Von Strassburg war auch Niemand erschienen, doch hatte diese Stadt den Syndicus von Heilbronn mit ihrer Vertretung betraut. Die betreffenden Akten im münchner StA. und im dresdner, wo ein Brief Lebzelters dd. 5./15. Feb. 1621 Aufschlüsse gibt.

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{\text{20. Feb.}}{\text{2. März}}$ 1620.

**) Münchner StA. Protokoll der Unionssitzungen zu Heilbronn.

angezeigt wurde, dass der Unionstag eine Gesandtschaft an ihn abschicken wolle.*) Zu gleicher Zeit beschloss man die Absendung eines Boten an den Landgrafen Ludwig von Darmstadt, um durch dessen Vermittlung einen Waffenstillstand mit Spinola abzuschliessen und so für die Verhandlungen die nöthige Zeit zu gewinnen,**) man einigte sich auch über die Verlegung eines Theils der Truppen in andere Gebiete, da in der Unterpfalz der nöthige Proviant nicht mehr aufzutreiben war. Den Kurfürsten von Sachsen ersuchte man um seine guten Dienste bei dem Kaiser, aber Johann Georg weigerte sich einen Gesandten nach Wien zu schicken, so lange der Pfalzgraf nicht auf die Krone von Böhmen verzichtet, sich dem Kaiser nicht unterworfen und ihn nicht um Verzeihung gebeten habe.***)

Indem die Union durch diese Beschlüsse ihrer Besorgniss vor den kaiserlichen Waffen Rechnung trug, versäumte sie doch auch nicht, einige Vorsorge für den Kriegsfall zu treffen und berücksichtigte dadurch nicht bloss die Vorstellungen der pfälzischen Räthe, sondern auch die energischen Mahnungen des holländischen Gesandten Brederode, der in Heilbronn erschienen war und nichts von Nachgiebigkeit wissen wollte.†) Man beschloss die Einzahlung von zwanzig Römermonaten, auf die allerdings nur bei den höheren Ständen zu rechnen war, da die Reichsstädte keine weitere Zahlung leisten wollten: Strassburg erklärte dies in kategorischer Weise. Die Finanzen der Union befanden sich in grosser Zerrüttung; man schuldete den einzelnen Regimentern einen sechs bis siebenmonatlichen Sold, die Soldrückstände beliefen sich bereits auf drei Millionen Gulden. Dazu kamen die uns nicht näher bekannten aber noch zu leistenden Zahlungen für die Artillerie, das Kriegscommissariat

*) Münchner StA. Die Union an Ferd. II dd. 7./17. Feb. 1621. Antwort des Kaisers dd. 3. März 1621.

**) Sächs. StA. Memorial für den Grafen Friedrich zu Solms zu seiner Gesandtschaft bei Ludwig von Darmstadt dd. 8./18. Febr. 1621.

***) Sächs. StA. Die Fürsten der Union an Kursachsen dd. 17./27. Feb. 1621. — Ebend. Kursachsen an die Fürsten der Union dd. 7./17. April 1621.

†) Münchner StA. Brederode an die Union dd. $\frac{\text{22. Feb.}}{\text{4. März}}$ 1621.

und den Obergeneral.*) Da der Oberst von Obentraut nicht länger auf die Bezahlung des seinem Regiment schuldigen Soldes warten wollte, so drohte dem Heere der Union dieselbe Zerrüttung, unter der das böhmische zu Grunde gegangen war, wenn man nicht bei Zeiten für Geld sorgte.**) Auswärtige Hilfe war dringend geboten und die Union wandte sich deshalb mit einem entsprechenden Gesuche an England und Holland.

Bezüglich Hollands wissen wir aus den Versprechungen, die dem Grafen Mansfeld zugekommen waren, so wie aus dem Antrag, den Brederode in Heilbronn stellte, dass es nicht vom Kampfplatz abtreten wollte und demnach zur Unterstützung des Pfalzgrafen bereit war. Auch der Prinz Moritz von Oranien hatte zu Anfang Januar dem Obersten Frenk von den Verhandlungen mit Buquoy abgerathen und ihm die Zahlung des Soldes,***) sowohl für die Vergangenheit, wie für die Zukunft verheissen. An Versprechungen und Mahnungen liessen es also die Generalstaaten nicht fehlen und so ist es natürlich, wenn die Unionsfürsten sich mit ihrem Hilfsgesuche zuerst an sie wandten und sie um ihre Vermittlung bei Ludwig XIII baten, damit dieser als „Rächer der deutschen Freiheit“ aufstehe und dem Treiben des Kaisers nicht länger ruhig zusehe, und wenn sie dieselben um die weitere Zusendung von 6000 Mann auf so lange ersuchten, bis der König von England sie in ausreichender Weise unterstützt haben würde.†) 1621

Ehe wir auf das Gesuch übergehen, das die Union an König Jakob richtete, müssen wir zunächst über die Haltung

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. $\frac{\text{20. Febr.}}{\text{2. März}}$ 1621. — Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{\text{19. Febr.}}{\text{1. März}}$ 1621. — Münchner StA. Pastoir an von der Grün dd. $\frac{\text{25. Febr.}}{\text{7. März}}$ 1621.

**) Münchner StA. Christoph von der Grün an Karl Pawel dd. 1./11. März 1621.

***) Münchner StA. Der Prinz Moritz von Oranien dd. 3./13. Januar 1621.

†) Münchner StA. Die Unionsfürsten an die Generalstaaten dd. $\frac{\text{24. Feber}}{\text{6. März}}$ 1621. Sie schrieben, die Generalstaaten mögen bei dem König von Frankreich dahin wirken, dass er als „vindex libertatis germanicae“ auftrete.

dieses Königs nach der Schlacht auf dem weissen Berge Bericht erstatten.

II

1620 Die Nachricht von dieser Niederlage kam am 24. November nach London, fand aber vorerst keinen rechten Glauben, da sie nicht durch directe Briefe von den zunächst betheiligten Personen bestätigt wurde. Als sich aber die Hiobsposten in den folgenden Tagen häuften und kein Zweifel mehr möglich war, zeigte sich Jakob wie niedergeschmettert, bis er zuletzt seinem Zorn mit der Erklärung Luft machte, dass er diese Niederlage schon lange erwartet habe. Anders Prinz Karl, der sich seinem Schmerz völlig hingab, durch zwei Tage sich in seinem Gemache einschloss und mit Niemandem verkehren wollte.*) Im December 1620 langte endlich auch ein Brief von Conway an, in dem er über die Vorgänge in Prag nach der Schlacht und über die Flucht Friedrichs Bericht erstattete. Friedrich selbst scheint sich vorläufig dieser Mühe überhoben zu haben, aber sein Vetter und Stellvertreter, der Herzog von Zweibrücken, sandte von Heidelberg aus gleichfalls einen Bericht über die Niederlage nach London und fügte in seinem Schreiben die dringende Mahnung hinzu, dass der König mit allen verfügbaren Mitteln die Sache seines Schwiegersohnes unterstützen und zum mindesten die Summe von 25000 Pfund vorstrecken solle, zugleich möge er seinen Einfluss bei dem Könige von Dänemark aufbieten, um diesen zu bewegen, mit dem niedersächsischen Kreise und den Hansestädten für Friedrich zum Schwerte zu greifen.**)

Da der wahrscheinlich gleichzeitig angelangte Brief Conway's die Niederlage in ihrer ganzen Grösse schilderte, so wurden diesmal die Bitten des Herzogs von Zweibrücken nicht einfach 1620 bei Seite gelegt, sondern schon am 12. December von einem der königlichen Secretäre, Williams, beantwortet. Dieser theilte

*) Gardiner, The Spanish marriage I, 387.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Achatz von Dohna dd. 18./28. Dec. 1620.

ihm mit, dass der König sich zur Contrahirung eines Anlehens von 30000 Pfund entschlossen habe, das Geld mittelst Wechsel nach Strassburg abschicke und einen Gesandten in der Person des Ritters Morton an die Union abordne der sie seiner Unterstützung versichern werde. *) Die Hoffnung, dass der König seine bisherige schlaffe Haltung aufgeben und sich dem Angriffe gegen die Pfalz mit aller seiner Macht widersetzen wolle, musste jedenfalls durch ein Schreiben erhöht werden, das er wenige Tage später an die Union richtete. Nichts von Vorwürfen oder ähnlichen Bemerkungen war darin zu lesen; Jakob lobte die Fürsten für ihre bisherige Ausdauer und berichtete, dass er das Parlament berufen habe, um sich die nöthigen Mittel für den allfälligen Kampf zu verschaffen. Er wolle zwar noch immer den Streit auf friedlichem Wege zu schlichten suchen, aber dessen könnten die Fürsten gewiss sein, dass seine ganze Bemühung und all' sein Thun und Lassen auf die Vertheidigung der Pfalz und auf die Zurückweisung der Angreifer gerichtet sei und dass er dabei weder Gut noch Blut schonen werde. Aus diesem Grunde schicke er auch der Union durch den Ritter Morton 200000 Gulden. **) Jakob machte aus dieser Hilfe kein Hehl, er wollte, dass man den spanischen Gesandten hievon verständige, damit alle Welt wisse, dass er das Erbtheil seiner Enkel vertheidigen werde. ***) Selbst Achatz von Dohna war von dem Umschwung in Jakobs Ansichten überzeugt und machte sich Hoffnung, dass der König sich an Dänemark wenden und Christian IV zum Bündnisse mit dem Pfalzgrafen und zu einem zweiten Anlehen im Betrage von 50000 Pfund aneifern werde. †) In der That verhandelte man zu Ende des Jahres in England über die Absendung eines Gesandten nach Kopenhagen und

1620

*) Münchner StA. Williams an den Herzog von Zweibrücken dd. 2./12. Dec. 1620.

**) Münchner StA. Jakob an die Unionsfürsten dd. 12./22. Decemb. 1620. Jakob versprach d'employer le verd et le sec tant par voye de defense que d'invasion ou diversion pour recouvrer et conserver le pays patrimoniaux de nos petits enfans.

***) Engl. StA. Lord Digby an Albertus Morton.

†) Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. 15./25. Dec. 1620. — Ebenda derselbe an denselben dd. $\frac{\text{23. Dec. 1620.}}{\text{2. Jan. 1621.}}$

wählte den Ritter Anstruther zu dieser Mission. Nicht zufrieden damit sandte Jakob zu Anfang des folgenden Jahres eigene Schreiben an die Städte Strassburg, Ulm und Nürnberg und ermahnte sie zum Festhalten an der Union und ersuchte auch den Herzog von Savoyen, die Republik Venedig und den Herzog von Braunschweig um Unterstützung für den Pfalzgrafen.*) Es schien ein Feuereifer in ihm erwacht zu sein, denn er machte seinem Schwiegersohne die Hoffnung, dass er ihm eine Armee aus England zu Hilfe schicken werde, wenigstens erklärte er gegen einen der bei ihm beglaubigten Gesandten, dass er den Pfalzgrafen mit 20000 Mann unterstützen wolle und thatsächlich setzte er im Januar einen Kriegsrath zusammen, der ihm über die nöthigen Vorbereitungen Bericht erstatten sollte.**)

Von allen diesen Versprechungen erfüllte sich zunächst nur die bezüglich der Sendung Mortons, der in Heilbronn anlangte und daselbst die Wechsel für die in Strassburg angewiesenen 30000 Pfund erlegte. Von dieser Summe bestimmte er den dritten Theil zur Bezahlung der englischen unter Vere's Kommando stehenden Truppen,***) den Rest aber erlegte er zu Handen der Union. Als Morton von der Union in voller Sitzung empfangen wurde, wiederholte er die von seinem Könige bereits schriftlich ertheilte Versicherung, dass derselbe (Jakob) zwar auf die Herstellung des Friedens bedacht sei, aber mittlerweile die Union in der Vertheidigung der Pfalz mit allen Kräften zu Wasser und zu Lande unterstützen wolle und deshalb auch das Parlament berufen habe.†) Diese Ansprache

14. Febr. 1621

*) Münchner StA. Jakob an die Fürsten der Union dd. (?) Januar 1621. — Münchner Hofbibl. Coll. Camerar. Jakob an den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig dd. 8./18. Jan. 1621.

**) Münchner StA. Achatz von Dohna an Karl Pawel dd. $\frac{\text{29. Dec. 1620.}}{\text{8. Jan. 1621.}}$ Ebend. Jakob an den Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg dd. $\frac{\text{30. Dec. 1620.}}{\text{9. Jan. 1621.}}$ — Englisches StA. Robert Naunton an Carleton dd. 2./12. Jan. 1621.

***) Englisches StA. Vere an Carleton dd. $\frac{\text{29. Jan.}}{\text{8. Febr.}}$ 1621.

†) Münchner StA. Copia propositionis legati Anglici dd. 4./14. Febr. 1621.

Mortons mag dazu beigetragen haben, dass die Union wieder Muth schöpfte und nicht bloss auf die Verhandlungen mit dem Kaiser bedacht war, sondern dass sich die Fürsten — wie wir berichtet haben — neuerdings besteuerten und zum Behufe des weiteren Widerstandes mit neuen Bitten an Jakob wendeten. In ihrer Zuschrift behaupteten sie, dass ihr Heer auf 8000 Mann zusammengeschmolzen sei und verlangten deshalb von ihm die unverweilte Zahlung von weitern 30000 Pfund und fortan monatlich dieselbe Summe, ausserdem sollte er binnen vier Wochen 5000 Mann zu Fuss und 1000 Reiter nach der Pfalz schicken, Vorbereitungen zur Ausrüstung einer neuen Armee von 20000 Mann treffen und endlich sich bei Frankreich, Dänemark, Braunschweig und anderen Fürsten um eine Unterstützung der Interessen des Pfalzgrafen bemühen.*) Nach diesen Beschlüssen lösste sich der Unionstag auf.

Hätte Jakob seinem Schwiegersohn die gewünschte Hilfe ertheilen wollen, so würde es ihm in diesem Augenblicke nicht an Mitteln gefehlt haben. Am 9. Februar war das Parlament zusammengetreten und vom König in der Eröffnungsrede mit der Erklärung begrüsst worden, dass er zwar noch immer dem Pfalzgrafen auf dem Wege friedlicher Vereinbarung zu seinen Erbländern zu verhelfen hoffe, dass er aber diese Verhandlungen durch entsprechende Rüstungen stützen müsse und deshalb von dem Hause der Gemeinen das nöthige Geld verlange. Das Haus nahm die Mittheilung des Königs wohlwollend auf, bewilligte ihm einige Tage später die Summe von 200000 Pfund und zeigte sich zu weiteren Opfern erbötig.**) Der König konnte also thatsächlich der Union unter die Arme greifen und die 20000 Mann ausrüsten, von denen zu Anfang des Jahres die Rede war. Er schien auch damit nicht säumen zu wollen, denn Dohna erfuhr, dass der König 6000 Mann frischer Truppen habe anwerben lassen und die Werbung weiterer 8000 Mann vorbereite

1621

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. $\frac{\text{20. Feber}}{\text{2. März}}$ 1621. — Englisches StA. Extract aus dem Memoire über die Forderungen der Union. Febr. 1621. — Münchner StA. Memoire der Union.

**) Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. 16./26. Febr. 1621.

und dass er mit den Niederlanden bezüglich der Anwerbung von 12000 Mann unterhandle; gewiss ist, dass der Staatssekretär Calvert Mittheilungen und Weisungen dieser Art an den englischen Gesandten im Haag ergehen liess, ja er beauftragte sogar den Gesandten, dass er den Prinzen von Oranien zur Ausführung eines Handstreiches bewegen möge, dem zufolge er zwei am Rhein zwischen Coblenz und Bacharach gelegene Städte besetzen solle.*) Da sie dem Landgrafen von Hessen-Kassel gehörten, so glaubte Calvert, dass man seine Zustimmung ohne Schwierigkeit erlangen und durch die Besitznahme der rasch zu einer Festung umzugestaltenden Plätze den Verkehr am Rhein und so die Verproviantirung des spanischen Heeres stören könnte. Der Plan war nicht schlecht erdacht und gewiss wäre dem Pfalzgrafen geholfen worden, wenn alles zur Wahrheit geworden wäre, was man ihn jetzt von England hoffen liess. Carleton säumte nicht dem ihm gewordenen Auftrag nachzukommen und beriet sich zugleich mit dem Prinzen von Oranien, auf welchen Wegen eine Armee der Pfalz zu Hilfe ziehen könnte, ob über die Weser und dann auf dem weiten Landwege oder längs des Rheins von Holland aus; er glaubte aber nach manchem Für und Wider, dass es die beste Diversion für die Pfalz wäre, wenn man einen Angriff auf die spanischen Niederlande unternehmen würde, der zum Theil mit den in England geworbenen Truppen ausgeführt werden könnte.**)

Trotz aller dieser Versprechungen, Verhandlungen und Rüstungen war es dem Könige von England mit der Hilfe nicht Ernst, da er sich ununterbrochen mit der Hoffnung trug, dass es ihm gelingen werde, auf dem Wege friedlicher Vereinbarung mit den Habsburgern den Besitz seines Schwiegersohnes zu retten. Er hatte nur Angst, dass der letztere seine friedlichen Pläne durchkreuzen könnte und so schickte er den Bruder des

*) Englisches StA. Calvert an Carleton dd. 17./27. Febr. 1621. Calvert nennt nur den Namen einer dieser Städte und zwar Reinsfeld. — Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. $\frac{\text{23. Febr.}}{\text{5. März}}$ 1621.

**) Englisches StA. Carleton an Calvert dd. $\frac{\text{26. Feber}}{\text{8. März}}$ 1621.

Herzogs von Buckingham, Sir Edward Villiers, an ihn ab, und liess ihn ernstlich zur Ruhe mahnen, er selbst machte ihm in einem gleichzeitigen Briefe Vorwürfe, dass er auf die ihm von Conway und Weston vorgeschlagenen Verhandlungen nicht eingegangen sei und hartnäckig an der Behauptung Böhmens festgehalten habe. Wenn Friedrich auf Böhmen verzichten und sich bloss auf die Wiedergewinnung der Pfalz beschränken wolle, dann werde er ihn mit aller Kraft unterstützen und selbst sein eigenes Blut nicht schonen, sollte jedoch Friedrich seinen Rathschlägen nicht folgen, so bleibe ihm nichts anderes übrig, als ihn sich selbst zu überlassen und seine Kräfte für eine bessere Gelegenheit aufzusparen.*) Als Achatz von Dohna von dem Inhalt dieses Schreibens Kunde erhielt, drängte sich ihm die Ueberzeugung auf, dass es mit der oben geschilderten Bereitwilligkeit Jakobs seinem Schwiegersohne zu helfen, nicht weit her sei und dass er durch die Absendung Villiers nur Zeit gewinnen wolle, um seine Versprechungen nicht erfüllen zu müssen. Da er seinem Herrn die Verzichtleistung auf Böhmen ersparen wollte, so schrieb er an Jakob und bat, ihm keine solche Forderung zu stellen und von ihr nicht seine Hilfeleistung abhängig zu machen. Denn abgesehen davon, dass es dem Pfalzgrafen schwer sein würde, die Verpflichtungen, die er in Böhmen eingegangen sei, plötzlich abzuschneiden, so müsse sich Jakob auch erinnern, dass er selbst seine Zustimmung zu der Erwerbung der böhmischen Krone gegeben habe. Und nun zählte Dohna alle die Fälle auf, in denen der letztere ihm gegenüber eine freundliche Aeusserung für seinen Schwiegersohn gethan hatte. Er behauptete, dass der König ihm im vorigen Jahre bei einer Promenade in der Gallerie von Greenwich gesagt habe, er wolle bei dem von ihm angestrebten Ausgleich mit dem Kaiser den Pfalzgrafen im Besitze der Krone von Böhmen erhalten, dass er ein andersmal ausdrücklich die Verpflichtungen anerkannt habe, in die Friedrich zu den Ständen von Böhmen getreten sei und dass er bei Gelegenheit des Ausbruches des böhmischen Aufstandes erklärt habe, dass, wenn die Stände von Böhmen nach dem Tode des Kaisers Mathias seinen Schwiegersohn zum

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 2./12. und 9./19. Jan. 1621.

König wählte, er denselben in der Behauptung der Krone unterstützen würde. In solcher Schärfe war bisher nie die Beschuldigung erhoben worden, dass Jakob seine Versprechungen gegen Friedrich gebrochen habe, wie dies Dohna jetzt that.*) Thatsächlich war diese Beschuldigung falsch. Wohl hatte Jakob in den von Dohna angeführten Fällen sich bezüglich der Erhebung des Pfalzgrafen in freundlicher Weise geäussert, aber er wollte sich durch diese Aeusserungen nicht binden, sondern den lästigen Bittsteller und Mahner los werden. Denn in allen Briefen, die er an seinen Schwiegersohn richtete, und in allen Actenstücken, die er ihm zustellen liess, führte er eine warnende Sprache, mahnte ihn zu einem Ausgleich mit dem Kaiser und lehnte jede directe Unterstützung ab. Das war jedenfalls eine mehr zu berücksichtigende Sprache, als die gelegenheitlichen Meinungsäusserungen, die ihm Dohna jetzt zur Last legte. Wenn Dohna den König einer schwächlichen Haltung anklagte, so hatte er unbedingt Recht, aber ihn mit dem Vorwurfe zu belasten, dass er den Pfalzgrafen zur Annahme der böhmischen Krone verlockt und dann in diesem Unternehmen verlassen habe, das hiess der Wahrheit ins Gesicht schlagen.

Ohne Rücksicht auf die von Dohna erhobenen Vorwürfe und die damit verbundenen Rathschläge richtete Jakob an die Unionsfürsten ein Schreiben, worin er ausdrücklich seine Hilfeleistung davon abhängig machte, dass Friedrich auf seine Rathschläge höre (also auf die böhmische Krone verzichte). Dohna bemühte sich eine andere Stilisirung in dem Sinne zu veranlassen, dass der König seine Hilfe unbedingt zusagen solle, aber Jakob blieb bei seinem Entschlusse.**) In seinem Zorn über den lästigen Bittsteller und eigenthümlichen Deuter seiner Worte verlangte er von ihm einen Widerruf aller Anschuldigungen. Dohna wurde vor einige Mitglieder des Geheimrathes, vor die Grafen von Pembroke und Arundel und die Staats-

*) Münchner StA. Memoire Achatz von Dohna für Jakob dd. 8./18. Jan. 1621.

**) Münchner StA. Jakob an die Unionsfürsten, das ursprüngliche und das geänderte Schreiben dd. 20./30. Jan. 1621. — Ebend. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. 20./30. Jan. 1621.

sekretäre Calvert und Cranfield vorgerufen und durch Calvert befragt, ob er über die Seiner Majestät gemachten Vorwürfe (und die ihm mittlerweile zu Theil gewordene Erwiderung) reiflich nachgedacht und seinen Irrthum eingesehen habe. Da sich der Gesandte in Bezug auf die von Jakob bei Lebzeiten des Kaisers Mathias abgegebene Erklärung auf den Bericht seines Bruders Christoph berief, brach man die Debatte darüber mit der Bemerkung ab, dass sich der König deshalb an diesen halten werde. Als man nun von Achatz verlangte, dass er die beiden andern Beschuldigungen (dass Jakob gesagt habe: er wolle nicht, dass sein Schwiegersohn die Krone verliere und dass er die böhmischen Stände verrathe) zurücknehme, weil er die Worte des Königs angeblich nicht richtig verstanden habe, wollte der Gesandte nichts davon wissen und erklärte, dass er den König nicht missverstanden habe. Zuletzt machte man ihm auch deshalb Vorwürfe, dass er die Unterstützung der Union bei der Vertheidigung der Pfalz bedingungslos verlange, während die Versprechungen Jakobs stets an eine Bedingung geknüpft gewesen seien. Auch hier widersprach Dohna und berief sich auf eine Erklärung, die Jakob im vergangenen Sommer zu Hamptoncourt gemacht und worin er der Union Hilfe bei der Vertheidigung der Pfalz versprochen und dieses Versprechen an keine andere Bedingung geknüpft habe, als die, dass man ihm zu den nöthigen Kriegsvorbereitungen Zeit lasse, nie und nimmer habe er aber die Bedingung gestellt, dass Friedrich seinen Rathschlägen Folge leisten müsse. Man antwortete ihm, dass Jakob seinem Schwiegersohn im vorigen Jahr von dieser Bedingung verständigt habe, allein die Giltigkeit dieser Einwendung wollte Dohna nicht gelten lassen, weil der Union diese Bedingung nicht mitgetheilt worden sei und sie deshalb volles Recht habe, Jakob um seine bedingungslose Unterstützung zu ersuchen. Nachdem man sich so durch längere Zeit gestritten hatte, ohne zu einer Einigung zu gelangen, machte Calvert den Vorschlag, Dohna solle dem Könige einen Brief schreiben und erklären, dass er seine Vorwürfe zurücknehme und sich eines bessern belehrt habe. Da sich der Gesandte weigerte diesem Vorschlag nachzukommen, wollte man

sich mit einem mündlichen Widerruf begnügen, und als er auch dies ablehnte, schloss man die Conferenz.*)

Als man dem Könige über den Verlauf derselben Bericht erstattete, wollte er den Gesandten nicht länger an seinem Hofe dulden. Er lehnte in einem an seinen Schwiegersohn gerichteten Briefe alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entschieden ab, namentlich stellte er in Abrede, dass er je das Versprechen gegeben habe, er wolle ihn in dem Falle unterstützen, wenn ihn die Stände von Böhmen nach dem Tode des Kaisers Mathias zum Könige wählen würden. Alles, was er hierüber mit Christoph von Dohna gesprochen, sei in Form einer Unterhaltung geschehen und seine Worte hätten mehr abmahnend als aneifernd gelautet. Die Anschuldigung, dass er die Annahme der böhmischen Wahl gutgeheissen habe, wies er von sich und erinnerte seinen Schwiegersohn daran, dass er die Wahl schon angenommen, bevor er (Jakob) seine Meinung kundgeben konnte, wodurch er allerdings die Beschuldigung in schlagender Weise widerlegte. Dass er bei Gelegenheit der Reise der französischen Gesandten nach Deutschland gesagt habe „er wolle nicht, dass sein Schwiegersohn die Krone verliere und die böhmischen Stände verrathe", gab er zu, erklärte aber, dass er diese Bemerkung nur gesprächsweise gethan und nur von einer Krone überhaupt und nicht von der böhmischen speciell gesprochen habe, weil er glaubte, dass die französischen Gesandten wirklich einen Frieden vermitteln wollten. Bezüglich der von Dohna verlangten bedingungslosen Unterstützung der Union erklärte er, er habe allerdings gegen die Union nicht die offene Sprache, wie gegen Friedrich geführt, und die Bedingungen, unter denen er sie unterstützen wolle, nur angedeutet, aber dies habe er nur aus Rücksicht für seinen Schwiegersohn gethan, um ihm die Hilfe der Union zu sichern. Zum Schlusse dieses langen Rechtfertigungsschreibens verlangte Jakob, dass Friedrich den Achatz von Dohna abberufen und einen

*) Münchner StA. Achatz von Dohna an den Herzog von Zweibrücken dd. $\frac{26.\ \text{Jan.}}{5.\ \text{Febr.}}$ 1621.

anderen Mann mit der Vertretung seiner Interessen betrauen solle.*)

Da Jakob auch erfuhr, dass Friedrich aus Breslau nach Norddeutschland gereist war, fürchtete er, es könnte ihm einfallen, nach England zu kommen und durch seine Ankunft ihm tausend Verlegenheiten zu bereiten. Aus diesem Grunde schickte er an Carleton in Haag schleunig die Weisung, er solle seinen Schwiegersohn unbedingt von der Reise nach England zurückhalten und zur Heimkehr in die Pfalz mahnen; in seinem angestammten, nun von den Feinden angegriffenem Erbe sei allein sein rechter Platz.**) Der Gesandte solle zu gleicher Zeit von dem Pfalzgrafen, sobald er nach dem Haag kommen werde, alle schlechten Einflüsse fern zu halten und ihn in der Unterwürfigkeit unter die Weisungen Jakobs zu bestärken suchen.***) Einige Tage später fiel dem Könige ein, dass vielleicht seine Tochter nach England kommen könnte und nun trug er dem Gesandten im Haag auf, auch diese von der allenfalls beabsichtigten Reise um jeden Preis zurückzuhalten, weil er mit Grund fürchtete, dass ihr Erscheinen in London das Mitleid mit ihr steigern und alle seine vorsichtigen Massnahmen über den Haufen werfen würde.†) Dass bei diesem von dem König mit einer gewissen Absichtlichkeit herbeigeführten Zerwürfnisse seine Hilfsbereitwilligkeit täglich abnahm, ist begreiflich. Von Rüstungen wurde in England nur gesprochen, aber thatsächlich nichts gethan. Noch während das Parlament tagte, fasste Jakob den Entschluss den Lord Digby zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen nach Brüssel und Wien zu schicken, er sollte vor allem einen Waffenstillstand zuwege bringen und so weitere Rüstungen unnöthig machen.††) Von seinem Gesandtschaftsprojekt gab er den Unionsfürsten Kunde und versprach ihnen, dass er es nicht bloss versuchen werde seinen Schwiegersohn

15. März 1621

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{\text{26. Jan.}}{\text{5. Febr.}}$ 1621.

**) Englisches StA. Jakob an Carleton dd. $\frac{\text{25. Jan.}}{\text{4. Febr.}}$ 1621.

***) Englisches StA. Calvert an Carleton dd. 1./11. März 1621.

†) Engl. StA. Jakob an Calvert dd. 13./23. März 1621.

††) Ebend. Derselbe an denselben dd. 2./12. März 1621.

mit dem Kaiser auszusöhnen, sondern auch ein freundliches Verhältniss zwischen ihnen und dem letztern herbeizuführen. Er erwartete, dass die Union mit dem von Digby anzubahnenden Waffenstillstand einverstanden sein werde und bat sie ihre Meinung darüber seinem Gesandten mitzutheilen. Von seinem Schwiegersohn glaubte er eine gleiche Nachgiebigkeit voraussetzen zu dürfen; sollte dieser jedoch die Waffen nicht ruhen lassen wollen, so würde er ihn seinem Schicksal überlassen. Am selben Tage schrieb Jakob auch an den Marques von Spinola und ersuchte ihn, er möchte das Friedenswerk unterstützen und so weit es an ihm liege, auf den Abschluss des Waffenstillstandes einwirken.*) Mehrere Tage vor dem hatte er auch dem Erzherzog Albrecht Anzeige von der Absendung Lord Digby's gemacht.**)

Diesen auf die friedliche Beilegung des Streites gerichteten Bemühungen Jakobs trat nicht nur Achatz von Dohna von Zeit zu Zeit entgegen, sondern auch der Prinz von Oranien und die Generalstaaten, die sich der Sache des Pfalzgrafen um so eifriger annahmen, je schlimmer es mit ihr stand. Die Generalstaaten schickten eine besondere Gesandtschaft an Jakob, die er Anfangs gar nicht vorlassen wollte, weil er ihre Forderungen vermuthete. Als er dennoch nicht umhin konnte die Boten zu empfangen, berichteten sie ihm, dass man im Haag entschlossen sei, den Waffenstillstand mit Spanien zu kündigen und zum offenen Krieg überzugehen und deshalb wissen wolle, ob man an England einen so treuen Bundesgenossen, wie zu Elisabeths Zeiten finden werde. Würde das der Fall sein, so seien die Generalstaaten bereit, treu an der Seite des Königs und seines Nachfolgers auszuharren und nicht bloss für die Vertheidigung der Pfalz, sondern auch für die Wiedereinsetzung Friedrichs in den Besitz von Böhmen Sorge zu tragen.***) Diese Mahnungen fruchteten jedoch nichts, da Jakob entschlossen war von seinem abermaligen Vermittlungsgeschäft nicht abzulassen.

*) Münchner StA. Jakob an die Unionfürsten dd. 5./15. März 1621. — Ebend. Jakob an Spinola dd. 5./15. März 1621.

**) Englisches StA. Jakob an Erzh. Albrecht. Conzept ohne genaues Datum.

***) Harl. Mss. John Mead an Martin Stuteville dd. 10./20. Febr. 1621.

III

Aus diesen Mittheilungen über Jakob und über die Beschlüsse des heilbronner Unionstages ersieht man, dass beide Parteien einig darin waren, dem Pfalzgrafen die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anzurathen und ihm ihre Hilfe nur für die Vertheidigung der Pfalz angedeihen zu lassen. Beachtete Friedrich diese Rathschläge in der Weise, wie sie es verdienten, nahm er sich die eben in Wien (am 29. Januar 1621) über ihn verhängte Acht zu Herzen oder konnte er sich den kurzen Königstraum nicht aus dem Sinne schlagen? Und andererseits war der Kaiser erbötig, ihm, wenn er sich demütigte, seinen Besitz und seine Würde ganz oder theilweise zuzuerkennen? Keiner der Gegner gab auf diese Fragen eine aufrichtige und klare Antwort, jeder flüchtete sich hinter Vorbehalte und wechselte seine Erklärungen je nach dem Stande der Dinge auf dem Kriegsschauplatze. Die Absicht beider war aber nur auf ihren gegenseitigen Ruin und nicht auf die Herstellung des alten Besitzstandes gerichtet und die folgenden Ereignisse liefern den sattsamsten Beweis dafür. — Friedrich war gegen Ende December von Breslau abgereist und zwar in Begleitung des böhmischen Kanzlers von Ruppa, des Oberstburggrafen Berka von Duba und einiger andern seiner böhmischen Anhänger, die ihn bis Frankfurt an der Oder geleiteten und sich da von ihm verabschiedeten. Dass es bei diesem Abschiede nicht ohne laute Tröstungen und stille Vorwürfe und Beschuldigungen abging, ist selbstverständlich, jedenfalls freute sich Friedrich, dass er vorläufig Ruhe fand und nicht durch seine Umgebung immer aufs neue zur Thätigkeit angespornt wurde. Vor der Trennung empfahl er seine Begleiter dem Kurfürsten von Brandenburg, Georg Wilhelm, der jedoch auf diese Empfehlung nichts gab, die Flüchtlinge aus seinem Lande verwies und nur ihren Frauen und Kindern den Aufenthalt gestattete,*) weil er fürchtete, dass man die Aufnahme der Flüchtlinge zu einem Angriffe gegen ihn benützen und ihn in der Mark überfallen könnte. Die kaiserlichen Rüstungen waren zu mangelhaft, als dass man in Wien

1620

*) Die betreffenden Weisungen im berliner StA.

an eine Erweiterung des Kampfes hätte denken können, aber so ganz unbegründet waren die Besorgnisse des Kurfürsten doch nicht, denn einer der wiener Rathgeber, der Graf Althan, riet dem Kaiser den Krieg gegen ihn zu eröffnen und mit dieser Aufgabe den Kurfürsten von Sachsen zu betrauen.*) Althan hatte es zur selben Zeit bei dem Könige von Polen zu verhindern gewusst, dass dieser den Markgrafen von Brandenburg mit Preussen belehnte und die Angelegenheit auf den künftigen Reichstag verschob. Wenn der Markgraf der Kur verlustig ging, büsste er auch das Herzogthum ein und man wäre dann des Kalviners los und ledig geworden.

Friedrich reiste mittlerweile nach Küstrin, wo er mit seiner 1621 Frau zusammentraf, die daselbst am 16. Januar mit einem Sohne niederkam. Die Taufe fand diesmal ohne jedes Gepränge statt, denn obwohl viele fürstliche Personen als Taufpathen eingeladen waren, war doch nur einer erschienen, der Herzog Johann Ernst von Weimar.**) Jakob schrieb damals an den Kaiser und an den Kurfürsten von Sachsen und bat sie, sie möchten es dem Kurfürsten von Brandenburg nicht entgelten lassen, dass er die hochschwangere Pfalzgräfin in Küstrin aufgenommen hatte und sie daselbst die Zeit ihrer Niederkunft erwarten liess. Wir bemerken, dass es keinem von beiden Fürsten auch nur entfernt einfiel, die Feindseligkeit so weit zu treiben und den Kurfürsten von Brandenburg deshalb zu tadeln, nur Jakob allein fand es natürlich, wenn nicht bloss Friedrich, sondern auch seine Familie gleich Verbrechern behandelt wurden.***)

Als der Pfalzgraf seinem Schwiegervater die Geburt seines Sohnes anzeigte, benützte er die Gelegenheit, um ihm zu gleicher Zeit mitzutheilen, unter welchen Bedingungen er sich zum Frieden mit dem Kaiser entschliessen würde und kam so der

---

*) Wiener StA. Althan an den Kaiser dd. 6. Febr. 1621.

**) Münchner StA. Albrecht von Solms an den Kanzler von der Grün dd. 9./19. Jan. 1621. — Englisches StA. Nethersole an Naunton dd. 6./16. Jan. 1621. — Ebend. Friedrich an Jakob dd. 6./16. Jan. 1621.

***) Münchner StA. Jakob an Ferd. II dd. $\frac{29. \text{ Jan.}}{8. \text{ Febr.}}$ 1621. — Collectio Camer. Jakob an Kursachsen dd. $\frac{29. \text{ Jan.}}{8. \text{ Febr.}}$ 1621.

ihm durch Villiers zu stellenden Anfrage zuvor. Wenn wir den Schleier lüften, den er über seine eigentlichen Absichten ausbreitete, so finden wir, dass er auf Böhmen nicht Verzicht leisten wollte, denn obwohl er seinen Schwiegervater versicherte, dass er die friedlichsten Absichten hege, so erörterte er doch nur die Chancen eines möglichen Sieges, im Falle er von ihm unterstützt würde.*) Dass Friedrich seine Sache noch nicht verloren gab, zeigte auch der Auftrag, den er seinem Rathe Camerarius im Monate December ertheilt hatte.**) Camerarius sollte alle seine Beredsamkeit aufbieten, um die Fürsten des niedersächsischen Kreises für seine Unterstützung zu gewinnen. Er hatte zu diesem Zwecke seine Schritte nach Wolfenbüttel gelenkt und hier die günstigste Aufnahme gefunden; der Herzog von Braunschweig war bereit sich mit dem Pfalzgrafen zu verbinden, nur verlangte er, dass man sich früher mit Dänemark, Lüneburg und andern Fürsten über einen gemeinschaftlichen Anschluss einigen solle. Da auch der Pfalzgraf nichts anderes wünschte, so setzte Camerarius seinen Wanderstab weiter nach Zelle, um dort mit dem Herzog von Lüneburg zu verhandeln, traf ihn aber nicht an und konnte sich nur mit seinen Räthen besprechen. Er erfuhr von ihnen, dass der Kaiser von dem niedersächsischen Kreistag Hilfe begehrt habe, und dass sich der Administrator von Magdeburg, ein Mitglied des brandenburgischen Kurhauses, sehr für die Bewilligung der kaiserlichen Wünsche ansetze und den Kreistag mit sich fortreissen könnte, wenn nicht zeitig vorgebaut würde. Da Camerarius die Räthe der Sache des Pfalzgrafen geneigt fand, riet er ihnen, sich die Gewinnung der niedersächsischen Fürsten angelegen sein zu lassen und dann erst den Kreistag zu berufen, um über die dem Pfalzgrafen zu leistende Hilfe schlüssig zu werden. Den allfälligen Widerstand des Administrators von Magdeburg könne man dann mit Gewalt niederschlagen.

1620

Während Camerarius die Sache seines Herrn in Zelle zu fördern suchte, langte daselbst ein Gesandte des Prinzen Moritz

*) Englisches Staatsarchiv. Auszug aus einem Briefe Friedrichs dd. 6./16. Jan. 1621.

**) Englisches Staatsarchiv. Nethersole an Naunton dd. 19./29. Jan. 1621. — Münchner StA. Solms an von der Grün dd. 21./31. Jan. 1621.

von Oranien an, dessen Berichte den pfälzischen Rath nicht wenig erfreuten. Vossbergen, so hiess der Gesandte, erzählte, die Generalstaaten und der Prinz nehmen sich des Pfalzgrafen auf das ernstlichste an und obwohl die Niederlage bei Prag sie sehr bestürzt habe, so erachteten sie es für ihre Pflicht, ihn nicht zu verlassen. Aus diesem Grunde sei er von dem Prinzen an den König von Dänemark abgeschickt worden, um ihn zu gleichem Auftreten zu bewegen. Camerarius sah zu seiner Freude, dass Friedrich nicht ohne Freunde sei, seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft wurden durch den Bericht Vossbergens wieder lebendig und steigerten sich, als er erfuhr, dass auch der Landgraf von Hessen-Kassel einen Gesandten mit gleichen Aufträgen an Dänemark abgeschickt habe. Der einzige quälende Gedanke, der ihn nicht zur Ruhe kommen liess, war die Gewissheit, dass das pfälzische Archiv in Prag in die Hände der Sieger gefallen sei. Man konnte der Welt gegenüber nicht mit der Behauptung auftreten, dass man der angegriffene Theil sei, nachdem sich dort die unwiderleglichen Beweise von den Plänen befanden, die man seit Jahren gegen die Habsburger und gegen die deutschen Bischöfe im Sinne gehabt*) und dies konnte manche Freunde wieder wankend machen.

Von Zelle reiste Camerarius nach Lübeck und Hamburg, um die reichen Hansestädte zu einiger Opferwilligkeit zu bewegen. Er fand überall die lebhaftesten Sympathien, aber da man sich damals, namentlich in Hamburg vor dem Könige von Dänemark und seinen Eroberungsgelüsten fürchtete, wollte man nichts von einem Bunde mit ihm wissen, höchstens in dem Fall, wenn sich auch andere Mächte, vor allem England, an demselben betheiligen würden. Wenn er die Schwierigkeiten erwog, die sich dem Abschluss eines grossen Bundes entgegenstellten, so verringerten sich seine Hoffnungen, und er, der sonst immer zum Ausharren gerathen hatte, verwarf nicht mehr die Alternative eines etwaigen Friedens mit dem Kaiser auf Grund der Abtretung von Böhmen, nur sollte der letztere die Auszahlung der rückständigen Gehalte an die pfälzischen Räthe auf sich nehmen!

*) Collectio Camerariana. Camerarius an den Grafen Johann Albrecht zu Solms dd. 15./25. Dez. 1620.

Von diesem kleinlichen Gesichtspunkte fasste dieser sonst hochbegabte Mann die Friedensfrage auf.*) Er beschloss nun nach Heilbronn zu reisen, um dem Pfalzgrafen bei dem dortigen Unionstage gute Dienste zu leisten.

Friedrich hatte mittlerweile in Küstrin Frau und Kind verlassen, war nach Wolfenbüttel gereist**) und hatte sich in den Hoffnungen gewiegt, die der erste Bericht des Camerarius in ihm erwecken musste. Die Eindrücke aber, die er in Wolfenbüttel selbst empfing, waren nicht besonders viel verheissend. Der Herzog von Braunschweig hatte sich zu Ende December an den Kurfürsten von Sachsen gewendet und ihn um seine Vermittlung bei dem Kaiser zur Herstellung eines allgemeinen Friedens ersucht.***) Johann Georg antwortete auf diese Bitte, dass von einem Frieden nur dann die Rede sein könne, wenn der Pfalzgraf auf Böhmen verzichten, und den Kaiser um Verzeihung ersuchen würde.†) Als nun Friedrich mit dem Herzoge zusammentraf, war das erste, womit ihn derselbe begrüsste, dass er ihm den Brief des Kurfürsten vorwies und ihn wohl nicht direct aber doch indirect aufforderte, der darin enthaltenen Mahnung zu folgen. Friedrich erhielt auf diese Weise endlich die Antwort auf die durch Hohenlohe in Dresden angeknüpfte Verhandlung ††), er konnte daraus ersehen, dass Sachsen nicht vom Kaiser ablassen und sich auch nicht durch das Anbot einer Abtretung von Schlesien gewinnen lassen würde. †††) Das

1. Feb. 1621

1620

*) Coll. Camer. Derselbe an denselben dd. 3./13. Jan. 1621.

**) Englisches StA. Elisabeth an Buckingham dd. $\frac{\text{25. Jan.}}{\text{4. Febr.}}$ 1621.

***) Sächs. StA. Friedrich Ulrich von Braunschweig an Kursachsen dd. Wolfenbüttel 14./24. Dec. 1620.

†) Ebend. Johann Georg an den Herzog von Braunschweig dd. 11./21. Jan. 1621.

††) Band III, S. 418 und flg.

†††) Der engl. Agent Nethersole spricht (Engl. StA. Nethersole an Naunton dd. 6./16. Jan. 1621) es als seine Vermuthung aus, dass Hohenlohe auch mit dem Auftrage nach Dresden abgeschickt worden sei, um dem Kurfürsten Schlesien anzubieten. In den pfälzischen Acten haben wir dafür keinen Beweis gefunden; möglich ist aber dieses Anerbieten immerhin, da den Schlesiern die Verbindung mit einem deutschen Fürsten gewiss nicht

Versprechen, das Friedrich seinem Schwiegervater zu geben sich geweigert hatte, zu dem entschloss er sich jetzt gegenüber dem Herzog von Braunschweig, doch nicht in der Weise, wie es der Kurfürst von Sachsen verlangte. Er war erbötig, auf die böhmische Krone zu verzichten und verlangte auch keinen Ersatz für die aufgewendeten Kosten, aber er wollte sich zu keiner Demüthigung verstehen und nicht Abbitte leisten, und forderte zugleich, dass der Kaiser eine unbedingte Amnestie in den böhmischen Ländern ertheile. Als der Herzog von Braunschweig den Kurfürsten von Sachsen von diesen Entschlüssen benachrichtigte und um seine Vermittlung ersuchte, antwortete dieser, dass es zu Verhandlungen bereits zu spät sei; der Kaiser habe den Pfalzgrafen geächtet und da bleibe kein anderer Weg mehr übrig, als der der Bitte.*) In derselben Weise lehnte er eine wiederholte Fürsprache des Herzogs von Braunschweig ab.**)

In Wolfenbüttel traf Friedrich auch mit Villiers zusammen, der ihn daselbst im Namen seines Königs zurechtweisen und fragen sollte, ob er sich fortan den Rathschlägen desselben fügen wolle; wenige Tage später erreichte ihn auch die kränkende Nachricht, dass man ihm die Reise nach England wehren wolle. Er hielt es nun an der Zeit, den Groll seines Schwiegervaters durch einen höchst unterwürfigen Brief zu beschwichtigen, in dem er die erlittenen Unfälle nicht dem Ungehorsam gegen dessen Rathschläge, sondern dem Geschicke zuschrieb und erklärte, dass er sich fortan allen seinen Wünschen fügen werde.***) Gegen Villiers entschuldigte er sich mündlich, dass er der Mahnung Jakobs nach der Pfalz zu gehen, vorläufig nicht

unangenehm gewesen wäre, so unsympathisch ihnen auch die Persönlichkeit des Kurfürsten war.

*) Sächs. StA. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen dd. $\frac{\text{31. Jan.}}{\text{10. Febr.}}$ 1621. — Kursachsen an Braunschweig dd. 12./22. Febr. 1621.

**) Sächs. StA. Braunschweig an Kursachsen dd. 5./15. Febr. 1621. — Kursachsen an Braunschweig dd. $\frac{\text{19. Febr.}}{\text{1. März}}$ 1621.

***) Englisches StA. Friedrich an Jakob dd. $\frac{\text{31. Jan.}}{\text{10. Feb.}}$ 1621.

folgen könne, weil er seine Frau um ihrer Sicherheit willen nach den Niederlanden geleiten müsse.*) Als er auf der Reise nach Holland war, bekam er jenes Schreiben, in dem sich Jakob über Achatz von Dohna beschwerte und seine Abberufung forderte. Friedrich liess sich in keine Vertheidigung seines Gesandten ein, gab bereitwillig zu, dass Dohna — wenn auch wider Willen — den König beleidigt habe, und rief ihn von London ab.**) — Wenn der Herr den Wünschen Jakobs nachgab, so konnte auch der Diener nicht länger starrköpfig sein. Achatz von Dohna hatte erfahren, dass Jakob auf seine Abberufung dringe: vielleicht würde ihn dies nicht zu einer andern Haltung als in der oben erwähnten Conferenz veranlasst haben, allein wenn er bedachte, dass er durch seinen Starrsinn nicht bloss sich selbst, sondern auch seinem Herrn schadete, so beschloss er sich zu fügen und der Rechthaberei Jakobs zu schmeicheln. Da ihm der letztere jede Audienz verweigerte, so schrieb er ihm und entschuldigte sich, dass er jenem Zwiegespräch zu Greenwich die von Jakob bestrittene Bedeutung beigelegt habe; allerdings glaube er das gehört zu haben, was er angegeben, da der König aber jedenfalls der beste Interpret seiner eigenen Worte sei, so beuge er sich vor seiner Erläuterung. Auch bezüglich der von ihm behaupteten Verpflichtung Jakobs zur unbedingten Unterstützung des Pfalzgrafen und der Vertheidigung der Pfalz gab Dohna eine Erklärung ab, mit der sich der König zufrieden geben konnte.***)

Die Nachgiebigkeit, die der Pfalzgraf für sich und für seinen Gesandten an den Tag legte, war jedoch nur auf den Schein berechnet: er konnte es nicht über sich gewinnen, die Hände in den Schooss zu legen und das Resultat der von Jakob bald wieder eingeleiteten und später zu erörternden Verhandlungen abzuwarten. Aus diesem Grunde trat er ohne Vorwissen seines Schwiegervaters in innige Beziehungen zu dem Grafen Mansfeld, als dieser den Kampf gegen den Kaiser fortführte und

---

*) Münchner StA. Declaration donné à sieur Eduard Villiers dd. 14/24. Feb. 1621. — Ebend. Jakob an Friedrich dd. 5./15. März 1621.

**) Münchner StA. Friedrich an Jakob dd. 16./26. März 1621.

***) Münchner StA. Achatz von Dohna an Jakob dd. 4./14. Feb. 1621. — Ebend Dohna an den Hertog von Zweibrücken dd. 2./12. Feb. 1621.

suchte auch Dänemark und die Fürsten des niedersächsischen Kreises in den Krieg hineinzuziehen, indem er zu diesem Behufe auf der Reise nach dem Haag Segeberg berührte, wo sich eben durch Vermittlung Christians von Dänemark eine Anzahl niedersächsischer Fürsten versammelt hatten.

Wir bemerkten eben, dass die Union und Holland Gesandte an Christian IV geschickt hatten, um ihn zur Aufbietung seiner Kräfte und zum Anschluss an die Sache Friedrichs zu vermögen. Im Namen der Union reiste der hessen-kasselische Marschall Dietrich von dem Werdt nach Kopenhagen und bot dem Könige für seine allfällige Mithilfe das Bisthum Paderborn an, allein er erhielt keine gute Antwort, da dieser mittlerweile die Nachricht von der Niederlage auf dem weissen Berge erhalten hatte. Als nun der holländische Gesandte Vossbergen seine Reise antrat, in Koldingen mit Werdt zusammentraf und von ihm über den üblen Erfolg seiner Gesandschaft berichtet wurde, sah er wohl ein, dass er sich an ein schweres Werk wage, allein er liess den Muth nicht sinken. Mit aller Beredsamkeit, die ihm zu Gebote stand, suchte er nach seiner Ankunft in Kopenhagen den König für den Plan einer allgemeinen protestantischen Allianz zu gewinnen, und suchte hiefür auch die Zustimmung des dänischen Kanzlers Fries in wiederholten Conferenzen zu erlangen. Er empfahl die Berufung eines niedersächsischen Fürstenconvents, dessen Beschlüsse jedenfalls für einen später zu berufenden niedersächsischen Kreistag massgebend sein würden. Am 15. Februar entgegnete Fries auf diesen Vorschlag, dass der König denselben billige und sonach den abweislichen Bescheid zurücknehme, den er dem Unionsgesandten gegeben, aber nur unter der Bedingung, wenn die Generalstaaten mit Dänemark eine besondere Allianz abschliessen und ihr bisheriges Bündniss mit den Hansestädten fallen lassen würden. Christian wollte seine Macht über Hamburg ausdehnen und deshalb war ihm jedes Bündniss unbequem, das diese Stadt im Genusse ihrer hergebrachten Stellung schützen sollte, kurz er wollte die allgemeinen Interessen des Protestantismus nur dann schützen, wenn seinen Eroberungsgelüsten in einem besonderen Falle genügt würde. Vossbergen war nicht bevollmächtigt dem Könige die gewünschten Zugeständnisse zu

15. Januar 1621

1621

machen, aber er zeigte sich seinen Ansprüchen geneigt und benahm sich überhaupt so gewandt, dass er zuletzt einen ziemlich günstigen Bescheid bekam. Christian erklärte sich bereit zum Bunde mit England, Schweden, Holland und den Fürsten des niedersächsischen Kreises und wollte sich der „evangelischen Sache" annehmen, aber immer unter der Bedingung, dass Holland seine Allianz mit den Hansestädten aufgebe. Während die betreffenden Verhandlungen im Haag zu Ende geführt werden sollten, wollte der König eine Gesandtschaft an den Kaiser senden und ihn zur Mässigung ermahnen, gleichzeitig aber auch rüsten und den König von Schweden sammt den Fürsten des niedersächsischen Kreises zu einer gemeinschaftlichen Berathung nach Segeberg einladen.*)

In Folge dieser Zusagen traf Christian am 9. März in Segeberg ein, fand aber nicht alle Fürsten vor, die er eingeladen und auf deren Erscheinen er gehofft hatte; weder der König von Schweden, noch die Herzöge von Mecklenburg waren erschienen, nur die Herzöge von Braunschweig, Lüneburg und von Sachsen-Lauenburg fanden sich ein; aus dem obersächsischen Kreise war nur ein brandenburgischer Bevollmächtigte und der Herzog Johann Ernst von Weimar erschienen. Zu diesen Fürsten und Edelleuten hatten sich auch Friedrich von der Pfalz, Christian von Anhalt und der Unionsgesandte Werdt eingefunden und schliesslich langte noch der englische Gesandte Ritter Anstruther daselbst an. Der König von Dänemark zeigte durch die Berufung des Convents jedenfalls die besten Absichten für den Pfalzgrafen, allein seine Entschlossenheit musste einen starken Stoss erhalten, wenn er durch Friedrichs Mittheilungen über den vollständigen Ruin seiner Herrschaft in Böhmen belehrt wurde und wenn er sah, dass er auf keine allseitige Zustimmung und keine grosse Opferwilligkeit im niedersächsischen Kreise würde rechnen können, denn der spärliche Besuch des Fürstentages deutete dies offen an. Indessen würde er sich darüber hinweggesetzt haben, wenn er sich auf den Beistand Englands ebenso hätte verlassen können, wie auf den von Holland und um hierin sicher zu sein, berief

1621

*) Goll: Der Convent von Segeberg.

er den englischen Gesandten zu sich. Nachdem er ihm mitgetheilt hatte, dass er im Verein mit den ihm befreundeten Fürsten sich den Uebergriffen des Kaisers widersetzen und jedenfalls den Pfalzgrafen in seinem ererbten Besitz nicht schädigen lassen wolle, frug er, welcher Hilfe er sich von Jakob zu versehen habe. Anstruther erwiderte getreu seiner Instruction, dass Jakob von seinem Schwiegersohn den unbedingten Gehorsam für seine Massnahmen verlange und nur in dem Falle, als die Verhandlungen, die er zu seinen Gunsten in Angriff nehmen wolle, resultatlos verliefen, werde er alles (le vert et le sec) aufbieten, um denselben gegen jede Beraubung zu schützen. Der König bemerkte, dass man sich doch sichern müsse, da der Kaiser im Widerspruch mit den Reichsgesetzen den Pfalzgrafen geächtet habe und ohne Rücksicht darauf, dass er auf Böhmen Verzicht leisten wolle, den Krieg gegen die Union und gegen die Pfalz durch den Marques Spinola weiter führe.*)

Die Erklärungen Anstruthers mussten auf Christian einen ernüchternden Eindruck ausüben und er konnte sich nur Beifall zollen, dass er noch vor dem Convent nach England einen Gesandten abgeschickt hatte, um durch diesen von Jakob bestimmte Zusagen einholen zu lassen. Von einem entscheidenden Auftreten des Convents war jetzt keine Rede mehr, denn auch die übrigen Mitglieder desselben wurden durch die Mittheilungen Anstruthers eingeschüchtert und so wurden nur solche Beschlüsse gefasst, welche den Krieg erst in zweiter Linie in Aussicht nahmen. Man mahnte den Marques Spinola durch ein Schreiben, die eingenommenen Städte zu räumen und zur Herstellung des Friedens die Hand zu bieten**), und richtete eine etwas schärfer gehaltene Zuschrift an den Kurfürsten von Sachsen, in der es hiess, dass man entschlossen sei, das spanische Kriegsvolk mit Gewalt vom Reichsboden zu vertreiben und ihn deshalb frage ob er sich dem widersetzen wolle. Auch die Absendung einer Gesandtschaft an den Kaiser wurde beschlossen, um ihn zum Frieden auf Grund des früheren Besitzstandes zu mahnen. Nur ein Beschluss ging über diese mehr friedfertigen als krieger-

*) Engl. StA. Anstruther to Sir George Calvert dd. 10./20. März 1621.

**) Das Schreiben bei Londorp dd. 5./15. März 1621.

rischen Massnahmen hinaus. Man einigte sich nämlich über die nöthigen Rüstungen, 20000 Mann zu Fuss und 6000 Reiter hoffte man zusammenzubringen und sowohl der König von Dänemark, wie der Herzog von Braunschweig beeilten sich, die in dieser Beziehung schon vordem getroffenen Massregeln zu vervollständigen. Nur über die nöthigen Geldmittel war man in Verlegenheit, doch hoffte man, dass die Königin-Witwe von Dänemark sich zu einem ausreichenden Darlehen verstehen würde. Entscheidende, den Angriff gegen den Kaiser unmittelbar in Aussicht nehmende Beschlüsse wurden also nicht gefasst, und dies hätte jedenfalls geschehen müssen, wenn die Union ihren Widerstand fortsetzen sollte.

IV

Die Union hatte sich in Heilbronn dahin geeint in Verhandlungen mit dem Kaiser zu treten und deshalb mit Spinola einen Waffenstillstand abzuschliessen, aber dieser Beschluss wurde viel zu spät gefasst, als dass einzelne ihrer Anhänger, wie der Landgraf von Hessen-Kassel und die wetterauischen Grafen, nicht auf eigene Faust Verhandlungen mit Spinola angeknüpft hätten, weil sie den drohenden Ruin nicht anders abwenden zu können glaubten. Die Wetterauer kamen zuerst zum Ziele, da sie sich zur Zahlung von 150 Römermonaten erboten und mit diesem Gelde gewissermassen ihre Schuld abbüssten.*) Die Verhandlungen mit Hessen-Kassel, die am 7. Februar in Bingen, wo Spinola sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, ihren Anfang nahmen, liefen nicht so glatt ab.**) Der General erklärte

1621

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. $\frac{20.\ \text{Feb.}}{2.\ \text{März}}$ 1621.

**) Sächs. StA. Von Spinola waren zu dieser Berathung Johann Karl von Schönberg, Oberhauptmann auf Königstein und kurmainzischer Rath, Christoph von Essen, Generalproviantmeister und Pietro Alvamora, oberster Schatzmeister über die Artillerie; von hessen-kasselischer Seite Wilhelm Graf zu Solms, Eitel von Berlepsch, Jost Christoph von Binnenberg und Johann Bernhard von Dalwig deputirt. — Ebend. Landgraf Ludwig von Darmstadt an Kursachsen dd. 14./24. Febr. 1621.

gleich von vornherein durch seinen Vertreter, dass er sich weder um die Union noch um ihre Verfassung kümmere und sie ebenso wenig wie den Landgrafen von Hessen-Kassel angreifen würde, wenn sie den Pfalzgrafen gegen die über ihn verhängte Execution nicht vertheidigt hätten. Der Kaiser müsse alle Fürsten, die seinen Gegner mit Geld, Munition und Mannschaft unterstützen, für seine Feinde ansehen und demgemäss behandeln: wolle der Landgraf nicht als Feind gelten, so müsse er sein Kriegsvolk augenblicklich abrufen. Die kasseler Deputirten suchten dieser Drohung mit der in jener Zeit allgemein üblichen Ausflucht zu begegnen, dass nämlich die Unterstützung des Pfalzgrafen nicht wider den Kaiser gemeint sei, aber die Spanier wichen nicht um einen Zoll breit und da die Deputirten nicht bevollmächtigt waren, auf dieser Grundlage abzuschliessen, so brachen sie die Verhandlungen ab und berichteten an ihren Herrn.*)

Es ist eigenthümlich, wie die Parteiverhältnisse die öffentliche Meinung zu jener Zeit verwirrten. Die protestantischen Fürsten wollten dem Kaiser für seinen Besitz nicht die gleiche Unantastbarkeit zugestehen, die sie für sich in Anspruch nahmen, er sollte von ihnen angegriffen werden, aber einen Schlag gegen sie nicht führen dürfen. So oft er den Arm gegen sie erhob, flüchteten sie sich hinter die Reichskonstitutionen und nahmen ein Privilegium der Unangreifbarkeit in Anspruch, das aller Gegenansprüche des Kaisers spottete. Und diese Anschauungen wurden von den Fürsten nicht erheuchelt, sie waren von ihrer Richtigkeit durchdrungen und liessen sich von ihnen in ihrer ganzen Handlungsweise beherrschen. Auch der Landgraf von Kassel lieferte jetzt einen Beweis für unsere Auffassung. Als ihm von seinen Räthen berichtet wurde, um welchen Preis er den spanischen Angriff abwehren könne, wollte er darauf nicht eingehen. Er schickte eine Botschaft an seinen Vetter Ludwig von Darmstadt ab und verlangte von ihm Hilfe im Falle er sich gegen Spinola vertheidigen müsste. Bei dieser Gelegenheit überschüttete er seinen Vetter mit Vorwürfen wegen

---

*) Sächs. StA. Die kasseler Deputirten an den Landgrafen von Hessen-Kassel dd. 2./12. Febr. 1621.

seiner dem Kaiser freundlichen Haltung, drohte ihm mit Vergeltung, falls sich das Kriegsglück wenden sollte, und häufte allen Schimpf über den Convent von Mühlhausen, an dem sich Ludwig betheiligt hatte. Eine derartige Haltung ist nur dann begreiflich, wenn der Landgraf Moritz die festeste Ueberzeugung von dem hohen sittlichen Werthe der Sache besass, der er sich angeschlossen hatte, und selbst dann ist es mit dem gesunden Menschenverstande schwer vereinbar, dass er sich nicht scheute, seinen Vetter in dem Augenblick zu beleidigen, wo er ihn um seine Hilfe ersuchte. Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, dass die Bitte in Darmstadt keine freundliche Aufnahme erfuhr, und dass Ludwig die ihm gemachten Vorwürfe ablehnte.*)

Die separaten Verhandlungen eines Mitgliedes der Union mit Spinola liessen sich also nicht gut an, doch muss die Schuld allein dem Landgrafen von Hessen-Kassel zugemessen werden, denn wie konnte er sich einbilden, dass man ihn in Ruhe lassen werde, wenn er den Pfalzgrafen unterstützte. Nun wurden aber die Verhandlungen von der Union selbst aufgenommen. Sie hatte, wie wir wissen, beschlossen, dem Kaiser im Namen des Pfalzgrafen die Abtretung der böhmischen Krone anzubieten und dafür die Räumung der Pfalz zu verlangen und hatte im Einklange mit diesem Beschluss eine Gesandtschaft nach Wien und eine zweite an Spinola abgeschickt, um mit diesem über einen vorläufigen Waffenstillstand zu verhandeln. Mit den Waffenstillstandsverhandlungen wurde der Markgraf von Anspach betraut, der sich zu diesem Zwecke nach Zwingenberg bei Darmstadt) begab, um sich dann mit dem Landgrafen Ludwig, den man um die Vermittlung ersuchte, über die Bedingungen zu verständigen. Ludwig kam dem Wunsche der Union entgegen und übernahm die Vermittlung, allein Spinola war mit den angebotenen Waffenstillstandsbedingungen nicht zufrieden und machte allerlei Aenderungen an ihnen.**) Als Ludwig dies dem Markgrafen von Anspach mittheilte,

*) Sächs. StA. Antwort der darmstädtischen Kammerkanzlei an Hessen-Kassel dd. 18./28. Feb. 1621.

**) Ebend. Ludwig von Darmstadt an Kursachsen dd. 10./20. März 1621.

wurde eine neue Zusammenkunft in Weinheim (bei Heidelberg) verabredet, an der sich auch der Herzog von Würtemberg betheiligte. Die beiden Unionsfürsten legten nun einen neuen Entwurf vor, in dem sie verlangten, dass vom 18. März angefangen, ein Waffenstillstand abgeschlossen werde, der durch sechs Wochen giltig sein solle, und dass während dieser Zeit fremdem Kriegsvolk nicht der Zugang über die Reichsgrenze gestattet und keine Truppenbewegungen in Deutschland vorgenommen werden dürften; nur bezüglich der Werbungen des Erzherzogs Leopold und des Markgrafen von Baden wollten sie eine Ausnahme zulassen. Dafür versprachen sie, dass der Pfalzgraf innerhalb dieses Zeitraumes für sich und im Namen seines Sohnes auf die böhmische Krone verzichten und dem Kaiser Abbitte leisten werde. Sie liessen es nicht bloss bei diesen Anerbietungen bewenden, sondern wollten auch der über den Pfalzgrafen verhängten Acht Rechnung tragen und in eine vorläufige Sequestration der Kurpfalz einwilligen, aber diese Einwilligung knüpften sie an die Bedingung, dass, wenn zwischen den Unionsgesandten und dem Kaiser in Wien kein Einverständniss erzielt werden würde, die Zustimmung der evangelischen Kurfürsten und Fürsten zu der Art und Weise, wie die Sequestration geübt werden solle und zu der Person des Sequesters eingeholt werden müsse. Sollte der Pfalzgraf auf diese Bedingungen nicht eingehen wollen, so erbot sich die Union ihn seinem Schicksale zu überlassen.*)

16. März 1621

1621

Der Landgraf Ludwig war mit den Anerbietungen der beiden Unionsfürsten im ganzen einverstanden, nur bezüglich die den Pfalzgrafen nicht berührenden Gegenstände machten sich verschiedene Meinungen geltend. Spinola hatte im Laufe des Krieges einige dem Pfalzgrafen nicht gehörige Gebiete unter anderem mehrere seinem jüngern Bruder und dem Herzog von Zweibrücken gehörigen Städte besetzt und da die Acht gegen diese nicht ausgesprochen war, verlangten die Unionsfürsten. dass nach abgeschlossenem Waffenstillstande diese Gebiete geräumt und nicht der Sequestration unterzogen würden. Der

*) Vorschlag des Markgrafen von Anspach und des Herzogs von Würtemberg dem Landgrafen Ludwig überreicht dd. 6./16. März 1621. Sächs. StA.

Landgraf glaubte nicht, dass der Kaiser auf diese Forderung eingehen werde und verlangte, dass die Union sich nicht beschweren solle, wenn vorläufig alles das, was Spinola besetzt halte, sequestrirt würde, ebenso wünschte er, dass sie sich mit dem Sequester zufrieden stellen solle, dem etwa allein der Kurfürst von Sachsen seine Zustimmung geben würde. Nach mancherlei Reden und Erwägungen willigten die beiden Fürsten in diese Forderungen ein.*) Der Landgraf glaubte jetzt sein Ziel erreicht zu haben und schickte einen seiner Räthe mit dem vereinbarten Entwurf zu Spinola in der sicheren Erwartung, dass er denselben gutheissen werde, er selbst aber reiste zum Kurfürsten von Mainz, um sich mit diesem über die Aufstellung des Sequesters zu berathen.

Von Kurmainz oder von seinem an Spinola abgeschickten Boten erfuhr der Landgraf jedoch, dass der letztere sich unter den gebotenen Bedingungen nicht zum Waffenstillstande entschliessen werde und dass er verlange, die Union solle sich von vornherein allen Massregeln unterwerfen, die der Kaiser zu treffen für gut finden würde. Da Ludwig den Frieden aufrichtig wünschte, so meldete er dem Kurfürsten von Sachsen die neu auftauchenden Schwierigkeiten und ersuchte ihn seinen Einfluss in Wien dazu zu verwenden, dass der Kaiser selbst den Waffenstillstand anordne und mittlerweile mit der von der Union an ihn abgeschickten Gesandtschaft den Frieden verhandle.**) Der Bitte Ludwigs schloss sich der Herzog von Zweibrücken insofern an, als er ihn ersuchte beim Kaiser eine allgemeine Generalamnestie zu erwirken, wodurch die Sequestration der Kurpfalz verhütet werden könnte. Der Pfalzgraf sei erbötig auf Böhmen zu verzichten und „alles zu leisten, was er ohne Schädigung seiner kurfürstlichen Ehre thun könne".***)

Während die Waffenstillstandsfrage in der Schwebe stand, beeilte sich die Stadt Strassburg endgiltig aus der Union aus-

*) Sächs. StA. Erklärung der beiden Unionsfürsten über den fünften Punct der Waffenstillstands-Bedingungen. — Münchner StA. Landgräfisch Concept des Accords.

**) Sächs. StA. Landgraf Ludwig an Kursachsen dd. 10./20. März 1621.

***) Ebend. der Herzog von Zweibrücken an Kursachsen dd. 10./20. März 1621.

zuscheiden und theilte diesen Entschluss durch zwei zu diesem Behufe nach Aschaffenburg abgeschickte Gesandte, von denen einer der Stadtsyndikus Dr. Wolf war, dem Kurfürsten von Mainz und dem dort weilenden Landgrafen Ludwig mit. Die Haltung der strassburgischen Boten war so nachgiebig, dass sie sogar in dem Kurfürsten die Hoffnung anregte, die Stadt werde dem zu Gunsten des Kaisers zu Mühlhausen abgeschlossenen Bündnisse beitreten, auf alle Fälle war der Landgraf überzeugt, dass das Verhalten Strassburgs auf die andern Reichsstädte einen massgebenden Einfluss ausüben werde, und dass sie sammt und sonders aus der Union ausscheiden würden.*)

Die von dem Landgrafen an den Kurfürsten von Sachsen gerichteten Bitten wurden von dem letzteren nicht mit jenem Eifer aufgenommen, der allein einen Erfolg ermöglicht hätte. Johann Georg richtete zwar seine Fürbitte an den Kurfürsten von Mainz und suchte ihn für eine Politik zu gewinnen, durch die den Wünschen der Union entsprochen werden sollte,**) er hätte sich jedoch nicht an den Erzbischof von Mainz, sondern an den Kaiser selbst wenden sollen, wenn es ihm ernstlich um die Rettung des Pfalzgrafen zu thun gewesen wäre und einige Drohungen hätten ihm besser zum Ziel geholfen. Zu Drohungen konnte er sich jedoch nicht entschliessen, denn abgesehen davon, dass er für Ferdinand, so wie dieser für ihn eine gewisse Sympathie hegte, die zum Theil in ihrer beiderseitigen Vorliebe für die edle Weidmannskunst wurzelte, handelte es sich um den ersehnten Lohn für die von ihm geleisteten Hilfe, um die Lausitz, deren Erwerbung durch Zerwürfnisse mit dem Kaiser in Frage gestellt war. Deshalb fanden die Aufforderungen des Landgrafen Ludwig und die gleichzeitigen des Königs von Dänemark an dem Kurfürsten nur einen lauen Vertreter: er wünschte den Frieden, aber er gedachte auf den Kaiser keinen Druck auszuüben, da er zuerst seine Beute sichern wollte.

Ein besseres Resultat für die Sache des Pfalzgrafen liess

*) Sächs. StA. Ludwig an Kursachsen dd. 14./24. März 1621. — Münchner StA. Kurmainz an Maximilian von Baiern dd. 26. Feb. 1621. — Ebend. Kurmainz und Ludwig von Darmstadt an denselben dd. 16./26. März 1621.

**) Sächs. StA. Kursachsen an Kurmainz dd. 1./11. April 1621.

sich nur hoffen, wenn der König von England die von ihm angekündigte Friedensvermittlung energisch in die Hand nahm. Lord Digby, der mit der Durchführung der Verhandlungen betraut wurde, und der bei seiner den Habsburgern günstigen Gesinnung auf ein Entgegenkommen ihrerseits rechnen konnte, war am 17. März in Brüssel angelangt und verbrachte nach 1621 der leidigen Gewohnheit jener Zeit zuerst viele Tage mit Besuchen bei dem erzherzoglichen Paare und bei den hohen Beamten sowie mit der Annahme der Gegenbesuche. Die ersten gewichtigen Besprechungen hatte er mit dem Beichtvater des Erzherzogs, der ihm solche Mittheilungen machte, dass man nicht weiss, worüber man mehr staunen muss, ob über die Naivität des Beichtvaters oder über die Ruhe, mit der Digby diese Mittheilungen entgegennahm. Man sei jetzt, so erzählte der Beichtvater, auf spanischer Seite entschlossen den Waffenstillstand mit den Holländern nicht länger einzuhalten, sondern wolle dieselben zur Unterwerfung auffordern und im Weigerungsfalle mit aller Macht bekämpfen. Da Jakob seinen Schwiegersohn in der Bewerbung um die ihm nicht gebührende Krone nie unterstützt habe, so erwarte man auch von ihm, dass er in dem allfälligen Kampfe nicht nur eine Spanien freundliche Rolle spielen, sondern auch des Hasses eingedenk sein werde, mit dem man in Holland die monarchische Regierungsweise verfolge und deshalb seine verschiedenen Forderungen gegen die Holländer jetzt durchzusetzen suchen werde. Offenbar deutete er damit jene Theilung der holländischen Provinzen an, mit der sich im vorigen Jahre Jakob, Buckingham und Gondomar unterhalten hatten.*)

Solchen Reden lieh Digby sein Ohr, ohne daran zu denken, dass er zunächst den Ruin des Pfalzgrafen hintanzuhalten habe. Da man seiner Eitelkeit auf tausendfache Weise schmeichelte, so konnte er den Leuten um so weniger gram werden, als sie es später an Versprechungen nicht fehlen liessen, wenigstens glaubte er die Versicherung geben zu dürfen, dass man sich in Brüssel der Restitution des Pfalzgrafen nicht widersetzen, sondern sie fördern werde. In der That erhielt er von

*) Engl. StA. Digby an Buckingham dd. 4./14. März 1621.

dem Erzherzog Albrecht ein Schreiben für Philipp III, worin dieser den letztern aus Freundschaft für Jakob um die Förderung der Restitution ersuchte. Bezüglich des Waffenstillstands machte man in Brüssel grössere Schwierigkeiten.*) Der Erzherzog erklärte, dass die Gewährung desselben nicht in seiner Macht stehe, zuletzt aber gab er das Versprechen, dass er sich an Spinola wenden und ihn um den Abschluss desselben ersuchen werde. Digby glaubte so sehr an die Wirksamkeit dieser Fürbitte, dass er die Reise zu Spinola aufgab um gleich nach Spanien reisen zu können und nur einen Agenten zu ihm schickte, der die Waffenstillstandsfrage endgiltig regeln sollte.**) In seiner Freude über den angeblichen Erfolg seiner Mission theilte er ihn seinem Collegen Carleton früher mit als dem König Jakob damit, der erstere dem bereits im Haag weilenden Pfalzgrafen die glückliche Wendung der Dinge berichten und ihn so zu neuen Hoffnungen erwecken könnte.

Diese eine billige Behandlung des Pfalzgrafen andeutenden Hoffnungen verwirklichten sich aber keineswegs in den Verhandlungen über den Waffenstillstand, die gerade in diesen Tagen zum Abschlusse kamen, denn Spinola beharrte unerschütterlich auf seiner zuerst gestellten Forderung, dass sich die Union allen Massregeln unterwerfe, die der Kaiser zu treffen für gut finden werde. Es war damit ziemlich klar angedeutet, dass der Kaiser nach seinem Belieben über die Pfalz verfügen wolle. Wäre diese Bedingung beim heilbronner Tag bekannt geworden, so hätte man sich vielleicht nicht einmal in die Waffenstillstandsverhandlungen eingelassen, weil man durch die Ankunft Mortons und das von ihm gebrachte Geld, so wie durch die Berichte Achatz' von Dohna der Hilfe Englands gewiss zu sein glaubte. Man wollte zwar auch jetzt den Pfalzgrafen nicht preisgeben, aber man

12. März 1621

*) Englisches StA. Digby an Carleton dd. $\frac{23.\ \text{März}}{2.\ \text{April}}$ 1621. — Ebend. Erzh. Albrecht an Philipp III dd. $\frac{24.\ \text{März}}{3.\ \text{April}}$ 1621. — Ebend. Memoire Digby's dd. $\frac{24.\ \text{März}}{3.\ \text{April}}$. 1621.

**) Münchner StA. Digby an Spinola dd. $\frac{23.\ \text{März}}{2.\ \text{April}}$ 1621.

hatte mittlerweile die Erfahrung gemacht, dass Jakob sich nicht beeilte die gemachten Versprechungen zu erfüllen, und da man sich einmal in die Verhandlungen eingelassen hatte, so beschloss man die von dem Feinde geforderte Bedingung zuzugestehen, weil man noch immer hoffte, die an den Kaiser geschickte Gesandtschaft werde den Frieden auf den gewünschten Grundlagen zu Stande bringen und weil man, wenn dies nicht der Fall sein sollte, zum Schwerte greifen konnte, sobald England seine Versprechungen verwirklichte. Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg verständigten den Landgrafen Ludwig von ihrer Nachgiebigkeit. Sie erklärten zwar nicht mit dürren Worten, dass sie sich allen Geboten des Kaisers fügen wollten, versprachen aber, dass sie den Pfalzgrafen zur Aussöhnung mit dem Kaiser ermahnen würden, und dass sie ihn, falls er diese Aussöhnung binnen der für den Waffenstillstand bestimmten Zeit nicht zu Stande brächte, nicht weiter unterstützen, sondern seinem Schicksale überlassen würden.*) Die Fürsten benachrichtigten den Pfalzgrafen von ihrem Entschlusse und beschuldigten hiebei hauptsächlich den König Jakob, dass er durch Nichterfüllung der durch Morton angeregten Hoffnungen sie zu diesem Schritte genöthigt habe.**)

Der Landgraf beeilte sich die Erklärung der beiden Unionsfürsten dem Kurfürsten von Mainz zur Kenntniss zu bringen und da dieser glaubte, dass sich Spinola mit ihr zufrieden geben werde, so reiste Ludwig zu ihm nach Kreuznach. Als er dort anlangte, erfuhr er, dass auch sein Vetter von Hessen-Kassel sich gefügt habe und sein Schicksal von dem Pfalzgrafen trennen wolle, denn seine Räthe schlossen am 5. April einen Vertrag ab, in dem sich derselbe zur Abberufung seiner Truppen aus der Pfalz verpflichtete.***) Spinola reiste darauf in Beglei- 1621

*) Sächs. StA. Der Markgraf von Anspach und Herzog von Würtemberg dd. $\frac{\text{23. März}}{\text{2. April}}$ 1621.

**) Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg an den Pfalzgrafen dd. $\frac{\text{26. März}}{\text{5. April}}$ 1621.

***) Londorp, Acta publica. Accord zwischen Hessen-Kassel und Spinola dd. 5. April 1621.

tung Ludwigs nach Mainz, wo sich auch der Markgraf von Anspach als Obergeneral des Unionsheeres und der Herzog von Würtemberg einfanden. Die letzten Besprechungen nahmen zwei volle Tage in Anspruch, da die Unionsfürsten das Interesse des Pfalzgrafen auch jetzt nicht völlig preisgeben wollten, allein ihr Widerstand konnte ihnen keine günstigeren Bedingungen erwirken, nur in einem Punkte war ihre Beharrlichkeit von einigem Erfolge begleitet. Spinola versprach dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen Ludwig, dass er die Waffen bis zum 12. Juni ruhen lassen werde, wenn ihn der König von 1621 England vor dem 14. Mai um diese Verlängerung ersuchen und sich gleichzeitig für seinen Schwiegersohn verpflichten würde, dass dieser sich aller Feindseligkeiten gegen den Kaiser enthalten werde.*) Das Versprechen Spinola's wurde in den Waffenstillstandsvertrag nicht aufgenommen, dasselbe bildete einen besonderen, gewissermassen geheimen Artikel. Der Vertrag selbst, der unter dem Namen „Accord" seiner Zeit bekannt wurde, bestimmte die Dauer des Waffenstillstandes bis zum 1621 14. Mai, verpflichtete die Union zur Räumung des pfälzischen Gebietes und zur Neutralität, im Falle der Pfalzgraf sich mit dem Kaiser nicht versöhnen würde und die Execution gegen ihn fortgesetzt werden müsste.**)

1621 Als die Verhandlungen am 12. April um 7 Uhr Abends beendet wurden, gaben die Katholiken ihrer Freude dadurch Ausdruck, dass sie in Mainz mit allen Glocken läuten liessen, Kanonenschüsse abfeuerten und an den zwei folgenden Tagen bankettirten, wobei einmal der Kurfürst von Mainz, das andere-mal Spinola den Wirth machte. Nur widerstrebend wohnten die Unionsfürsten den Gelagen bei, denn sie fühlten wohl, dass der Pfalzgraf verloren sei, wenn der Friede nicht bald geschlossen würde. Camerarius, der sich tiefer als irgend einer

*) Münchner StA. Erklärung des Kurfürsten von Mainz und des Landgrafen Ludwig dd. 2./12. April 1621. — Englisches StA. Jakob an Erzh. Albrecht dd. 2./12. Mai 1621.

**) Sächs. StA. Landgraf Ludwig an Kursachsen dd. $\frac{\text{25. März}}{\text{5. April}}$ 1621. — Ebend. Accord zwischen Spinola und der Union abgeschlossen d. d. 2./12. April 1621. — Ebend. aus Mainz dd. 3./13. April 1621.

der pfälzischen Anhänger von dem Schicksale seines Herrn betroffen fühlte, hielt den mainzer Accord für verderblicher als den ulmer Vertrag und erklärte ihn für schmachvoller als die Niederlage bei Prag, denn durch denselben seien die letzten Bundesgenossen abwendig gemacht und die Pfalz dem Feinde in die Hände geliefert worden, weil sie sich allein nicht vertheidigen könne und die Bürger der einzelnen Städte namentlich die von Heidelberg, der eigenen Regierung bereits „aufsätzig" geworden seien.*)

In der That löste der mainzer Accord die Union von dem Pfalzgrafen los und nur zwei Fürsten, der Landgraf von Hessen-Kassel und der Markgraf von Baden, bewahrten ihm eine treue Anhänglichkeit, die bei günstiger Gelegenheit zu grossen Opfern bereit war. Der Markgraf von Anspach dagegen hatte nur noch einige gutgemeinte Rathschläge für ihn in Bereitschaft und erklärte laut und offen, dass dem Pfalzgrafen nichts anderes übrig bleibe, als den Kaiser um Verzeihung zu bitten, er sollte dies ja so rasch als möglich und noch vor Zusammentritt des regensburger Kurfürstenconvents thun, dessen Berufung der Kaiser damals beabsichtigte.**) Der Markgraf von Baireuth betheiligte sich nicht einmal an diesen Rathschlägen, sondern beeilte sich seine Trennung von dem Pfalzgrafen offenkundig zu machen und verschloss den pfälzischen Gesandten nicht nur seine Thür, sondern suchte jetzt die Freunde des Kaisers auf und verfügte sich zu diesem Ende nach Dresden, wo er einen geduldigen Zuhörer für die Witze des Kurfürsten abgab, mit denen dieser die Union höhnte. „In Nürnberg zu freudig, in Ulm zu willig, in Mainz zu furchtsam," so spottete Johann Georg allerdings in treffender Weise über das Auftreten der Union.***)

Als der Pfalzgraf die Nachricht von dem Abschlusse des Waffenstillstands erhielt, beurtheilte er ihn nicht so abfällig, sondern gab seine Zustimmung zu demselben, weil auch er

---

*) Coll. Camer. Camerarius an den Grafen zu Solms dd. 12./22. April 1621.

**) Coll. Camer. Camerarius an den Grafen zu Solms dd. 3./13. Mai 1621.

***) Münchner StA. Pastoir an den Herzog von Zweibrücken dd. 19./29. April 1621.

hoffte, dass die in Wien von der Union angebahnten Friedensverhandlungen und die Intervention Jakobs ihm zu seinem Besitze verhelfen würden. In der Instruction, die die Union schon im Februar für ihre Gesandten entworfen hatte, vertheidigte sie noch tapfer seine Interessen. Graf Friedrich zu Solms, Herr von Walmerode, Georg Zobel und Joachim Haber sollten in seinem Namen dem Kaiser die Verzichtleistung auf die böhmische Krone anbieten und dieselbe auch bezüglich seines Sohnes versprechen, aber nur in dem Falle, wenn sie von ihm begehrt und sonst bezüglich der übrigen Punkte eine Einigung erzielt würde. Den Pfalzgrafen sollten sie zu keiner Abbitte verpflichten und die Ertheilung einer allgemeinen Amnestie anrathen, die sich auch auf den Markgrafen von Jägerndorf, auf Anhalt und Hohenlohe erstrecken müsste. Auch sollten sie die Abberufung Spinola's aus der Pfalz verlangen, dafür aber nicht die alsbaldige Entlassung ihres Kriegsvolks anbieten, sondern erklären, dass die Union zur Verhütung der von den Soldaten verübten Räubereien ihr Volk noch beisammenbehalten müsse. In die vom Kaiser etwa verlangte Auflösung der Union sollten sie nicht einwilligen, sondern nur erwidern, dass, wenn Spinola abberufen und der Friede geschlossen würde, die Union „die schuldige Unterthänigkeit" an den Tag legen werde. Zeigt diese Instruction hinreichend, dass die Union noch im Februar entschlossen war den Pfalzgrafen nicht fallen zu lassen, so zeigt dies auch ein den Gesandten gegebener Auftrag, in Folge dessen sie mit dem Herzog von Angoulême und seinen Begleitern innige Beziehungen unterhalten sollten, um so ein Bündniss gegen den Kaiser anzubahnen.*) Wenn die Union im Februar glaubte, dass der Kaiser in diese Bedingungen willigen werde, so können wir uns nicht wundern, wenn der Pfalzgraf ähnliche Bedingungen stellte, als er auf die Absendung eines eigenen Gesandten nach Wien verzichtete und die Unionsgesandten mit seiner Vertretung beauftragte. Wir bemerken jedoch, dass seine Instruction zu spät abgeschickt wurde und gar nicht in ihre Hände kam; jedenfalls hätte sie auf ihr Auftreten keinen Einfluss geübt.

24. Febr. 1621

*) Münchner StA. Nebeninstruction für die an den Kaiser geschickten Unionsgesandten.

Die Unionsgesandten scheinen sich mit ihrer Reise nach Wien nicht beeilt zu haben, wenn man sie nicht etwa in Wien lange auf Antwort warten liess. Am 17. April wurde ihnen endlich die kaiserliche Entscheidung mitgetheilt, deren Inhalt plötzlich aller ihrer Vertrauensseligkeit ein Ende machte. Man erklärte, dass man die Acht gegen den Pfalzgrafen durchführen wolle, um sich für die erlittenen Verluste schadlos zu halten, lehnte alle Verhandlungen mit den Gesandten über einen etwaigen Frieden ab,*) verlangte von ihnen einfach Gehorsam und war nur in dem Falle erbötig milde gegen die Union zu verfahren, wenn sie sich ganz und gar vom Pfalzgrafen trennen würde. Die Gesandten waren durch die kaiserliche Antwort so eingeschüchtert, dass sie ihren Auftraggebern anrieten sich dem Willen des Kaisers zu fügen, um nicht durch Verkettung ihres Schicksals mit dem des Pfalzgrafen sich selbst zu Grunde zu richten. Die Mitglieder der Union hatten diesem Rath entsprechend gehandelt, ehe er ihnen noch ertheilt worden war, denn schon acht Tage vorher war von ihnen der Accord geschlossen worden. Als die Gesandten in Wien den Abschluss desselben und seinen Inhalt in Erfahrung brachten, verzweifelten sie vollends, denn sie sahen, dass es um ihr Ansehen geschehen sei, da ihre Auftraggeber eine Nachgiebigkeit gezeigt hatten, welche ganz im Widerspruch mit der ihnen ertheilten Instruction stand und sie dachten fortan nur an die baldige Abreise von dem Schauplatz ihrer Schmach. In der That hatte ihre Anwesenheit in Wien keinen Sinn mehr, da Ferdinand am 22. April den mainzer Accord bestätigte und sonach die Unionsfürsten vor weiterem Angriffe sicherte, im Falle sie die Bedingungen desselben einhielten.**) Allein da die Fürsten ihre Gesandten aufforderten, vorläufig noch in Wien zu bleiben und nochmals mit der Bitte um die Restitution des Pfalzgrafen an den Kaiser heranzutreten, so verlängerten sie ihren Aufenthalt, kamen dem ihnen ertheilten Auftrage nach und fügten bei dieser Gelegen-

1621

20. April 1620

1621

*) Münchner StA. Die Unionsgesandten an die Unionsfürsten dd. 10./20. April 1621.

**) Münchner StA. Die Unionsgesandten an die Unionsfürsten dd. 18./28. April 1621. — Sächs. StA. Kais. Bestätigung des mainzer Accords dd. 22. April 1621.

heit die Bitte hinzu, dass, falls die Restitution nicht alsbald möglich sei, der Kaiser eine entsprechende Verlängerung des Waffenstillstandes und die Freigebung der, anderen Fürsten und Ständen gehörigen und von Spinola besetzten Gebiete gewähren möge.

Auch diesmal begegnete ihre Bitte keiner besseren Aufnahme, die Antwort deutete wohl an, dass dem Pfalzgrafen verziehen werden dürfte, wenn er vorher „sein Verbrechen erkennen, bei dem Kaiser um Verzeihung anhalten“ und sich zum Ersatz des von ihm verursachten Schadens erbieten würde, da er aber bezüglich der Erfüllung dieser Forderungen keinen Anfang gemacht, im Gegentheile mit einzelnen Reichsständen, mit den Holländern und einigen ausländischen Fürsten in steter Verhandlung stehe und sie gegen den Kaiser hetze, so könne von einer Verlängerung des Waffenstillstandes über den bewilligten Zeitraum um so weniger die Rede sein, als der Pfalzgraf die Zeit nur zu Rüstungen verwenden würde. Bezüglich der Freigebung der anderen Fürsten und Ständen gehörigen und von Spinola besetzten Gebiete versprach der Kaiser, dass er dem Wunsche willfahren werde, wenn die Eigenthümer der besetzten Orte ihm bei der Bekämpfung des Pfalzgrafen behilflich sein würden.*)

Während die Unionsgesandten in Wien weilten, hielten die letzten Anhänger der Union eine Schlusssitzung in Heilbronn, die sich auf die Verrechnung der eingegangenen Gelder bezog, um dann in formeller Weise den Beschluss wegen Auflösung der Union zu fassen. Anwesend waren bei diesen Verhandlungen nur noch Anspach, Baden, Würtemberg und die Städte Nürnberg, Ulm, Worms und Speier. Man theilte diesen Beschluss unter vielfachen Entschuldigungen dem Pfalzgrafen mit und suchte ihn mit der unerbittlichen Nothwendigkeit zu rechtfertigen.**) Gleichzeitig erfüllten die Unionsfürsten ihr zu Mainz

*) Antwort des Kaisers an die Unionsfürsten dd. 10. Mai 1621. Collectio Camerar.

**) Münchner StA. Der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{\text{30. April}}{\text{10. Mai}}$ 1621.

abgegebenes Versprechen, zogen ihr Volk aus der Pfalz zurück und dankten es ab. Hätte der Pfalzgraf Mannesmuth besessen, so würde sein einfaches Erscheinen in der Unterpfalz hingereicht haben, um die Auflösung des Heeres zu hindern und die ganze Mannschaft mit sich fortzureissen. Allein von einer derartigen Energie besass Friedrich keine Spur, er begnügte sich mit Anklagen gegen seinen Schwiegervater, ergötzte sich mit dem Ballspiel, dem er seine ganze Zeit im Haag widmete und zeigte sich überhaupt so ruhig und vergnügt, als ob ihn nie ein Unfall betroffen hätte. Bei der Unmännlichkeit, die er zur Schau trug und die ihm eine allgemeine Missachtung und von dem Prinzen von Oranien Ermahnungen zuzog, wie sie faulen Kindern ertheilt werden, ist es begreiflich, dass er eine gleichzeitige Aufforderung Bethlens nach Schlesien zu gehen und dort den von dem Markgrafen von Jägerndorf organisirten Widerstand durch seine Anwesenheit zu stützen, ablehnend beantwortete und sich gegen Jakob rühmte, dass er auf diese Weise seinen Rathschlägen gefolgt sei.*)

Nicht besser wie den Unionsgesandten erging es einige Wochen später den dänischen Gesandten. Entsprechend den in Segeberg gefassten Beschlüssen begab sich die dänische Gesandtschaft, die aus den Herren von Ranzau und Wintersheim bestand, Anfangs April auf den Weg nach Wien. Auf demselben 1621 erfuhr sie in Dresden, dass die Union sich aufgelöst und mit dem Kaiser Frieden geschlossen habe: trotzdem führte sie in Wien eine Sprache, die nur den Verhältnissen entsprach, wie sie zur Zeit des segeberger Convents bestanden, als man auf den Anschluss Jakobs hoffte, und die Union noch bestand. Die Gesandten erklärten die über den Pfalzgrafen verhängte Acht als mit dem buchstäblichen Inhalt der kaiserlichen Capitulation unvereinbar und verlangten deren Aufhebung und die Abberufung des spanischen Kriegsvolkes aus der untern Pfalz. Im Falle der Kaiser diesem Verlangen nachkommen und Mittel und

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 7./17. Juni 1621. — Engl. StA. Carleton an Calvert dd. 19./29. Juni 1621. — Sächs. StA. Pöllnitz an Kursachsen dd. $\frac{26.\ \text{Juni}}{6.\ \text{Juli}}$ 1621.

Wege vorschlagen würde, auf welche Art er den Pfalzgrafen zur Aussöhnung gelangen lassen wolle, erklärten sie sich erbötig diese Mittel zur Kenntniss zu nehmen, zum Pfalzgrafen zu reisen und über deren Annahme mit ihm zu verhandeln. Wenn der Kaiser den Bogen nicht zu straff spanne, so werde sich dieser gewiss bequemen, wenn er aber in den Feindseligkeiten fortfahren werde, so könne er überzeugt sein, dass der Pfalzgraf nicht hilflos bleiben werde.*) Eine solche Sprache deutete an, dass Christian die in Segeberg beschlossenen Rüstungen eifrig betreibe, was damals auch thatsächlich der Fall war.

Der wiener Hof liess sich durch diese Bitten und Drohungen nicht einschüchtern; der Feind in Norddeutschland fiel nicht so schwer in die Wagschale, als dass man um seinetwillen die Vortheile in Süddeutschland aufgegeben hätte. Der abweisliche Bescheid war deshalb so scharf, wie die dänische Ansprache. Das Ansuchen Christians wurde rundweg abgewiesen und dabei angedeutet, dass sich der Kaiser mit der Wiedereroberung seines Besitzes nicht begnügen könne, sondern sich für die aufgewendeten Kosten entschädigen müsse. Vergeblich suchten die dänischen Gesandten die Gründe dieses abweislichen Bescheides zu widerlegen, es wurde ihnen dieselbe Antwort zu theil und so mussten sie unverrichteter Dinge von Wien abreisen.**)

7. Juni 1621

In seinem Bescheide hatte der Kaiser auch des niedersächsischen Kreises erwähnt und die Erwartung ausgesprochen, dass derselbe sich zu keinen Feindseligkeiten hinreissen lassen werde. Thatsächlich hatten sich die Stände des genannten Kreises Anfangs Mai versammelt und in ihren Beschlüssen so ziemlich die Richtung des segeberger Convents eingehalten. Sie einigten sich zur Absendung einer Gesandschaft an den Kaiser, boten sich an, den Pfalzgrafen zur Annahme billiger Forderungen zu bewegen und beschlossen gleichzeitig zu rüsten, aber als es zur Durchführung dieser Bestimmungen kommen sollte, wollte ihnen Niemand folgen. Kein Fürst wollte die Gesandtschaft nach Wien

1621

*) Wiener StA. Proposition der dänischen Gesandten

**) Die beiden Antworten des Kaisers und die Replik der dänischen Gesandten bei Londorp.

übernehmen und keiner die beschlossenen Rüstungen durchführen. Christian von Dänemark sah sich in allen Voraussetzungen getäuscht, denen er sich in Segeberg hingegeben hatte. Da die Union, der König von England und der niedersächsische Kreis die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hatten, wollte auch er seine Haut nicht zu Markte tragen und so steckte er den abweislichen Bescheid des Kaisers ruhig ein. Die Truppen, die er geworben und durch drei Monate unterhalten hatte, und die sich auf sechs Tausend Mann beliefen, dankte er ab und überliess den Pfalzgrafen seinem Schicksale. Wir bemerken zum Schlusse, dass nur ein einziger Reichsfürst die Verbindung mit dem Pfalzgrafen nicht formell löste und zwar der Landgraf Moritz von Kassel. Er bestätigte nicht den von seinen Räthen in Bingen mit Spinola abgeschlossenen Vertrag und billigte auch nicht den mainzer Accord, aber da er seine Truppen thatsächlich aus der Pfalz zurückzog, wurde er vorläufig von Spinola nicht angefeindet.*)

*) Rommel Geschichte von Hessen Bd. VII.

Viertes Kapitel.

Lord Digby's Gesandtschaftsreise.

I Jakobs Botschaft an Friedrich. Der Pfalzgraf sendet Nethersole an seinen Schwiegervater. Seine Forderungen. Jakobs Zorn über die Union. Sein Verhalten gegen die Wünsche Friedrichs. Bedingungen, unter denen sich Friedrich mit dem Kaiser ausgleichen will. In wie weit schliesst sich Jakob denselben an? Er benützt nicht die vom Parlament angebotene Hilfe. Friedrich lässt die Gutachten seiner Freunde über die Bedingungen eines Ausgleichs mit dem Kaiser einholen, hält sich aber nicht an dieselben. Pawel in Greenwich. Man verhandelt in England über die von Friedrich vorgeschlagenen Ausgleichsbedingungen. Resolution Jakobs. Digby's Abreise nach Wien. Sein Empfang daselbst. Er stellt seine Forderungen. Kaiserliche Gesandte werden nach München und Dresden geschickt. Digby wird mit seiner Forderung bezüglich der Restitution des Pfalzgrafen abgewiesen.

II Berathungen in Wien wegen der pfälzischen Kur und der Kurlande. Der Kaiser will die Unterpfalz dem Erzherzog Albrecht und die Oberpfalz dem Herzog Maximilian als Austausch für Oberösterreich geben. Unzufriedenheit Maximilians, der die gesammten pfälzischen Länder erwerben will. Er verweigert die Uebernahme der Execution gegen die Oberpfalz. Der Kaiser sucht vergeblich den Herzog zu beschwichtigen. Kursachsens Meinung in Angelegenheit der pfälzischen Kur und der damit verbundenen Länder. Der Kaiser will die Execution gegen die Oberpfalz selbst vornehmen. Maximilian lenkt ein und erbietet sich dazu gegen Entschädigung. Der Kaiser nimmt das Anerbieten an, aber will nur bedingungsweise Entschädigung leisten. Kurz frägt bei Maximilian an, wie sich der Kaiser der englischen Vermittlung gegenüber verhalten solle. Maximilian verwirft dieselbe. Seine Aeusserungen gegen Hohenzollern.

III Kaiserliche Antwort auf Digby's Forderungen. Der Kaiser will nur bedingungsweise einen Waffenstillstand zugestehen. Pawel in Wien. Digby bei Oñate. Rathschlag des letzteren. Die kursächsische Antwort. Digby will abreisen, da der Waffenstillstand abgelehnt wird. Man beschliesst in Wien die Meinung des Herzogs von Baiern bezüglich des Waffenstillstandes einzuholen. Endgiltige Antwort des Kaisers. Abreise Digby's.

IV Rüstungen Mansfelds. Er lagert sich bei Weidhausen und fällt in Böhmen ein. Kämpfe mit Tilly. Einmarsch Maximilians in die Oberpfalz. Sein abweislicher Bescheid bezüglich des Waffenstillstandes. Verhandlungen mit Mansfeld. Digby stört dieselben. Mansfeld verlässt die Oberpfalz.

I

König Jakob hatte während der Vorgänge, die zur Auflösung der Union führten, sich dem Glauben hingegeben, dass

die Sendung Digby's einen massgebenden Einfluss auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse üben werde. Die Unterstützung, die er seinem Schwiegersohne zu Theil werden liess, war nicht für den Krieg, sondern für den Frieden berechnet und so bestimmte er, dass die Summe von 20000 ₰, die er ihm neuerdings zuschickte, wohl für die Truppen in der Pfalz aber zugleich auch zur Unterstützung derjenigen verwendet werden solle, die durch den Krieg besonders gelitten hatten.*) Er versprach auch ein neues Darlehen von 50000 ₰ bei dem Könige von Dänemark zu erwirken, das, wenn es zu Stande kam, dem pfalzgräflichen Ehepaar im Haag die nöthigen Mittel zum Lebensunterhalt liefern und die Bezahlung des rückständigen Soldes ermöglichen konnte.**) Zu grösseren Opfern wollte sich der König aber nicht entschliessen, da er nach Digby's Berichten glaubte, dass Erzherzog Albrecht und der König von Spanien dem Kaiser keine Hilfe mehr leisten würden, falls dieser die Restitution seines Schwiegersohnes verweigern sollte. Da er denselben im Geiste schon im friedlichen Besitz der Pfalz sah, so verlangte er von ihm, dass er nicht bloss für sich selbst sondern auch für seinen Sohn auf die böhmische Krone verzichte und überhaupt nichts thue, was den Friedensschluss verzögern könnte.***)

Friedrich hatte vor Empfang der Mittheilungen seines Schwiegervaters den bei ihm schon in Prag beglaubigten englischen Agenten Nethersole nach England geschickt, um durch ihn seine Interessen daselbst vertreten zu lassen. Durch diesen Boten theilte er auch den Inhalt des mainzer Accords mit und machte den König darauf aufmerksam, dass die Union ihre Truppen entlassen werde; er verlangte deshalb nicht nur die nöthigen Geldmittel, um dieselben in seinen Sold nehmen und die Pfalz weiter vertheidigen zu können, sondern auch noch obendrein die Ausrüstung und Zusendung einer englischen Armee. Er wollte den Krieg nur zur Vertheidigung führen und auf die böhmische Krone verzichten, aber nur unter den Bedingungen

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 16./26. April 1621.
**) Engl. StA. Jakob an den Herzog von Zweibrücken dd. (?) April 1621.
***) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 19./29. April. 1621.

die wir oben erörtert haben.*) Da Friedrich mittlerweile jenes friedenduftende Schreiben Jakobs erhalten hatte, so antwortete er, dass er gern bereit sei, seine friedfertigen Bemühungen zu fördern, wenn der Kaiser die Verfassung, die Religionsfreiheit und die Besitzverhältnisse in Böhmen nicht antaste, im übrigen überlasse er es der Entscheidung Jakobs, ob er mit Mansfeld und Bethlen eine weitere Verbindung unterhalten solle.

Der Pfalzgraf hatte Nethersole auch deshalb nach England geschickt, weil er den missliebigen Achatz von Dohna von dort hatte abberufen müssen und seine Stelle für den Augenblick von Niemanden besser versehen werden konnte, als von dem genannten Engländer, der seit länger als Jahresfrist die Interessen des pfalzgräflichen Paares mit allen seinen Sympathien unterstützte. Trotzdem hätte Jakob den Eröffnungen Nethersole's kaum ein geneigtes Ohr geliehen, wenn nicht mittlerweile der mainzer Accord durch die Union und den Herzog von Zweibrücken, also noch vor der Mittheilung durch Friedrich zu seiner Kenntniss gekommen wäre.**) Der König erkannte die gefährliche Seite des Vertrags, denn wie sehr er sich auch bemühen mochte, er fand nichts in dem Accord, was er zu Gunsten des Pfalzgrafen hätte deuten und was er als das Resultat der digby-schen Gesandschaft hätte begrüssen können. Der Accord besagte 1621 dürr und klar, dass die Union vom 14. Mai angefangen ihre Verbindung mit dem Pfalzgrafen lösen und denselben seinem Schicksale überlassen müsse. Welche Bedeutung auch immer Jakob seiner Persönlichkeit und seinem Einflusse beimass, er konnte sich nicht verhehlen, dass die Restitution seines Schwiegersohnes viel schwerer gelingen würde, wenn ihn seine deutschen Freunde verliessen; er war deshalb über die Union empört und bezeichnete es als einen Betrug, dass man durch Morton an ihn die Forderung um monatliche Unterstützung und um die Ausrüstung einer Armee gestellt hatte und nun in so verrätherischer Weise mit Spinola den Waffenstillstand schloss. Er wollte nicht zugeben, dass die Union sich bei ihrem Vorgehen mit der

*) Münchner StA. Memoire pour Mr. Nethersole dd. 12./22. April 1621.

**) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Jakob dd. 9./19. April 1621.

Lässigkeit entschuldigen könne, mit der er ihren Forderungen nachgekommen sei. Er habe sein Möglichstes gethan, und sich gegen weitere Leistungen nicht gesträubt, aber ihre Forderungen habe er unmöglich in der kurzen Zeit erfüllen können, die sie ihm gegeben.*) In dieser Weise eiferte er in dem Schreiben, das er an die Union abschickte, weil er fühlte, man werde später den Vorwurf gegen ihn erheben, dass er den Abfall verschuldet habe. Thatsächlich säumten die Unionsfürsten mit dieser Anklage nicht: Anspach und Würtemberg sagten es jedem, der es hören wollte, dass Jakob durch sein Zaudern an allem Unheil schuld sei.**)

Als nun Nethersole bei Jakob eine Audienz verlangte und ihm die Wünsche seines Schwiegersohnes, namentlich wegen der Uebernahme des Unionsheeres in seinen Sold vortrug, hatte der König nicht den Muth in seiner brüsken Weise dieses Begehren abzulehnen, obwohl dessen Erfüllung ihn in einen Krieg mit den Habsburgern verwickeln konnte. Er hörte die Mittheilungen und Bitten ruhig an, erklärte nach einer langen Besprechung, dass er die Sache weiter erwägen wolle und gab sie in der That einigen Mitgliedern seines Geheimrathes zur Begutachtung.***) Die wohlwollende Stimmung verflüchtigte sich aber in den folgenden Tagen, denn in der Antwort, die er seinem Schwiegersohne zukommen liess, wollte er nichts von der Uebernahme des Unionsheeres wissen und stützte seine Weigerung mit der Verpflichtung, die die Unionsfürsten eingegangen seien ihre Truppen zurückzuziehen und sonach nicht in die Dienste des Pfalzgrafen übertreten zu lassen. Er riet demselben auch von der Verbindung mit Bethlen und mit Mansfeld ab und hielt ihm, allerdings mit Recht vor, dass er während des Waffenstillstandes keinen feindlichen Akt gegen den Kaiser vornehmen dürfe. Da Friedrich an seinen Schwiegervater abermals das sonderbare Verlangen gestellt hatte, dass er eine Entschädigung für die in Böhmen vergeudeten Schätze verlangen solle, so wies ihn Jakob auch damit ab. Nur in den Punkten, deren Ge-

*) Münchner StA. Jakob an die Union dd. 2./12. Mai 1621.

**) Coll. Cam. Camerarius an den Grafen zu Solms dd. 3/13. Mai 1621.

***) Englisches StA. Nethersole an Carleton dd. 2./12. Mai 1621.

währung den König nichts kostete, zeigte er sich nachgiebiger; so billigte er es, dass Friedrich den Kaiser nicht um Verzeihung bitten und sich nicht erniedrigen wolle, so war er auch erbötig, sich für den Bruder und für die Anhänger des Pfalzgrafen in Deutschland und Böhmen zu verwenden, damit sie alle straflos ausgingen, und endlich wollte er sich an die Könige von Frankreich und Dänemark wenden und ihre guten Dienste für Friedrich in Anspruch nehmen.*) Seinem Schwiegersohn versüsste er den im ganzen abweislichen Bescheid durch einen Brief, in dem er ihn seiner innigsten Theilnahme und seines treuesten Schutzes versicherte und ihn für den Abfall der Union damit tröstete, dass er fortan eine sichere Hilfe an Gott und an ihm finden werde. Der Eindruck dieses Schreibens wurde noch dadurch erhöht, dass Jakob die Uebersendung von 20000 ₤ als Theilzahlung auf das dänische Anlehen in sichere Aussicht stellte.**) Der wichtigste Beschluss, den der König fasste, war jedoch der, dass er den Lord Digby nicht nach Madrid, sondern nach Wien schicken wollte, um an der entscheidenden Stelle die Restitution seines Schwiegersohnes zu betreiben. Ein kleiner in diesen Tagen erlangter Erfolg bestärkte ihn in seiner Zuversicht. Spinola kam dem bei dem Abschluss des mainzer Accords gegebenen Versprechen nach und antwortete ihm auf seine Bitte um Verlängerung des Waffenstillstandes, dass er denselben aus Rücksicht für ihn nicht bloss bis zum 12. sondern bis zum 30. Juni verlängern wolle,***) um seinen Friedensverhandlungen mehr Zeit und Gelegenheit zu gönnen.

Zum Verständniss der von Jakob eingeleiteten Verhandlungen wird es gut sein, wenn man sich die neue Phase, die in den Forderungen und Anerbietungen des Kaisers und des Pfalzgrafen um die Mitte des J. 1621 zu Tage trat, vergegenwärtigt. Auf kaiserlicher Seite verlangte man, dass Friedrich es als eine

*) Münchner StA. Propositions faites de bouche à S. M. de la Grande Bretagne. Responses de S. M. aux dites propositions dd. 7./17. Mai 1621. — Englisches StA. Nethersole an Carleton dd. 4./14. und 8./18. Mai 1621.

**) Engl. StA. Jakob an Friedrich dd. 13./23. Mai 1621.

***) Englisches StA. Spinola an Jakob dd. 14./24. Mai 1621.

Gnade ansehe, was und wie viel man ihm von seinen frühern Würden und seinem Besitz wieder zuerkennen würde, dass er für diese Gnade von allen feindlichen Bündnissen ablasse, den Grafen Mansfeld nicht mehr unterstütze und den Kaiser um Verzeihung anflehe. Wenn der Pfalzgraf sich diesen Bedingungen gefügt hätte, so würde man ihm einen Theil seines Besitzes ohne die Kur zurückgegeben haben.

Der Pfalzgraf dagegen wollte zwar auf die böhmische Krone verzichten, aber dieses nicht offen und ehrlich thun, da er die gleiche Verzichtleistung für seinen Sohn ablehnte, um demselben für spätere Zeiten einige Ansprüche zu wahren; nur im äussersten Falle war er erbötig, diese Hoffnung aufzugeben. Dabei stellte er die Bedingung, dass er in seinen erblichen Würden und Besitzungen nicht geschmälert, dass eine allgemeine Amnestie seinen Bundesgenossen und den Einwohnern der böhmischen Länder ertheilt und dass diese in dem Bekenntniss ihrer Religion nicht beeinträchtigt würden. So lange diese Bedingungen und wenigstens die bezüglich seiner völligen Restitution nicht erfüllt waren, wollte er von der Verbindung mit Mansfeld, Bethlen, den Holländern und sonstigen Freunden nicht ablassen und um keinen Preis sein Schicksal dem Belieben des Kaisers anheim geben, sondern nur nach vorheriger Unterhandlung sich unterwerfen. Auch wegen der Annahme der böhmischen Krone wollte er keine Abbitte leisten, denn er behauptete, dass der Streit in Böhmen kein Streit zwischen dem Kaiser und ihm als Kurfürsten des Reiches, also zwischen Herrn und Unterthan, sondern ein Streit zwischen dem Pfalzgrafen und dem Könige von Böhmen, also zwischen zwei gleichgestellten Fürsten sei, und dass der Sieger dem Besiegten keine Demüthigung aufzuerlegen das Recht habe.*)

Gegenüber diesen beiderseitigen Forderungen nahm Jakob eine vermittelnde Stellung ein. Nach der von ihm entworfenen Instruction sollte Digby den Kaiser um die Restitution des Pfalzgrafen und seiner Anhänger im Reich und in Böhmen ersuchen und dafür nicht bloss die Verzichtleistung des Pfalzgrafen und seines Sohnes auf die böhmische Krone, sondern

*) Coll. Cam. Camerariana an den Grafen zu Solms dd. 17./27. Mai 1621.

auch dessen treue Freundschaft für die Zukunft anbieten und jede auch materielle Genugthuung versprechen, die ihn nicht entehren würde. Wenn Digby mit seinen Anerbietungen und Forderungen abgewiesen würde, so sollte er von Wien abreisen und seine Schritte nach Spanien lenken und den König Philipp IV (da Philipp III mittlerweile gestorben war) ersuchen, dass er seinen Einfluss zu Gunsten des Pfalzgrafen verwenden möge, und falls man ihn auch da mit Ausflüchten abspeisen würde, so solle er nach England zurückkehren, wo der König dann seine weiteren Entscheidungen treffen werde.*) Jakob glaubte aber nicht an das Misslingen seiner Vermittlung und aus diesem Grunde beauftragte er den Lord, sobald er nach Spanien kommen würde, die Heiratsverhandlungen zwischen dem Prinzen von Wales und der Infantin zum Abschlusse zu bringen, ertheilte ihm auch detaillirte Aufträge über die Mitgift, die er fordern solle und über die Art und Weise, wie ihre Bezahlung zu geschehen habe, bestimmte, wer für die Infantin die Kosten der Reise nach England bestreiten solle, setzte für sie die Jahresrevenue als Prinzessin von Wales und als Königin von England fest**) und bezeigte damit deutlich, wie sehr ihm dieser Gegenstand am Herzen lag und wie er von dem Zustandekommen dieser Heirat die Lösung der pfälzischen Schwierigkeit erwartete.

Für Jakob bot sich übrigens um dieselbe Zeit nochmals die Gelegenheit dar, schneller und nachhaltiger zum Ziele zu gelangen, als es durch die angedeuteten Verhandlungen möglich war. Das Parlament hatte ihm gleich nach seinem Zusammentritt beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt und sich erboten noch mehr herzugeben, wenn Jakob die bewilligten Gelder für seinen Schwiegersohn verwenden wollte. Das Haus der Gemeinen vernahm es ungern, dass er noch immer auf dem friedlichen Ausgleiche beharre, von seinem Heiratsprojekt nicht ablasse und so die Sympathien der Engländer für seine Tochter

*) Engl. StA. Instruction für Digby dd. $\frac{\text{25. Mai}}{\text{4. Juni}}$ 1621.

**) Engl. StA. Instruction für Digby bezüglich der spanischen Heirat dd. $\frac{\text{23. Mai}}{\text{2. Juni}}$ 1621.

von sich weise. Unmittelbar vor Schluss der Session entschlossen sich die Gemeinen zu einer feierlichen Kundgebung. Sie erklärten, dass sie mit der Lage des pfalzgräflichen Ehepaares und seiner Anhänger und Glaubensgenossen das innigste Mitleid fühlten und dass, wenn es dem König nicht gelingen sollte, ihnen auf dem Wege der Verhandlungen zu ihrem Besitz zu verhelfen, sie bereit seien, ihren letzten Heller und ihr Leben herzugeben, um mit dem Schwerte zu erreichen, was in friedlicher Weise nicht erlangt werden konnte. *) Diese Erklärung war von den Gemeinen nicht bloss zum Schein abgegeben worden, sie meinten es ernstlich und waren bereit, ihr nachzukommen und wenn Jakob sie beim Worte genommen und ebenso ernstlich für seinen Schwiegersohn eingestanden wäre, so ist nicht zu bezweifeln, dass er Spanien und den Kaiser zur Nachgiebigkeit und zur Restitution bewogen hätte, da sich ihm Norddeutschland angeschlossen und das englische Geld hinreichend starke Armeen unter die Fahnen gerufen hätte. Ob damit den Böhmen und Oesterreichern eine Erleichterung zu Theil geworden, ob überhaupt dadurch der Krieg der beiden Glaubensparteien in Deutschland verhütet und nicht bloss verschoben worden wäre, sind andere Fragen, bezüglich welcher die Verneinung sehr nahe liegt. Jakob legte aber wenig Gewicht auf die Versprechungen seines Parlaments: nicht durch Gewalt, sondern durch seine unübertreffliche Weisheit wollte er zum Ziele gelangen.

Da also nach seinem Beschlusse die Friedensverhandlungen von neuem beginnen sollten, so beriet sich der Pfalzgraf mit seinen Räthen endgiltig über die Bedingungen, unter denen er

---

*) Münchner StA. Nethersole an Achatz von Dohna dd. 5./15. Juni 1621. Nethersole schickte eine Abschrift der Declaration der Gemeinen an Dohna, die in franz. Uebersetzung also lautet: das Haus der Gemeinen erklärt solenellement, que s'il advient que le sincere debvoir, que S. M. fait de procurer par traité leur paix et saufveté, ne reussit en aussi bon effet, qu'on s'est promis et qu'on attend, qu'alors à la premiere signification du plaisir de S. M. en parlement ils seront prest de l'assister jusques au dernier poinct de leur pouvoir ensemble avec leurs vies et fortunes de telle sorte, qu'avec l'aide de Dieu tout-puissant il puisse estre capable d'effectuer avec son espée ce que par voye de paix ne pourra estre obtenu.

sich mit dem Kaiser vergleichen wollte und forderte auch zu diesem Zwecke von einigen befreundeten Fürsten Gutachten ab. Auf seinen Wunsch reiste der Herzog von Zweibrücken mit Camerarius zu dem Landgrafen Ludwig, um ihn in dieser Beziehung auszuholen. Der Landgraf erklärte rundweg, dass ohne vorhergehende Abbitte und Unterwerfung unter den Richterspruch des Kaisers keine Aussöhnung zu hoffen sei und dass der Pfalzgraf dies ja schnell thun möge, wenn die Kurpfalz nicht verloren gehen solle.*) — Ebenso unternahm in Folge eines pfälzischen Auftrags der in den weiteren diplomatischen Verhandlungen viel beschäftigte Rustorf eine Reise zu den Markgrafen von Baden und Anspach und zu dem Herzoge von Würtemberg. Alle drei Fürsten rieten zum Frieden und sonach zur unbedingten Verzichtleistung auf die böhmische Herrschaft; der eine, der Markgraf von Baden, war jedoch der Meinung, dass sich Friedrich der ihm zugemutheten Abbitte vor dem Kaiser nicht unterziehen dürfe, wenigstens widerriet dies entschieden sein Kanzler. Der Markgraf von Anspach wollte ebenfalls nichts von einer Abbitte wissen, aber er meinte doch, dass es nicht ohne eine gewisse Genugthuung abgehen könne und ob diese in Geld bestehen solle, zu dessen Zahlung sich der Pfalzgraf verstehen müsste oder in der Abtretung eines Theiles seiner Länder, das bleibe dahingestellt. Er (der Markgraf) riet zu dem Versuche, dem Kaiser die Unterhaltung eines Regiments im Kriege gegen die Türken anzubieten, vielleicht würde sich derselbe mit dieser Genugthuung begnügen. Der Herzog von Würtemberg meinte, der Pfalzgraf solle sich vor der Abbitte nicht so sehr fürchten, der Kaiser werde das äusserste nicht verlangen (d. h. ihm eine Demüthigung ersparen), er sei ein sanfter Herr, dessen Herz jeder gewinne, der mit ihm in Verkehr trete. Auch messe Ferdinand dem Pfalzgrafen die geringere Schuld bei, für den Hauptschuldigen halte er den Fürsten von Anhalt.**)

---

*) Münchner StA. Der Herzog von Zweibrücken an Friedrich dd. 17./27. Mai 1621. — Sächs. StA. Landgraf Ludwigs Schreiben dd. $\frac{28. \text{ Mai}}{7. \text{ Juni}}$ 1621.

**) Relation Rustorfs dd. 5./15. Juni 1621. Münchner StA.

Man sieht, keiner von den dem Pfalzgrafen mehr oder weniger befreundeten Fürsten dachte nur entfernt daran, dass derselbe vom Kaiser mehr erlangen könnte als seinen früheren Besitz, anders aber dachte Friedrich über seine Verhältnisse und Aussichten. Ohne die gewünschten Gutachten, namentlich die durch Rustorf eingeholten zu erwarten und zu würdigen, wurde er nach mancherlei Berathungen, bei denen der Graf von Solms und Achatz von Dohna vielleicht auch die Pfalzgräfin das Wort geführt haben mögen, über die Bedingungen schlüssig, auf Grund deren er sich an den von seinem Schwiegervater eingeleiteten Friedensverhandlungen betheiligen wollte. Er wünschte, dass zu denselben neben England und Dänemark auch Schweden und die Herzoge von Braunschweig und Lüneburg zugezogen würden und dass der mit dem Kaiser abzuschliessende Vertrag aus zwei Theilen bestehen solle, einem zu veröffentlichenden und einem geheimen. In dem ersteren sollte er in seine Ehren und Würden und in seinen Besitz restituirt und diese Restitution sich ausnahmslos auf alle seine Räthe, Diener und Offiziere beziehen. Dafür war er erbötig auf die böhmische Krone für sich und seinen Sohn zu verzichten, aber er wollte sich weder zu einer Abbitte noch zu einem Bündniss mit dem Hause Oesterreich entschliessen. Der geheime Theil des Vertrags zeigt, dass Friedrich dem Kaiser gegenüber besondere Vorrechte in Anspruch nahm und dass er noch immer die tolle Ansicht hegte, als ob Ferdinand zu einem Schadenersatz an ihn verpflichtet sei. Er verlangte nämlich, dass sich Spanien zur Zahlung einer jährlichen Pension an ihn und an seinen Sohn verpflichte: an ihn, weil er für seinen Sohn auf die böhmische Krone verzichte, und an seinen Sohn, damit dieser später die Verzichtleistung als zu recht bestehend anerkenne. Auch sollte der Kaiser sich und seine Erben verpflichten, bei allen künftigen Gelegenheiten das Wohl des pfälzischen Kurhauses zu fördern. Das Bündniss und die Dienstbarkeit zu Gunsten der Habsburger lehnte der Pfalzgraf ab, aber er nahm keinen Anstand diesem Hause die Dienstbarkeit zu seinen Gunsten aufzubürden.*)

*) Coll. Camer. Erwägungen der pfälzischen Geheimräthe. Memorial für Andreas Pawel dd. 2./12. Juni 1621.

Diese und andere Bedingungen, die wir zum Theil bereits mitgetheilt haben und die sich auf die Anwerbung eines Heeres für die Pfalz, auf die Unterstützung Mansfelds und auf das Bündniss mit Bethlen bezogen, sollte der pfälzische Rath Andreas Pawel dem König Jakob mundgerecht machen, damit dieser sie zu den seinigen mache und ihre Gewährung durch Digby betreibe. Er reiste deshalb nach England ab und kam am 21. Juni in Greenwich an, wo der Hof gerade residierte. Als er vom Könige zur Audienz vorgelassen wurde, bezog sich die Unterhaltung zunächst auf Lord Digby, der von Brüssel nach England zurückgekehrt war, daselbst die letzten Weisungen erhalten und die Reise nach Wien bereits angetreten hatte und dem Pawel später nachreisen sollte. Der pfälzische Gesandte suchte darauf das Gespräch auf diejenigen Punkte zu bringen, für die er die Zustimmung in England nachsuchen sollte und berührte zuerst den wegen der Abbitte, die zu leisten der Pfalzgraf sich weigerte. Jakob war mit dieser Weigerung einverstanden. „Mein Gott", so rief er aus, „was denkt mein Tochtermann, glaubt er, dass „ich einen Frieden machen will, der ihm Spott und Schande „eintrage: eher wollte ich mit ihm zu Grunde gehen. .... Ich „habe keine solche Gewalt in meinem Land und über meine „Unterthanen, wie sie der Kaiser über so viele vornehme Kur- „fürsten und Fürsten jetzt beansprucht". Pawel verlangte darauf die Auszahlung weiterer 30000 Pfund für den Pfalzgrafen, damit dieser das nöthige Geld für die Truppen in der Pfalz und für Mansfeld zur Verfügung habe, aber hier hatte die Freundlichkeit Jakobs ein Ende. Er klagte, dass er durch die steten Opfer, die man von ihm verlange, zum Bettler werde, er bestehe nicht aus Gold und Silber, sondern aus Fleisch und Bein; wenn Gott selbst vom Himmel käme und ihm befehle mehr zu thun, so könnte er dies nicht. — Als die Sprache auf Bethlen kam, wollte Jakob nichts von dem Bündnisse mit ihm hören und beschuldigte ihn, dass er ein Türke, ein Giftmischer und ein treuloser Mann sei. Pawel hatte Mühe ihm eine bessere Meinung von Bethlen beizubringen und ihn von der Beschuldigung, dass er den Pfalzgrafen verlassen habe und mit dem Kaiser habe Frieden schliessen wollen, rein zu waschen. Hiemit hatte die Audienz ein Ende.

1621

Pawel wurde mit seinen sonstigen Anliegen an den Staatssekretär Calvert verwiesen.

Er folgte dieser Weisung und ging mit seinem Memoire zu Calvert, der sich in die Lektüre desselben vertiefte. Einer der Punkte betraf Böhmen und die seinen Bewohnern zu ertheilende Amnestie. Man muss es zur Ehre des Pfalzgrafen stets wiederholen, dass er nie daran dachte, Böhmen der Rache der Sieger preiszugeben, sondern dass er ebenso für die Amnestirung der Bewohner dieses Landes, wie für die eigene vorzusorgen suchte. Diese Fürsorge theilten die englischen Staatsmänner nicht, Calvert erklärte, dass man die Friedensverhandlung nicht daran scheitern lassen dürfe, wenn der Kaiser „einige Personen“ in Böhmen von dem Pardon ausschliessen würde. Dass man sich in Wien mit der Absicht trug, die gesammte besitzende Klasse in Böhmen büssen zu lassen, davon hatte man allerdings in England keine Ahnung. Die Bitte um Ausfolgung weiterer Geldsummen wies Calvert gleichfalls ab.*)

Man verhandelte nun im englischen Staatsrath eingehend über die verschiedenen Forderungen des Pfalzgrafen und die Schlussantwort, die ihm Jakob ertheilte, stand nicht im Einklang mit den sympathischen Aeusserungen, zu denen er sich Anfangs gegen Pawel hinreissen liess, wohl aber entsprach sie den bisherigen auf den friedlichen Ausgleich hinzielenden Bestrebungen. So wollte der König nichts davon wissen, dass der Pfalzgraf grössere Rüstungen in der Pfalz anstelle, er solle damit warten, bis von Digby etwa ein ungünstiger Bericht über seine Verhandlungen eingelaufen sein würde. Ebensowenig gefiel ihm das Bündniss mit Bethlen und deshalb wies er die Bemerkung Friedrichs, dass der Fürst von Siebenbürgen, im Falle man sich nicht um ihn kümmern werde, nach der böhmischen Krone greifen würde, als eine überflüssige Sorge zurück. Er verweigerte auch seine Zustimmung zu einem angriffsweisen Vorgehen Mansfelds und verlangte, dass sich derselbe auf die Vertheidigung der Oberpfalz beschränke und nur dann zum Angriff übergehe, wenn er von Baiern angegriffen würde. Bezüglich der drei Plätze, die Friedrich in Böhmen besetzt hielt

*) Münchner StA. Pawel an Friedrich von der Pfalz dd. 16./26. Juni 1621.

(damals wurden noch Tabor, Wittingau und Klingenberg für den Pfalzgrafen gehalten), riet er, sie freiwillig dem Kaiser zu übergeben und dabei nur die Bedingung zu stellen, dass die Bewohner dieser Orte weder an ihrem Leben und Vermögen noch in dem freien Bekenntnisse ihrer Religion geschädigt werden sollten. Weiter verlangte er, dass Friedrich die über ihn verhängte Acht als giltig anerkenne und sich in den kaiserlichen Ausspruch füge, doch versprach er ihm, dass dies für ihn keine üblen Folgen haben werde. Nur in zwei Punkten gesellte er sich seinen Ansichten bei: dass er bei der Aussöhnung mit dem Kaiser sich keinen demüthigenden Bedingungen unterziehen dürfe und dass die Aussöhnung sich auf alle seine Anhänger in Deutschland und Böhmen beziehen solle. — Friedrich hatte an seinen Schwiegervater auch die Bitte gerichtet, er möge für die Verlängerung des Waffenstillstandes in der Unterpfalz Sorge tragen und in dieser Beziehung beruhigte ihn Jakob, indem er ihm mittheilte, dass Spinola die Einhaltung desselben 1621 bis zum 30. Juni versprochen und ihn bezüglich der weiteren Verlängerung nach Wien gewiesen habe. Da könne nun der Pfalzgraf sicher sein, „er verspreche ihm, dass der Kaiser auf das Ansuchen Digby's zu einer allgemeinen Verlängerung des Waffenstillstandes binnen vierzehn Tagen seine Zustimmung geben werde." *) Thatsächlich erfüllte Jakob seine Versprechungen noch vor dem Beginn der durch Digby anzubahnenden Verhandlungen insofern, als Spinola sich auf eine neuerliche Bitte 1621 zu einer weiteren Verlängerung bis zu Ende Juli bereit erklärte, obwohl er um diese Zeit überzeugende Beweise in den Händen hatte, dass Friedrich mit dem Markgrafen von Jägerndorf und mit Mansfeld im Bunde stehe und seine Beschuldigung namentlich in Bezug auf den Jägerndorfer mit Aktenstücken erhärten konnte. Indem Jakob seinem Schwiegersohne von der Verlängerung der Waffenruhe benachrichtigen liess, erneuerte er auch die Bitte, durch derartige unüberlegte Schritte den Erfolg

*) Münchner StA. Resolution Friedrichs auf das vom Hofrichter Andreas Pawel übergebene Memoire dd. 20./30. Juni 1621. Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{\text{23. Juni}}{\text{3. Juli}}$ 1621. Vergl. auch damit das Schreiben Jakobs an den Prinzen von Oranien dd.? Juni 1621.

seiner Vermittlung nicht zu durchkreuzen.*) Von der Pension, die Friedrich für sich und seinen Sohn von Spanien forderte, war in Jakobs Schreiben keine Rede, vielleicht nahm man also im Haag im letzten Augenblick Anstand, die Forderung zu stellen. Man sah aber deshalb noch immer nicht ein, wie thöricht und lächerlich sie sei, denn einige Tage später ersuchte der Pfalzgraf seinen Vetter, den Herzog von Zweibrücken, dass er bei einer allfälligen Zusammenkunft mit Digby und mit dem Landgrafen Ludwig energisch für eine pekuniäre Entschädigung zu seinen Gunsten eintrete, denn das sei nie seine Absicht gewesen, dass er auf jeden Schadenersatz für die erlittenen Verluste verzichten sollte.**)

Lord Digby, dessen diplomatischem Talente für geraume Zeit das schwierigste Geschäft übertragen war, sollte in Wien im vollen Glanze seiner Stellung auftreten und da es dazu mannigfacher Vorbereitungen bedurfte, so verzögerte sich seine Abreise bis kurz vor Pawels Ankunft in Greenwich. Da Jakob fürchtete, dass der Kaiser mittlerweile nach Regensburg abreisen und die Kur an Baiern übertragen könnte, schickte er noch einen zweiten Gesandten ab, der sich auf seiner Reise durch Besuche nicht aufzuhalten brauchte und sonach rasch am kaiserlichen Hofe anlangen konnte und diesem Gesandten gab er den Auftrag, bei Ferdinand dahin zu wirken, dass er keinen Beschluss bezüglich des Pfalzgrafen fasse, bevor Lord Digby bei ihm erschienen sei.***) Für diese Angst und für diese doppelte Sendung hatte man wahrlich keinen Grund. Nichts lag den damaligen Höfen ferner, als rasche Entschlüsse und eiliges Handeln und wenn man in Wien auch diesmal von der Gewohnheit abgewichen wäre, so hingen sich wie ein Bleigewicht die deutschen Fürsten an und diese verzögerten jede rasche Bewegung. Wir werden darüber berichten, wie der Kurfürstentag, den der Kaiser im Mai 1621 zusammenberufen wollte, um

*) Engl. StA. Calvert an Carleton dd. 7./17. Juli 1621.

**) Münchner StA. Friedrich an den Herzog v. Zweibrücken dd. $\frac{\text{29. Juni}}{\text{9. Juli}}$ 1621.

***) Engl. StA. Calvert an Carleton dd. $\frac{\text{26. Mai}}{\text{5. Juni}}$ 1621. — Ebend. Digby an Carleton dd. $\frac{\text{28. Mai}}{\text{7. Juni}}$ 1621.

auf ihm die Entscheidung über den Pfalzgrafen und seine Kur zu fällen, thatsächlich erst im November 1622 zusammentrat, es bedurfte einer 18monatlichen Schreiberei und eines andauernden Kriegsglücks bevor der Tag abgehalten werden konnte.

Digby reiste zunächst nach der Pfalz, wo er sich mit eigenen Augen von dem Stande der Dinge überzeugen wollte. Da Spinola nach Brüssel abgereist war und das Commando über die spanische Armee in die Hände des Don Gonzales de Cordova niedergelegt hatte, verhandelte er mit diesem über die Verlängerung des Waffenstillstandes und erlangte von ihm das Versprechen, dass er nicht eher zum Angriffe übergehen werde, als bis er einen neuen Befehl dazu erhalten haben würde. Wir sehen daraus, dass die Spanier eine stets weiter gehende Nachgiebigkeit bekundeten und jetzt sogar den Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit verlängerten. Nachdem sich Digby mit dem Herzoge von Zweibrücken und mit den pfälzischen Räthen besprochen hatte, reiste er nach Brüssel zurück, um auch da für eine längere Waffenruhe zu wirken.*) Auf der weiteren Reise erhielt er von seinem Kollegen im Haag, Carleton, die Anzeige, dass Friedrich an Mansfeld den Befehl habe ergehen lassen, sich während der Verhandlungen Digby's ruhig zu verhalten.**) Die Waffen sollten also in der Ober- und Unterpfalz ruhen; dass Friedrich trotzdem den Markgrafen von Jägerndorf zum Angriffe gegen den Kaiser reizte und die Verbindung mit Bethlen unterhielt, wollen wir nur nebenbei bemerken.

Der englische Gesandte richtete darauf seine Schritte nach Nürnberg und von dort nach Regensburg, wo er den Boten, den Jakob eigens an Ferdinand mit den oben geschilderten Aufträgen abgeschickt hatte, auf dem Rückwege begriffen antraf. Er war dem Kaiser nach Steiermark nachgereist und hatte von diesem die Weisung für Digby erhalten, er möge nicht nach Wien,

---

*) Englisches StA. Jakob an Spinola dd. ? Juni 1621. — Ebend. Digby an Spinola dd. 4./14. Juni 1621. — Ebend. Calvert an Carleton dd. 7./17. Juni 1621. — Ebend. Digby an Calvert dd. 14./24. Juni 1621.

**) Ebend. Carleton an Digby dd. $\frac{\text{21. Juni}}{\text{1. Juli}}$ 1621. — Ebend. Friedrich an Jakob dd. $\frac{\text{22. Juni}}{\text{2. Juli}}$ 1621.

sondern nach Prag kommen, weil Ferdinand damals im Sinne hatte, diese Stadt zu besuchen.*) Der Lord glaubte jedoch nicht an diese Nachricht und setzte seine Reise nach Wien mit möglichster Langsamkeit und mit vielen Unterbrechungen fort, so dass er erst am 14. Juli dort eintraf. Der Empfang, dessen er sich in Wien, wohin der Kaiser mittlerweile zurückgekehrt war, erfreute, war vielverheissend: man begegnete ihm mit Auszeichnung, bot ihm die Verpflegung auf kaiserliche Kosten an und überhäufte ihn mit Aufmerksamkeiten und Besuchen. Ferdinand selbst behandelte ihn in der zuvorkommendsten Weise, er liess sich in der ersten Audienz, die er ihm schon den Tag nach seiner Ankunft ertheilte, mit ihm in ein eingehendes Gespräch ein, in dessen Verlaufe der Gesandte seinen Vermittlungsvorschlag erörterte. Er verlangte, dass eine allgemeine Waffenruhe während der gegenwärtig eingeleiteten Verhandlungen herrsche, der Pfalzgraf wieder in Gnaden aufgenommen und in seinen Besitz und seine Würden restituirt werde und bot die Bürgschaft des Königs von England an, dass sich der Begnadigte zur schuldigen Ehrerbietung und zum schuldigen Gehorsam (ad debitam reverentiam et obedientiam) verstehen und eine billige Genugthuung leisten werde. Wenn wir von dieser etwas dunklen Sprache den Schleier lüften, so wurde dem Kaiser zwar nicht eine Abbitte von Seite des Pfalzgrafen, aber doch eine Erklärung, die einer Abbitte nahe kam, versprochen und die Aussicht auf irgend eine Genugthuung eröffnet. Welcher Art sie sein sollte, ob der Pfalzgraf mit dem Kaiser ein Bündniss wider die gemeinsamen Feinde abschliessen und auf seine Kosten einige Tausend Mann im kaiserlichen Dienste unterhalten oder sonst irgend ein Opfer bringen würde, darüber liess sich Digby nicht aus, man ersieht aber, dass er auf keinen Fall für die Wünsche Friedrichs, wie sie dieser in der für Pawel entworfenen Instruction niedergelegt hatte, eintreten wollte.**) — Der Kaiser nahm die Mittheilungen um so freund-

1621

15. Juli 1621

*) Ebend. Digby an Calvert dd. $\frac{\text{24. Juni}}{\text{4. Juli}}$ 1621.

**) Sächs. StA. Propositiones Baronis Digby. — Engl. StA. Digby an Calvert dd. 11./21. Juli 1621. — Ebend. Digby to the Lords Commissioners for the affairs of Germany dd. $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. August}}$ 1621.

licher entgegen, da der Gesandte auf das feierlichste versicherte, dass Jakob an dem ganzen Streit keinen Theil gehabt, sondern sich stets neutral verhalten habe. Ferdinand schloss die Audienz mit dem Versprechen, dass er einige seiner Geheimräthe mit der weiteren Verhandlung betrauen werde.

Am folgenden Tag fanden sich bei Digby der Graf von Meggau und Herr von Strahlendorf ein und drückten ihre Zufriedenheit damit aus, dass er zu einigen Anerbietungen (welche den Inhalt der Genugthuung ausmachen sollten) bevollmächtigt sei, während die Gesandten der Union und die des Königs von Dänemark für den Pfalzgrafen bloss gefordert, aber nichts geboten hätten. Auf weitere Detailfragen erstreckte sich das Gespräch nicht, da man auf kaiserlicher Seite vorerst mit sich selbst zu Rathe gehen musste, welche Stellung man zu den englischen Forderungen und Anerbietungen nehmen wolle. Vor Digby's Ankunft war man entschlossen, dem in München im October 1619 abgeschlossenen Vertrage nachzukommen, die Kurwürde an Maximilian zu übertragen und sich für die erlittenen Verluste an den Besitzungen des Pfalzgrafen schadlos zu halten und hatte, wie wir erzählen werden, Anfangs Juli den Herzog Maximilian zum Angriffe auf die Oberpfalz und den Marques Spinola zur Kündigung des Waffenstillstandes aufgefordert. Hielt man an diesen Beschlüssen fest, so war man in Verlegenheit, welche Antwort man dem Gesandten geben solle, ohne die Endabsicht schon jetzt zu verrathen; änderte man aber an denselben so entstand die Frage, wie weit man den englischen Wünschen entsprechen solle. In diesem Zweifel wollte man eine definitive Antwort aufschieben und diesen Aufschub damit begründen, dass der Kaiser den Kurfürstentag auf den Monat August verlegt habe und dass er daselbst das Gutachten seiner Bundesgenossen, des Kurfürsten von Sachsen und des Herzogs von Baiern, einholen wolle, und sich erst dann über die pfälzischen Angelegenheiten entscheiden könne. Mittlerweile schickte man aber den Reichshofrath Kurz nach Baiern und den Burggrafen Hannibal von Dohna und Otto von Nostitz nach Sachsen ab, und ersuchte beide Fürsten um ihre Meinung betreffs des Ausgleichs mit dem Pfalzgrafen. Dieser Schritt zeigt, dass man sich in Wien nicht absolut ablehnend gegen die englischen

Wünsche verhielt, aber man wagte nicht, eine selbstständige Entscheidung zu fassen und wie die Dinge lagen, musste das Gutachten des Herzogs von Baiern den Ausschlag geben.*)

In der Antwort, die der englische Gesandte am 18. Juli 1621 von Meggau und Strahlendorf erhielt, wurde also die Entscheidung des Kaisers bis auf den Zusammentritt des Kurfürstenconvents verschoben und zugleich erklärt, dass eine gedeihliche und baldige Lösung der Schwierigkeiten nur dann zu erwarten stünde, wenn der Pfalzgraf schon jetzt seine Unterwürfigkeit unter den Kaiser (oder vielmehr unter seinen Richterspruch) erklären und wenn Digby angeben würde, worin die von ihm zu leistende Genugthuung bestehen werde. Man wünschte zu wissen, ob sich Jakob für seinen Schwiegersohn zu wirklichen Opfern, sei es in Geld oder Land, verpflichten wolle und war entschlossen, die Verhandlungen abzubrechen, falls dies nicht der Fall wäre.**)

Digby gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er verlangte nicht, dass der Kaiser den Pfalzgrafen schon jetzt in den Besitz seiner Ehren und Länder setze, aber er sollte wenigstens die Geneigtheit dazu aussprechen, im Falle ihm eine entsprechende Genugthuung geleistet würde. Meggau und Strahlendorf blieben aber auf ihrer früheren Behauptung stehen, dass ein derartiges Versprechen nicht gegeben werden könne, so lange der Kurfürstenconvent nicht zusammengetreten sei, denn wenn der Kaiser seine Entscheidung schon vordem treffen würde, so sei derselbe eigentlich überflüssig. Vergeblich bemühte sich der Gesandte, ihnen eine andere Anschauung beizubringen, und nur als er mit dem Abbruche der Verhandlungen drohte — weil sie zu nichts führen würden, wenn der Kaiser nicht einmal seine Bereitwilligkeit zur Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen erkläre, trotzdem man ihm bezüglich der Bedingungen freie Hand lasse — da erst stellten sie ihm eine neue Entscheidung in Aussicht. Digby entschuldigte sich in

*) Die betreffenden Zuschriften an Baiern und Sachsen im wiener StA.

**) Sächs. StA. Propositiones Digby. — Responsum primum legato Anglico datum. — Lord Digby to the Lords Commissioners for the affairs of Germany dd. $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. Aug.}}$ 1621. (Engl. StA.)

seinem Berichte nach Hause, dass er so scharf aufgetreten sei: er habe dadurch indirect hinter das Geheimniss der Vereinbarungen zwischen Wien und München kommen wollen, denn wenn Ferdinand nicht wenigstens hypothetisch die Restitution des Pfalzgrafen zugebe, so geschehe dies, weil er sich durch ein Versprechen gegen Baiern bezüglich der Kurwürde gebunden habe.*)

Es verging nun der ganze Monat Juli, ohne dass von kaiserlicher Seite eine zweite Antwort erfolgt wäre und zwar aus dem Grunde, weil man das Gutachten Maximilians erwartete. Wollte sich derselbe mit Oberösterreich begnügen und auf die Kur verzichten, so würde der Kaiser den Pfalzgrafen vielleicht in Gnaden aufgenommen haben, da ihm Bethlen und der Markgraf von Jägerndorf gerade jetzt schwere Sorgen bereiteten, Buquoy sogar bei der Belagerung von Neuhäusel gefallen war, wodurch seinem Heere ein bewährter Führer abging und die Gefahren sich steigern mussten, wenn England die norddeutschen Fürsten mit Geld unterstützte und zum Angriffe reizte. Zu Ende Juli 1621 lief endlich diese Antwort ein und sie entschied über den Entschluss des Kaisers.

II

Um die Antwort zu verstehen, die Maximilian auf die an ihn gestellte Frage gab, muss man den Inhalt der Verhandlungen 1621 kennen, die seit dem Monat Januar zwischen Wien und München bezüglich der pfälzischen Kur gepflogen wurden. Als der Kaiser damals über den Pfalzgrafen die Acht aussprechen wollte, verlangte er von dem Reichshofrath ein Gutachten, welches die juristische Seite der Frage erörtern sollte. Keiner von den Räthen bezweifelte die Berechtigung des Kaisers zur Verhängung der Acht, strittig war ihnen nur die Frage, ob man die pfalzgräflichen Agnaten von der Succession ausschliessen dürfe, zumal der Pfalzgraf von Neuburg für sich die Kur auf Grund der 1621 Simultanbelehnung begehrte, im Falle nicht bloss die Söhne,

*) Engl. StA. Digby an die Lords Commissioners dd. $\frac{26.\ \text{Juli}}{5.\ \text{Aug.}}$ 1621.

sondern auch der Bruder des Winterkönigs von ihr ausgeschlossen werden sollten. Hauptsächlich politische Gründe lenkten die Entscheidung des Reichshofraths dahin, dass er dem Kaiser das Recht zur freien Vergebung der Kur ohne Rücksicht auf die agnatische Erbfolge und die Simultanbelehnung zusprach.*) Es scheint nicht, als ob den Räthen der Vertrag von 1619 bekannt gewesen sei, der die Kur dem Herzog von Baiern zusicherte, wenigstens nahmen sie in ihrem Gutachten keine Rücksicht auf denselben und rieten sogar dem Kaiser, dass er sich mit der neuen Verleihung der Kur nicht beeilen solle, weil er dadurch seine Stellung erschweren würde.

Bei dieser Gelegenheit kam auch eine zweite Frage aufs Tapet, deren Lösung der Reichsvicekanzler Ulm in einem eigenen Gutachten versuchte, die Frage nämlich, ob der Kaiser berechtigt sei, die kurfürstliche Dignität von dem Landbesitz zu trennen und die erstere ohne den letzteren zu übertragen. Ulm erklärte dies auf Grund der goldenen Bulle für nicht zulässig, aber er meinte, dass die Kur an der Oberpfalz hafte und sprach damit dem Kaiser die freie Disposition über die Unterpfalz zu. Offenbar war er von den Ansprüchen, die Spanien auf dieselbe erhob und durch Oñate nach der Schlacht auf dem weissen Berge hatte Ausdruck geben lassen, in Kenntniss gesetzt und trug ihnen in seinem Gutachten Rechnung. Ebenso mag ihm das dem Herzog von Baiern gegebene Versprechen bekannt gewesen sein, denn er riet nur, dass man sich vor Uebertragung der Kur an Maximilian der Zustimmung der Kur-

*) Die Reichshofräthe glaubten, dass der Kaiser zur freien Vergebung der Kur berechtigt sei und zwar auf Grund des Satzes der goldenen Bulle: Si vero aliquem ex huiuscemodi principatibus ipsorum (nimirum electorum) imperio sacro vacare contingeret, tunc imperator seu rex Romanorum, qui pro tempore fuerit, de ipso providere debebit et poterit tamquam de re ad imperium legitime devoluta. Nach ihrem Gutachten fiel die Kur dem Kaiser nicht bloss im Falle des Erlöschens des gesammten Stammes des betreffenden Kurfürsten, sondern auch im Falle der Aechtung anheim, welche Behauptung sie allerdings mit keiner Stelle der goldenen Bulle, sondern nur mit dem Vorgehen Karls V gegen Johann Friedrich von Sachsen begründen konnten. — Das Gutachten ist im wiener StA.

fürsten von Mainz und Sachsen versichere.*) Man sieht, es tauchten mancherlei schwierige Fragen auf, an die man bei Gelegenheit der Verhandlungen in München (im Oct. 1619) nicht gedacht hatte, jedenfalls scheint man damals nicht erörtert zu haben, was mit den pfälzischen Kurlanden geschehen solle, wohl aus dem Grunde, weil man an eine so weitgehende Ausbeutung des Sieges nicht dachte. Mitten unter diesen Erörterungen verhängte der Kaiser am 29. Januar über den Pfalzgrafen die Acht und entsprach so dem langgehegten Wunsche Maximilians, der nun nicht zweifelte, dass ihm die Kur übertragen werden würde.

1621

Nachdem der Pfalzgraf von Neuburg schon vor Verhängung der Acht seine Ansprüche in Wien geltend gemacht hatte, ging er nach der Publication derselben einen Schritt weiter und suchte in kluger Würdigung der Verhältnisse die entgegenstehenden Schwierigkeiten dadurch zu beseitigen, dass er sich an Maximilian wandte und um seine Unterstützung bei dem Kaiser ersuchte. Der Herzog wies jedoch diese Bitte ab, indem er offen erklärte, dass auch er Ansprüche auf die Kur erhebe und als der Pfalzgraf seine Bitte wiederholte, lautete die Antwort nicht anders und so standen sich fortan beide Bewerber als Nebenbuhler gegenüber.**)

Febr. 1621

In Wien hatte mittlerweile der Plan, wie man mit der Kur und den pfälzischen Ländern verfahren wolle, feste Formen gewonnen. Der Kaiser wollte dem Erzherzog Albrecht und in weiterer Folge dem Könige von Spanien die untere Pfalz überlassen, die Oberpfalz mit der Kur sollte der Herzog von Baiern unter der Bedingung erhalten, dass er die Eroberung derselben auf eigene Kosten durchführe und sobald er das Land erobert haben würde, Oberösterreich dem Kaiser zurückstelle und zwar ohne irgend einen Ersatz für die Kriegskosten des Jahres 1620 und unter Rückerstattung alles dessen, womit er sich mittlerweile in Oesterreich bezahlt gemacht hatte. Für den Fall als die Reichsstände die Ausstattung der Kur mit der blossen Oberpfalz für zu gering erachten würden, sollte Maximilian

*) Wiener StA. Gutachten Ulms.

**) Die Schriftstücke im münchner StA.

einen Theil seiner ererbten Besitzungen mit der Oberpfalz und mit der Kur verbinden. Gegen den Erzherzog Albrecht sollte er ausdrücklich auf die Unterpfalz verzichten und sich mit ihm zur wechselseitigen Hilfeleistung verbinden, im Falle sie um ihrer Erwerbung willen angegriffen würden. Er sollte auch den Pfalzgrafen von Neuburg von der Verfolgung seiner Ansprüche zurückhalten und eine angesehene Person zu dem Könige von Frankreich schicken, um diesen für die Uebertragung der Kur zu gewinnen. Da man hoffte, dass der Herzog auf alle diese Bedingungen eingehen und sich mit der Oberpfalz begnügen und also der zugemutheten Abtretung von Oberösterreich nicht widersetzen werde, so wollte man schon jetzt von ihm verlangen, dass er die Einkünfte aus dem Salzhandel und den Ertrag der Steuern, Mauten und Gefälle so wie die landesfürstlichen Residenzen und Zeughäuser dem Kaiser überlasse, so dass er eigentlich noch vor der Einnahme der Oberpfalz alle Vortheile aus seinem österreichischen Besitz aufgeben sollte.*) Wenn man die Bedingungen erwägt, unter denen der Kaiser seinem Versprechen bezüglich der Kur nachkommen wollte, so kann man ihn nicht beschuldigen, dass er bloss seinen Vortheil suchte, er wollte nur so viel als möglich sich vor Schaden bewahren. Denn da er die Ober- und Unterpfalz seinen Freunden gegen das Versprechen anbot, dass sie keine Ersatzansprüche für ihre Hilfeleistung an ihn stellen möchten, so musste er doch noch einen Theil der Kriegskosten tragen, da er für die an Sachsen verpfändete Lausitz kein Aequivalent bieten konnte und sie verloren geben musste, wenn er sie nicht mit sechs Millionen einlöste, die der Kurfürst später für seine Dienste in Rechnung stellte.

Um dem Herzog die eben erörterten Bedingungen so annehmbar als möglich zu machen, schickte der Kaiser den Grafen von Hohenzollern nach München und gab ihm ein Schreiben mit, in dem er erklärte, dass er gewillt sei die Kur auf dem nächsten Kurfürstenconvente an Maximilian, seine Nachkommen und seine Brüder erblich zu übertragen, sobald eine Einigung über die Bedingungen zwischen ihnen erzielt sei. Im Falle

*) Instruction für den Grafen v. Hohenzollern dd. 2. März 1621. Wiener StA.

Hohenzollern von dem Herzoge nicht die Verzichtleistung auf das Salzgefälle erlangen könnte, sollte er ihn um ein Anlehen*) oder um die Erlaubniss ersuchen, dass sich der Kaiser auf die zu konfiscirenden oberösterreichischen Rebellengüter 200000 Gulden ausleihen dürfe.**)

Als Maximilian von dem kaiserlichen Gesandten diese Mittheilungen erhalten hatte, fühlte er sich eben so getäuscht als gekränkt. Er hatte einen grösseren Lohn für die geleisteten Dienste erwartet und nicht bloss die Ober-, sondern auch die Unterpfalz als Beute betrachtet. Nun sollte er auf die Unterpfalz und auf die Einkünfte aus Oberösterreich verzichten und auch dieses selbst aufgeben, bevor der durch die Eroberung begründete Besitzwechsel die allgemeine Anerkennung erlangt hatte. Dazu kam noch, dass man in Wien und in München einen ganz verschiedenen Massstab bei der Abschätzung der Oberpfalz anlegte. In Wien glaubte man, dass sie den Herzog nicht bloss für die Kosten der böhmischen Expedition, sondern auch für die bevorstehende gegen die Oberpfalz entschädigen und ihm die Mittel in die Hand geben würde, um dem Pfalzgrafen und seiner Familie eine Alimentationsgebühr auszuzahlen, ja man zählte noch überdies auf einen solchen Ueberschuss in den Einkünften, dass man berechnete, er werde bei dem ganzen Handel zum mindesten eine Million Gulden gewinnen.***) In München dagegen rechnete man, dass die Oberpfalz nicht einmal die Interessen für das bei der böhmischen Expedition verbrauchte Kapital tragen würde, eine Annahme, die, wenn sie auch richtig gewesen wäre, was sie nicht war, nicht ausschlaggebend sein konnte, da der Besitz eines Fürstenthums in anderer Weise bewerthet werden muss und nicht mit einer, wenn auch noch so hohen Geldsumme in gleiche Linie gestellt werden kann.

26. März 1621 Der Herzog nahm also die Mittheilungen der kaiserlichen Gesandten mit dem grössten Missbehagen auf: er hätte nimmer gedacht, so erklärte er in vertrauten Kreisen, dass der Kaiser seinem Versprechen so schlecht nachkommen und die Ueber-

*) Wiener StA. Nebeninstruction für Hohenzollern dd. 2. März 1621. — Ebend. Ferd. an Max. dd. 2. März 1621.

**) Wiener StA. Die geheimen Räthe an Ferd. dd. 19. März 1621.

***) Wiener StA. Hohenzollern an Ferd. dd. 10. April 1621.

tragung der Kur an so schwere Bedingungen knüpfen würde. Schon am 2. April liess er dem Grafen von Hohenzollern eine 1621 Antwort in Bezug auf die Oesterreich betreffenden Forderungen zukommen, in der er rundweg die Ueberlassung des aus dem Salzhandel fliessenden Einkommens und sonstiger Steuererträgnisse ablehnte und überhaupt nichts an dem Octobervertrage geändert wissen wollte und damit selbstverständlich den Tausch gegen die Oberpfalz ablehnte.*) Eine Woche später schickte er dem Grafen eine zweite Erklärung zu, in der er sich darüber beschwerte, dass der Kaiser die Uebertragung der Kur jetzt an Bedingungen knüpfe, während er sie ihm ohne „einige Condition, Limitation und Restriction“ zugesagt habe. Er wollte weder auf die Unterpfalz verzichten noch die Verpflichtung übernehmen, den Erzherzog Albrecht oder seinen etwaigen Nachfolger, den König von Spanien, im Besitz derselben gegen allfällige Angriffe zu vertheidigen. Endlich gab er noch eine dritte Erklärung ab, in der er die Uebernahme der Execution gegen die Oberpfalz ablehnte. Auch davon wollte er nichts wissen, dass er den Pfalzgrafen von Neuburg um die Zustimmung zur Uebertragung der Kur ersuchen solle, nur bei Frankreich wollte er die gewünschten Schritte machen. Das Ansuchen des Kaisers, im Falle der Tausch Oberösterreichs gegen die Oberpfalz nicht vor sich ginge, 200000 Gulden auf die daselbst zu confiscirenden Güter aufnehmen zu dürfen, wies er zwar nicht ab, machte aber seine Zustimmung von weiteren Verhandlungen abhängig.**) — Für seine abweisliche Haltung und namentlich für die Ablehnung der Execution in der Oberpfalz gab er mancherlei Gründe an: er fand mit einemmale, dass ihm der zu Ulm (1620) abgeschlossene Vertrag den Angriff verbiete, auch fürchtete er sich jetzt vor der Coalition, die sich zur Vertheidigung der pfalzgräflichen Interessen bilden würde und vor den Schaaren Mansfelds, der sich in der Oberpfalz täglich stärke.***) Der Graf von Hohenzollern gab aber in

*) Wiener StA. Antwort Maximilians dem kais. Gesandten gegeben dd. 2. April 1621.

**) Wiener StA. Graf Hohenzollern an Ferd. dd. 23. April 1621.

***) Wiener StA. Zwei Antworten Maximilians dem Grafen Hohenzollern gegeben, beide dd. 9. April 1621.

seinem Berichte an den Kaiser als den wahren Grund der ablehnenden Haltung Maximilians nur den geringen Werth an, den man in München der Oberpfalz beilege und meinte, es werde wohl nichts anderes übrig bleiben, als dass der Kaiser die Execution selbst durchführe und so die Kosten derselben trage und sich dann mit dem Herzog in neue Verhandlungen bezüglich des Tausches einlasse.*)

Als Ferdinand von den Einwürfen und Bedenken des Herzogs in Kenntniss gesetzt wurde, bemühte er sich auf das eifrigste dieselben zu wiederlegen, da er das gute Einvernehmen mit ihm um keinen Preis gefährden wollte. Vor allem verwahrte er sich gegen den Vorwurf, dass er die Uebertragung der Kur an neue Bedingungen knüpfe: die von ihm gemachten Vorschläge, so wie die als nothwendig angesehene Berufung des Kurfürstenconventes zum Zwecke einer feierlichen Uebertragung der Kur seien in der Natur der Sache begründet und nicht als Bedingungen anzusehen, an denen sich Maximilian stossen dürfe. Den Herzog schon jetzt und ohne jede weitere Vorbereitung mit der Kur zu belehnen — wie das in den Wünschen Maximilians lag — sei nicht möglich. Auch bezüglich des Tausches von Oberösterreich gegen die Oberpfalz erklärte Ferdinand, dass es nie seine Meinung gewesen sei, dass der Herzog das Pfand aus der Hand geben solle, bevor er nicht im Besitz der Oberpfalz sei. Mit dieser nachträglichen und mit seiner ursprünglich gestellten Forderung jedenfalls nicht harmonierenden Erläuterung entfernte er den Stein des Anstosses und ermöglichte damit ein gewisses Uebereinkommen mit seinem Vetter und Bundesgenossen. Er hoffte, dass derselbe sich zufrieden geben und die Durchführung der Execution gegen die Oberpfalz nicht aufschieben werde.**)

Diese Erläuterung trug zwar den Bedenken des Herzogs mancherlei Rechnung und beruhigte ihn namentlich bezüglich Oberösterreichs, befriedigte aber noch immer nicht seinen Wunsch

*) Wiener StA. Zwei Schreiben des Grafen von Hohenzollern an Ferdinand II beide dd. 10. April 1621.

**) Wiener StA. Ferd. an Hohenzollern dd. 23. April 1621. — Ebend. Ferd. an Maximilian dd. 26. April 1621.

nach dem Besitze der Unterpfalz. Als er dem Grafen von Hohenzollern eine endgiltige Antwort auf die ursprünglichen Forderungen und die später eingebrachten Modificationen ertheilte, nahm er wohl seine früheren Vorwürfe zurück, als ob der Kaiser die Ertheilung der Kur an willkürliche Bedingungen knüpfe und erkannte an, dass derselbe nicht schneller vorgehen könne, sondern gewisse Vorfragen gelöst werden müssten, aber er trat nun offen mit dem Anspruch auf die gesammten Kurlande auf, da sie nach der goldenen Bulle unlöslich mit der Kur verbunden seien; nur in dem Falle, wenn der Kaiser den Pfalzgrafen nicht ganz aus seinem Besitze vertreiben würde, wollte er sich mit der Oberpfalz zufrieden geben und selbst auf diese verzichten, wenn dem Pfalzgrafen wegen massgebender Rücksichten sein ganzes Besitzthum zurückgegeben werden müsste. Er wollte sich dann mit der blossen Kur begnügen und sie mit dem Herzogthum Baiern als Kurland verbinden. Der Sinn seiner Antwort ging also dahin, dass er auf die pfälzischen Länder wohl zu Gunsten des Pfalzgrafen, aber nicht zu Gunsten des Erzherzogs Albrecht verzichten wolle. Um den Kaiser zu zwingen auf seine Wünsche einzugehen und ihm die ganze Pfalz abzutreten, lehnte er die Uebernahme der Execution in der Oberpfalz auch jetzt ab und vertröstete den Kaiser auf den Beschluss des künftigen Kurfürstentages. Auch seine Zustimmung zur eventuellen Auswechslung Oberösterreichs gegen die Oberpfalz lautete sehr vorsichtig, er wolle in den Tausch nur einwilligen, wenn er im Besitze der Oberpfalz sei, er verzichtete aber auch dann noch nicht auf jeden Ersatz für die zu Gunsten des Kaisers verwendeten Geldsummen, sondern behielt sich die Abrechnung vor. Von den oberösterreichischen Einkünften wollte er nichts ablassen, so lange die Interessen des von ihm verwendeten Kapitals gedeckt nicht seien; selbst in das Darlehen von 200000 Gulden, welches der Kaiser auf die zu konfiscirenden Güter in Oberösterreich aufzunehmen wünschte, willigte er nicht ein, weil der Pfandschilling nur anwachsen und die Auslösung erschwert werden würde. Maximilian zeigte sich als ein harter Gläubiger, aber gegenüber der Schleuderhaftigkeit, die in der wiener Geldgebahrung herrschte und die

16. Mai 1621

um eines kleinen Gewinnes willen die Zukunft preisgab, war diese nachsichtslose Genauigkeit am Platze.*)

Man dürfte sich billig wundern, dass der Graf von Hohenzollern auf diese wenig entgegenkommende Antwort nicht sofort eine Replik ertheilte und dass er sich über das Vorgehen Maximilians, der den ihm mitgetheilten Plan bezüglich der Verschenkung der Unterpfalz an Erzherzog Albrecht mit keinem Worte berührte und sie für sich in Anspruch nahm, nicht missbilligend äusserte. In einem Schreiben über die Verhandlungen, das er an den Kaiser richtete, löst er uns das Räthsel. Erzherzog Albrecht hatte nämlich die ihm zugedachte Vergrösserung abgelehnt, er zählte damals sein Leben nur nach Tagen, die durch Schmerzen aller Art gequält waren, und so wünschte er nichts weniger als eine Erweiterung seiner Herrschaft, die seinen Händen zu entschlüpfen im Begriffe war. Hohenzollern, der dies erfahren hatte, nahm an, dass der Kaiser jetzt über die Unterpfalz frei verfügen könne und sie dem Herzog von Baiern gegen eine zu bestimmende Entschädigung überlassen werde; aus diesem Grunde widersetzte er sich nicht den Ansprüchen Maximilians auf die gesammten Kurlande.**)

In Wien wie in München war man also auf alle Fälle entschlossen dem Pfalzgrafen die Kur wegzunehmen und nur über seine Besitzungen hatte man noch keine festen Bestimmungen getroffen. Was aber auch beschlossen werden mochte, jedenfalls musste man sich der Zustimmung Kursachsens versichern.

1621 Zu Ende April schickte der Kaiser deshalb seinen Bruder, den Erzherzog Karl, an den Kurfürsten und ersuchte ihn um sein persönliches Erscheinen auf dem zu berufenden Fürstentage, auf dem die Kur auf Maximilian übertragen werden sollte. Dabei liess er zugleich einfliessen, dass er und Spanien sich durch die Besitzergreifung der Unterpfalz für den erlittenen Schaden entschädigen wollten. Gegen die erste Forderung erhob Johann Georg mancherlei Einwände; er wollte den Fürstentag verschoben wissen, damit sich auch der Kurfürst von Branden-

*) Wiener StA. Antwort Maximilians dem Grafen Hohenzollern gegeben dd. 16. Mai 1621.

**) Hohenzollern an den Kaiser dd. 20. Mai 1621. Wiener StA.

burg, der damals wegen Uebernahme der polnischen Lehen in Preussen weilte, an demselben betheiligen könnte. Bezüglich der Uebertragung der Kur machte er jedoch keine Schwierigkeiten: „der Kaiser ist unser Herr, der hat zu schaffen," mit dieser Phrase, deren er sich gegen den Erzherzog bediente, schlug er seine eigenen Bedenken nieder. Was er auf die angedeutete Besitzergreifung der unteren Pfalz antwortete, ist uns nicht bekannt, doch glauben wir nicht, dass seine Antwort zustimmend lautete.*) — Freundlicher und weitgehender waren die Zusicherungen des Kurfürsten gegen den bairischen Gesandten Wensin, der aus gleichem Anlass zu ihm abgeschickt worden war und fast gleichzeitig mit dem Erzherzog Karl in Dresden weilte.**) Der Kurfürst und seine Räthe erklärten ihm, dass der Kaiser zur Aechtung des Pfalzgrafen und zur Uebertragung der Kur, an wen er wolle, berechtigt sei, ja der Kurfürst meinte sogar, dass der Kaiser dem Pfalzgrafen nicht bloss die Kur, sondern auch die Oberpfalz wegnehmen könne und nur die Unterpfalz den Kindern des Geächteten überlassen möge. Als Wensin erstaunt über diese Mittheilung sich bei einem Trinkgelage dahin äusserte, dass der Kurfürst es doch ungern sehen würde, wenn die Katholiken die Majorität im kurfürstlichen Collegium haben würden, bemerkte Johann Georg, dass dies ja bereits der Fall sei. Der kalvinische Pfalzgraf war ihm so zuwider, dass er dessen voraussichtlichen Ersatz durch einen Katholiken nicht besonders schwer empfand. Der Hass gegen diese protestantischen Dissidenten erreichte damals in Dresden seinen Höhepunkt, Hoë gab dem Wunsche Ausdruck, dass auch Kurbrandenburg aus dem kurfürstlichen Collegium entfernt werden möchte, damit man so alle Kalviner los würde.***) — Wenn man aber in München glaubte, dass die

---

*) Wiener StA. Bericht des Erzherzogs Karl. — Ebend. Responsiones ad objectiones, die bei Kursachsen geschehen möchten dd. 23. März 1621.

**) Sächs. StA. Memorial für Wensin, was er bei Kursachsen vortragen soll. — Ebend. Kursachsen an Max. dd. 14./24. April 1621.

***) Wiener StA. Zweiter Brief Hohenzollerns an den Kaiser dd. 20. Mai 1621. Diese wichtige Mittheilung über Kursachsen lautet nach Hohenzollerns Bericht also: „Das andere Stück des Herrn Wensins geheimen Relation „ist, dass man des Herrn Kurfürsten von Sachsen Meinung dahin ein-

Berichte aus Dresden den Kaiser zu weiterer Nachgiebigkeit bewegen würden, so täuschte man sich. Die Antwort, die Maximilian dem Grafen von Hohenzollern ertheilt hatte, erregte Anstoss in Wien. Ferdinand brach deshalb die Verhandlungen wegen der pfälzischen Besitzungen ab und erklärte, dass er nicht wissen könne, in welcher Weise er den verschiedenen für den Pfalzgrafen vorgebrachten Fürbitten werde Rechnung tragen müssen. Die endliche Entscheidung verschob er auf den regensburger Fürstenconvent, den er auf den 20. August ausgeschrieben habe.*) Zehn Tage später ersuchte er den Herzog Maximilian um die Vornahme der Execution gegen die Oberpfalz, aber nur mit denjenigen Truppen, zu deren Erhaltung sich die Liga in Augsburg verpflichtet habe. Der Kaiser wollte für die Kosten dieser Execution Niemandem, auch nicht dem Herzoge für das auf ihn entfallende Truppencontingent Ersatz leisten, die Einkünfte der Oberpfalz nur für sich verwenden und so bei den weiteren Verhandlungen eine bessere Position einnehmen.**)

9. Juni 1621

1621

Bevor Maximilian diesen Bescheid erhielt, liess er sich von seinem Rathe Jocher ein Gutachten über die von ihm einzuleitenden Schritte ertheilen. Aus demselben tritt klar hervor, wie sehr man damals in München den Angriff auf die Oberpfalz zu beeilen wünschte und wie ärgerlich man deshalb auf den Kaiser war, dass er die verlangten Zugeständnisse nicht machte. Jocher riet, dass man ohne weitere Umschweife in die Oberpfalz einfallen solle; er verbarg sich zwar nicht die Schwierig-

---

„genommen und penetrirt habe, dass Ihre Kurf. Gnaden dafürhalten, „man sollte den Pfalzgrafen zu Straf die Kur und die obere Pfalz nehmen, „aber die Unterpfalz seinen Kindern aus Gnaden wiederum geben und „als der Herr Wensin bei der Occasion eines Trinkens gegen den Kur„fürsten in der Still gesagt, J. kf. Gnd. würden ungern sehen wollen, „dass die Katholischen Maiora in dem kurf. Collegio bekommen sollten, „hat der Kurfürst rund darauf geantwortet, dies hab bei ihm kein Be„denken, denn es hätten doch die Katholischen die Maiora vorhin. Es „habe auch Dr. Hoë vermeldt, er wollte wünschen, dass man Kur„brandenburg diesergestalt auch tractiren könnte, damit die Calvinisten „gar aus dem kurfürstlichen Collegio exterminirt würden."

*) Wiener StA. Ferd. an Maximilian dd. 9. Juni 1621.

**) Wiener StA. Ferd. an den Grafen von Hohenzollern (undatirt aber dem 19. Juni 1621 angehörig.)

keiten, denen dieser Angriff bei gleichzeitiger Waffenruhe in der Unterpfalz ausgesetzt sei, er gab zu, dass dadurch Dänemark und der niedersächsische Kreis aufs äusserste gereizt, Sachsen entfremdet und dass vielleicht sogar der Kaiser durch dieses rasche Vorgehen beleidigt werden könnte, aber er erklärte, dass man trotz alledem den Grafen Mansfeld in der Oberpfalz nicht länger ungestraft wirtschaften und die eigenen Rüstungen unbenützt lassen dürfe. Man müsse deshalb laut und wiederholt vor der Welt erklären, dass der Angriff nicht dem Pfalzgrafen sondern nur dem Grafen Mansfeld gelte, der zahlreiche Ausfälle über die Grenzen der Oberpfalz unternehme, den Kaiser in Böhmen bedrohe und sich nicht an die Befehle seines Herrn kehre, trotzdem ihm dieser jeden Angriff verboten habe. Diese Beschuldigungen gegen Mansfeld waren richtig und man würde vielleicht in Deutschland an die Aufrichtigkeit derselben geglaubt haben, wenn Maximilian das Gutachten Jochers auch in seinem zweiten Theile befolgt und ausdrücklich erklärt hätte, dass er das Executionsheer pünktlich bezahlen, nach der Auflösung der mansfeldischen Armee keinen Platz in der Oberpfalz besetzt halten, sondern alles übrige der Entscheidung des Kurfürstentages überlassen würde, und wenn er später nach diesen Versicherungen vorgegangen wäre. Zu diesen Heucheleien wollte sich aber Maximilian nicht verstehen, er konnte nicht auf jedes Stückchen Boden feierlich verzichten, wenn er sich des ganzen Landes bemächtigen wollte und ebensowenig konnte er die Versicherung geben, dass die Execution der Oberpfalz keine Kosten verursachen werde, da er den Soldaten eigenmächtige Fouragirungen nicht verbieten, sondern höchstens das Brennen und masslose Plündern verwehren wollte. Da er sich der Oberpfalz bemächtigen wollte, musste er also trachten sich mit dem Kaiser auf irgend eine Weise zu einigen.

Vor Einleitung dieses Einigungsversuchs schickte der Herzog, begierig wie er war, sich wenigstens einen Theil der ersehnten Vortheile zu sichern, seinen Kanzler Donnersberg nach Wien und verlangte durch diesen vom Kaiser die schriftliche Uebertragung der Kur, denn wenn auch diese heimliche Erfüllung des gegebenen Versprechens den Herzog nicht in den Stand setzte, von den Kurrechten Gebrauch zu machen, so wollte

er sich doch auf diese Weise gegen alle Eventualitäten sichern. Donnersberg musste längere Zeit auf Antwort warten, lernte inzwischen die ob der zähen Haltung Maximilians in Wien um sich greifende Missstimmung kennen und erfuhr auch einzelne Details über den auf Kosten der Liga durchzuführenden Angriff gegen die Oberpfalz und berichtete hierüber nach Hause. Maximilian wurde darüber sehr ärgerlich und sein Aerger verleitete ihn zu der ganz ungerechtfertigten Klage gegen den Freiherrn von Eggenberg, der damals seiner Gesundheit wegen in ein süddeutsches Bad reiste und bei dieser Gelegenheit München berührte, dass ihm der Kaiser nur die uneinträglichen Aufgaben aufgebürdet habe, und sich selbst der Oberpfalz bemächtigen wolle,*) denn nur er selbst hatte diesen Entschluss herbeigeführt. Das sah er nun wohl ein, dass er die Execution nicht aufschieben dürfe, bis ihm der Kaiser die Unterpfalz zugesagt haben würde: er wollte nur dafür sorgen, dass man in Wien diese Unternehmung nicht auf die leichte Achsel nahm und seiner Hilfe eine geringere Bedeutung beimass. In seiner Antwort auf die Forderung des Kaisers, dass die Execution mit dem ligistischen Volk durchgeführt werden solle, behauptete er, dass die damit verbundenen Gefahren so gross seien, dass sie nur durch die gleichzeitige Kündigung des Waffenstillstandes in der Niederpfalz paralysirt werden könnten und deutete durch diese und andere Bemerkungen an, dass man die Zahl der gegen Mansfeld zu verwendenden Truppen möglichst verstärken müsse. Vor allem bekämpfte er aber die Absicht des Kaisers, die Dienste der Liga ohne jede weitere Bezahlung für sich in Anspruch zu nehmen: er erklärte, wenn ihm keine Entschädigung zu Theil werde, so müsse er seine weitere Betheiligung an den Kämpfen aufgeben, und stellte einen ähnlichen Beschluss auch von Seite der übrigen Mitglieder der Liga in Aussicht. Seine Andeutung, dass die Liga eine Entschädigung verlange, scheint der Wahrheit nicht entsprochen zu haben, thatsächlich erhob sie weder jetzt noch später ein solches Verlangen, da sie überzeugt sein musste, dass sie mit den Interessen des Kaisers auch ihre eigenen vertheidige, aber der Herzog fand es zweck-

*) Wiener StA. Eggenberg an Ferd. II dd. 28. Juni 1621.

entsprechend, wenn in Wien durch seine Behauptungen ein gewisser Schrecken verbreitet würde.

Ueberzeugt, dass sich der Kaiser zu dem verlangten Ersatze herbeilassen werde, erörterte er gleichzeitig, in welcher Weise die Execution in der Oberpfalz vorgenommen werden könnte, ohne dass man den ulmer Vertrag verletze oder den Schein der Unversöhnlichkeit gegen den Pfalzgrafen auf sich lade. Die Execution sollte allein gegen Mansfeld gerichtet scheinen: nicht um die Oberpfalz anzugreifen, sondern um Böhmen zu schützen, müsse man ihn bekämpfen und dies in den Proclamationen gehörig betonen. Man sieht, dass Maximilian den Rathschlägen Jochers in dieser Beziehung Rechnung trug. Die Absicht des Herzogs gipfelte aber darin, dass die Execution in der Oberpfalz nicht unter dem Commando eines kaiserlichen Generals mit Hilfe der ligistischen Truppen und ohne Beschwerung des kaiserlichen Staatsschatzes durchgeführt, sondern dass dieselbe unter seinem Commando gegen Ersatz der Kosten vorgenommen werden solle.*) Der bairische Kanzler suchte eine rasche Beantwortung der Anträge seines Herrn dadurch herbeizuführen, dass er auf den Beschluss der Liga hinwies, die sich in Augsburg nur für die Dauer von sechs Monaten zur Instandhaltung ihrer Rüstungen verpflichtet habe und sonach mit dem Angriffe nicht bis zum Zusammentritt des auf Ende August berufenen Fürstenconvents **) zögern könne.

Der Kaiser beantwortete zuerst das Gesuch um die schriftliche Uebertragung der Kur; er meinte, dass dies dem Herzog nichts nützen würde, da er die Rechte der Kur erst nach ihrer feierlichen Uebertragung auszuüben berechtigt sei, diese aber noch nicht vorgenommen werden könne, um den Pfalzgrafen und seine Freunde nicht zu neuen Feindseligkeiten zu verleiten. Deshalb sei es besser, die Execution gegen die Oberpfalz zuerst durchzuführen und ihm damit einen Theil seiner Mittel abzuschneiden. Da sicher zu erwarten stehe, dass der Pfalzgraf sich nicht zum Gehorsam bequemen werde, so erscheine der

*) Wiener StA. Zwei Schreiben Maximilians an Ferd. II dd. 28. Juni 1621. — Ebend. Jochers Gutachten.

**) Wiener StA. Anbringen der bairischen Gesandten, undatirt.

Angriff gegen ihn gerechtfertigt und später auch die Uebertragung der Kur.*)

Die weitere Beantwortung der bairischen Wünsche und Anträge überliess Ferdinand dem Reichshofrath Reck, der mit dem Grafen von Hohenzollern in München zusammentreffen und im Verein mit ihm dem Herzog noch einige Mittheilungen machen sollte. In diesen billigte der Kaiser den Einmarsch Maximilians in die Oberpfalz, übertrug ihm also die Durchführung der Execution und erklärte, dass er auch Spinola den Auftrag gegeben habe den Angriff wieder aufzunehmen. Mit seinen eigenen Truppen wollte er dieselbe jetzt nicht unterstützen, da Schlesien und Ungarn alle seine Kräfte in Anspruch nahmen. Zu einem Ersatz der Executionskosten war er nur dann erbötig, wenn dabei mehr als die in Augsburg bewilligten 15000 Mann verwendet würden,**) erst dann wollte er gestatten, dass Maximilian für die Mehrkosten einen Theil der Oberpfalz in Pfand behalten könne.***) In einem eigenen Briefe gab er seine Zustimmung dazu, dass der Feldzug unter dem Vorwande der Verfolgung Mansfelds und nicht als Execution gegen den Pfalzgrafen unternommen und auf diese Weise der ulmer Vertrag wenigstens formell nicht verletzt werde.

Reck reiste seinem Auftrage gemäss nach München, erfuhr aber in Alt-Oetting, dass Maximilian nach Straubing abgereist sei um daselbst die nöthigen Vorbereitungen für den Feldzug zu treffen, er reiste ihm dahin nach und entledigte sich seines Auftrages. Er fand eine gute Aufnahme, der Herzog erklärte sich bereit gegen die Oberpfalz vorzurücken, sprach aber trotz der gegentheiligen Entscheidung des Kaisers die Hoffnung aus, dass derselbe ihm alle seine Kriegskosten ersetzen und nicht verlangen werde, dass der Liga für ihre in Augsburg bewilligten 15000 Mann keine Entschädigung geleistet würde. Den Krieg in der Oberpfalz wollte er also ebenso in Rechnung stellen, wie den in Böhmen und verwahrte sich zugleich, dass ihm bei der

*) Wiener StA. Kais. Antwort dem bairischen Gesandten gegeben dd. 5. Juli 1621.

**) Kais. Instruction für die Gesandten an den Herzog Max. dd. 5. Juli 1621. Wiener StA.

***) Wiener StA. Ferd. an Max. dd. 6. Juli 1621.

Endabrechnung die Contributionen, die die ligistischen Truppen in Böhmen erhoben hatten, abgezogen würden, weil dieselben nicht ihm, sondern den Soldaten zu Gute gekommen wären und er sie durch allfällige Abzüge nicht erzürnen dürfe.*) Maximilian ging hiebei nicht ehrlich vor, denn an Tilly hatte er den Auftrag erlassen, den Soldaten die Contributionen in Anrechnung zu bringen, während er dem Kaiser gegenüber das Gegentheil behauptete.**)

Wenn wir in wenigen Worten das Stadium andeuten sollten, in welchem sich die Verhandlungen bezüglich der Kur und der Kurlande im Monate Juli befanden, so würde es dahin lauten, dass der Kaiser entschlossen war, dem Pfalzgrafen die Kur und seine Besitzungen zu entreissen und nur darüber noch nicht im reinen war, wem er die letzteren zuwenden, ob er den weitgreifenden Ansprüchen Maximilians genügen oder den Interessen seines Hauses Rechnung tragen solle. Ohne dass ein bestimmter Entschluss gefasst worden wäre, entschied sich der Kaiser für den Angriff auf die Oberpfalz und für die Kündigung des Waffenstillstandes in der Unterpfalz und fand hiebei die volle Zustimmung des Herzogs von Baiern. **1621**

Zwei Ereignisse bewirkten nun, dass die geplanten Massregeln nicht so glatt verliefen, wie man in Wien erwartete, und dass man noch im letzten Augenblicke zur ernstlichen Erörterung der Frage gezwungen wurde, ob man den Pfalzgrafen nicht in Gnaden aufnehmen solle. Das eine war die Ankunft Digby's, der im Falle eines ungünstigen Bescheides mit der Feindschaft Jakobs drohte, das andere die schlimme Wendung, die der nach mancherlei Verhandlungen mit Bethlen wieder aufgenommene Kampf nahm. Wir werden hierüber berichten und bemerken nur, dass Buquoy gerade in diesen Tagen vor Neuhäusel fiel, und das kaiserliche Heer sich nach der Insel Schütt zurückziehen musste. Dies und das Auftreten Digby's machte die wiener Kreise ängstlich und diese Aengstlichkeit wurde erhöht, als auch der spanische Gesandte nicht

*) Münchner StA. Max an Tilly dd. 26. Juni 1621.

**) Wiener StA. Reck an den Kaiser dd. 18. Juli 1621. — Ebend. Maximilians Erklärung an den Herrn v. Reck abgegeben dd. 21. Juli 1621.

mit dem früheren Eifer gegen jede Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen auftrat. Man fühlte sich plötzlich zur Nachgiebigkeit geneigt, durfte dies aber nicht offen aussprechen, so lange nicht der Herzog von Baiern seine Zustimmung gegeben hatte. Eben hatte man den Herrn von Reck mit den oben geschilderten Anerbietungen und Weisungen zu ihm geschickt und nun ordnete man den Reichshofrath Kurz an ihn ab und fragte ihn um Rath, wie man sich den Vermittlungsversuchen Jakobs gegenüber verhalten solle. Die Art und Weise, wie die Frage vorgelegt wurde, deutete fast an, als ob sich Ferdinand für die Restitution des Pfalzgrafen entschieden hätte, denn der Gesandte erklärte, dass sich der Kaiser wohl erinnere, was er dem Herzog bezüglich der Kur versprochen habe, nun stelle er es aber seinem Urtheile anheim, ob er das Versprechen einhalten könne. In Ungarn sei nach dem Tode Buquoy's die Gefahr im Wachsen, Holland werde sich der untern Pfalz annehmen, der „Jägerndorfer und Mansfelder" stärkten sich täglich; Sachsen und andere Fürsten verlangten die Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen. Da Spanien kaum genügende Hilfe leisten werde, so entstehe die Frage, ob Maximilian mit der Liga über hinreichende Mittel verfügen werde, um die Kur, falls sie ihm übertragen würde, zu vertheidigen? Die Frage war so gestellt, dass man aus ihr die Angst des Kaisers und den Wunsch herauslas, der befragte möge auf den so heiss ersehnten Lohn im Interesse des Friedens Verzicht leisten.*)

Gewiss empfand der Herzog bei dieser Ansprache einen noch grösseren Aerger als bei jener Gelegenheit, wo ihm Hohenzollern den Tausch von Oberösterreich gegen die erst zu erobernde Oberpfalz anbot. Allein er durfte diesmal seinem Aerger nicht dadurch Luft machen, dass er auf den Kleinmuth in Wien oder auf die Nichteinhaltung des gegebenen Versprechens schimpfte, er musste seinen Groll herunterwürgen und nur darauf bedacht sein, wie er den Kaiser für die Zurückweisung Digby's gewinnen könnte, weil ihm sonst die ersehnte Kur zu entschlüpfen drohte. Zunächst lehnte er die Ertheilung jedweden Rathes ab: er wolle nicht in Deutschland als der Feind jedes Friedens

*) Vortrag des kais. Gesandten Kurz von Senftenau in Straubing. Wiener StA.

verschrieen werden, wenn es bekannt würde, dass er sich gegen die Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen erklärt habe. Aber dass sein Rath nur darauf hinausging, zeigte er hinreichend im Laufe der weiteren Verhandlung, indem er zwar nur in indirekter, aber deshalb nur um so geschickterer Weise den Kaiser zu einem abschlägigen Bescheid an Digby zu veranlassen suchte. In seiner Antwort an Herrn von Kurz beschuldigte er nämlich den König von England der Heuchelei, wenn er behaupte, dass er den Pfalzgrafen in Böhmen nicht unterstützt habe und regte so den Verdacht bezüglich weiterer Treulosigkeiten an. Vor allem aber suchte er den Stolz Ferdinands wachzurufen, indem er darauf hinwies, dass die Verhandlungen für den Pfalzgrafen von einem dritten unternommen und dessen vollständige Restitution verlangt werde, während dieser selbst kein Zeichen der Reue an den Tag lege, keine Genugthuung anbiete, einen innigen Zusammenhang mit dem Mansfelder und Jägerndorfer unterhalte, in Böhmen einige Orte besetzt halte und den königlichen Titel führe. Alle Friedensverhandlungen seien nur auf Täuschung berechnet, man wolle dem Kaiser die Waffen aus der Hand entwinden um ihn dann um so sicherer verderben zu können. *)

Da diese Erklärung den Wunsch nach Abbruch der Verhandlungen mit Jakob deutlich genug verriet, so verlangte Kurz zu wissen, wie der englische Gesandte abgefertiget werden solle und in welcher Weise der Herzog sich und den Kaiser gegen die auf sie einstürmenden Gefahren schützen wolle. **) Auf diese Frage meinte der Herzog, dass der letztere jede Zusage an England ablehnen könne, so lange er sich nicht bei den befreundeten Kurfürsten und Fürsten Raths erholt habe, also der Fürstentag nicht zusammengetreten sei. Den erneuerten Angriff auf die Unterpfalz und den beginnenden Krieg gegen die Oberpfalz solle er mit dem Vorgehen Mansfelds und des Markgrafen von Jägerndorf rechtfertigen, er solle sich nicht durch die Drohungen Digby's einschüchtern lassen, weder Holland noch Frankreich, noch andere Freunde des Pfalzgrafen würden

*) Antwort des Herzogs von Baiern an den kais. Gesandten, gegeben 23. Juli 1621. Wiener StA.

**) Ebend. Zuschrift des Herrn von Kurz an Maximilian.

so leicht losschlagen, die Türkei sei mit Polen in Krieg verwickelt und könne ihre Waffen nicht gegen den Kaiser kehren, dieser werde mit Bethlen und dem Jägerndorfer fertig werden, und mit dem Mansfelder stehe es ohnedies nicht zum besten. Auf Ferdinands Seite stünden die deutschen Katholiken, der Papst und mehrere italienische Fürsten, auch Spanien werde helfen. Zu dieser, dem Gesandten schriftlich überreichten Antwort fügte Maximilian in einer demselben ertheilten Audienz einige Worte zu, die, wenn sie dem Kaiser hinterbracht wurden, allem Zögern ein Ende machen mussten. Er erklärte, dass die Restitution des Pfalzgrafen in seine Würde und seinen Besitz mit der Sicherheit der Katholiken unverträglich sei und versicherte, dass er in der Bekämpfung Mansfelds nicht ermüden werde. Er suchte jetzt seinem Vetter Muth einzuflössen, damit er nicht bei dem ersten Misserfolge auf alle Forderungen der Gegner eingehe.*)

Drei oder vier Tage nach der Verabschiedung des Reichshofraths Kurz traf der Graf von Hohenzollern in Straubing ein und gegen diesen als einen alten und guten Bekannten liess Maximilian die letzte Zurückhaltung fallen. Er machte kein Hehl daraus, dass er nicht von der Kur ablassen wolle, dass er auf das vom Kaiser schriftlich und mündlich gegebene Versprechen baue und dass der Pfalzgraf nicht restituirt werden dürfe oder wenigstens nicht in der Weise, wie dies England verlange.**) Dabei verwahrte er sich gegen die Annahme, als ob nur ein persönliches Interesse ihn zu diesem Rathschlage dränge: nur die Rücksicht auf das allgemeine Wohl leite ihn. — Wenn man billig sein will, so darf man diesem Grunde vom Standpunkt Maximilians nicht die Berechtigung absprechen. Er hatte die Gefahr wohl erwogen, in der sich die deutschen Katholiken und namentlich die Bischöfe befanden, wenn der Pfalzgraf in Böhmen siegte, und er wollte ihn deshalb nicht in den Wiederbesitz seines Erbes gelangen lassen, da er sonst in ihm einen grimmigeren Feind befürchten musste als ehedem. Die deutschen Bischöfe verlangten vor Friedrichs Rache ge-

*) Wiener StA. Curtii replica et ducis ulterior resolutio, 24. Juli 1621.

**) Wiener StA. Resolution Maximilians an den Grafen Hohenzollern, ertheilt dd. 29. Juli 1621. — Ebend. Max an Ferd. dd. 28. Juli 1621.

sichert zu sein und wie konnte dies anders geschehen, als wenn man ihm seinen Besitz nahm und dadurch unschädlich machte? In München hatte man die in Prag erbeuteten Papiere mit grossem Fleiss studiert und aus ihnen die Einsicht gewonnen, dass die pfalzgräfliche Partei seit dem J. 1608 auf den Umsturz der bestehenden Ordnung in Deutschland und Oesterreich hinarbeitete. Der Ehrgeiz entschied in erster Linie über den Entschluss des Herzogs von Baiern, aber die Anhänglichkeit an den ererbten Glauben und der Selbsterhaltungstrieb gaben diesem Entschlusse die nöthige Festigkeit.

III

Als man in Wien durch Kurz von den Ansichten Maximilians in Kenntniss gesetzt wurde, zögerte man nicht länger mit der Beantwortung von Digby's erneuerter Forderung. Man blieb dabei, dass man dem Pfalzgrafen nicht von vornherein Gnade verhiess, sondern die Entscheidung bis zum Zusammentritt des regensburger Fürstentags verschob und lehnte auch die weitere Verlängerung des Waffenstillstandes aus dem Grunde ab, weil Mansfeld einen Einfall nach Böhmen unternommen habe und der Markgraf von Jägerndorf Mähren und Schlesien im Auftrage des Pfalzgrafen angreife. Man erklärte jedoch, dass man die Waffen ruhen lassen wolle, wenn der Pfalzgraf sich den weisen Rathschlägen seines Schwiegervaters anbequemen, also wahrscheinlich das Treiben Mansfelds und des Markgrafen öffentlich missbilligen und sie aus seinen Diensten entlassen würde. *) Dass dies der Sinn der etwas unklaren schriftlichen Antwort war, ergibt sich daraus, dass der Kaiser dem Lord Digby seine Bereitwilligkeit zu einer allgemeinen Waffenruhe mündlich erklären liess, wenn sie sich nicht bloss auf die Unterpfalz, sondern auch auf Mansfeld und den Jägerndorfer erstrecken und diese sonach von allen Angriffen gegen ihn ablassen würden. Weitere Bitten und Vorstellungen Digby's hatten kein anderes Resultat, denn der Kaiser liess von den für den Waffenstillstand

*) Responsum secundum legato regis Angliae datum dd. 31. Juli 1621. Sächs. StA.

festgesetzten Bedingungen nicht ab: nur in dem Falle, wenn Mansfeld den ihm vom Pfalzgrafen ertheilten Friedensweisungen nicht gehorchen würde, solle die gegen ihn von dem Herzog von Baiern durchzuführende Execution dem Pfalzgrafen nicht zum Nachtheile gereichen; jedenfalls werde der Herzog die Execution nicht vornehmen, wenn Mansfeld Ruhe halten werde.*) — Wenn der Pfalzgraf die dargebotene Friedenshand erfasst hätte, so wäre man eigentlich in Wien in die grösste Verlegenheit gerathen, denn wie hätte man den eigenen Wünschen und den letzten Vereinbarungen mit Maximilian nachkommen können? Jedenfalls war Digby erfreut, er hoffte wieder auf ein günstiges Resultat seiner Verhandlungen, so lange der Pfalzgraf noch im Besitze seiner Länder war, er gab ihm Nachricht von seinen Hoffnungen und forderte ihn auf, Vorkehrungen zu treffen, damit der gedeihliche Fortgang der Verhandlungen nicht durch Mansfeld und den Jägerndorfer unterbrochen werde.**) Seine Mahnungen hatten jedoch bei Friedrich keinen Erfolg, da dieser den Frieden nur mit den Waffen erringen und nicht der Gnade des Kaisers verdanken wollte. Der Einfluss des Prinzen von Oranien machte ihn so kriegslustig, dass er gerade in diesen Tagen Vorbereitungen traf, um sich der niederländischen Armee auf ihrem Feldzug gegen Flandern anzuschliessen. Er entschuldigte gegen seinen Schwiegervater das Treiben Mansfelds als seinen Interessen vollkommen entsprechend und verlangte von ihm abermals Geld, um seine Truppen in der Niederpfalz erhalten und verstärken zu können und den Abschluss des Bündnisses mit Dänemark, Braunschweig und Lüneburg zu beschleunigen.***) Den Freiherrn Achatz von Dohna schickte er nach Kopenhagen ab, um mit dem Könige über

---

*) Engl. StA. Digby to the Lords Commissioners for the affairs of Germany dd. $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. Aug.}}$ 1621.

**) Ebend. Digby an Friedrich von der Pfalz dd. $\frac{\text{26. Juli}}{\text{5. Aug.}}$ 1621.

***) Engl. StA. Friedrich an Jakob dd. $\frac{\text{28. Juli}}{\text{7. Aug.}}$ 1621. — Ebend. Calvert an Carleton dd. $\frac{\text{24. Juli}}{\text{3. Aug.}}$ 1621.

einen Anschluss zu verhandeln und wenn dieser nicht zu erlangen wäre, um dessen Kriegsvolk in seine eigenen Dienste zu nehmen.*)

Die kriegerische, oder wenn man will, halsstarrige Gesinnung Friedrichs, oder vielleicht mehr noch seiner Frau, zeigte sich auch in den Weisungen, die er dem Andreas Pawel nach dessen Rückkehr aus England ertheilte, als er ihn dem Lord Digby nach Wien nachschickte. Friedrich wollte in die Räumung der von ihm in Böhmen besetzt gehaltenen Orte nur dann willigen, wenn der Kaiser die Zahlung des rückständigen Soldes an Mansfeld übernehmen wolle; für die Massnahmen desselben und des Markgrafen von Jägerndorf sollte Pawel jede Verantwortung ablehnen, weil ihm ihre Absichten unbekannt seien. Man glaubt sich in einer Gesellschaft hirnverbrannter Leute zu befinden, wenn man diese Erklärung erwägt. Digby verlangt in Wien, dass der Kaiser die pfälzische Länder nicht angreife, der Pfalzgraf theilt dieses Verlangen, aber der Markgraf von Jägerndorf und Mansfeld sollen für ihn das Kriegsglück versuchen, ohne das ihm dies übel ausgelegt werden soll. — Für den Fall, dass die Verhandlungen nicht rasch zum Abschlusse kämen, sollte Pawel die Drohung aussprechen, dass Friedrich seine Ansprüche auf Böhmen erneuern oder sie an Bethlen abtreten werde. Von einem Bündnisse mit dem Kaiser, im Falle der Ausgleich zu Stande kommen und von dem Versprechen ihm gegen Bethlen Hilfe zu leisten, wenn dieser sich mit den Türken verbinden würde, wollte Friedrich nichts wissen**) und theilte dies auch seinem Schwiegervater mit.***)

Da die Vertreter geächteter Personen ebenso wenig auf den Schutz der Gesetze und auf persönliche Freiheit Anspruch machen konnten, wie diese selbst, Jakob aber die Abreise Pawels nach Wien befördern wollte, so nahm er ihn in englische Dienste und sandte ihn unter dem Titel eines Beirathes und Gehilfen nach Wien ab. Pawel gelangte unbehelligt nach dieser

---

*) Carleton an Calvert dd. $\frac{31.\ \text{Juli}}{10.\ \text{Aug.}}$ 1621. Engl. StA.

**) Münchner StA. Instruction für Pawel dd. 6./16. Juli 1621.

***) Engl. StA. Friedrich an Jakob dd. 7./17. Juli 1621.

Stadt. Als der Kaiser von seiner Ankunft benachrichtigt wurde, gab er seine Zustimmung zu seinem Aufenthalte und machte sie nur von der Bedingung abhängig, dass er sich in keine feindlichen Wühlereien einlasse.*)

Digby empfand bald, dass er von Pawel in den Verhandlungen nicht gefördert würde, denn er bemühte sich vergeblich ihn zur Uebergabe der böhmischen Plätze und zur Aufgebung aller Verbindungen mit Bethlen zu bewegen, vergeblich auch ihn für eine dem Kaiser zu leistende Entschädigung, die er auf drei Millionen Gulden bezifferte, zu gewinnen. Mit allen seinen Vorschlägen stiess er auf den Widerstand Pawels; trotzdem glaubte er, dass der Friede um des Geldes willen nicht scheitern werde, wenn der Kaiser sich überhaupt zur Restitution verstünde. Um den Frieden, so weit es an ihm war, zu fördern, hielt er sich sogar berechtigt, seine Instruction in einem Punkte zu überschreiten und zwar in dem der „Submission". Jakob wollte die Restitution seines Schwiegersohnes an keine demüthigenden Bedingungen geknüpft wissen, auch Digby war damit einverstanden, dass der Pfalzgraf nicht um Verzeihung bitten dürfe. Dass es aber ohne eine „Submission" d. h. ohne Erkenntniss des gegen den Kaiser begangenen Uebergriffes nicht abgehem werde, davon glaubte er überzeugt zu sein und ersuchte deshalb den König dieselbe gut zu heissen.**) In der That fand Jakob die Submission mit der Würde seines Schwiegersohnes nicht mehr unverträglich und forderte ihn auf dieselbe schon jetzt schriftlich zu versprechen. Friedrich wies jedoch diese Zumuthung zurück.***)

Da man mit Lord Digby in Wien trotz seiner Bemühungen nur die Waffenstillstandsfrage verhandeln wollte und der Graf Meggau ihm sogar bei einem Besuche schroff erklärte, dass sich der Kaiser über die Restitution des Pfalzgrafen erst nach Festsetzung der zu leistenden Genugthuung äussern könne, so drohte

*) Engl. StA. Digby an Calvert dd. 12./22. Aug. 1621.

**) Coll. Cam. Pawel an den Herzog von Zweibrücken dd. 9./19. August 1621. — Engl. StA. Digby an Calvert dd. 12./22. Aug. 1621. Zwei Briefe vom selben Datum.

***) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{\text{28. Aug.}}{\text{7. Sept.}}$ 1621.

er endlich mit dem Kriege, wenn die Restitution nicht im Principe zugestanden würde, er bekam aber keine andere Antwort. Die Ueberzeugung, dass er in der Hauptsache nicht durchdringen werde, drängte sich ihm unwiderleglich auf, doch machte er noch einen letzten Versuch und zwar bei dem spanischen Gesandten, den er nach dieser Unterredung besuchte und gegen den er noch heftigere Drohungen als gegen Meggau ausstiess. *)

Oñate befand sich in einer eigenthümlichen Lage: er hätte dem Herzog von Baiern die Kur gegönnt, da er aber von Spanien Weisungen erhielt, welche eine Berücksichtigung Englands geboten und ihn nicht im Zweifel darüber liessen, dass der neue König Philipp IV die Restitution des Pfalzgrafen nicht von der Hand weise, so musste er auf die Klagen Digby's in freundlicher Weise antworten. Er entschuldigte den Kaiser, dass er mit einem günstigen Bescheid zurückhalte, er könne aus Rücksicht auf Maximilian nicht anders handeln, denn wenn er die Hoffnungen des letzteren zerstöre, so mache er sich ihn möglicherweise zum Feinde. Es gebe da nur einen Weg, auf dem man aus der Verlegenheit heraus kommen könnte: Digby solle es in Spanien vermitteln, dass man von dort aus in „gleichsam befehlendem“ Tone die Restitution des Pfalzgrafen verlange. Wenn der Kaiser einen derartigen Brief dem Herzog von Baiern vorzeigen könnte, so würde ihm das zu einer genügenden Entschuldigung dienen und der Herzog müsste sich zufrieden geben. Dieses Auskunftsmittel gefiel dem Lord, er wollte sich alsbald auf den Weg nach Spanien begeben und wartete nur auf die Rückkunft des Herrn von Nostitz, da dieser vielleicht die Nachricht bringen konnte, dass sich Kursachsen bei dem Fürstentage einfinden werde, in welchem Falle sich Digby zu demselben verfügen wollte, um den dortigen Berathungen über das Geschick des Pfalzgrafen beizuwohnen.**)

Die so sehnsüchtig erwartete Antwort aus Sachsen langte endlich an. Otto von Nostitz, der kaiserliche Gesandte, hatte den

*) Münchner StA. Digby an Friedrich dd. 12./22. Aug. 1621. — Coll. Cam. Pawel an den Herzog von Zweibrücken dd. 15./25. Aug. 1621.

**) Coll. Cam. Annotata consiliariorum comitis Palatini dd. $\frac{22.\ \text{Aug.}}{1.\ \text{Sept.}}$ 1621. — Münchner StA. Friedrich an Digby dd. 21./31. Aug. 1621.

Kurfürsten zur Theilnahme an dem auf Ende August ausgeschriebenen Kurfürstentag aufgefordert und da Johann Georg diese Aufforderung beharrlich ablehnte, verlangt, dass er angebe, unter welchen Bedingungen man den Pfalzgrafen in Gnaden aufnehmen solle; er stellte also an den Kurfürsten dieselbe Frage, die Kurz an Maximilian gerichtet hatte. Die Antwort des Kurfürsten war nicht so beschaffen, dass sie auf die kaiserlichen Entschliessungen einen für den Pfalzgrafen freundlichen Einfluss hätte ausüben können. Der Vordersatz wurde durch den Nachsatz aufgehoben, denn die Aufrechthaltung der kaiserlichen Auktorität und die Leistung einer entsprechenden Genugthuung liess sich mit der Restitution des Pfalzgrafen nicht vereinbaren und doch erwärmte sich der Kurfürst in seiner weitschweifigen Antwort für diese unvereinbaren Gegensätze. Man nahm diese Antwort in Wien für das auf, was sie war, für die Ablehnung eines entscheidenden Rathes und verharrte deshalb in der von Baiern vorgezeichneten Richtung.*)

Als Digby nach der Ankunft der kursächsischen Antwort eine Audienz bei dem Kaiser hatte und ihn um seine endgiltige Entscheidung ersuchte, erhielt er von ihm keine bestimmte Erklärung. Der Lord liess jetzt sein früheres Ansuchen um die Restitution des Pfalzgrafen fallen und beschränkte seine Bemühungen auf den Waffenstillstand, den er für die Dauer der nun mit Spanien einzuleitenden Verhandlungen zugestanden wissen wollte. Die frühere Bereitwilligkeit des Kaisers war aber auch in dieser Beziehung zu Ende, da er erfahren hatte, dass Mansfeld in Böhmen eingebrochen sei und Vere von der Unterpfalz aus das Gebiet des Bischofs von Speier angegriffen habe. Die Waffenruhe war von den Anhängern des Pfalzgrafen selbst gestört worden und deshalb beantworteten Eggenberg und andere Geheimräthe, bei denen Digby sein Gesuch anbrachte, dasselbe verneinend und auch Oñate gab ihm keine Hoffnung, da der Kaiser und seine Rathgeber über diese An-

*) Sächs. StA. Kursachsens Antwort dem kais. Gesandten gegeben dd. 6./16. Aug. 1621. — Hannibal von Dohna und Otto von Nostitz an Kursachsen dd. 4./14. Aug. 1621. — Rathschlag Kursachsens dem Kaiser gegeben dd. 6./16. Aug. 1621. — Wiener StA. Dohna und Nostitz an den Kaiser dd. 17. Aug. 1621.

griffe empört seien. Der spanische Gesandte riet, Digby solle sich unverweilt auf den Weg nach Madrid machen, denn nur durch das Zusammenwirken der Könige von Spanien und England könne die Streitfrage in Deutschland gelöst werden. Trotz allerlei Gegeneinwendungen beharrte Oñate bei seinem Rathschlag und bemerkte dazu, dass ihre beiderseitigen Könige zu wenig ihre Auktorität in die Wagschale gelegt hätten. Jakob habe weder den Obersten Vere, noch den Grafen Mansfeld oder den Markgrafen von Jägerndorf in ihren Massnahmen gehindert und ebenso hätte sich Philipp IV den raschen Ausgleich nicht genug angelegen sein lassen, was allerdings durch seine Jugend und die Achtung vor seinem Oheim, dem Kaiser, erklärlich sei. Digby entschloss sich nun abzureisen. Auf die Anzeige davon wurde man in Wien wieder zweifelhaft, ob man nicht wenigstens den Waffenstillstand bewilligen solle, da man den König Jakob für mannhafter hielt, als er wirklich war, und die Gefahr grösser werden musste, wenn England auf den Kampfplatz trat. Wir bemerkten, dass man auch den Waffenstillstand nicht bewilligen durfte, wenn man an der von dem Herzoge von Baiern vorgezeichneten Politik festhielt, denn da der Pfalzgraf um keinen Preis auf die Kur verzichten wollte, so musste man sich auch seines Besitzes bemächtigen und vollendete Thatsachen schaffen. Aber das war es ja eben, dass es in Wien an einer festen zielbewussten Politik mangelte, man gab jetzt beängstigenden Eindrücken mehr nach, als während der schlimmsten Zeit des J. 1619 und glaubte sich für den Waffenstillstand entscheiden zu müssen, trotzdem dass dieser alle Abmachungen mit Maximilian von Baiern umstiess. Bevor man aber dem Engländer die Zusage ertheilte, wollte man doch erst die Zustimmung Maximilians einholen und schickte zu diesem Behufe Otto von Nostitz nach München ab. Nostitz sollte die Gründe darlegen, die dem Kaiser den Waffenstillstand räthlich machten: er hoffe dadurch in den Besitz der von dem Feinde in Böhmen besetzten Orte zu kommen und sich in Ungarn und Mähren besser vertheidigen zu können, wenn der Pfalzgraf sich von dem Markgrafen von Jägerndorf losgesagt habe.*)

*) Wiener StA. Kais. Instruction für Otto von Nostitz dd. 7. Sept. 1621.

Digby, mit dem die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, hatte wiederholte Besprechungen mit Oñate, Strahlendorf und Eggenberg, die sein erschüttertes Zutrauen hoben. Wie konnte es auch anders sein, da Eggenberg erklärte, dass man zwar den Herzog von Baiern um seine Zustimmung zur Waffenruhe habe ersuchen lassen, und dass die Meinung desselben als eines verlässlichen Freundes von grossem Gewicht sei, aber zugleich feierlich versicherte, dass der Kaiser den Wünschen des Königs von England Rechnung tragen und einen eigenen Gesandten zu ihm schicken werde, um ihn über den Stand der Dinge zu unterrichten und dass er gern in einen Waffenstillstand einwilligen wolle. Am folgenden Tage erlangte Digby auch Zutritt zu Ferdinand, der ihm anzeigte, dass er, da der Kurfürstentag voraussichtlich nicht zusammentreten werde, die geistlichen Kurfürsten, Sachsen und Baiern endgiltig um ihre Meinung bezüglich der Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen befragen wolle. Er selbst sei dem Abschlusse eines Waffenstillstandes nicht abgeneigt, die einzige Schwierigkeit liege bei dem Herzoge von Baiern, den er eben um seine Meinung ersuchen lasse. Für den Fall, dass dieselbe bejahend lauten würde, stellte er später die Bedingung, dass der Pfalzgraf sich von Mansfeld und dem Markgrafen von Jägerndorf lossagen und Tabor und Wittingau übergeben solle und liess dies dem englischen Gesandten durch Strahlendorf mittheilen.

um den 6. u. 7. Sept. 1621

Bevor Digby diese Mittheilung beantwortete, wünschte er dass Andreas Pawel zu der Berathung beigezogen würde, und als Strahlendorf darauf einging, erklärte er, dass für den Fall, als Mansfeld den Waffenstillstand nicht einhalten und ohne angegriffen zu sein, aus der Oberpfalz ausbrechen sollte, der König von England und der Pfalzgraf „sein Vorgehen missbilligen würden.“ Diese Zusage genügte dem kaiserlichen Vertreter nicht und es war auch in der That sonderbar, wenn man englischerseits mit einer blossen Missbilligung genug gethan zu haben glaubte. Strahlendorf verlangte deshalb, dass sich der König von England in absoluter Weise für Mansfeld verpflichten solle und als Digby dies ablehnte, verlangte er, dass Jakob sich wenigstens zu einer Hilfeleistung bei der allfälligen Abwehr der mansfeldischen Angriffe verpflichte. Mit dieser

Bedingung erklärte sich Digby einverstanden, aber er verlangte dafür, dass der Kaiser die Aechtung des Pfalzgrafen während der Dauer der Verhandlungen suspendiren solle und im Falle dieselben abgebrochen würden, erst nach drei Monaten den Waffenstillstand kündigen dürfe. In Bezug auf Tabor und Wittingau versprach er, die kaiserlichen Wünsche bei seinem Herrn zu befürworten und dafür zu sorgen, dass der Pfalzgraf die dem Markgrafen von Jägerndorf ertheilten Vollmachten während der Dauer des Waffenstillstandes widerrufe. Nach seiner Instruction war er zu diesen Zugeständnissen nicht bevollmächtigt, aber da er annehmen zu dürfen glaubte, dass Jakob sie nicht verweigern würde, so gab er den Forderungen des kaiserlichen Unterhändlers nach.*)

Da man sich bei Hofe durch die Zugeständnisse des Gesandten befriedigt fühlte und kurzsichtiger Weise die Zustimmung Maximilian's zu dem Waffenstillstande erwartete, so säumte man nicht länger mit einer endgiltigen Antwort. In Betreff der Restitution lehnte der Kaiser auch jetzt jedes Versprechen ab, dagegen wollte er in der unteren Pfalz die Waffen ruhen lassen, wofern dies ohne Nachtheil für seine Interessen geschehen könnte **) und auch die Oberpfalz wollte er nicht angreifen, wenn Mansfeld sich ruhig verhalten, der Pfalzgraf die dem Markgrafen von Jägerndorf ertheilten Vollmachten zurückziehen und die Plätze Tabor und Wittingau räumen würde. Ferdinand verlangte ferner, dass das mansfeldische Volk entlassen werde und versprach dafür, dass er, wenn im Laufe der weiteren Verhandlungen zwischen ihm und dem Pfalzgrafen kein Ausgleich erzielt würde, drei Monate vor der weiteren Durchführung der Execution dem Könige von England hievon Anzeige machen werde. Wenige Tage nach Empfang dieser Antwort reiste Digby von Wien ab, er wollte jetzt mit dem Herzoge von Baiern zusammentreffen, um ihn bezüglich des Waffenstillstandes zu einem ähnlichen Versprechen zu bewegen.

13. Sept. 1621

*) Englisches Staatsarchiv. Digby to the prince of Wales dd. 5./15. Sept. 1621. — Zwei Briefe Digby's to the Commissioners for the affairs of Germany dd. 5./15. Sept. 1621.

**) Ferd. an Isabella dd. 1./11. Sept. 1621. Englisches StA.

IV

Wir haben an der entsprechenden Stelle berichtet, dass Mansfeld aus Böhmen nach Heilbronn geeilt war, um von dem Unionstage Geld und sonstige Hilfe zu verlangen. Obwohl seine Bitten kein Gehör fanden, da die Union die Zahlungen Jakobs nur für sich verwendete und sich auch die pilsner Besatzung von ihm trennte, so liess er doch den Muth nicht sinken und verzweifelte nicht an der Aufgabe, deren Lösung er nun unternommen hatte, nämlich an der Organisirung eines neuen Heeres, mit dem er die Oberpfalz vertheidigen und wieder in Böhmen einbrechen wollte. Er selbst rüstete zwei Regimenter Fussvolk auf seinen eigenen Namen aus und neben ihm erboten sich die Herzoge Wilhelm und Friedrich von Weimar, die Grafen von Löwenstein und Lippe zur Anwerbung von Regimentern. Eine gleiche Erlaubniss wurde auch den Obersten Frenk und Gray gegeben und so konnte Mansfeld hoffen, dass wenn alle diese Werbungen zu Stande kamen, er über 18—20000 Mann gebieten werde. Jedenfalls schaarte sich bis Ende April die Hälfte dieser Zahl um ihn, wozu die ehemalige pilsner Besatzung ein beträchtliches Contingent stellte, da sie sich grösstentheils nach der Oberpfalz begab und dort bei Mansfeld wieder Dienste nahm. *)

1621

Die Mittel zur Unterhaltung einer so grossen und sich täglich mehrenden Armee gewann Mansfeld, indem er die bis dahin durch den Krieg verschonte Oberpfalz in jeglicher Weise ausbeutete, so dass der Feind nicht ärger hätte hausen können, als es der angebliche Vertheidiger der pfalzgräflichen Rechte that. Gleichzeitig suchte er sich die Mittel des benachbarten Eger dienstbar zu machen; er trug den Bürgern seine Hilfe zur Vertreibung der Besatzung an, wobei er sie im Falle der Ablehnung mit den ärgsten Drangsalen bedrohte: nicht das Kind im Mutterleibe werde er schonen um ihre Treulosigkeit zu rächen.**) Indessen konnten ihm weder die in der Ober-

*) Münchner StA. Memorial Mansfelds dd. 1. April 1621. — Sächs. StA. Wřesowic an Kursachsen dd. 12. Apr. 1621.

**) Sächs. StA. Wřesowic an Kursachsen dd. 29. Apr. 1621.

pfalz erhobenen Contributionen noch die ausserhalb derselben hie und da durch Drohungen erpressten Beiträge genügen, er bedurfte grosser Summen, um die auf weitem Wege herbeizuführenden Kriegsbedürfnisse zu bestreiten und deshalb verlangte er, dass Friedrich ihm bei Holland ein Anlehen von 200000 Gulden erwirke.*) Wie weit dieser Bitte genügt wurde, wissen wir nicht anzugeben, aber jedenfalls mehrten sich selbst im günstigen Falle die Schwierigkeiten in der Verpflegung und Besoldung der täglich zunehmenden Armee, da er jetzt auch vom Pfalzgrafen gemahnt wurde, sich auf die Oberpfalz zu beschränken und die benachbarten Gebiete zu verschonen, damit die durch Digby einzuleitenden Verhandlungen nicht gestört würden. Mansfeld theilte die ihm zugegangene Weisung zur Waffenruhe dem Freiherrn von Tilly mit und war erbötig derselben nachzukommen, wenn Tabor, Wittingau und Klingenberg nicht bedrängt und man von ihrer Belagerung abstehen würde. Der Pfalzgraf hatte ihm nicht aufgetragen, diese Bedingung zu stellen, er that es auf seine eigene Verantwortung.**) Tilly erwiderte, dass er seine Wünsche an den Herzog Maximilian befördern werde, mahnte ihn aber schon jetzt die Waffenruhe nicht von der Aufhebung der Belagerung Tabors abhängig zu machen.***)

26. Mai 1621

30. Mai 1621

Mansfeld bewahrheitete seine Drohung im Laufe des Monats Juni nur insofern, als er mit einem Theil seiner Truppen eine Recognoscirung in Böhmen vornahm und sich dann, ohne mit dem Feinde zusammenzustossen, zurückzog.†) Dass er aber

1621

*) Münchner StA. Mansfelds Memorial dd. 29. März 1621.

**) Innsbrucker StA. Mansfeld an Tilly dd. 16./26. Mai 1621. — Sächs. StA. Tilly an Kursachsen dd. 2. Juni 1621.

***) Innsbr. Statthalt. A. Tilly an Mansfeld dd. 30. Mai 1621.

†) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 28. Juni. Max. beschuldigt in diesem Briefe den Grafen Mansfeld, dass er „vor wenig Tagen“ nach Böhmen gerückt und sich daselbst eines Passes bemächtigen wollte. Wenn man dieses „vor wenig Tagen“ nicht so erklären will, dass dasselbe eine Action Mansfelds im Monat Mai bedeute, also vor den angebotenen Waffenstillstand falle, so muss der im Juni vollzogene Einmarsch sich nicht über einen grösseren Raum erstreckt haben, da er mit dem Feinde nicht zusammenstiess. Mansfeld dürfte kaum etwas mehr als eine Recognoscierung vorgenommen haben.

in dieser abwartenden Stellung nicht verharren und somit den Ausgang der Digby'schen Verhandlungen, die erst im Juli ihren Anfang nahmen, kaum abwarten konnte, ergibt sich aus einem Bericht der oberpfälzischen Regierungsräthe an den Pfalzgrafen, der in den ersten Tagen des Monats Juni abgefasst wurde und die Unmöglichkeit der längeren Erhaltung des bereits über 14000 Mann zählenden Heeres betonte.*) Wenn Mansfeld die vom Mangel bedrohten Truppen nicht zur Meuterei treiben wollte, so musste er unbekümmert um die Folgen zum Angriffe schreiten, abgesehen davon, dass er nicht dulden konnte, wenn sich die Ligisten näher an die Oberpfalz zogen, ihre Reihen täglich vermehrten und ihn zu erdrücken drohten. Als er nun in der unmittelbaren Nähe der böhmischen Grenze an der Strasse bei Waidhausen eine Schanze baute, behauptete man auf ligistischer Seite, dass er von da aus seinen Angriff auf Böhmen einleiten wolle.**) Es mag sein, dass er auf diese Weise die gleichzeitigen Bemühungen Bethlens und des Markgrafen von Jägerndorf unterstützen und Böhmen wieder zum Kriegsschauplatz machen wollte, aber da er wenige Tage später auch die Kapitel von Bamberg und Würzburg mit Repressalien bedrohte, wenn die beiden Stifter ihre Truppenkontigente nicht aus Böhmen abberufen würden, so deutet dies darauf hin, dass er auch den Westen nicht verschonen wollte, falls ihm dies passender erschien.***)

Während Mansfeld seinen Angriff vorbereitete, aber ungewiss liess, wohin er sich wenden würde, traf man auf ligistischer Seite die nöthigen Gegenmassregeln. Der Herzog von Baiern eröffnete dem Kurfürsten von Sachsen seine Absicht die Oberpfalz anzugreifen und ersuchte ihn nicht bloss um seine Zustimmung zu dieser Verletzung des ulmer Vertrags, sondern auch um seine Mithilfe.†) Der Kurfürst schlug nur das letztere Be-

---

*) Münchner StA. Die pfälzische Regierung an Friedrich dd. $\frac{\text{28. Mai}}{\text{7. Juni}}$ 1621.

**) Sächs. StA. Tilly an Wolf von Wřesowic dd. 20. Juni 1621. — Ebend. Tilly an Kursachsen dd. 24. Juni 1621.

***) Apologie Mansfelds. — Mansfeld an das Kapitel von Bamberg dd. 24. Juni (a. St.) 1621.

†) Sächs. StA. Max. an Kursachsen dd. 23. Mai 1621.

gehren ab, er billigte den beabsichtigten Angriff zwar auch nicht ausdrücklich, aber so viel trat aus seiner Antwort klar hervor, dass er sich demselben nicht widersetzen würde.*) Da es sich hiebei um die kaiserliche Zustimmung handelte, so erstattete Tilly, offenbar im Einverständnisse mit Maximilian, dem Kaiser die Anzeige von der täglich wachsenden Macht Mansfelds und als der Kaiser mit seiner Zustimmung aus Gründen zögerte, über die wir ausführlich berichtet haben, so schilderte Maximilian in einem neuerlichen Schreiben die fortgesetzten Rüstungen und die zu gewärtigenden Folgen in augenscheinlich übertriebener Weise. In der sicheren Erwartung, dass das Schreiben die gewünschte Wirkung haben würde, zeigte er dem Erzherzog Albrecht an, dass er in die Oberpfalz einrücken werde und forderte ihn auf, den Waffenstillstand in der unteren Pfalz zu kündigen und auch dort zum Angriff überzugehen.**) Wir wissen, welches Resultat diese und andere Bemühungen hatten und dass Ferdinand am 6. Juli seine Zustimmung zum Angriff gab.***) 1621 Da Maximilian die 15000 Mann, welche die Liga im Februar bewilligt hatte, nicht für ausreichend hielt, so rüstete er aus eigenen Mitteln noch 10000 Mann aus, mit denen er sich seinem Generallieutenant anschliessen wollte. Er war jedoch mit diesen Rüstungen noch nicht fertig geworden, als Mansfeld selbst zum Angriffe überging und allem Anscheine nach den Kriegsschauplatz nach Böhmen zu verlegen suchte, um von dort aus dem Fürsten von Siebenbürgen die Hand zu reichen. Gewiss war ein Erfolg leichter, wenn er es mit Tilly allein zu thun hatte und wenn er nicht wartete, bis sich Maximilian mit seinen neuen Truppen dem letztern anschloss. Aber nur ein Sieg konnte seinen Angriff rechtfertigen, durch eine Niederlage fügte er dem Pfalzgrafen einen unheilbaren Schaden zu.

Mansfeld, der durch Kundschafter erfahren hatte, dass sich die ligistische Armee bei Hesselsdorf und den benachbarten Orten, also in unmittelbarer Nähe von Waidhausen gelagert

---

*) Ebend. Kursachsen an Max. dd. 19./29. Mai 1621.

**) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 28. Juni 1621. — Münchner StA. Max. an Erzh. Albrecht dd. 29. Juni 1621.

***) Wiener StA. Ferd. an Max. dd. 6. Juli 1621.

habe, leitete den Angriff damit ein, dass er in das genannte Dorf einrückte und dort das Lager der kroatischen Hilfstruppen überfiel. Der Kampf erweiterte sich, da Tilly mit seiner Infanterie heranzog und endete nach der Versicherung der Apologie, einer zu Gunsten Mansfelds verfassten Schrift, damit, dass die Ligisten einen Verlust von mehr als 500 Mann erlitten, während der ihrer Gegner ungleich geringer war. Zwei Tage später erneuerte sich der Kampf und diesmal war Tilly, der mittlerweile seine ganze Armee concentrirt hatte, der Angreifer. Der Kampf begann in der Nähe von Waidhausen um 7 Uhr Morgens und währte bis 8 Uhr Abends. Die Apologie schreibt Mansfeld den Sieg zu und gibt dessen Verlust auf 300 Mann, den der Ligisten auf 500 Mann an, Tilly dagegen behauptet, dass er den Feind viermal aus seiner Stellung herausgeworfen und dass nur der Wald denselben vor völliger Niederlage gerettet habe.*) Maximilian legte dem Grafen Mansfeld nicht nur diesen Angriff, sondern auch eine Brandschatzung des Landgrafen von Leuchtenberg, dem er 10000 Gulden abgenommen habe, zur Last.**) Diese Erpressung mag einige Tage vor dem Ueberfalle von Hesselsdorf stattgefunden haben und wurde fortan mit diesem zugleich von der katholischen Partei als Beweis angeführt, dass Mansfeld ein Friedensstörer sei, der um jeden Preis beseitigt werden müsse. Maximilian wies mit Befriedigung darauf hin, dass die Gegner zuerst zum Angriff übergegangen seien und dass man auch um dieses Grundes willen auf die Mission Digby's nichts geben dürfe. Trotzdem begnügte sich der Herzog vorläufig mit der Abwehr der feindlichen Angriffe, ohne seinem Generallieutenant den Befehl zum Vormarsch zu ertheilen, denn die Art und Weise, wie Mansfeld am 14. Juli den Sieg davontrug und am 16. keine wesentliche Niederlage erlitt, hob den Respekt vor ihm und Maximilian bat abermals den Kurfürsten von Sachsen um seine Mithilfe und ersuchte ihn auch auf den Markgrafen von Jägerndorf ein achtsames Auge zu haben, damit dieser sich nicht mit dem

14. Juli 1621

16. Juli 1621

1621

*) Apologie Mansfelds. Sächs. StA. Tilly's Relation. Wir folgen den Zeitangaben Tilly's.

**) Max. an Kursachsen dd. 18. Juli 1621. Sächs. StA.

Grafen Mansfeld vereinige. Dass er auch den Kaiser mit Bitten um Hilfe bestürmte und nur wegen dessen eigener Noth auf dieselbe verzichtete, wollen wir nur nebenbei erwähnen.

Tilly nahm mittlerweile mit seiner Armee eine abwartende Stellung ein, die ihm noch dadurch erleichtert wurde, dass Mansfeld nach dem Gefechte am 16. Juli auf einem Waffenstillstand von einigen Tagen einging. Doch fanden sowohl während desselben, wie nachher kleinere Gefechte zwischen einzelnen feindlichen Abtheilungen statt, bei denen ab und zu bis an 100 Mann das Leben einbüssten.*) Da es den Truppen Mansfelds an der nöthigen Verpflegung gebrach, griffen Anfangs August epidemische Krankheiten um sich, denen täglich 20 bis 30 Mann zum Opfer fielen. Auch die Ligisten litten unter demselben Uebel, doch endete die Erkrankung bei ihnen weit seltener mit tödtlichem Ausgange. Als es am 8. August zu einem abermaligen Gefechte kam, das gegen sieben Stunden währte, erlitt Mansfeld eine tüchtige Schlappe, trotzdem behauptete er seine Schanze bei Waidhausen und die Ligisten hatten nur insofern an Terrain gewonnen, als sie sich ihm bis auf Schussweite näherten und in dieser Nähe ihr Lager aufschlugen. Mansfeld bemühte sich die erlittenen Verluste durch neue Werbungen auszugleichen, überhaupt that er sein möglichstes, um seinen Truppen Muth und Ausdauer einzuflössen. Am 28. August unternahm er einen nächtlichen Ausfall, allein das frühzeitige Losgehen einer Muskete allarmirte den Feind und nicht glücklicher war er, als er Tags darauf versuchte den Wald, der den Ligisten als Deckung diente, anzuzünden, denn ein Regen löschte den Brand. Für Pulver und Blei und die nöthigen Geschütze hatte er ausreichend Sorge getragen, indem er namentlich die letzteren aus Amberg herbeischaffen und in der Schanze aufstellen liess. Die Stunden seines Bleibens waren aber gezählt, da Maximilian mit seinen Rüstungen fertig geworden war und nun heranrückte, um sich Tilly anzuschliessen. Auf die Gefahr zwischen zwei Feuer genommen zu werden, konnte es Mansfeld nicht ankommen lassen und so liess er in der Schanze bei Waidhausen

1621

1621

*) Apologie Mansfelds. Innsbrucker Statth. Arch. Bericht an Erzherzog Leopold dd. 6. Aug. 1621.

eine Besatzung, verstärkte auch die von Cham und zog sich zurück.*)

1621 Maximilian brach am 12. September von Straubing auf**) nachdem er zuvor eine Proclamation an die Einwohner der Oberpfalz erlassen hatte. Alle Verbrechen, deren sich Mansfeld gegen den Reichsfrieden schuldig gemacht hatte, wurden darin aufgezählt: er habe Böhmen angegriffen, zahlreiche Kaufleute, die ausserhalb der Oberpfalz ihrem Handel nachgingen, plündern lassen, er habe Würzburg und Bamberg bedroht, die Landgrafschaft Leuchtenberg überfallen und ähnliches mehr. Dies dürfe nicht länger geduldet werden und demgemäss komme der Herzog dem ihm vom Kaiser gewordenen Auftrage nach und wolle den Mansfelder mit seinen Anhängern bekämpfen. Er forderte die Oberpfälzer auf, ihm keinen Vorschub zu leisten, sondern sich seinen Frieden bringenden Bemühungen anzuschliessen; sein Einmarsch sei zu Niemands Nachtheil gemeint und deshalb versehe er sich einer freundlichen Aufnahme. Des Pfalzgrafen geschah in der Proclamation nur nebenbei Erwähnung, aber die Räumung der Oberpfalz wurde nicht versprochen, 1621 wenn Mansfeld vertrieben sein würde.***) Am 16. September langte Maximilian vor Cham an und zwang die Besatzung nach mehrtägiger Belagerung zur Uebergabe, die am 25. erfolgte. Die oberpfälzische Regierung trat jetzt in Unterhandlung mit dem Herzog und verlangte zu wissen, ob er sich zurückziehen werde, wenn Mansfeld die Oberpfalz räume. Es zeigte sich nun, wie klug Maximilian handelte, dass er kein derartiges Versprechen in die Proclamation aufnahm, man hätte ihn beim Worte gefasst und seine Unaufrichtigkeit wäre schon jetzt zu Tage getreten. So konnte er mit einigem Schein des Rechtes den verlangten Rückzug verweigern, indem er auf das Einvernehmen hinwies, das zwischen Mansfeld und der Regierung in Amberg bestand und erklärte, dass er nur in der vorläufigen

*) Apologie Mansfelds.

**) Max gibt in einem Brief an Kursachsen den 12. September als den Tag der Abreise von Straubing an. Sächs. StA. Max an Kursachsen dd. 17. Sept. 1621.

***) Die Proclamation bei Londorp.

Besetzung des Landes die Gewähr vor weiteren Angriffen zu finden glaube.*)

Während Maximilian noch vor Cham lagerte, traf der kaiserliche Gesandte Otto von Nostitz bei ihm ein und brachte bei ihm das Gesuch um den Waffenstillstand an, zu dem sich der Kaiser halb und halb gegen Digby verpflichtet hatte. Dass der Herzog jetzt noch weniger zur Nachgiebigkeit geneigt und innerlich über diese Halbheit der wiener Politik erbittert war, braucht nicht erst wiederholt zu werden, trotzdem gab er seinem Unwillen in der Unterredung mit Nostitz nicht offenen Ausdruck, aber er brachte so vielfache Bedenken gegen den Waffenstillstand vor, dass der Gesandte dem Kaiser berichten konnte, der Herzog widerrathe ihn ganz entschieden.**) Nun kam aber Lord Digby herangerückt und ersuchte den Herzog brieflich um eine Zusammenkunft und die Gewährung des Waffenstillstandes. Selbstverständlich wies er diese beiden Gesuche ab und motivirte dies damit, dass man vor Mansfeld keine Sicherheit habe und sein Heer deshalb aufgelöst werden müsse.***)

Sobald sich Maximilian mit Tilly vereinte, was zu Ende September oder Anfangs Oktober bei Schwarzenfeld geschah, 1621 zählte ihr Heer beiläufig 25000 Mann †) und Mansfeld musste überzeugt sein, dass er sich nicht lange gegen den stärkeren und besser disciplinirten Gegner würde halten können und dass ihm trotz aller seiner Anstrengungen eine Niederlage bevorstehe. Sollte er in der Vertheidigung des Pfalzgrafen zu Grunde gehen oder seine Interessen wahren? Er hatte sich diese Frage schon zwei Monate früher vorgelegt, schon zur Zeit, als Digby nach Wien reiste, denn er durfte nicht zweifeln, dass wenn durch dessen Bemühungen eine Versöhnung zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen eintrat, seine Interessen nur eine nebensächliche Beachtung finden würden. Deshalb suchte er

*) Innsbrucker Statth. A. Die Regierung in Amberg an Max. Antwort Maximilians dd. 28. Sept. 1621.

**) Wiener StA. Max. an Ferdinand dd. 17. Sept. 1621. — Otto von Nostitz an Ferd. II dd. 20. u. 21. Sept. 1621. — Ebend. Antwort Maximilians dem Herrn von Nostitz gegeben dd. 17. Sept. 1621.

***) Londorp, Max an Digby dd. 27. Sept. 1621.

†) Heilmann Kriegsgeschichte von Baiern etc.

schon zu Ende Juni seinen separaten Frieden mit dem Kaiser zu schliessen und betrat so denselben Weg, wie das Jahr zuvor, doch richtete er seine Anträge vorerst nicht nach Wien, sondern durch Vermittlung seines Neffen René de Chalon an das erzherzogliche Paar in Brüssel. Die Krankheit und der bald darauf erfolgte Tod des Erzherzogs Albrecht († 13. Juli 1621) verhinderte die rasche Beantwortung seiner Botschaft, doch wurde René de Chalon von der Infantin Isabella mit der Führung der betreffenden Verhandlung betraut und reiste zu diesem Zwecke nach Nürnberg, von wo er einen Boten an seinen Oheim schickte und ihn aufforderte, die entsprechenden Anträge bezüglich der eigenen Befriedigung und der seiner Truppen zu stellen. Chalon war nicht zum Abschluss der Verhandlungen bevollmächtigt, sondern sollte erst über sie an den Kaiser und an Oñate berichten.*) Als Ferdinand von denselben benachrichtigt wurde, beeilte er sich dem Herzog von Baiern die nöthigen Vollmachten zu ertheilen und ersuchte zu gleicher Zeit den Markgrafen von Anspach um seine guten Dienste bei Mansfeld. Der Markgraf kam dem Ansuchen nach und erfuhr von dem General, dass er ausser einer Genugthuung (satisfaction raisonable) für den Pfalzgrafen, die Bezahlung der böhmischen Soldrückstände für sich und seine Truppen und die Summe von 1400000 fl. als schuldigen Sold für das in der Oberpfalz lagernde Heer verlange.**) Seine Forderungen beliefen sich auf diese Weise auf etwa zwei Millionen Gulden, eine Summe, deren Bezahlung dem Kaiser schlechterdings unmöglich war. In Spanien schien man indessen diesen Betrag nicht so übertrieben zu finden, denn man wollte die Verhandlungen um jeden Preis zum Abschlusse gebracht wissen und drang deshalb nicht bloss in Wien und Brüssel auf die Beschleunigung derselben, sondern erbot sich auch dem Kaiser einige hunderttausend Gulden vorzustrecken, um sie sobald als möglich zu Ende zu führen. Da jedoch unter diesen Verhandlungen viel Zeit verfloss, so waren sie nicht zum Abschluss gediehen, als Maximilian bereits gegen Cham

---

*) Villermont. Ernest de Mansfeldt I.

**) Coll. Camer. Bedingungen Mansfelds. Memoire pour Mr. Haiden pour referer à Monseigneur le Marquis d'Anspach.

zog. Mansfeld musste jetzt überzeugt sein, dass er seine Forderungen nicht so hoch spannen dürfe und dass wenn er noch etwas erreichen wolle, dies nur durch Unterhandlungen mit dem Herzog von Baiern geschehen könnte.

In der That verhandelten in dem Augenblicke, wo Maximilian seinen Einzug in die Oberpfalz hielt, einige bairische Commissäre mit dem Obersten Carpezon, dem Bevollmächtigten Mansfelds, über einen Vertrag, durch den letzterer sich mit der Zahlung von 300000 Thaler begnügen und sich verpflichten wollte, nicht weiter gegen den Kaiser zu dienen.*) Einer der Vertragspunkte bestimmte die Räumung der festen Plätze noch vor erlangter Zahlung, wogegen Maximilian den Obersten Kratz als Geissel stellen sollte, dass auch seinerseits alle Bedingungen erfüllt würden. Rasch ging man nun an die Erfüllung zweier Vertragspunkte, Mansfeld räumte die festen Plätze in der Pfalz und Maximilian lieferte den Oberst Kratz aus, aber kaum war dies geschehen, so erhob Mansfeld neue Forderungen, die Maximilian als im Widerspruche mit dem Vertrage stehend nicht bewilligen wollte. Er schickte deshalb den Obersten Landsperg und den Herrn von Viepeck zu Mansfeld und liess ihn in kategorischer Weise auffordern zu erklären, ob er sich mit den früheren Anerbietungen begnügen und den Vertrag unterzeichnen wolle oder nicht.**) Gerade in dem Augenblick, wo diese Unterhandlungen bei Neumarkt stattfanden, kam Digby auf seiner Rückreise von Wien in dieser Stadt an und hörte, dass sich Mansfeld in der nächsten Nähe befinde. Er hielt es für passend, sich zu ihm zu verfügen, um sich mit ihm über die Verhandlungen zu besprechen, von denen das Gerücht ihm zu Ohren gekommen war, und unterbrach durch seine Dazwischenkunft vorläufig die Fortsetzung oder den Abschluss derselben.

---

*) Auf die Summe von 300000 Thaler schliessen wir aus einem Briefe Digby's an den englischen Staatsrath dd. 2./12. Oct. 1621. Engl. StA., worin er erzählt, dass sich Mansfeld mit der Zahlung von 300000 crownes habe begnügen wollen. Wir vermuthen, dass Digby mit crownes die in Deutschland üblichen Thaler übersetzt habe. Sonst berichtet über den Inhalt des Vertrags Digby in dem eben citirten Schreiben.

**) Münchner StA. Maximilian an seinen Vater den Herzog Wilhelm dd. 29. Sept. 1621.

Digby und Mansfeld kehrten zusammen nach Neumarkt zurück und der letztere weihte den ersteren in die Anerbietungen Maximilians ein und rechtfertigte die allfällige Annahme derselben mit der Schwäche seiner Armee gegenüber der bairischen und mit dem Hass, den die Bevölkerung der Oberpfalz gegen ihn hege; zudem behauptete er, dass er seine Truppen nicht entlassen, sondern sich mit ihnen nach der unteren Pfalz verfügen und an deren Vertheidigung theilnehmen werde. Digby hatte aber in Erfahrung gebracht, dass Mansfeld sich und seine Truppen in dem Vertragsentwurfe verpflichtete nicht weiter gegen den Kaiser zu dienen, er wies deshalb seine Behauptung als eine Lüge zurück und brachte ihn damit in die grösste Verlegenheit.*) Mansfeld konnte Anfangs nur einige verwirrte Worte stammeln, sammelte sich aber allmälig und schwur, dass die Verhandlungen noch nicht zu Ende seien, und dass er sicherlich nichts ohne Zustimmung der Regierung in Amberg beschliessen werde. Aber der Engländer liess sich nicht täuschen, sondern bezeichnete seine Reden als leere Ausflüchte: seine Pflicht sei, die Oberpfalz zu vertheidigen, da er hiezu von seinem Herrn bevollmächtigt sei und den Angriff Maximilians hauptsächlich durch seinen Einfall in Böhmen heraufbeschworen habe. Er dürfe seinen Posten nicht für einen Judaslohn aufgeben: weil er, der bis dahin einer der berühmtesten Heerführer gewesen, dadurch zu einem ganz gemeinen und ehrlosen Abenteurer herabsinken würde. Diese Sprache machte einen tiefen Eindruck auf Mansfeld, der bei aller seiner sonstigen Verkommenheit doch nicht ohne Ehrgefühl war und eine gewisse Anhänglichkeit für seine Freunde besass und so versicherte er den Lord beim Abschiede, dass er nicht ehrlos handeln werde. Wir sind der Ueberzeugung, dass die energische Sprache Digby's die besseren Gefühle in der Seele dieses Abenteurers wachrief, und dass, wenn er auch fürder Trug und Hinterlist übte, er diese Waffen wenigstens nur gegen die Feinde kehrte, denn als die Verhandlungen zwischen ihm und dem Herzog von Baiern nach der Abreise Digby's wieder aufgenommen wurden

*) Digby sagt: I newer hawe saw so disturbed or distracted a man.

und am 10. October zum Abschlusse führten,*) war er entschlossen, die Bedingungen nicht einzuhalten. Sie bestimmten, dass er alle festen Plätze in Böhmen und der Oberpfalz räumen und sich mit seinen Offizieren verpflichten solle, im Falle seine Truppen nicht im kaiserlichen Heere Dienst nehmen wollten, wenigstens nicht gegen den Kaiser zu fechten. Dafür wurden ihm für seine Person 200.000 Thaler und für seine Soldaten 650.000 Gulden zugesichert. Für die Entlassung des Kriegsvolkes wurde ein Zeitraum von 14 Tagen zugestanden, weil er nach seiner Augabe diese Zeit benöthigte, um von seinem Herrn dem Pfalzgrafen den Abschied zu erlangen und so mit Ehren vom Schauplatze abzutreten.**) 1621

Thatsächlich rückte aber Mansfeld nach dem Abschluss des Accords aus der oberen Pfalz — wie er sich dazu während der Verhandlungen verpflichtet hatte — und hielt sich einige Zeit in der Umgebung von Rottenburg auf. Auf dem Wege dahin schrieb er an Maximilian und versicherte, dass er nichts anderes wünsche als die Aufrechthaltung des Accords und dass er den Kaiser nicht weiter bekämpfen werde, beklagte sich aber darüber, dass der Herzog ihm mit seinen Truppen folgen und so seine Sicherheit gefährden wolle, eine Beschuldigung, die vorläufig nicht auf Wahrheit beruhte. Der Herzog selbst glaubte in den ersten acht Tagen nach Abschluss des Accords an dessen Giltigkeit und erst als er sich später überzeugte, dass Mansfeld das Kriegsvolk nicht entlassen und sich nach der unteren Pfalz in Bewegung gesetzt habe, befahl er Tilly ihm dahin zu folgen.***)

Als Digby mit seinem Gesuch um Bewilligung der Waffenruhe von Maximilian abgewiesen wurde, beklagte er sich brieflich bei dem Kaiser und forderte ihn auf, Vorkehrungen zu treffen, damit den steigenden Gefahren der Zukunft begegnet werden könnte. In diese Worte hüllte er den Wunsch ein, dass Maximilian aus der Oberpfalz abziehen und diese dem Pfalzgrafen

*) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 17. Oct. 1621.

**) Wiener StA. Max. an Ferd. dd. 15. Oct. 1621.

***) Wiener StA. Mansfeld an Max. dd. 19. Oct. 1621. — Ebend. Max. an Ferd. dd. 23. Oct. 1621.

wieder überantwortet werden möge. Der Kaiser beachtete jedoch diese Bitte nicht mehr, er hatte mittlerweile erfahren, dass für Rechnung des Pfalzgrafen in Norddeutschland Werbungen angestellt wurden und so gewann seine Erbitterung die Ueberhand und er schlug die Bitte Digby's rundweg ab.*) Dieser setzte seine Reise fort und wollte auf derselben Brüssel berühren, um, da der Krieg in der unteren Pfalz durch Schuld des englischen Obersten ausgebrochen war, wenigstens die Infantin zum abermaligen Abschluss des Waffenstillstandes zu vermögen. Der englische Gesandte Trumbull musste diese Bitte noch vor seiner Ankunft in Brüssel in seinem Namen stellen, allein man antwortete ihm, dass man ohne Zustimmung des Kaisers und des Herzogs von Baiern die Waffen nicht ruhen lassen könne. Als 1621 Digby zu Ende October in Brüssel anlangte, suchte er diese Ausflucht damit zu bekämpfen, dass er auf das Schreiben des Kaisers hinwies, welches der Infantin die Entscheidung über die Waffenruhe überliess, allein Isabella entgegnete hierauf, dass diese Befugniss durch eine andere Erklärung des Kaisers eingeschränkt worden sei und sie ohne seine Zustimmung den Waffenstillstand nicht bewilligen könne.**)

Die Mission Digby's war sonach vollständig gescheitert. Der Kaiser hatte die Restitution des Pfalzgrafen abgelehnt und zeigte sich nur zu Verhandlungen erbötig, durch die der Pfalzgraf vielleicht die untere Pfalz gerettet hätte. Da aber Friedrich keine Opfer bringen wollte, so brach der Krieg mit seiner Zustimmung von neuem aus.

---

*) Münchner StA. Der Kaiser an Digby dd. 17. Oct. 1621. — Collectio Camerariana, Digby an Ferd. dd. 5. Oct. (Wir vermuthen, dass dieses Datum als dem neuen Kalender angehörig zu betrachten sei).

**) Engl. StA. Friedrich an Jakob dd. 3./13. Octob. 1621. — Ebenda. De la Faille an Trumbull dd. 7./17. Octob. 1621. — Ebenda. Villiers an Carleton dd. 10./20. Octob. 1621. — Münchn. Hofbibl. Collect. Camer. Digby an die Infantin dd. 21./31. Octob. 1621. — Ebenda. Entscheidung der Infantin dd. 8. Nov. 1621.

Fünftes Kapitel.

Die Verhandlungen von Hainburg und Nikolsburg und der Friede mit Bethlen.

I Bethlen ist zu Friedensverhandlungen mit dem Kaiser erbötig. Schwierigkeiten, die sich dem Beginne derselben widersetzen. Sie beginnen in Hainburg. Welches Resultat will man in Wien mit diesen Verhandlungen erzielen. Dallos' Rede vor den französischen Gesandten. Pechy's Rede. Beginn der Verhandlungen. Forderungen der ungarischen Commissäre. Abweisliche Haltung der kaiserlichen Commissäre. Meggau und Eszterhazy in Wien. Resolution des Kaisers. Conferenz der französischen Gesandten mit den kaiserlichen und ungarischen Commissären. Bethlens Bedingungen. Zweite kaiserliche Resolution. Bethlen ist nachgiebiger. Kaiserliche Anerbietungen. Der Abbruch der Verhandlungen bevorstehend. Weitere resultatlose Verhandlungen. Die zwei Diplome. Bethlen und die ungarischen Stände. Die Türken.

II Der Krieg während der hainburger Verhandlungen. Bethlen sucht bei Friedrich um Hilfe an. Der Markgraf von Jägerndorf. Rückzug Bethlens nach Kaschau. Buquoy vor Pressburg. Bethlens Rüstungen. Buquoy fällt vor Neuhäusel. Verlustvoller Rückzug des kaiserlichen Heeres. Bethlen vereint sich in Tyrnau mit dem Jägerndorfer.

III Der Markgraf von Jägerndorf setzt den Widerstand in Schlesien fort. Seine Rüstungen und Brandschatzungen. Er zieht nach Ungarn. Bethlen vor Pressburg. Eroberungen Bethlens. Beutezüge der Ungarn in Mähren. Friedenssehnsucht in Wien. Bethlens Friedensneigung. Harrach bei Bethlen. Nikolsburg wird für die Verhandlungen bestimmt.

IV Beginn der Verhandlungen. Die Forderungen Bethlens und die kaiserlichen Gegenanerbietungen. Die Forderungen der ungarischen Stände. Nachgiebigkeit des Kaisers. Die zwei Diplome. Bestimmung wegen der Restitution der Kirchengüter. Heirat des Kaisers.

V Wünsche der Schlesier bezüglich des Accords. Empfang der schlesischen Gesandtschaft in Wien. Der Fürstentag in Breslau. Die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf. Belagerung von Glatz.

I

Wir haben in unserer bisherigen Erzählung ab und zu des Fürsten von Siebenbürgen Erwähnung gethan und auf die Gefahren hingewiesen, denen der Kaiser durch den abermaligen Ausbruch des Krieges mit diesem Gegner ausgesetzt war, ohne

dem Leser zu berichten, dass der Kampf mit Ungarn überhaupt eine Unterbrechung erfahren hatte. Es hatten zu Anfang des Jahres 1621 mit Bethlen Friedensverhandlungen begonnen, die aber resultatlos verliefen, worauf die kaiserlichen Streitkräfte in Ungarn derart in Anspruch genommen wurden, dass Ferdinand es auch in diesem Jahre dem Kurfürsten von Sachsen überlassen musste, Schlesien im Zaume zu halten, und nicht im Stande war, sich selbst der Oberpfalz zu bemächtigen, um auf diese Weise den steigenden Forderungen des Herzogs von Baiern auszuweichen. Nach Deutschland drangen nur dunkle Gerüchte von diesen Schwierigkeiten, nicht einmal Mansfeld war besser unterrichtet, so fern ab lag Ungarn von dem damaligen civilisirten Europa und nur die Thatsache, dass man in Wien in der zweiten Hälfte des Jahres 1621 das Ohr gegen die englischen Aussöhnungsversuche nicht verschloss, konnte auch den minder Eingeweihten die Ueberzeugung aufdrängen, dass der Kampf gegen Bethlen ein harter war. Er erreichte seinen Höhepunkt kurz vor der Zeit, als sich Mansfeld aus der Oberpfalz zurückzog und lieferte den Beweis, dass die Chancen für den Pfalzgrafen nicht so ungünsig standen, wenn sich seiner zu gleicher Zeit treue Freunde in Deutschland angenommen hätten. Wir wollen die wechselnden Vorgänge in Ungarn schildern, ehe wir über den sich aufs Neue entspinnenden Kampf in der unteren Pfalz berichten.

Man wird sich erinnern, wie erfolglos die Anstrengungen der französischen Gesandtschaft zur Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen dem Kaiser und Bethlen bis zur Schlacht auf dem weissen Berge waren. Kaum gelangte jedoch die Nachricht von dem unglücklichen Ausgange derselben zu dem letzteren, so verliess ihn der bisherige Uebermuth, er zog sich von Pressburg nach Tyrnau zurück und ersuchte um freies Geleite für zwei Magnaten, durch die er neue Unterhandlungen anzuknüpfen wünschte. Seinen Bundesgenossen gegenüber that er allerdings so, als ob er an nichts anderes dächte, als an eine Fortsetzung des Krieges und wir haben gesehen, in welcher Weise er die Mährer bedrohte,*) als sie Anstalten machten sich

*) Band III, S. 383.

mit dem Kaiser auszusöhnen. Seine Vertreter waren noch nicht in Wien angelangt, als sich die französischen Gesandten bewogen fanden, das Werk der Vermittlung noch einmal in die Hand zu nehmen und den Herrn von Préaux mit Zustimmung Ferdinands an den Fürsten von Siebenbürgen schickten und von ihm verlangten, dass er ohne Rücksicht auf seine bisherigen Bundesgenossen die Bedingungen bekannt gebe, unter denen er bereit sei Frieden zu schliessen. Bei Bethlen war der anfängliche Schrecken aber mittlerweile einer ruhigeren Ueberlegung gewichen, er wies die Friedensunterhandlungen zwar nicht von sich, erklärte aber dem Herrn von Préaux, dass er nur im Verein mit den böhmischen Ständen und ihrem Könige in dieselben einwilligen könne. Um ihnen zugleich in ihrer furchtbaren Bedrängniss zu helfen, verlangte er den Abschluss eines Waffenstillstandes, der sich auf den ganzen Kriegsschauplatz erstrecken sollte und drohte, bei dessen Verweigerung, sich dem Sultan in die Arme zu werfen.*) Nur in dem Falle, wenn sich seine Bundesgenossen den Friedensverhandlungen nicht anschliessen würden, war er erbötig selbständig vorzugehen und mit dem Kaiser allein einen Vergleich abzuschliessen.**)

Die französische Gesandtschaft beeilte sich hierüber an den Kaiser Bericht zu erstatten und zugleich um eine rasche Entscheidung zu bitten, da Herr von Préaux von den katholischen Edelleuten aus der Umgebung Bethlens auf das dringendste ersucht worden war die Angelegenheit zu beschleunigen. Trotzdem vergingen mehrere Tage, bis der Kaiser erklärte, dass er die Verhandlungen nur auf Bethlen und die Ungarn beschränken und den Waffenstillstand nur dann bewilligen wolle, wenn der erstere seine Verbindung mit Böhmen lösen würde.***) Mit diesem Bescheide schickte der Herzog von Angoulême den Herrn von Croisilles zu Bethlen, der sich nun entscheiden musste, ob er sein Loos von dem seiner Bundesgenossen trennen wolle oder nicht. In einer Conferenz, die zwischen Croisilles,

*) Lettre par Mess. les Ambassadeurs le 13 Dec. Ambassade.

**) Ambassade. Propositions faites à l'Empereur le 5 Dec. 1620.

***) Responce de l'Empereur sur les propositions susdites in der Ambassade.

dem Kanzler Pechy und Emerich Thurzo abgehalten wurde, entschlossen sich die Vertreter Bethlens zum Betreten eines Mittelweges, sie verzichteten auf den Waffenstillstand, da er nur durch formelle Preisgebung des Pfalzgrafen zu erlangen war, aber sie waren bereit die Friedensunterhandlungen zu beginnen und dieselben auf Ungarn zu beschränken, allerdings immer mit der eingestandenen Absicht, jede Gelegenheit zu ergreifen um die Interessen des Pfalzgrafen zu wahren. So ist es auch zu verstehen, wenn Bethlen, trotz der eben ausgesprochenen Bereitschaft allein mit dem Kaiser zu verhandeln, einige Tage später die französischen Gesandten benachrichtigte, dass der Pfalzgraf zu Verhandlungen bereit sei und seine Commissäre abschicken wolle. *) Konnte er auch nicht hoffen, dass dieselben zugelassen würden, so wollte er doch so viel bewirken, dass das künftige Schicksal des Pfalzgrafen einen Verhandlungsgegenstand zwischen ihm und dem Kaiser bilden solle.**)

Die französischen Gesandten berichteten dem Kaiser über den Erfolg von Croisilles' Reise, mussten aber auch diesmal viele Tage auf eine Antwort warten, so dass sie schon glaubten, man wolle bei Hofe nichts mehr von den Unterhandlungen wissen. Dem war aber nicht so, die wiener Regierung nahm ihre Vermittlung an und theilte ihnen mit, dass sie Bruck an der Leitha als den Ort ausersehen habe, wo dieselbe ihren Anfang nehmen sollten, dass sie fünf Commissäre dahin absenden wolle und den Ungarn sowie dem Fürsten Bethlen die Wahl der ihrigen freistelle. Der letztere war mit diesen Bestimmungen nicht einverstanden, weder wollte er in den vorgeschlagenen Versammlungsort einwilligen, noch dem Kaiser die Wahl seiner Commissäre freistellen und namentlich keine Ungarn unter denselben dulden. Sein Hass kehrte sich hauptsächlich gegen Nicolaus Eszterhazy, den glänzendsten Vertheidiger der kaiserlichen Rechte, aber gerade diesen Mann wollte der Kaiser von den Verhandlungen nicht ausgeschlossen wissen. Die Franzosen trugen ihrem Boten nach Tyrnau auf, Bethlen zur Nach-

---

*) Responce de Mr. le Prince de Transylvanie 19 Dec. 1620. Ambassade.
**) Memoire donné par le Sieur Venay. Ebenda.

giebigkeit zu bewegen und gelangten diesmal zum Ziele. Zu seinen Vertretern bestimmte der Fürst von Siebenbürgen den Palatin Sigismund Forgach, den Grafen Franz Batthyany, seinen Kanzler Pechy und zwei andere Räthe und setzte den 4. Januar 1621 als Termin zum Beginn der Verhandlungen fest.*) Der Palatin beschwor den Kaiser die Friedensverhandlungen nicht zu verzögern, sondern sich des erschöpften Landes zu erbarmen. Wenn der Friede geschlossen würde, so dürfe er überzeugt sein, dass er an Niemandem einen treueren und erfahrneren Bundesgenossen gewinnen würde, als an Bethlen. — Forgach musste wohl am besten wissen, was es mit Bethlens Treue für ein Bewandtniss habe und ebenso wenig konnte es ihm unbekannt sein, dass der Fürst nach dem Besitz von ganz Ungarn strebe. Wenn er also den Kaiser zum Frieden mahnte, so muthete er ihm das Opfer seiner Ansprüche zu, ein Ansinnen, das in Wien nur beleidigte, so dass man den Palatin aufforderte, seine Mahnungen anderswohin zu richten und dafür zu sorgen, dass des Kaisers Rechte auf Ungarn hergestellt würden.**)

Dem Beginne der Verhandlungen stellten sich mittlerweile neue Hindernisse entgegen. Die Franzosen wollten nicht nach Bruck gehen, weil sie gehört hatten, dass die wenigen bessern Häuser in diesem halb zerstörten Städtchen mit Verwundeten überfüllt seien, unter denen epidemische Krankheiten wütheten. Sie schlugen deshalb Wiener-Neustadt vor, in welchen Vorschlag der Kaiser mit der Erklärung einstimmte, dass er für diesen Fall in einen Waffenstillstand willigen würde, der sich auf das Gebiet zwischen dem linken Ufer der Leitha und dem rechten der Donau erstrecken solle. Als Bethlen um seine Zustimmung zu dieser Neuerung ersucht wurde,***) geriet er in grossen Zorn. Ihm war Bruck schon zu weit gelegen, wie viel mehr Wiener-Neustadt, auch das Waffenstillstandsgebiet war ihm viel zu eng, er wollte es auf den ganzen ungarischen Kriegsschauplatz ausgedehnt wissen, und beschuldigte die kaiserlichen Räthe, dass

*) Memoire présenté à Mss. les Ambassadeurs dd. 31 Dec. 1620. Ambassade.

**) Ung. Staatsarchiv. Der Palatin an den Kaiser dd. 6 Januar 1621. — Ebenda der Kaiser an den Palatin dd. 9. Jan. 1621.

***) Instruction donnée au Sieur de Casenauve. Ambassade.

sie durch stets neue Bestimmungen bezüglich des Berathungsortes jede Friedensverhandlung unmöglich machten,*) eine Beschuldigung, mit der er im Unrecht war, da ja die Franzosen es waren, die Wiener-Neustadt vorgeschlagen hatten. Die kaiserlichen Räthe erklärten sich nicht nur bereit nach Bruck zu gehen, sondern befürworteten auch eine grössere Ausdehnung des Waffenstillstandsgebietes bei dem Kaiser, der in Folge dessen erbötig war auch Pressburg und Tyrnau — die gegenwärtige Residenz Bethlens — in dasselbe einzubeziehen.**) Es zeigte sich aber, dass nicht die angeschuldigten Räthe, sondern Bethlen und seine Anhänger es waren, die stets ein neues Haar in der Sache fanden. Denn als die Franzosen nach Hainburg gehen wollten, weil Bethlen diesen Ort vorzog, erhob der Palatin den Vorwurf gegen den Kaiser, dass er den ungarischen Commissären daselbst nur fünf Häuser einräumen wollte, statt der sechs, deren sie bedürften, und dass er ihrem Fürsten den Königstitel versage und dadurch von vornherein den Frieden erschwere. Diesmal verloren aber die Franzosen die Geduld und als Bethlen abermals die Ausschliessung der zwei vom Kaiser zu den Verhandlungen designirten Ungarn verlangte, erklärte der Herzog von Angenlême, dass er augenblicklich nach Hause zurückreisen werde, wenn man noch weiter dieses unbillige Verlangen stelle.***) Jetzt endlich gab Bethlen seine Zustimmung zur Zulassung der beiden Ungarn, hing derselben aber eine Klausel an, die zu neuen Zerwürfnissen Anlass bieten musste, denn er verbot seinen Commissären mit Eszterhazy in irgend eine Verhandlung zu treten.†) Am 25. Januar reisten endlich die französischen Gesandten nach Hainburg ab und gleichzeitig mit ihnen die kaiserlichen Commissäre, die Grafen Meggau, Breuner und Solms, der Bischof von Fünfkirchen, Dallos und Nikolaus Eszterhazy.

1621

---

*) Bethlen an die französischen Gesandten dd. 6. Jan. 1621. Ambassade.

**) Copie de l'instruction donnée au Sieur de Casenauve le 10 Janvier 1621. Ambassade. — Ebenda. Lettre à Mons. de Puysieux dd. 11 Janvier 1621.

***) Instruction donnée par Mrs. les Ambassadeurs à Mons. de Croisilles le 19 Janvier 1621. Ambassade.

†) Bethlen an die französischen Gesandten dd. 20. Januar 1621. Ambassade.

In Wien hatten vor der Abreise der genannten Commissäre wiederholte Berathungen über die Bedingungen stattgefunden, unter denen man Frieden schliessen wollte und man war zuletzt zu dem Entschlusse gelangt, die Wiederherstellung der kaiserlichen Herrschaft in ihrem ursprünglichen Umfange und die Ungiltigkeitserklärung der Königswahl Bethlens zu verlangen. Dem letztern wollte man eine Entschädigung durch die Zuweisung einiger Güter bieten, gegen die ungarischen Stände wollte man aber streng verfahren, nicht alle in Gnaden aufnehmen, sondern die hervorragendsten Anhänger Bethlens mit der Confiscation ihrer Güter bestrafen. Man trug sich in Wien mit der Hoffnung, dass man die Theilnahme an dem Aufstande in Ungarn, wenn auch nicht so hart wie in Böhmen, doch in der Weise werde ahnden können, wie man dies in Oesterreich und Mähren zu thun beabsichtigte, ja noch mehr, man wollte sich nicht bloss mit den ungarischen Gütern bereichern, sondern auch der ungarischen Verfassung, diesem härtesten Stein des Anstosses, eine unheilbare Wunde versetzen. Deshalb wollte man, um die öfter eintretende Calamität zu verhüten, dass die Besatzung einer Grenzfestung mit dem Feinde in Unterhandlung trat und den Platz ihm übergab, gesetzlich die Zulassung deutscher Besatzungen verlangen oder zum wenigsten sich durch die Ernennung bewährter Commandanten sichern. Die Rechte des Palatins sollten vermindert werden, weil durch dieselben die königliche Gewalt allzu sehr in den Schatten gestellt wurde, und endlich die katholische Kirche in den Besitz ihrer Güter restituirt werden. Diesen verschiedenen Wünschen gab man in der Instruction, welche die kaiserlichen Unterhändler mitnahmen, nur insofern Ausdruck, als man ihnen auftrug die volle Wiederherstellung der kaiserlichen Herrschaft zur Basis der Unterhandlungen zu machen.*) — Man ersieht aus diesen Angaben, wie weit der Kaiser davon entfernt war, die Anerbietungen, die er zu Anfang des Jahres 1620 dem Fürsten Bethlen gemacht hatte, zu wiederholen. In seiner Zuversicht wurde er durch den Herzog von Baiern bestärkt, dem er neben den Franzosen das

*) Harrach'sches Archiv. Ungarische Traktatien. — Ungarisches Staatsarchiv. Instruction für die kaiserlichen Gesandten dd. 15. Jan. 1620.

Vermittlungsgeschäft übertragen wollte. Maximilian lehnte zwar die Aufforderung ab, indem er erklärte, dass seine Räthe in den ungarischen Angelegenheiten nicht bewandert seien, aber er ermahnte den Kaiser die Verhandlungen nur auf Bethlen und die Ungarn zu beschränken und beiden nichts zu bewilligen, was seinen Rechten abträglich wäre. *)

Als die kaiserlichen Commissäre nach ihrer Ankunft in Hainburg den französischen Gesandten ihren Besuch abstatteten, sprach der Bischof von Fünfkirchen dem Könige von Frankreich den Dank für seine Vermittlung aus, welche Ansprache Préaux in höflicher Weise beantwortete, dabei seinem Vertrauen zu den versöhnlichen Gesinnungen des Kaisers Ausdruck gab und um die Mittheilung der Friedensbedingungen bat, damit die Unterhandlungen nach dem Eintreffen der ungarischen Commissäre sofort eröffnet werden könnten. Die Ruhe des Bischofs wich nun einer leidenschaftlichen Aufregung, er schilderte die Angriffe, die der Kaiser von Bethlen habe erdulden müssen, zeichnete diesen mit den schwärzesten Farben und behauptete, dass man mit diesem Menschen nicht verhandeln könne, er habe nicht das geringste Anrecht auf irgend einen Theil von Ungarn und solle nach Siebenbürgen zurückkehren, wo er sich durch die Ermordung seines Vorgängers der Herrschaft bemächtigt habe. Von Bedingungen, unter denen die kaiserliche Herrschaft in Ungarn hergestellt werden sollte, könne keine Rede sein, die Ungarn müssten um Verzeihung für ihre Verbrechen flehen und auch diese könne der Kaiser nicht allen gewähren. Erstaunt hörten die Franzosen diesem leidenschaftlichen Ergusse zu, die Heftigkeit und starre Unnachgiebigkeit, die aus der Rede hervorleuchtete, übte einen schlechten Eindruck auf sie aus, der nur durch die Erwägung gemildert wurde, dass der Sprecher ein Magyar war und diese Nation sich nach „der Erfahrung der Gesandten in ihrer Sprechweise vielfacher Uebertreibung schuldig machte,“ und dass die Entscheidung ohnedies in Wien erfolgen müsse, wo man zwar auch bei verschiedenen Gelegenheiten eine ähnliche Sprache führte, aber schliesslich doch nachgab.

*) Sächs. StA. Maximilian an Ferdinand dd. 30. Nov. 1620.

Sie erwiderten daher kühl, dass sie der Hoffnung Raum geben, der Kaiser werde von seiner so vielfach bethätigten Milde und Versöhnlichkeit nicht ablassen und nicht Forderungen aufstellen, die nur dann am Platze seien, wenn er drei Hauptschlachten gewonnen und Bethlen gefangen genommen hätte. Man dürfe nicht vergessen, welche günstigen Bedingungen dem Fürsten noch vor kurzem geboten worden seien und wie er durch ein so rücksichtsloses Vorgehen den Türken in die Arme getrieben werden würde. Meggau und Breuner bemühten sich den üblen Eindruck zu verwischen, den die heftige Rede des Bischofs hervorgebracht hatte, sie erklärten, dass der Kaiser bei der Rückforderung seines Königsreichs eigentlich keine Anerbietungen zu machen brauche, dass er aber dennoch bereit sei, die Wünsche der Ungarn zu hören und über die Bewilligung derselben nachzudenken, kurz, dass er mit ihnen und mit Bethlen unterhandeln wolle. *)

Während die Kaiserlichen mit den Franzosen auf diese Weise die brennendsten Tagesfragen erörterten, bereiteten die Ungarn ihren Einzug mit einem möglichst zahlreichen und glänzenden Gefolge vor und gaben den Franzosen dadurch abermals Gelegenheit zu einer abschätzigen Bemerkung; sie erklärten die Magyaren für das eitelste oder besser besagt, das prahlsüchtigste Volk Europa's, vergassen aber dabei auf die eigene Brust zu schlagen. Als Vertreter Bethlens präsentirte sich der Kanzler Pechy, als Vertreter Ungarns erschienen der Palatin Forgach, ferner Paul Jakusith, Paul Apponyi und Joseph Sándor. Am Tage nach dem Einzuge machten die ungarischen Commissäre den Franzosen ihre Aufwartung und überreichten ihnen dabei Schreiben von Bethlen und den ungarischen Ständen, die von Schmeicheleien über die Grösse ihres Königs und über ihre Bemühungen zum Besten der ungarischen Krone überflossen. Der Kanzler Pechy spielte bei dieser ersten Zusammenkunft eine ähnliche Rolle, wie Tags vorher der Bischof von Fünfkirchen. Auch ihn suchte Préaux zu beschwichtigen und zur Nachgiebigkeit zu stimmen und bat gleichfalls um Mit-

27. Jan.

*) Der Bericht über diese Scene in der Ambassade. Ungar. Staatsarchiv: die kaiserlichen Commissäre an Ferd. dd. 25. Jan. 1621.

theilung der Bedingungen für den allfälligen Frieden. Am Nachmittag erwiderten die Franzosen den Besuch und als sie dabei diese Forderung wiederholten und die Ungarn zur Mässigung ihrer Ansprüche ermahnten, erhoben diese statt dessen ein leidenschaftliches Geschrei über den Ton eines vom Kaiser an den Palatin erlassenen Schreibens, dessen Datum uns unbekannt ist, in dem wir aber jene Antwort vermuthen, die der Kaiser dem Palatin auf seine Friedensermahnungen zukommen liess, in welcher er die Wiederherstellung seiner Herrschaft in Ungarn und sonach die Verzichtleistung Bethlens auf die gemachten Eroberungen verlangte und hiebei dessen Anhänger in wegwerfender Weise bezeichnete. Die Franzosen fanden die üble Aufnahme dieses Schreibens gerechtfertigt, ersuchten jedoch die Ungarn ihrer Empfindlichkeit nicht weiter Raum zu geben, sondern die Verhandlungen zu beginnen und die Bedingungen ihrer Aussöhnung mit dem Kaiser zu bezeichnen. Nun wollten aber die Ungarn ebenso wenig von einer Nachgiebigkeit gegen den Kaiser hören, wie Tags zuvor der Bischof von Fünfkirchen von einer solchen gegen die Ungarn, sie beriefen sich auf ihr Recht über ihre Krone nach Belieben verfügen zu dürfen und meinten, dass sie nicht wüssten, welche Bedingungen sie für den Frieden anbieten sollten: wolle der Kaiser ihr Freund sein, so seien sie ihrerseits bereit ihm beizustehen, ihn als das Haupt der Christenheit anzuerkennen und ihn mit Gut und Blut zu unterstützen, wenn die Türken ihn angreifen würden: von einer Unterwerfung unter seine Herrschaft könne aber keine Rede sein.

Diese Sprache verletzte die Franzosen mehr als die Tags vorher von Dallos geführte: nach ihrer Ansicht hatte der Kaiser ein unanfechtbares Recht auf die Herrschaft über Ungarn und nur über die für die Stände und für Bethlen vortheilhaft zu gestaltenden Bedingungen bei der Restaurirung derselben wollten sie eine Verhandlung zugestehen und nur zu diesem Behufe hatten sie die Vermittlung übernommen. Sie erklärten deshalb, dass sie die Wiederherstellung der kaiserlichen Herrschaft als eine unanfechtbare Basis für die weiteren Besprechungen ansähen und dass sie die ungarischen Forderungen nur dann als berechtigt anerkennen würden, wenn sie sich auf die Sicherung ihres Be-

sitzes und ihrer Freiheiten und auf einige dem Fürsten Bethlen zu gewährenden Vortheile beziehen würden. Trotzdem wollten die Ungarn nicht nachgeben und von Ferdinands Anerkennung nichts wissen; sie meinten unter anderem, dass es ebenso widersinnig sei, einem von seinem Volke frei gewählten Könige zuzumuthen auf seine Herrschaft zu verzichten, als thöricht von Ferdinand Friedensbedingungen zu stellen, wie wenn er das Land schon in seiner Gewalt hätte. Die Franzosen behaupteten dagegen, dass der faktische Besitz des Landes das Recht desjenigen nicht beseitigen könne, der in feierlicher Weise gewählt und gekrönt worden sei. Den Einwurf Pechy's, dass Ferdinand den Krönungseid nicht gehalten habe und die Ungarn mithin im Recht gewesen seien, zu einer Neuwahl zu schreiten, lehnten die Franzosen mit dem Nachweise ab, dass der Kaiser seit Mathias' Tode die Regierung nicht ausgeübt, sondern sie dem Palatin überlassen und dass der Aufstand ihn jeder weiteren Verantwortung überhoben habe.

Die ungarischen Commissäre mussten nun mit sich zu Rathe gehen, ob sie ihren Widerstand fortsetzen und dadurch die französische Vermittlung vereiteln, oder ob sie sich mit Ferdinand unter gewissen Bedingungen einigen wollten. Es zeigte sich, dass ihr Beschluss schon gefasst und ihre bisherige Haltung nur ein Manöver gewesen war, durch das sie sich möglichst günstige Bedingungen sichern wollten, denn nach allerlei ausweichenden Phrasen erklärten sie zuletzt, dass sie bereit seien, Ferdinand als ihren König anzuerkennen, wenn er ihnen und Bethlen vortheilhafte Bedingungen stellen würde. Die Franzosen beeilten sich dies den kaiserlichen Commisären mitzutheilen und sie zu fragen, in welcher Weise sie diese Wünsche zu erfüllen gedächten.

Auf diese Art wollten aber die letzteren die Verhandlungen nicht einleiten: sie waren nur bereit die ihnen allenfalls gestellten Forderungen zu erwägen, nicht aber den Ungarn von vornherein Gnaden anzubieten. Eine Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter, die die Franzosen vorschlugen, scheiterte an der Titelfrage, da die kaiserlichen Commissäre dem Bethlen nur den Fürstentitel zuerkennen wollten. Auch diesmal liessen es sich die Franzosen angelegen sein die Ungarn zur Nach-

giebigkeit zu bewegen und vor allem nahm sich der Herzog von Angoulême der kaiserlichen Sache tapfer an. In seinem Auftrage fand sich Herr von Croisilles bei Pechy ein und stellte ihm die Gefahren eines längeren Widerstandes vor. Die siegreiche Armee des Kaisers sei im Anzuge; sobald sie sich eine feste Operationsbasis geschaffen habe, sei das Schicksal des Landes besiegelt. Diese günstige Ansicht von dem Stande der kaiserlichen Sache entsprang dem Umstande, dass Buquoy in diesen Tagen nach Ungarn vorgedrungen war und sich eines Schlosses nördlich von Pressburg bemächtigt hatte.

So nicht bloss von den Fortschritten der kaiserlichen Waffen, sondern auch von den Franzosen geängstigt versprach Pechy, dass Bethlen auf die ungarische Herrschaft verzichten und sich des königlichen Titels nicht bedienen (nicht aber, dass er ihn niederlegen) werde, wenn der Kaiser ihn entschädigen und mit Auszeichnung behandeln wolle und die Stände Ungarns die Garantie dafür übernehmen und auch zufriedengestellt würden. Er wollte jetzt nach Tyrnau fahren um seinen Herrn über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten, da er jedoch die Donau wegen des Treibeises nicht passiren und deshalb Hainburg nicht verlassen konnte, so bemühten sich die Franzosen die kaiserlichen Commissäre zu einer entsprechenden Gegenerklärung zu drängen, damit Pechy mit bessern Informationen versehen abreisen könnte. Aber diese wiederholten nur ihre frühere Rede: sie seien nicht befugt Anerbietungen zu machen, sondern nur Anträge und Bitten entgegenzunehmen und hierüber an ihren Herrn zu berichten.*) In einer vertraulichen Unterredung mit dem Palatin liessen sie etwas von den Bedingungen verlauten, unter denen Ferdinand die Ungarn zu Gnaden aufnehmen wollte, die Restitution der katholischen Kirchengüter stand da obenan. Die in Wien anwesenden Vertreter fremder Mächte glaubten damals aus den siegessicheren Reden

*) Depeche au roy le 2 Fevrier 1621. Ambassade. — Ung. StA. Die kais. Commissäre an Ferdinand dd. 31. Januar und 1. Febr. 1621. — Das ungarische Staatsarchiv enthält über diese Verhandlungen nicht bloss die gesammte kais. Correspondenz, sondern auch die von den kais. Commissären geführten Protokolle.

der tonangebenden Persönlichkeiten schliessen zu dürfen, dass man im kaiserlichen Cabinet, berauscht durch die Unterwerfung Mährens, auch in Ungarn durch die Waffen zum Ziele zu kommen hoffe und den hainburger Verhandlungen keine Bedeutung mehr beilege. Was an diesen Vermuthungen richtig war, mussten Meggau und Eszterhazy erfahren, als sie Anfangs Februar nach Wien abreisten um sich neue Instructionen zu holen.*) Da die Donau wieder passirt werden konnte, so verfügte sich auch Pechy nach Tyrnau zu seinem Herrn und zu den dort versammelten ungarischen Ständen.

1621

Meggau und Eszterhazy bemühten sich in Wien vom Kaiser eine bestimmte Erklärung zu erlangen, welche Entschädigung er dem Bethlen leisten und welche Zusage er den ungarischen Ständen machen wolle. Es zeigte sich in der That, dass die wiener Kreise von dem Uebermuth beherrscht waren, den die fremden Gesandten zu beobachten glaubten. Der Kaiser erklärte, dass er zwar von Bethlen keine öffentliche Verzichtleistung auf die Krone von Ungarn verlange, dass er aber nur dann mit ihm Frieden schliessen werde, wenn er faktisch auf die Krone verzichten, sie ausliefern, sich des königlichen Titels nicht mehr bedienen und dies in einer geheimen Urkunde versichern wolle. Er müsse ferner das Land verlassen, die Grenzfestungen übergeben, die böhmischen und österreichischen Flüchtlinge, namentlich den Grafen Thurn und den Freiherrn von Hofkirchen, sowie die beiden Vettern Emerich und Stanislaus Thurzo und den Grafen Batthyany ausliefern, den Katholiken alle ihnen entrissenen Güter zurückstellen und die Confoederationsurkunde übergeben, durch die sich Ungarn mit Böhmen und Oesterreich verbunden hatte. Für Alles dies bot ihm der Kaiser Güter im Werte von 2 bis 300,000 Thaler, die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor und den deutschen Fürstentitel an. Von der Abtretung der 13 Comitate, die in Folge der pressburger Verhandlungen an Bethlen überlassen worden waren, sollte diesmal keine Rede sein und nur im äussersten Falle ihm einige der jenseits der Theiss gelegenen Comitate während seiner

*) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 20./30. Jan. 1621.

Lebenszeit abgetreten werden, doch sollte er die in denselben befindlichen Grenzfestungen dem Kaiser öffnen und auch da den Katholiken ihren Besitz wieder zurückstellen.

Waren diese Anerbietungen für Bethlen geringfügig, wenn man bedenkt, dass man ihm die Verzichtleistung auf fast alle seine Eroberungen zumuthete, so waren die Zusagen, die der Kaiser gleichzeitig den ungarischen Ständen machte, eigentlich nur auf den Schein berechnet. Er wollte ihnen nur „die alten Freiheiten" gewährleisten (also die in seinem und seines Vorgängers Krönungsdiplom festgesetzten nicht mehr zugestehen) und hoffte, wenn sie sich durch dieses Versprechen überlisten lassen würden eine Handhabe zur Rekatholisirung des Landes und zur Kräftigung seiner Herrschaft zu gewinnen. Von einer allgemeinen Amnestie schwieg er, weil er die Besitzverhältnisse nicht unangetastet lassen wollte. In Wien war man sich indessen wohl bewusst, dass man mit so geringen Anerbietungen schwerlich zum Ziele gelangen würde, wenn man sich nicht des Beistandes einer der einflussreichsten Personen versichern könnte und man beschloss deshalb den Versuch zu machen den Kanzler Pechy zu bestechen. Der Kaiser gab den Auftrag, man solle ihm Güter anbieten und ihm versprechen, dass er ihn bei der Bewerbung um Siebenbürgen nach Bethlens Tode unterstützen werde.*) Mit diesen Instructionen kehrten Meggau und Eszterhazy nach Hainburg zurück.

3. Febr. 1621

Bei der nun folgenden Zusammenkunft zwischen den französischen Gesandten und den kaiserlichen Commissären blieben die letztern in ihren Anerbietungen noch hinter der erhaltenen Weisung zurück, da sie dem Fürsten Bethlen nur eine Entschädigung in Gütern im Werte von 200000 Gulden anboten. Als die Franzosen sie fragten, ob der Kaiser den ungarischen Ständen ihre (durch die letzten Krönungsdiplome) neu erworbenen Freiheiten garantiren würde, lehnten sie dies schroff ab, weil dadurch den religiösen Streitigkeiten Thor und Angel geöffnet würde. Damit war das Rekatholisirungsprogramm ziemlich offen eingestanden und die Franzosen wurden im katholischen Interesse ersucht dasselbe zu unterstützen. Die ungarischen Stände sollten

*) Ung. StA. Ferdinand an seine Commissäre in Hainburg dd. 2. Febr. 1621.

sich mit einigen allgemeinen Zusicherungen begnügen: sobald sie bestimmte, oder wie die Commissäre dies bezeichneten „unerlaubte“ Forderungen stellen würden, werde man den Krieg wieder aufnehmen und die Ruhe im Lande um jeden Preis herstellen, d. h. klarer ausgedrückt, Ungarn in die Lage von Böhmen bringen.

Nach dem Schlusse dieser Conferenz verfügten sich die Franzosen zu den ungarischen Commissären um dort zu vernehmen, welche Nachrichten und Vorschläge Pechy, der auch zurückgekehrt war, mitgebracht habe. Es zeigte sich, dass die Bedingungen, die Bethlen und die ungarischen Stände für ihre Aussöhnung stellten von gleichem Hochmuth zeugten, wie die der kaiserlichen Commissäre, beide Theile bedienten sich einander gegenüber einer Sprache, als wenn der Gegner ganz darniederläge und überboten sich in heuchlerischen Phrasen. „Nur um Christenblut zu schonen“, so schrieb man aus Wien, trete der Kaiser in Unterhandlungen mit Bethlen, den er sonst auch aus Siebenbürgen vertreiben könne. Bethlen versicherte dagegen, dass er dem Kaiser „ein treuer und gehorsamer Diener sein und ihm die höchste Ehre erweisen werde, wenn er einen günstigen Frieden mit ihm abschliessen würde.“ Hinter diesen Worten verbarg sich der tiefste Hass und die bitterste Verachtung einer- und die schmählichste Treulosigkeit andererseits.

Pechy erklärte, dass es seinem Fürsten nicht um Geld, sondern um eine ehrenvolle Stellung zu thun sei und diese glaube er nur dadurch wahren zu können, wenn ihm der Kaiser die Verwaltung von Ungarn in der bisherigen Weise überlasse, er dagegen wolle demselben die Regierung oder (um dieser Phrase ihr Mäntelchen zu nehmen) den leeren Titel eines Königs nicht vorenthalten. Er wolle sich des Königstitels in der abzuschliessenden Vertragsurkunde nicht bedienen, aber auch nicht auf ihn verzichten, sondern ihn nur ruhen lassen. Im Auftrage der in Tyrnau versammelten ungarischen Stände erklärte Pechy ferner, dass sie vom Kaiser nicht bloss die Bestätigung der bei Gelegenheit der beiden letzten Krönungen zugestandenen Freiheiten, sondern auch der im vorigen Jahre in Neusohl gefassten Beschlüsse (durch die der Einfluss des Königs auf ein Minimum beschränkt und die katholische Kirche fast ihres

ganzen Besitzes beraubt wurde) verlangten und zu gleicher Zeit zu wissen wünschten, was der Kaiser unter den „alten Freiheiten“ verstehe, deren Bestätigung er anbiete. Schliesslich sprachen sie die Hoffnung aus, der Kaiser werde in Zukunft jene Zahlungen zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen fortsetzen, welche in früheren Zeiten von den böhmischen und österreichischen Ländern geleistet wurden. Der Inhalt dieser Forderungen ging also dahin, dass der Kaiser für den leeren Titel eines Königs von Ungarn (da ja Bethlen die Verwaltung führen sollte) und für die mehr oder weniger unsicheren Einkünfte, die ihm aus diesem Lande erfliessen würden, sich zu einer förmlichen Tributzahlung verstehen sollte.

Pechy begab sich darauf zu den kaiserlichen Commissären, um ihnen dieselben Mittheilungen zu machen und die Anerbietungen des Kaisers zu vernehmen. Die Grafen Meggau und Breuner, von denen er empfangen wurde, gingen ihm gegenüber in ihren Erklärungen nicht weiter als gegen die Franzosen, sie schwiegen also noch immer von der vom Kaiser zugestandenen Abtretung einiger Comitate und wollten sich nur zur Erhöhung der Entschädigungssumme auf 300000 Gulden oder zur Abtretung einiger dieser Summe entsprechenden Güter verstehen. Auf dies hin gab Pechy die Hoffnung auf einen gedeihlichen Abschluss der Verhandlungen auf und reiste nach Tyrnau ab, um sich weitere Instructionen zu holen.

Jetzt erst erinnerten sich die kaiserlichen Commissäre ihrer Vollmacht, nach der sie befugt waren, die Abtretung einiger jenseits der Theiss gelegenen Comitate anzubieten, aber nicht um dem entsprechend zu handeln, sondern um nochmals beim Kaiser anzufragen, ob sie dieses Anbot thun sollten. Ihrer Meinung nach durfte Bethlen keinen Fuss breit Bodens in Ungarn besitzen, sie wollten, dass Buquoy vorrücke und den Fürsten zur Nachgiebigkeit zwinge.*) Diesen Vorschlag brachte Graf Breuner nach Wien, erläuterte ihn wohl noch mündlich und bewirkte in der That, dass Ferdinand seinen früheren Beschluss rückgängig machte und in die Abtretung der Theisscomitate

*) Relatio commissariorum ad Ferd. II dd. 6. Febr. 1621. Ung. StA.

nicht mehr einwilligte, sondern dem Fürsten nur 400000 Gulden theils in Geld, theils in Gütern und den deutschen Fürstentitel anbot. Bezüglich der ungarischen Stände beharrte er bei seinem frühern Entschluss, namentlich wollte er nichts von einer Bestätigung der neusohler Reichstagsartikel wissen. *)

Mit dieser Resolution kehrte Breuner am 9. Februar nach Hainburg zurück und Tags darauf traf auch Pechy aus Tyrnau ein. Bethlen war jetzt nachgiebiger und wollte sich in Verhandlungen über die Grösse des ihm in Ungarn abzutretenden Gebietes einlassen, er bestand also nicht mehr auf der Abtretung der 13 Comitate, aber auf den Königstitel wollte er auch jetzt nicht verzichten, sondern sich seiner nur nicht bedienen. In einer Unterredung, die Pechy mit Meggau und Breuner hatte, suchte er sie für die Annahme dieser Forderungen zu gewinnen, allein er predigte nur tauben Ohren. **) 1621

Die Verhandlungen bezüglich der Befriedigung Bethlens ruhten nun einige Tage, während welcher Zeit die ungarischen Commissäre sich bemühten bessere Zusagen für die Stände zu erringen. Die kaiserlichen Bevollmächtigten, die nichts anderes als die „alten Freiheiten" anzubieten hatten, lehnten weitere Anerbietungen mit der Erklärung ab, dass zunächst die Verhandlungen mit Bethlen geschlossen und er sich aus dem Lande entfernt haben müsse, bevor den ungarischen Ständen irgend welche Zugeständnisse gemacht werden dürften. Nur in dem Falle, wenn die Ungarn sich von Bethlen trennen und ihre Anhänglichkeit an den Kaiser durch die That beweisen würden (etwa durch einen Angriff auf Bethlen), dann wolle der Kaiser über ihre Befriedigung mit ihnen unterhandeln. Der Palatin, welcher bei den Zusammenkünften bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, trat nun aus seiner Reserve hervor und suchte die kaiserlichen Commissäre in vertraulichen Gesprächen zu grösserer Nachgiebigkeit zu bewegen. — Er sah sehr gut ein, was man in Wien unter den „alten Freiheiten" verstehe und mit welchen Plänen man sich dort trage und verlangte

*) Ung. StA. Ferdinand II an seine Commissäre in Hainburg dd. 7. Febr. 1621.
**) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. Hainburg 11. Febr. 1621.

also, dass man den ungarischen Ständen ohne Hinterhalt den Genuss aller ihrer Privilegien, namentlich soweit sie im Krönungsdiplome Ferdinands II enthalten seien, verbürge, ihnen eine allgemeine Amnestie ertheile und das Versprechen gebe, fortan keine deutschen Truppen in den Grenzfestungen zu stationiren. Es sollte also das freie Bekenntniss der Religion und der Besitzstand gesichert und allfällige Angriffe auf beides durch die Entfernung der fremden Truppen unmöglich gemacht werden. Bezüglich des letzten Punktes hätten die Ungarn vielleicht einige Nachgiebigkeit gezeigt, da die trefflich geschulten und disciplinirten deutschen Truppen das Land besser gegen die türkischen Angriffe schützten als die einheimischen, aber es kam nicht zum Streite über diesen Punkt, da die Verhandlung gleich bei dem ersten scheiterte. *) Die kaiserlichen Commissäre rieten in ihrem dem Kaiser erstatteten Bericht nicht nachzugeben und keine Amnestie zuzugestehen, höchstens könne er statt der perhorrescirten „alten Freiheiten" jene Freiheiten setzen, die „allen vier Ständen zukämen, also auch dem geistlichen Stande." In dieser Fassung liess sich das zu vereinbarende Friedensdiplom künftig so auslegen, dass eine Verfolgung der Protestanten möglich war, denn dem geistlichen Stande kam keine Religionsfreiheit zu. **)

Pechy, der mit den neuen Anerbietungen des Kaisers (die die Auszahlung von 400000 Gulden betrafen) nach Tyrnau gereist war, brachte von Bethlen die Erklärung zurück, dass er sein Schicksal nicht von dem der ungarischen Stände trennen wolle, mithin die Befriedigung seiner Ansprüche von der ihrigen abhängig mache. Diese Erklärung rief bei den wiener Staatsmännern den Verdacht hervor, dass er, im Falle man auf seine Forderungen nicht einging, die Verhandlungen unter dem Vorwande abbrechen würde, dass der Kaiser den ungarischen Ständen nicht die gewünschten Garantien für ihre Freiheiten biete. Bezüglich seiner eigenen Forderungen hatte Bethlen dem Pechy eine Art Ultimatum mitgegeben, in dem er sie nicht etwa ermässigte, sondern nur detaillirte. Er verlangte die Herzog-

*) Ung. StA. Die kais. Commissäre an Ferd. dd. 16. Febr. 1621.

**) Ebenda. Die kais. Commissäre an Ferd. dd. 18. Febr. 1621.

thümer Oppeln und Ratibor und die Güter von Munkács für sich und seine Erben, einen Gutsbesitz in Böhmen im Wert von 200000 Gulden, den Titel eines „Reichsfürsten“ und eines „ungarischen Fürsten“, und eine entsprechende Ausschmückung seines Wappens mit dem ungarischen Königswappen, endlich auf Lebenszeit den Besitz und das Regiment über vier jenseits der Theiss gelegene Comitate; die übrigen neun, die er vermöge des pressburger Vertrages inne hatte, verlangte er nur als Lehen, die richterliche*) Verwaltung derselben wollte er dem Palatin überlassen. Wenn wir diese letzte Bedingung recht verstehen, so ging sie darauf hinaus, dass Bethlen die königlichen Einkünfte aus diesen neun Comitaten beziehen, dem Palatin aber jenen Einfluss auf die Regierung gestatten wollte, den er sonst auszuüben pflegte.

Als der Kaiser diese Forderungen ablehnte,**) erklärten die ungarischen Commissäre, dass sie die Verhandlungen abbrechen müssten, und so war der Bruch, den die kaiserlichen Commissäre so oft gewünscht hatten, unmittelbar bevorstehend. Da erfasste sie aber die Angst vor einem so folgenreichen Schritte, sie erbaten sich Bedenkzeit, um dem Kaiser Bericht erstatten zu können und ermahnten ihn in demselben nicht zur starren Unnachgiebigkeit wie bisher, sondern rieten ihm zur Erneuerung seines Anbots bezüglich der Comitate jenseits der Theiss.***) Breuner und Eszterhazy reisten nach Wien, um dort weitere Aufklärungen zu geben und nahmen zugleich einen Brief des Palatins mit, worin dieser seine Ansicht über die Verhandlungen auseinandersetzte. Er war für die Ueberlassung der Theisscomitate an Bethlen, weil sie weniger wert seien, als wenn der Kaiser Güter im Werte von 3—400000 Gulden abtrete und ersuchte zugleich, dass man den Ständen die in dem letzten Krönungsdiplome vereinbarten Freiheiten garantiren möge.†)

---

*) Dass nur die richterliche Verwaltung gemeint war, ergibt sich aus dem Schreiben der kais. Commissäre an Ferdinand dd. 24. Febr. 1621. Ung. StA. — Ebenda. Die kaiserl. Commissäre an Ferd. dd. 20. Febr. 1621.

**) Ung. StA. Ferdinand an die Commissäre in Hainburg dd. 22. Febr. 1621.

***) Ebenda. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 24. Febr. 1621.

†) Ung. StA. Der Palatin Sigmund Forgách an Ferd. dd. 24. Febr. 1621.

Die Entscheidung des Kaisers war diesmal nachgiebiger, er verstand sich zur Ueberlassung dreier Comitate*) und zur Zahlung von 300000 Gulden oder zur Anweisung mehrerer dieser Summe entsprechenden Güter, mit den ungarischen Ständen wollte er jedoch nicht weiter verhandeln und sich durch keine Zusage binden.**)

Die kaiserlichen Commissäre kamen ihrem Auftrage wieder nur theilweise nach, indem sie nur die drei Comitate aber nicht die Summe von 300000 Gulden anboten. Sie hatten nämlich aus einer Unterredung mit den französischen Gesandten, die mit Pechy in ununterbrochenem Verkehre standen, die Hoffnung geschöpft, dass sich Bethlen zufrieden geben würde, wenn man ihm noch ein viertes Comitat verspräche und da sie dessen Wert geringer anschlugen als jene Entschädigungssumme, so berichteten sie hierüber an den Kaiser,***) der sie in Folge dessen bevollmächtigte dem Bethlen ein viertes Comitat unter der Bedingung anzubieten, dass er von allen andern Entschädigungsansprüchen Abstand nehme.†)

Ueber dieses Anbot wollte der Kaiser nicht mehr hinausgehen: wenn Bethlen sich damit nicht zufrieden gab, so sollten die Verhandlungen abgebrochen werden. Sein Muth wurde durch die Nachricht gehoben, dass sich eine Trennung zwischen den ungarischen Magnaten und Bethlen vorbereite; thatsächlich klagte der letztere, dass die Commissäre, welche die ungarischen Stände nach Hainburg geschickt hätten, vom Kaiser bestochen seien. Wir finden für diese Behauptung keinen Beweis, doch zeigte sich der Palatin seit Ende Februar den Einflüsterungen der kaiserlichen Unterhändler zugänglicher als früher; am 1. oder 2. März erklärte er sogar, dass er sich dem Kaiser anschliessen werde, falls der Friede nicht zu Stande käme. Man durfte mit Gewissheit hoffen, dass das Beispiel des Palatins nicht ohne Nachahmung bleiben werde und schon sprachen die kaiserlichen

1621

---

*) Szathmar, Sabolics und Ugachia.

**) Ferdinand an die Commissäre in Hainburg dd. 27. Febr. 1621.

***) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 1. März 1621.

†) Ferdinand an seine Commissäre dd. 2. März 1621.

Commissäre die Hoffnung aus, dass Georg Szechy und Georg Rákóczi, die beiden Generale Bethlens, sich dem Palatin anschliessen würden. Auch die Gewinnung von Bosniak schien möglich. Die Zersetzung in den Freundschaftsverhältnissen zwischen Bethlen und den ungarischen Magnaten wird uns dadurch am deutlichsten, wenn wir erwägen, dass der Fürst von Siebenbürgen mit Szechy, Rákóczi, Bosniak, Emerich Thurzo und Illeshazy im Juli 1620 einen Bund auf Leben und Tod abgeschlossen hatte, durch den sich die genannten für die ganze übrige Lebenszeit zum treuen Ausharren in der Bekämpfung Ferdinands und zur wechselseitigen Unterstützung verpflichteten, und nun wankten gerade diese Säulen.*) In Wien hoffte man aus diesen Zerwürfnissen den grössten Vortheil zu ziehen, und entwarf schon den Plan zur Organisirung einer provisorischen Regierung für die in Ungarn zu occupierenden Gebiete.

Der Abbruch der Verhandlungen schien um so unvermeidlicher, als Pechy, der sich wieder zu Bethlen begeben hatte, von dort aus schrieb, dass der letztere sich mit weniger als sieben Comitaten nicht zufrieden geben werde. Man konnte aber auf kaiserlicher Seite noch nicht zum Angriffe übergehen, da Buquoy erklärte, dass seine Truppen nicht marschbereit seien, dass es ihm an Proviant fehle, dass die Wege grundlos seien und deshalb die Commissäre, die er in Hainburg besuchte, aufforderte, die Verhandlungen noch hinzuschleppen und den schon zweimal verlängerten Waffenstillstand nochmals zu erneuern.**) Mancherlei Anzeichen deuteten jedoch darauf hin, dass Bethlen jetzt selbst zum Angriffe übergehen werde, denn er rückte mit 4000 Mann von Tyrnau nach Pressburg. Er schickte zwar nochmals seinen Kanzler nach Hainburg, aber die Instruction, die er ihm mitgab, bewies, dass er den Bruch

*) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 5. März 1621. — Puncta resolutionis S. M.tis in tractatus Heinburgiensi dd. 5. März 1621. — Der Wortlaut des Bündnisses zwischen Bethlen und den fünf Genannten findet sich bei Szilagyi abgedruckt.

**) Ung. StA. Die kais. Commissäre an Ferdinand dd. 9. März 1621. — Ferdinand an seine Commissäre dd. 10. März 1621. — Der Palatin an den Kaiser dd. 11. März 1621.

herbeizuführen suchte, denn Pechy forderte diesmal eilf Comitate.*)

Als der Kaiser dies erfuhr, wollte er nichts von der Weiterführung der Verhandlungen wissen**), trotzdem wurden sie noch nicht abgebrochen und zwar durch die Bemühung der französischen Gesandten, die selbst die Forderungen des Fürsten so unverschämt gefunden hatten, dass sich einer von ihnen, Bethune, zu Pechy verfügte und seinen Herrn mit dem Zorne Ludwigs XIII bedrohte, wenn er sich nicht mässigen würde. Darauf hin reiste Pechy abermals zum Fürsten***) und kehrte mit einer neuen Erklärung zurück, nach der sich Bethlen bezüglich der Comitate mässigte, aber dafür die erbliche Uebertragung ausgedehnter Güter verlangte, die von den bisherigen Besitzern ausgelöst und ihm überantwortet werden sollten; für die ungarischen Stände verlangte er eine allgemeine Amnestie und die Garantie ihrer Freiheiten. Preaux überbrachte diese Forderungen den kaiserlichen Commissären, die hierüber an den Kaiser berichteten und diesmal eine weitere Nachgiebigkeit empfahlen. Nur für die allgemeine Amnestie wollten sie sich nicht erwärmen, wie sehr sich auch der Palatin bemühte, sie für dieselbe zu gewinnen.†)

Auf diesen Bericht hin arbeitete man in Wien zwei Diplome aus, von denen das eine Bethlen, das andere die ungarischen Stände betraf und schickte sie als Ultimatum nach Hainburg. Der Inhalt des letztern ist uns nicht bekannt, wenn wir aber den bisherigen Verlauf der Verhandlungen berücksichtigen, so können wir nicht in Zweifel sein, dass es den Wünschen der ungarischen Stände nicht Rechnung trug, sondern sich in allgemeinen Versicherungen hielt, die spätere Verfolgungen ermöglichen sollten. In dem den Fürsten Bethlen betreffenden Documente hiess es, dass wenn derselbe den königlichen Titel ablegen, die

*) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 11. März 1621. — Ebenda. Die kaiserl. Commissäre an Ferdinand dd. 12. März 1621.

**) Ebenda. Ferdinand an seine Commissäre dd. 15. März 1621.

***) Ebenda. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 16. März 1621. — Ung. StA. Die kaiserl. Commissäre an Ferdinand dd. 22. März 1621.

†) Ebenda. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 26. März 1621. — Der Palatin an den Kaiser dd. 29. März 1621.

Krone ausliefern, sich nicht weiter in die ungarischen Angelegenheiten mischen, den Erben Drugeths de Homanna und den beraubten Geistlichen und Edelleuten ihre Güter zurückstellen würde, der Kaiser ihm die Herzogthümer Oppeln und Ratibor erblich, vier jenseits der Theiss gelegene Comitate aber auf Lebenszeit unter der Bedingung ertheilt, dass die Bewohner dieser Comitate nach wie vor zu den Reichstagen zugelassen würden und der Jurisdiktion des Palatins unterworfen blieben. Zu allem dem wollte der Kaiser ihm noch den Reichsfürstentitel ertheilen, 100000 Gulden baar auszahlen und Munkacs in der Art übergeben, dass es von seinen Erben gegen Zahlung von 300000 Gulden ausgelöst werden könne.*)

1621

Die beiden Diplome wurden am 8. April dem Kanzler Pechy und den ungarischen Commissären vorgelesen und von diesen vielfach bekrittelt. Pechy verlangte für den Fürsten Tokay statt Munkacs und wünschte, dass die ihm zu gewährenden Zugeständnisse nicht von der nachträglichen Zustimmung des ungarischen Reichstages abhängig gemacht würden, wogegen die ungarischen Commissäre an ihrem Diplome zu tadeln hatten, dass darin die Beobachtung des Krönungsdiploms nicht versprochen sei, so wie dass der Kaiser in den Grenzfestungen deutsche Truppen unterhalten wolle und von den Ständen als von Rebellen spreche.**) Der Kaiser, dem diese Klagen übermittelt wurden, wollte ihnen nicht Rechnung tragen und nur unter der Bedingung sich zur Ertheilung einer Amnestie verstehen, wenn die Stände die deutschen Besatzungen in ihre Grenzhäuser aufnehmen würden, denn nur dann fühlte er sich sicher in den wiedererworbenen Rechten.***) Man war also in der Verfassungsfrage in Wien unnachgiebig, bezüglich der Amnestie wollte man sich aber zu einem milderen Auftreten entschliessen. Dieser Umschwung zeigte sich in der Behandlung, die man Emerich Thurzo zu Theil werden lassen wollte. Er, das Haupt und der geistige Leiter des Aufstandes, der bisher

---

*) Kittseer Archiv. Conventio seu contractus utriusque partis commissariorum super contentatione Bethleni. Ein zweiter Entwurf im ung. StA.

**) Ung. StA. Ferdinand an seine Commissäre dd. 9. April 1621.

***) Ebenda. Ferdinand an seine Commissäre dd. 11. April 1621.

treu bei Bethlen ausgeharrt und jenen Verbindungseid eingehalten hatte, war jetzt schwankend geworden und wie sehr sich Pechy in seinen Briefen aus Hainburg bemühen mochte, ihn vor den absolutistischen Gelüsten der wiener Staatsmänner zu warnen und zum festen Ausharren an Bethlens Seite zu bereden, so hatte er doch nicht verhindern können, dass Thurzo den Kaiser um seine Begnadigung ersuchte, die ihm sofort gewährt wurde. Wenn Ferdinand einem Mann verzieh, der in Ungarn dieselbe Rolle gespielt hatte, wie Thurn in Böhmen, so konnte er doch nicht, ohne den Vorwurf der schreiendsten Ungerechtigkeit auf sich zu laden, die Minderschuldigen bestrafen. Indem man in Wien in Betreff der Amnestie sich zu weitgehenden Concessionen entschloss, glaubte man sicherlich, dass dies den oben angedeuteten Bruch zwischen Bethlen und den Magnaten beschleunigen werde. Gewiss ist, dass Bethlen die in seiner Umgebung immer deutlicher zu Tage tretende Friedenssehnsucht mit grossem Aerger wahrnahm und gerade in diesen Tagen die bei ihm weilenden Magnaten fragte, ob sie lieber Frieden haben wollten, als den Krieg. Als die Gefragten ihm ihre Geneigtheit zum Frieden kundgaben, frug er weiter, ob sie den Brief vergessen hätten, in dem sie dem Sultan erklärten, dass sie sich lieber seiner Herrschaft unterwerfen, als das Joch des Kaisers auf sich laden wollten. Da Emerich Thurzo und sein Vetter Stanislaus von diesem Briefe nichts zu wissen behaupteten, brauste Bethlen heftig auf und sagte, er wisse schon, was diese ihre Haltung bedeute und er werde fortan sein Interesse in anderer Weise wahren. *)

Trotzdem suchte Bethlen die Wahrung desselben nicht etwa in einem friedlichen Ausgleich mit dem Kaiser. Er war ein kalter, und rücksichtsloser Egoist, denn in allen seinen Beziehungen zur kaiserlichen Partei machte er unbedenklich von groben Lügen und Heucheleien Gebrauch, so dass man ihn mehr für den Häuptling einer asiatischen Horde, als für einen Fürsten im civilisirten Europa ansehen könnte. Nichtsdesto-

*) Ung. StA. Die kaiserlichen Commissäre an Ferdinand dd. 13. April 1621. — Archiv der ung. Akademie. Der Palatin an Emerich Thurzo dd. 9. April 1621.

weniger kann man ihm weder ein bedeutendes Herrschertalent, noch eine scharfe Einsicht in der Beurtheilung politischer Verhältnisse absprechen. Er bethätigte das erstere in Siebenbürgen, wo durch ihn die Sicherheit des Eigenthums, der allgemeine Wohlstand und das Staatseinkommen eine nie dagewesene Höhe erreichten; seinen politischen Scharfblick bekundete er in seinem Verhältnisse zur Pforte, mit der er sich nur zögernd in Allianzverhandlungen einliess, vor allem aber darin, dass er jetzt die Verhandlungen mit dem Kaiser abbrach, obwohl er im Augenblicke keine kräftige Unterstützung von den ungarischen Ständen erwarten konnte, da sie geneigt waren gegen das blosse Versprechen der Amnestie sich mit Ferdinand zu versöhnen. Ein kurzsichtiger Mann hätte sich mit den Anerbietungen des Kaisers begnügt, hätte Frieden geschlossen und wäre nach Siebenbürgen zurückgekehrt. Er sah aber ein, dass, wenn Oberungarn (und um dieses handelte es sich) dem Kaiser ohne weitere Bedingungen überliefert würde, das absolute Regiment daselbst Platz greifen, dem deutschen Einfluss Thor und Angel öffnen und den Ruin des ungarischen Adels zur Folge haben würde. Vielleicht hätte dies dem Lande frommen können, aber dass damit seine eigene Herrschaft untergraben worden wäre, konnte er sich nicht verhehlen und so durfte er um seiner Sicherheit willen in den Friedensschluss mit dem Kaiser nicht willigen, wenn dieser sich nicht dazu verstand, die ungarische Verfassung und die im Krönungsdiplom enthaltenen Zusicherungen zu bestätigen und so sich selbst eine Ausnützung des Sieges unmöglich zu machen. Er konnte nicht hoffen im Kriege bessere Bedingungen zu erlangen, als sie ihm jetzt geboten wurden, aber es war schon des Kampfes wert, wenn er den Kaiser zur rückhaltslosen Anerkennung der ungarischen Verfassung zwang und damit das kaiserliche Regiment auch ferner zur Ohnmacht verurtheilte und sich selbst die weitere Einmischung ermöglichte.

Da Bethlen wegen der geringen Anerbietungen, die der Kaiser den ungarischen Ständen machte, die Verhandlungen nicht abbrechen konnte, weil diese ja nicht mehr dagegen protestirten, so leitete er den Bruch damit ein, dass er die eigenen Forderungen höher spannte. Wir wollen dieselben nicht weiter

aufzählen und nur bemerken,*) dass sie das Substrat einer Berathung in Wien bildeten, an der sich neben dem Grafen Breuner einige der hervorragendsten ungarischen und zur kaiserlichen Partei gehörigen Würdenträger und zwar der Erzbischof Pazman, der ungarische Kanzler und Erzbischof von Kalocsa, der Bischof Pyber und der Ban von Kroatien betheiligten und in der einstimmig der Abbruch der Verhandlungen beschlossen wurde. Darauf verfügten sich dieselben Personen, zu denen sich noch die Herren von Harrach und von Trauttmansdorff gesellten, zum Kaiser, wo dieselbe Frage nochmals discutirt und dasselbe Resultat erzielt wurde.**) Buquoy sollte jetzt in Ungarn vorrücken.

17. April 1621

In denselben Tagen wurde man in Wien auch über die Antwort schlüssig, die man den ungarischen Ständen und dem Palatin auf ihre Bitte um eine Aenderung des für sie bestimmten Friedensdiploms geben wollte. Auch diesmal zeigte man nur in Betreff der Amnestie eine weitere Nachgiebigkeit; der Kaiser versprach den Ständen alle Verbrechen, die sie in Folge der Rebellion seit dem 1. Juli 1619 begangen hatten, zu verzeihen und sie im Genuss ihrer „alten Freiheiten" nicht zu stören und verlangte dafür, dass die Geistlichen wieder in ihren Besitz eingesetzt würden.***) Dem Palatin wurde für seine bei dieser Gelegenheit geleisteten und noch zu leistenden Dienste eine besondere Belohnung versprochen,†) er wurde nach Wien berufen, damit er sich dort an der schliesslichen Redaction des Diploms betheilige.††)

Als Pechy in Hainburg von dem in Wien bezüglich des Vorrückens Buquoy's gefassten Beschluss Kunde erhielt, machte er noch in der zwölften Stunde den Versuch die Verhandlungen hinzuziehen, indem er den französischen Gesandten berichtete, dass er soeben von Bethlen die Vollmacht erhalten habe, mit den kaiserlichen Commissären auf Grund ihrer letzten Anerbietungen den Frieden abzuschliessen, wenn seinem Herrn

*) Ung. StA. Die kais. Commissäre an Ferd. dd. 15. April 1621.

**) Ungar. StA. Protokoll der Rathssitzung dd. 19. April 1621.

***) Ung. StA. Entwurf der Formel für die ungarischen Stände. April 1621.

†) Ung. StA. Die Vereinbarung bezüglich des Palatins.

††) Ung. StA. Freies Geleite für die ungarischen Unterhändler.

gestattet würde, sich in Ungarn noch bis Anfangs Juli halten zu dürfen, um nicht durch seinen plötzlichen Rückzug den Hass der Türken auf sich zu laden. Für dieses Zugeständniss wollte der Fürst dem Kaiser Oedenburg, Pressburg (doch ohne das Schloss) und Tyrnau überlassen.*) Es lag auf der Hand, dass Bethlen die Kräfte Ungarns noch durch einige Monate für sich in Anspruch nehmen und sich die steigende Finanznoth des Kaisers zu Nutzen machen wollte. Die französischen Gesandten würdigten diesen Antrag keiner Beachtung, sondern erklärten, dass sie ihre Mission für beendet ansehen und an den Verhandlungen nicht mehr Theil nehmen würden. Sie machten nun rasch Anstalten zur Rückkehr in die Heimat, welcher Entschluss indessen nicht bloss durch die Vorgänge in Hainburg, sondern durch einen directen Befehl aus Frankreich veranlasst wurde. Der König und seine Minister waren von der Idee einer Unterstützung des Kaisers abgekommen, sie hatten schon längst das übereilt gegebene Versprechen bereut und hatten mehr um den Schein zu retten als aus Aufrichtigkeit die Gesandtschaft in Wien belassen. Jetzt waren sie der Heuchelei um so überdrüssiger geworden, als die Art und Weise, wie der Kaiser den Sieg über den Pfalzgrafen auszubeuten gedachte und wie sich sein Vetter Philipp im Veltlin festzusetzen suchte — worüber wir später berichten werden — die französischen Interessen zu sehr verletzte. Die dem Kaiser günstige Neutralität Frankreichs nahm ein Ende und Ludwig schickte seinen Gesandten den Auftrag zu, dass sie auf ihrer Rückreise die Mitglieder der Union zur Aufrechthaltung ihres Bündnisses ermahnen und ihnen die Hilfe Frankreichs in Aussicht stellen sollten.**) Dieser Befehl kam zu spät, als dass er die Union vor dem Zerfalle gerettet hätte, aber den Umschlag in der französischen Politik kennzeichnet er in scharfer Weise. Die Abreise der Franzosen von Hainburg hatte die aller übrigen Kommissäre zur Folge.

1621

Einer der Unterhändler in Hainburg erntete für seine Wirksamkeit einen schlechten Dank. Es war dies der Canzler

*) Ung. StA. Protokoll der Rathssitzung dd. 19. April 1621.

**) Lettre du Roy à Mess. les Ambassadeurs dd. 4. März 1621. Ambassade.

Pechy, den Bethlen einige Wochen später des Verraths beschuldigte, in Haft nehmen und bis an seinen Tod im Kerker schmachten liess. In wiefern Bethlen zu dieser Behandlung seines Kanzlers berechtigt war, wissen wir nicht anzugeben, denn wiewohl dem Kanzler von kaiserlicher Seite für seine guten Dienste Güter und selbst die Fürstenkrone von Siebenbürgen nach Bethlens Tode angeboten worden war, so liegt doch kein Beweis vor, dass Pechy diesen Anträgen Gehör geschenkt und seinen Herrn verrathen hätte. Begründeter scheint uns der Verdacht zu sein, dass Pechy im Jahre 1620 dem kaiserlichen Gelde zugänglich war, wie wir dies seiner Zeit andeuteten. Wäre Bethlen von seiner Schuld überzeugt gewesen, so hätte er gewiss nur in seinem Tode eine genügende Sühne gefunden; die blosse Gefangennahme deutet nach unserer Ansicht an, dass gegen den Kanzler eben nichts anderes als Verdachtsmomente vorlagen. *)

Während der Verhandlungen bediente sich Bethlen durch Pechy zu wiederholten Malen des Kunstgriffes, dass er mit seiner Verbindung mit dem Sultan prahlte und das Anrücken zahlreicher türkischer und tartarischer Truppen behauptete, oder dass er vorgab, von dem Sultan auf das heftigste wegen der Unterhandlungen mit dem Kaiser bedroht und zum Abbruch derselben aufgefordert worden zu sein, alles dies, um den kaiserlichen Commissären Schrecken einzujagen und sie dadurch zu grösserer Nachgiebigkeit zu bewegen. In Konstantinopel liess er dagegen durch seine Agenten Stephan Doczi und Johann Rimay versichern, dass es ihm mit den Verhandlungen in Hainburg nicht ernst sei und dass er den Kaiser nur täuschen und jede Gelegenheit benützen wolle, um ihm Schaden zuzufügen. Dem Sultan riet er, die günstige Gelegenheit zur Erweiterung seiner Herrschaft nicht zu versäumen und meinte damit nicht eigentlich, dass die Türken den Kaiser angreifen, sondern dass sie ihm nur die nöthigen Hilfstruppen senden sollten; er schrieb zu diesem Ende auch an den Tartarenkhan und bat ihn um seinen Beistand, indem er ihn dabei auf die grosse Beute ver-

*) Katona XXX.

wies, die er in Oesterreich machen werde.*) Aber nicht bloss Hilfstruppen sollten ihm die Türken und Tartaren schicken, sie sollten auch den in Ungarn drohenden Abfall verhüten und deshalb sollte der Grosswessir im Namen des Sultans einen Drohbrief an die ungarischen Stände richten, ihnen alle weiteren Verhandlungen mit dem Kaiser verbieten und einen gleichen Brief an ihn selbst (an Bethlen) schreiben und darin sein Erstaunen kundgeben, dass er sich mit dem Kaiser in Unterhandlungen eingelassen habe und ihn deshalb verwarnen. Beide Briefe wollte Bethlen dann dem Reichstage, den er einzuberufen gedachte, vorlegen. Den Gesandten trug er auf, zu Bestechungen zu greifen, da es aber an Geld mangelte, so sollten sie sich mit den noch immer in Konstantinopel weilenden böhmischen und österreichischen Vertretern ins Einvernehmen setzen und das Geld vorläufig bloss versprechen.**) Die an den Bettelstab gebrachten Vertreter der Stände von Oesterreich und Böhmen sparten auch wirklich nicht mit Versprechungen, sondern verpflichteten sich zur Zahlung von 80000 Thalern.***) Aus diesem Gewirr von Lügen und Intriguen geht so viel hervor, dass Bethlen die früher so gescheute Allianz mit der Türkei jetzt herbeizuführen suchte. Die Verleumdungen, mit denen ihn das westliche Europa überschüttete und die darin gipfelten, dass man ihn für einen Mohammedaner ausgab, wurden dadurch gerechtfertigt, denn wie sehr man in Ungarn die Herrschaft Ferdinands scheuen oder verurtheilen mochte, sie war doch unendlich erträglicher als das türkische Joch, das diese Allianz im Gefolge haben konnte. Wir bemerken zu allen den Anstrengungen Bethlens, dass die Türken seinen Wünschen nur bezüglich der beiden Briefe nachkamen, bezüglich der Truppen wurde ihm später eine kaum nennenswerthe Hilfe zu Theil.†)

---

*) Vielfach abgedruckt.

**) Münchner StA. Georg Chezi an Ferdinand dd. 26. April 1621. — Bethlens Brief an den Khan. Török Magyar Kori Törtenelmi Emlékek, Instruction Bethlens ad Stephanum Doczi et Joannem Rimay dd. 26. März 1621.

***) Verpflichtung der verschiedenen Gesandten zur Zahlung von 80000 Thalern dd. 30. April 1621. Ebenda.

†) Hussein Pascha an die Stände Ungarns dd. 1621 im Frühjahr. Török Magyar Kori Törtenelmi Emlékek.

II

Ehe wir unsern Bericht über den Wiederausbruch des Krieges beginnen, müssen wir der Ereignisse Erwähnung thun, die während der Verhandlungen in Hainburg auf dem Kriegsschauplatze stattfanden. Der für die Dauer derselben abgeschlossene Waffenstillstand erstreckte sich, wie erinnerlich, nur auf das Gebiet zwischen dem rechten Donau- und dem linken Leithaufer, folglich waren Mähren und das am linken Donauufer gelegene Oesterreich und Ungarn den feindlichen Angriffen nach wie vor ausgesetzt. Diese liessen auch nicht auf sich warten, nur dass sie regelmässig von den flinken und gewandten ungarischen Reitern ausgingen, welche, wie früher, so auch jetzt in Vorpostengefechten und Ueberfällen einzelner Abtheilungen bedeutendes leisteten und dem Gegner in der Regel eine Schlappe zufügten; namentlich war es Mähren, das Bethlen durch zahlreiche Einfälle heimsuchte. Seine Reiter drangen bis Auspitz vor, bestanden dort ein glückliches Gefecht mit den kaiserlichen Truppen, brandschatzten das Land und machten so die Drohung wahr, die er gegen die Stände dieses Landes ausgesprochen hatte.*) Buquoy war durch die schlechte Jahreszeit daran verhindert, seine Streitkräfte zu concentriren, aber abgesehen davon, herrschte im kaiserlichen Lager ein solcher Mangel an Disciplin, dass sich der spanische Gesandte bewogen fand gegen Buquoy aufzutreten und ihn zu beschuldigen, dass durch seine Nachlässigkeit ein guter Theil des kaiserlichen Heeres zu Grunde gegangen sei. Um weitere Uebelstände und Unglücksfälle zu verhüten schlug Oñate vor, dass neben Buquoy, der sich nur mit dem Entwurf der Operationspläne beschäftigen sollte, ein zweiter General ernannt würde, der hauptsächlich

*) Bethlen berichtet darüber an Friedrich dd. 12. Febr. 1621 (Münchner StA.) Excursiones continuae indesinentes fiunt in vicinam Austriam et Moraviam, quibus obvia quaeque igne et ferro consumuntur, ita ut perduelles duplicatis jam suppliciis perjurii poenas luere cogantur, dum nempe praeter nostratum invasionem, afflictionem et extremam devastationem ab interno quoque hoste, quam ultro recepere, mirifice excruciantur.

für die Aufrechthaltung der Disciplin Sorge zu tragen hätte. Dieser Vorschlag fand in Spanien lebhaften Anklang und der Gesandte wurde beauftragt die Ernennung dieses zweiten Generals zu veranlassen.*)

Die mannigfachen Erfolge der ungarischen Reiter hoben den Muth Bethlens und da er seit Mitte Februar überzeugt 1621 war, dass die Friedensverhandlungen nicht zu dem von ihm gewünschten Resultate führen würden, ermahnte er auch den Pfalzgrafen zum äussersten Widerstande in Schlesien und erbat sich von ihm die Zusendung von zwei Regimentern Fussvolk und 1000 Reitern, mit deren Hilfe er die Niederlage des Grafen Buquoy in Aussicht stellte.**) Er suchte seiner Bitte durch den Grafen Thurn, der in seine Dienste getreten war, eine bessere Aufnahme zu verschaffen und schickte ihn deshalb nach Breslau, damit er mit den schlesischen Ständen einen gemeinsamen Operationsplan verabreden möchte.***) Der Graf erreichte sein Ziel nicht, denn als er nach Tetschen kam, erhielt er die Nachricht, dass Schlesien bereit sei, sich dem Kaiser zu unterwerfen und so kehrte er unverrichteter Dinge zu seinem neuen Herrn zurück.†)

Die Reihe der Unfälle auf dem mährisch-ungarischen Kriegsschauplatze nahm nach Mitte Februar für die Kaiserlichen ein 1621 Ende, indem der Oberst Tiefenbach sich des Schlosses Theben bemächtigte und da kurz zuvor bei Skalic ein ähnlicher Erfolg erlangt wurde, so hatte Buquoy jetzt zwei Orte in den Händen, unter deren Schutz er den Einmarsch in Ungarn bewerkstelligen konnte.††) Wenige Tage darauf fiel das in der Nähe von Theben gelegene Neudorf in seine Gewalt und dieser Erfolg wurde dadurch vervollständigt, dass die Ungarn bei dem

*) Simancas. Oñate an Philipp dd. 19. Jan. 1621. — Ebenda. Der Staatsrath an den König dd. 9. März 1621.

**) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. Tyrnau den 12. Februar 1621.

***) Memoriale pro Comte Thurn in Silesiam proficiscente dd. 21. Febr. 1621. Münchner StA. — Bethlen an Friedrich dd. 20. Februar 1621. Ebenda.

†) Münchner StA. Pettendi an Friedrich dd. 28. März 1621.

††) Innsbrucker Statthalterei-Archiv. Stadion an Erzherzog Leopold dd. 24. Februar 1621.

Ueberfalle von Stražnic eine tüchtige Schlappe erlitten.*) Bethlen suchte die durch diese Verluste entstandenen Lücken in seinem Heere möglichst rasch auszufüllen und zog von Tyrnau nach Pressburg, von wo aus er einen Versuch machte, Theben wieder in seine Gewalt zu bekommen, allein der Versuch misslang und ebenso ein Angriff auf die Kaiserlichen bei Holitsch.**) Trotz aller Vorliebe für seine Landsleute konnte sich Bethlen der immer stärker auf ihn eindringenden Ueberzeugung nicht verschliessen, dass seine undisciplinirten Reiterhaufen den wohlgeübten feindlichen Truppen auf die Dauer nicht würden Widerstand leisten können. Ehe er daher noch Nachricht von dem Misserfolge der thurn'schen Sendung hatte, bat er nochmals den Pfalzgrafen um die Zusendung einiger Abtheilungen deutschen Fussvolks und deutscher Reiterei und berief sich dabei auf das Versprechen des Markgrafen von Jägerndorf, der ihm einige Tausend Mann zu Hilfe senden wollte, sobald der Pfalzgraf es gestatte.***) Die Verbindung Bethlens mit dem Markgrafen, an die sich im Laufe des Sommers die folgenschwersten Ereignisse knüpften, tritt durch diese Erklärung offen zu Tage.

Friedrich war es zufrieden, wenn der Markgraf von Jägerndorf sich mit den Truppen, die er unter seinem Commando zusammenhielt, dem Fürsten von Siebenbürgen zur Verfügung stellte.†) Diese Zusage genügte jedoch dem letzteren nicht. Als die Verhandlungen in Hainburg abgebrochen wurden, verlangte er, dass der Pfalzgraf ihm alle Geldmittel überlasse, die er unterdessen zusammengebettelt hatte und versicherte dabei, dass er es mit den Verhandlungen nie ernst gemeint und mit Fleiss Forderungen gestellt habe, die ihren Abbruch zur Folge gehabt hätten: er werde nie- und nimmermehr mit dem Hause Oesterreich einen Frieden abschliessen. Gewiss hätte Friedrich auf diese Bitte den letzten Heller hergegeben, zumal ihm auch Thurn in einem gleichzeitigen Briefe versicherte, dass es Bethlen

---

*) Ebenda. Stadion an Erzherzog Leopold dd. 3. März 1621.
**) Katona XXX, 664 u. flg.
***) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 9. März 1621.
†) Münchner StA. Friedrich an Bethlen dd. 19./29. März 1621.

mit dem Kaiser nie aufrichtig gemeint habe,*) allein diese Briefe erreichten ihn im Augenblicke der grössten Noth, als die Union sich aufgelöst hatte und er von seinem Schwiegervater auf das ärgste bedroht wurde. In seiner Niedergeschlagenheit fand er nicht einmal den Muth zu Versprechungen, er versicherte, dass er an dem Bündnisse mit Bethlen festhalten wolle, gegenwärtig aber keine Mittel zur Verfügung habe um denselben zu unterstützen. Den Markgrafen von Jägerndorf ermahnte er zu treuem Ausharren auf eigene Kosten und Gefahr und ernannte ihn neben Mansfeld zu seinem General im Bereiche der böhmischen Krone. Vielleicht konnte dieser bewerkstelligen, was ihn in diesen Tagen der ehemalige Oberhauptmann von Schlesien, Johann Christian von Liegnitz, in einer Zuschrift hoffen liess, nämlich die Wiederaufrichtung seiner Herrschaft in Schlesien, wenn eine geringe Truppenmacht sich den im Lande verhassten Bedrückern entgegenstellen würde.**) Wenn Friedrich nicht ein so armseliger Wicht gewesen wäre, und wenn zwischen Mansfeld, dem Markgrafen von Jägerndorf und Bethlen ein gemeinsamer Operationsplan vereinbart worden wäre, so war die Möglichkeit eines Erfolgs für den Pfalzgrafen noch immer gegeben, weil die Bewohner des Kriegsschauplatzes auf seiner Seite standen.

Da alle Bewerbungen Bethlens um deutsches Kriegsvolk vorläufig nur mit Versprechungen beantwortet worden waren und Buquoy nach dem Abbruch der hainburger Verhandlungen in Ungarn vorrückte, wurde die Lage des Fürsten misslich. Dazu kam, dass sich zwei seine Unteranführer Bosniak und Szechy von ihm lossagten, dass viele Edelleute ihrem Beispiele folgten und die Haltung der übrigen schwankend wurde. Er verzweifelte also daran sich in Pressburg oder Tyrnau halten zu können und beschloss deshalb den Rückzug nach Kaschau, den er auch unverweilt antrat, so dass er in den ersten Tagen des Monats Mai daselbst anlangte. Auf dem Wege trafen ihn Boten des Markgrafen von Jägerndorf, die sich mit ihm über

1621

*) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 22. April 1621. — Ebenda. Thurn an Friedrich dd. 22. April 1621.

**) Münchner StA. Johann Christian von Liegnitz an Friedrich dd. 14./24. April und 6./16. Mai 1621.

den wechselseitigen Anschluss verständigen sollten. Da ihm alles daran lag, seinen Rückzug in ein besseres Licht zu stellen, so nahm er seine Zuflucht zu allerlei Lügen und Prahlereien. Sein Heer müsse zuvor die Beute sichern und wenn dies geschehen sei, werde er wieder vorrücken, Wien angreifen und sich Böhmens und Mährens für eigene Rechnung bemächtigen, im Falle sich Friedrich zu Verhandlungen mit dem Kaiser herbeilassen würde. Seine Phantasie verstieg sich dabei zu den kühnsten Behauptungen, er versicherte, dass ihm im verflossenen Jahre vom Kaiser und von Spanien vier Millionen Gulden angeboten worden seien, wenn er in ein Bündniss mit ihnen treten wolle, dass er es aber abgelehnt habe, weil er die Habsburger stets bekämpfen werde.*) Thurn, der den Rückzug mitmachte, befolgte die Taktik seines Herrn und versicherte brieflich den Pfalzgrafen, dass sich Bethlen binnen Monatsfrist unfehlbar an der Spitze von 70.000 Mann befinden und den Zug gegen Wien antreten werde.**)

Buquoy, dem durch diesen Rückzug die Bahn frei geworden war, rückte gegen Pressburg vor und langte am 29. April daselbst an. Zu gleicher Zeit publicirte der Kaiser ein Patent, in dem er den Ungarn volle Amnestie verhiess, wenn sie binnen einer bestimmten Frist zum Gehorsam zurückkehren würden, sonstige Versprechungen enthielt das Patent nicht, also nicht einmal die des letzten Diploms.***) Mit Buquoy verfügte sich auch der Palatin nach Ungarn um daselbst die Regierung, so weit dies möglich war, in die Hand zu nehmen. — Die Stadt Pressburg versuchte keinen besondern Widerstand, sondern ergab sich dem kaiserlichen General bald nach seiner Ankunft; mehr Schwierigkeiten machte aber das Schloss. Die Verhandlungen, die der Palatin mit dem Commandanten desselben, Zay, anknüpfte, führten nicht zum Ziele und so schritt Buquoy zum Bombardement, das seine Wirkung nicht verfehlte, denn schon am 6. Mai ergab sich die Besatzung.†) Jetzt häuften sich die

1621 (Randnotiz bei „war, rückte gegen Pressburg vor“)

1621 (Randnotiz bei „am 6. Mai“)

*) Sächs. StA. Schreiben an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 8. Mai 1621.
**) Münchner StA. Thurn an Friedrich dd. 14. Mai 1621.
***) Ungarisches StA. Patent Ferdinands dd. 30. April 1621.
†) Ebenda Leopold Peck ad Palatinum dd. 25 April 1621. Katona XXX, 681.

Erfolge der kaiserlichen Waffen, wobei die Verbindungen gute Dienste leisteten, die Ferdinand mit einzelnen Magnaten und Truppenführern angeknüpft hatte. Tyrnau ergab sich ohne Widerstand und da auch Stephan Palfi, Thomas Bosnyak und Szechy für den Kaiser auf den Kampfplatz traten, brachten sie mit ihren Schaaren die Unterwerfung der ungarischen Bergstädte zuwege. Buquoy konnte jetzt nach Neuhäusel vorrücken, und die Belagerung dieser Stadt versuchen.

Bethlen benutzte die ihm durch die Belagerung gewährte Frist, um sein Heer zu ergänzen. In Folge seiner energischen Bemühungen, in denen er von Emerich Thurzo, der trotz seiner Aussöhnungsversuche mit dem Kaiser wieder zu ihm hielt, auf das eifrigste unterstützt wurde, sammelte sich in Kaschau eine von Tag zu Tag steigende Zahl deutscher Söldner an, die sein Vertrauen auf einen künftigen Erfolg erhöhten. Um diesen desto sicherer erreichen zu können, suchte er sich in ein Einverständniss mit Mansfeld zu setzen und bat den Markgrafen von Jägerndorf in wiederholten Briefen, Schlesien sobald als möglich zu verlassen und zu ihm zu stossen, da die Entscheidung von Ungarn aus ergehen werde. Für den Anfang Juni 1621 hoffte er auf den Anschluss des Markgrafen, der sich dazu durch ein festes Versprechen verpflichtet und darauf von Emerich Thurzo auf Rechnung Bethlens Geld empfangen hatte. Um die Stände Ungarns enger an sich zu knüpfen, schrieb der Fürst auf den 1. Juni einen Reichstag nach Eperies aus, dem er das 1621 Diplom des Kaisers natürlich mit solchen Randbemerkungen vorlegen wollte, dass er dessen Verwerfung gewiss zu sein glaubte.*) Ein Theil der ungarischen Stände folgte seinem Rufe und der Erfolg ihrer Berathungen entsprach der angedeuteten Erwartung.

Bethlen bestimmte darauf seinen weiteren Operationsplan dahin, dass er bis zum 15. Juni seine Truppen in Kaschau konzentriren und dann aufbrechen wollte, um dem Markgrafen, der 1621 über das Gebirge nach Ungarn ziehen sollte, die Hand zu reichen.**) Einstweilen schickte er ihm 2000 Reiter entgegen,

*) Szilagyi a. a. O. Bethlen an Emerich Thurzo dd. 15. Mai 1621.

**) Szilagyi a. a. O. Bethlen an Emerich Thurzo dd. $\frac{\text{27. Mai}}{\text{6. Juni}}$ 1621.

um ihn wo möglich vor Angriffen zu sichern.*) Nach der Vereinigung mit dem ersehnten Bundesgenossen hoffte Bethlen über ein Heer von 28000 Mann verfügen zu können, dessen tüchtigsten Theil die deutschen Fussknechte abgeben sollten.**) Dem Commandanten von Neuhäusel, Stanislaus Thurzo, gab er von diesen Rüstungen Kunde und ermahnte ihn zum Ausharren auf seinem Posten, da er bald heranziehen und Buquoy die Spitze bieten werde; dem Emerich Thurzo machte er aber die heftigsten Vorwürfe, dass er eine gegen ihn (Bethlen) gerichtete feindliche Bewegung in seinem Comitate nicht zu unterdrücken vermochte, und erinnerte ihn abermals an die heiligen Verpflichtungen, die der ein Jahr zuvor abgeschlossene Bund ihm auferlege.***) In wie weit die Vorwürfe begründet waren, wissen wir nicht, jedenfalls bemühte sich der Getadelte das Vertrauen Bethlens durch den grössten Eifer wieder zu erringen, denn unter seiner Leitung verpflichtete sich eine grosse Anzahl ungarischer Edelleute zum festen Anschluss an den Fürsten, von dem sie nichts mehr abwendig machen solle.

1621 Noch im Anfange des Monats Juni konnten sich die Kaiserlichen eines Erfolges rühmen, indem Szecsi sich der Stadt Breszno-Bánya bemächtigte, aber damit schlossen die günstigen Resultate ihrer Operationen,†) da Bethlen jetzt einen Theil seines Heeres auf den Kampfplatz vorausschickte. Die erste Niederlage traf seinen ehemaligen Vertrauten und nunmehrigen kaiserlichen Parteigänger Thomas Bosnyak und wurde durch Verrath herbeigeführt, indem Bethlen denselben unter dem Scheine von Friedensverhandlungen zu sich lockte, dann gefangen nahm und darauf die ihres Führers beraubten Truppen durch einen seiner Generale schlug. Auf die Nachricht von diesem Vorfall, beeilte man sich auf kaiserlicher Seite das in Böhmen und Mähren stehende Kriegsvolk nach Ungarn zu dirigiren und um der Gefahr zu begegnen, die dem von Truppen

*) Ebenda. Bethlen an Emerich Thurzo.

**) Ebenda Bethlen an Stanislaus Thurzo dd. 10. Juni 1621.

***) Ebenda. Bethlen an Emerich Thurzo dd. 7. Juni 1621.

†) Ebenda. Bethlen an Emerich Thurzo dd. 18. Juni 1621. — Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen. — Katona XXX, 688.

entblössten Mähren von dem Markgrafen von Jägerndorf drohen konnte, ersuchte man den Kurfürsten von Sachsen den letztern im Auge zu behalten.

Buquoy war, wie erwähnt, nach der Einnahme von Pressburg nach Neuhäusel gezogen und nahm die Belagerung dieser Festung in Angriff, nachdem die Besatzung die Aufforderung des Palatins zur Uebergabe mit Verachtung zurückgewiesen hatte.*) Stanislaus Thurzo entwickelte in der Vertheidigung glänzende Fähigkeiten, denn die Belagerung der an einem kleinen Nebenflusse der Donau gelegenen Stadt zog sich in die Länge, ohne dass die Kaiserlichen ihr Ziel erreichten. Der Palatin erkrankte während dem und musste nach Tyrnau überführt werden, wo er vom Schlage gerührt sein Leben endete. Er hinterliess keine grosse Lücke in seiner Partei, da er in seinen Ueberzeugungen stets hin- und hergeschwankt hatte und folglich wenig verlässlich war. Ursprünglich Protestant, wie die meisten ungarischen Edelleute, hatte er später dem Einfluss des Erzbischofs Pazmann nachgegeben und war Katholik geworden, welchem Religionswechsel er wahrscheinlich auch seine Erhebung zum Palatin verdankte. Als Bethlen auftrat, erwies er sich als ein schwacher Vertheidiger der kaiserlichen Rechte, Schritt für Schritt gab er dem Drängen dieses Fürsten nach und betheiligte sich sogar, wie es scheint, an seiner Königswahl; erst in Hainburg entschied er sich wieder für den Kaiser, offenbar weil ihm der Sieg desselben gewiss schien. Als Ferdinand die Kunde von seinem Tode erhielt, beauftragte er die Herren Kaspar Horvath, Stephan Ostrosith und Peter Kohary sich in das Lager Buquoy's zu verfügen und dort die Funktionen des Palatins zu übernehmen. Sie sollten den ungarischen Adel für den Anschluss an den Kaiser zu gewinnen suchen und über die Widerspänstigen die Güterconfiscation aussprechen.**)

Sieben Wochen waren mittlerweile verflossen, seit Buquoy vor Neuhäusel weilte und noch immer wurden alle seine An-

---

*) Innsbrucker Statthalterei-Archiv. Responsio hungarorum militum penes Ujvar existentium ad consilium Palatini dd. 25. Mai 1625.

**) Ung. StA. Kaiserl. Instruction für die genannten Herrn dd. 2. Juli 1621.

strengungen, sich des Platzes zu bemächtigen, vereitelt, wobei namentlich Stephan Horvath, der an der Spitze von etwa 1500 Reitern ausserhalb der Festung stand und das Belagerungsheer ununterbrochen belästigte, eine hervorragende Rolle spielte. Nun waren aber 6000 Mann von Kaschau aus im Anzuge; nach ihrem Eintreffen musste sich die Lage der Belagerer bedenklich gestalten, da sie schon jetzt mit grossen Schwierigkeiten in der Herbeischaffung des nöthigen Proviants zu kämpfen hatten.*) Da geschah es eines Tages, dass als Buquoy an der Spitze einer kleinen Reiterabtheilung den Einzug einer Proviantkolonne schützen wollte, die Ungarn ihren Vortheil ersahen, die Kaiserlichen angriffen und Buquoy in ein Handgemenge verwickelten. Ein panischer Schrecken ergriff die Begleitung des Generals, die Mehrzahl floh und so fand der Feldherr aus eilf Wunden blutend seinen Tod. Nachträglich fühlten die Flüchtigen die Schmach, die sie sich durch das Preisgeben ihres Feldherrn zugezogen hatten und kehrten um, allein sie fanden nur mehr dessen Leichnam, den sie unter Trauer und Wehklagen ins Lager zurückbrachten.**)

10. Juli 1621

Auf diese Weise endete Karl Bonaventura von Longueval, Graf von Buquoy, Freiherr von Vaux im Alter von 50 Jahren sein Leben. Sein Vater, Maximilian von Longueval, der sich auf den niederländischen Schlachtfeldern ausgezeichnet hatte, und für seine Dienste von Philipp II mit dem Titel eines Grafen von Buquoy belohnt worden war, verlor bei der Belagerung von Tournai sein Leben. Der Prinz Alexander Farnese, der ihn hochschätzte, wandte darauf seine Gunst dem erst eilfjährigen Sohne des Gefallenen zu, und so gelangte Karl von Buquoy schon im Alter von 27 Jahren zu hohen militärischen Würden, er wurde Oberst eines Regiments und Gouverneur von Arras. Später zeichnete er sich bei der Vertheidigung von Amiens gegen Heinrich IV und bei einigen folgenden Gelegenheiten so aus, dass er zum Artilleriegeneral ernannt und von dem spanischen Obergeneral dem Marques von Spi-

*) Münchner StA. Bethlen an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 20. Juli 1621.

**) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Aldringen an Pappus dd. 10. Juli 1621. — Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 4./14. Juli 1621. — Katona XXX.

nola während des Krieges gegen Holland bei verschiedenen wichtigen Gelegenheiten verwendet und zuletzt mit dem Commando über ein Corps von 12000 Mann betraut wurde. Als Mathias in Frankfurt gekrönt wurde, fand sich Buquoy in Begleitung Spinola's daselbst ein und beglückwünschte den neuen Kaiser. Dies und ein zweites Zusammentreffen hatte zur Folge, dass ihn Mathias in seine Dienste nahm, ihm das Commando über das Heer übertrug, das gegen den böhmischen Aufstand ausgerüstet wurde, und ihm so das Schicksal seines Hauses anvertraute. Im Verlaufe des Krieges sind viele Anklagen gegen Buquoy erhoben worden: man bezweifelte seine Fähigkeiten und die Tüchtigkeit seines Charakters, man beschuldigte ihn, dass ihm jede Initiative fehle, dass er den Krieg absichtlich in die Länge ziehe, sich aus Gewinnsucht an den Räubereien seiner Truppen betheilige und aus den auferlegten Contributionen Vortheil ziehe. Alle diese Beschuldigungen sind nicht unbegründet, dennoch sind seine Verdienste um die Habsburger unbestreitbar. Er gebot über eine bessere militärische Vorbildung als alle seine Gegner und da diese es nicht verstanden, aus seiner übermässigen Vorsicht Vortheil zu ziehen, seine theoretisch wohl berechneten Bewegungen zu durchkreuzen, so behauptete er sich trotz zahlreicher Gegner und trotz der ringsum wohnenden feindlichen Bevölkerung im Felde und man muss zugestehen, dass seine nur auf die Vertheidigung berechneten Feldzüge und zwar die im Spätherbste der Jahre 1618 und 1619 den glänzendsten Leistungen anderer Generale gleichzusetzen sind. Durch ihn — und das war sein Hauptverdienst — wurde das Verderben des Kaisers hintangehalten, gerettet wurde derselbe jedoch erst mit Hilfe des ligistischen Heeres unter Tilly, der durch seine für die damalige Zeit ganz ungewöhnliche Offensivtaktik den Krieg in Böhmen einen so raschen Verlauf nehmen liess.

Maximilian von Liechtenstein, der jetzt das Commando übernahn, scheint sich keines sonderlichen Zutrauens bei dem Kaiser erfreut zu haben, denn als dieser den Tod Buquoy's erfuhr, sandte er den Obersten Grafen Stadion nach Neuhäusel und übertrug diesem das Commando. Ehe der letztere jedoch daselbst anlangte, hatte das kaiserliche Heer die Belagerung

1621 aufgehoben, da Bethlen am 16. Juli mit dem Rest seiner Armee herangezogen kam und die Kaiserlichen, welche schon früher ihren Proviant nur mit äusserster Mühe durch Requisitionen herbeigeschafft hatten, bei längerem Verharren in ihrer Stellung fürchten mussten, dass ihnen diese Möglichkeit ganz abgeschnitten würde. Liechtenstein rief deshalb die Obersten zu einer Berathung zusammen, in der der Rückzug beschlossen und schon um 1 Uhr Nachts angetreten wurde. Der grösste Theil des Belagerungsgeschützes und der Munition musste geopfert werden, wenn man schnell eine gesicherte Position erreichen wollte.*) Trotz dieses mit grosser Eile ausgeführten Beschlusses griffen die rasch nachfolgenden Ungarn die Kaiserlichen bei dem Uebergange über die Neutra an, erstürmten eine am linken Flussufer gelegene, von denselben besetzt gehaltene Kirche und verfolgten sie über den Fluss hinüber, indem sie ihn theils durchschwammen, theils die Schiffbrücke benützten, die Liechtenstein in der Eile nur halb zerstört hatte und die von ihnen rasch wieder hergestellt wurde.**) Nur die sumpfige Beschaffenheit des Terrains rettete die Kaiserlichen vor einer vollständigen Niederlage und ermöglichte es ihnen, Gutta, ein an dem Einflusse der Waag in die Donau gelegenes Städtchen, zu erreichen. Hier stellte Liechtenstein eine Schiffbrücke über die Donau her, um sich mittelst derselben auf die Insel Schütt zu retten, falls der Feind ihm folgen sollte, und zu diesem Zwecke liess er den Grafen Schlick mit seinem Regimente schon jetzt auf dieser Insel Posto fassen, um sich gegen allfällige feindliche Angriffe von dort aus zu sichern. Das kaiserliche Heer zählte damals nach Abzug der eben erlittenen Verluste an 8000 Mann grösstentheils Infanterie, während Bethlen über 15000 Mann gebot. In dem Schreiben, in welchem Liechtenstein dem Kaiser von dem Rückzuge Kunde gab, behauptete er fälschlich auf demselben keine Verluste erlitten zu haben und rechtfertigte ihn mit der allerdings gegründeten Behauptung, dass, wenn er ihn nicht rechtzeitig angetreten

*) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Berichte aus Ungarn dd. 20. Juli 1621.

**) Münchner Staats-Archiv. Bethlen an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 20. Juli 1621.

hätte, das ganze Heer zu Grunde gegangen wäre, da der Feind sich aller Rückzugspässe bemächtigt hätte.*)

Die Ungarn verfolgten ihren Sieg, indem sie trotz der sumpfigen Bodenbeschaffenheit die Kaiserlichen ununterbrochen belästigten, die Nachzügler niederhieben oder gefangen nahmen, die Gefangenen nach Ofen schickten und dort an die Türken verkauften. Da die Julihitze, die Strapazen und der verlustvolle Rückzug die Ausdauer der kaiserlichen Fussknechte gegenüber den fortwährenden Angriffen der ungarischen Reiter lähmten, **) beschloss Liechtenstein mit dem Uebergang auf die Insel Schütt nicht länger zu zögern und so den Strom zwischen sich und seine Angreifer zu setzen. Er wollte nun längs der Donau nach dem westlichen Vorsprunge der Schütt also in die Nähe von Pressburg ziehen, wohin er 500 Mann zur Verstärkung der Besatzung vorausgeschickt hatte.***) Dort konnte er je nach Bedürfniss entweder nach Pressburg hin die Donau übersetzen oder aber auf das rechte Ufer gehen und sich so die Verbindung mit Wien sichern. Als er sich auf dem Marsche befand, erhielt er die Nachricht, dass die Ungarn unter Stephan Horvath die Donau am Anfangspunkt der Schütt übersetzt und daselbst eine Schanze errichtet hätten. Graf Schlick und Oberst Lebel, die voraus gezogen waren, griffen die Ungarn an, eroberten die Schanze und tödteten gegen 300 Mann, so dass die Kaiserlichen wieder alleinige Herrn der Insel waren.†) Wir bemerken, dass Liechtenstein nicht bloss jetzt sondern auch später das kaiserliche Heer commandierte, denn weder er noch der älteste Oberst nach ihm, Tiefenbach, waren geneigt den Grafen Stadion als ihren Vorgesetzten anzuerkennen und so scheint der letztere wieder nach Wien zurückgekehrt zu sein und Ferdinand die Unbotmässigkeit seiner Obersten nicht weiter geahndet zu haben.††)

---

*) Katona XXX. Sächs. StA. Max. von Liechtenstein an Ferdinand dd. 18. Juli 1621.

**) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Pappus an Erzh. Leopold dd. 23. Juli 1621.

***) Innsbr. Statth.-Archiv. Pappus an Erzherzog Leopold dd. 27. Juli 1621.

†) Ebenda. Stadion an Erzherzog Leopold dd. 31. Juli 1621. — Ebenda. Pappus an Erzh. Leopold dd. 1. August 1621.

††) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621.

Bethlen rückte mittlerweile mit Ausseracht lassung Liechtensteins nach Tyrnau vor und zwang diese Stadt nach kurzer Gegenwehr zur Capitulation. Der Besatzung, welcher freier Abzug gestattet wurde, mussten sich auch die Väter des dortigen Jesuitenkollegiums anschliessen, die Bethlen Anfangs dem Tode überliefern wollte, aber auf die Bitten einiger hervorragenden Katholiken freigab. Seine Strenge war offenbar mehr auf den Schein berechnet, denn er benahm sich darauf sehr liebenswürdig gegen die Väter, nahm auf der Weiterreise sogar drei von ihnen in seinen Wagen auf und unterhielt sich mit ihnen über die ihm vom Kaiser in Hainburg angebotenen Friedensbedingungen. Trotz mancherlei trüber Erfahrungen, die ihm die neuerliche Anknüpfung von Friedensverhandlungen räthlich erscheinen liessen, hob sich wieder sein Muth, da der so sehnlich erwartete Markgraf von Jägerndorf sich bei Tyrnau mit ihm vereinte und ihm eine Verstärkung von 8000 Mann grösstentheils Fussvolk sammt der entsprechenden Anzahl von Geschützen zubrachte. Unter welchen Schwierigkeiten dieser Anschluss vor sich ging, darüber werden die folgenden Mittheilungen Aufschluss bieten.

III

Man wird sich erinnern, dass der Kurfürst von Sachsen die Herausgabe des von dem Kaiser bestätigten Accords an die Stände von Schlesien verweigerte,*) weil diese ihr Kriegsvolk noch nicht auf die Zahl von 4000 Mann reduciert hatten. Ihre Bemühungen waren fortan auf die Erfüllung dieser Bedingung gerichtet; in welcher Weise ihnen dies gelang, werden wir später berichten, vorderhand wollen wir das Verhalten des Markgrafen von Jägerndorf gegenüber diesen Massnahmen schildern. Derselbe hätte sich in die Nothwendigkeit gefügt, die neue Herrschaft anerkannt und so das Beispiel des Oberhauptmanns von Schlesien befolgt, aber die über ihn ausgesprochene Acht drängte ihn gewaltsam in die Reihe der Feinde des Kaisers.

---

*) Band III, S. 437.

Aus diesem Grunde durchkreuzte er die Verhandlungen der schlesischen Stände mit dem Kurfürsten von Sachsen und wollte auch nichts von der Entlassung seiner Kriegsknechte wissen, sondern suchte deren so viele um sich zu versammeln, als seinem Rufe folgten. Er war es daher zufrieden, dass Friedrich ihn zu seinem General und bevollmächtigten Commissär *) ernannte und ihm auftrug auch das von den mährischen Ständen entlassene Kriegsvolk an sich zu ziehen. Als er Anfangs April 1621 vom Haag die Weisung erhielt, sich mit seinen Truppen dem Fürsten von Siebenbürgen zur Verfügung zu stellen, **) war dies nicht ganz seinen Wünschen entsprechend, weil er sein Hauptaugenmerk auf eine Fortsetzung des Kampfes in Schlesien richtete, da sich aber die sächsischen Truppen daselbst immer mehr ausbreiteten und auch die Stände ihr Volk mit denselben verbanden, sah er wohl ein, dass seines Bleibens im Lande nicht sei. Er lieh sich von Bethlen 25000 Dukaten zur Vervollständigung seiner Rüstungen aus***) und setzte mit Hilfe dieses Geldes in Neisse, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, seine Werbungen fort. Den Commandanten der in Glatz stationirten Truppen gewann er für ein gleiches Auftreten, so dass dieser die Aufforderung der schlesischen Stände zur Uebergabe der Festung zurückwies und sich für „König Friedrich" erklärte. †)

Der Kurfürst von Sachsen suchte die Rüstungen des Markgrafen zu stören und beauftragte seine Obersten, die einzelnen grösseren Orte in Schlesien zu beobachten, damit der Jägerndorfer aus ihnen keinen Zuzug erhalte, in Böhmen traf man Vorbereitungen zu einer Belagerung von Glatz, aber dem einzigen Mittel, das eine rasche Entscheidung herbeigeführt hätte, einem Angriff auf den Markgrafen in Neisse, scheint man vorsichtig aus dem Wege gegangen zu sein. Dieser selbst, der von den verschiedenen gegen ihn gerichteten Massregeln Kunde erhielt,

*) Das Patent bei Londorp wahrscheinlich falsch datirt, das richtige Datum dürfte der 23. April 1621 sein.

**) Münchner StA. Friedrich an Bethlen dd. 19./29. März 1621.

***) Münchner Staats-Archiv. Der Markgraf von Jägerndorf an Friedrich dd. 7. März 1621.

†) Palm. Acta publica 1621. pag. 172.

sandte an die schlesischen Stände einen Drohbrief, in dem er sie zur Ruhe und zum Gehorsam gegen Friedrich ermahnte. Gleichzeitig suchte er für die Bedürfnisse seines rasch zunehmenden Heeres durch gewaltsame Requisitionen Vorsorge zu treffen, so dass die Kriegsverhältnisse in Schlesien einen ebenso räuberischen Charakter annahmen, wie in den Gegenden, wo Mansfeld mit seinen Truppen hauste. Von dem Abte von Heinrichsau erhob der Markgraf eine Contribution von 12000 Gulden, der Abt von Kamenz musste 8000, die Stadt Kauth 10000 zahlen und in ähnlicher Weise ging er bei vielen andern Orten und Personen vor; schliesslich nahm er einige Beamten des Erzherzogs Karl, der Bischof von Neisse war, gefangen, schleppte sie als Geisseln mit sich fort und gab sie erst gegen ein Lösegeld von 10000 Gulden frei.*) Am 13. Juli trat er endlich an der Spitze von 8000 Mann den Marsch nach Ungarn an. Um ihn am Vorrücken zu hindern hatte man kaiserlicherseits den Jablunkapass durch Verhaue und durch eine kleine Besatzung unpassirbar zu machen gesucht, aber statt diesen Weg einzuschlagen, zog der Jägerndorfer nach Mähren, wo er sich der Stadt Olmütz bemächtigen und ihr eine tüchtige Contribution auferlegen wollte. An diesem Vorhaben wurde er durch das rechtzeitige Einrücken einer waldstein'schen Truppenabtheilung gehindert und musste sich mit der Plünderung kleinerer Städte begnügen. Hie und da stiess er auf einigen Widerstand, bis er endlich gegen Ende Juli in Tyrnau eintraf und sich mit Bethlen vereinte. Weder die sächsischen, noch die schlesischen, noch die unter Waldstein aus Böhmen heranrückenden Truppen, die zusammen denen des Markgrafen mehr als doppelt überlegen waren, hatten ihn an dem Einfall in Mähren verhindern können; so zerfahren war die Leitung dieser verschiedenen Truppenabtheilungen, dass an eine combinirte Action nicht gedacht werden konnte.**) Die Einsicht in diese elende Lage, der Tod Buquoy's und die von Ungarn drohenden Gefahren machten den Kurfürsten von Sachsen so ängstlich, dass er den Kaiser dringend zum Frieden mit Ungarn und zu einem milderen

1621

1621

*) Sächs. StA. Der Herzog von Liegnitz an Kursachsen dd. 29. Juli 1621.

**) Die Nachrichten über den Marsch des Markgrafen hauptsächlich bei Palm a. a. O.

Vorgehen in den Ländern der böhmischen Krone mahnte, damit die Verzweiflung daselbst nicht um sich greife und den Kaiser um alle frühern Erfolge bringe. *) Auch der Oberhauptmann von Schlesien, der trotz seiner nahen Verwandtschaft mit dem frühern Inhaber dieser Würde treu an dem Kaiser gehalten zu haben scheint, gab seinen Besorgnissen in einem Schreiben an den Kurfürsten Ausdruck und riet zur Aufbietung aller Streitkräfte und zur Ergreifung solcher Massregeln, dass man in Schlesien des Accords sicher sein könnte. **)

Bevor wir über den Erfolg der Verbindung des Jägerndorfers mit Bethlen berichten, müssen wir noch der Operationen Erwähnung thun, welche die Kaiserlichen nach dem Abbruch der hainburger Verhandlungen an dem rechten Donauufer ausführten. Hier war Collalto mit dem Commando über die deutschen Streitkräfte betraut, während Eszterhazy mit den ihm unterstehenden ungarischen Truppen zu seiner Unterstützung bestimmt war. Nachdem der erstere nicht ohne Schwierigkeiten, die in dem Mangel an der nöthigen Ausrüstung begründet waren, den Marsch angetreten hatte, zog er nach Güns und eroberte diese Festung. Von hier wollte er nach Steinamanger ziehen und suchte sich der auf dem Wege dahin liegenden Burg Rechnitz zu bemächtigen, um sich die Verbindung mit Oesterreich zu sichern.***) Während er die Burg belagerte, rückte einer der Generäle Bethlens Graf Batthyani zum Entsatz heran und schlug auf dem Marsche eine Abtheilung Kroaten, die bei Ferdinand Dienste genommen hatten, worauf Collalto, ohne die Ankunft der Feinde zu erwarten, die Belagerung aufhob, sich nach Güns zurückzog, dieses verproviantirte und sich dann nach Oesterreich begab, um sich von hier aus mit Liechtenstein zu verbinden. Batthyani lagerte sich nun vor Güns, das er später eroberte und unternahm auch zahlreiche Streifzüge nach Oesterreich. †) So waren die kaiserlichen Truppen zu Anfang August mit Ausnahme 1621

*) Wiener StA. Kursachsen an den Kaiser dd. 22. Juli 1621.

**) Der Herzog v. Liegnitz an Kursachsen dd. 9. Juli 1621. Sächs. StA.

***) Innsbr. Statthlt.-Archiv. Collalto an Ferdinand II dd. 28. Mai 1621.

†) Katona XXX, 679. Ueber die Einnahme von Güns berichtet Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621. Sächs. StA.

einiger festen Plätze und der Insel Schütt aus ganz Ungarn verdrängt. Der Kaiser suchte deshalb um jeden Preis die Lücken in seinem Heere auszufüllen; er befahl, dass sämmtliche in Böhmen und Mähren verfügbaren Truppen ihren Marsch nach Ungarn antreten sollten, ordnete frische Werbungen an und überliess es dem Herzog von Baiern, Mansfeld in Schach zu halten, und dem Kurfürsten von Sachsen Schlesien zu sichern.

Bethlen rückte mittlerweile von Tyrnau gegen Pressburg vor und ermahnte von hier aus den Pfalzgrafen doch ja nach Schlesien oder Böhmen zu eilen und den Kampf aufzunehmen, der sich so aussichtsvoll gestalte.*) Der Markgraf von Jägerndorf ersuchte den letzteren um Subsidien und drohte im Falle ihrer Nichtgewährung, dass er sich dem Fürsten von Siebenbürgen in die Arme werfen und ihn als König von Böhmen anerkennen wolle.**) — In Pressburg führte der Oberst Lazarus von Schwendi das Commando über die kaiserliche Besatzung und sorgte für die nöthigen Vorbereitungen zu einer hartnäckigen Vertheidigung. Am 18. August drang der Feind in die Vorstadt ein und begann mit der Beschiessung des Michaelsthores, aber da die Kanonen damals nur eine geringe Tragweite besassen und die Kugeln höchstens 20 Pfund wogen, so war das Bombardement von keiner besonderen Wirkung. Da die Belagerer nicht einmal verhindern konnten, dass von der Donau her einige Hundert Mann und ein bedeutender Viehtransport Zugang in die Festung fanden,***) hoffte man auf kaiserlicher Seite, dass die Belagerung resultatlos verlaufen werde, zumal man die Donau beherrschte und sich so die Verbindung mit dem Schlosse einigermassen offen hielt. Diese Hoffnung wurde noch mehr gehoben, als die Besatzung einen glänzenden Ausfall machte und bei dieser Gelegenheit gegen 250 Mann niederhieb und mehrere Belagerungsgeschütze vernagelte.†) Bethlen, der sich bei seiner Ankunft vermessen hatte, Stadt und Schloss binnen wenigen

1621

*) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 24. August 1621.

**) Englisches StA. Nethersole to sir George Calvert dd. 1./11. und 17./27. Sept. 1621. — Ebend. Carleton to sir George Calvert dd. 7./17. Sept. 1621.

***) Innsbr. Statthlt.-Archiv. Nachrichten von Schwendi dd. 25. Aug. 1621.

†) Innsbr. Statthlt.-Archiv. Nachrichten von Schwendi dd. 30. Aug. 1621. — Ebenda. Pappus an Erzh. Leopold dd. 26. August 1621.

Tagen einzunehmen, musste zu dem Schaden auch den Spott hinnehmen. Wenn die Verstärkungen, welche die Kaiserlichen erwarteten — und man rechnete aus Böhmen und Mähren allein auf 5000 Mann — rechtzeitig eintrafen und Collalto seine Verbindung mit Liechtenstein bewerkstelligte, so konnte dem Fürsten von Siebenbürgen bei Pressburg eine noch empfindlichere Niederlage beigebracht werden, als die der Kaiserlichen bei Neuhäusel gewesen war. Bethlen fürchtete eine derartige Katastrophe und suchte ihr zuvorzukommen, indem er in der Nacht auf den 1. September die Belagerung aufhob und sich zurückzog. Bei 1621 dieser Gelegenheit scheint es zu einem ernstlichen Zerwürfniss zwischen dem Markgrafen von Jägerndorf und Emerich Thurzo gekommen zu sein, wobei der erstere dem letzteren Mangel an Kenntnissen in der Kriegskunst vorwarf.*)

Durch den Rückzug von Pressburg beabsichtigte Bethlen zunächst nur sein Heer gegen allfällige Angriffe von Seite des auf der Schütt lagernden Heeres zu sichern; den Gedanken an eine weitere Offensive gab er noch nicht auf, sondern beschäftigte sich jetzt mit dem Angriffe auf Mähren, an dem ihn die feindliche Besatzung in Pressburg und das auf der Insel Schütt stationirte kaiserliche Heer wenigstens vorläufig nicht hindern konnten. Thatsächlich war ihm Mähren preisgegeben, weil Waldstein, der die kaiserlichen Truppen befehligte, wegen Mangel an Geld nicht vorrücken konnte sondern sich im westlichen Theile des Landes halten musste. Zu alle dem brach im Nordosten des Landes ein Aufstand unter der Landbevölkerung aus, der solche Dimensionen annahm, dass der Kardinal Dietrichstein als Gubernator von Mähren an den Kaiser die Bitte richtete, er möge das auf päpstliche Kosten geworbene Regiment Aldobrandini nicht gegen Pressburg vorrücken lassen, sondern zur Unterdrückung des Aufstandes verwenden; ein Theil der kaiserlichen Streitkräfte war also durch den innern Feind gebunden.**) — Nachdem sich Bethlen zuerst der ungarischen Grenzfestung Skalic durch

*) Ebenda. Schreiben aus Pressburg dd. 2. Sept. 1621.

**) Innsbr. Statthlt.-Archiv. Zwei Schreiben an den Kaiser dd. 8. Sept. 1621. — Ebend. Dietrichstein an Breuner dd. 8. Sept. 1621. — Ebend. Waldstein an Erzh. Leopold.

Verrätherei des Commandanten Rauber, der in seine Dienste trat, bemächtigt hatte, eroberte er die mährischen Städte Strażnic, Wesseli und Ungarisch-Brod*) und da sich bei der Einnahme dieser Orte auch der ehemalige Landeshauptmann von Mähren Ladislaus Welen von Žerotin einfand und sie für König Friedrich in Besitz nahm, so schien es auf eine unmittelbare Restauration der pfalzgräflichen Herrschaft abgesehen zu sein.**) Auf kaiserlicher Seite musste man die Hoffnung auf den Einmarsch in Ungarn aufgeben und alle Kräfte zur Vertheidigung Mährens aufbieten. Dem noch immer auf der Insel Schütt lagernden Heere wurde der Befehl ertheilt, die Insel zu verlassen, längs der Donau bis Hainburg zu ziehen und dann nach Mähren vorzudringen, um sich mit den dortigen Truppen und den etwa aus Schlesien herbeiziehenden Sachsen zu vereinigen. Gelang diese Vereinigung, so gebot man über eine Armee, die der Bethlens und des Markgrafen nicht bloss numerisch überlegen, sondern auch besser geschult und bewaffnet war. Gegen Batthyani, der in der letzten Zeit seine Raubzüge auch auf Steiermark ausgedehnt hatte, sandte man den Obersten Caraccioli und hoffte dadurch der Gefahr im Rücken zu begegnen.***)

Obwohl diese Befehle rasch durchgeführt wurden, langte das kaiserliche Heer, das etwa 12000 Mann zählte, viel zu spät in Mähren an, um Bethlen an der Eroberung der genannten Orte zu hindern und musste sich vorläufig damit begnügen, sich mit Waldstein zu vereinigen. So kam es, dass die Ungarn noch weiter vordrangen, Littau, Neustadt, Hohenstadt und sogar Trübau überfielen und plünderten und dadurch auch den in der nahen Festung Glatz befindlichen Anhängern Friedrichs Muth machten einen Einfall in Böhmen zu planen.†) Am 20. October

1621

*) Wiener StA. Pap de Thorway an Dietrichstein dd. 26. Sept. 1621.

**) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{\text{26. Sept.}}{\text{6. Oct.}}$ 1621. — Ebenda. Ferdinand an Kursachsen. — Innsbr. Statthalterei-Archiv. Stadion an Erzh. Leopold dd. 30. Sept. 1621. Münchner StA. Thurn an den Pfalzgrafen dd. 13. October 1621.

***) Harrach'sches Archiv. Memoriale über die weitere Kriegführung. Innsbr. Statthalterei-Archiv. Pappus an Erzh. Leopold dd. 12. Oct. 1621.

†) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Nachricht aus Brünn dd. 17. Oct. 1621.

langte in Ungrisch-Hradisch, wo die Vereinigung der kaiserlichen Armee stattgefunden hatte, die Nachricht an, dass die Ungarn sich sogar anschickten die Stadt Olmütz anzugreifen.*) Diese Nachricht war nicht ganz begründet, denn Bethlen hatte nicht die Absicht, sich von seiner Operationsbasis so weit zu entfernen, wohl aber schickte er einen Theil seiner Streitkräfte und den Markgrafen von Jägerndorf gegen Olmütz ab, um sich den Weg nach Schlesien zu öffnen und von dort frische Verstärkungen, deren er dringend bedurfte, an sich zu ziehen. Nachdem der Markgraf auf seinem Zuge die Stadt Prerau eingenommen hatte, erliess er im Verein mit Bethlen ein Schreiben an die schlesischen Stände und forderte sie zum Anschluss und zur Absendung von Gesandten nach Ungrisch-Brod auf.**) Die schlesischen Stände wünschten den beiden Fürsten jegliches Gelingen, sie waren aber nicht dazu zu bewegen, sich ihnen offen anzuschliessen, da ihnen der Kurfürst von Sachsen auf dem Nacken sass. Ihre dem Kaiser feindliche Gesinnung äusserte sich bloss in der Lässigkeit und dem Widerwillen, den ihre Truppen im Dienste des Kaisers an den Tag legten. Der Oberst Hannibal von Dohna, der über 1300 Reiter und 2700 Fussknechte commandirte und sie der kaiserlichen Armee nach Mähren zuführen sollte, bemerkte in einem Schreiben, dass er dies nur unter der Bedingung thun könne, wenn die Soldaten ihm folgen würden. (!) ***) Man begreift, dass unter diesen Umständen der Marsch des Markgrafen gegen die schlesische Grenze nicht gehindert werden konnte und dass er nur deshalb keine grösseren Erfolge errang, weil sich ihm an der Grenze das wohldisciplinirte und gutbezahlte sächsische Kriegsheer unter Oberst Goldstein entgegenstellte und seine Angriffe zurückschlug, †) während er in einem Kampfe mit Hannibal von

*) Ebenda. Brief Liechtensteins dd. 23. Oct. 1621.

**) Münchner Hofbibliothek. Coll. Cameriar. Joh. G. Markgraf von Jägerndorf an die schlesischen Stände dd. 5. Nov. 1621. — Ebenda. Bethlen an die schlesischen Stände dd. 4. Nov. 1621.

***) Innsbr. Statthalterei-Archiv. Hannibal von Dohna an Erzh. Leopold dd. 14. Oct. 1621. — Ebenda. Oberst Elbel an Strassoldo dd. 13. Oct. 1621. — Ebenda. Strassoldo an Erzh. Leopold dd. 12. Oct. 1621.

†) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand II dd. 7. Dec. 1621. — Ebenda. Aussage des Müller dd. 25. Nov. 1621.

Dohna Sieger blieb.*) Dohna ersuchte den Kurfürsten um seinen Beistand, der glücklicherweise nicht mehr nöthig war, da die mit Bethlen eingeleiteten Friedensverhandlungen sich mittlerweile dem Abschlusse näherten.

Der Friedensschluss, den wir hier so plötzlich andeuten, war nicht das Werk weniger Tage, sondern wurde schon seit mehreren Monaten von beiden kriegführenden Parteien und also auch von Bethlen trotz seiner Angriffe vorbereitet. Ueber die Friedenssehnsucht, die bei dem ungarischen Adel herrschte und die selbst einen Bruch mit Bethlen nicht scheute, berichtet einer der Jesuiten, die mit dem Fürsten in Tyrnau zusammengetroffen waren. Als er nämlich mit seinem Bruder von dem letzteren Abschied nahm, winkte ihm der Generalcapitän der ungarischen Insurrection, Melchior Alaghi, und flüsterte ihm zu, dass er ihm durch einen Vertrauten wichtige Mittheilungen machen wolle. Später fand sich in der That ein katholischer Edelmann bei dem Jesuiten ein und versicherte ihn, dass der Adel des von Bethlen geübten tyrannischen Druckes müde sei und dass er die erste günstige Gelegenheit ergreifen werde, um sich demselben zu entziehen. Wenn der Kaiser sein Heer in dem Masse verstärken würde, dass man mit Gewissheit auf den Sieg hoffen könne, so würden sich ihm gewiss alle Edelleute anschliessen. Diese Mittheilung, an deren Richtigkeit wir nicht zweifeln können, zeigt, dass sich Bethlen auf vulkanischem Boden bewegte, er selbst**) schien dies zu ahnen, denn auch er suchte wieder mit dem Kaiser anzuknüpfen. Von Tyrnau aus, also noch im 1621 Monate Juli, schickte er einen Gesandten an ihn ab, durch den er um günstigere Bedingungen ansuchen liess, als die ihm in Hainburg angeboten wurden.

Diese Neigung zum Frieden trotz der jüngsten Erfolge wurde bei Bethlen wahrscheinlich auch durch die Ueberzeugung hervorgerufen, dass er vergeblich auf Hilfe aus Konstantinopel hoffe. Alle seine Berichte über die gegen die Kaiserlichen erfochtenen Siege, die an Ausschmückungen überreich waren,

*) Ebenda. Hannibal von Dohna an Kursachsen dd. 13. Dec. 1621.

**) Innsbrucker Statth.-Arch. Relation des Jesuiten über seine Verhandlung dd. 30. Juli 1621.

alle seine Drohungen, dass er mit dem Kaiser Frieden schliessen werde, verfingen nicht in Konstantinopel, wo man mit den Gesandten der verbündeten Länder, die ein Jahr zuvor mit Geschenken beladen hingekommen waren, nicht einmal Mitleid hatte und sie, als ihnen jede Hilfe von der Heimath abgeschnitten war, wie Bettler abziehen liess. Der einzige Aga von Erlau fand sich mit 150 Reitern bei Bethlen ein und dies war die ganze türkische Hilfe, die der letztere seinen Bundesgenossen gegenüber nie müde wurde auf mindestens 30000 Mann zu veranschlagen. Aber wie er stets auf zwei Stühlen sitzen wollte, so schickte er trotz der Friedensanerbietungen an den Kaiser von Tyrnau aus auch ein neues Schreiben an den Grosswessir, indem er ihm all' den Schimpf auseinandersetzte, den die Türken durch ihre Unthätigkeit auf ihren Namen häuften.*) Wahrscheinlich gleichzeitig mit diesem Schreiben schickte er einen neuen Gesandten in der Person des Michael Toldolaghy an die Pforte ab und liess durch diesen nochmals um 10000 Mann türkischer und 10000 Mann tartarischer Hilfstruppen ersuchen. Werde er binnen 25 Tagen nicht eine bestimmte Zusage erhalten, so bleibe ihm nichts übrig, als mit dem Kaiser Frieden zu schliessen und dadurch dessen Herrschaft begründen zu helfen.**)

Den Verhandlungen Bethlens mit dem Kaiser schloss sich auch Emerich Thurzo an und erwirkte sich freies Geleit***) zu einer Reise zum Kardinal Dietrichstein, dem man diesmal von kaiserlicher Seite die Verhandlungen anvertrauen wollte. Thurzo war überzeugt, dass ein Ausgleich herbeigeführt werden könnte, wenn man die Saiten nicht höher spannen würde als in Hainburg, und ersuchte den Kardinal in diesem Sinne auf den Kaiser einzuwirken.†) Die Bereitwilligkeit, mit der man in Wien das freie Geleit bewilligte, zeigte deutlich, dass man zu grösserer

*) Bethlen an den Grosswessir dd. 7. Aug. 1621. Török Magyarkori Történelmi Emlékek. — Ebenda. Bethlen an einen Pascha dd. Anfangs August 1621.

**) Ebenda. Instruction für Toldolaghy.

***) Ung. StA. Ferdinand II bewilligt das freie Geleit für Emerich Thurzo dd. 30. Juli 1621.

†) Wiener StA. Thurzo an den Kardinal von Dietrichstein dd. 13. August 1621.

Nachgiebigkeit bei allfälligen Friedensverhandlungen bereit war. Die Berichte über die Verwüstungen und die Beutegier der 1621 Ungarn, die seit dem Monate Juli täglich in Wien einliefen, wie sie Menschen und Vieh fortführten und die Gefangenen zur Auslösung mit der Drohung anboten, sie widrigenfalls an die Türken zu verkaufen, drückten die Stimmung in der Hauptstadt nieder. Aus Angst vor den feindlichen Schaaren beeilte man sich mit der Ausbesserung der schadhaften Festungsmauern, zu der Angst gesellte sich auch die Theurung, weil die Zufuhr aus Ungarn stockte und man das nöthige Getreide aus Baiern einführen musste. Nicht nur im kaiserlichen Rathe, in allen Privathäusern verhandelte man über die Frage, ob man mit Bethlen Frieden schliessen solle oder nicht. Diejenigen, welche für eine Fortsetzung des Krieges waren und behaupteten, dass die Lage vor anderthalb Jahren noch viel gefahrdrohender gewesen, dass Bethlen und die Ungarn an den Bettelstab gebracht seien und den Krieg nicht mehr lange fortführen könnten,*) waren weder im Volke noch im kaiserlichen Rathe in der Mehrzahl. Man glaubte jetzt einsehen zu müssen, dass der ungarische Krieg mit einem andern Massstab gemessen werden müsse, als der mit andern Ländern, dass neben jedem Siege das Verderben lauere und dass bei einer längeren Dauer des Kampfes eine Erneuerung des Aufstandes in Mähren und Oesterreich zu befürchten stehe. Man wies daher die Friedensanträge, welche Bethlen mitten unter seinen Beutezügen nach Aug. 1621 Wien gelangen liess, nicht einfach ab, besonders da der Kardinal Dietrichstein dringend zur Nachgiebigkeit riet, und traf durch Vermittlung eines gewissen Lustrier, der später im diplomatischen Dienste bei der Gesandtschaft in Konstantinopel zu einigem Ansehen gelangte, mit Bethlen ein Uebereinkommen über Zeit und Ort der Verhandlungen.

Schon diese Vorverhandlungen liefern eine neue Probe von der Streitsucht, Zerfahrenheit und Verkommenheit jener Zeit: ungarischerseits wollte man wieder nichts von jenen Orten wissen, die der Kaiser für die Conferenzen vorschlug, später waren die Geisseln, die von beiden Seiten zur Sicherheit der

*) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621.

Unterhändler ausgeliefert werden sollten, Gegenstand endloser Berathungen, kurz der ganze diplomatische Verkehr hatte einen mehr asiatischen als europäischen Anstrich. Die Friedensbedingungen kamen vorläufig noch nicht zur Sprache, es sei denn, dass man die Zusage Emerich Thurzo's, dass er und die übrigen ungarischen Delegirten Bethlen nicht den Königstitel geben würden, als eine vorausgehende Verzichtleistung des letzteren auf die ungarische Krone ansehen will.*) Bethlen betraute neben Emerich Thurzo, der auch von den ungarischen Ständen bevollmächtigt wurde, den Johannes Sandor, Stephan Kassai und Stephan Frater mit seiner Vertretung, während der Kaiser die Wahrung seiner Interessen den schon in Hainburg verwendeten Breuner und Eszterhazy, dann dem Kardinal Dietrichstein und dem Erzbischof Pazman übertrug. Die Verhandlungen sollten am 8. September in Ravensberg ihren Anfang nehmen, verzögerten sich aber, weil der Kardinal um keinen Preis nach diesem den feindlichen Angriffen ausgesetzten Ort ziehen wollte und das besser geschützte Nikolsburg vorschlug.**) 1621

Bevor seine Weigerung noch in Wien bekannt wurde, waren Herr von Harrach und Graf Oñate auf die Insel Schütt gefahren, wo die kaiserliche Armee damals noch weilte, um Liechtenstein und Tiefenbach zu überreden, den Grafen Stadion als Obercommandirenden anzuerkennen. Sie erreichten ihren Zweck nicht, Liechtenstein fühlte sich beleidigt, dass ihm Jemand vorgezogen wurde, der sich auf dem Kriegsschauplatz nicht ausgezeichnet hatte und wollte seine Entlassung nehmen, wenn der Kaiser auf seinem Willen bestände.***) Von der Insel Schütt begab sich Harrach nach Wartburg, wo sich Bethlen vor seinem Einbruch in Mähren aufhielt †) und einigte sich mit dem

*) Wiener StA. Lustrier an Ferdinand II. August 1621.

**) Innsbr. Statth.-Arch. Dietrichstein an Ferdinand II dd. 18. Sept. 1621.

***) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. 5./15. Sept. 1621.

†) Den Bericht über das Zusammentreffen des kaiserlichen Unterhändlers mit Bethlen und Thurzo entnehmen wir der Kopie eines Briefes an den Kardinal Dietrichstein, die sich im Innsbrucker Statthalterei-Archiv befindet. Der Brief ist nicht unterzeichnet, doch liegt die Vermuthung nahe, dass er von Harrach herrührt, da der letztere gerade damals nach der Schütt abreiste und nach dem Berichte des sächsischen Gesandten

Fürsten nochmals über die schon mit Lustrier verabredeten Modalitäten, sowie darüber, dass in der Nähe des Sitzes der Verhandlungen die Waffen ruhen sollten. Dann reiste er nach Wien und stattete dem Kaiser einen Bericht über das Resultat seiner Mission ab, aber seine Schlussfolgerungen waren dem Frieden nicht günstig. Da auch er von einzelnen Personen im Gefolge Bethlens Andeutungen erhalten hatte, dass man sich in Ungarn gern mit dem Kaiser aussöhnen wolle und dass die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf missvergnügt seien, überdies selbst wahrgenommen hatte, wie schlecht bewaffnet das bethlen'sche Heer war, wie von 30 Reitern kaum einer eine Pistole besass, so glaubte er dem Kaiser zum Aufgeben der Verhandlungen und zur Fortsetzung des Krieges rathen zu müssen. Allein Ferdinand sehnte sich nach dem Frieden, weil er seinen Obersten keine glänzenden Kriegsthaten zutraute, er bezeichnete daher mit Rücksicht auf den Kardinal Dietrichstein Nikolsburg als Ort der Verhandlungen und kündigte dies dem Fürsten von Siebenbürgen durch einen eigenen Gesandten an.*) Obwohl der letztere darauf seinen siegreichen Einfall nach Mähren ausführte, so wurden die Verhandlungen doch in Angriff genommen. Bethlen konnte sich nicht verhehlen, dass seine Erfolge nur in der Beraubung zahlreicher Orte bestanden und auf der Schnelligkeit seiner Reiter beruhten, dass er aber in einer Schlacht gegen das kaiserliche Heer sicherlich eine Niederlage erleiden würde, da die Truppen des Markgrafen von Jägerndorf durch die Kriegsstrapazen furchtbar gelitten hatten. Zudem stieg die Noth in Mähren, welches die beiden feindlichen Heere ernähren musste, von Woche zu Woche. Wir haben bereits erzählt, wie es den Bauern und den Gutsherren an dem nöthigen Getreide mangelte, bald fehlte es auch an Salz und das Elend im ganzen Marchlande, dem eigentlichen Kriegstheater, steigerte sich zu einer unbeschreiblichen Höhe. Von den Eingeborenen erlagen Hunderte buchstäblich dem Hungertode und nicht weniger dem Schwerte und der kannibalischen

mit andern Aufträgen, also wahrscheinlich mit der Unterhandlung mit Bethlen beauftragt war. — Sächs. Staats-Archiv. Zeidler an Kursachsen dd. 12./22. September 1621.

*) Innsbr. Statth.-Arch. Bericht an Erzh. Leopold dd. 29. Sept. 1621.

Wuth der Ungarn, gegen die sie den letzten Rest ihrer Habe vertheidigten. Man konnte in zahlreichen Dörfern oder vielmehr in den Aschenhaufen derselben die halbgebratenen Leichname ihrer Bewohner schauen, deren armselige Häuser von den Plünderern angezündet worden waren. Epidemische Krankheiten griffen um sich, denen auch die Soldaten beider Heere zum Opfer fielen; auf alle Fälle konnte sich Bethlen in Mähren nur dann halten, wenn er für reichliche Zufuhr von Nahrungsmitteln sorgte, der Krieg wurde aber dadurch zu kostspielig für ihn und musste deshalb abgebrochen werden. Wir bemerken nur noch, dass ihm später 2000 Tartaren zu Hilfe geschickt wurden, da er ihrer aber nicht mehr bedurfte, so sandte er sie von der Grenze Siebenbürgens wieder zurück.*) Er selbst hielt sich während der Friedensverhandlungen grösstentheils in Ungrisch-Brod auf.

IV

Dem Kardinal Dietrichstein zu Liebe wurde die Stadt Nikolsburg zum Sitz der Verhandlungen bestimmt und diese Bestimmung aufrecht erhalten, obgleich Emerich Thurzo, der in Folge eines Lungenübels schwer krank war und die weite Reise scheute, gegen die Wahl dieses Ortes protestirte. Als er mit seinen Begleitern am 10. October in der genannten Stadt anlangte, traf er die kaiserlichen Commissäre dort an. Die Verhandlungen, die am folgenden Tage aufgenommen wurden, liessen sich Anfangs nicht gut an, denn beide Parteien nahmen nicht die in Hainburg vereinbarten Concessionen zum Ausgangspunkt, sondern griffen abermals zu allen dort benützten und abgebrauchten Winkelzügen und Ausflüchten um dem Gegner einen Vortheil abzuringen. So wollten die Ungarn, dass Böhmen und Oestereich zu den Verhandlungen zugelassen würden und

1621

*) Török Magyarkori Történelmi Emlékek. Bethlen an den Wessir durch Maharran Beg. 1622. Ebenda. Instruction für Petö Farkas dd. 1. Dec. 1621. — Bei Katona wird viel von den Türken erzählt, die in Bethlens Heer gekämpft haben, ihre Zahl kann aber einige Hundert Mann nicht überschritten haben, wie aus Bethlens Correspondenz mit Konstantinopel unwiderleglich hervorgeht.

als dies abgelehnt wurde, erklärte Thurzo, dass er nur den Markgrafen von Jägerndorf und andere Personen minderer Bedeutung in die Verhandlungen einschliessen und ihrer mehr im Ton der Fürbitte als der Vermittlung gedenken wolle, verlangte aber als Entlohnung für Bethlen die Herrschaft über ganz Ungarn und bot dem Kaiser nur die treue Bundesgenossenschaft desselben an. Diese treue Bundesgenossenschaft lehnten die Kaiserlichen ebenso wie die Herrschaftsansprüche über ganz Ungarn ab und da Emerich Thurzo mit sich handeln liess, so verlangte er wenigstens das linke Donauufer mit Pressburg*) und als auch dieses Begehren abgeschlagen wurde, verstand er sich endlich dazu, die Gegner um die Vorlage ihrer Anträge zu ersuchen.

Die kaiserlichen Commissäre erneuerten jetzt das alte Begehren, dass Bethlen Ungarn räumen und auf den königlichen Titel verzichten solle und boten ihm dafür eine Entschädigung in Geld und Gütern an. Als Thurzo diese Entschädigung näher kennen lernen wollte, erklärten die Kaiserlichen, dass sie zu keinen bestimmten Anerbietungen bevollmächtigt seien, so lange Bethlen nicht ausdrücklich auf den königlichen Titel Verzicht geleistet habe. Mit dieser Antwort reisten Sandor und Kassai nach Ungrisch-Brod ab, um Verhaltungsmassregeln einzuholen und als sie zurückkehrten, führten sie die Verhandlungen allein weiter, da Thurzo mittlerweile auf den Tod erkrankt war. Sie verlangten, dass der Kaiser die 13 Comitate, die er dem Bethlen zu Anfang des Jahres 1620 zur Verwaltung überlassen hatte, ihm und seinen Erben mit voller Souverenität — cum absoluta gubernatione — übergebe, dazu die Güter von Munkacs, Eched und Szatmar, 200000 Gulden in Geld, die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor auf Lebenszeit, den Titel eines Fürsten des heiligen römischen und des ungarischen Reiches, die Zulassung zum deutschen Reichstage, das goldene Vliess, eine Vermehrung seines

*) Unser Bericht über die Verhandlungen in Nikolsburg basirt zumeist auf dem Protokoll, das die kaiserlichen Commissäre angefertigt hatten und das sich im ungarischen Staatsarchiv befindet und auf Firnhaber, der zahlreiche die nikolsburger Verhandlungen betreffende Actenstücke in den Schriften der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht hat.

Wappens entsprechend dem neu zu erwerbenden Besitze in Ungarn, die Herrschaft Pardubitz im Falle er einmal von den Türken aus Siebenbürgen vertrieben würde und endlich Hilfe gegen die Türken im Falle eines Angriffs. Bethlen trat also mit noch grösseren Anforderungen auf, als er im Beginne der hainburger Verhandlungen gestellt hatte.

Auf kaiserlicher Seite war man jetzt nachgiebiger, weil man eingesehen hatte, das man weder gegen Bethlen noch gegen die ungarischen Stände jene Pläne durchsetzen könnte, mit denen man sich in Hainburg getragen hatte und so entschloss man sich gleich jetzt zu grösseren Concessionen, als die man schliesslich zu Hainburg angeboten hatte. Nach eingehender Berathung mit seinen Vertrauenspersonen und Angesichts der steigenden Kriegsnoth bot Ferdinand seinem Gegner die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor und vier jenseits der Theiss gelegene Comitate auf Lebenszeit an, ferner einen jährlichen Beitrag von 45000 Gulden zur Unterhaltung der in diesen Comitaten befindlichen Grenzfestungen, dann die Güter von Munkacs, Tokaj und Keresztur und den deutschen Reichsfürstentitel. Die übrigen Forderungen Bethlens wurden zurückgewiesen, namentlich wollte der Kaiser nichts von der Ertheilung des ungarischen Fürstentitels wissen und sich nicht zur Begnadigung der mit Bethlen verbundenen Deutschen, also des Markgrafen von Jägerndorf, Thurns und Hofkirchens verpflichten. *)

Die kaiserlichen Commissäre hatten gleich bei Entgegennahme der bethlen'schen Forderungen erklärt, dass dieselben nicht bewilligt werden würden und konnten also diese Versicherung nur wiederholen, als die Gegenanträge aus Wien anlangten. Die Verhandlungen ruhten nun durch drei Wochen und wurden erst am 11. November wieder aufgenommen und zwar von Stanislaus Thurzo, dem Vetter Emerichs, da der letztere mittlerweile seiner Krankheit erlegen war. In der gemeinschaftlichen Conferenz, die an dem bezeichneten Tage abgehalten wurde, berichtete zuerst Kassai, dass Bethlen auf seiner Forderung bezüglich der 13 Comitate beharre, im übrigen aber zur äussersten

1621

*) Ung. StA. Opinio Commissariorum super conditionibus per abligatos Bethleni propositis. Resolutio Caesaris.

Nachgiebigkeit bereit sei und namentlich dem Kaiser in allem zu Diensten stehen wolle. Stanislaus Thurzo bemerkte aber hiezu, dass er bereit sei Bethlen zu benachrichtigen, wenn Ferdinand zu den angebotenen vier Comitaten noch zwei oder drei hinzufügen wolle und deutete damit die Möglichkeit weiterer Nachgiebigkeit von Seite des Fürsten an. Auf diesen Wink reiste Eszterhazy nach Wien und erreichte durch seine Vorstellungen bei dem Kaiser ohne Schwierigkeit, dass er noch weitere drei Comitate abzutreten versprach.*) Da jedoch Ferdinand dem Fürsten nicht traute und fürchtete, dass er alle diese Verhandlungen nur zum Schein anstellte, so verlangte er von ihm ein eidliches Versprechen, dass er die vereinbarten Bedingungen einhalten werde. In Nikolsburg rechtfertigten die kaiserlichen Commissäre dieses Verlangen mit der illoyalen Haltung Bethlens, da er mitten in den Friedensverhandlungen die schlesischen Stände zum Abfall aufgefordert und von den Türken Hilfe verlangt habe. Aus demselben Grunde erliessen sie auch an die in Ungrisch-Brod versammelten Vertreter der ungarischen Stände die Aufforderung, sie sollten sich zum Anschluss an den Kaiser verpflichten, falls Bethlen für seine Person befriedigt würde und doch nicht Frieden hielte. Als dem letzteren die von Ferdinand gestellte Forderung bekannt wurde, lehnte er sie ab, da er seine Geneigtheit zum Frieden nicht in anderer Weise bethätigen könne, als dies bei anderen Fürsten üblich sei und also keinen Eid ablegen werde, dennoch trug er ihr insofern Rechnung, als er eine Schrift ausstellte, in der er das Versprechen abgab, die Friedensbedingungen, die in Nikolsburg vereinbart werden würden, unverbrüchlich zu halten.**) Ob der Kaiser dadurch mehr Sicherheit hatte, lassen wir dahingestellt.

Ehe noch in den Verhandlungen mit Bethlen eine Vereinbarung erzielt wurde, begannen auch die, welche die Befriedigung Ungarns zum Zwecke hatten. Die ungarischen Vertreter legten einen Entwurf vor, der alle die Forderungen enthielt, die schon in Hainburg gestellt worden waren: also die allgemeine Amnestie, die Bestätigung aller Freiheiten, namentlich der im Krönungs-

*) Ung. StA. Kaiserliche Resolution dd. 18. Nov. 1621.

**) Ung. StA. Diploma assecuratorium Bethleni dd. 28. Nov. 1621.

patente Ferdinands enthaltenen und die Ausschliessung der deutschen Truppen aus allen Grenzfestungen. Als man in Wien Kenntniss von denselben erhielt, fühlte man wohl, dass ihr Zugeständniss das Grab aller Hoffnungen auf die geplanten Confiscationen, auf die Unterdrückung der Protestanten und auf die Schmälerung der verfassungsmässigen Freiheiten bilde. Der Kaiser befragte seine geheimen und seine ungarischen Räthe, mehrere Theologen, sowie den spanischen Gesandten um ihre Meinung: wenn es bloss auf die Wünsche dieser Rathscollegien angekommen wäre, so hätte man auch jetzt die ungarischen Stände mit denselben inhaltslosen und zweideutigen Phrasen abgespeist, wie ehedem, allein der Jammer des Krieges beängstigte sie über alle Massen. Zudem drohte von Deutschland ein neues Ungewitter, indem neben Mansfeld auch Christian von Halberstadt auf den Kampfplatz trat, so dass der Herzog von Baiern den Frieden mit Bethlen herbeisehnte, um seine Schaaren durch den Zuzug kaiserlicher Truppen verstärken zu können. Gegenüber diesen steigenden Gefahren hielten die sonst hochgehaltenen Principien nicht Stand und so fanden die Theologen, dass der Kaiser den Protestanten Duldung versprechen könne und die Räthe, dass man mit der Beschneidung der Verfassung noch einhalten müsse. In Folge dieser Gutachten stellte der Kaiser zwei Erklärungen aus, die eine für Bethlen, auf die wir später zurückkommen wollen, und die andere für die ungarischen Stände, in der er mit Ausnahme von zwei Punkten allen ihren Forderungen nachgab und weder ihr Eigenthum noch ihre religiösen und politischen Freiheiten antasten wollte. Von den zwei Punkten seines Krönungsdiplomes, deren Bestätigung er verweigerte, betraf der eine das alte (nicht erst im Jahre 1620 abgeschlossene) Bündniss Ungarns mit Böhmen (welches Ferdinand durch die Besiegung der Böhmen für nicht mehr zu Recht bestehend erklärte) und der andere die unentgeltliche Wiederabtretung einiger an Oesterreich verpfändeter Schlösser, in die er nicht willigen wollte. Eszterhazy, der zu diesen Berathungen nach Wien gereist war, kehrte am 16. December nach Nikolsburg zurück und berichtete hier über die kaiserlichen Entschliessungen. Da die ungarischen Stände von den sie betreffenden Vorbehalten nichts wissen wollten, so musste der Kaiser auch in den erwähnten

11. Dec. 1621

1621

zwei Punkten nachgeben und nicht nur sein Krönungsdiplom dem vollen Inhalt nach bestätigen, sondern auch die wiener Friedensartikel von 1606 und das Krönungsdiplom seines Vorgängers Mathias und zu allem dem noch das Versprechen hinzufügen, dass er binnen sechs Monaten einen Reichstag berufen und die Amnestie auf alle seit dem 4. März 1619 begangenen und mit der Rebellion in Verbindung stehenden Verbrechen, Morde und Räubereien ausdehnen werde.*) Alle diese Bestimmungen wurden schliesslich in das ungarische Friedensdiplom aufgenommen.

In dem für Bethlen bestimmten Diplom verweigerte ihm der Kaiser die Ertheilung des ungarischen Fürstentitels und stellte die Forderung auf, dass unmittelbar nach dem Friedensschluss alle, seinen Anhängern und der katholischen Geistlichkeit entrissenen Güter in ganz Ungarn also, auch in dem Bethlen verbleibenden Theile, zurückgestellt werden sollten. Nach hartem Wortgefecht und nachdem die kaiserlichen Commissäre jede weitere Concession abgelehnt und mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht hatten, begnügten sich die Vertreter Bethlens mit den gemachten Anerbietungen, die darauf am 6. Januar 1622 vom Kaiser unterzeichnet wurden. Nach dem Wortlaute dieses Diploms sollte der Fürst von Siebenbürgen dem königlichen Titel entsagen, die Krone und die Reichskleinodien ausliefern, dafür wurden ihm sieben Comitate auf Lebenszeit und die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor — diese auch auf seine ehelichen oder Adoptivsöhne vererblich — abgetreten, ferner wurde ihm der Titel eines deutschen Reichsfürsten, der Besitz der Güter von Munkács und Eched als Pfandschaften, die von seinen Erben für 400000 Gulden wieder eingelöst werden durften, eine Entschädigung von 100000 Gulden in Gold, mit welcher Summe er Tokay einlösen und benützen dürfe, endlich die jährliche Zahlung von 50000 Gulden zur Instandhaltung der auf seinem Gebiete gelegenen Festungen zugesichert. Alle Adelstitel, die Bethlen in Ungarn ertheilt hatte, wurden vom Kaiser anerkannt. Um das Anrecht des letzteren auf die dem Fürsten abgetretenen Comitate

*) Ung. StA. Diploma dd. 7. Januar 1622. — Ebenda. Resolutio Caesario dd. 11. Dec. 1621. Katona XXIX. ad. c. 1618.

zum Ausdruck zu bringen, wurde bestimmt, dass dieselben sich an allen künftigen Reichstagen betheiligen dürften und dass die Obergespane und die Commandanten der daselbst befindlichen Grenzhäuser, sowie die städtischen Richter und Senatoren sich ihm als König von Ungarn durch einen Eid verpflichten sollten, bei Lebzeiten Bethlens nie die Waffen wider ihn zu ergreifen.

Noch einige wichtige Bestimmungen enthielt das für Bethlen entworfene Diplom, die nebenbei erwähnt, den Keim für die folgenden Zerwürfnisse in sich trugen. Es wurde nämlich festgesetzt, dass die im Laufe der Unruhen in ihrem Besitze geschädigten Personen, also vor allem die Geistlichen, vollständig in demselben restituirt werden sollten. Bethlen sollte demnach alle ihren ehemaligen Eigenthümern entrissenen und in seinem Besitze befindlichen Güter diesen zurückstellen; bei denjenigen Gütern, die er an andere Personen verschenkt hatte, sollte dies binnen zwei Monaten erfolgen, während über die Auslösung jener Güter, die er gegen eine Geldsumme verpfändet hatte, der künftige Reichstag Beschluss fassen sollte. Durch diese Bestimmungen hatte der Kaiser nicht bloss für die Geistlichkeit, sondern auch für einige seiner Anhänger gesorgt, die der Raubsucht ihrer Gegner zum Opfer gefallen waren, so namentlich für die Erben Homonna's. Zum Verständniss des die Rückgabe der Güter betreffenden Punktes bemerken wir, dass man erst nach langem Streite zu der eben angedeuteten Vereinbarung gelangt war. Der Kaiser verlangte ursprünglich, dass die Restitution unmittelbar erfolgen und die allfällige Entschädigung der neuen Eigenthümer erst später berathen werden solle. Dagegen erklärte sich Kassai im Namen Bethlens auf das entschiedenste, es wurde ungarischerseits bemerkt, dass wenn man die gegenwärtigen Inhaber der fraglichen Güter, meist Offiziere im Heere Bethlens, so ohne weiters derselben berauben wollte, dies einen Aufruhr zur Folge haben würde. Wenn aber der Friede geschlossen und die Angelegenheit auf den nächsten Reichstag verschoben würde, so könne man ohne grossen Widerstand die alten Besitzer in ihre Rechte einsetzen, wofern man die neuen entschädige.*)

*) Ung. StA. Erklärung des Kardinals Dietrichstein über die Verhandlungen in Nikolsburg.

Der Friede war dem Kaiser im höchsten Grade erwünscht, denn er befreite ihn wenigstens von einem Theile der unerschwinglichen Auslagen. Im Monate October hatte er sich mit Bitten um Hilfe an Philipp IV gewendet, die so kläglich lauteten wie früher während seiner grössten Drangsale. Der König, auf dem die Auslagen für den Krieg in der untern Pfalz lasteten, kam auch diesmal den Bitten seines deutschen Vetters nach und schrieb ihm, dass er die Kosten für die Unterhaltung von 8000 Mann auf sich nehmen oder eigentlich die Truppen, die in seinem Solde standen, um so viel vermehren wolle.*) Als diese Nachricht nach Wien gelangte, war der Friede mit Bethlen seit zwei Monaten geschlossen und man bedurfte der Hilfe nicht mehr zur eigenen Vertheidigung, sondern konnte sie bei dem Angriffe auf die Unterpfalz verwenden, an dem sich nun auch der Kaiser betheiligte. Auch bezüglich eines andern Anliegens kam Philipp IV den Wünschen seines Vetters nach. Als die Unbotmässigkeit und der Ehrgeiz seiner Obersten Ferdinand die Anstellung eines Obergenerals unmöglich machten, richtete er an Philipp IV die Bitte, ihm einen Feldherrn zuzusenden. Nach manchen Verhandlungen, in denen die betreffenden Candidaten zu hohe Forderungen stellten und ihre Stellung im spanischen Heere auch weiter behalten wollten, einigte man sich mit dem Marchese von Montenegro und diesen empfahl Philipp dem Kaiser mit der Bitte, ihm dieselben Einkünfte sicher zu stellen, wie dem Grafen Buquoy.**) Wir werden diesem neuen Feldherrn im Jahre 1623 auf dem ungarischen Kriegsschauplatze begegnen.

1621

Aus dem Berichte über die Bestimmungen des nikolsburger Friedens ist ersichtlich, dass er sich bloss auf Bethlen und die Ungarn bezog und des Pfalzgrafen mit keinem Worte gedachte, so dass alle Hoffnungen, die dieser und seine Anhänger auf den Friedensschluss gesetzt haben mochten, vernichtet wurden. Wenn Bethlen in dieser Beziehung nicht getadelt werden kann, da er nur durch die Noth gedrängt in den Frieden einwilligte, so kann man ihn doch von einer schreienden Undankbarkeit gegen den Markgrafen von Jägerndorf nicht freisprechen. Wie

*) Wiener StA. Philipp IV an Ferdinand II dd. 5. Febr. 1622.
**) Ebenda. Philipp IV an Ferdinand II dd. 4. Febr. 1622.

man die Sache auch ansehen mag, so war es doch seine Hilfe allein, welche Bethlen den Marsch nach Mähren und die Eroberung zahlreicher Flecken und Städte ermöglicht hatte, da der Jägerndorfer über das nöthige Geschütz und Fussvolk gebot. Es wäre demnach Bethlens Pflicht gewesen das Schicksal des Markgrafen und seiner Truppen irgendwie sicherzustellen. Als der letztere zu der Ueberzeugung gelangte, dass er die Friedensverhandlungen nicht aufhalten könne, wollte er sich ihnen anschliessen, allerdings unter Bedingungen, die man als unvernünftig ansehen muss. Er verlangte mit seinem Fürstenthum Jägerndorf und den Herrschaften Beuthen und Oderberg aus Schlesien ausgeschieden und dem Bethlen als Oberlehnsherrn zugewiesen zu werden, ferner als Ersatz für die bisherigen Mühen und Kosten die Grafschaft Glatz und das Fürstenthum Troppau, gleichfalls unter Ausscheidung dieser Besitzungen von der kaiserlichen Oberlehensherrlichkeit. Seinen Truppen sollte der rückständige Sold ausbezahlt und ihr Eigenthum geschont werden, falls einer oder der andere von ihnen Güter in Böhmen oder Mähren besass.*)

Diese Forderungen waren so übertrieben, dass sich Bethlen ihrer nicht ernstlich annehmen konnte, jedenfalls aber hätte er für den Besitz des Markgrafen einstehen müssen, selbst wenn er eines der neu erworbenen Fürstenthümer Oppeln oder Ratibor hätte preisgeben müssen und ebenso hätte er den Truppen desselben aus eigener Tasche einen Monatssold zahlen sollen. Allein Bethlen kannte in dieser Hinsicht weder Rücksicht noch Dankgefühl, auf alles Drängen des Markgrafen ihn in die Verhandlungen einzubeziehen, antwortete er stets, dass er gar nicht daran denke Frieden zu schliessen und dass er nur auf den Zuzug der türkischen Hilfstruppen warte. Mit diesem Vorgeben konnte er den Markgrafen nicht täuschen, da dieser wohl wusste, dass diese angebliche Hilfe nur als Schreckgespenst für die kaiserlichen Unterhändler existirte, nichtsdestoweniger überliess er dem Fürsten seine gesammte Artillerie, als dieser sich gegen Ende December unter dem Vorwande nach Ungarn 1621

*) Conditiones a Joanne Georgio marchione regi Hungariae propositi dd. 1621. Coll. Cameriar. in der Münchner Hofbibliothek.

zurückzog, dass er demnächst wieder gegen Mähren aufbrechen und sich dem Markgrafen bei Olmütz anschliessen werde. Der letztere traute diesen Worten nicht, er verliess seine Truppen und begab sich zu Bethlen, um ihn neuerdings über die Friedensverhandlungen auszuforschen und zugleich einen Monatssold für seine damals bei Olmütz befindlichen Truppen zu fordern. Diesmal erfuhr er zu seinem Schrecken, dass der Friede abgeschlossen und nichts für seine eigene Sicherheit und für die Befriedigung seiner Truppen bestimmt worden sei. Alle seine Bitten und die seiner Obersten und Offiziere um Geld trafen nur taube Ohren, in ohnmächtiger Wuth musste er die Wahrnehmung machen, wie schlau Bethlen ihn überlistet und wie er sich seiner Artillerie bemächtigt und dann sich rechtzeitig zurückgezogen hatte, um vor der Rache der betrogenen Soldaten sicher zu sein. Ihm blieb nichts anderes übrig, als seinen Offizieren ihre verzweifelte Lage auseinanderzusetzen und sie mit ihrer Bezahlung auf die Zukunft zu vertrösten; seinen Truppen machte er diese Mittheilung schriftlich, denn er fürchtete sich, dass sie ihn bei seiner Rückkehr den Kaiserlichen ausliefern würden. Diese Furcht war unbegründet, denn der Kardinal Dietrichstein bot ihm freies Geleit an, wenn er zu dem Kurfürsten von Brandenburg reisen wolle, ein Anerbieten, dem der Markgraf nicht traute und das er deshalb nicht annahm. *)

So kam es, dass der Jägerndorfer bei Bethlen blieb und ihm nach Kaschau folgte, so wenig Ursache er auch hatte mit ihm zufrieden zu sein. Als er die Friedensbedingungen kennen lernte, konnte es seinem Scharfblick nicht verborgen bleiben, dass sie bei dem Doppelverhältniss der sieben Comitate, die dem Kaiser und Bethlen verpflichtet sein sollten, und bei den grossen Zahlungen, zu denen sich der erstere erboten hatte und die er voraussichtlich nicht leisten konnte, so viel des Zündstoffes in sich bargen, dass der Kampf bald wieder in hellen Flammen emporlodern werde und deshalb beschloss er

*) Sächs. StA. Patent des Kardinals Dietrichstein dd. 10. Januar 1622. — Ebenda. Der Markgraf von Jägerndorf an seine Truppen dd. 19. Jan. 1622. — Münchner StA. Der Markgraf von Jägerndorf an Friedrich dd. 7. März 1622.

zu bleiben und seinen ganzen Einfluss daran zu setzen, um Bethlen zu diesem Kampfe zu reizen.

Dem Kaiser lag zur Zeit der Friedensverhandlungen in Nikolsburg sehr daran, dass sie rasch zu einem Abschlusse führen möchten, weil er sich damals mit Heiratsgedanken trug und eine Ehe nicht wohl schliessen konnte, so lange der Krieg vor den Thoren Wiens tobte. Schon im Jahre 1620 wurde die Frage einer zweiten Heirat des Kaisers in Spanien verhandelt und hiebei auf die Tochter des Herzogs von Savoyen hingewiesen, Ferdinand wollte aber nichts von einer näheren Verbindung mit einem Gegner wissen, dessen heimtückische Feindseligkeit er vermuthete. Nachdem durch längere Zeit die Heiratsangelegenheit in den Hintergrund getreten war, deutete Graf Khevenhiller, der damals auf Urlaub in Wien weilte, im Monate September 1621 dem spanischen Gesandten an, dass sich der Kaiser allenfalls zu einer Heirat mit der Infantin Maria, um die sich der Prinz von Wales bewarb, entschliessen könnte. Da man jedoch in Spanien die Hand der Infantin einem mit Kindern gesegneten Witwer nicht zusagen wollte und Oñate deshalb eine ausweichende Antwort gab, richtete Ferdinand seine Augen auf die Prinzessin Eleonore von Mantua und ertheilte seinem vertrauten Günstling, dem Herrn von Eggenberg, den Auftrag nach Mantua zu reisen und seine Werbung dort anzubringen. Eggenberg trat die Reise unter dem Vorwande einer Wallfahrt nach Loretto an und hielt sich allerdings an diesem Orte auf, ging aber dann nach Florenz, wo er der Grossherzogin, einer Schwester des Kaiser, seine Aufwartung machte und offenbar bei ihr Erkundigungen über die Prinzessin einzog. Da der Bescheid günstig lautete, so reiste er nach Mantua und entledigte sich hier seines Auftrags bei dem Herzog, dem Bruder der anzuhoffenden Braut. Die letztere, die seit dem Tode ihrer Eltern in einem Kloster lebte, wurde von ihrer Schwägerin aus demselben geholt und von der Werbung des Kaisers unterrichtet. Wie es scheint, gab sie ohne langes Nachdenken ihre Zustimmung, nahm darauf im Kreise ihrer Verwandten das Frühmal ein, und wurde dann in eine Kapelle geführt, wo Eggenberg seine officielle Werbung anbrachte und als Vertreter des Kaisers von dem Bischof von Mantua mit der Prinzessin

Sept. 1621

getraut wurde. Nach dem Trauungsakte überreichte Eggenberg Eleonoren einen Diamantring, der auf 15000 Kronen geschätzt wurde und beugte vor ihr als seiner nunmehrigen Herrin das Knie; ein gleiches thaten die übrigen geladenen Gäste und huldigten so der zwar erblichenen aber bei feierlichen Anlässen aufleuchtenden Imperatorenwürde. Die Prinzessin kehrte wieder in ihr Kloster zurück, wo Eggenberg sie nochmals aufsuchte, um ihr einen Halsschmuck mit dem Bildniss des Kaisers und einem Adler aus Diamanten im Werthe von 80000 Kronen und anderes Geschmeide zu überreichen, worauf er nach Wien zurückkehrte.

Für die erste Zusammenkunft des Brautpaares und für die eigentliche Trauung wurde Innsbruck bestimmt. Der Kaiser hätte die Reise gleich nach Abschluss des nikolsburger Friedens angetreten, wenn ihn nicht sein zweiter Günstling und Vertrauter, der Graf Harrach, ersucht hätte das Hochzeitsfest seiner Tochter mit dem jungen Maximilian von Waldstein durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Der Kaiser gab, wiewohl etwas ungern seinen Bitten nach und wohnte der Hochzeit bei, die am 17. Januar mit grosser Pracht und Herrlichkeit gefeiert wurde. Zwei Tage später begab er sich auf die Reise und wurde auf derselben in Wels von den oberösterreichischen Ständen feierlich empfangen und um Verzeihung für den vorangegangen Aufstand gebeten: zum Zeichen ihrer Ergebenheit machten sie ihm ein Geschenk von 4000 Dukaten.*) Der Kaiser setzte dann seinen Weg über Salzburg nach Innsbruck fort und sandte von dort einen Theil seines Gefolges der Braut entgegen, die bereits in Brixen angelangt war.

1622 (margin, at "Bitten nach und wohnte der Hochzeit bei")

1622 Am 2. Februar hielt die Prinzessin in Begleitung ihres Bruders und dessen Gemahlin ihren Einzug in Innsbruck und fuhr gleich zur Hauptkirche, wo sie zum erstenmal mit dem Kaiser zusammentraf. Als sie seiner ansichtig wurde, ging sie ihm entgegen und beugte das Knie vor ihm, und als er sie zu sich emporzog, wollte sie ihm die Hände küssen, was er jedoch nicht zugab. Man mag einen Theil dieser demüthigen Ehrfurchtsbezeugungen auf Rechnung des üblichen Ceremoniells setzen, hier waren sie

*) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen 12./22. Dec. 1621 u. 9./19. Jan. 1622

aber auch die Folge der Hochachtung, welche die Prinzessin für die moralische Grösse ihres Bräutigams hegte. Das hohe Brautpaar trat nun begleitet von den höchsten Würdenträgern vor den Altar, wo die feierliche Einsegnung stattfand. Am folgenden Tage beschenkte der Kaiser seine schöne und erst 23 Jahre alte Gemahlin mit kostbaren Kleinodien und erstreckte seine Freigebigkeit auch auf ihren Bruder und dessen Gattin, so wie auf deren Gefolge. Darauf wurde die Rückreise angetreten und zwar über Salzburg nach Graz und von dort nach Wien, wo der Adel und die Bürgerschaft dem Kaiser und seiner Gemahlin einen prächtigen Empfang bereiteten.

V

Es erübrigt uns nun über den Zustand in Schlesien, wie er sich nach dem Abzuge des Jägerndorfers und nach seiner Verbindung mit Bethlen gestaltete, zu berichten.

Wir haben seiner Zeit erzählt,*) dass der Kurfürst von Sachsen die Herausgabe des Accords an die Schlesier verweigerte, weil die letzteren sich bei der Entlassung ihres Kriegsvolks säumig erwiesen. Sie bemühten sich nun diesen Fehler gut zu machen und suchten die Soldaten in der Weise zu verabschieden, dass sie ihnen Schuldscheine ausstellten, vermöge deren sie in späteren Zeiten ihre Soldrückstände erhalten sollten. Ein Theil der Soldaten mag sich mit dieser Art von Bezahlung zufrieden gegeben haben, ein anderer Theil wurde voll ausbezahlt und ein dritter Theil schloss sich dem Markgrafen von Jägerndorf an und verharrte demnach im Aufstande. Da sich die schlesischen Stände demselben nicht anschlossen, so hatten sie bis zum Monate Mai 1621 ihrer Pflicht wenigstens formell genügt. Sie beeilten sich nun einem früheren Beschlusse gemäss eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof zu schicken und betrauten mit dieser Mission vier Personen, deren geringfügige Stellung darlegt, wie wenig Reiz die Reise nach Wien für die hervorragenden Herren im Lande hatte; es waren dies neben dem Burggrafen Hannibal von Dohna, dem altbewährten Anhänger des Kaiserhauses, die Herren

*) Band III, S. 428.

Sigmund von Koch, Dr. Reinhard Rosa und Nikolaus Krebs. Sie reisten zuerst nach Dresden, weil sie den Kurfürsten um seine Vermittlung in einer Angelegenheit ersuchen wollten, die ihnen sehr am Herzen lag. In dem Accord hiess es im Eingange, dass Schlesien wegen seiner Theilnahme an dem böhmischen Aufstande und an der Königswahl sich eigentlich seiner Privilegien unwürdig erwiesen habe. Dieser Satz bedrückte die Stände, weil der Fortgenuss ihrer Privilegien nur als ein Ausfluss der kaiserlichen Gnade hingestellt wurde und deshalb ersuchten sie, dass die Eingangsformel umgeändert werde, des Aufstandes keine Erwähnung geschehe und er überhaupt der Vergessenheit anheimgegeben werde.*) Sie glaubten auf die Berücksichtigung ihres Wunsches um so mehr rechnen zu können, als sie ihr Kriegsvolk bis auf 1000 Reiter und 3000 Mann zu Fuss entlassen und den Rest dem Kaiser zur Verfügung gestellt hatten. Der Kurfürst billigte ihr Gesuch und empfahl es dem Kaiser.**)

Jetzt erst begaben sich die Gesandten nach Wien, wo sie dieselbe Bitte anbrachten, ihr Benehmen in der jüngsten Vergangenheit entschuldigten und dem Kaiser zu seinen Erfolgen Glück wünschten. Der Unterschied zwischen dem Empfang dieser Deputation und der einige Monate früher von Mähren abgeschickten war in die Augen springend. Ferdinand empfing sie wie Gesandte, mit denen ein rechtsgiltiger Vertrag abgeschlossen wurde, reichte jedem die Hand und versicherte, es sei ihm „leid gewesen", dass sich die Fürsten und Stände so weit hätten „verleiten lassen und sich in den Aufstand eingemengt hätten." Da sie aber „ihren Irrthum erkannt hätten, wolle er ihnen aus Grund des Herzens verzeihen" und „ihres Unrechtes nicht mehr gedenken." Diese Worte sprach der Kaiser selbst, der überhaupt allein zugegen war und sich nicht wie bei den Mährern des Kanzlers bediente. Dass nach diesem gnädigen Empfang auch die Bitte der Schlesier erhört und der Accord in der von ihnen gewünschten Weise umgearbeitet wurde, bedarf

*) Sächs. StA. Die schlesischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen. Ohne Datum.

**) Der Kurfürst von Sachsen an den Kaiser dd. $\frac{\text{28. Juni}}{\text{8. Juli}}$ 1621.

wohl keiner weiteren Bemerkung. Ob das umgearbeitete Original den Gesandten mitgegeben oder den Schlesiern erst auf dem zum 3. November nach Breslau einberufenen Fürstentage über- 1622 geben wurde, ist uns nicht bekannt.*)

Man war in Wien nicht bloss deshalb zur Berufung des Fürstentages genöthigt, weil man auf demselben die Aussöhnung des Landes mit dem Kaiser zum Abschlusse bringen wollte, sondern weil man auch dringend einer Geldhilfe bedurfte und deshalb das Land zu erhöhten Steuerleistungen zwingen wollte, da man von Confiscationen daselbst abstehen musste. Der Kaiser theilte seinen Entschluss bezüglich der Berufung des Fürstentages am 25. September dem Kurfürsten von Sachsen mit und ersuchte 1622 ihn, denselben in seinem Namen zu eröffnen und seine Forderungen daselbst zu vertreten.**) Dieser Auftrag erfüllte den Kurfürsten mit Genugthuung, der Glanz mit dem er auf der Reise nach Breslau von allen schlesischen Städten empfangen und bewirthet wurde, vor allem aber die wichtige Rolle, die er in des Kaisers Namen spielen sollte, schmeichelten seiner Eitelkeit. Als er in Breslau in Begleitung eines riesigen Gefolges von 854 Personen, das aus Edelleuten und Lakaien aller Art, Kutschern und Reitknechten bestand, eintraf***) und daselbst von den schlesischen Fürsten begrüsst wurde, bestimmte er den folgenden Tag zu dem Akt der Aussöhnung des Kaisers mit dem Lande. Diese sollte in der Weise vor sich gehen, dass den Fürsten und den übrigen Ständen die Huldigungsformel vorgelesen, sie aber nicht auf dieselbe vereidigt wurden, weil dies schon im Jahre 1617 geschehen war; nur durch Handschlag sollten sie versichern, dass sie sich fortan treu erweisen wollten. Wegen der grossen Anzahl der berufenen Personen nahm dieser 3. u. 4. Nov. 1621 Akt zwei Tage in Anspruch.†) Uebrigens waren nicht alle Fürstenthümer bei der Huldigung vertreten, es fehlten die Stände der Fürstenthümer Schweidnitz, Jauer, Glogau, Oppeln und

*) Die betreffenden Acten über die Reise der Gesandten bei Palm: Acta publica 1621.

**) Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 25. Sept. 1621.

***) Sächs. StA. Bericht über das Gefolge des Kurfürsten.

†) Ebenda. Bericht über die Huldigung.

Ratibor, die ihr Nichterscheinen damit entschuldigten, dass sie nur bei sich zu Hause zur Leistung der Huldigung verpflichtet seien. Der Kurfürst trug diesem Einwand Rechnung, indem er später von Breslau nach Jauer reiste und die Stände von Schweidnitz und Jauer dahin berief, nach den andern Fürstenthümern aber den Oberhauptmann schickte.*)

Nach Entgegennahme der Huldigung verlangte der Kurfürst im Namen des Kaisers von den Ständen eine Geldhilfe und zwar sollten sie 50.000 Thaler ein für allemal erlegen, dann durch sechs Jahre einen jährlichen Beitrag von 100000 Thalern zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen leisten, ferner sich zu einer Biersteuer von sechs Groschen vom Fass während der nächsten zehn Jahre verstehen und endlich die Unterhaltung des von ihnen geworbenen Volkes auf sich nehmen, bis der Krieg zu Ende sei.**) Gegen diese Forderungen wurden vielfache Klagen und Einwendungen laut, die Stände wiesen auf die Auslagen der früheren Jahre hin, die noch nicht gedeckt seien, auf die Zahlungen, zu denen sie sich bei der Entlassung der Truppen verpflichtet hätten und erklärten sich ausser Stande auf die kaiserlichen Forderungen einzugehen. Sie erboten sich nur zur Zahlung von 400000 Thalern innerhalb der nächsten zwei Jahre; 70000 Thaler wollten sie zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen während der drei folgenden Jahre beisteuern und die verlangte Biersteuer gleichfalls während dreier Jahre bewilligen.***) Am Kaiserhofe gab man sich mit diesem Anbot zufrieden, da der Kurfürst damit einverstanden war und seine Entscheidung massgebend wirkte. In Wien beeilte man sich nicht von der neugewonnen Gewalt Gebrauch zu machen, sondern überliess dem Kurfürsten die Besetzung aller Aemter im Lande und bethätigte auch darin die so vielfach von uns angedeutete Lässigkeit. Man war in Wien nur scharf und streng, wo man die Protestanten unterdrücken oder Güter

---

*) Ebenda. Kursachsen an den Oberamtsverwalter in Schlesien dd. $\frac{24. \text{Oct.}}{3. \text{Nov.}}$ 1621.

**) Ebenda. Kaiserl. Proposition den Fürsten und Ständen von Schlesien vorgelegt.

***) Sächs. StA. Antwort der Fürsten und Stände dd. 18. Nov. 1621.

konfisciren konnte, für alle übrigen Aufgaben der Regierung und für die Heranbildung eines verlässlichen Beamtenstandes hatte man kein Verständniss.*)

Die Zustände in Schlesien waren trotz der anscheinenden Pacification im höchsten Grade bedenklich. Man überbot sich in Prophezeiungen von dem nahen Ende des kaiserlichen Regiments, trotz alledem würde sich aber die Aufregung gelegt haben, wenn nicht eine Gefahr von dem Kriegsvolk des Markgrafen von Jägerndorf gedroht hätte, das während der nikolsburger Friedensverhandlungen in der Gegend von Olmütz einquartiert war. Es stand zu befürchten, dass dasselbe sich zu verzweiflungsvollen Räubereien hinreissen lassen werde, weil man, wie wir erwähnten, gar nichts bezüglich der Auszahlung seiner hohen Soldrückstände bestimmte. Um von vornherein der Gefahr zu begegnen, bemühte sich der Erzherzog Karl die schlesischen und sächsischen Truppen zu einem Angriff auf die Jägerndorfer zu bewegen**), allein seine Bemühungen waren von keinem Erfolg begleitet. Hannibal von Dohna glaubte auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen mit dem Kriegsvolk besser zum Ziele zu gelangen und erbat sich zu diesem Zwecke die nöthigen Vollmachten, die der Erzherzog gern ertheilte. Er bot für die Niederlegung der Waffen denjenigen Sold an, den die schlesischen Stände für die frühere Dienstzeit schuldig geblieben seien,***) allein die markgräflichen Offiziere erhoben so exorbitante Forderungen, dass sie selbst dem sächsischen Obersten Bodenhausen übertrieben erschienen und er sich jetzt im Einverständnisse mit Dohna zu einem Angriff entschloss. Die feindlichen Truppen hatten sich in das Fürstenthum Troppau gezogen und dort in mehreren Städten ihr Quartier aufgeschlagen; Bodenhausen und Dohna vereinigten demnach ihre Streitkräfte in Troppau, griffen das in der Nähe liegende Wagstadt an und zwangen die Besatzung zur Capitulation gegen freien Abzug.

*) Die Nachweise für unsere Angaben und Behauptungen finden sich in den Correspondenzen des sächs. StA.s namentlich in der Location 9188, IV.

**) Sächs. StA. Kaspar von Stadion an Erzherzog Leopold dd. 9. Jan. 1622.

***) Ebenda. Hannibal von Dohna an Erzh. Karl dd. 12. Januar 1622. — Ebenda. Instruction Erzh. Karls dd. 20. Jan. 1622.

Einem gleichen Schicksale erlagen auch die in der Stadt Oder einquartirten sieben Compagnien und nun dachten auch die übrigen an keinen Widerstand mehr, sondern erboten sich Schlesien zu räumen, wenn ihnen freier Abzug gewährt würde. Dieser Erfolg war in fünf Tagen errungen worden, 40 Compagnien, theils Fussvolk, theils Reiterei hatten nach kaum nennenswerthem Widerstande das Feld geräumt und zwar ohne einen Heller für ihre Soldforderungen erhalten zu haben. Nur der junge Graf Thurn schloss sich der Capitulation nicht an, sondern zog mit einigen Compagnien nach Glatz, wo er sich festsetzte, entschlossen diesen festen Platz gegen Jedermann zu vertheidigen. Hätte man dies voraus gewusst, so hätte man durch seine Frau, die in Wagstadt in die Hände Hannibals von Dohna gefallen war, auf ihn wirken und ihn durch Drohungen einschüchtern können, aber Dohna hatte dieses kostbare Pfand zum grössten Aerger Bodenhausens abziehen lassen.*)

An- fangs Febr. 1621

Die Eroberung von Glatz war jetzt das Ziel der kaiserlichen Wünsche, statt aber die eigenen Truppen dabei zu benützen, die doch seit dem nikolsburger Frieden disponibel waren, schickte man einen Theil derselben in die Unterpfalz und verwendete den Rest zur Einschliessung der noch nicht eingenommenen festen Plätze in Böhmen. Das Kriegsvolk der schlesischen Stände eignete sich zu wenig zu einer Belagerung, die einige militärische Kenntnisse erforderte und so musste man seine Hoffnungen allein auf die sächsische Armee setzen. Der Kurfürst erliess in der That die nöthigen Befehle an den Obercommandanten seiner Truppen, den Grafen Wolf von Mansfeld, der ihnen jedoch nur dann Folge leisten wollte, wenn die schlesischen Stände für den nöthigen Proviant aufkommen würden. Diese Zumuthung lehnte der Oberhauptmann von Schlesien ab, weil ihn die Belagerung nichts angehe, da Glatz jetzt zu Böhmen gehöre.**) Unterdessen berechnete man auf sächsischer Seite, wie viel Truppen und Kriegsmaterial man zu dieser Unter-

*) Sächs. StA. Bodenhausen an Kursachsen dd. $\frac{25.\ \text{Jan.}}{3.\ \text{Febr.}}$ 1622. — Ebend. Obsidium Glacense.

**) Die betreffende Correspondenz im sächsischen Staatsarchiv.

nehmung brauchen würde und glaubte mindestens 2000 Mann Fussvolk, fünf Reitercompagnien und 23 Geschütze aufbieten zu müssen.*) Wolf von Mansfeld suchte Anfangs April Glatz durch einen Handstreich zu gewinnen, er griff die Vorstadt an, die er eroberte und plündern liess,**) aber die Festung selbst konnte er nicht einnehmen und so zog er sich wieder zurück. Er fand auch keine Zeit, umfassendere Vorbereitungen für die Belagerung zu treffen, denn der Kurfürst, der damals einen Angriff des Halberstädters befürchtete, gab seinen Truppen den Befehl, Schlesien aufs schleunigste zu räumen und so blieb Glatz vorderhand von den Schrecken der Belagerung verschont.***) 1622

Auf kaiserlicher Seite musste man jetzt nicht bloss daran denken, die Belagerung mit eigenen Kräften zu unternehmen, man musste auch mehrere Städte in Schlesien nach dem Abzug der sächsischen Truppen mit den nothwendigen Garnisonen versehen. Die Entscheidung in diesen Angelegenheiten überliess der Erzherzog Karl dem Hannibal von Dohna, einem Menschen, der nach dem Urtheil des sächsischen Obersten Bodenhausen, in militärischen Dingen vollständig unfähig war und dem Obersten Albrecht von Waldstein, der jetzt auf dem Kriegsschauplatze eine hervorragendere Rolle zu spielen begann.†) So viel wir wissen, unterzog sich nur der letztere seiner Aufgabe, aber so langsam, dass der junge Thurn von Glatz aus ununterbrochen Ausfälle machen und die Städte und Dörfer Meilen weit in der Runde plündern konnte. Von einer Belagerung war also keine Rede und erst im Juli, als der durch Thurn angerichtete Schaden zu gross wurde, entschloss man sich drei Regimenter Fussvolk und etwas Reiterei zur Belagerung auszurüsten.††) Im August machte man sich endlich mit Ernst daran die Stadt einzu- 1622 1622

*) Die Obersten Goldstein und Krahen an Kursachsen dd. 1./11. März 1622. Sächs. StA.

**) Sächs. StA. Wolf von Mansfeld an Kursachsen dd. $\frac{\text{28. März}}{\text{7. April}}$ 1622.

***) Ebenda Kursachsen an Ferdinand dd. $\frac{\text{27. März}}{\text{6. April}}$ 1622. — Kursachsen an Wolf von Mansfeld dd. 8./18. April 1622 und andere Schreiben.

†) Sächs. StA. Erzherzog Karl an Wolf von Mansfeld dd. 15. Mai 1622.

††) Skála V, 229.

schliessen, die Belagerten suchten sich zwar durch unvermuthete Ausfälle ihrer Feinde zu erwehren und tödteten einmal an 600 ihrer Gegner, allein da ihnen der Proviant zu mangeln begann, so mussten sie sich zur Capitulation entschliessen. Die Bedingungen, die ihnen angeboten wurden, waren ebenso ehrenvoll für die Besatzung wie für die Bürgerschaft, jeder durfte sich ungehindert mit seiner Habe entfernen, die Bürger durften ihren Besitz verkaufen, wenn sie auswandern wollten und allen Zurückbleibenden wurde die Freiheit des Bekenntnisses gewährleistet, Glatz also in derselben Weise behandelt wie Schlesien. Am 25. October war man über die verschiedenen Bedingungen einig geworden und drei Tage später zog die Besatzung, etwa 1500 Mann ab, begleitet von 2000 kaiserlichen Soldaten, die ihnen bis an die Grenze von Schlesien das Geleite gaben. Wir fügen hinzu, dass die Bedingungen der Uebergabe von den Kaiserlichen später nicht eingehalten wurden, die Protestanten wurden vertrieben und das ganze Gebiet von Glatz unterlag, mit Ausnahme der Confiscation, derselben Behandlung wie Böhmen.*)

1622

*) Skála V, 235.

Sechstes Kapitel.

Der Krieg in der unteren Pfalz und in den benachbarten Gegenden.

I Erzherzog Albrecht und seine Gemahlin. Der Waffenstillstand in der unteren Pfalz nimmt ein Ende. Operationen der spanischen Armee Belagerung von Frankenthal. Einmarsch Mansfelds in die untere Pfalz. Cordova vereint sich mit Tilly. Sie rücken gegen Heidelberg vor. Cordova trennt sich von Tilly und verfolgt den Grafen Mansfeld auf das linke Rheinufer. Deidesheim. Cordova bezieht die Winterquartiere. Mansfeld vor Elsass-Zabern. Strassburgs Haltung gegen die kriegführenden Parteien.

II Achatz von Dohna in Kopenhagen. Seine Werbungen im Auftrag des Pfalzgrafen. Christian von Halberstadt und seine frühere Entwicklung. Er schliesst sich der Sache des Pfalzgrafen an. Seine Antwort auf eine kaiserliche Mahnung. Seine Rüstungen. Das Treffen bei Kittorf. Des Halberstädters Einfall in das Stift Paderborn. Er beutet das Stift nach allen Richtungen aus. Der Markgraf von Baden. Sein Streit mit den Erben Eduards. Seine Rüstungen. Bemühungen des Erzherzogs Leopold ihn von den Feinden des Kaisers abzuziehen. Der Markgraf dankt zu Gunsten seines Sohnes ab.

III Friedrichs Haltung im Spätsommer des Jahres 1621. Jakobs Schreiben an Philipp IV und Ferdinand II. Berathungen des Kaisers mit Maximilian von Baiern bezüglich der Antwort. Friedrich schickt seinem Schwiegervater die aufgefangenen kaiserlichen Briefe zu. Massregeln Jakobs. Sein Zerwürfniss mit dem Unterhause. Friedrich sendet Gesandte nach Dänemark, Nord- und Süddeutschland und Frankreich. Der Kurfürst von Brandenburg. Die päpstliche Hilfe für den Kaiser und die Liga. Gesammtstärke der beiderseitigen Streitkräfte.

IV Der Pfalzgraf reist zu Mansfeld. Die Verhandlungen der Infantin mit Mansfeld. Der Kampf bei Mingolsheim. Die Schlacht bei Wimpfen und ihre Folgen. Mansfeld und Erzherzog Leopold bei Hagenau. Mansfeld in Darmstadt. Gefangennahme des Landgrafen Ludwig. Christian von Halberstadt von Tilly bei Höchst geschlagen. Freigebung Ludwigs von Darmstadt· Der Pfalzgraf entlässt Mansfeld und Christian von Halberstadt aus seinen Diensten. Mansfeld rückt durch Lothringen nach Frankreich. Er zieht darauf in die spanischen Niederlande. Schlacht bei Fleurus. Die Spanier und Holländer im Kriege. Die Belagerung von Bergen op Zoom.

I

Da durch den Frieden von Nikolsburg die kaiserlichen Streitkräfte frei geworden waren, konnte man sich auf katholischer Seite der Hoffnung hingeben, dass man den Kampf jetzt ener-

gischer aufnehmen, Glatz bald erobern und den Krieg in der unteren Pfalz rasch zu Ende führen würde. Statt dessen währte es noch lange bis Glatz bezwungen wurde und der Krieg in der Unterpfalz nahm nach Raum und Zeit solche Dimensionen an, dass Streitkräfte aufgeboten werden mussten, welche die im böhmischen Feldzug verwendeten weit übertrafen.

1621 Als Ferdinand am 6. Juli dem Herzog Maximilian den Auftrag gab in die Oberpfalz einzurücken, versprach er auch für die Kündigung des Waffenstillstandes in der untern Pfalz Sorge tragen zu wollen.*) In der That hatte er schon Tags vorher an den Erzherzog Albrecht geschrieben und ihn beauftragt zum Angriff überzugehen, sobald er von dem Marsche Maximilians Kunde erhalten haben würde.**) Der letztere hatte sich schon einige Tage früher selbst an den Erzherzog mit einer Bitte gewendet, die weiter gieng, als die des Kaisers; er bat ihn nämlich den Krieg in der Unterpfalz gleichzeitig mit dem in der Oberpfalz zu beginnen, damit dem Gegner keine Frist gestattet würde.***) Erzherzog Albrecht konnte aber diesen Bitten und Befehlen nicht mehr nachkommen, denn er starb am 13. Juli 1621.

Nach dem Tode des Erzherzogs übernahm seine Gemahlin Isabella die Regierung und überraschte alle Welt durch ihre eingehende Geschäftskenntniss. Man wusste zwar von ihr, dass sie die Vertraute ihres Vaters Philipps II gewesen sei und dass dieser ihr alle Angelegenheiten seines weiten Reiches mitgetheilt habe, aber von dem Augenblicke an, wo sie mit ihrem Gemahl ihre Residenz in Brüssel aufschlug, enthielt sie sich jedes sichtlichen Einflusses auf die Geschäfte und deshalb traute man ihr keine besondere Kenntniss derselben zu. Thatsächlich war sie aber die stete Rathgeberin ihres Gatten gewesen, der sie nie besuchte, ohne zahlreiche Papiere mitzuschleppen, die er ihr vorlegte und über die er ihre Meinung einholte. Wir wollen deshalb nicht behaupten, dass sie besondere Herrschertalente besessen habe, sondern nur andeuten, dass sie über eine gewisse

*) Ferd. an Max. dd. 6. Juli 1621. Wiener StA.

**) Ebend. Ferd. an den Erzherzog Albrecht dd. 5. Juli 1621.

***) Münchner StA. Max. an Albrecht dd. 29. Juni 1621.

Sachkenntniss verfügte, als sie in die Nothwendigkeit versetzt wurde, das Regiment selbständig zu führen.*) Von der Rücksicht, die der friedfertige Albrecht gegen die englischen Wünsche an den Tag gelegt hatte, scheint sie nicht mehr beeinflusst gewesen zu sein, denn sie widerstrebte nicht den Weisungen des Kaisers und theilte ihm mit, dass sie den Waffenstillstand in der Unterpfalz kündigen werde, sobald ihr die Nachricht von dem Angriff auf die Oberpfalz zugekommen sein würde.**).

30. Juli 1621

Das Commando über die spanischen Truppen in der Unterpfalz war mittlerweile in die Hände des Generals Cordova gelegt worden, da Spinola mit dem Oberbefehl über das Heer betraut wurde, das die Holländer, denen der im Jahre 1609 abgeschlossene Waffenstillstand auf ausdrückliche Weisung Philipps IV gekündigt worden war, bekämpfen sollte. Cordova suchte den Zeitpunkt, in dem er zum Angriffe übergehen sollte, zu beschleunigen, da er das feindliche Heer, das um diese Zeit nicht mehr als 7000 Mann zählte und als dessen Führer wir den englischen Obersten Vere ansehen müssen, rasch zu besiegen hoffte. Ob es wahr ist, was ein kundiger Zeitgenosse berichtet,***) dass er auch von dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen von Hessen gemahnt wurde zum Angriff überzugehen, lassen wir dahingestellt, jedenfalls wird diese Angabe durch die sonstige zwar kaiserfreundliche aber friedfertige Haltung dieser beiden Fürsten nicht bestätigt. Gewiss ist nur, dass Cordova eine vertraute Person an Spinola schickte, um ihn von der Nothwendigkeit einer Wiederaufnahme des Kampfes zu überzeugen und die entsprechenden Weisungen von ihm zu erlangen. Der letztere, der damals bei Wesel die Holländer beobachtete, war mit dem Wunsche Cordova's einverstanden, schickte aber den Boten nach Brüssel, damit die Infantin die letzte Entscheidung treffe. Welcher Art dieselbe war, ob die Infantin der Weisung des Kaisers folgte, oder ob sie den General Cordova zum unmittelbaren Angriff aufforderte, ist uns nicht bekannt. War das erstere der Fall, so würde die Waffenruhe in der Unterpfalz erst in der zweiten Hälfte Septembers

*) Ibarra: La Guerra del Palatinado.

**) Wiener StA. Isabella an Ferd. dd. 30. Juli 1621.

***) So berichtet Diego de Ibarra in der Guerra del Palatinado.

ein Ende genommen haben, da Maximilian erst am 12. dieses Monats in die Oberpfalz einrückte, ja der Kampf wäre vielleicht ganz unterblieben, da der Kaiser den Vorstellungen Digby's Rechnung trug *) und die Infantin um Gewährung der Waffenruhe ersuchte, im Falle dies seinen Interessen nicht abträglich wäre. Allein bevor noch eine oder die andere Weisung bei Cordova anlangte, waren die Würfel des Krieges schon gefallen und der Kampf in der Unterpfalz von neuem ausgebrochen.**)

5. August 1621

Die Schuld an dem Wiederausbruche der Feindseligkeiten trug die pfälzische Partei. Zu ihrer Entschuldigung wird berichtet, dass die pfalzgräflichen Truppen die grösste Noth litten, und deshalb in einige dem Bischof von Speier gehörige Ortschaften eindrangen, um sich die nöthigen Lebensmittel zu verschaffen.***) Wie sehr auch der Hunger im Krieg einen Angriff entschuldigen mag, hier hätte man um jeden Preis die eigenen Hilfsmittel ausnützen sollen, weil man sonst den zahlreichern Spaniern die Waffen zum Gegenangriff bot. In der That nahm Cordova sobald er von diesem Ueberfall hörte, die Gelegenheit wahr und liess sich nicht bloss den Schutz der speirischen Besitzungen angelegen sein, sondern ging zum Angriff über, indem er das in unmittelbarer Nähe des Rheins gelegene Schloss Stein überfiel und in seine Gewalt brachte. Der Verlust dieses Platzes erschreckte die Anhänger des Pfalzgrafen, weil die Spanier dadurch einen Stützpunkt am rechten Rheinufer gewannen und deshalb bemühte sich der tüchtige Obentraut ihn zurückzuerobern, allein seine Anstrengungen waren vergeblich, da die Spanier sich durch rasch angelegte Schanzen gesichert hatten. Welchen unersetzlichen Nachtheil der übereilte Angriff der Sache des Pfalzgrafen zufügte, ersehen wir daraus, dass der Kaiser, der von den Vorgängen in der Unterpfalz noch keine bestimmte Nachricht erhalten hatte, gedrängt von Digby am 11. September der Infantin geradezu auftrug den Waffenstillstand einzuhalten, wenn nicht besondere Umstände dies unmöglich machen sollten.†)

25. August 1621

1621

*) Wiener StA. Ferdinand an Isabella dd. 5. Aug. 1621.

**) Ibarra berichtet ausdrücklich, dass Cordova noch nicht die Antwort auf seine Frage erhalten hatte, als der Krieg schon wieder begann.

***) Theatrum Europaeum. — La guerra del Palatinado von Ibarra.

†) Münchner StA. Ferd. an Isabella dd. 11. Sept. 1621.

Diese Umstände waren durch den Ueberfall der bischöflichen Besitzungen eingetreten und der Kaiser war entschuldigt, wenn er gegen den Pfalzgrafen keine Schonung übte.

Im spanischen Hauptquartier erörterte man jetzt die Frage, ob man den weiteren Angriff auf Frankenthal oder Mannheim richten solle: beide Unternehmungen waren von Gefahren bedroht, so lange die feindliche Armee nicht geschlagen war, da man seit dem Abzuge Spinola's nur über 11000 Mann gebot. Nach Erwägung von mancherlei Umständen entschied sich Cordova für den Angriff auf Frankenthal, begegnete dabei aber Schwierigkeiten, die er Anfangs nicht vermuthet hatte; er schob daher vorläufig die Belagerung auf und beschloss zuerst die im Felde stehende pfälzische Armee, die bei Bürstadt und Hofheim lagerte, anzugreifen. Der Beschluss wurde am 22. September 1621 ausgeführt, es kam aber zu keinem bedeutenden Gefecht, da die Spanier sich nicht weit vorwagten, weil sie befürchteten, dass sie beim Angriff aus verdeckten Schanzen beschossen werden könnten. Am Abend nach dem Gefecht zog sich Vere in aller Eile zurück und schlug den Weg nach Mannheim ein. Aus späteren Nachrichten erfuhren die Spanier, dass die Feinde ihr Fussvolk in Mannheim, Frankenthal und Heidelberg, ihre Cavallerie aber in Ladenburg einquartierten und so auf eine Action im freien Feld verzichteten.

Noch am 22. September Abends wurde ein neuer Kriegsrath 1621 im spanischen Hauptquartier abgehalten, in dem Cordova sich für den Angriff auf Kaiserslautern entschied, um das Gebiet aus dem er sich verproviantiren konnte, zu erweitern. Er leitete die Action dadurch ein, dass er sich mit dem Gros seiner Truppen bei Dürkheim aufstellte, um zu verhindern, dass der Feind von Frankenthal oder Mannheim her Kaiserslautern zu Hilfe komme und schickte dann gegen diese Stadt 3000 Mann, die den Marsch am 1. October antraten und der Besatzung 1621 bereits am 3. zur Uebergabe zwangen. Einige Tage früher hatten sich die Spanier auch verschiedener Plätze auf der Bergstrasse, darunter des Schlosses Starkenburg bemächtigt, wenn nun auch Frankenthal und Mannheim in ihre Gewalt fielen, so war Heidelberg nicht länger zu halten und die ganze Unterpfalz war erobert. Cordova war entschlossen diesen Erfolg

herbeizuführen, da ihm der Feind keine Furcht einflösste und der Herzog von Baiern ihm überdies seine Hilfe in Aussicht stellte, weil er eben die Oberpfalz unter seine Botmässigkeit gebracht hatte und mit Mansfeld über die Entlassung seines Volkes verhandelte.*) Bei so günstigen Aussichten säumte der spanische General nicht länger mit seinem Angriff auf Frankenthal. Nachdem er die Lage der Stadt recognoscirt, für die Herrichtung eines Lagers Sorge getragen und einzelne Schwierigkeiten bewältigt hatte, liess er Laufgräben ziehen und begann die Belagerung am 8. October in ernstlicher Weise. Aber auch die Belagerten waren nicht müssig; vom ersten Tage der Einschliessung an suchte die Besatzung, die gegen 1200 Mann grösstentheils Engländer zählte und über die nöthige Artillerie verfügte, die Belagerungsarbeiten zu stören und lieferte den Spaniern Tag für Tag mehr oder weniger blutige Gefechte. Bei ihren Anstrengungen wurde sie von der Bürgerschaft muthig unterstützt, die Bürger besserten nicht bloss den gemachten Schaden an den Befestigungen aus, sondern führten neue Verschanzungen auf und betheiligten sich opferwillig an der Vertheidigung des heimischen Herdes.

1621 (marginal)

1621 Am 14. October bemerkte Cordova, dass sich eine feindliche Truppenabtheilung der Stadt auf der Rheinbrücke nähere, offenbar um in Frankenthal einzudringen und so traf er Anstalten um dies zu verhindern. Da er am folgenden Tage die Nachricht bekam, dass sich die Verhandlungen mit Mansfeld zerschlagen hatten und dass dieser nach der unteren Pfalz vorrücke, so beschloss er seine Anstrengungen zu verdoppeln, um die Stadt so bald als möglich in seine Gewalt zu bekommen. Zu diesem Ende richtete er am 16. October seinen Angriff gegen zwei Redouten, die die Frankenthaler ausserhalb ihrer Stadt aufgeführt hatten; die eine wurde erstürmt und behauptet, während die andere wieder aufgegeben werden musste und erst am folgenden Tage erobert werden konnte. Die gewonnenen Redouten benützte der General zur Aufstellung einer neuen Batterie, von der aus er die Stadt mit Feuerkugeln in der Schwere von 80 Pfund beschoss. Am 19. October erhielt er die Nachricht, dass Mansfeld

*) Ibarra a. a. O.

mit 400 Reitern und 1500 Fussknechten heranziehe und dass ihm die übrigen Truppen folgen. Nun galt es gegen den neuen Feind Front zu machen, wenn das Unternehmen zu Ende geführt werden sollte, und zu diesem Ende liess Cordova die spanischen Garnisonen aus einigen benachbarten Städten herausrücken und formirte aus ihnen rasch eine Truppe von 3000 Fussknechten sammt der nöthigen Cavallerie, welche er zwischen Lambsheim und Lampertheim aufstellte, damit sie die allfälligen Angriffe Mansfelds zurückweise und so Störungen in der Fortführung der Belagerung verhüte. Einige seiner Offiziere waren der Meinung, dass er seinen Zweck besser erreichen würde, wenn er die Rheinbrücke bei Mannheim, über die Mansfeld marschiren musste, zerstöre. Diese Meinung fand Anklang und Cordova ertheilte seinen Offizieren die betreffenden Befehle, widerrief dieselben aber im letzten Augenblicke, wahrscheinlich weil er fürchtete, dass die Schanze, die die Gegner vor der Brücke angelegt hatten, nur mit grossen Opfern erstürmt werden könnte. Er suchte deshalb die Belagerung so viel als möglich zu beschleunigen, da er aber am 28. October die Nachricht bekam, dass Mansfeld 1621 in Mannheim angelangt sei und mit den Truppen, die er in der unteren Pfalz an sich gezogen habe, ihm an Stärke überlegen sei, so berief er einen Kriegsrath, in dem beschlossen wurde, die Belagerung abzubrechen und sich nach dem festen Stein zurückzuziehen. Dieser Beschluss wurde am folgenden Tage nicht ohne bedeutende Verluste durchgeführt, denn da man in der Eile versäumt hatte, einer Truppe den Befehl, die Laufgräben zu verlassen, rechtzeitig zukommen zu lassen, so wurde diese von dem aufmerksamen Feinde überfallen und niedergemacht. Das Gros setzte indessen seinen Rückzug nach Stein unbelästigt fort, übernachtete dort und marschirte am folgenden Tage weiter in der Richtung nach Oppenheim, in dessen Nähe Cordova vorläufig sein Lager aufschlug. Zu spät vernahm er jetzt, dass Tilly mit den Ligisten im Anzuge sei und dass, wenn er bei Frankenthal geblieben wäre, er vielleicht mit dem ligistischen General einen combinirten Angriff auf Mansfeld hätte unternehmen können.

In dem Augenblicke, wo Mansfeld dem Drängen Digby's nachgab und seine Unterhandlungen mit Maximilian nur zum Scheine fortführte, um sie später vollends abzubrechen, hatte er

den Entschluss gefasst, den Marsch nach der unteren Pfalz anzutreten und sich mit den dortigen pfalzgräflichen Truppen zu verbinden. Er konnte zwar gewiss sein, dass ihm Tilly folgen, sich mit den Spaniern verbinden und ihn vielleicht in eine weit schlimmere Lage versetzen werde, als die war, welcher er jetzt zu entgehen suchte, allein wenn er die Waffen nicht niederlegen wollte, musste er dieser Gefahr kühn ins Angesicht sehen. Mancherlei Gründe liessen ihm das Wagniss minder gefährlich erscheinen: der Winter war im Anzuge, der damals mehr als heutzutage alle kriegerischen Operationen lähmte, auch der breite Rheinstrom erschwerte dieselben, da der schwächere Theil durch einen raschen Wechsel des Ufers selbst überlegenen Streitkräften gewachsen war und zudem bemühte sich der Pfalzgraf, wie wir berichten werden, um neue Allianzen, die im Frühjahre dem Kriege eine andere Wendung geben konnten. Es handelte sich also nur darum, Zeit zu gewinnen und in dieser Beziehung zeigte Mansfeld auch diesmal seine Meisterschaft. Auf dem Marsche nach der Unterpfalz unterstützte ihn die Bürgerschaft von Nürnberg freiwillig mit den nöthigen Lebensmitteln, um so der gewaltsamen Contributionirung zu entgehen. Er musste sich damit begnügen, da er den Anmarsch Tilly's befürchtete und deshalb seine Zeit nicht mit der Beraubung des nürnberger Gebietes versplittern durfte. Nürnberg, statt für diesen ihm von Tilly erwiesenen Dienst dankbar zu sein, beklagte sich später bei dem Kaiser über den Schaden, den ihm der Durchmarsch der Ligisten verursacht habe und lehnte mit Entrüstung eine Forderung des Herzogs Maximilians ab, der einen Beitrag zu den durch den Krieg verursachten Kosten verlangte.*) — Auf dem weitern Marsch berührte Mansfeld eine Reihe wohlhabender Städte, die vom Kriege noch nicht gelitten hatten und da er jetzt nicht fürchten musste, dass ihm Tilly auf dem Fusse folge, so brandschatzte er mehrere derselben und unter andern die Stadt Wimpfen, indem er zuerst 15000 Gulden von ihr verlangte und nach vielem Bitten und Verhandeln diese

*) Wiener Kriegsarchiv, Instruction Nürnbergs für den an Max. abzuordnenden Gesandten dd. 10./20. Oct. 1621.

Forderung auf 5000 ermässigte.*) Mit ungefähr 10000 Mann langte er in Mannheim an, wo sich ihm die Obersten Vere, Waldmanshausen, Merven, Landschad u. a. mit 7—8000 Mann anschlossen, mit denen vereint er seine Schritte nach Frankenthal lenkte.**) Die Stadt zahlte ihm bei seiner Ankunft 12000 Gulden. Er zog weiter nach Stein in der Absicht, die Spanier zu erreichen und zu schlagen, aber da diese sich beeilt und günstig gelegene Orte bezogen hatten, gab er den Angriff auf und wollte sich in Worms festsetzen, um sich die reichen Mittel dieser Stadt dienstbar zu machen. Dieser Absicht suchte der spanische General zu begegnen, indem er die Bürger von Worms zur Aufnahme einer Besatzung aufforderte, die ihnen keine Kosten verursachen, sondern pünktlich unterhalten werden würde. Die Aufforderung wurde zurückgewiesen; die Bürger nahmen zwar den Grafen Mansfeld auch nicht in ihre Mauern auf, aber sie unterstützten ihn mit einer Summe von 60000 oder nach andern Nachrichten von 100000 Gulden.***) Da es dem Grafen für sein Verbleiben in dieser Gegend an einem sichern Stützpunkt fehlte, so trennte er sich von den Truppen, die unter Vere's und der anderen Obersten Commando zu ihm gestossen waren, diese zogen sich wieder in ihre alten Quartiere zurück, er selbst verfügte sich in den am rechten Rheinufer gelegenen Theil des Bisthums Speier und brandschatzte denselben in herkömmlicher Weise. Seine Erfolge theilte er dem Pfalzgrafen mit, der, erfreut über die Aufhebung der Belagerung von Frankenthal, ihm jegliche Unterstützung versprach, ihm nicht nur erlaubte, über die 50000 Gulden zu verfügen, mit denen die Generalstaaten wieder seine Sache monatlich unterstützen wollten, sondern ihm auch die 30000 Pfund Sterling, zu deren Auszahlung sich Jakob im Monate November erboten hatte, zur Disposition stellte und ein gleiches mit einem Theil des Silbergeschirres that, das er wahrscheinlich aus Prag gerettet und an einem sichern Ort untergebracht hatte. Der Pfalzgraf verfügte noch über 30 Goldplatten, die er bei einem nürnberger Bürger aufgehoben hatte,

*) Wiener StA. Mansfeld an die Stadt Wimpfen dd. 12., 14., 22. October 1621. — Ebend. Wimpfen an den Kaiser dd. 19. Jan. 1622.

**) Theatrum Europaeum.

***) Sächs. StA. Ferdinand an Cordova dd. 16. Novemb. 1621.

aber diese wollte er zur Zeit noch nicht verwenden. Zum Schlusse seines Schreibens vertröstete er den Grafen auf baldige Hilfe aus Norddeutschland und ermahnte ihn zur Eintracht mit Vere.*)

Seit dem Abzuge Mansfelds aus der Oberpfalz hätte eigentlich Maximilian seine Aufgabe als gelöst ansehen können, da der Kaiser ihn nur zur Besetzung dieses Theiles der pfälzischen Besitzungen aufgefordert hatte. Als er aber merkte, dass er von Mansfeld überlistet worden sei und dieser seinen Zug nach der unteren Pfalz angetreten habe, säumte er nicht, seine Commission, die auf die Verfolgung des Mansfelders lautete, auch auf diesen Theil der pfalzgräflichen Besitzungen auszudehnen und seinem Generallieutenant den Befehl zu geben, dahin vorzurücken: er traf so selbständig eine Entscheidung, die der Kaiser nachträglich guthiess.**) Die Spanier erhoben später den Vorwurf gegen Maximilian, dass er diesen Befehl zu spät ertheilt habe, da sonst der Graf Mansfeld auf dem Marsche nach der Unterpfalz hätte erdrückt werden können; sie behaupteten, dass Maximilian nur deshalb gesäumt habe, um einen Grund zu haben, sich in der Unterpfalz festzusetzen und so alle Länder des Pfalzgrafen in seine Hand zu bekommen. Der Vorwurf, dass er absichtlich gesäumt habe, scheint uns, wenn wir die sonstigen Nachrichten zu Rathe ziehen, ungerechtfertigt, dass er aber gern die Gelegenheit benützte, um seinen Fuss nach der unteren Pfalz zu setzen, dürfte nach den Forderungen, die er bei Gelegenheit der Uebertragung der Kur an den Kaiser richtete, nicht zu bezweifeln sein.

Tilly, der zu spät mit seinen Truppen vorrückte und sonach wusste, dass ihm Mansfeld einen grossen Vorsprung abgewonnen hatte, liess vorläufig von seiner Verfolgung ab und richtete seine Schritte nach dem Gebiet des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, in der Absicht Cordova, falls er sich von Frankenthal zurückziehen würde, die Hand zu reichen und dann erst den Angriff auf Mansfeld und seine Verbündeten in

*) Münchner RA. Der Pfalzgraf an Mansfeld dd. 3./13. Decemb. 1621. — Ebenda, ein Brief des Pfalzgrafen dd. 15./25. Octob. 1621. — Ebenda. Jakob an Friedrich dd. 12/22. Novemb. 1621.

**) Wiener StA. Ferd. an Max. dd. 7. Dec. 1621.

der untern Pfalz zu unternehmen. Tilly verfügte über eine zahlreiche Artillerie, über 12000 Mann zu Fuss und über 26 Reiterkornete. Am 5. November schlug er in Dieburg, am folgenden Tage in Pfungstadt sein Hauptquartier auf und da mittlerweile 1500 Reiter von der spanischen Armee zu ihm stiessen, betrugen die Streitkräfte, über die er verfügte, an 16000 Mann.*) In dem nahegelegenen Gernsheim traf er mit Cordova zusammen und besprach sich mit ihm über die weiteren Operationen. Vereinten sich die beiden Feldherrn, so waren sie den Gegnern entschieden überlegen und würde es nach Tilly's Plan gegangen sein, so hätten sie ihre Ueberlegenheit rasch ausgebeutet. Allein Cordova richtete seine Aufmerksamkeit nicht allein auf die Unterpfalz, er fürchtete, dass der Landgraf von Hessen-Kassel einen Handstreich gegen Bacharach unternehmen und seine Verbindung mit Flandern unterbrechen könnte und so beschäftigte er sich mehr mit der Abwendung dieser und anderer Gefahren, als mit einem neuen Angriffe. Die Berathung mit Tilly führte deshalb nicht zu der wünschenswerthen Uebereinstimmung. Tilly wollte, dass man die Belagerung von Heidelberg unternehmen und die im offenen Felde stehenden feindlichen Truppen, namentlich den Mansfelder, der sich durch neue Werbungen täglich verstärkte, angreifen solle, Cordova dagegen, dass man zuerst Worms wegen des dem Mansfelder geleisteten Beistandes züchtigen solle. Vergebens hob Tilly die Wichtigkeit von Heidelberg hervor, welcher Stadt er die Bedeutung von Prag beilegte und behauptete, dass aller Widerstand ein Ende nehmen würde, wenn man sich ihrer bemächtige. Cordova war vielleicht im Rechte, wenn er diesen Vergleich nicht zugeben wollte, der wahre Grund seines Widerstandes war aber nur der, dass er sich von seiner Operationsbasis nicht zu weit entfernen und namentlich nicht den Rhein und Neckar überschreiten wollte; es fehlte ihm mit einem Worte an Entschlossenheit. Doch gab er zuletzt nach und schloss sich dem ligistischen General an, als dieser den Marsch über die Bergstrasse antrat und so gegen Heidelberg zog.

1621

8. Nov. 1621

*) Sächs. StA. Bericht über den Zug Tilly's dd. $\frac{29.\ \text{Oct.}}{8.\ \text{Nov.}}$ 1621.

Auf dem Wege eroberte Tilly die Stadt Ladenburg und traf darauf die nöthigen Vorbereitungen zur Ueberbrückung des Neckars, welche Arbeit er um so mehr zu beschleunigen suchte, als er vernahm, dass sich unter den Gegnern Unordnungen zeigten und sie einem Angriffe nicht widerstehen würden. Schon hatte er mit seinem ganzen Heere und seiner Bagage den Neckar überschritten, als sich Cordova weigerte ihm zu folgen.*) Dieser war nur ungern auf das rechte Rheinufer gezogen, jetzt sollte er auch den Neckar überschreiten und so seine Rückzugslinie auf das äusserste gefährden, das wollte er um keinen Preis thun. Er verfügte sich also zu Tilly, stellte ihm vor, dass die Jahreszeit zu einer Belagerung allzu vorgerückt sei und dass man, da sich die pfälzischen Truppen in wohlbefestigten Orten einquartiert hätten, für den Winter von allen grösseren Unternehmungen absehen und sich darauf beschränken müsse, Mansfeld im Auge zu behalten. Er betonte dabei, dass die Execution in der untern Pfalz dem Könige von Spanien übertragen worden und Tilly mit seinen Truppen nur als Hilfe anzusehen sei, dass derselbe das Versäumniss, dessen er sich durch die Vernachlässigung Mansfelds schuldig gemacht, gut zu machen und ihm Folge zu leisten habe. Cordova glaubte nur in dem Falle sein Verbleiben auf dem rechten Rheinufer rechtfertigen zu können, wenn man Mansfeld dort fassen könnte, da dies aber nicht wahrscheinlich sei, weil derselbe ihnen ausweichen werde, so müsse er sich in eine gesicherte Stellung zurückziehen. Tilly bekämpfte diese Ansichten und brachte den spanischen General endlich so weit, dass er versprach bei Ladenburg zu bleiben, wenn Tilly dort eine gute Brücke errichten und sie durch die Anlage einer Schanze befestigen würde, so dass der Uebergang über dieselbe jederzeit gesichert wäre. Gleichzeitig schickte er einen Bericht über diese Vorgänge an Spinola ab, erbat sich bestimmte Weisungen von ihm und erklärte, dass, wenn ihm die Entscheidung überlassen würde, er unverweilt über den Rhein zurückkehren werde. Als Tilly sich davon überzeugte, dass er nicht mit Sicherheit auf die Mitwirkung Cordova's rechnen könne, beschränkte er seine Operationen

*) Wiener StA. Tilly an Max. dd. 26. November 1621.

darauf, dass er sich in den Besitz der Neckarpässe von Heilbronn bis Mannheim zu setzen und so die Zufuhr von Lebensmitteln nach Heidelberg und Mannheim unmöglich zu machen suchte. Der winterlichen Jahreszeit wegen war er selbst um die Verproviantirung seines Heeres besorgt und vertheilte deshalb seine Cavallerie längs des nördlichen Zuges der Bergstrasse, dabei ersuchte er die Bischöfe von Mainz und Würzburg um die Bestellung der nöthigen Fuhren für seine Proviantcolonnen. Mit diesem Gesuche wurde er abgewiesen, da die Bischöfe nicht einsehen wollten, dass auch ein siegreicher Krieg weitere Opfer erheische.*)

Mittlerweile gelangte die Nachricht zu den verbündeten Feldherren, dass sich Mansfeld anschicke, den Rhein zu überschreiten, um den am linken Rheinufer gelegenen Theil des Bisthums Speier zu brandschatzen, und in der That legte er der Stadt Speier eine Contribution von 200000 Gulden auf, von der ihm jedoch wenig bezahlt worden sein dürfte.**) Der Zug Mansfelds auf das linke Rheinufer gab dem General Cordova Veranlassung zu erklären, dass auch er über den Rhein ziehen werde, theils um das Bisthum zu schützen, theils um auf diese Weise seinen Wunsch zu erfüllen und das Ufer zu wechseln. Tilly billigte diesmal seinen Entschluss, und gab ihm einen Theil seiner Truppen zu Hilfe. Am 27. November überschritt Cordova bei Stein an der Spitze von 4000 Mann Infanterie und 1000 Reitern den Rhein, ihm folgten 2000 Mann Infanterie und 1000 Reiter ligistischer Truppen, so dass er im Ganzen über 8000 Mann verfügte. Mit diesen glaubte er es auf einen Kampf mit Mansfeld ankommen lassen zu dürfen, allein sein Vertrauen schwand, als er die übrigens falsche Nachricht erhielt, dass Christian von Halberstadt, den der Pfalzgraf für sich gewonnen hatte, an der Spitze von 9000 Mann im Anzuge sei, und dass er von dem Landgrafen von Hessen-Kassel unterstützt und wahrscheinlich mit des letzteren Hilfe bei St. Goar den Rhein übersetzen werde. Der Kurfürst von Mainz und der Landgraf von Hessen-

1621

*) Wiener StA. Tilly an Max. dd. 26. Nov. 1621.

**) Sächs. StA. Der Landgraf von Hessen Darmstadt an Kursachsen dd. 19./29. Nov. 1621.

Darmstadt riefen schon ängstlich um Hilfe. Cordova wollte den Halberstädter an der Uebersetzung des Rheins hindern und betraute den Oberstwachtmeister Luis de Ville mit dieser Aufgabe, zu der er ihm 1700 Mann mitgab, eine jedenfalls zu geringe Anzahl, wenn der Halberstädter über die Truppenzahl verfügt hätte, die man ihm fälschlich zuschrieb.

Nachdem Cordova den Rhein überschritten hatte, erfuhr er, dass Mansfeld sein Hauptquartier in Deidesheim aufgeschlagen habe. Er war entschlossen ihn anzugreifen, fürchtete aber, dass ihm Mansfeld ausweichen und entweder bei Mannheim das Ufer wechseln oder sich nach Strassburg wenden, dort erst den Rhein übersetzen und so seine Angreifer zu einer noch grössern Verlängerung ihrer Operationslinie nöthigen werde. Da keine Zeit zu verlieren war, marschirte Cordova am 1. December gegen Deidesheim, aber ungeachtet dieser Eile hatte sich Mansfeld bereits zurückgezogen, nachdem er die Vertheidigung der genannten Stadt einer Truppenabtheilung übertragen hatte. Cordova griff Deidesheim an, liess Laufgräben ziehen und traf alle Massregeln zu einem raschen Erfolge, aber trotzdem behaupteten sich die Mansfelder. Die Spanier hofften den Widerstand besiegen zu können, da sie ihren Gegner im vollen Rückzuge auf Strassburg vermutheten, aber am 6. December wurden sie von grösseren Truppenabtheilungen angegriffen, die sie über die unmittelbare Nähe desselben nicht im Zweifel liessen. Es kam zu einem Zusammenstoss, in dem die Spanier sich tapfer behaupteten, so dass die Besatzung von Deidesheim schliesslich kapituliren und sich mit dem freien Abzuge begnügen musste. Mansfeld zog sich nach Germersheim zurück und schnitt damit dem spanischen General die Hoffnung auf weitere Erfolge ab, da dieser es bei der vorgerückten Jahreszeit für zu gefährlich hielt, sich einem so festen Platz wie Germersheim zu nähern. Cordova entschloss sich also die Winterquartiere zu beziehen, gab das kaum gewonnene Deidesheim wieder auf und trat am 10. December den Marsch gegen Worms an. Er würde sich gern mit Gewalt in dieser Stadt einquartiert haben, schon um sie wegen ihrer Hinneigung zu Mansfeld zu bestrafen, aber gewichtige Rücksichten verboten ihm dies. Worms war eine Reichsstadt, die sich mit den anderen Unionsfürsten von dem Pfalzgrafen losgesagt

1621 (margin, at "zu verlieren war")
1621 (margin, at "vermutheten")
1621 (margin, at "gewonnene Deidesheim")

hatte: wenn sie trotzdem angegriffen wurde, wiewohl sie durch die Unterstützung Mansfelds dazu Anlass geboten hatte, konnte dies die gewaltigste Aufregung ja vielleicht die Wiederaufrichtung der kaum aufgelösten Union zur Folge haben. Cordova nahm in diesem Falle mehr Rücksicht auf die den Spaniern feindliche Stimmung in Deutschland als der Kaiser selbst, denn von diesem wurde er so eben aufgefordert, Worms mit Gewalt zu besetzen. Statt dies zu thun, ersuchte er die Bürgerschaft um die freiwillige Aufnahme einer Besatzung, für deren Unterhalt er zu sorgen versprach; aber die Bürgerschaft schlug ihm auch jetzt diese Bitte ab, wie sie dies schon einmal gethan hatte. Cordova versuchte nun durch die Vermittlung des Kurfürsten von Mainz und des Landgrafen von Darmstadt zu diesem Ziele zu gelangen und da auch diese zu keinem Resultate führte, liess er sich in Oppenheim nieder und vertheilte sein Heer in die Winterquartiere. Von dort aus richtete er einen Bericht an die Infantin, in dem er sich gegen die bisherige Kriegsführung aussprach und entweder zu einer Vergrösserung der Armee, durch die man der Feinde Herr werden, oder aber zur Anknüpfung von Verhandlungen riet, durch die man mit heiler Haut aus dieser Sackgasse herauskommen könnte.*)

Dass Tilly während des Monats December den General Cordova nicht weiter unterstützte, hatte darin seinen Grund, dass er mit seinen Truppen die einzelnen am Neckar gelegenen Städte angriff und sie mit Ausnahme von Heidelberg und einem andern Orte eroberte. Seine Armee schwächte er nicht bloss durch die in die eroberten Plätze gelegten Besatzungen und durch die Hilfe, die er dem spanischen General gewährt hatte und die sich allmählig auf zwei Regimenter Fussvolk und sechs Reiterkornets, im Ganzen auf etwa 5000 Mann erstreckte, sondern auch durch die Absendung von ungefähr 4000 Mann theils Infanterie, theils Reiterei, die er dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt zuschickte, damit sie sich mit den neugeworbenen Truppen dieser Fürsten in

*) Sächs. StA. Ferdinand an Cordova dd. 16. Nov. 1621. — Wiener StA. Tilly berichtet an Max. dd. 26. Nov. 1621, dass er die Stadt Worms vergeblich um die Aufnahme einer Besatzung ersucht habe. — La guerra del Palatinado von Diego de Ibarra.

Verbindung setzen und dem heranziehenden Halberstädter entgegenstellen könnten. Mit dem Commando über diese Truppenabtheilung betraute er den Freiherrn von Anholt, der bei Aschaffenburg sein Hauptquartier aufschlug. Tilly hatte sich auf diese Weise so geschwächt, dass er eigentlich nichts nennenswerthes unternehmen konnte und dem Grafen Mansfeld gewiss unterlegen wäre, wenn sich dieser plötzlich auf das rechte Rheinufer geworfen hätte. Er erstattete dem Herzog Maximilian über alle diese Vorgänge Bericht und ermahnte ihn zur raschen Werbung einer grössern Reiterabtheilung, da er nur so dem Grafen Mansfeld begegnen und ihn zu Paaren treiben könnte. Maximilian wurde durch den Bericht Tilly's so geängstigt, dass er den Kaiser sofort ersuchte, nicht nur die Infantin zur Vermehrung ihrer Armee zu mahnen, sondern auch seine eigenen Truppen an den Rhein zu schicken, da sie bei dem bevorstehenden Friedensschlusse mit Bethlen ohnedies verfügbar wurden.*)

Mansfeld, der sich während der Winterszeit vor den Angriffen der Feinde gesichert sah, brandschatzte das von ihm besetzte Gebiet nach allen Richtungen; so nöthigte er z. B. die Stadt Hagenau zu grossen Zahlungen, mit denen er sich aber nicht begnügte, sondern die Stadt einnahm und in derselben schlimmer wirthschaftete als der ärgste Feind. Er richtete dann seine Schritte nach dem oberen Elsass, weil diese Gegend durch den Krieg noch nicht gelitten hatte und reiche Beute verhiess. Schon vor der Einnahme von Hagenau, als er noch bei Lauterburg stand, befürchtete die schweizer Eidgenossenschaft, dass die ihr nöthigen Getreidezufuhren aus dem Elsass unterbleiben würden und schickte deshalb (vielleicht unter dem Druck des Erzherzogs Leopold, der damals siegreich Graubündten bekriegte) eine Gesandtschaft an Mansfeld ab, durch die sie ihn ersuchte, nicht weiter gegen den Süden zu ziehen, da ihre Verproviantirung dadurch ins Stocken gerathen könnte. Mansfeld wies diese Forderung ab**)

---

*) Wiener StA. Tilly an Max. dd. 6. Decemb. 1621. — Ebenda. Max. an Ferdinand II dd. 18. Decemb. 1621.

**) Münchner StA. Zeitung aus Colmar dd. 16. Decemb. 1621. — Ebenda Recess des Grafen Mansfeld an die Abgesandten der Eidgenossenschaft dd. 17./27. Decemb. 1621.

und rückte nach der Einnahme von Hagenau gegen Elsass-Zabern vor um auch dieses zu plündern. Da sich jedoch die Zaberner entschlossen zur Wehr setzten, alle Angriffe zurückschlugen und die Belagerung, die schon zwölf Tage währte, wegen der steigenden Kälte kaum länger fortgesetzt werden konnte, so willigte er in einen Waffenstillstand und bot den Belagerten seinen Abzug an, wenn sie sich mit 100000 Philippsthalern auslösen würden. Allein diese erwiderten spöttisch, dass sie für dieses Geld lieber Pulver und Blei kaufen würden, und so sah er sich zum Auszuge gezwungen, weil der allfällige Gewinn in keinem Verhältnisse zu den Verlusten stand, die er erlitt.*) Sein Hauptquartier scheint er jetzt hauptsächlich in Hagenau aufgeschlagen zu haben, seine Truppen theilte er aber in verschiedene Streifcorps, die ihre Raubzüge bis in die südlichsten Theile des Elsasses unternahmen, unbekümmert darum, dass Erzherzog Leopold in den einzelnen Städten mehr oder weniger grosse Garnisonen unterhielt. Das gewonnene Geld benützte er zu neuen Werbungen, so dass sich sein Heer in den Monaten Januar und Februar täglich vergrösserte, auch im Stifte Paderborn liess er, wie wir erzählen werden, auf seine Rechnung zwei Regimenter werben. Von grösster Bedeutung für den weitern Erfolg seiner Unternehmungen war die Stellung, die die Stadt Strassburg einnehmen würde und deshalb war seine Aufmerksamkeit seit dem Monate Februar ununterbrochen auf die Gewinnung dieser Stadt gerichtet.

27. Dec. 1621

1622

Strassburg hatte bei den Verhandlungen der Unionsfürsten mit Spinola ihr Schicksal von dem des Pfalzgrafen getrennt, versäumte aber seitdem keine Gelegenheit, wenn sie das ohne Gefahr thun konnte, ihren Sympathien für ihn und seine Anhänger Ausdruck zu geben. So beschwerten sich die Strassburger im Verein mit den Ulmern bei dem Kaiser über die Bedrückungen, welchen die einzelnen Reichsstädte von dem ligistischen und spanischen Kriegsvolk während des Kampfes mit Mansfeld ausgesetzt seien**), sie gestatteten auch den mans-

*) Sächs. StA. Aus Strassburg dd. $\frac{\text{24. Dec. 1621.}}{\text{8. Jan. 1622.}}$

**) Wiener StA. Strassburg und Ulm an den Kaiser dd. $\frac{\text{29. Oct.}}{\text{8. Nov.}}$ 1621.

feldischen Hauptleuten und Soldaten den ungehinderten Zugang in ihre Stadt, erlaubten ihnen den Ankauf aller Gegenstände, deren sie bedurften und übernahmen als befreundete Banquiers die Auszahlung der 100000 Gulden, zu denen sich Hagenau verpflichtet hatte, während sie gleichzeitig gegen den Erzherzog Leopold jede Dienstleistung ablehnten, um die sie letzterer im Interesse der kaiserlichen Sache ersuchte. Leopold schickte deshalb den Wilhelm Peter von Landenburg als Gesandten an den Stadtrath ab und beschwerte sich nicht nur über den Vorschub, den die Stadt seinen Gegnern leiste, sondern verlangte auch eine bindende Erklärung, dass sie ihnen den Uebergang über die Rheinbrücke wehren und denselben allein seinen Truppen offen halten, sowie die Verpflegung der letzteren erleichtern werde.*) Diese Forderungen wurden zurückgewiesen, allein wenige Tage später stellte der Kaiser ein ähnliches Ansinnen an Strassburg und die übrigen Städte des schwäbischen Kreises. Er folgte hierin einer Aufforderung des Herzogs von Baiern und einem Gutachten seines Reichshofraths,**) die beide von der Annahme ausgingen, dass sich die benachbarten Reichsstände dem räuberischen Vorgehen Mansfelds zu widersetzen verpflichtet seien und dass sie einer kaiserlichen Aufforderung ungesäumt nachkommen würden. Der Kaiser hatte auch zu der mehr und mehr verrosteten Waffe gegriffen, indem 1622 er über Mansfeld am 4. Januar die Acht aussprach und sonach seine Verfolgung den Reichsfürsten zur Pflicht machte. Es zeigte sich jedoch, dass die kaiserlichen Mahnungen und Befehle ebensowenig fruchteten, wie die erzherzoglichen Bitten: Strassburg erklärte, dass es seine Neutralität zu Gunsten des Kaisers nicht aufgeben wolle und erging sich in Ausflüchten bezüglich des Vorschubs, den es den gegnerischen Truppen geleistet habe.

Mansfeld, der sich schon seit mehreren Wochen durch einzelne Unterhändler bemüht hatte, Strassburg auf seine Seite zu ziehen.

---

*) Ebenda. Antwort der Stadt Strassburg dem Gesandten des Erzherzogs gegeben dd. 7./17. Sept. 1621. — Ebenda. Instruction für Wilhelm von Landenburg dd. 13. Decemb. 1621.

**) Wiener StA. Gutachten des Reichshofraths dd. 20. Decemb. 1621. — Ebenda. Instruction für Rappoltenstein dd. 2. Januar 1622. — Ebenda Mandat Ferdinands dd. 4. Mai 1622.

ichtete am 2. März eine neue Botschaft an den Stadtrath und 1622 orderte ihn zur Allianz und zur Vertreibung einiger Gegner des Pfalzgrafen namentlich des Dr. Wolf auf. Zu dieser Feindseligkeit gegen den Kaiser wollte sich der Stadtrath nicht hinreissen lassen, und wies diese Aufforderung ebenso zurück, wie einige Tage später einen Bundesantrag, den der Pfalzgraf durch einen eigenen Boten hatte übermitteln lassen.*) Der Kaiser sah aber ein, dass er sich von den schwäbischen Fürsten und Ständen höchstens einer zweideutigen neutralen Haltung versehen könne und während er sie früher um ihren Anschluss ersuchte, wollte er sich jetzt mit ihrer Neutralität begnügen. Zu diesem Ende schickte er den Präsidenten des Reichshofraths, den Grafen von Hohenzollern, an Würtemberg und Baden, die beiden gefährlichsten Fürsten, und verlangte von ihnen die Abstellung der weiteren Werbungen, wodurch er deutlich zu verstehen gab, in welchem Verdachte er sie habe. Der Herzog von Würtemberg, der einige Zeit nicht recht wusste, wem er sich anschliessen solle, gab nach; der Markgraf dagegen arbeitete nur um so eifriger an der Vergrösserung seiner Truppenmacht.

22. Febr. 1622

II

Wir haben angedeutet, dass Mansfeld auf die Unterstützung des jugendlichen Bischofs von Halberstadt Christians von Braunschweig vertröstet wurde. Die Rüstungen, die von dem letzteren im Auftrage des Pfalzgrafen angestellt wurden, waren nur ein Ring in der Kette mannigfacher Vorbereitungen, durch die Friedrich trotz des seinem Schwiegervater gegebenen Versprechens sein Schicksal mit dem Schwerte in günstiger Weise gestalten wollte. In Folge seiner auf den Angriff gegen den Kaiser gerichteten Absichten hatte der Pfalzgraf, wie Digby berichtet, dem Grafen Mansfeld den Einmarsch in Böhmen anbefohlen und in der ersten Hälfte des Monats August den Herrn Achatz von Dohna zu dem König von Dänemark geschickt und ihn um Ueberlassung der für seinen Dienst geworbenen Truppen ersuchen lassen.

7. Aug. 1621

*) Die betreffenden Actenstücke im bairischen Staatsarchiv.

Der König hatte im Frühjahr, als er entschlossen war sich Friedrich anzuschliessen, 6000 Mann in der sicheren Erwartung geworben, dass sich ihm die Union und der König von England sammt den Generalstaaten zugesellen würden. Da aber die Union mit dem Kaiser Frieden schloss und der König von England von einem Kampfe nichts wissen wollte, so nahm auch die Bereitwilligkeit Christians IV ein Ende und er verabschiedete seine Truppen.*) Dohna berührte auf der Reise nach Kopenhagen Hamburg und traf da mit zahlreichen Hauptleuten des eben entlassenen Kriegsvolkes zusammen, die er nun eilig für den Dienst des Pfalzgrafen anwarb.**) Als er in Kopenhagen eintraf, erfreute er sich bei Christian einer günstigen und rücksichtsvollen Aufnahme; die erste Audienz dauerte sogar einen halben Tag, da der König den Gesandten zum Mahle einlud. An gutem Willen mangelte es Christian nicht und so fasste Dohna die Hoffnung, dass, wenn er auch dem Pfalzgrafen mit seinen Truppen nicht zu Hilfe kommen werde, da er sie bereits entlassen hatte, er doch die Anwerbung derselben für den Dienst Friedrichs fördern würde. Allein die schliessliche Antwort des Königs machte diesen Illusionen ein Ende, er wies darauf hin, dass er bei der Friedenssehnsucht des niedersächsischen Kreises nicht einmal sicher wäre, ob er sein Volk nach Süddeutschland bringen könnte und bemerkte mit Bitterkeit, dass ihm König Jakob seine Rüstungen verübelt habe, weil er damit die „friedliche Vermittlung" Englands verhindere.***) Er riet deshalb dem Pfalzgrafen zur Versöhnung mit dem Kaiser, wenn solche auch nicht „durch angenehme Mittel zu erlangen wäre," also Opfer gebracht werden müssten, von denen man am pfälzischen Hofe nichts wissen wollte. Vergebens suchte Dohna eine Aenderung dieser

3. Sept. 1621

*) Münchner StA. Antwort Christians IV dem Achas von Dohna gegeben dd. $\frac{\text{22. Aug.}}{\text{1. Sept.}}$ 1621.

**) Bericht über die Dohna'sche Werbung dd. 19./29. September 1621 im münchner StA.

***) Resolution Christians IV auf die Botschaft Dohna's dd. $\frac{\text{22. Aug.}}{\text{1. Sept.}}$ 1621. Münchner StA. — Ebenda. Achatz von Dohna an Friedrich dd. 5./15. Sept. 1621.

ede Unterstützung ablehnenden Beschlusses herbeizuführen, indem :r um ein Anlehen oder um die Förderung der von Christian ron Halberstadt beabsichtigten Werbungen bat, er bewirkte lamit nur, dass der König wegreiste, um den weitern Bitten iuszuweichen.*) So musste also Dohna unverrichteter Dinge ibziehen und in Hamburg seine Werbungen fortsetzen. Der Pfalzgraf suchte dieselben zu beschleunigen und berief einige Obersten zu sich nach Emerich, wo er im holländischen Lager weilte, um mit ihnen abzuschliessen, er unterhandelte auch nit Christian von Halberstadt wegen Anwerbung eines Reiter-:egiments. Allein aus Mangel an dem nöthigen Gelde gingen diese Werbungen nicht recht vorwärts und man war zu Ende September 1621 nicht weiter gediehen, als dass man neben dem Regiment des Halberstädters nur noch über 12 Compagnien zu Fuss und zwei Reitercompagnien verfügte. Alle diese Truppen wollte man damals nach der untern Pfalz dirigiren, wobei es allerdings fraglich war, ob sie auf diesem Marsch nicht dem nachstellenden Feinde unterliegen würden.

Herzog Christian von Braunschweig, bekannter in der Geschichte unter dem Namen Christian von Halberstadt oder „der Halberstädter“ schlechtweg, war der dritte Sohn jenes Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig, der im Jahre 1610 zwischen Kaiser Rudolf und König Mathias vermittelte und die Aussöhnung der entzweiten Brüder wiewohl vergeblich herbeizuführen suchte. Da Heinrich Julius schon als zweijähriger Knabe zum Bischof von Halberstadt gewählt worden war, so suchte er mit kaiserlicher Genehmigung das Bisthum seiner Familie zu erhalten und brachte später einen Vertrag mit dem Kapitel von Halberstadt zuwege, in dem sich dieses verpflichtete nach seinem Tode die bischöfliche Würde an einen seiner Söhne zu übertragen. Dieses Versprechen erfüllte das Kapitel, indem es mit Uebergehung des ältesten Sohnes Friedrich Ulrich, der dem Vater in der Regierung von Braunschweig folgte, nach einander zwei jüngere Söhne des Herzogs wählte und nach deren frühzeitigem Tode seine Wahl im Jahre 1616 auf

*) Ebenda. Zweite Schrift des Achatz von Dohna dd. 25. Aug./4. Sept. 1621.

Christian lenkte. Heinrich Julius hatte seinen Söhnen eine für jene Zeit sorgfältige und zum Theil gelehrte Erziehung zu Theil werden lassen, auf die Heranbildung eines tüchtigen, die eigenen Wünsche und Neigungen beherrschenden Charakters scheint jedoch der Vater weniger Gewicht gelegt zu haben. Denn gerade in der kritischen Zeit, in der der Knabe zum Jünglinge heranreift, entfremdete er sich der Sorge für seine Familie, indem er in Prag weilte, und überliess namentlich den jungen Christian nur gedungenen Lehrern. — Es bedurfte später mancher Opfer von Seite des jungen Herzogs von Braunschweig und seiner Mutter Elisabeth, einer Schwester des Königs von Dänemark, dass sich die Wahl des Kapitels thatsächlich auf den damals erst 17jährigen Christian lenkte und noch weiterer Opfer, dass er vom Kapitel zum Genusse der bischöflichen Güter zugelassen wurde. Bei seinem Regierungsantritt bediente sich Christian hauptsächlich der Rathschläge des Dr. von Wietersheim, der ihm von seiner Mutter empfohlen worden war, welche nach dem Tode ihres Gatten ihren Söhnen als Rathgeberin zur Seite stand. Entgegen der damals an den meisten protestantischen Höfen herrschenden feindlichen Gesinnung gegen die Habsburger hielt sie an der Politik ihres verstorbenen Gatten fest, widerrieth ihren Söhnen den Anschluss an die Union und empfahl ihnen, der von Kursachsen eingeschlagenen Richtung zu folgen.*)

Christian begann sein Regiment in Halberstadt damit, dass er die letzten Ueberreste des Katholicismus auszurotten suchte, den Majoritätsbeschluss des Kapitels, wornach in dasselbe nur Protestanten Zutritt haben sollten, energisch verfocht und sich an die Befehle des Kaisers, welcher die Katholiken nicht ausgeschlossen wissen wollte, nicht kehrte. Der Streit, in den er in Folge dessen mit dem Kaiser geriet, führte ihn auf natürliche Weise in die Reihen jener, die sich die Bekämpfung der Habsburger als katholischer Fürsten zur Lebensaufgabe machten. Jung und voll Uebermuth sehnte er sich darnach seine Kraft auf dem Schlachtfelde zu erproben und da dies bald bekannt wurde, so wollten ihn die böhmischen Stände für die Anwerbung eines Reiterregiments gewinnen. Die Unterhandlung zerschlug

*) Opel, der niedersächsisch-dänische Krieg.

sich zur grossen Freude seiner Mutter, welche die Niederlage bei Prag der Union als der Friedensstörerin gönnte. Trotzdem blieb Christian den böhmischen Angelegenheiten nicht ganz fremd. Er reiste im Frühjahr 1620 nach Holland, traf da mit dem Prinzen von Oranien zusammen und betheiligte sich in der Eigenschaft eines höhern Cavallerieoffiziers an dem Zuge, den, wie wir berichtet haben, einige tausend holländischer Truppen unter dem Commando des Prinzen Heinrich im Herbst nach der untern Pfalz anstellten. 1620

Gegen den Schluss des Jahres trat ein eigenthümlicher Zwiespalt in der herzoglichen Familie zu Tage. Friedrich Ulrich, der Herzog von Braunschweig, war so wenig begabt, dass seine Mutter und sein Oheim, der König von Dänemark, es im Jahre 1616 für nöthig hielten, ihm eine Art von Statthalter an die Seite zu setzen und ihre Meinung von seinen Fähigkeiten scheint sich später noch mehr verringert zu haben, denn die Mutter trug sich zu Ende 1620 mit dem Gedanken, ihn von der Regierung zu entfernen und an seine Stelle den Bischof von Halberstadt zu setzen. Der letztere dürfte diesem Plane nicht ferngestanden sein, er konnte jedoch nicht durchgeführt werden, weil die Räthe Friedrich Ulrichs auf der Hut waren und ihren Herrn nicht preisgaben. Da die abenteuerlich angelegte Natur Christians von Halberstadt bald darauf eine entsprechende Beschäftigung fand, so wurden die Pläne gegen Friedrich Ulrich bei Seite gelegt. Das harte Schicksal des Pfalzgrafen und seiner Gattin erfüllte ihn nämlich mit Mitleiden, das durch die nahe Verwandtschaft noch mehr gesteigert wurde, denn Elisabeth war seine leibliche Base, ihre und seine Mutter waren Schwestern, Grund genug, dass er dem Pfalzgrafen aus seiner Noth helfen wollte. Der Beschluss bezüglich der Anstellung von Rüstungen, den der niedersächsische Kreistag im Mai 1621 gefasst hatte, fand bei ihm den lebhaftesten Anklang; er wollte mit einem stärkern Contingent auf den Kampfplatz treten, als wozu ihn der Kreisbeschluss verpflichtete und so lieh er sich zu Ostern die Summe von 10000 Thalern aus, um die grössern Auslagen zu bestreiten. Damals scheint die Mutter mit seiner Haltung zufrieden gewesen zu sein, weil sie vermuthete, dass sich England, die Union und Dänemark an dem Kampfe betheiligen würden. Als jedoch diese

Voraussetzungen sich als unbegründet erwiesen und Christian IV seine Truppen entliess, machte sich der erste Zwiespalt zwischen dem jungen Bischof, seiner Mutter und seinem Oheim geltend. Man erfuhr, dass er seine Truppen nicht entlassen, und dass er vom Pfalzgrafen ein Patent angenommen habe, welches ihn zur Anwerbung von 1000 Reitern bevollmächtigte, wobei Holland die 1621 ersten Auslagen zu bestreiten sich erbot. Zu Ende September bestanden diese für Rechnung des Pfalzgrafen geworbenen Truppen aus dem Reiterregiment Christians, aus 12 Fähnlein Fussvolk und 2 Reiterkornets. Die Gesammtzahl der Mannschaft wird von den gleichzeitigen Schriftstellern beharrlich auf 6000 Mann zu Fuss und 1500 Reiter angegeben. Die detaillirten Berichte, die uns aus der pfalzgräflichen Correspondenz zu Gebote stehen, liefern aber den Beweis, dass alles in allem kaum 4000 Mann auf den Beinen waren. Friedrich mag dem Bischof von Halberstadt schon jetzt den Oberbefehl übertragen haben, obwohl die Truppen noch nicht vereint waren, sondern ihre Vereinigung erst in Hessen-Kassel bewerkstelligen sollten. Christian sollte sich an der Spitze seiner Reiterei dahin verfügen, das Fussvolk aber unter dem Commando seiner Anführer und geleitet von Achatz von Dohna und einem holländischen Commissär seinen Weg dahin nehmen.

Als Dohna die Fürsten, durch deren Land der Zug gehen sollte, um die Erlaubniss zum Durchmarsch bat, machte der Herzog von Lüneburg keine Schwierigkeiten und auch der Herzog von Braunschweig zeigte Anfangs kein Bedenken; als die Truppen aber durch das Stift Hildesheim herangezogen kamen, verzögerte der letztere ihren Durchmarsch und legte ihnen überhaupt allerlei Hindernisse in den Weg. Man war jetzt am Hofe von Wolfenbüttel gegen den neu in Aussicht gestellten Kriegszug feindlich gestimmt und wollte deshalb den Weitermarsch verhindern, denn als das Fussvolk das braunschweigische Gebiet verlassen hatte und durch das Eichsfeld zog, wurden drei Fähnlein von den mittlerweile zusammenberufenen Kreistruppen überfallen und niedergemacht, worauf auch drei andere Fähnlein sich zerstreuten und Dohna kaum mit der Hälfte der ursprünglichen Truppenzahl den weitern Marsch in das Stift Fulda und ins Hessenkasselische antrat.

Auch hier büsste er täglich eine beträchtliche Zahl durch Desertionen ein und als er zuletzt die Nachricht erhielt, dass die Uebergänge über den Main von den Truppen Tilly's und des Bischofs von Würzburg besetzt seien, verlief sich der letzte Rest des Fussvolkes und auch die zwei Reiterkornets rissen aus. Als Christian von Halberstadt mit seinem Reiterregiment nach Bielefeld vorrückte, erfuhr er hier die völlige Auflösung dieses Truppencorps.*)

Nicht allein der von Dohna geleitete Zug litt unter der feindseligen Stimmung der tonangebenden Fürsten des niedersächsischen Kreises, auch Christian von Halberstadt erfreute sich keiner Förderung von ihnen. Als er dem niedersächsischen Kreisobersten, dem Herzog Christian von Lüneburg, die Anzeige machte, dass er im Stifte Hildesheim sein Quartier aufschlagen und daselbst weitere Werbungen anstellen wolle, gewährten ihm weder dieser noch der Herzog von Braunschweig die Erlaubniss. Beide mahnten ihn so rasch als möglich den Kreis zu verlassen, von seinem Beginnen abzustehen und ihren Bitten schloss sich später auch seine Mutter an, die mit Entsetzen merkte, dass ihr Sohn sich einer Sache angeschlossen habe, die von den mächtigsten Fürsten aufgegeben wurde.**) In einem Tone, der keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Warnungen zulässt, beschwor sie ihn, dem finanziellen Ruin, der mit seinem Unternehmen verknüpft sein würde, auszuweichen. Als sie einige Tage später erfuhr, dass der Kaiser ihn von der braunschweigischen Gesammtbelehnung ausschliessen wolle, steigerte sich ihre Besorgniss und sie sandte einen vertrauten Diener an ihn ab, der ihn um jeden Preis von seinem Vorhaben abhalten sollte,***) allein der junge Mann blieb taub für alle Bitten und Warnungen.

*) Münchner StA. Relation des Kapitäns, so im Braunschweigischen gefangen gewesen. — Sächs. StA. Markgraf Christian Wilhelm v. Brandenburg an Kursachsen dd. 1./11. Octob. 1621. — Münchner StA. Achatz von Dohna an Friedrich dd. 4./14. November 1621.

**) Sächs. StA. Der Administrator von Magdeburg an Kursachsen dd. 1./11. Oct. 1621. — Ebenda. Herzogin Elisabeth an ihren Sohn Christian von Halberstadt dd. 20./30. October 1621.

***) Sächs. StA. Elisabeth an Christian von Halberstadt dd. $\frac{30. \text{Nov.}}{10. \text{Dec.}}$ 1621.

Mittlerweile versammelten sich die niedersächsischen Fürsten auf einem Kreistage in Braunschweig und einige von ihnen beschlossen den Herzog von Braunschweig mit der Trippelhilfe und wenn nöthig mit mehr zu unterstützen, um den Kreis gegen das weitere Herumschweifen des pfälzischen Kriegsvolkes zu schützen. Nach diesem Beschlusse, der allerdings nur die Zustimmung der Majorität fand — Mecklenburg und Lübeck schlossen sich ihm nicht an — richtete der Kreistag ein Schreiben an den Pfalzgrafen, in dem er ihn mit scharfen Worten zu einer unterthänigen Haltung gegen den Kaiser mahnte; man fand, dass er durch seine gegen den Kaiser gerichteten Angriffe seine Lage verschlimmere, er solle sich zur Nachgiebigkeit bequemen und die Wiederherstellung seiner Herrschaft auf dem Wege friedlicher Verhandlungen suchen, mit einem Worte man gab ihm den Rath, den ihm der König Jakob ohne Unterlass ertheilte.*) Der Herzog von Braunschweig zeigte noch mehr Loyalität als die übrigen Kreisstände, er berichtete dem Kaiser, 1621 was er alles seit Beginn des Monats October gegen das pfalzgräfliche Heer gethan und dass er dasselbe nicht im Kreise habe dulden wollen.**) In Betreff der von dem niedersächsischen Kreistag an den Pfalzgrafen gerichteten Mahnung bemerken wir, dass sie den letzteren nicht wenig empörte und er sich nur in dem Falle zur Nachgiebigkeit bereit erklärte, wenn der Kaiser den ersten Schritt mit einer ähnlichen Nachgiebigkeit beantworten würde. Auf das Königreich Böhmen wollte er nicht von vornherein verzichten, sondern dies erst im Laufe der Verhandlungen thun.***)

Christian von Halberstadt blieb trotz der mannigfachen Abmahnungen und der ihm bereiteten Hindernisse bei seinem Entschlusse und gab ihn selbst dann nicht auf, als er von der Auflösung des nach Hessen-Kassel vorausgerückten Fussvolks

---

*) Sächs. StA. Der niedersächs. Kreisabschied dd. $\frac{22.\ \text{Oct.}}{1.\ \text{Nov.}}$ 1621. — Münchner Hofbibliothek. Collect. Camer. Der niedersächs. Kreis an Friedrich dd. 20./30. Octob. 1621.

**) Sächs. StA. Der niedersächs. Kreistag an den Kaiser dd. 14./24. Oct. 1621.

***) Münchner StA. Friedrich an den niedersächs. Kreis dd. $\frac{22.\ \text{Nov.}}{2.\ \text{Dec.}}$ 1621.

Nachricht erhielt. Von Bielefeld aus ersuchte er den niedersächsischen Kreis um Gestattung des Durchmarsches und nun wollte sein Bruder ihm nicht einmal diesen gewähren,*) allein die niedersächsischen Kreiscommissäre legten sich ins Mittel und so konnte der Halberstädter denselben ins Werk setzen. Es heisst, dass sein Heer bei dieser Gelegenheit gegen 13000 Mann gezählt habe; diese Angabe ist jedoch völlig unrichtig und im höchsten Grade übertrieben, da er thatsächlich nur über sein Reiterregiment verfügte.**) An dem Landgrafen von Hessen-Kassel fand er einen treuen Freund, der ihn mit Geld und andern Kriegsbedürfnissen versah. Während seines Marsches richtete er ein Entschuldigungsschreiben an den Kaiser, der ihn zur Ruhe gemahnt hatte und später diese Mahnung durch seinen Bruder und durch den Administrator von Magdeburg wiederholen liess.***) Die Antwort Christians ist eine passende Illustration für die Ohnmacht des obersten Reichsregiments, die sich in Deutschland seit Jahrhunderten vorbereitet hatte, jetzt aber durch die Rede- und Handlungsweise der einzelnen Fürsten schlagend vor Augen trat. Christian versicherte den Kaiser, dass er ihm gern einmal seinen Degen anbieten werde und zu diesem Zwecke das Waffenhandwerk zu seiner Hauptbeschäftigung erkoren habe. Nun, da ihm das Commando über ein Reiterregiment angeboten und er beauftragt worden sei, es in die untere Pfalz zu führen, erfahre er zu seinem Leid-

19. Sept. 1621

*) Opel I. 294.

**) Dieser grossen Zahl widerspricht Christian in einem Briefe dd. 19. Nov. 1621 selbst, indem er behauptet, dass er nur über Reiter kommandire, und endlich widerspricht derselben auch Melchior von Schwalbach, ein in kursächsischen Diensten stehender Offizier, der über die Stärke und Rüstungen Christians genau berichtet und erzählt, dass seine Infanterie im Monat December kaum aus 80 Mann bestanden habe. Die Zahl von 13000 Mann, über die Christian um diese Zeit verfügt haben soll, wie in einigen Geschichtsbüchern angegeben wird, ist demnach durchaus unbegründet, wahrscheinlich dürfte er kaum mehr als 1300 Reiter beisammen gehabt haben. — Die Beweisstücke im sächs. StA.

***) Münchner Hofbibl. Coll. Camerar. Ferdinand an den Administrator von Magdeburg und an Friedrich Ulrich von Braunschweig dd. 12. Nov. 1621. — Der Kaiser an Christian von Halberstadt dd. 25. Oct. 1621. Dieser Brief ist erwähnt in der Antwort Christians an Ferdinand dd. 9./19. Nov. 1621 (Wiener StA.)

wesen, dass dies dem Kaiser nicht genehm sei, und dass er ihn ermahne davon abzustehen. Hätte er dies vorher gewusst, so würde er gewiss das Commando abgelehnt haben, so aber könne er nicht mehr zurück und hoffe, dass ihm dies nicht verübelt werden würde, da er kein Generalat angenommen habe, sondern nur wie ein Soldat kämpfe und den Kurfürsten von der Pfalz in seinem Besitze zu schützen trachte. Er hoffe später Gelegenheit zu finden, dem Kaiser zu Dienste zu sein und sich dadurch seine Huld und Gnade zu erwerben. — Jedes Wort dieses Briefes war eine Verhöhnung der kaiserlichen Auktorität, aber Christian von Halberstadt brachte dies alles in so natürlicher Weise vor, als ob sich die Bekämpfung der kaiserlichen Ansprüche von selbst verstünde, als ob die Aechtung des Pfalzgrafen gar nichts bedeute, kurz als ob die Fürsten des Reiches in keiner Weise des Kaisers Gebote und Interessen zu achten hätten. Es war dies seit langem der faktische und man könnte fast sagen der rechtliche Zustand im Reiche, so scharf aber, wie aus dem Briefe des Halberstädters, tritt es nur in wenig Schriftstücken jener Zeit hervor.

Von Bielefeld rückte Christian gegen den Main vor und kam am 28. November in das kurmainzische Amt Amöneburg, woselbst er das gleichnamige Schloss eroberte und darin eine grosse Beute an Geld und Lebensmitteln machte. Da er nicht bloss diesen Ort sondern das umliegende Land brandschatzte, so schickte der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der sich dadurch getroffen fühlte, einige Räthe an ihn ab und liess ihn zur Umkehr mahnen. Christian schlug die Mahnung natürlich in den Wind und bedrohte den Landgrafen mit einem Angriffe, wenn er ihm nicht überall den Durchzug verstatten würde. Der letztere nahm zur Gegendrohung seine Zuflucht und erklärte, dass er von seinen Besitzungen den Krieg mit Gewalt fernhalten werde, gleichzeitig riet er dem Halberstädter sich ja zurückzuziehen, weil er sich gegen Cordova und Tilly, die ihm weit überlegen seien, nicht würde halten können.*) Statt der Warnung zu

1621

*) Sächs. StA. Ludwig von Hessen-Darmstadt an Christian von Halberstadt dd. $\frac{\text{26. Nov.}}{\text{6. Dec.}}$ 1621.

folgen, hielt sich Christian nun von jeder Rücksicht entbunden und kündigte dem Landgrafen die Ausraubung seines Landes an, die ohnedies zur Erhaltung seiner Truppen nothwendig war.*) Ehe der letztere diesen Absagebrief noch erhalten hatte, wandte er sich an seinen Vetter von Hessen-Kassel und bat ihn seinen Einfluss bei Christian geltend zu machen, damit dieser wieder nach Niedersachsen zurückkehre. Aber der Landgraf Moritz begrüsste mit Freuden den Zug des Halberstädters, der dem Pfalzgrafen aus seiner Noth helfen konnte und liess ihm deshalb auch mannigfache Hilfe angedeihen. Das Ansuchen seines Vetters von Darmstadt lehnte er mit der Bemerkung ab, dass er auf Christian keinen Einfluss besitze; er beklagte sich dabei auch über den Angriff, den er von den Spaniern gegen seine bei Rheinfels errichtete Schanze habe erdulden müssen und forderte deshalb den Landgrafen Ludwig auf, ihm bei der Wahrung seines Rechtes zu helfen.**) Der letztere wollte nicht glauben, dass Moritz auf den Halberstädter keinen Einfluss besitze, zumal er gerade in diesen Tagen mit ihm zusammengekommen war und ersuchte ihn deshalb nur noch dringender alter Familienverträge eingedenk zu sein und ihm zu helfen, aber Moritz hatte auf alle Beschuldigungen und Bitten nur ausweichende Antworten.***) Hätte er es gewagt seinen Wünschen vollen Ausdruck zu geben, so würde er sich selbst auf seinen Vetter geworfen und ihn bekämpft haben; aber dazu fehlte ihm der Muth, was uns Angesichts der geringen Unterstützung, die die Sache Friedrichs fand, begreiflich ist. Landgraf Ludwig sah aber ein, dass er im Falle des Sieges der pfälzischen Partei zu Grunde gehen würde, und nahm deshalb keinen Anstand, sich jetzt dem Kaiser ganz in die Arme zu werfen. In einem längeren Schreiben an den Kaiser schilderte er die Drangsale, die er von dem Halberstädter erdulden musste, sowie die feindselige Haltung seines Vetters, ersuchte ihn um Hilfe und stellte so seine Besitzungen unter

---

*) Theatrum Europaeum 550.

**) Sächs. StA. Moritz von Kassel an Ludwig von Darmstadt dd. 2./12. December 1621.

***) Die verschiedenen Briefe bei Londorp.

seinen Schutz.*) Gleichzeitig verabredete er mit Kurmainz und dem Bischof von Würzburg die zur wechselseitigen Vertheidigung nöthigen Massregeln und ersuchte Tilly um bewaffnete Hilfe, welchem Ansuchen der letztere, wie wir erzählt haben, durch die Absendung des Freiherrn von Anholt mit 12 Reitercompagnien und 1000 Musketieren nachkam.**)

Anholt zog auf seinem Marsche die Verstärkungen an sich, die ihm der Landgraf Ludwig zuschickte und wollte sich auch mit dem im Anzug befindlichen würzburgischen Contingent vereinigen, um dann dem Halberstädter die Spitze zu bieten. Dieser hatte nach der Einnahme von Amöneburg seine Zeit mit nutzlosen Märschen zugebracht, hatte sich Giessen genähert, war dann nach Kittorf gezogen und trat erst hier dem Freiherrn von Anholt entgegen, der jedoch dem feindlichen Angriff ausweichen wollte, weil er seine Vereinigung mit dem würzburger Contingent noch nicht bewerkstelligt hatte. Es kam trotzdem zu einem Treffen, in dem Christian Anfangs einige Vortheile erlangte, da er aber nur über Cavallerie verfügte, so konnte er dieselben nicht ausnützen und geriet durch das Feuer der feindlichen Musketiere bald in solche Bedrängniss, dass er sich nach Neustadt zurückziehen und die Ueberlegenheit des ligistischen Generals anerkennen musste.***) Nachdem sich Anholt drei Tage lang bei Kittorf aufgehalten hatte, rückte er gegen Amöneburg vor und forderte die Besatzung zur Uebergabe auf. Christian lagerte in nächster Nähe, wagte aber nicht den Angriff zu erneuern, wie sehr er auch vor Kampfeslust brannte und für seine Person keine Gefahr scheute. Während der ligistische General vor Amöneburg lag, trafen zwei hessen-kasselische Gesandte bei ihm ein, die sich im Namen ihres Herrn erboten, den Halberstädter zur Uebergabe von Amöneburg zu vermögen,

20. Dec. 1621

*) Ludwig von Darmstadt an Ferdinand II dd. 11./21. December 1621. Wiener StA.

**) Sächs. StA. Ludwig von Darmstadt an Kursachsen, ohne Datum aber im December 1621 geschrieben.

***) Sächs. StA. Zeitung, was zwischen dem anholtischen und braunschweigischen Kriegsvolk fürgangen vom 10./20. December 1621. — Ebenda. Melchior von Schwalbach an Kursachsen dd. 10./20. Jan. 1621.

Landgraf Moritz wollte die Burg übernehmen und sie dann dem Kurfürsten von Mainz übergeben. Zugleich verlangten sie von Anholt Ersatz für den von seinen Truppen auf kasselischem Gebiet verursachten Schaden, denn thatsächlich hatte der Krieg bereits dieses Gebiet gestreift. Anholt wies die Gesandten mit allen ihren Anerbietungen und Forderungen zurück: Amöneburg müsse ohne Vermittlung des Landgrafen Moritz dem Kurfürsten von Mainz zurückgegeben werden und von einer Kriegsentschädigung könne schon deshalb keine Rede sein, weil der Landgraf seine Pflicht als Kreisoberster nicht erfüllt und dem Halberstädter den Einbruch nicht verwehrt habe. Ja noch mehr, Anholt schickte jetzt seinerseits einen Gesandten an Moritz und verlangte zu wissen, wie er sich fortan benehmen werde und ob er ihn als Freund oder Feind behandeln solle. Hatte sich Moritz bis dahin nicht offen an Christian angeschlossen, so wagte er jetzt um so weniger dies zu thun und so gab er nothgedrungen das Versprechen ab, dass er „dem Halberstädter nach Möglichkeit den Pass wehren" werde,*) mit welcher halben Zusage man sich vorläufig auf ligistischer Seite begnügte. Christian aber sah, dass er sich bei Neustadt nicht werde halten können und zog durch das kasseler Gebiet, ohne dass der Landgraf ihm „den Pass gewehrt hätte," in das Stift Paderborn, das er von Vertheidigern entblösst wusste und wo er sein Winterlager aufzuschlagen gedachte. Für den Fall der Gefahr konnte er sich nach Holland zurückziehen.

Der Halberstädter brach in das Stift von Paderborn zu einer Jahreszeit ein, in der ihm der vorsichtige Feind nicht folgen wollte. Das Bisthum gehörte damals dem Kurfürsten von Köln, der ausserdem auch die Bisthümer Lüttich und Münster besass und mit der Administration von Hildesheim betraut war. Da der Kurfürst auf einen Angriff von Seite der Holländer gefasst sein musste, so hatte er seine geringen Streitkräfte zumeist am Rhein versammelt, während er in Paderborn und Münster nur einige unbedeutende Besatzungen unterhielt. Als demnach Christian am 28. December in das Stift einrückte, 1621 stellte sich ihm Niemand entgegen, er konnte in beliebiger

*) Ebenda. dd. 15./25. Decemb. 1621.

Weise Contributionen erheben und diejenigen Dörfer und Höfe, die sie nicht erlegen wollten, niederbrennen, was denn auch seine zuchtlosen Schaaren, die von eingeschulten Brandmeistern begleitet waren, täglich übten. Unter den grösseren Orten, deren Einnahme mit einigen Schwierigkeiten verbunden war, nahmen Lippstadt und Soest die erste Stelle ein, beide mussten sich, sobald sie dem Herzog Christian ihre Thore geöffnet hatten, zu furchtbaren Zahlungen entschliessen; so soll Soest nach einer wahrscheinlich übertriebenen Schätzung 330000 Thaler gezahlt haben und dazu bemächtigte sich der Sieger noch des Domschatzes, welchen einige Jahre vorher der frühere Bischof von Paderborn daselbst aufgehoben hatte. Weitere Erfolge konnte Christian nur dann erwarten, wenn er seine viel zu geringe Reiterschaar verstärkte und da er jetzt die nöthigen Geldmittel besass, so beeilte er sich Werbungen anzustellen. 1622 Schon gegen Ende Januar verfügte er über 2000 Reiter und hatte Anordnungen zur Anwerbung eines Regiments Fussknechte getroffen, das in kürzester Zeit beisammen sein konnte, da entlassenes und flüchtiges Kriegsvolk sich schaarenweise an ihn herandrängte.*) Vierzehn Tage später konnte er sich bereits als Herrn des ganzen Stiftes betrachten, nachdem auch die Stadt Paderborn mit Hilfe der theilweise protestantisch gesinnten Bürgerschaft in seine Hände gefallen war. Hier gewann er abermals eine willkommene Gelegenheit zur Erhebung hoher Contributionen, mit denen er den bischöflichen Kanzler, das Jesuitenkollegium und die einzelnen Kirchen belegte. Alle Kirchenschätze und kostbaren Kirchenkleider wurden in Beschlag genommen und verwerthet, so unter anderem der silberne Kasten, in dem der Leichnam des heiligen Liborius aufbewahrt wurde, der bischöfliche Palast wurde geplündert und das silberne Tafelgeschirr und sonstiges Hausgeräthe im Werth von 10000 Thaler weggenommen, ja nicht einmal das Grab des frühern Bischofs Dietrich von Fürstenberg wurde geschont, sondern aufgebrochen und Ring und Stab von dem Leichnam hinweggenommen.**)

*) Sächs. StA. Melchior v. Schwalbach an Kursachsen dd. 19./29. Jan. 1622.

**) Sächs. StA. Sebastian von Kötteritzsch dd. 5./15. Febr. 1622. — Ebenda. Zeitung aus dem Stift Paderborn.

Gern hätte sich Christian auch des Domdechants bemächtigt, um von diesem ein hohes Lösegeld zu erpressen, allein er war ihm durch die Flucht entkommen. Wie sehr sich Christian darüber ärgerte, kann man daraus ersehen, dass er einen Preis von 10000 Thaler auf seine Gefangennehmung setzte. Gleichen Schritt mit den sich steigernden Brandschatzungen hielt die Vermehrung des Heeres und der sonstigen Rüstungen: die 35 Geschütze, die er erbeutet hatte, liess er nach Lippstadt transportiren und befestigte diesen Ort, um sich einen sichern Stützpunkt, sowohl für den Angriff, wie für die Vertheidigung zu schaffen. Jetzt richtete er seine Aufmerksamkeit auch auf das Stift Münster, wo er einzelne Orte brandschatzte. Der Jammer der Bevölkerung, die aus zahlreichen durch Feuer verwüsteten Orten mitten im Winter flüchten musste und weder Obdach noch Nahrung fand, spottet jeder Beschreibung. Christian liess sich deshalb kein graues Haar wachsen, sein ganzes Auftreten zeugte von wüstem Uebermuth: er rühmte sich, dass nur ein Pfaff der Pfaffen Herr werden könne, liess aus dem gewonnenen Silber Münzen prägen mit der Ueberschrift: „Gottes Freund und der Pfaffen Feind“ und soll sogar in einem Frauenkloster die Nonnen gezwungen haben, ihn und seine Offiziere bei der Tafel nackt zu bedienen.*) Er legte sich bereits den Titel eines Bischofs von Paderborn und Münster bei,**) scheint aber nicht die Absicht gehabt zu haben, sich in diesem Gebiete festzusetzen, denn er schickte nach der Einnahme von Paderborn seinen Vertrauten, den Herrn von Wietersheim, an Christian von Dänemark ab, bot ihm für den Anschluss an die gemeinsame Sache dieses Bisthum an und suchte ihn also mit derselben Lockspeise zu ködern, mit der die Union den König vor mehr als Jahresfrist gewinnen wollte.***)

Wohl wäre der Kaiser berechtigt gewesen, über den Bischof von Halberstadt die Acht zu verhängen, allein er beeilte sich nicht von dieser Befugniss Gebrauch zu machen, sondern erliess zuerst ein warnendes Schreiben an ihn, das er an den Herzog

*) Sächs. StA. Aus Frankfurt dd. 17. Febr. 1622.

**) Ebenda. Schwalbach an Kursachsen dd. $\frac{\text{24. Febr.}}{\text{6. März}}$ 1622.

***) Opel I, 341.

von Braunschweig und an den Administrator von Magdeburg mit dem Auftrage schickte, es dem Bischof zukommen zu lassen. Der Administrator (Christian Wilhelm von Brandenburg) beriet sich mit Friedrich Ulrich von Braunschweig und beide beschlossen dem kaiserlichen Befehle zu folgen.*) Die papierene Warnung blieb aber ohne jegliches Resultat, Christian setzte seine Rüstungen 1622 nur noch energischer fort und verfügte zu Anfang März über 3000 Reiter und 4000 Mann Fussvolk. Zahlreiche Mitglieder des paderborner Adels schlossen sich ihm an, da er ihnen ein hohes Anrittgeld bot und die Hoffnung auf Beute sie anzog. Sein Ruf lockte auch die Mannschaft herbei, die der Markgraf von Jägerndorf nach dem nikolsburger Friedensschluss ihrem Schicksale überlassen hatte, zahlreiche Soldaten und Offiziere legten rasch den weiten Weg von Schlesien nach Paderborn zurück. Das Stift diente übrigens nicht bloss den Schaaren des Bischofs 1622 von Halberstadt zum Sammelplatz, in den Monaten Januar und Februar liessen der Markgraf von Baden und der Graf Mansfeld daselbst für ihre Rechnung werben, der erstere 2000, der letztere 1000 Reiter und diese Mannschaft war zu Ende Februar bereits in den angewiesenen Sammelplätzen beisammen und wartete nur auf die nöthigen Waffen. Auch der Herzog Wilhelm von Weimar, der für Friedrich 1000 Reiter und 3000 Mann zu Fuss warb, stellte einen Theil dieser Werbungen im 1622 Stifte Paderborn an, so dass dasselbe zu Anfang März wenigstens 12000 Mann verpflegen musste, ungerechnet einen Tross von Knechten, Weibern und Kindern, der mindestens eben so zahlreich war.**)

Um Paderborn und Münster von diesen zuchtlosen Schaaren zu befreien, hatte der Kurfürst von Köln nicht nur Hilferufe an die Spanier, an die Liga und an den Kaiser ergehen lassen, sondern auch selbst mit der Aufbietung aller seiner Mittel 1622 gerüstet. Er verfügte Anfangs März über 1000 Reiter und 10 Fähnlein Fussvolk, die nun langsam gegen das Stift Münster

*) Sächs. StA. Christian Wilh. v. Brandenburg an den König von Dänemark dd. $\frac{\text{24. Febr.}}{\text{6. März}}$ 1622.

**) Ebenda, Kötteritzsch an Kursachsen dd. $\frac{\text{25. Febr.}}{\text{7. März}}$ 1622.

vorrückten. Rascher kamen die ligistischen Truppen herangezogen. Zu Ende Februar rückte die unter Anholts Commando stehende Heeresabtheilung in der Stärke von 5000 Mann durch das Gebiet von Hessen-Kassel an die Grenzen des Stiftes Paderborn vor, nicht ohne ihren Weg durch die protestantischen Besitzungen mit furchtbaren Grausamkeiten zu bezeichnen. Obwohl Christian von Halberstadt über eine grössere Armee gebot, als der ligistische General, so fügte ihm dieser doch beträchtliche Verluste zu, indem er einzelne Orte, in denen der erstere Besatzungen unterhielt, überfiel und die Soldaten tödtete. Ein guter Theil der auf Rechnung Mansfelds geworbenen Truppen wurde zerstreut, so dass sich auch bei diesem Zusammenstosse die Ueberlegenheit der Ligisten zeigte. Die erlittenen Verluste wurden weitaus nicht durch die Schlappe aufgewogen, die Christian dem heranziehenden kölner Heere bei Oberoy zufügte.*) Man vermuthete nun, dass Christian entweder das Stift Paderborn verlassen und seine Truppen mit denen des Herzogs Wilhelm von Weimar vereinen werde, um in das Eichsfeld und die benachbarten Stifter einzufallen, oder auch, dass er dem Grafen Mansfeld die Hand reichen wolle, um mit vereinter Macht die Ligisten und Spanier anzugreifen.**) Vorläufig geschah weder das eine noch das andere, Christian suchte zuerst Anholts Herr zu werden, der jetzt nicht die frühere Energie bekundete, sondern seine Kräfte durch Besetzung einzelner Orte versplitterte und sich zu schwach erwies, die abermalige Ansammlung der badischen und mansfeldischen Regimenter zu hindern, so dass diese trotz der anfänglichen Schwierigkeiten im April gerüstet dastanden und meistentheils im Stifte Münster stationirt waren. Der Halberstädter kehrte sich zur selben Zeit gegen die Stadt Gesike, welche Anholt mit 1200 Mann unter dem Commando des Oberstlieutenants Erwitte besetzt hielt. Erwitte vertheidigte sich mit glänzendem Geschick, so dass alle Angriffe zurückgeschlagen wurden und Christian sich mit beträchtlichem Verluste zurück-

1622

7. April 1622

*) Sächs. StA. Schwalbach an Kursachsen dd 12./22. März 1622. — Ebenda. Kötteritzsch an Kursachsen dd. 13./23. April 1622.

**) Ebenda. Schwalbach an Kursachsen dd. $\frac{\text{22. März}}{\text{1. April}}$ 1622.

ziehen musste, weil er die Nachricht erhielt, dass Anholt zum Entsatze heranrücke. Wiederum ging das Gerücht, dass sich Christian mit Mansfeld verbinden und Paderborn verlassen wolle, um vereint mit ihm nach dem Süden oder Westen vorzurücken. Auf alle Fälle konnte sich der Halberstädter jetzt nicht lange mehr in dem von ihm gebrandschatzten Stifte halten, er musste entweder nach Böhmen ziehen und es auf den allfälligen Widerstand auf dem Marsche dahin ankommen lassen, oder er musste sich mit dem Grafen Mansfeld vereinigen und mit diesem über die Spanier und Ligisten herfallen. Dieser Kampf war nicht so aussichtslos, als man meinen könnte, da ein alter Freund sich wieder entschlossen hatte, auf den Kampfplatz zu treten und die pfälzischen Schaaren um etwa 20000 Mann verstärkte. Es war dies der Markgraf Georg Friedrich von Baden.

Der Markgraf von Baden-Durlach hatte schon im J. 1620 hinreichende Beweise von seiner Entschlossenheit gegeben und sich später nur mit dem grössten Schmerz in die Auflösung der Union gefügt. Als trotzdem der Krieg nicht zu Ende ging und die Spanier und Ligisten mit Mansfeld nicht fertig werden konnten, glaubte er noch einmal zum Schwerte greifen und sich für Friedrich erklären zu müssen. Zum Theil veranlasste ihn dazu der Hass gegen den Katholicismus, den er um keinen Preis wieder zur Herrschaft gelangen lassen wollte, hauptsächlich aber die Angst, dass der Kaiser einen ungünstigen Rechtsspruch gegen ihn fällen könnte. Vor 17 Jahren (im J. 1604) war der Besitzer von Baden-Baden, der Markgraf Eduard Fortunat, gestorben und hatte bei seinem Tode drei Söhne hinterlassen, deren Erbrecht von ihrem Vetter, dem Markgrafen von Baden-Durlach, Ernst Friedrich, und nach dessen Tode von seinem Bruder, dem Markgrafen Georg Friedrich, bestritten wurde und zwar aus dem Grunde, weil ihre Mutter Marie von Eiken, die Tochter des Hofmarschalls in Brüssel, nicht ebenbürtig und folglich die Kinder dieser Ehe nicht successionsfähig seien. Georg Friedrich wurde einstweilen im Jahre 1605 in Prag mit dem strittigen Erbe unter der Bedingung belehnt, dass er es den Kindern Eduards ohne Weigerung abtrete, falls der Kaiser ihnen den Besitz zuerkennen würde. Die Vormünder der Kinder Eduards,

Erzherzog Albrecht und der Graf von Isenburg, begannen nun beim Reichshofrath den Process und traten für die Rechte ihrer Mündel ein, auf dem Reichstage von Regensburg (im J. 1608) erhoben sie dagegen Einsprache, dass Georg Friedrich auch die Stimme für Oberbaden führe. Der Kaiser entschied zu seinen Gunsten: auf den künftigen Reichstagen sollte er aber nur nach vorher eingeholter kaiserlicher Erlaubniss oder wenn der Process für ihn entschieden sein würde, die Stimme führen dürfen.*)

Da der Reichshofrath in der badischen Angelegenheit keinen Spruch fällte, so befand sich Markgraf Georg Friedrich thatsächlich im Besitze des bestrittenen Gebietes und hoffte, dass, wenn der Streit einmal unparteiisch entschieden werden würde, das Urtheil aus juristischen Gründen zu seinen Gunsten lauten werde. Einen unparteiischen Rechtsspruch konnte er jedoch um so weniger erwarten, da er durch seine Antheilnahme an der Union sich die Gunst des Kaisers verscherzt hatte und da — was jetzt noch schwerer in die Wagschale fiel — die Kinder seines Vetters, die er aus ihrer Erbschaft verdrängen wollte, katholisch waren. Er musste jetzt fürchten, dass Ferdinand versuchen werde, Oberbaden in die Hände eines Glaubensverwandten zu bringen, liess er sich doch selbst in der Allianz mit Kurpfalz durch Glaubensinteressen beeinflussen. Bei dem Umwandlungsprocesse, der sich in Deutschland vorbereitete, durfte nur jener hoffen unbeschädigt zu bleiben, der sein Recht mit den Waffen in der Hand vertheidigte und so griff auch der Markgraf zu denselben: sein Hass gegen die Katholiken, seine Angst vor dem Rechtsspruch des Kaisers und in letzter Linie Ehrgeiz und Vergrösserungssucht bewirkten, dass er der Gefahr muthig ins Auge blickte und sich dem Pfalzgrafen anschloss.

Es handelte sich ihm jetzt nur darum, die Rüstungen unauffällig zu betreiben oder durch erlogene Vorwände zu rechtfertigen und deshalb gab er die Zahl der Truppen, die er werben wollte, möglichst gering an und hüllte sein Thun in einen loyalen Mantel. Zu diesem Zwecke ersuchte er den Kaiser um seine Zustimmung zur Anwerbung einer bestimmten Zahl

---

*) Wir berichten hier nach Häberlin-Senkenberg, der ziemlich eingehend den Process erörtert.

von Soldknechten, damit er die Pässe in seinen Besitzungen gegen die räuberischen Einfälle des pfälzischen und spanischen Kriegsvolkes vertheidigen könnte.*) Sein Schreiben überfloss von Versicherungen der Treue und Ergebenheit, so dass der Kaiser gegen die Rüstungen füglich keinen Einwand erheben konnte, besonders da er einige Wochen später den schwäbischen Kreisständen selbst anbefahl, dem Grafen Mansfeld keinen Vorschub zu leisten und ihm überall den Pass zu sperren, was doch nicht ohne vorausgehende Rüstungen geschehen konnte. Diesen Befehl nahm der Markgraf zum Vorwand für weitere Werbungen, denn in dem Patent, durch welches er den Herzog Wilhelm von Weimar zur Anwerbung eines Regiments ermächtigte, bemerkte er ausdrücklich, dass er diese Truppen „zur Vertheidigung seines Landes gegen Einlagerungen und zur Verwahrung der Pässe, wie solches die Römisch kaiserliche Majestät, sein allergnädigster Herr ihn gemahnt habe“, benöthige. Aehnlich mögen die Patente, die er anderen Obersten ertheilte, gelautet haben. Die Lüge zog sich wie ein rother Faden durch den unentwirrbaren Knäuel aller öffentlichen Verhältnisse und so finden wir es begreiflich, dass die Brüder Wilhelms von Weimar gegen ihren Vetter, den Kurfürsten von Sachsen, der ihnen wegen der Werbungen eine Warnung zukommen liess, auf den Wortlaut des Patentes hinwiesen und behaupteten, die Werbungen geschähen in Befolgung der kaiserlichen Mahnungen.**)

In Wien wusste man zwar, was man von diesen Versicherungen zu halten habe, da man aber nicht die nöthigen Mittel zur Hand hatte, um den Markgrafen zur Ruhe zu zwingen, so bemühte man sich vorläufig dieses Ziel auf dem Wege der Unterhandlungen zu erreichen. Erzherzog Leopold, der durch seine Besitzungen als Bischof von Strassburg am meisten dabei interessirt war, übernahm diese Aufgabe und ersuchte den Markgrafen um eine Zusammenkunft. Georg Friedrich scheute jedoch

*) Wiener StA. Der Markgraf von Baden an Ferdinand dd. 10./20. Oct. 1621.

**) Sächs. StA. Patent des Markgrafen von Baden dd. 14./24. Dec. 1621. — Ebenda. Albrecht und Bernhard von Weimar an Kursachsen dd. $\frac{\text{27. Jan.}}{\text{6. Febr.}}$ 1622.

vor einer persönlichen Begegnung zurück und schickte seinen Obervogt von Pforzheim an den Erzherzog ab, um die allfälligen Anträge desselben zu vernehmen. Leopold focht gegenüber dem Abgesandten die Rüstungen des Markgrafen nicht an, verlangte aber eine bindende Erklärung, dass sie nie zum Angriffe gegen ihn oder seine Freunde verwendet werden sollten, wogegen er die Versicherung abgab, dass er dem Markgrafen keinen Schaden zufügen wolle. Gleichzeitig verlangte er, dass Georg Friedrich die Stadt Strassburg dazu anhalten solle ihre Rheinbrücke gegen eine allfällige Benützung durch Mansfeld zu verwahren und falls sie dies nicht thun wollte, so solle er den Schutz derselben mit ihm übernehmen oder dies Geschäft ihm allein überlassen. Alle diese Forderungen standen im Gegensatz zu der Politik, die der Markgraf befolgen wollte und deshalb schlug sein Vertreter sie rundweg ab: weder wollte er in präciser Weise die Versicherung geben, dass der Markgraf den Erzherzog und seine Freunde nicht angreifen würde, noch dass er sich im Verein mit ihm an der Vertheidigung der Rheinbrücke betheiligen oder dies Geschäft ihm allein überlassen wolle; er war nur erbötig, die gewünschte Mahnung an Strassburg zu erlassen, weil er erwartete, dass diese Stadt im protestantischen Interesse handeln werde. So endete diese Besprechung ohne ein Resultat, es sei denn, dass der Erzherzog einen deutlichern Einblick in die wahren Absichten des Markgrafen erlangte.*)

Da eine freundliche Vereinbarung nicht zu erreichen war, so wollte es Leopold mit Drohungen versuchen und schickte unmittelbar nach der Abreise des Obervogts einen eigenen Gesandten in der Person seines Kämmerers Humprecht von Wessenberg an den Markgrafen mit einer Art von Ultimatum ab. Er verlangte mit aller Entschiedenheit, dass sich Georg Friedrich dem Kaiser in der Bekämpfung des Grafen Mansfeld anschliesse: es handle sich um die Abwendung furchtbarer Gräuel und man könne ihm deshalb die verlangte Neutralität nicht zugestehen. Da der Markgraf mit seinen Rüstungen noch nicht fertig war, so schickte er seinen eigenen Sohn an Leopold ab, um die

*) Münchner StA. Relation des Obervogts von Pforzheim an den Markgrafen v. Baden dd. 6./16. Januar 1622.

Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Er bot durch diesen nicht einmal eine allgemeine und unbedingte, sondern nur eine engbemessene Neutralität an, die sich bloss auf seine und des Erzherzogs Besitzungen beziehen sollte, sonst sollten ihm die Hände nicht gebunden sein, er also seine Waffen gegen die Spanier oder Ligisten kehren dürfen. Für den Fall, dass Leopold diesen Vorschlag annahm, verlangte der Markgraf, dass er fremdem Kriegsvolk den Durchgang durch sein Gebiet nicht verstatte und war dafür erbötig, bei Mansfeld die Versicherung zu erwirken, dass er die linksrheinischen Besitzungen des Erzherzogs verschonen werde.*) Nach diesen Erklärungen und Forderungen konnte man sich auf kaiserlicher Seite über die Pläne des Markgrafen keinem Zweifel hingeben.

Da einer der Obersten, den der Markgraf mit der Anwerbung eines Regiments im paderborner Stift betraut hatte, ein Herr von Fleckenstein, offen angab, dass diese Werbung zu Gunsten der Union geschehe, beklagte sich Maximilian von Baiern darüber bei Georg Friedrich und bemerkte dabei, dass ja die Union durch den mainzer Accord aufgelöst sei.**) Diese Klage hatte keine andere Folge, als dass der Markgraf seine Rüstungen beschleunigte, zumal ihm Tilly die Anzeige machte, dass er in seinem Lande Quartiere nehmen müsse, um Mansfeld an einem Ueberschreiten des Rheins zu hindern.***) Nachdem Georg Friedrich die Gewissheit zu haben glaubte, dass er mit seiner Armee, die er auf 20000 Mann veranschlagte, im Verein mit den Truppen Mansfelds und des Halberstädters dem Feinde überlegen sein würde, warf er endlich die Maske ab. Am 25. April versammelte er um sich seine Söhne und seine Räthe und resignirte in ihrer Gegenwart auf seine Besitzungen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, indem er erklärte, fortan nur Soldat sein und nicht eher ruhen zu wollen, als bis er die Spanier aus Deutsch-

1622

*) Sächs. StA. Aus Strassburg dd. 26. Jan./5. Febr. 1622. — Wiener StA. Instruction für Humprecht von Wessenberg dd. 18. Januar 1622. — Münchner StA. Memorial für Friedrich v. Baden dd. 17./27. Jan. 1622.

**) Münchner StA. Maximilian von Baiern an den Markgrafen von Baden dd. 3. März 1622.

***) Ebenda. Tilly an den Markgrafen dd. 3. März 1622.

land vertrieben und den Pfalzgrafen restituirt haben würde. Trotz alles Vertrauens, das er in die gemeinsamen Rüstungen setzte, war es ihm klar, dass er das Schicksal des Pfalzgrafen über sich herabbeschwören könnte und dies wollte er durch die Resignation zu Gunsten seines Sohnes, der sich an seinem Thun nicht betheiligen sollte, verhüten. Ob die Gegner im Falle des Sieges den Besitz seines Sohnes achten und ihn nicht angreifen würden, blieb dahin gestellt, dieser Gefahr sah der Markgraf kühn ins Auge. Bei dieser Gelegenheit unterhielten sich die Zeugen der Resignation über die Art und Weise, wie sie den Sieg ausbeuten wollten; der Herzog von Baiern sollte aus seinem Besitz vertrieben und die geistlichen Güter confiscirt werden, die Bischöfe von Mainz, Würzburg und Speier wollte man noch überdies mit ihrem Leben büssen lassen.*) Es ist selbstverständlich, dass man derartige übertriebene Reden auf Rechnung der augenblicklichen Aufregung setzen muss, aber gewiss ist, dass die Drohung gegen den geistlichen Besitz ernst gemeint war, denn sie entsprach dem Programm, das die Union seit drei Jahren verfolgte. Dass man auch den Herzog von Baiern gern zum Opfer ausersehen hätte, darf man nicht bezweifeln, zwischen Wollen und Vollbringen liegt aber eine weite Kluft.

III

Während die Freunde des Pfalzgrafen in der angedeuteten Weise rüsteten, legte auch er die Hände nicht in den Schooss, sondern wollte sogar am Kampfe persönlich theilnehmen, und begab sich im Monat August, zur Zeit als Digby in Wien verhandelte, in das Lager der holländischen Truppen bei Emerich. Als Jakob davon Kunde erhielt, erreichte seine Wuth den Kulminationspunkt, er liess ihn zur augenblicklichen Rückkehr nach dem Haag auffordern und drohte ihm, dass er sich mit seinen Feinden verbinden werde, falls er diesem Befehle nicht

1621

*) Sächs. StA. Bericht über die Abdankung des Markgrafen von Baden dd. 15/25. April 1622.

nachkommen würde.*) Friedrich, folgte diesem Befehle angeblich um seinem Schwiegervater zu Willen zu sein, thatsächlich aber nur deshalb, weil ihm die Kriegstrapazen nicht zusagten und dasselbe Bewandtniss hatte es mit seiner späteren Bereitwilligkeit dem Kaiser eine gewisse Abbitte zu leisten, als sich Digby für dieselbe aussprach. Denn in dem Memoire, welches er dem Ritter Villiers, den sein Schwiegervater an ihn abgeschickt hatte, mitgab, beschwert er sich bei ihm über den ihm zugemutheten Unterwürfigkeitsakt, weil er ihn mit einer ewigen Schmach belasten würde, und erklärte auch, dass er die Vollmachten, die er dem Markgrafen von Jägerndorf und dem Grafen Mansfeld gegeben, nur dann widerrufen wolle, wenn seine Restitution gesichert sei, nicht aber, wenn er damit bloss einen Waffenstillstand erlangen könnte. Er ging sogar noch weiter, denn er gab den Generalstaaten das Versprechen, er werde nie auf die Krone von Böhmen resigniren und dieser Absicht entsprach es, dass er seinem ältesten Sohne eine theilweise böhmische Erziehung angedeihen liess. Gleichzeitig unterstützte er, wie wir berichtet haben, den Grafen Mansfeld, als dieser bei seinem Rückzug aus der Oberpfalz ihn um Hilfe ersuchte, verpfändete deshalb seine Kleinodien in Amsterdam und stellte ihm das Geld, mit dem ihn die Generalstaaten unterstützten, zur Verfügung. Indem er die Regierung in Heidelberg davon benachrichtigte, versprach er auch die Zusendung des Geldes, auf das er aus England hoffte, und forderte sie auf, dafür Sorge zu tragen, dass der Krieg auf das katholische Gebiet hinübergespielt werde, wo man den Bauer zwar schonen aber „den Pfaffen alles das Ihrige nehmen und zu einer Massa „thun solle, aus der die Soldaten und die verdienten Offiziere „entlohnt werden könnten.“ **)

---

*) Jakob an Friedrich dd. 1./11. Sept. 1621. Münchner StA. Jakob drohte seinem Schwiegersohn, wenn er nicht seinem Rathe folgen würde: Ich werde euch desavouer mais aussi me declarer contre vous. Zwei Briefe Jakobs an Friedrich dd. $\frac{30. Aug.}{9. Sept.}$. 1621.

**) Münchner StA. Friedrich an die Regierung in Heidelberg dd. $\frac{22. Oct.}{1. Nov.}$, $\frac{29. Oct.}{8. Nov.}$, 2./12. Nov. 1621. — Ebenda. Der pfälzische Geheimsekretär Moritz an den Kanzler von der Grün dd. 12./22. October 1621.

König Jakob würde vielleicht in Folge jenes Memoires noch heftiger gegen seinen Schwiegersohn aufgebraust sein, wenn die diplomatische Niederlage, die er eben erlitten — da man seinem Schwiegersohne trotz Digby's Verwendung keinen Waffenstillstand zugestand — ihn nicht veranlasst hätte, mildere Saiten aufzuziehen. In seiner Antwort an den Pfalzgrafen mass er ihm und zwar mit Recht, das völlige Misslingen der Unterhandlungen bei, er warf ihm vor, dass er Mansfeld und den Markgrafen von Jägerndorf zu seinen Generalen ernannt, den Krieg weiter geführt und im Monat September überdies jene Erklärung an die Generalstaaten abgegeben habe, dass er um keinen Preis auf die böhmische Krone verzichten werde; dies alles habe er gethan, nachdem er feierlich versprochen habe sich seinen Rathschlägen zu fügen! Da der König sich indessen nicht verhehlen konnte, dass sein Schwiegersohn zu diesen Schritten durch die wohl begründete Furcht vor seinen Gegnern verleitet worden war, so schloss er seine Vorwürfe mit der Bemerkung, dass er nicht weiter untersuchen wolle, wie weit der Kaiser mit seinen Anklagen im Rechte sei. Seine Vermittlungswuth war indessen noch nicht gestillt, er wollte seine diplomatischen Künste noch ein Mal spielen lassen und es versuchen den Frieden ohne Anwendung der Waffen herzustellen und zwar auf Grund genau formulirter Bedingungen, deren Billigung er von Friedrich verlangte. Gleichzeitig versprach er, dass er ihm zu den eben übermittelten 10000 Pfund weitere 30000 Pfund schicken und überhaupt alles thun wolle, um seine Restitution zu bewirken.*)

Die Bedingungen, deren Billigung Jakob von dem Pfalzgrafen verlangte und die er darauf dem Kaiser zur Annahme vorlegen wollte, bestanden darin, dass sich Friedrich im Falle der Restitution verpflichte, auf die böhmische Krone für sich und seinen Sohn zu verzichten, den Kaiser um Verzeihung zu bitten und ihm eine Unterwürfigkeitserklärung auszustellen, wie dies in ähnlichen Fällen von gleichgestellten Fürsten geleistet worden war und endlich, dass er keine geheimen Bündnisse eingehe und den Kaiser in der Regierung seiner Länder nicht störe.**)

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich von der Pfalz dd. 12./22. Nov. 1621.
**) Haager Archiv. Jakob an Ferdinand dd. 12./22. Nov. 1621.

Jakob gab dem letzteren und dem König von Spanien von diesen Bedingungen Kunde, bevor er noch im Besitze der Zustimmung seines Schwiegersohnes war. In dem Schreiben an Ferdinand beklagte er sich über die Rücksichtslosigkeit, mit der der Angriff gegen den Pfalzgrafen trotz aller Zusagen einer bedingungsweisen Waffenruhe fortgesetzt werde und drohte, dass, wenn die Restitution desselben unter den angedeuteten Bedingungen nicht bewilligt würde, er sich seiner mit bewaffneter Hand annehmen müsste. Die Zuschrift Jakobs an Philipp IV enthielt dieselben Mahnungen und Drohungen und verlangte noch insbesondere die Abberufung der spanischen Hilfstruppen aus der Pfalz, im Falle der Kaiser nicht nachgeben wollte.*) Philipp beantwortete den Brief Jakobs ohne Zögern und in einer Weise, die den englischen Wünschen Rechnung trug: er versprach sich für den Waffenstillstand zu verwenden, sich an den folgenden Verhandlungen, für die er Brüssel vorschlug, zu betheiligen und alles zu thun, damit sie das von Jakob gewünschte Resultat erlangen möchten.**)

22. Nov. 1621

Bevor der Kaiser den Brief des Königs von England beantwortete, ersuchte er den Herzog von Baiern um Rath und zeigte dabei abermals seine Aengstlichkeit und Unentschlossenheit, denn er wollte der englischen Drohung nachgeben und dem Pfalzgrafen einen Waffenstillstand bewilligen.***) In München verfolgte man indessen entschlossen die einmal betretene Bahn, die mit der völligen Niederlage des Pfalzgrafen endigen sollte, und dem entsprechend war auch die Antwort, die dem kaiserlichen Boten, dem Grafen von Hohenzollern, zu Theil wurde. Dem Kaiser wurde gerathen, dass er nur dann in den Waffenstillstand einwilligen solle, wenn man ihm die Ober- und Unterpfalz mit allen festen Plätzen auf so lange übergäbe, bis er den Richterspruch gefällt haben würde. Wenn die Gegenpartei auf diese Bedingung nicht eingehe, so solle der Kaiser eine allgemeine Entwaffnung vorschlagen und dabei die Bedingung stellen, dass die Gegner zuerst die Waffen niederlegen und sich aller Räubereien enthalten

*) Collectio Camer. Jakob an Philipp IV dd. 12./22. Nov. 1621.

**) Ebend. Philipp IV an Jakob dd. 28. Dec. 1621.

***) Wiener StA. Ferdinand an Max. dd. 23. Dec. 1621.

sollten, dass der Pfalzgraf die dem Grafen Mansfeld und dem Halberstädter ertheilten Vollmachten widerrufe und die Besitzverhältnisse bis auf die kommenden Verhandlungen nicht weiter antaste.*) Da dieser Vorschlag vor allem die Entwaffnung des Pfalzgrafen beabsichtigte, damit derselbe die spätere Entscheidung ohne Widerstand hinnehmen müsste, so fand er den Beifall des wiener Hofes und Ferdinand säumte nun nicht länger den Brief Jakobs zu beantworten. Er erklärte, dass er trotz der beharrlichen Feindseligkeiten des Pfalzgrafen zu friedlichen Unterhandlungen bereit sei und deshalb einen Gesandten nach Brüssel schicken wolle, der dem vom Könige von England dorthin zu sendenden Bevollmächtigten die kaiserliche Willensmeinung kund thun werde.**) Worin diese bestehen sollte, wurde dem Könige vorläufig verschwiegen.

Als Friedrich im Haag von den Bedingungen in Kenntniss gesetzt wurde, deren Annahme Jakob von ihm verlangte, hielt er eine eingehende Berathung ab, an der sich Camerarius, Solms und der Engländer Carleton betheiligten. Er erklärte sich schliesslich bereit die gestellten Bedingungen anzunehmen, vorausgesetzt, dass Jakob die Annahme geheimhalten und das Dokument wieder zurückstellen würde, im Falle der Kaiser die Restitution verweigerte. Dabei wollte er aber seine Kriegsvorbereitungen fortsetzen und wurde zu dieser Haltung nicht nur durch das Versprechen Jakobs bezüglich der Zahlung weiterer Subsidien veranlasst, sondern auch durch die Kenntniss, die er von den kaiserlichen Plänen erlangt hatte. Ferdinand hatte nämlich, wie wir noch näher berichten werden, im October an Philipp IV, an Zuñiga und andere Personen geschrieben und ihnen seine Absicht kundgegeben, die pfälzische Kur auf Baiern zu übertragen; diese Briefe waren in die Hände Mansfelds gefallen und dem Pfalzgrafen nach dem Haag überschickt worden. Er hatte so den unwiderleglichen Beweis in den Händen, dass man in Wien seinen Ruin beschlossen habe und hielt sich demnach für berechtigt, alle Mittel zu seiner Vertheidigung in Bewegung zu setzen. Die Conferenz im Haag beschloss, die

24. Januar 1622

1621

*) Wiener StA. Jocher an Ulm dd. 2. Januar 1622.

**) Münchner StA. Ferdinand an Jakob von England dd. 24. Jan. 1622.

aufgefangenen Schriftstücke zur Kenntniss aller befreundeten Fürsten zu bringen und Gesandte an Dänemark, Schweden, an den niedersächsischen Kreis, an Baden, Würtemberg, Lothringen, Strassburg u. s. w. abzuschicken und sie um Aufbietung ihrer Streitkräfte gegen die nun unbestreitbar beabsichtigte Schmälerung der Protestanten zu ersuchen. Dieser Beschluss wurde auch Jakob mitgetheilt und da man ihm die aufgefangenen Schreiben zuschickte und überzeugt war, dass sie seinen Zorn reizen würden, ersuchte man ihn gleichzeitig, die Bestrebungen des Pfalzgrafen bei den betreffenden Fürsten zu unterstützen und namentlich den König von Frankreich zu einer freundlicheren Haltung zu vermögen, als bisher. *)

Wenn man sich jene Drohbriefe vor Augen hält, die Jakob erst vor wenigen Tagen an den Kaiser nnd an den König von Spanien geschrieben hatte, so sollte man vermuthen, dass er sich diesmal zu einer energischen Politik aufraffen würde; aber wer nähere Kenntniss von den Plänen hatte, mit denen man sich an seinem Hofe trug, durfte es bezweifeln. Der König und sein Vertrauter, der Herzog von Buckingham, waren gegen die Holländer wieder äusserst gereizt und diese Gereiztheit, die auch von vielen Engländern getheilt wurde, hatte zum Theil ihren Grund in den wechselseitigen Streitigkeiten und Anfeindungen, mit denen sich die ostindische Handelscompagnie und die holländische Handelsgesellschaft in den indischen Gewässern verfolgten, zum Theil aber auch darin, weil die Holländer seit dem Wiederausbruche des Krieges mit Spanien nicht dulden wollten, dass von England aus in die spanischen Niederlande Kriegsmaterial verführt werde. Wenn Jakob Jemanden befehden wollte, so waren es die Holländer und nicht die Spanier mit denen er sich viel lieber verbunden hätte. Zu allen diesen Uebelständen gesellte sich noch der, dass Buckingham von den Schmähreden Kunde erhielt, die man sich gegen ihn im Haag im Hause des Pfalz-

*) Münchner Hofbibl. Collectio Camerar. Friedrich an Jakob dd. $\frac{25. \text{Nov.}}{5. \text{Dec.}}$ und $\frac{26. \text{Nov.}}{6. \text{Dec.}}$ 1621. — Ebenda ein Memoire des Pfalzgrafen für Jakob dd. $\frac{26. \text{Nov.}}{6. \text{Dec.}}$ 1621.

grafen erlaubte; welche andere Folge konnte dies haben, als dass er sich in seiner verletzten Eigenliebe für den unglücklichen Friedrich nicht sehr ereiferte.*) Trotzdem wollte man ihn in London nicht ganz verlassen, sondern einige Kriegsvorbereitungen zu seinen Gunsten treffen; zu dieser Haltung trug insbesondere Lord Digby nach seiner Rückkehr nach England durch seine Berichte nicht wenig bei. Das Parlament wurde auf den 30. November einberufen und von diesem wollte man das nöthige Geld verlangen, um allenfalls den Krieg gegen den Kaiser und seinen spanischen Bundesgenossen beginnen zu können. Aber gerade an diesem Tage bekam Jakob von George Gage, seinem Unterhändler in Rom in Angelegenheit der spanischen Heirat die Nachricht, dass der Papst geneigt sei, die Dispens für dieselbe zu ertheilen, im Falle er den englischen Katholiken einige Concessionen machen würde. Er war darüber so erfreut, dass er den spanischen Gesandten Gondomar ersuchen liess, er möge nicht beachten, was etwa in dem zu eröffnenden Parlament gesprochen werden würde, er (Jakob) werde dafür Sorge tragen, dass nichts geschehe, was dem Könige von Spanien missfallen könnte. Ob sich durch diese Versicherung das Vertrauen zu ihm in Spanien steigerte, wissen wir nicht, jedenfalls aber wusste man schon jetzt, dass seine allfälligen Kriegsdrohungen nicht ernst zu nehmen seien. 1621

Als am 1. December das Parlament zusammentrat, wurde demselben von Seite des Königs, der sich wegen wirklicher oder angeblicher Krankheit in Newmarket aufhielt, die Bitte um Subsidien für die Unterstützung der Pfalz vorgelegt. Digby empfahl das königliche Gesuch, indem er in längerer Rede auseinandersetzte, dass der König entweder seine Tochter preisgeben oder sich für den Krieg vorbereiten müsse, dass zu diesem Behufe Geld für die Unterhaltung der Truppen Vere's und Mansfelds und für die Ausrüstung einer neuen Armee, die im Frühjahr nach die Unterpfalz geschickt werden solle, bereit sein müsse und dass die Kriegskosten für ein Jahr mindestens 900000 Pfund betragen würden. Die Argumente Digby's fanden bei dem Unterhause den lebhaftesten Anklang, die meisten Redner ergossen 1621

*) Gardiner Prince Charles II, 117.

sich in Beschuldigungen wider Spanien und verlangten, dass man rasch zum Schwerte greife; einige wollten auch nichts von der spanischen Heirat und von allfälligen milderen Massnahmen gegen die Katholiken wissen und um ihre Wünsche in vernehmlicher Weise dem Könige vorzulegen, beschloss das Unterhaus nicht bloss einfach die Subsidien zu bewilligen, sondern in einer Petition die eigenen Ansichten und Wünsche deutlich auseinander zu setzen.*)

Die aus diesen Gründen entworfene Petition enthält in ihren einzelnen Puncten eben so viele Verurtheilungen der bisherigen inneren und äusseren Politik des Königs: es wurde ihm gerathen den Krieg gegen den Fürsten, der zuerst die Pfalz überfallen, also gegen Spanien, mit Ernst zu beginnen, ihn nicht bloss auf die Pfalz zu beschränken, sondern seine Angriffe nach allen Richtungen auszudehnen, sich der Hilfe auswärtiger Glaubensgenossen zu bedienen, seinen Sohn mit einer protestantischen Prinzessin zu vermählen und mit Strenge gegen die Katholiken aufzutreten, also nicht zu dulden, dass ein Theil von ihnen ausser Landes erzogen werde, sondern anzubefehlen, dass die hinterlassenen Waisen katholischer Eltern protestantischen Schulmeistern zum Unterricht übergeben würden. Alle diese Bitten und Rathschläge verstiessen aber gegen die innigsten Wünsche Jakobs: sie rieten ihm zum Kriege gegen Spanien, den er trotz der Bitten um Subsidien um jeden Preis vermeiden wollte, sie wollten seinen Sohn mit einer protestantischen Prinzessin verheiraten und für ihn war die spanische Heirat ein Gegenstand der heissesten Sehnsucht, sie wollten die Katholiken unnachsichtlich verfolgen und er wollte den Bann von ihnen heben und die verschiedenen Religionsgesellschaften an eine wechselseitige Duldung gewöhnen.**)

Vom englischen Standpunkt und dem des Protestantismus kann man nicht bezweifeln, dass der Rathschlag der Gemeinen allein die richtige Politik, d. h. die des Egoismus empfahl, während die Behandlung, die der König den Katholiken zu-

*) Gardiner a. a. O. II. 135 und folg.

**) Theatrum Europaeum 601. Petition des Unterhauses.

kommen lassen wollte, den Forderungen der Gerechtigkeit und sonach einer idealen Auffassung der Dinge entspricht. Wenn die Gemeinen davon nichts wissen wollten, so sind sie deshalb nicht absolut zu tadeln, sie legten denselben Massstab an die Katholiken, nach dem sie gemessen sein wollten, sie wussten, dass die letzteren sich mit der blossen Duldung nicht begnügen, sondern später die Gleichberechtigung und dann die Herrschaft ansprechen würden, denn gerade so hätten ihre eigenen Ansprüche in einem ähnlichen Falle gelautet. So lange die religiöse Ueberzeugung tief in den Gemüthern wurzelte und die Lebensweise des Einzelnen bestimmte, konnte von einer wirklichen Gleichberechtigung keine Rede sein, da man den Gegner hasste oder verachtete; eine Gleichberechtigung der Konfession ist erst in unseren Tagen möglich, seit die religiösen Gegensätze sich nicht mehr mit der früheren Schärfe geltend machen, weil nicht das Christenthum allein, sondern nationale, politische, industrielle und wissenschaftliche Bestrebungen unsern Gedankenkreis ausfüllen.

Bevor noch die Petition des Unterhauses dem Könige überreicht worden war, hatte Gondomar Kenntniss von ihrem Inhalt erlangt und an Jakob geschrieben, dass er nur deshalb noch nicht aus England abgereist sei, weil er hoffe, dass Jakob die Bosheit des Parlaments in der gehörigen Weise strafen werde. Dieser Brief, der nicht nur die Grenzen der zulässigen Sprache überschritt, sondern auch die innere Politik des Landes beeinflussen wollte, hätte eigentlich von Jakob zurückgewiesen werden sollen, *) allein es geschah nichts weniger als das, er kam vielmehr der darin ausgesprochenen Erwartung nach und richtete ein Schreiben, an den Sprecher des Unterhauses, worin er sein Missfallen darüber kundgab, dass einige „hitzige und eigensinnige Köpfe sich erkühnet und unterfangen haben über Gegenstände zu sprechen, die für ihren Verstand viel zu hoch“ seien. Im Falle das Unterhaus nicht diejenigen Punkte der Petition ändern würde, die sein Missfallen erregten und unter denen er namentlich den wegen der spanischen Heirat und wegen der Verhaftung eines

*) Gardiner a. a. O. II. 157.

Parlamentsgliedes anführte, wolle er sie nicht annehmen und nicht beantworten.*)

Dieser Brief wurde im Unterhause vorgelesen, aber trotzdem blieb es bei dem früheren Entschlusse — der Absendung der Petition — denn wenn man nachgab, war damit ausgesprochen, dass die Gemeinen kein Recht hätten, sich über die Leitung der äusseren Politik zu äussern und dass die Redefreiheit bei ihnen preisgegeben sei, da die Verhaftung jenes Parlamentsmitgliedes eben nur wegen seiner missfälligen Sprache erfolgt war. Als der König von dem Beschlusse Kunde erhielt, schickte er seinen Secretär ab und befahl den Gemeinen, von allen anderen Verhandlungen abzustehen und in der Berathung der ihnen gemachten Propositionen fortzufahren. Statt zu folgen entwarfen sie eine neue Schrift, worin sie den beanstandeten Inhalt ihrer Petition rechtfertigten um ihre gnädige Erwägung ersuchten**) und mit derselben eine Deputation nach Newmarket abschickten, die vom Könige freundlich empfangen wurde und einen Brief als Antwort an ihre Auftraggeber erhielt.***) Allein diese Antwort, 1622 die am 24. December im Unterhause vorgelesen wurde, zeugte von keiner freundlichen Gesinnung, sondern enthielt mehrfache Vorwürfe gegen die Gemeinen: sie seien undankbar, weil sie die Gutmüthigkeit und Gnade des Königs nicht anerkannten, pflichtvergessen, weil sie statt ein Vorbild für das Volk zu sein, seine Regierung verlästerten und keck, weil sie behaupteten, dass er ungewissen Berichten und parteiischen Ohrenbläsern Glauben schenke. Indem er auf den Inhalt ihrer ersten Petition einging, verwahrte er sich gegen ihren Rath, den König von Spanien zu bekriegen und die Heiratsverhandlungen abzubrechen; er habe von ihnen nur Geld verlangt um ein Heer auszurüsten und mit demselben die Pfalz zu vertheidigen, aber sie um keine derartigen Rathschläge ersucht, wie die Petition sie enthalte. Ihre Handlungsweise komme ihm so vor, als wenn ein Kaufmann, von dem er Geld zur Ausrüstung einer Armee ausleihen würde, bestimmen wollte, in welcher Weise der Krieg geführt werden

*) Theatrum Europaeum 604. Zuschrift des Königs an den Sprecher.

**) Theatrum Europaeum 605. Die Zuschrift des Hauses der Gemeinen an Jakob.

***) Gardiner a. a. O. II. 140.

solle. Das Unterhaus könne ihm keinen guten Rath in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten geben, weil es mit den täglich wechselnden Details der Unterhandlungen nicht bekannt sei und so gelte hier das Sprichwort: „Schuster bleib bei deinem Leisten". Auf die Klagen wegen Begünstigung der Katholiken erwiderte er, dass er bei ihnen keine Ueberhebung dulden werde, aber auch nicht zu hart gegen sie verfahren dürfe, um nicht katholische Fürsten in ihren Gebieten zur Wiedervergeltung zu reizen. In Bezug auf die Privilegien des Hauses verwahrte er sich dagegen, dass er sie verletze, aber das könne er nicht dulden, dass sie von den Gemeinen als ein „altes unbezweifelbares Erbgut" bezeichnet würden, denn diese Privilegien rühren von „seiner und seiner Vorfahren Gnade und Zulassung her" und man könne davon kein Erbrecht ableiten.

Die Antwort Jakobs, welche das Unterhaus zu einer blossen Cassaverwaltung degradirte, reizte dasselbe und da der König nichts that, was die üble Stimmung verscheuchen konnte, so entschlossen sich die Gemeinen ihre Rechte durch einen Protest zu wahren, den sie ihrem Protokoll einverleibten. In demselben stellten sie trotz des königlichen Widerspruches die Behauptung auf, dass sie ihre Freiheiten und Privilegien als ihr Erbgut ansähen, dass ihnen das Recht zustehe über alle Angelegenheiten zu verhandeln, welche den König, die Regierung, die englische Kirche und mancherlei Unordnungen und Beschwerden beträfen und dass jedes Mitglied frei seine Meinung äussern und ohne Zustimmung des Unterhauses nicht in Haft genommen werden dürfe. — Wenn die Gemeinen durch ihre Behauptungen andeuten wollten, dass diese Ansprüche stets Giltigkeit hatten, so braucht man nur auf die Zustände unter Elisabeth und Heinrich VIII hinzuweisen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, dass das Parlament nicht stets die Rechte innehatte, die es jetzt in Anspruch nahm, allein jedenfalls war es klug, wenn sie ihre unbestimmten und ungewissen Rechte dahin erweitern wollten, dass die Redefreiheit gesichert, die Einzelnen gegen willkürliche Verfolgungen geschützt und ihnen gestattet sein sollte, über die wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten ihre Meinung zu äussern. Es sind diese Rechte die Grundbedingungen einer jeden lebensfähigen Verfassung und wenn man dem König nachgab, so

musste das öffentliche Leben in England dieselbe traurige Richtung nehmen, der es in Spanien anheimgefallen war.*)

Jakob war über den Protest des Unterhauses höchlich erzürnt und kam deshalb eigens von Newmarket nach dem Palast von Whitehall, liess sich das Protokoll bringen, in dem der Protest eingetragen war, und riss das Blatt in Gegenwart seiner Räthe eigenhändig heraus. Damit hatte er aber seinem Zorn noch nicht genügt, er ordnete auch die Verhaftung von den drei vorzüglichsten Leitern der Opposition Coke, Phelip und Mallory an, liess sie in den Tower abführen und löste dann das Parlament auf. Den grössten Triumph feierte jetzt Gondomar. Das Zerwürfniss zwischen dem Könige und dem Unterhause hatte zur Folge, dass keine Subsidien bewilligt wurden und man weder Vere noch Mansfeld ausreichend unterstützen und noch weniger eine Armee ausrüsten konnte. Wenn Digby jetzt nach Spanien geschickt wurde, so musste er dort als Bittsteller und nicht als Repräsentant einer Macht, die mit dem Kriege drohen konnte, erscheinen. Buckingham war erfreut über die Wendung, die die Dinge genommen hatten, und beglückwünschte den spanischen Gesandten zu derselben bei einem Besuche. Digby dagegen war äusserst betrübt und bemerkte gegen seine Freunde, dass dem Könige nichts anderes übrig bleibe, als den spanischen Geboten Folge zu leisten und gegen Jakob äusserte er sich, dass er bis dahin stets ein gutes Einvernehmen mit den Feinden Spaniens angerathen habe, jetzt aber sagen müsse, dass dem König, wenn er sich nicht zu Grunde richten wolle, nichts anders übrig bleibe, als sich Spanien in die Arme zu werfen.**)

9. Januar 1622 — 16. Januar 1622

1622 Lord Digby berichtete Anfangs Januar dem Pfalzgrafen, dass vor kurzem im königlichen Rathe beschlossen worden sei, für die Unterhaltung von ungefähr 10000 Mann in der Unterpfalz Sorge zu tragen, und einen Tag später schrieb auch Jakob seinem Schwiegersohne und versicherte ihn, dass er durch Verhandlungen für seine Restitution Sorge tragen, dass er aber zugleich an der Beschaffung der nöthigen Kriegsmittel mit einem Eifer und einem Fleisse arbeite, der im Verhältniss zu dem

10. Januar 1622

*) Gardiner a. a. O. II. 159.
**) Gardiner a. a. O. II. 157.

Bedürfnisse stehe. Alle diese Vertröstungen und Versicherungen waren mit Ausnahme der angedeuteten Verhandlungen Lügen, denn wie konnte er dem Bedürfnisse genügen, wenn das Parlament aufgelöst wurde, ohne dass es Subsidien bewilligt hätte, aber dem König kostete es nicht viel Ueberwindung Versprechungen zu machen, von deren Undurchführbarkeit er überzeugt war. Er versprach auch, dass er die verschiedenen Continentalmächte durch Gesandte oder auf schriftlichem Wege auffordern werde, seinem Schwiegersohne zu helfen und hielt hierin Wort, denn an Frankreich und Lothringen schickte er den Lord Doncaster, den König von Dänemark und die niedersächsischen Kreisfürsten mahnte er aber durch Schreiben.*) Die einzige Hilfe, die er leistete, bestand darin, dass er die versprochenen 30000 Pfund in Wechseln einschickte. Da man von dieser Summe an Vere 82000 Gulden, an Mansfeld 50000, an Christian von Halberstadt 20000 Gulden verabfolgte,**) so war man im Haag bald wieder ohne Geld und richtete neue Bitten an Jakob, der denselben beim besten Willen nicht mehr genügen konnte, wenn er nicht einen Wechsel in seiner inneren Politik eintreten liess.

Wiewohl man im Haag durch die Zerwürfnisse zwischen dem König und dem Parlament äusserst unangenehm berührt war und die schlimmsten Folgen für die eigene Sache befürchten musste, so verwendete man trotzdem alle Aufmerksamkeit auf den neu anzufachenden Krieg. Man wünschte, dass Mansfeld und Vere ihre Streitkräfte möglichst vermehren, dann über den Main rücken, sich mit dem Halberstädter vereinigen und den Krieg auf katholisches Gebiet in die Stifter Würzburg und Eichstätt spielen möchten. Für den Fall, als die Vereinigung der pfälzischen Verbündeten jenseits des Mains gelingen würde, wollte sich Friedrich zu dem Heere verfügen und das Ober-

---

*) Coll. Camer. Digby an Friedrich dd. $\frac{\text{30. Dec. 1621.}}{\text{9. Jan. 1622.}}$ — Ebenda. Schreiben des Königs v. England an Dänemark, Venedig, Holstein dd. $\frac{\text{31. Dec. 1621.}}{\text{10. Jan. 1622.}}$ — Ebenda Jakob an Friedrich dd. $\frac{\text{31. Dec. 1621.}}{\text{10. Jan. 1622.}}$

**) Münchner R. A. Solms an von der Grün dd. $\frac{\text{28. Dec. 1621.}}{\text{7. Jan. 1622.}}$

commando in die Hand nehmen.*) Dieser Entschluss wurde Jakob mitgetheilt und daran die Bitte geknüpft, er solle sich mit der Ausrüstung der versprochenen Hilfstruppen beeilen, eine Bitte, deren Erfolglosigkeit nach der Parlamentsauflösung nicht zu bezweifeln war. Gleichzeitig wurden im Haag diejenigen Personen bestimmt, welche man an die befreundeten Fürsten schicken wollte: die Gesandtschaft bei Dänemark und dem niedersächsischen Kreis wurde dem Rathe Camerarius anvertraut, bei Gustav Adolf von Schweden sollte sich Christian von Anhalt verwenden, zu dem Herzog von Lothringen sollte sich Streif von Löwenstein, zu den Mitgliedern der ehemaligen Union und nach der untern Pfalz Kolb von Wartenberg, und endlich nach Frankreich Gueretin und Börstel verfügen.**)

Der erste, der seiner Mission nachkam, war Camerarius, 1622 der wahrscheinlich gegen Ende Februar nach Kopenhagen abreiste. Er hatte den Auftrag, den König Christian um monatliche Subsidien und sonstige Hilfe sowie um seine Verwendung bei dem niedersächsischen Kreis und bei Kursachsen zu ersuchen und auf die Hilfe hinzuweisen, zu der König Jakob jetzt bereit sei. Allein wie sehr auch Camerarius seine Beredsamkeit anstrengen und auf die Gefahren, die von den Katholiken drohten, hinweisen mochte, er erlangte in Kopenhagen weder Geld noch das Versprechen einer Hilfeleistung: der König erklärte, dass er den Kaiser, der ihm nichts zu Leid gethan habe, nicht beleidigen dürfe und verwies den Pfalzgrafen auf das Betreten friedlicher Wege. Alles, wozu er erbötig war, bestand darin, dass er das Gesuch des Pfalzgrafen den niedersächsischen Kreisfürsten empfehlen wollte. Camerarius sollte von Kopenhagen aus sich zu den betreffenden Fürsten begeben und an die Stände dieses Kreises die Bitte um Geld und Truppen richten, allein die Furcht, dass er auf dem Wege in die Hände eines kaiserlichen Anhängers fallen könnte, hemmte seine Schritte und er dürfte aus diesem Grunde nur wenige Besuche gemacht

---

*) Münchner StA. Unterthänigstes Bedenken dd. 3./13. Januar 1622. — Ebenda. Rathschlag v. 7./17. Jan. 1622. — Ebenda. Friedrich an Jakob dd. 7./17. Febr. 1622.

**) Ebenda. Anordnung der verschiedenen Gesandtschaften von Seite Friedrichs.

haben. Was er erfuhr, war wenig tröstlich: er war Zeuge der bitteren Beschwerden über die Verwüstungen, die sich das im vorigen Jahre geworbene Volk bei seinem Zuge von Hamburg nach dem Eichsfeld erlaubt hatte, er hörte, dass der Herzog von Braunschweig nichts von einer Unterstützung des Pfalzgrafen wissen wolle, weil er seinen Bruder, den Bischof von Halberstadt, im Verdacht habe, dass er ihn auf diesem Wege aus seinem Besitz verdrängen wolle und ähnliches mehr.*) Als sich der niedersächsische Kreistag versammelte, zeigten seine Beschlüsse, dass die Gesammtheit der Stände nicht besser gesinnt war als die einzelnen. Er beschloss zwar auch jetzt, sich an den Kaiser mit der Bitte zu wenden, er möge den Pfalzgrafen restituiren, wenn er sich unterworfen und Abbitte geleistet haben würde, allein von einer Hilfeleistung für ihn war keine Rede, man gedachte nur einige Rüstungen anzustellen, dieselben weder zu Gunsten des Kaisers noch des Pfalzgrafen zu verwenden, sondern nur den „beleidigten Fürsten, wo es Noth thue, die Hand zu bieten.“ Dieser Beschluss hatte keinen andern Sinn, als dass die Stände sich gegen die Bedrückungen und Räubereien einzelner Truppenkörper beistehen wollten, mochten dieselben in wessen Namen immer geworben sein.**)

März 1622

Bei dieser Gesinnung wird ein zwei Monate später gefasster Beschluss des abermals berufenen Kreistages verständlich. Der Kaiser hatte sich zu Ende März entschlossen, das Ansuchen, das er einige Wochen früher an den schwäbischen Kreis gerichtet hatte, ihn bei der Verfolgung seiner Feinde zu unterstützen, auch an die andern Reichskreise zu stellen und hatte

1622

*) Münchner Hofbibliothek. Coll. Camerar. Instruction für Camerarius dd. $\frac{23.\ Jan.}{2.\ Febr.}$ 1622. — Ebenda. Erklärung des Königs von Dänemark dd. 10./20. März 1622. — Ebend. Camerar. an Friedrich dd. $\frac{25.\ März}{4.\ April}$ 1622. — Ebenda. Instruction für Camerarius zu seiner Reise zu den niedersächs. Kreisständen dd. $\frac{23.\ Jan.}{2.\ Febr.}$ 1622.

**) Ebenda. Die niedersächs. Kreisstände an Ferdinand dd. $\frac{29.\ März}{8.\ April}$ 1622. — Sächs. StA. Kreisabschied zu Braunschweig dd. $\frac{29.\ März}{8.\ April}$ 1622.

dabei namentlich den niedersächsischen um einen Geldbeitrag und um seine Hilfe bei der Bekämpfung Christians von Halberstadt ersucht. Die Reichshofräthe Reck und Melander besuchten zu diesem Zwecke die einzelnen Fürsten in diesem Kreise und befürworteten darauf die Forderung des Kaisers auf dem Kreistage, der Anfangs Juni zusammentrat. Auch diesmal deutet der Beschluss die neutrale Haltung an, die die Stände einzuhalten wünschten; sie wollten sich weder für den Pfalzgrafen einsetzen, noch dem Kaiser zu Willen sein. Nur in dem Falle erklärten sie sich zur Zahlung von vierzehn Römermonaten bereit, wenn er den Pfalzgrafen restituiren, die am Reichstage von 1613 angemeldeten Reichsgravamina abstellen und die evangelischen Stände im Besitze der geistlichen Güter bestätigen würde.*) Mit einem Worte, die Kreisstände wollten weder den Pfalzgrafen unterstützen und zwar aus Furcht, noch den Kaiser und zwar aus Uebelwollen. Das deutsche Staatswesen zeigte ein Bild der tiefsten Zerrüttung. Durch kein gemeinschaftliches Interesse zusammengehalten, bot es ehrgeizigen Partei- oder Kriegshäuptern ein günstiges Feld für ihre Angriffe dar, vor allem konnten fremde Mächte das aus hundert Wunden blutende Land noch tiefer niederdrücken. Verhandelte doch schon Mansfeld mit Ludwig XIII wegen Uebernahme der deutschen Kaiserkrone!**)

1622

Die Reise des Camerarius hatte also nicht das gewünschte Resultat für den Pfalzgrafen zur Folge und eben so wenig richteten die übrigen Gesandten aus. Der Fürst von Anhalt hatte bereits den Kaiser um seine Begnadigung ersucht und sich nach Schweden zurückgezogen, um damit den Beweis zu liefern, dass er an keinen Machinationen gegen ihn mehr theilnehme. Deshalb kam ihm der Auftrag des Pfalzgrafen sehr ungelegen, er erfüllte ihn zwar, erreichte jedoch nichts von dem König von Schweden, denn als er ihn um eine Geldunterstützung ersuchte, entschuldigte sich Gustav Adolf mit der eigenen

*) Wiener StA. Kaiserl. Instruction für Reck u. Melander dd. 30. März 1622. — Nebenmemorial dd. 4. April 1622. — Ebenda. Antwort des niedersächs. Kreistages. — Sächs. StA. Kreisabschied des niedersächsischen Kreistages dd. 12./22. Juni 1622.

**) Münchner StA. Kolb v. Wartenberg an Friedrich dd. 4./14. März 1622.

Noth.*) Ebenso resultatlos endete die Mission Kolbs von Wartenberg und Börstels.

Kolb von Wartenberg hatte die Weisung sich zunächst nach der untern Pfalz zu begeben, um da den Obersten Vere zu beschwichtigen, der sich über Mangel an Geld und Proviant beschwerte und verlangte, dass Mansfeld unter sein Commando gestellt würde, widrigenfalls er abberufen zu werden wünschte. Er sollte den englischen Befehlshaber auf die von Jakob versprochene Unterstützung vertrösten und ihn ersuchen, seine Eifersucht gegen Mansfeld um des allgemeinen Besten willen zu unterdrücken, der Anlass zu derselben werde ohnedies wegfallen, sobald Friedrich zu seinen Truppen kommen werde.**) Neben der Beschwichtigung Vere's wurde ihm der Besuch der Markgrafen von Culmbach, Anspach und Baden, des Herzogs von Würtemberg und der Städte Strassburg, Nürnberg und Ulm aufgetragen, wo er überall dieselben Bitten anbringen sollte, wie Camerarius in Dänemark und sie mit dem Hinweise auf die aufgefangenen Briefe stützen sollte. Ueberhaupt verwerthete der Pfalzgraf diese Briefe ebenso wie der Kaiser dies ein Jahr zuvor mit der anhaltischen Kanzlei gethan hatte. Wie der Kaiser damals mit gutem Grunde behaupten konnte, dass die Vorgänge in Böhmen das Werk einer wohl überdachten Verschwörung gewesen seien, an der der Kurfürst von der Pfalz und Christian von Anhalt Haupttheilnehmer waren, so konnte der Pfalzgraf jetzt mit eben so viel Recht darauf hinweisen, dass man in Wien nur seinen Ruin plane und dass alle Versprechungen daselbst falsch gemeint seien.

Kolb von Wartenberg besuchte auf seiner Reise, die er über Frankreich antrat, zuerst den Herzog von Bouillon, von dem er die besten Versicherungen erhielt und ging dann nach dem Elsass, wo er mit Mansfeld zusammentraf. Es war dies Anfangs März, also zu einer Zeit, wo die Werbungen des Grafen den besten Fortgang nahmen und die sichere Hoffnung vorhanden war, dass er binnen kurzem über mehr als 20000 Mann

1622

*) Münchner StA. Anhalt an ? dd. 6./16. März 1622.

**) Ebenda. Puncta über die Kolb von Wartenberg mit Vere verhandeln soll dd. $\frac{28.\ \text{Jan.}}{7.\ \text{Febr.}}$ 1622. — Ebenda. Friedrich an Vere dd. $\frac{27.\ \text{Jan.}}{6.\ \text{Febr.}}$ 1622.

verfügen werde. Der Gesandte benachrichtigte den Pfalzgrafen davon und erzählte ihm auch von den Unterhandlungen, die Mansfeld mit dem Könige von Frankreich wegen Uebernahme der deutschen Kaiserwürde angeknüpft habe.*) Er verfügte sich darauf zu dem Markgrafen von Baden, wo seine Botschaft begreiflicherweise die beste Aufnahme fand, aber seine Bemühungen, den Herzog von Würtemberg und die Reichsstädte für die Unterstützung des Pfalzgrafen zu gewinnen und so zu einer Art Wiederaufrichtung der Union zu bewegen, waren erfolglos. Die Reichsstädte lehnten jede offene Unterstützung ab und der Herzog von Würtemberg gab zu verstehen, dass er sich dem Pfalzgrafen nur dann anschliessen werde, wenn der Krieg für ihn einen günstigen Anfang genommen haben würde. Aber damit half er eben so wenig, wie mit einem Schreiben, das er an den Kaiser richtete um Gnade für ihn zu erbitten oder wie mit der Berufung des schwäbischen Kreistages, auf dem beschlossen wurde, 4000 Mann auszurüsten um mit ihnen die Pässe zu besetzen. Denn da man auf ligistischer Seite gegen diese Rüstung das grösste Misstrauen hegte, so suchte man sie zu verhindern, und dies gelang, da die ligistischen Truppen zum Theil auf dem schwäbischen Gebiete einquartiert waren.**)

Während Kolb von Wartenberg sich auf die angedeutete Weise seiner Aufträge entledigte, suchte Börstel in Paris den König von Frankreich für das Loos des Pfalzgrafen zu interessiren. Am französischen Hofe war man seit Jahresfrist von der Parteinahme für die Habsburger zurückgekommen und wenn man der geänderten Gesinnung nicht schon jetzt Ausdruck gab, so waren

*) Münchner StA. Kolb von Wartenberg an Friedrich dd. 18./28. Febr. und 4./14. März 1622. Mansfeld hatte zu gleicher Zeit auch Verhandlungen mit der Infantin angeknüpft, worüber später.

**) Münchner StA. Vortrag Kolbs von Wartenberg bei Baden. — Durlach dd. 6./16. März 1622. — Sächs. StA. Abschied des ulmer Kreistages dd. 11./21. März 1622. — Münchner StA. Würtemberg an den Kaiser dd. $\frac{27. \text{März}}{6. \text{April}}$ 1622. — Ebenda. Resolution von Nürnberg dd. $\frac{31. \text{März}}{10. \text{April}}$ 1622 und von Ulm dd. 10./20. April 1622. — Münchner StA. Andreas Pawel an Tschernembl dd. 15. April 1622.

daran nur die inneren Wirren Schuld, in Folge deren Ludwig zu den Waffen gegen die Hugenotten greifen musste. Die Antwort, die Börstel zu Theil wurde und die wir nicht kennen, mag deshalb keine bestimmten Zusagen enthalten haben.*) Auch Streif von Löwenstein brachte keinen besseren Bescheid von dem Herzog von Lothringen zurück, als er ihn im Namen Friedrichs um seine Vermittlung ersuchte. Der Herzog lehnte die Bitte nicht nur ab, sondern riet dem Pfalzgrafen verblümt an, auf die Kur zu verzichten, um seinen Besitz zu retten. **) — Ein Schreiben, dass der letztere an den Herzog von Savoyen richtete und in dem er auch diesen Fürsten um seine Hilfe ersuchte, blieb ebenso unwirksam. Aus allen diesen Angaben ist ersichtlich, dass Friedrich im Frühjahr nur auf Mansfeld, 1622 den Markgrafen von Baden und Christian von Halberstadt mit ihrer geworbenen Mannschaft rechnen konnte, denn den Fürsten Bethlen durfte er nicht mehr in den Kreis seiner Combinationen ziehen, da dieser sich mit dem Kaiser verglichen hatte.

Wenn man den Angaben über die Zahl der im Frühjahr 1622 zu Gunsten des Pfalzgrafen angeworbenen Truppen glauben wollte, so standen im Monat April ungefähr 70000 Mann für ihn unter den Waffen. Mansfelds Truppen werden auf 35000 Mann, die des Markgrafen von Baden auf 20000, die Christians von Halberstadt auf etwa 15000 angegeben. Wir zweifeln jedoch an der Richtigkeit dieser Ziffern und vermuthen, dass die effective Stärke dieser Heeresabtheilungen kaum mehr als 50000 Mann betragen haben mag, wobei wir den stärksten Abstrich an der mansfeldischen Truppenzahl vornehmen.

In diesen Berichten ist von dem Kurfürsten von Brandenburg nicht die Rede und es drängt sich die Frage auf, ob denn der Pfalzgraf seinen Schwager nicht aufgefordert habe, sich an den gegen den Kaiser gerichteten Rüstungen zu betheiligen oder ob derselbe noch immer unter dem Eindrucke der Besorgniss stand, die ihn zu Anfang des Jahres 1621 einen Angriff von kaiserlicher Seite fürchten liess. Friedrich hatte den Kurfürsten nicht nur

*) Münchner StA. Memorial für Börstel dd. $\frac{\text{19. Febr.}}{\text{1. März}}$ 1622.

**) Lauenberg an den Herzog von Zweibrücken dd. 3./13. März 1622. — Ebenda. Le duc de Lorraine au Joan duc de Deuxponts dd. 9. März 1622.

um seine thätige Mithilfe ersucht, sondern auch um seine guten Dienste bei Sachsen, damit Johann Georg von der Verbindung mit dem Kaiser ablasse, aber weder die eine noch die andere Bitte fand den gehörigen Boden. So furchtsam, wie zu Anfang des Jahres 1621 war der Kurfürst zwar nicht mehr, die geringen Erfolge des kaiserlichen Heeres gaben ihm sogar den Muth Werbungen für dessen Rechnung in seinen Ländern zu untersagen und die Geworbenen zu zerstreuen, ja er beherbergte jetzt sogar in Berlin und in anderen Städten einige der hervorragendsten böhmischen Flüchtlinge, wie den ehemaligen Kanzler Ruppa; zu den Waffen zu greifen wagte er aber doch nicht, da ihn die Gefahr, dass er in seinen jülichischen Besitzungen von Flandern und in Preussen von Polen aus angegriffen werden könnte, zu sehr schreckte. Später schien es, als ob er sich zu einer Geldhilfe entschliessen wolle, allein auch in dieser Beziehung erfüllte er nicht die auf ihn gesetzte Hoffnung.*) Gegenüber dem sich vorbereitenden Kampfe nahm er schliesslich eine neutrale Haltung ein.

Welche Gegenrüstungen waren mittlerweile auf katholischer Seite angestellt worden?

Da weder die Liga, noch der Kaiser sich für stark genug hielten, um den Kampf mit Erfolg aufzunehmen, so richteten sie ihre Bitten um Unterstützung ununterbrochen an den Papst und an Spanien; namentlich war es Geld, was sie von dem ersteren verlangten. Der päpstliche Stuhl hatte mittlerweile seinen Inhaber gewechselt. Der frühere Träger der Tiara Paul V war in Folge eines Schlaganfalls, den er bei der kirchlichen Feier des Sieges auf dem weissen Berge erlitten hatte, am 28. Januar 1621 gestorben. Da Paul das Pontifikat durch 16 Jahre bekleidet hatte, so dankte ihm eine sehr beträchtliche Anzahl Kardinäle ihre Ernennung und da sie sich der Gepflogenheit gemäss um seinen Nepoten, den Kardinal Borghese scharten, so konnte keine Wahl ohne dessen Zustimmung vollzogen werden, als sich das Conclave am 8. Februar zu einer Neuwahl versammelte. (1621)

*) Münchner StA. Kurbrandenburgisches Memorial für Adam v. Schwarzenberg dd. 15./25. Dec. 1621. — Wiener StA. Kurbrandenburg an den Kaiser dd. 17./27. Dec. 1621. — Ebenda. Achatz von Dohna an den Pfalzgrafen dd. 3./13. Mai 1622.

Dem Nepoten selbst fehlten zur Zweidrittelmajorität, also zur giltigen Wahl eines seiner Günstlinge nur zwei Stimmen, die er trotz aller vorangegangenen Bemühungen nicht gewinnen konnte und so beschloss er diesem Mangel durch List und Ueberraschung abzuhelfen. Nachdem er seine Anhänger für die Erhebung des Kardinals Campori gewonnen hatte, wollte er dessen Wahl dadurch bewerkstelligen, dass er ihn in dem Augenblicke, in dem die Kardinäle eine Litanei absingend in das Conclave traten, durch seine Anhänger adoriren und so seine Wahl gewissermassen durch Inspiration vollziehen lassen wollte. Es stand nämlich zu erwarten, dass die Gegner durch diese Huldigung überrascht die Zahl der Anhänger Campori's für höher halten würden, als sie wirklich war und dass sie aus Angst vor dem künftigen Herrscher ihren Widerstand aufgeben und so die Wahl unterstützen würden. Dieses Manöver gelang aber nicht, weil sich bei der Absingung der Litanei zu viele Menschen in das Wahllokale drängten und die Reihen der Kardinäle durchbrochen wurden, so dass, als dieselben später allein zurückblieben, Borghese nicht mehr den Muth zur Durchführung seines Anschlages besass, wiewohl er auch noch jetzt hätte durchgeführt werden können. Orsini, der Hauptgegner Campori's, bestärkte mittlerweile seine Anhänger in der Ausschliessung des gehassten Kardinals und seine Bemühungen hatten zur Folge, dass man an diesem Tage nicht mehr zur Vornahme einer Wahl schritt, sondern die übrigen Stunden zur Bearbeitung der Gegner benützte. Wie sehr sich aber auch Borghese an diesem und am folgenden Tage bemühen mochte, die nöthige Zweidrittelmajorität für Campori zu Stande zu bringen, es gelang ihm nicht und so musste er sich schliesslich nach einem andern Candidaten umsehen. Als er voll Verdruss seine Zelle verliess, begegnete er seinem Gegner, dem Kardinal Orsini in Begleitung der Kardinäle Pio und Bevilaqua und schlug ihnen den Kardinal Ludovisio, eine Creatur Pauls V vor. Ludovisio erfreute sich insofern eines guten Rufes, als ihm neben Gelehrsamkeit auch ein ehrbarer Lebenswandel nachgerühmt wurde. Dass er nur wenig Entschlossenheit besass, wurde ihm nicht als ein Mangel, sondern als ein Vorzug angerechnet, da die übrigen Kardinäle von ihm als Papst keine Verletzung ihrer Interessen zu befürchten brauchten.

Der Vorschlag gefiel also dem Kardinal Orsini und er erklärte, dass er die Zustimmung seiner Anhänger einholen wolle, welche ihm auch zu Theil wurde. Er verfügte sich nun mit ihnen zur Zelle Ludovisio's, wohin auch das übrige Conclave eilte und so wurde dieser ohne jedes weitere Scrutinium allgemein als Papst anerkannt.*) Er nahm den Namen Gregor XV an.

1. Feb. 1621

An dem verstorbenen Papste hatte man das unablässige Bestreben getadelt, ein riesiges Vermögen zu Nutzen und Frommen seiner Verwandten zusammenzuscharren, man lobte an ihm nur, dass er zwischen den sich gegenseitig anfeindenden Bourbonen und Habsburgern eine neutrale Haltung einnahm und so seiner Stellung als Oberhaupt der Kirche gerecht wurde. Der gegenwärtige Papst verdiente sich dagegen das ungetheilte Lob der frommen Katholiken. Abgesehen davon, dass er auch als Papst seine fromme Lebensweise und die Politik seines Vorgängers beibehielt, dachte er keineswegs an die Ansammlung eines Privatvermögens, sondern war zu allen Opfern entschlossen, welche das katholische Interesse erheischte. Bald nach seiner Thronbesteigung war er erbötig, die bis dahin dem Kaiser gezahlte monatliche Hilfe von 20000 Gulden auf 50000 zu erhöhen, was den Neid der bairischen Gesandten Crivelli und Mander nicht wenig weckte, die auch um die Fortsetzung der von Paul V für die Liga bewilligten Hilfsgelder ersuchten. Es kam zwischen ihnen und dem spanischen Gesandten, welcher die Erhöhung der für den Kaiser bestimmten Subsidien zumeist zu Stande gebracht hatte, zu einem lebhaften Streite; der Gesandte behauptete, die Liga dürfe den Papst nicht weiter bedrängen, sie habe im vergangenen Jahre aus Italien an päpstlichen Subsidien und Zehnten 875000 Gulden bekommen und der ihr in Deutschland bewilligte Zehent habe 2 Millionen eingetragen. Die Gesandten erklärten die letztere Angabe für ausserordentlich übertrieben und mögen darin Recht gehabt haben, gegen die Berechnung der

*) In unserem Bericht über diese Wahl folgen wir hauptsächlich den beglaubigten Berichten des spanischen StA. namentlich der Relacion del conclave y la eleccion de la S. del Papa Gregorio XV und dem Briefe des Kard. Borgia an Philipp III dd. 10. Febr. 1621.

italienischen Subsidien machten sie jedoch keine Einwendung.*) In Folge eines Schreibens des Kurfürsten von Köln, in welchem er den Papst um weitere Hilfe für die Liga ersuchte, beauftragte Gregor einige Cardinäle mit der Untersuchung des Gegenstandes. Da aber gerade damals die Nachricht von der Auflösung der Union nach Rom gelangte, glaubten die Kardinäle, dass eine Unterstützung der Liga nicht nöthig sei und trugen auf die Abweisung ihres Gesuches an. Am päpstlichen Hofe wollte man vorläufig nur den Kaiser unterstützen, weil sich die Verhandlungen mit Bethlen (im April 1621) zerschlagen hatten und man ihn auch von den Türken bedroht glaubte, und diese Angelegenheit wurde zuletzt dahin geordnet, dass man nach Wien monatlich nur 20000 Gulden schickte, die andern 30000 Gulden aber für die Anwerbung eines Regimentes im Kirchenstaate und für den Unterhalt desselben auf dem Kriegsschauplatz bestimmte. **) Der Kaiser gab sich vorerst mit dieser Unterstützung zufrieden, wiewohl er lieber die ganzen 50000 Gulden anstatt des Regiments gehabt hätte. Zu Ende 1621 ersuchte er den Papst, er möchte ihm auch die monatlichen 20000 Gulden zuweisen, mit denen er bisher den König von Polen unterstützt habe, weil der letztere wegen des Friedens mit der Türkei ihrer nicht mehr bedürfe. Dieses Ansuchen wurde abgewiesen und es blieb bei der einmal festgesetzten Summe, dagegen wurde der Papst gegen die Liga freigebig und schickte ihr auch 60000 Gulden zu.***)

Während Gregor XV in der geschilderten Weise zur Mithilfe herangezogen wurde, war auch Maximilian nicht lässig, die Truppen Tilly's durch neue Werbungen namentlich in der Cavallerie zu verstärken. Gleichzeitig berief er die Stände des bairischen und fränkischen Kreises, legte ihnen die Nothwendigkeit

---

*) **Münchner StA. Crivelli und Mander an Max. dd. 4., 10. u. 24. April 1621. — Wiener StA. Savelli an Ferdinand II dd. 21. April 1621.**

) **Münchner StA. Crivelli u. Mander an Max. dd. 1., 3. u. 8. Mai 1621. — Wiener StA. Savelli an Ferdinand dd. 1. u. 21. Mai 1621. — Ferdinand an Savelli dd. 9. Mai 1621. — Ferdinand an den Papst dd. 19. Juni 1621.

***) **Wiener StA. Ferdinand an Savelli dd. 8. December 1621. — Ebenda. Savelli an Ferdinand dd. 4. Januar 1622.**

weiterer Rüstungen vor und beide Kreise entschlossen sich zur Anwerbung einiger Tausend Mann.*) Er war es auch, der unablässig in den Kaiser drang, dass er den schwäbischen und niedersächsischen Kreis um Hilfe ersuchen möge und der ein gleiches Begehren an den Kurfürsten von Sachsen als Obersten des obersächsischen Kreises stellte. Als die Nachricht zu ihm gelangte, dass die Friedensverhandlungen mit Bethlen zum Ziele geführt hatten, verlangte er, dass der Kaiser den grösseren Theil seiner Truppen gegen die Unterpfalz dirigire und entwarf für sie eine Marschroute um ihr Eintreffen ja zu beschleunigen. Ferdinand wollte diese Bitte erfüllen, doch that er seine Pflicht in gewohnter lässiger Weise und sandte auf den Kriegsschauplatz hauptsächlich nur die im spanischen Solde stehenden Truppen, wozu der König von Spanien seine Zustimmung gegeben hatte. 1622 Im Mai waren vier Regimenter zu Fuss und 2000 Reiter auf dem Marsche nach dem Rhein, doch dürften kaum mehr als 7000 Mann daselbst angelangt sein. Später entschloss sich der Kaiser auch einige tausend Kosaken, die bis dahin in Schlesien verwendet wurden, den Ligisten zu Hilfe zu schicken; da jedoch ihre Dienste nicht im Verhältniss zu dem Jammer standen, den 1622 sie verursachten, so rief er sie schon im Monat August zurück und schickte sie in ihre Heimat.**)

Auch Erzherzog Leopold rüstete mit Hilfe der Geldmittel, die ihm aus Tirol, Vorderösterreich und seinen beiden Bisthümern zu Gebote standen und brachte gleichfalls eine beträchtliche Armee auf die Beine. Eine Liste der verschiedenen Truppenabtheilungen, die die Sache des Kaisers in der untern Pfalz und im Elsass vertheidigen sollten, gibt die Gesammtstärke derselben 1622 im April auf 100000 Mann an und zwar werden die kaiserlichen Hilfstruppen und das spanische Heer unter Cordova auf 5500 Reiter und 15000 Mann Fussvolk, die ligistische Armee auf 19500 Reiter und 36000 Mann Fussvolk, die Truppen unter Erzherzog Leopold auf 11000 Mann, die bairische und fränkische

*) Sächs. StA. Max. an Kursachsen dd. 28. Januar 1622.

**) Wiener StA. Ferdinand an Philipp IV dd. 30. März 1622. — Sächs. StA. Max. an Ferdinand dd. 4. Mai 1622. — Ebenda. Ferdinand an Kursachsen dd. 4. Mai 1622.

Kreishilfe auf 4000 Mann, ein besonderes Corps des Bischofs von Würzburg auf 3000 Mann und ein spanisches Contingent, das aus Mailand im Anzuge war, auf 6000 Mann angegeben.*) Diese Ziffern können ebenso wenig Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit erheben, wie jene bezüglich der pfälzischen Hilfsvölker, sie repräsentiren die Zahl, die man erreichen wollte aber thatsächlich nie erreicht hat, allein jedenfalls gebot die kaiserliche Partei bei dem Beginn des Feldzuges über ein weit grösseres Heer als ihre Gegner, abgesehen davon, dass die Erhaltung des erstern auf geregeltem Wege vor sich ging, während die letzteren nur vom Raube lebten und demnach bei ihnen an keine ordentliche Disciplin zu denken war. Die päpstlichen Truppen sind in dem obigen Verzeichnisse nicht angegeben, sie waren durch die Winterstrapazen völlig herabgekommen, so dass Ferdinand dem Papste riet sie abzudanken und ihm lieber das für dieselben verwendete Geld zu geben.**)

IV

Man war sich auf pfälzischer Seite in den ersten Monaten des Jahres 1622 der Schwierigkeiten wohl bewusst, welche der Vereinigung Mansfelds und Christians von Halberstadt entgegenstanden, denn da Cordova und Tilly zwischen Mansfeld und dem Halberstädter lagerten, war an eine Vereinigung nicht eher zu denken, als bis die letzteren die ihnen entgegenstehenden Truppen besiegt hätten. Der Pfalzgraf wollte sich ursprünglich zu der Armee des Halberstädters begeben, da jedoch seine Sicherheit auf dem Wege dahin gefährdet war, wenn er nicht von einigen Tausend Mann begleitet wurde und der Prinz von Oranien sich zu dieser Hilfeleistung wegen der drohenden Nähe der spanischen Truppen nicht verstehen mochte, so entschied er sich für den

*) Sächs. StA. Verzeichniss der kais. u. ligist. Truppen v. 20. Febr. und 17./27. April 1622.

**) Wiener StA. Ferdinand an den Papst dd. 20. März 1622. — Ebenda. Ferdinand an den Kardinal Hohenzollern dd. 21. März 1622. Sächs. StA. Ferdinand an Kursachsen dd. 6. Juli 1622. — Ferdinand an Würtemberg dd. 16. Aug. 1622. — Wiener StA. Beschluss des kais. Reichshofraths bezüglich der Abdankung der Kosaken den 29. Aug. 1622.

Anschluss an Mansfeld. Friedrich verliess Haag im tiefsten
1622 Geheimniss am 7. April in Begleitung eines böhmischen Flüchtlings aus dem Geschlechte derer von Michalowic und eines strassburger Kaufmannsdieners. Nachdem er zu Schiff Frankreich
1622 erreicht hatte, besuchte er Paris und ging von hier über Lothringen nach dem Elsass. Auf dem Wege berührte er Bitsch, wo er sich durch einige Stunden die Gesellschaft einer Anzahl feindlicher Soldaten gefallen lassen und mit ihnen bei dem Mahle auf die Gesundheit seiner Feinde anstossen musste. Man schöpfte keinen Verdacht gegen ihn, da er sich in seinem Aeussern kaum von einem Studenten unterschied und so konnte er ungehindert seine Reise über Zweibrücken, wo er, um sein Incognito aufrecht zu halten, nicht einmal seine Schwester begrüsste, nach Durlach fortsetzen. Hier traf er den Markgrafen, seinen Bundesgenossen an, und durfte sich zum erstenmale offen zeigen, worauf er sich nach Germersheim zu dem Grafen von Mansfeld verfügte.*) Er traf hier in dem Augenblick ein, als der letztere dem Herrn von Rollingen, dem Gesandten der Infantin Isabella, eine definitive Erklärung auf neuerliche spanische Anerbietungen geben sollte.

In der That hatten die Verhandlungen zwischen Mansfeld und dem Hofe von Brüssel eigentlich nie recht aufgehört, wenn sie auch ins Stocken gerathen waren. Schon Anfangs November 1621 liess Mansfeld der Infantin entbieten, dass er sich mit einem andern Unterhändler als seinem Vetter Chalon, den er für seinen geschworenen Feind erklärte, einigen würde und wies dabei auf den Erbmarschall von Luxemburg Peter Ernst von Rollingen, einen alten Freund von ihm. Der Erbmarschall war erbötig dem Wunsche Mansfelds nachzukommen und da die Infantin durch dessen unverhofften Einmarsch in die untere Pfalz nicht wenig erschreckt war, so nahm sie dieses Anerbieten gern an. Rollingen machte sich auf den Weg und besuchte zuerst die Bischöfe von Mainz, Trier und Speier, die er um einen Geldbeitrag ersuchen sollte, im Falle die Verhandlungen mit Mansfeld zu einem glücklichen Ende führen würden. Die genannten Bischöfe und der

---

*) Münchner StA. Buwinkhausen an Pistorius dd. 17./27. April 1622. — Sächs. StA. Schwalbach an Kursachsen dd. 17./27. April 1622. — Theatrum Europ.

Herzog von Baiern waren erbötig einen Theil der Zahlung auf sich zu nehmen, namentlich erklärte der letztere, dass er für die Summe von 200000 Thaler sorgen wolle. Bei allen diesen Verhandlungen setzte man voraus, dass Mansfeld seine Forderungen nicht höher spannen werde, als im Monat September; sobald Rollingen jedoch in ernste Verhandlungen mit ihm eintrat, zeigte sich das Gegentheil. Trotzdem war die Infantin erbötig den erhöhten Ansprüchen zu genügen und beauftragte ihren Unterhändler, dem Grafen die Auszahlung von 200000 Thalern (von den geistlichen Kurfürsten), von 100000 Dukaten (von Baiern) und von 100000 Goldkronen (von ihr selbst) zu versprechen, ihm volle Amnestie anzubieten und ihm endlich die Erwirkung des Fürstentitels beim Kaiser zuzusagen. Ja noch mehr, die Infantin erklärte sich bereit, ihn mit 6000 Mann Fussvolk und 1600 Reitern in ihre Dienste zu nehmen, ihm die Ernennung sämmtlicher Offiziere in diesem Corps zu überlassen, für die Unterkunft seiner übrigen Truppen Sorge zu tragen und ihm zu allem dem eine lebenslängliche Pension von 12000 Kronen jährlich und die Landvogtei von Hagenau zuzusichern. Die Hoffnung, dass sich Mansfeld von diesen glänzenden Anerbietungen ködern lassen werde, verdunkelte sich jedoch bald: in einem Schreiben an Rollingen beschwerte er sich, dass das Geheimniss der Verhandlungen in Brüssel nicht bewahrt worden sei und dass sein Herr der „König“ Friedrich ihn darüber befragt habe; nun könne er sich nicht eher entscheiden, als bis er auf sein Schreiben nach dem Haag einen Bescheid bekommen habe. Man wird jedoch nicht irre gehen, wenn man dieses Zögern nicht auf die Rücksicht für Friedrich zurückführt, sondern auf Rechnung der Anerbietungen setzt, die ihm von dem Markgrafen von Baden zugekommen waren. Zu dem letztern war jedenfalls das Gerücht von diesen Unterhandlungen gedrungen und da durch den Abfall Mansfelds sein ganzer Angriffsplan in die Brüche gehen musste, so bemühte er sich ihn bei der pfälzischen Partei festzuhalten, indem er ihm von dem anzuhoffenden Ländergewinn das Bisthum Speier und die Landvogtei Hagenau mit der Hand einer seiner Töchter anbot.*) Dies Lockmittel bewirkte,

1621

28. Febr. 1622

8. März 1621

*) Wir berichten hier nicht auf Grund authentischer Actenstücke, sondern nach Villermonts Ernest de Mansfeld.

dass Mansfeld seine Forderungen bei der Infantin noch höher schraubte und zu den bereits angebotenen Bedingungen das absolute Commando über sein in ihre Dienste tretendes Corps, das zudem zahlreicher sein sollte, als ursprünglich bestimmt war, und die Uebertragung der Landvogtei von Hagenau auf seine etwaige Frau und seine Kinder verlangte. Da die Infantin ihn um jeden Preis gewinnen wollte, so bevollmächtigte sie ihren Unterhändler auch auf diese Bedingungen einzugehen und die Uebernahme eines Corps von 12000 Mann sowie die Mehrauszahlung von 80000 Kronen zuzusagen. Rollingen stellte sich mit diesen Zusagen bei Mansfeld in Germersheim ein und fand ihn in ziemlich schlechter Stimmung gegen Friedrich und die Generalstaaten, weil sie auf seine wiederholten Bitten um Geld ihn nur mit einigen kargen Brocken abgespeist hätten. Wer weiss, ob das plötzliche Erscheinen des Pfalzgrafen in Germersheim nicht dieselbe Wirkung übte, wie das Digby's vor einigen Monaten bei Neumarkt! Wie Mansfeld damals den Vorwürfen des englischen Gesandten nachgab, so mag er Angesichts desjenigen, dessen Rechte er vertreten sollte, vor dem Verrath zurückgescheut haben. Jedenfalls traf er jetzt seine Entscheidung, indem er die Verhandlung abbrach; Rollingen musste sich unverrichteter Dinge verabschieden, nachdem er noch vom Pfalzgrafen zur Tafel geladen worden war und von ihm einen spöttischen Verweis erhalten hatte, dass er ihm seinen besten General abspenstig machen wolle.*)

30. März 1622

Der Pfalzgraf machte von Germersheim aus nochmals den Versuch, ob er nicht den Herzog von Würtemberg bewegen könnte dem Beispiel des Markgrafen von Baden zu folgen und schickte deshalb den Grafen von Ortenburg an ihn ab.**) Gern hätte der Herzog seiner Bitte nachgegeben, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, dass er sich in diesem Falle die ganze Kriegslast auf den Hals lade.***) Der abweisliche Bescheid mag ihm einen harten Kampf gekostet haben, denn trotz aller Ge-

*) Villermont: Ernest de Mansfeld. Sächs. StA. Relation vom 23. April 1622.

**) Wiener StA. Extract aus einem vertrauten Schreiben dd. 27. April 1622.

***) Sächs. StA. Vortrag des bair. Gesandten Donnersberg bei dem Herzog von Würtemberg. Antwort Würtembergs dd. 5./15. Mai 1622.

fahren war er durch einige Tage entschlossen, sich mit dem Markgrafen von Baden zu verbinden und auf den Kampfplatz zu treten. — Die Anwesenheit des Pfalzgrafen bewirkte nur, dass einige süddeutsche Reichsstädte sich zu unbedeutenden Opfern entschlossen,*) Heilbronn soll den Grafen Mansfeld mit Geld unterstützt, Speier und Ulm einen Theil ihres geworbenen Volkes entlassen haben, damit es in den Dienst des Pfalzgrafen treten könne. Der Hass gegen die kaiserliche Partei steigerte sich wieder in den Reichsstädten, so wurden z. B. in Heilbronn die ligistischen Marketender auf offenem Markte geplündert. Herzog Maximilian benützte diesen Anlass um den Kaiser zu ersuchen, dass er der Stadt die Aufnahme einer ligistischen Besatzung anbefehlen möge.

Gerade in diesem Augenblicke gedachte Jakob sich wieder zwischen die Kämpfenden zu werfen, da er seine durch Digby in Spanien anzubahnende Vermittlung und mit dem Kaiser neu angeknüpfte Verhandlung nicht stören lassen wollte. Er beglückwünschte seinen Schwiegersohn, dass er glücklich nach der unteren Pfalz gekommen und sich dem Grafen Mansfeld angeschlossen habe, aber er ersuchte ihn, jeden unklugen Schritt zu vermeiden, damit er den Erfolg seiner Bemühungen nicht durchkreuze. Mit einem Worte Jakob verlangte, dass Friedrich die Grenzen der unteren Pfalz nicht überschreite, Niemanden angreife, sondern die Waffen ruhen lasse, ja er machte ihm sogar leise Vorwürfe, dass er durch seine Ankunft in Germersheim die Unterhandlungen Mansfelds mit der Infantin unterbrochen habe und forderte ihn auf dafür Sorge zu tragen, dass der Graf keine Feindseligkeiten vornehme.**) Dieser Rath hätte vielleicht befolgt werden können, wenn Friedrich Herr des mansfeldischen Heeres gewesen und wenn ihm die Mittel zu dessen Unterhaltung zu Gebote gestanden wären: aber in dem gegebenen Augenblicke, wo die mansfeldischen, badener und halberstädtischen Schaaren sich nur erhalten konnten, wenn sie ihre Standquartiere wechselten, bewies dieser Rath eine vollständige Verkennung der Sachlage.

---

*) Wiener StA. Max. an Ferd. II dd. 13. Mai 1622.

**) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{22.\ \text{April}}{2.\ \text{Mai}}$ 1622.

Tilly hatte die Verstärkungen, die allmälich zu ihm gestossen waren, dazu verwendet, um alle übrigen festen Plätze in der unteren Pfalz nach Möglichkeit in seine Gewalt zu bekommen. Als sich eine ligistische Truppenabtheilung mit der Belagerung des Schlosses von Dilsberg beschäftigte, kam die Nachricht, dass die Gegner jetzt in die Offensive übergehen würden. Die Ligisten brachen in Folge dessen die Belagerung ab. Thatsächlich war Mansfeld bei Germersheim über den Rhein gegangen und hatte mit seinen Truppen in dem Bisthum Speier in altgewohnter Weise zu hausen begonnen. Als er bei Wiesloch auf Tilly stiess und diesen daselbst in einer guten Position traf, getraute er sich nicht ihn anzugreifen, sondern zog sich auf eine kurze Strecke zurück, so dass nur das Dorf Mingolsheim die feindlichen Armeen trennte. Mansfeld wollte nun am folgenden Tag nach Schwezingen weiter ziehen und so dem Gegner ausweichen, allein da dieser seine Absicht merkte und sich auf seine Arrieregarde warf, so suchte er nur Zeit zu gewinnen um sein Heer in Schlachtordnung zu bringen und setzte deshalb Mingolsheim in Brand. Der Wind trieb den Rauch gegen die ligistischen Truppen, die dadurch sowie durch ein fürchterliches Regenwetter an der Fortsetzung des Angriffes gehindert wurden. Mansfeld hätte gern die Gelegenheit benützt und sich zurückgezogen, allein in diesem Falle hätte er die Geschütze im Stiche lassen müssen, da ihm der aufgeweichte Boden ihre Transportirung nicht gestattete. In dieser Verlegenheit ritt er zum Pfalzgrafen, der sich in seinem Gefolge befand, theilte ihm diesen Uebelstand mit und bemerkte, dass demselben nur dann abgeholfen werden könne, wenn er es auf eine Schlacht ankommen lassen wolle. Friedrich gab seine Zustimmung und Mansfeld ging nun entschlossen zum Angriff über. Tilly erlitt jetzt eine Niederlage, in der er, wenn wir höhere minder glaubwürdige Angaben nicht weiter berücksichtigen, zum mindesten zwei Tausend Mann und einige Geschütze einbüsste.*) Der Markgraf von Baden kam

27. April 1622

*) Sächs. StA. Joachim Ernst von Brandenburg an Ludwig von Darmstadt dd. $\frac{\text{22. April}}{\text{2. Mai}}$ 1622. — Theatrum Europ. — Münchner StA. Friedrich an den Markgrafen von Jägerndorf dd. $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ 1622.

nach dem Siege herangezogen und vereinte sich mit Mansfeld. Statt aber vereint den ligistischen General zu verfolgen und ihn mit ihrer Uebermacht zu erdrücken, lösten sie wieder ihre Verbindung, wobei nicht bloss etwaige Schwierigkeiten in der Verpflegung, sondern wechselseitige Eifersucht den Ausschlag gaben, da jeder von ihnen das Obercommando in Anspruch nahm.

Georg Friedrich von Baden lenkte jetzt seine Schritte nach Wimpfen, wohin sich die geschlagene Armee zurückgezogen hatte. Tilly war einige Zeit lang sehr besorgt vor den Folgen der erlittenen Schlappe und beschwor den General Cordova sich ja schnell mit ihm zu vereinigen, da das „Heil des Reiches auf dem Spiele stehe.“ Cordova beeilte sich*) dem Rufe zu folgen unbekümmert darum, dass er sich weit vom Rhein entferne. Da am 5. Mai auch 700 Kroaten zu ihnen stiessen, so zählte die kaiserliche Armee ungefähr 18000 Mann und war dadurch der des Markgrafen, der nach sicheren Nachrichten nur über 15000 Mann verfügte, entschieden überlegen. Tilly, der an dem bezeichneten Tage die Umgebung von Wimpfen genau recognoscirte, bemächtigte sich einer Anhöhe, die sich später als ein ausgezeichneter Stützpunkt erwies. Der Markgraf hatte indessen sein Hauptquartier zwischen Wimpfen und Heilbronn aufgeschlagen und stellte sein Heer in einer Weise auf, die an die Husitenkämpfe mahnte, aber seiner Beweglichkeit äusserst hinderlich war. Er bildete nämlich eine Art von Wagenburg um seine Geschütze, seine Munitionswägen und einen Theil seines Gepäckes und postirte in dieselbe den grösseren Theil seines Fussvolkes, auswärts stand nur der Rest desselben und die Cavallerie. Vor Kampflust brennend und begierig es dem Grafen Mansfeld gleichzuthun leitete er am 6. Mai zwischen drei und vier Uhr Morgens die Schlacht durch ein heftiges Geschützfeuer ein, das von den Ligisten kräftig erwidert wurde und den Angreifern grosse Verluste beibrachte. Der Markgraf wollte die Gegner aus ihren günstigen Stellungen herauslocken, allein seine Anstrengungen waren vergeblich und er brachte es im Laufe des Vormittags zu keiner Entscheidung. Um die Mittagszeit wurde wegen der grossen Hitze im Kampfe inne-

1622

1622

*) Villermont a. a. O.

gehalten, und Tilly liess seine Truppen im Schatten eines Waldes rasten und sich stärken. Um zwei Uhr begannen die Badenser das Geschützfeuer von neuem und nun säumten Tilly und Cordova nicht länger zum Angriffe überzugehen; der erstere sprengte an der Spitze von sechs Regimentern Fussvolk den rechten feindlichen Flügel und bedrohte die demselben zugetheilte Reiterei. Schon meinte er, dass auch sie sich zur Flucht wenden werde, als sie entschlossen vorrückte, den Ligisten grossen Schaden zufügte und ihre Reiterei zurückschlug. In diesem kritischen Augenblicke griffen die Truppen Cordova's in den Kampf ein und brachten den Ligisten Hilfe, so dass die Schlacht eine neue Wendung bekam. Nach fünf Stunden eines mörderischen Kampfes erlitt der Markgraf von Baden eine vollständige Niederlage; gegen 5000 Mann deckten die Wahlstatt und 1000 Mann fielen in die Gefangenschaft des Feindes. Diese Verluste wären nicht so sehr in die Wagschale gefallen, wenn der Markgraf nicht auch seine Kriegsausrüstung verloren und mit der flüchtigen Mannschaft nicht mehr als das nackte Leben gerettet hätte; fast sämmtliche Geschütze, die Wagenburg, die Bagage und alle Mundvorräthe fielen in die Hände der Sieger und dazu noch 100000 Thaler, die auf zwei Wagen mitgeschleppt worden waren. Unter den hochgestellten Personen, die bei dieser Gelegenheit den Tod fanden, heben wir den Herzog Magnus von Würtemberg hervor, der ohne Rücksicht auf die von seinem Familienhaupte beobachtete Neutralität sich dem Markgrafen angeschlossen hatte. Er wurde in der Schlacht von einem ligistischen Fourier gefangen, aber zwei Reiter, eifersüchtig auf diese Beute, jagten ihn dem letzteren ab. Der Fourier setzte sich zur Wehr, folgte den Reitern und erschoss den Herzog von rückwärts. — Der Gesammtverlust der Spanier und Ligisten wurde auf 500 Mann veranschlagt. *)

---

*) Wiener StA. Extract aus einem Schreiben dd. $\frac{\text{26. April}}{\text{6. Mai}}$ 1622. — Sächs. StA. Capitän Carl Bosse an Kursachsen dd. 7. Mai 1622. — Ebend. Nachricht über die Niederlage bei Wimpfen dd. 8. Mai 1622. — Ebend. Tilly an den Landgrafen von Darmstadt dd. 8. Mai 1622. — Heilmann, Kriegsgeschichte von Baiern, Franken etc. Bezüglich der 400 Pforzheimer, welche den Rückzug des Markgrafen von Baden gedeckt

Einige Aehnlichkeit zwischen der Schlacht von Wimpfen und der auf dem weissen Berge macht sich unwillkürlich für den Geschichtskundigen geltend. Der Kampf bei Wimpfen nahm wohl nicht in so rapider Weise den schmählichen Verlauf, wie der bei Prag, denn fünf Stunden wurde während des Nachmittags Mann an Mann gefochten und der Sieg war nicht das Resultat weniger Augenblicke; aber hier wie dort gebot der Sieger über ein grösseres und geschulteres Heer, über das er auch auf geschicktere Weise verfügte und als es entschieden war, auf wessen Seite sich der Sieg neige, zeigten die Geschlagenen dieselbe Kopflosigkeit wie bei Prag. Denn das, was einen Haufen Soldaten zu einer Armee macht, die ganze Kriegsausrüstung, liessen sie im Stich, um das nackte Leben zu retten und so konnte nach dieser Niederlage ebenso wenig von einer Armee des Markgrafen von Baden die Rede sein, wie nach der bei Prag von einer böhmischen.

Der Markgraf von Baden war durch den erlittenen Schlag Anfangs wie betäubt und liess seinem Sohne entbieten, er soll sich um jeden Preis mit dem Kaiser gut zu stellen suchen, später raffte er sich aber wieder auf und schloss sich mit dem Reste seiner Truppen dem Grafen von Mansfeld an. Der junge Friedrich folgte der Weisung und entschuldigte sich bei dem Herzog Maximilian wegen des feindseligen Auftretens seines Vaters, erhielt aber zur Antwort, dass man seine Entschuldigung nur dann gelten lassen wolle, wenn er unzweifelhafte Beweise liefern werde, dass er nicht in die Fusstapfen des Vaters treten, also sein überflüssiges Kriegsvolk entlohnen und dem Kaiser überlassen wolle.*) Es ist uns nicht bekannt, ob der Markgraf dieser Mahnung folgte, wahrscheinlich that er es nicht, denn man beschloss später die Execution gegen ihn, inzwischen aber saugten die ligistischen und kaiserlichen Truppen sein Land

haben sollen und dabei zu Grunde gingen, schliessen wir uns dem Urtheil Heilmanns an, der die Erzählung als unbegründet verwirft, indem er sich dabei auf Pflügers Geschichte von Pforzheim beruft, der die Thaten der Pforzheimer auf ein bescheidenes Mass reducirt.

*) Sächs. StA. Maximilian von Baiern an den jungen Markgrafen von Baden dd. 25. Mai 1622. — Ebenda. Bericht über den Zustand Badens.

durch Einquartierungen aus.*) — Einen tieferen Eindruck als auf ihn machte die Niederlage von Wimpfen auf die Reichsstädte. Die bisherige Kriegsnoth, durch welche der Handel gelähmt, der briefliche Verkehr fast unmöglich gemacht, die Bestellung der Aecker verhindert und die Städte in ihren Erwerbsverhältnissen tausendfach geschädigt worden waren, musste noch höher steigen, wenn sich der Kampf länger hinzog. In ihrer Angst wendeten sich deshalb Strassburg, Nürnberg und Ulm an den Kurfürsten von Sachsen und baten ihn den Frieden zu vermitteln, eine Bitte, die dieser mit der Bemerkung ablehnte, dass zuerst der Pfalzgraf die Waffen niederlegen müsse. Der Kampf tobte also ungehindert weiter.**)

Mansfeld hatte mittlerweile seinen Sieg bei Mingolsheim dadurch auszubeuten gesucht, dass er den Bischof von Bamberg und Würzburg, wie im vorigen Jahren unter Drohungen zur Abberufung seines Contingents von Tilly's Armee aufforderte und gleichzeitig die Uebersendung einer Contribution von 200000 Dukaten verlangte. Auf dem weitern Marsch richtete er seinen Angriff auf Ladenburg, das von dem Oberstlieutenant Eynatten tapfer vertheidigt wurde und das er erst durch ein heftiges Bombardement aus schweren Geschützen, die er aus Mannheim herbeischaffen liess, bezwingen konnte.***) Als er von der Niederlage bei Wimpfen hörte und den Angriff Tilly's gewärtigen musste, zog er sich nach dem linken Rheinufer zurück und brachte sich so vorläufig in Sicherheit. Der ligistische General dachte jedoch nicht an seine Verfolgung, sondern trennte sich von Cordova, dem er die weitere Beobachtung Mansfelds überliess, während er sich selbst dem heranrückenden Halberstädter entgegenstellen wollte.

3. Mai 1622

Während sich die kriegerischen Operationen zumeist auf dem rechten Rheinufer abspielten, hielt Erzherzog Leopold die Zeit für günstig, um sich der Plätze im Elsass, so weit sie noch mit mansfeldischen Garnisonen besetzt waren, zu bemächtigen.

*) Wiener StA. Hohenzollern an den Kaiser dd. 21. Oct. 1622.

**) Sächs. StA. Strassburg, Nürnberg und Ulm an Kursachsen dd. 2./12. Mai 1622. — Ebenda. Kursachsen an die genannten Reichsstädte dd. 16./26. Mai 1622.

***) Heilmann a. a. O. I, 135.

Als er vor Hagenau rückte um diese Stadt zu belagern, wechselte Mansfeld eben das Rheinufer und so musste er zuerst mit diesem einen Kampf bestehen. Leopold suchte dem Gegner die Pässe, die nach Hagenau führten, zu verlegen, allein seine Reiter wurden zurückgeschlagen, und nun blieb ihm, da er sich dem Grafen gegenüber zu schwach fühlte, nur der Rückzug übrig, den er nicht ohne bedeutende Einbusse an Mannschaft, Bagagewägen, Munition und Waffen ausführte. Mansfeld setzte jetzt wieder über den Rhein, um in Eilmärschen nach Darmstadt vorzurücken, das Gebiet des Landgrafen Ludwig auszubeuten und sich wo möglich mit dem Halberstädter zu vereinigen. Da Cordova seiner Aufgabe, Mansfeld zu beobachten, nur schlecht nachkam, hauptsächlich wohl wegen ungenügender Streitkräfte, und da auch der Freiherr von Anholt sich nach Aschaffenburg zurückgezogen hatte, um Tilly dort zu erwarten, so stand eigentlich der Verbindung Mansfelds mit Christian von Halberstadt kein nennenswerthes Hinderniss entgegen. *) In Begleitung des Pfalzgrafen, der ihn seit Germersheim keinen Augenblick verlassen hatte, rückte Mansfeld gegen Darmstadt vor und erreichte dasselbe am 2. Juni. Landgraf Ludwig, der sich vielleicht der Erwartung hingab, dass der Zug nicht ihm gelte, sondern dass sein Land nur als Heerstrasse benützt und gelegentlich geplündert werden würde, musste sich bald überzeugen, dass man ärgeres gegen ihn im Sinne habe. Denn nachdem er auf die Versicherungen des pfälzischen Commissärs Pöblis, dass sein Herr „der König von Böhmen" nur als Freund einrücken werde, die Thore von Darmstadt öffnen liess, zogen die feindlichen Truppen ein, besetzten alle Wachen in der Stadt und im Schlosse, entfernten die Leibwache des Landgrafen, die wahrscheinlich die Waffen ablegen oder die Stadt verlassen musste und traten überhaupt als Eroberer und nicht als Freunde auf. Der Pfalzgraf nahm mit den vornehmsten Offizieren, darunter den Herzogen Johann Ernst und Friedrich von Weimar seinen Aufenthalt im Schloss, während Mansfeld sich im Rathhause einquartierte und nun liessen es sich die Befehlshaber und ihre

25. Mai 1622

1622

*) Sächsisches StA. Moritz von Hessen an Christian von Halberstadt dd. 1./11. Juni 1622.

Untergebenen wohl ergehen. Schüchtern suchte der Landgraf bei den Mahlzeiten, die er seinen ungebetenen Gästen geben musste, anzudeuten, dass der Pfalzgraf die von seinem Schwiegervater angebahnten Verhandlungen nicht bei Seite schieben und sich dem Kaiser unterwerfen solle und ähnliches mehr: es war das alles in den Wind gesprochen, der Pfalzgraf wollte nichts von einer Abbitte wissen, nicht gegen den Kaiser sondern gegen Ferdinand als König von Böhmen habe er einen Kampf geführt; er verlangte auch, dass ihm der königliche Titel gegeben werde und zeigte überhaupt, dass ihm nichts ferner liege als Nachgiebigkeit. Der Missmuth des Landgrafen steigerte sich, als man von ihm neben der Verpflegung der Truppen und mancherlei Contributionen auch die Ueberlassung einer Anzahl seiner Offiziere und 60000 Thaler unter dem Titel eines Darlehens begehrte. Die Entlassung seiner Offiziere wies er ab, da sie gleichbedeutend mit der Auflösung seiner geworbenen Truppen gewesen wäre, dagegen erbot er sich dem Pfalzgrafen 10000 Gulden vorzustrecken und als der letztere mit dieser Summe unzufrieden war, wollte er sie um weitere 10000 Gulden, die er sich in Frankfurt ausleihen müsste, erhöhen. Nun hiess es, wenn er 10000 Gulden ausborge, könne er sich eben so gut eine grössere Summe ausleihen, kurz es war sichtlich, dass man ihn ausbeuten wollte, wie denn auch seine Besitzungen nach allen Richtungen ausgeplündert wurden.

5. Juni 1622

Die Unterhandlungen ruhten jetzt einen Tag; am folgenden Sonntag Abend fand sich aber Pöblis bei dem Landgrafen ein, als er sich eben zu Bette legen wollte, und verlangte von ihm, dass er allen seinen Einfluss zur Restitution des Pfalzgrafen einsetzen, ihm einen Ersatz für den erlittenen Kriegsschaden erwirken, die Festung Rüsselsheim übergeben, sein Land stets für ihn offen halten und sich aus Darmstadt ohne Zustimmung des „Königs“ nicht entfernen solle. Seine Bereitwilligkeit zur Erwirkung dieser Forderungen sollte der Landgraf nicht bloss durch sein Versprechen, sondern durch Uebergabe eines seiner Kinder als Geissel verbürgen. Als sich Pöblis von ihm entfernt hatte, berief der Landgraf seinen ältesten Sohn, seinen Marschall und Vicekanzler zu sich, theilte ihnen das unerhörte Verlangen mit und erklärte, dass er um keinen Preis darein willigen

sondern lieber die Flucht ergreifen wolle. Obgleich die beiden anwesenden Beamten ihm die Flucht widerrieten, weil sie noch schlimmere Folgen befürchteten, hielt der Landgraf doch an seinem Entschlusse fest, nahm seinen zweiten Sohn, der herbeigeholt wurde, bei der Hand und entfernte sich mitten in der Nacht auf einem geheimen Wege aus seinem Schloss auf die Landstrasse.*)

Noch war seine Flucht nicht bekannt geworden, als sich am folgenden Morgen sein Bruder, der Landgraf Friedrich, zu den Herzogen von Weimar begab und sie wegen der alten Erbverbrüderung, die zwischen dem hessischen und weimarer Hause bestand, um ihre Intervention bei dem Pfalzgrafen ersuchte, damit er von seinen Forderungen abstehe, bei welcher Gelegenheit er ihnen auch die Flucht seines Bruders mittheilte. Als Friedrich von derselben in Kenntniss gesetzt wurde, war er sehr ärgerlich, verbarg seinen Aerger aber hinter der armseligen Versicherung, dass er durchaus nicht Gewalt gegen Ludwig gebrauchen, sondern nur mit ihm verhandeln wollte und dass ihm ja die Ablehnung eines oder des andern Punktes freigestanden sei. Mitten unter diesen Gesprächen traf die Nachricht ein, dass der Landgraf auf der Flucht in die Hände des Markgrafen von Baden gefallen sei, und in der That wurde er am folgenden Tage nach Darmstadt gebracht und dem Pfalzgrafen übergeben, der ihn fortan als seinen Gefangenen betrachtete. Da die Bewachung des Landgrafen während der folgenden Märsche mancherlei Schwierigkeiten unterlag, so verlangte der Pfalzgraf von ihm das Versprechen, dass er nicht entfliehen wolle. Zu diesem Versprechen verstand sich Ludwig, alle anderen Forderungen, die sogar unter Drohungen gegen ihn erhoben wurden, wie z. B. die wegen Uebergabe der Festung Rüsselsheim schlug er aber beharrlich ab. Unterdessen suchte sein zweiter Bruder, Landgraf Philipp, seine Befreiung dadurch zu erlangen, dass er sich zu dem Landgrafen Moritz von Kassel begab und ihn im Namen der Hausverträge, welche jeden Agnaten zu unmittelbarer Hilfeleistung verpflichteten, um seine

6. Juni 1622

*) Sächs. StA. Bericht über die Verhandlungen des Kurfürsten Friedrich mit dem Landgrafen.

Vermittlung bei dem Pfalzgrafen ersuchte. Moritz, dessen Feindseligkeit gegen Ludwig seit Jahresfrist täglich grösser geworden war, beantwortete diese Bitte nur mit Ausflüchten; man müsse zuvor untersuchen, ob Ludwig sein Schicksal nicht selbst verschuldet habe, dabei deutete er seine Geneigtheit an, Hessen-Darmstadt mittlerweile zu verwalten, und liess dadurch seine begehrlichen Absichten auf diesen Besitz nur zu sehr erkennen. Da Philipp sah, dass er die gewünschte Hilfe nicht erlangen werde, brach er die Verhandlungen ab und so musste das Loos der Waffen über das Schicksal seines Bruders entscheiden.*)

Schon die nächsten Massregeln Mansfelds gaben der Vermuthung Raum, dass die Entscheidung zu Gunsten der kaiserlichen Waffen ausfallen werde, denn nachdem er bereits nach Freiburg vorgerückt war, um sich mit dem Halberstädter, der sich in Vacha**) befand, zu verbinden und dem im Anzug befindlichen Tilly entgegenzutreten, zog er sich plötzlich gegen Mannheim zurück. Tilly suchte diesen Rückzug zu verhindern und griff in der That die Arrieregarde des Gegners an, begnügte sich aber damit, ihm eine Schlappe zugefügt zu haben und liess ihn ungehindert weiter marschiren. Dieser Rückzug war eines der total verfehlten Manöver, an denen der 30jährige Krieg so reich ist, denn Mansfeld hätte die Vereinigung mit dem Halberstäder um jeden Preis suchen müssen, weil nur dann ein Sieg möglich war.

1622 Christian von Halberstadt hatte Mitte Mai seinen Abmarsch aus dem Stift Paderborn angetreten und seine Schritte nach dem Eichsfelde gelenkt. Die Richtung dieses Marsches deutet an, dass er es nicht sowohl auf die Vereinigung mit Mansfeld am Rhein als vielmehr auf das Bisthum Würzburg und Bamberg abgesehen hatte, vielleicht hatte er die Absicht den Marsch des Markgrafen von Baden, der nach Böhmen gerichtet war, zu unterstützen. Wie dem nun sein mag, Christian überzeugte

*) Ebenda. Summarischer Bericht, wie es mit der Einnehmung Hessen-Darmstadts zugegangen dd. 1./11. Juni 1622. — Ebenda. Unterredung des Landgrafen Philipp mit Landgraf Moritz dd. 2./12. Juni 1622. — Ebenda. Protokoll bezüglich der Gefangennehmung des Landgrafen.

**) Ein Städtchen an der Werra im Grossherzogthum Weimar gelegen.

sich bald, dass ihm die Truppen des Kurfürsten von Sachsen, welche einzelne Pässe besetzt hielten, solche Schwierigkeiten bereiteten, dass er ihrer nicht Herr werden konnte; er schwenkte deshalb vom Eichsfelde gegen Westen ab und berührte auf dem Wege das Gebiet des Landgrafen von Hessen-Kassel, der trotz seiner Rüstungen und trotzdem er über 10000 Mann — allerdings grösstentheils Bauern — verfügte, nicht den Muth fand, sich ihm anzuschliessen, sondern sich mit der Förderung des Durchzugs begnügte. Hätte der Halberstädter mit der Erhebung der Contributionen in den von ihm berührten Orten nicht zu viel Zeit vertrödelt, so würde er in den ersten Junitagen nach Darmstadt gelangt sein und sich mit Mansfeld verbunden haben, aber weder er noch Mansfeld hatten für den eigentlichen Kriegszweck die wünschenswerthe Aufmerksamkeit. Ueber die Zahl der Truppen, welche jetzt unter Christians Commando standen, gehen die Nachrichten auseinander, nach der einen betrug sie nur ungefähr 15000, nach sächsischen Berichten sogar nur 10000 Mann, er selbst gab sie auf 25000 Mann an, wenigstens verlangte er von dem Bürgermeister von Treffurt Proviant für eine so grosse Truppenmenge.*)

Nach dem Rückzug Mansfelds konnte Tilly seine Aufmerksamkeit ungetheilt auf Christian richten und in der That geschahen von Seite der Ligisten und der Spanier die umfassendsten Vorbereitungen, um ihre Streitkräfte zu verbinden und sich mit ihnen auf den Halberstädter zu stürzen. Anholt stand um den 8. Juni bei Ostheim, Tilly zog am 13. ins Amt Dieburg, 1622 Cordova lagerte um diese Zeit in Zwingenburg und endlich langten am 14. Juni auch die seit so langem herbeigesehnten kaiserlichen Hilfstruppen unter dem Commando des Generals Caraccioli in der Stärke von 5500 Mann zu Fuss und 800 Reitern in Miltenberg an. Alle diese Truppen vereinten sich ohne Schwierigkeit am rechten Mainufer bei Dettingen,**) ihre Gesammtstärke wird auf 26000 Mann angegeben, welche geringe Zahl nur dadurch erklärlich ist, wenn wir annehmen, dass bedeutende Garnisonen in den einzelnen Städten der unteren

*) Oppel I, 348. — Heilmann I, 137.
**) Heilmann I, 138.

Pfalz gelagert waren. Christian lenkte allmälig seinen Marsch aus dem Gebiet der Landgrafen von Hessen gegen den Main 1622 und traf am 17. Juni in Höchst ein, nachdem Tags vorher einer seiner Obersten (Kniphausen) die Einwohner dieser Stadt zur Ergebung gezwungen hatte. Er gedachte nun über den Main zu setzen und beeilte sich mit der Anlegung einer Schiffbrücke, zu der die Frankfurter nach einigem Bedenken einen Theil des nothwendigen Materials lieferten. Mit dem Brücken-1622 schlag wurde er am 20. Juni fertig und nun liess er seine Bagage über den Main führen, er selbst aber zog mit seinen Truppen nicht über die Brücke, sondern stellte sich in Schlachtordnung auf, da er hörte, dass Tilly seinen Marsch am rechten Mainufer fortgesetzt habe und sich in unmittelbarer Nähe von Höchst befinde.

In der Schlacht, die sich bald darauf entspann, standen die Truppen Tilly's und Cordova's zwischen Eschborn und Rödelheim, während die Armee des Halberstädters von dem Dorfe Sachsenheim bis an den Main hin sich ausdehnte und auf diesem Gebiete sich verschanzte. Gleich bei Beginn des Kampfes, der den Namen der Schlacht bei Höchst führt, zeigte sich die Ueberlegenheit der ligistischen Ausrüstung. Tilly verfügte über neunzehn Geschütze, während der Gegner nur drei besass, von denen zwei im Beginn der Schlacht unbrauchbar wurden. So kam es, dass der erstere allmälig immer mehr Boden gewann und sich endlich an die Erstürmung der Schanze wagen konnte, mit der Christian vorzugsweise seine Stellung gedeckt hatte. Der Kampf hatte um die Mittagszeit begonnen und währte bis gegen 7 Uhr Abends. Die Erstürmung der Schanze gab das Signal zur allgemeinen Flucht, die ein Theil über die Schiffbrücke, ein anderer Theil, darunter auch Christian mit fünf Reiterkornets durch den Main selbst ergriff. Die halbe Truppenzahl ging theils im Kampfe, theils auf der Flucht zu Grunde, so dass sich später nur etwa 8000 Mann mit der Armee Mansfelds vereinten. Der Verlust würde noch grösser gewesen sein, wenn Tilly die Verfolgung rechtzeitig angeordnet und nicht zwei Stunden damit gezögert hätte. Was aber noch schwerer wog als der Verlust an Mannschaft, war der Verlust an Kriegsmaterial,

den die pfälzische Partei auch hier erlitt.*) Als Christian am 22. Juni nur mit 60 Reitern in Mannheim eintraf, kam es zu 1622 einer stürmischen Scene zwischen ihm und dem Pfalzgrafen, bei der er sich über Mangel an Unterstützung beklagte.**) Mansfeld aber konnte nicht daran denken, sich länger bei Mannheim zu halten, trotzdem ihm der Rhein einige Deckung bot, denn unter seinen Truppen und den allmälig sich sammelnden Flüchtlingen gab sich eine solche Demoralisation kund, dass die Offiziere einen allgemeinen Aufstand befürchteten; es wurde demnach der weitere Rückzug nach dem Elsass beschlossen und zugleich bestimmt, dass Mansfeld das oberste Commando führen und Christian von Halberstadt unter ihm die Reiterei befehligen solle. Der Markgraf von Baden betheiligte sich nicht mehr an dem weiteren Zuge, die Niederlage bei Höchst liess ihn an der Sache des Pfalzgrafen verzweifeln, und so gab er vorläufig jede weitere Thätigkeit auf.

Die nächsten günstigen Folgen hatte die Schlacht von Höchst auf das Schicksal des Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt. Jakob hatte, als er von diesem Gewaltstreich erfuhr, denselben höchlich missbilligt und die augenblickliche Entlassung des Landgrafen anbefohlen. Diesen Befehl hätte Friedrich ebenso wenig beachtet, wie die sonstigen Weisungen des Königs, da aber das nutzlose eines weitern Herumschleppens des Landgrafen sich zu sehr geltend machte und auch der Landgraf Moritz von Kassel mit einer Fürsprache für seinen Vetter nachgehinkt kam, so entschloss er sich in Erwägung aller dieser Umstände in Landau seinen Gefangenen freizugeben.***) Der Kanzler Plessen und der Sekretär Moritz verlangten zuvor in seinem Namen von dem Landgrafen, dass er sich verpflichten solle, sich für die Restitution des Pfalzgrafen bei dem Kaiser zu verwenden und die erfahrene Behandlung nicht zu rächen. Ludwig wollte sich nicht zur Unterzeichnung des vorgelegten Actenstückes, in dem

*) Sächs. StA. Bericht aus Frankfurt über die Schlacht bei Höchst. Heilmann I, 139.

**) Sächs. StA. Extract aus einem Schreiben dd. 13./23. Juni 1622. — Ebenda. Protokoll was sich bei der Gefangennehmung des Landgrafen zugetragen.

***) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 17./27. Juni 1622. — Sächs. StA. Moritz von Kassel an Friedrich dd. 13./23. Juni 1622.

unter andern dem Pfalzgrafen der königliche Titel beigelegt wurde, verstehen und nur dem Zureden des würtembergischen Rathes Buwinckhausen, der dabei hauptsächlich auf den meuterischen Geist der mansfeldischen Truppen hinwies, vor dem sich Ludwig um jeden Preis sichern müsse, gelang es, ihn zuletzt zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Als die Verhandlungen zum Abschluss gediehen waren, wurde der Landgraf zu einem Mahle geladen, bei dem auch Christian von Halberstadt zugegen war und sich in seiner bekannten drastischen Weise über die Tagesereignisse aussprach. Die Mitglieder der ehemaligen Union und die anderen deutschen Fürsten, die sich an dem Kampfe nicht betheiligten, nannte er „Hundsfötter und feige Kerle, der Teufel solle ihn holen, wenn er sich an den Neutralisten nicht rächen würde.“ Er bedrohte seinen Bruder, spottete über die Verwüstung, die er im Stift Paderborn angestellt und bemerkte, dass wohl bald einige Söhne von ihm dort herumlaufen würden. Man kann sich denken, wie sich der Landgraf bei diesen Reden, die zumeist auf ihn gemünzt waren, gedehmütigt fühlte, er liess sich jedoch in keinen Disput ein und verzehrte schweigend sein Mahl.*) Am folgenden Tage unterzeichnete er das vereinbarte Actenstück und wurde nun freigelassen.**) Da die darin festgesetzten Bedingungen ihn fortan zu einer freundlichen Haltung gegen den Pfalzgrafen verpflichteten, so empfand er es als eine Schmach, dass er zu ihrer Unterzeichnung genöthigt worden war. Er frug deshalb bei dem Kurfürsten von Sachsen an, ob er seine Verpflichtung als rechtskräftig betrachten müsse;***) in der Ueberzeugung, dass dies nicht der Fall sei, wollte er sich sogar nach Brüssel begeben und dort um ein Patent und um Geld für die Anwerbung von Truppen ersuchen, mit denen

---

*) Sächs. StA. Bericht über die Aeusserungen Christians von Halberstadt. Diesen Bericht verfasste Ludwig unter dem frischen Eindrucke des Gehörten.

**) Sächs. StA. Erklärung des Landgrafen Ludwig dd. 16./26. Juni 1622.

***) Ebenda. Ludwig an Kursachsen dd. $\frac{\text{23. Juni}}{\text{3. Juli}}$ 1622. — Ebend. Ludwig an seinen Sohn Georg dd. $\frac{\text{30. Juni}}{\text{10. Juli}}$ 1622.

er den Pfalzgrafen und seine Freunde (wahrscheinlich den kasseler Vetter mitinbegriffen) bekämpfen wollte.

Für den Pfalzgrafen begann seit dem Rückzuge von Mannheim wieder eine an Trübsal und Demütigungen reiche Zeit, da er bei den Truppen und ihren Anführern gar keine Beachtung fand und darüber nicht im Zweifel sein konnte, dass sie jetzt nur ihre eigenen Interessen wahren würden. Es wurde ihm daher nicht schwer, den Mahnungen seines Schwiegervaters zu folgen und sich von ihnen zu trennen, um von den brüsseler Verhandlungen, über die wir später berichten werden, seine Rettung zu erwarten. Durch ein Patent entliess er den Grafen von Mansfeld und den Bischof von Halberstadt aus seinen Diensten und offenbar im Einverständnisse mit ihm geschah es, dass beide Feldherren am folgenden Tage den Freiherrn von Tilly von ihrer Entlassung benachrichtigten und um Aufnahme in die kaiserlichen Dienste ersuchten. Es war dies jetzt eben so wenig ihre Absicht wie früher, aber sie wollten durch dieses Anerbieten den Pfalzgrafen zu der Behauptung berechtigen, dass er sich einzig und allein auf die Hilfe des Obersten Vere und auf die von ihm behaupteten Plätze in der untern Pfalz beschränke und an keinen weitern Angriff denke.*) Der Pfalzgraf wollte dies in der Weise ausnützen, dass er an den Freiherrn von Tilly die Anfrage richtete, ob er ihm den Aufenthalt in der unteren Pfalz gestatten und diese mit weiteren Angriffen verschonen werde. Da jedoch Tilly auf diese Frage nicht antwortete, so musste er mit Mansfeld weiter ziehen und erst als derselbe in Frankreich einfiel, verliess er ihn und begab sich zu dem Herzog von Bouillon nach Sedan, von wo er sich später wieder nach dem Haag verfügte.

13. Juli 1622

Mansfeld, der wahrscheinlich auch keine Antwort von Tilly bekam, setzte seinen Zug durch den Niederelsass nach Lothringen fort und suchte bei dieser Gelegenheit einzelne elsässische Städte zu neuen Contributionen zu zwingen. Als sie diese nicht leisten konnten und ihn mit Versprechungen abspeisen wollten, nahm

*) Münchner Hofbibliothek. Collect. Camer. Friedrich entlässt den Grafen Mansfeld und Christian von Halberstadt aus seinen Diensten dd. 3./13. Juli 1622. — Ebenda. Mansfeld an Tilly dd. 4./14. Juli 1622.

er einige Bürger gefangen und schleppte sie als Geisseln bis zur Einlösung dieser Versprechungen mit sich fort. Auf dem Gebiete, in das er nun seinen Einzug hielt, wollte er sich dagegen anders benehmen. Er versicherte den Herzog von Lothringen, dass er gute Mannszucht halten werde und forderte ihn sogar auf, alle Werthgegenstände an sicheren Orten zu unterbringen, da er für seine Soldaten nicht gut stehen könne; als Entgelt dafür verlangte er die Verpflegung seiner Truppen, so lange sie in Lothringen weilen würden. Er gab die Zahl derselben auf 15000 Mann Fussvolk und 10000 Reiter an, wir werden aber kaum irre gehen, wenn wir die Gesammtstärke auf nicht mehr als 20000 Mann veranschlagen.*) Als er nun weiter in Lothringen vordrang, erschöpften sich seine Gegner in Vermuthungen, wohin er seine Schritte lenken werde. In den wiener Regierungskreisen glaubte man bald, dass Mansfeld ein Einverständniss mit den Hugenottenführern unterhalte, die sich eben im Kampfe mit ihrem König befanden,**) bald dass er dem Könige von Frankreich seine Dienste zur Unterdrückung der Hugenotten anbieten wolle; in Brüssel dagegen fürchtete man sich vor seinem Einmarsch in das Gebiet von Luxemburg und vor den damit verbundenen Verwüstungen, im Lager Tilly's vermuthete man endlich, dass Mansfeld von Lothringen aus in das Kurstift Trier einfallen werde. Vorläufig traf man nur auf ligistischer Seite die nöthigen Vorkehrungen, um seinem Angriff zu begegnen: der Freiherr von Anholt bekam den Befehl, mit 8000 Mann nach dem Elsass zu marschiren und dort dem Erzherzog Leopold die Hand zu bieten. Wenig hätte gefehlt, so wäre Anholt über die französische Grenze gerückt, denn der König von Frankreich, dessen Armee damals wegen der Bekämpfung der Hugenotten bei Montpellier stand, hatte an der lothringischen Grenze keine Truppen und da er mit Mansfeld um diese Zeit nicht in Verhandlung stand und sonach von demselben Feindseligkeiten befürchtete, so ersuchte er den Herzog von Baiern um eine Hilfe von 8000 Mann und bald darauf noch um weitere 1000 Reiter. Maximilian sandte Tilly den Befehl zu, die verlangten

---

*) Villermont. Ernest de Mansfeld.

**) Simancas. Oñate's Brief dd. 10. Aug. 1622.

1000 Mann dem Anholt nachzuschicken und diesem letztern befahl er, so lange an der Grenze von Lothringen stehen zu bleiben, bis der König in gewisse (uns unbekannte) Bedingungen eingewilligt haben würde, sonst aber Acht zu haben, ob Mansfeld nicht in das Gebiet von Trier oder Luxemburg einbrechen wolle und ihm dahin zu folgen.*)

Es scheint nicht, dass Ludwig XIII in die Bedingungen einwilligte, unter denen Maximilian bereit war, Anholt über die Grenze von Lothringen vorrücken zu lassen, wenigstens blieb der General auf deutschem Boden stehen und überliess die Bekämpfung Mansfelds französischen Waffen. In Frankreich neigte man sich zunächst auch der Vermuthung zu, die man in Wien gefasst hatte, dass Mansfeld nämlich ein Einverständniss mit den Hugenotten unterhalte und die Katholiken waren um dieses Grundes willen nicht wenig bestürzt. Einzelne tonangebende Personen wollten, dass man die Grenze auf zwölf Meilen in der Breite verwüste, um dem Feinde das Vorrücken unmöglich zu machen, andere wieder rieten, dass man sich mit Spanien und der Liga verbinden und deren Truppen heranziehen solle. Vorläufig rüstete man mit fieberhafter Hast, einige hohe Herren bewiesen eine grosse Opferwilligkeit, allein wie sehr man sich auch beeilen mochte, man konnte eine Armee nicht aus der Erde stampfen, und so hatte Mansfeld vorläufig Zeit und Musse über die weiteren Schritte nachzudenken. Gewiss scheint zu sein, dass er keinen fest bestimmten Plan hatte, als er in Lothringen einrückte. Der Herzog von Bouillon, bei dem der Pfalzgraf eben weilte, liess ihn von Sedan aus im Namen des Herzogs von Rohan ersuchen, sein Schwert der hugenottischen Sache zu weihen und versprach ihm dafür die nöthigen Mittel zur Unterhaltung seiner Truppen. Bevor er noch einen Entschluss fassen konnte, kam aber ein Bote des Herzogs von Nevers zu ihm und forderte ihn im Namen des Königs von Frankreich auf, mit einem Theile der Truppen in seine Dienste zu treten und versprach zugleich dem zu entlassenden Theil die Zahlung des rückständigen Soldes. Dies waren Anerbietungen, die Mansfeld

*) Münchner StA. Max. an Anholt dd. 11. Aug. 1622. — Kriegsgeschichte von Baiern etc. von Heilmann.

trotz allfälliger Sympathien für die Hugenotten nicht von sich wies und so lehnte er alle Versuche des Herzogs von Bouillon, ihn zu gewinnen oder zu compromittiren, beharrlich ab. Allein wie sehr er sich auch die Beschleunigung der Verhandlungen mit Nevers angelegen sein liess, er kam mit ihnen nicht zum Ziele, weil dieser es nur auf Täuschung abgesehen hatte und mittlerweile die frisch geworbenen Truppen zusammenziehen wollte, um sich dann des Eindringlings mit Gewalt zu entledigen. Mansfeld sah die Gefahr ein, in der er schwebte; vor ihm standen die französischen Truppen, die mit jedem Tage zunahmen, hinter ihm der Herzog von Lothringen, der gleichfalls rüstete und schon über einige Tausend Mann verfügte, an der Grenze von Luxemburg erwartete ihn Cordova, der sich von Tilly getrennt hatte und dahin gezogen war. Zu allem dem geriet er in einen Streit mit Christian von Halberstadt, der nichts von den Verhandlungen mit Ludwig XIII wissen wollte, und dieser Streit griff auch unter den Truppen um sich, so dass ein Theil derselben sich von ihm trennen wollte, zu Cordova zog und mit ihm wegen ihres Uebertrittes in spanische Dienste unterhandelte. Nur durch die Hinterlist einiger Anhänger Mansfelds kamen diese Verhandlungen nicht zum Abschluss und veranlassten sogar einen blutigen Zusammenstoss der Meuterer mit Cordova. Als nun Nevers die Anerbietungen zurücknahm, statt 8000 Mann nur 4000 in französische Dienste nehmen wollte und für die zu entlassenden statt 300000 Thaler nur 60000 anbot und Mansfeld mit diesen Anerbietungen sich nicht zufrieden erklärte, brach der Herzog die Verhandlungen ab und forderte ihn zur Räumung des französischen Gebietes auf. Man war jetzt in Frankreich über Mansfeld so erbittert, dass Ludwig XIII sogar seinen Gesandten in Brüssel beauftragte, die Infantin zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen ihn aufzufordern.

Zu diesem Zusammenwirken kam es indessen nicht und zwar wegen des Misstrauens und der Eifersucht, die damals die Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich verbitterten, seit sich das erstere im Veltlin festgesetzt hatte. Denn mitten unter den Vorschlägen, die der französische Gesandte in Brüssel, Pericard, bezüglich des gemeinschaftlichen Vorgehens machte, beschuldigte er die Infantin, dass der Einmarsch Mansfelds in

Frankreich nur im Einverständniss mit ihr vor sich gegangen sei und es bedurfte der eifrigsten Versicherungen, um ihn vom Gegentheil zu überzeugen. Als aber der Graf wegen der steigenden Gefahr sich endlich entschloss, seinen Marsch durch die spanischen Niederlande nach Holland zu richten und so der Aufforderung des Prinzen von Oranien, ihm gegen Spinola zu helfen, nachzukommen, kümmerte sich der König von Frankreich nicht weiter um den Schutz des bedrohten Nachbargebietes, denn von dem Augenblicke an, wo Mansfeld seine Waffen gegen die Freunde des Kaisers richtete, betrachtete ihn der König als seinen Bundesgenossen.

Bevor Mansfeld in das Gebiet der Infantin einrückte, verbrannte er alles Gepäck, das seinen Marsch verzögerte und machte einen grossen Theil seines Fussvolkes mit den dadurch frei gewordenen Pferden beritten,*) so dass er über 8000 Reiter, aber nur über eine entsprechend geringe Anzahl Fussvolks verfügte. Unter Verwüstungen und Plünderungen aller Art zog er in Begleitung Christians von Halberstadt über die Maas bei Mezières nach Aubenton und von dort gegen Fleurus, wo er auf Cordova stiess, der eilig herbeigezogen war, um den weiteren Verwüstungen ein Ende zu machen. Zwischen beiden Theilen entspann sich eine Schlacht, in der sich Christian von Halberstadt als der kühnste und tapferste Reitergeneral bewährte, so dass hauptsächlich durch sein Verdienst die feindlichen Infanterieregimenter durchbrochen wurden und dann nur mit grosser Mühe zusammengehalten werden konnten. Die Spanier schrieben sich zwar schliesslich den Sieg zu und feierten ihn in Brüssel mit einem Tedeum; diese Feier war jedoch keineswegs berechtigt, der Erfolg stand nicht auf ihrer Seite, da Mansfeld an der Fortsetzung seines Marsches nicht gehindert wurde. Wie gross die Verluste auf beiden Seiten gewesen sind, können wir der widersprechenden Nachrichten wegen nicht mit Sicherheit angeben. Unter den Gefallenen auf protestantischer Seite verdient der Herzog Friedrich von Weimar hervorgehoben zu werden; mit ihm verschwanden die Herzoge dieses Hauses vorläufig vom Kriegsschauplatze, da sein Bruder Johann Ernst

29. August 1622

*) Villermont Ernest de Mansfeld.

schon drei Wochen früher bei einem Vorpostengefecht von den Spaniern gefangen worden war. Christian von Halberstadt wurde bei Fleurus am linken Arm verwundet und da er die Wunde nicht genug beachtete, so wurde sie brandig und führte den Verlust seiner linken Hand herbei. Unter denen, die auf katholischer Seite fielen, nennen wir den Feldmarschall Don Francisco de Ibarra, dessen früher Tod im Interesse der Geschichtschreibung nicht genug beklagt werden kann. Er hatte an dem Feldzug Spinola's und Cordova's in der unteren Pfalz im J. 1620 und 1621 theilgenommen und denselben in so eingehender und trefflicher Weise geschildert und dabei einen so klaren Blick in der Auffassung der politischen Verhältnisse bekundet, dass man die Unterbrechung seiner Arbeit nicht genug bedauern kann.*)

Nach der Schlacht bei Fleurus rückte Mansfeld ungehindert gegen Bergen op Zoom und bewerkstelligte dort seine Vereinigung mit den Holländern. Sein Heer war durch die Strapazen des Marsches und durch die steten Angriffe der Feinde binnen wenigen Wochen auf ein Viertel seiner frühern Zahl zusammengeschmolzen, er verfügte nur noch über 6000 Mann, denen es überdies an allem, hauptsächlich aber an der nöthigen Bekleidung mangelte, so dass sie abgerissenen Bettlern ähnlich sahen; gleichwohl reichte ihr Erscheinen vor Bergen op Zoom hin, Spinola zur Aufhebung der Belagerung dieser Stadt zu veranlassen.

Der Waffenstillstand, der zwischen Spanien und den Holländern im Jahre 1609 auf 12 Jahre abgeschlossen worden war, war, wie wir dies bereits berichtet haben, im Jahre 1621 nicht mehr erneuert worden und so wurde der unter dem Vorwande der Hilfeleistung für die Pfalz im Jahre 1620 begonnene Krieg jetzt offen zwischen Spanien und Holland weiter geführt.**) Den unmittelbaren Anlass zur Kündigung des Waffenstillstandes nahm der junge König von Spanien aus einem Angriff, den sich ein holländischer Kapitän gegen spanische Schiffe im Monat

*) La guerra de Palatinado por Don Francisco de Ibarra herausgegeben von Morel-Fatio. Sächs. StA. Bericht wie Herzog Joh. Ernst gefangen genommen. — Ebend. Relation über den Sieg den Cordova über Mansfeld erhalten. — Ebenda. Eine zweite Relation.

**) Wiener StA. Khevenhiller an Ferd. II dd. 9. Febr. 1621.

Mai des genannten Jahres erlaubt hatte.*) Spinola, der den pfälzischen Kriegschauplatz mit dem an der unteren Rheingegend vertauscht hatte, verfügte sich mit seinen Truppen in die Nähe der Stadt Wesel, um die Belagerung von Jülich, die von dem spanischen General Heinrich vom Berg betrieben wurde, gegen den Prinzen Moritz zu schützen. Ein Versuch des Prinzen den Marques zurückzudrängen misslang und endete mit dem Rückzuge der Holländer in die Winterquartiere. Spinola benützte die gegebene Musse, um sich mit Berg zu vereinen und sich an dem Angriffe auf Jülich zu betheiligen, das am 22. October zur Capitulation gezwungen wurde. 1621

Im Frühjahr des folgenden Jahres benützte der Prinz Moritz die Entblössung Brabants von spanischen Garnisonen und gab deshalb seinem Bruder, dem Prinzen Friedrich Heinrich, den Befehl an der Spitze von 3000 Reitern und 1000 Mann zu Fuss in das genannte Herzogthum einzurücken. Die von den Holländern überfallenen Gebiete wurden arg verwüstet und die gemachte Beute rasch in Sicherheit gebracht. Spinola gedachte diesen Ueberfall dadurch zu rächen, dass er sich an die Belagerung von Bergen op Zoom machte, aber trotz aller Anstrengung zog sie sich vom Juli bis zu Ende September hin, 1622 ohne dass er zum Ziele gelangt wäre. Mittlerweile war aber die holländische Armee so vergrössert worden, dass der Prinz Moritz zum Entsatz heranrücken konnte. Da ein Versuch des Grafen vom Berg die Holländer zur Trennung ihrer Armee zu veranlassen und dadurch den beabsichtigen Entsatz zu vereiteln, missglückte, so musste sich Spinola mit dem Gedanken befreunden die Belagerung aufzuheben und that dies auch wirklich am 20. October, als Mansfeld heranrückte und die holländische 1622 Armee noch mehr verstärkte.

Während dieser Vorgänge bemühten sich Tilly und Erzherzog Leopold die feindliche Herrschaft im Elsass und der untern Pfalz vollends niederzuwerfen. Der letztere kam mit seinen Bemühungen bald zum Ziele, da sich ihm kein nennenswerther Widerstand entgegenstellte, schwieriger war die Aufgabe, die Tilly bevorstand. Nach der siegreichen Schlacht bei Höchst rückte er gegen Ladenburg, nahm dasselbe ein und zog dann

*) Theatrum Europaeum.

1622 gegen Heidelberg, dessen Belagerung am 1. Juli ihren Anfang nahm. Die ersten Angriffe Tillys, die von der Nordseite her erfolgten, wurden zurückgeschlagen und da er die Fruchtlosigkeit einer Erneuerung derselben einsah, so brach er sein Lager ab, zog nach Ladenburg zurück, übersetzte den Neckar und schloss Heidelberg von der Südseite ein. Da er jedoch zur Beobachtung Mansfelds den Freiherrn von Anholt mit 8000 Mann hatte abschicken müssen, so verfügte er nicht über die nöthige Truppenzahl, um die Belagerung rasch zum Ziele führen zu können. Erst nach Mitte August nahm er dieselbe energischer auf, liess Laufgräben anlegen, die Stadt aus gut gelegenen Positionen nach allen Richtungen beschiessen und suchte sich ihrer verschiedenen Redouten zu bemächtigen. Da sich jedoch die Belagerten tapfer wehrten, so konnte er seine Erfolge nur Schritt für Schritt erkämpfen. Am 15. September ordnete er einen allgemeinen Sturm an, der zurückgeschlagen wurde, doch schien sich die Kraft der Vertheidiger dabei erschöpft zu haben, denn im Laufe der folgenden Tage fielen durch das fortgesetzte Bombardement wichtige Vorwerke in seine Hände, so dass die weitere Vertheidigung unmöglich gemacht wurde*) und ein abermaliger Sturm die Stadt in seine Hände lieferte. Der Commandant der pfälzischen Besatzung, Merven, zog sich in das Schloss zurück und verweigerte dessen Uebergabe, so lang er nicht bestimmte Weisungen von Vere erhalten hätte, der mittlerweile in Mannheim stand. Tilly gestattete ihm die Absendung eines Boten zur Einholung der nöthigen Weisungen und dieser kehrte mit der Antwort zurück, Merven möge den Umständen gemäss handeln. Da es ihm an Lebensmitteln gebrach, so begann er über die Capitulation zu verhandeln und schloss sie am 19. September gegen freien Abzug der Besatzung ab, eine Bedingung, welche durch die Mordlust der Sieger später verletzt wurde und nur Tilly's energischem Einschreiten dankten es die Abziehenden, dass es bloss bei einzelnen allerdings bestialischen Misshandlungen blieb. Ausser der Verwüstung und Plünderung, welche Heidelberg traf, erlitt ganz Deutschland durch den Fall dieser Stadt einen unersetzlichen Verlust dadurch, dass Maxi-

*) Heilmann I, 150.

milian von Baiern die daselbst befindliche kostbare Bibliothek dem Papste schenkte und sie nach Rom transportiren liess. *)

Von Heidelberg rückte Tilly nach Mannheim, das er am 20. September erreichte und sofort einzuschliessen begann. Die Vertheidigung dieser Stadt, die von Vere geleitet wurde, gestaltete sich trotz seines Eifers von vornherein hoffnungslos, da kein Entsatz zu gewärtigen stand und die Besatzung durch vorangegangene Anstrengungen so geschwächt war, dass sie keinen ausreichenden Widerstand leisten konnte. Vere leitete deshalb Capitulationsverhandlungen ein, die am 2. November zum Abschluss gebracht wurden und denen zu Folge der Besatzung freier Abzug in ihre Heimat (England) gestattet und den Theologen' und sonstigen Kirchendienern erlaubt wurde, so lange in Mannheim zu bleiben, bis sie ein anderes Unterkommen gefunden hätten. Nach diesem Erfolge schritt Tilly zur Belagerung von Frankenthal, aber der muthige Widerstand der Besatzung und der Bürger, sowie die vorgerückte Jahreszeit nöthigten ihn sich mit der blossen Einschliessung der Stadt zu begnügen.

1622

1622

Anholt war mittlerweile in das Gebiet von Paderborn gezogen, da seine Anwesenheit an der Grenze von Lothringen überflüssig geworden war, und suchte das Stift von den Garnisonen zu befreien, die Christian von Halberstadt daselbst zurückgelassen hatte. Viele Katholiken glaubten sich nun am Ziele und hofften, dass durch den so eben nach Regensburg berufenen Fürstentag ihnen ohne weiteren Widerstand die pfälzische Kur und die damit verbundenen Länder in den Schoss fallen würden. Man darf sich nicht wundern, wenn sie diese Hoffnung fassten, da kein deutscher Fürst sich des Pfalzgrafen im Augenblick thatsächlich annahm und die böhmischen Exulanten nur noch von einer friedlichen Einigung mit dem Kaiser einige Rettung aus ihrer bedrängten Lage und einen Ersatz für die ihren Frauen gehörigen Güter erwarteten. **) Der Kampf schien zu Ende zu sein: dass er von neuem und noch heftiger ausbrach, dafür trug abermals der Graf von Mansfeld in erster Reihe Sorge.

*) Münchner StA. Max. von Baiern an den Papst dd. 24. Sept. 1622.

**) Münchner StA. Ruppa an Friedrich dd. 1./11. Sept. 1622.

Siebentes Kapitel.

Die Verhandlungen bezüglich der Uebertragung der pfälzischen Kur.

I Gregors XV Haltung in der Kurfrage. Pater Hyacinth. Der Kaiser überträgt dem Herzog Maximilian schriftlich die Kur. Neue Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Maximilian bezüglich der pfälzischen Länder. Der Nuncius Verospi und das päpstliche Schreiben. Ferdinand fragt bei Maximilian an, welche Antwort er dem Papste geben soll. Haltung der geistlichen Kurfürsten in Angelegenheit der Kur. Erzherzog Karl bei Johann Georg. Hohenzollern ladet den Kurfürsten von Sachsen zum Besuche des Fürstenconventes ein.
II Philipp III in seinen letzten Lebenstagen. Uzeda und seine Anhänger werden von Philipp IV beseitigt. Der neue König, sein Regierungsprogramm. Verhandlungen über die Vermählung der spanischen Infantin Maria. In Spanien will man den englischen Wünschen bezüglich der Restitution des Pfalzgrafen Rechnung tragen. Die kaiserlichen Briefe in Angelegenheit der Kur. Khevenhiller und Pater Hyacinth bemühen sich die spanische Zustimmung für die Uebertragung der Kur zu gewinnen. Erklärungen des Pater Hyacinth in Wien.
III Der Kaiser schickt den Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg nach London. Die Verhandlungen in Brüssel. Haltung des Pfalzgrafen gegenüber diesen Verhandlungen. Die Verhandlungen führen nicht zu dem erwünschten Resultat. Digby in Spanien. Zuñiga's Tod. Khevenhiller bemüht sich den König Philipp in den für Maximilian freundlichen Beschlüssen festzuhalten. Umschwung in der spanischen Politik seit dem Tode Zuñiga's und seit Digby's Ankunft in Madrid. Aerger Jakobs über den Verlauf der brüsseler Verhandlungen. Er schickt den Endymion Porter mit neuen Weisungen nach Spanien. Man entschliesst sich daselbst den Wünschen Jakobs nachzugeben. Olivares' Plan für einen Ausgleich.

I

Wir haben erzählt, wie der Papst Gregor XV nach seiner Thronbesteigung sich den Schutz der katholischen Interessen in Deutschland angelegen sein liess und wie er den Kaiser bereitwillig mit grösseren Summen unterstützte. Es kann daher nicht befremden, wenn er sich für die Befriedigung der Wünsche des Herzogs von Baiern aussprach und somit keine Rücksicht auf

die Aengstlichkeit einzelner deutscher Kirchenhäupter, wie z. B. des Kurfürsten von Mainz, nahm. Schon im Juni 1621 verlangte er von Philipp IV, dass dieser sich der Uebertragung der Kur an einen katholischen Fürsten nicht widersetzen solle*) und bemühte sich alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich der Erhebung Maximilians entgegenstellten, wobei er sich der Mithilfe des Kapuziners, P. Hyacinth de Casale bediente. Wie dieser einfache Mönch zu der politischen Rolle kam, die er jetzt zu spielen begann, wissen wir nicht anzugeben, nur so viel ist uns bekannt, dass auch der Herzog von Baiern in Beziehungen zu ihm stand, sich seiner ursprünglich bei Gelegenheit der mit den böhmischen Ständen noch bei Lebzeiten des Kaisers Mathias anzubahnenden Verhandlung bediente und jetzt durch ihn seine Gesuche um Geldunterstützung bei dem päpstlichen Hofe und einzelnen Kardinälen befürworten liess.**) P. Hyacinth gewann vielleicht erst bei dieser Gelegenheit das Zutrauen des Papstes und seines Nepoten, des Kardinals Ludovisio; jedenfalls schickten sie ihn nach Deutschland, um den geistlichen Kurfürsten namentlich Mainz und Trier von jedem Widerstande bei der Uebertragung der Kur abzurathen.***) Auch zum Kaiser sollte sich der Kapuziner zu demselben Zwecke verfügen, und er traf gerade in dem Augenblick in Wien ein, als Digby sich dort um die Restitution des Pfalzgrafen bemühte. P. Hyacinth machte sich mit Eifer an die Lösung der entgegengesetzten Aufgabe, er verlangte — vermuthlich nicht im Auftrage des Papstes, sondern auf den Wunsch Maximilians — dass der Kaiser seinen guten Willen für die katholische Sache schon jetzt beweise und dem Herzog von Baiern die Kur schriftlich übertrage. Er gelangte thatsächlich zum Ziele, obgleich Ferdinand dies Begehren bis dahin abgelehnt hatte und obgleich Herr von Nostitz mit dem oberwähnten Ansuchen um Waffenruhe abgereist war, das im Gewährungsfalle der kaiserlichen Politik eine neue Richtung geben

*) Simancas, Gregor XV an Philipp IV dd. 24. Juni 1621.

**) Max. an Mainz, Köln und Trier dd. 22. Juni 1621. Münchner StA. — Band II, 28.

***) Münchner StA. Gregor XV an die geistlichen Kurfürsten dd. 15. September 1621. — Wiener StA. Savelli an Ferdinand dd. 25. Juni 1621.

1621 konnte.*) Das Document wurde am 22. September vom Kaiser unterzeichnet und übertrug den erblichen Besitz der pfälzischen Kur an Maximilian und seine Brüder (den Kurfürsten von Köln und den Herzog Albrecht) und deren gesammte Nachkommenschaft. So war der entscheidende Schritt geschehen, der Kaiser hatte sich den Weg zur Aussöhnung mit dem Pfalzgrafen verschlossen.

Da Ferdinand auf diese Weise für Maximilian Partei ergriff, so wollte er dafür die Eroberung der Oberpfalz zu seinen Gunsten ausbeuten; er schickte zu diesem Zwecke den Grafen von Hohenzollern nach München und liess die früher gestellte Forderung wiederholen, dass Maximilian Oberösterreich herausgeben und dafür die Oberpfalz „die mehr werth sei," in Pfand nehmen möge. Der Graf sollte den Herzog an sein Versprechen erinnern, dass er die Oberpfalz, wenn sie einmal in seinen Besitz gelangen würde, gegen Oberösterreich vertauschen wolle, und um ihm jeden Skrupel zu benehmen, sollte er ihm die Versicherung geben, dass der Kaiser ihm, wenn er im Laufe des Krieges aus der Oberpfalz vertrieben würde „ein anderes, gelegenes und genugsames Unterpfand (Oberösterreich nannte er nicht) unverzüglich einräumen und ihn so gänzlich schadlos halten würde." Für den unverhofften Fall, dass Maximilian Oberösterreich nicht aus den Händen lassen wollte, sollte der Gesandte die Uebergabe der Oberpfalz verlangen, da man ihm nicht ein doppeltes Unterpfand für seine Forderungen überlassen könne.**) Dies war übrigens nicht der einzige Auftrag, den Hohenzollern auszurichten hatte, er sollte den Herzog auch fragen, in welcher Weise man dem Könige von Spanien als Rechtsnachfolger des Erzherzogs Albrecht die untere Pfalz übertragen könnte, ohne

Nov. 1621

*) Maximilian an Ferd. dd. 2. Oct. 1621: „Es hat mir vor wenig Tagen „P. Hyacinth E. kais. Mt. Handtbriefel sambt der kurpfälzischen Investitur eingehändigt, daraus ich Euer Mt. beharrliche gnädigte Affection und demjenigen, so Sie versprochen, zu wirklichen Effect zu befördern mit mehrerem vernommen." Der Kaiser werde es nie bereuen, dass er die Kur auf ihn transferirt habe; er wolle das Geheimniss wahren, überzeugt, dass der Kaiser, sobald er die Zustimmung Sachsens und Spaniens erlangt habe, nicht länger mit der Publication säumen werde. — Wiener StA. Obligation der kais. Mt. gegen Herzog Max. von Baiern dd. 24. Feb. 1623.

**) Wiener StA. Kaiserliche Instruction für Hohenzollern.

dass dadurch im Reiche neue Stürme heraufbeschworen würden. Man that also in Wien, als ob man nichts von den Ansprüchen wüsste, die Maximilian auf die untere Pfalz erhob. Sein Unwille war dadurch gereizt und machte sich in der Antwort Luft, die er trotz der ihm bereits schriftlich ertheilten Kur dem kaiserlichen Gesandten ertheilte. Er wollte sich nicht an das Versprechen bezüglich des Austausches der Oberpfalz gegen Oberösterreich erinnern und lehnte denselben ab, weil die Oberpfalz noch allen Angriffen ausgesetzt sei und er etwas gewisses nicht gegen etwas ungewisses austauschen könne. Von einer Ueberantwortung der unteren Pfalz an Spanien wollte er gleichfalls nichts wissen und zwar jetzt noch weniger als früher, da Tilly mittlerweile in dieselbe eingerückt war und die vollständige Eroberung dieses Gebietes von seiner Thätigkeit zu erwarten stand. Maximilian deutete auf die Gefahren hin, welche die spanische Herrschaft in der Unterpfalz zur Folge haben würde und verlangte, dass man den König Philipp auf dieselben aufmerksam mache; erst nach der etwaigen Antwort des letzteren wolle er seine Ansicht kund geben, die übrigens aus diesen Ausflüchten klar genug hervortrat.*)

Die nahezu trotzige Haltung Maximilians und namentlich seine Weigerung im Betreff Oberösterreichs gab seinen Gegnern in Wien — und er hatte deren schon wegen seiner Sparsamkeit viele — eine willkommene Gelegenheit ihn in den Augen des Kaisers herabzusetzen. Ein greifbares Resultat erlangten sie damit nicht, Ferdinand konnte sich ebensowenig von Baiern lossagen wie von Spanien, denn da sein Regiment weder in Böhmen noch in Oesterreich fest begründet und in Ungarn steten Anfeindungen ausgesetzt war, so musste es durch die Machinationen seiner auswärtigen Feinde zusammenbrechen, wenn ihm nicht so verlässliche Freunde wie Baiern und Spanien zur Seite standen. Deshalb konnte er den Einflüsterungen seiner kurzsichtigen Diener kein Gehör schenken und musste es immer wieder versuchen seine Interessen mit den Forderungen

---

*) Wiener StA. Antwort Maximilians auf die Propositionen Hohenzollerns dd. 9. December. — Ebenda. Hohenzollern an einen der kaiserlichen Räthe dd. 7. und 12. Dec. 1621.

Maximilians in Einklang zu bringen. Um dies zu bewerkstelligen, war es nothwendig den Geldbetrag genau zu kennen, dessen Rückerstattung Maximilian bei der Berechnung der geleisteten Hilfe fordern würde; nur in diesem Falle hatte man bei dem proponirten Tausch Oberösterreichs gegen die Oberpfalz eine sichere Basis. Man beschloss deshalb in Wien abermals den Grafen von Hohenzollern nach München zu schicken und durch ihn um die schleunige Berechnung der Auslagen für die im Jahre 1620 geleistete Hilfe und um die Uebergabe der Oberpfalz in die kaiserliche Verwaltung und Nutzniessung zu ersuchen. Diese beiden Forderungen versprach Maximilian zu erfüllen,*) minder günstig war seine Antwort auf die von ihm schon wiederholt abgelehnte dritte Forderung. Der Kaiser wollte die ausweichende Antwort Maximilians bezüglich der Uebergabe der Unterpfalz an Spanien nicht gelten lassen und verlangte von dem Herzoge eine Erklärung, dass er keinen Theil der pfälzischen Besitzungen, namentlich nicht die Unterpfalz, für sich beanspruche, sondern sich mit der Uebertragung der Kur begnügen werde, wie denn auch das kaiserliche Versprechen nie anders gelautet habe. Diese Forderung lehnte Maximilian in gewundener Redeweise und mit vielen Vorbehalten aber entschieden ab. Er schützte die Ueberzeugung vor, dass Philipp bei Erwägung aller Schwierigkeiten, die sich der Besitzergreifung der Unterpfalz entgegenstellten, auf dieselbe verzichten, oder die Angelegenheit unentschieden lassen werde, er wies auch auf den Hass hin, dem die spanische Herrschaft in Deutschland begegnen, und wie sich dieser gegen ihn (Max.) wenden würde, wenn er durch seine Verzichtleistung den spanischen Ansprüchen gewissermassen als Brücke dienen würde. Er sage dieses zwar nicht, weil er dem Hause Habsburg eine Vergrösserung nicht gönne, besser sei es aber, wenn man von ihm diese Verzichtleistung nicht verlange, den man könne nicht wissen, welches Ende der Krieg nehmen werde und für ihn sei es abträglich, von vornherein auf die Kurlande zu verzichten, da er ja noch nicht einmal der Kur selbst sicher sei. Wenn ihm dieselbe

*) Wiener StA. Max. an Ferdinand dd. 24. Nov. 1621. — Ebenda. Kaiserliche Instruktion für Hohenzollern dd. 30. Dec. 1621.

übertragen sei, dann könne man über diese Angelegenheit weiter verhandeln.*)

Graf Hohenzollern war mit diesem Bescheide nach Salzburg gereist, wo er mit dem Kaiser zusammentraf, als dieser von seiner Hochzeitsreise aus Innsbruck zurückkehrte. Ferdinand machte jetzt keine Einwendung gegen die Erklärung des Herzogs in Betreff der Kurlande, er nahm den abweislichen Bescheid ruhig entgegen und erklärte sich trotzdem bereit sein Versprechen bezüglich der feierlichen Uebertragung der Kur zu erfüllen, nur sollte dies erst dann geschehen, wenn auch Spanien seine Zustimmung gegeben haben würde. Zu dieser fast an Unterwürfigkeit grenzenden Nachgiebigkeit wurde er vielleicht durch ein neues Schreiben des von ihm hochverehrten Papstes veranlasst. Gregor, ungeduldig darüber, dass die Kur dem Herzog Maximilian noch immer nicht öffentlich übertragen wurde, hatte an den Kaiser geschrieben und ihm gelinde Vorwürfe gemacht, dass er die Interessen der Kirche so wenig fördere und gleichzeitig durch den zu diesem Zwecke eigens an ihn abgeschickten Nuncius Verospi verlangt, dass die feierliche Uebertragung der Kur demnächst vollzogen werde. Statt dem Nuncius selbst zu antworten und allenfalls auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die von Spanien drohen könnten, so lange man dessen Zustimmung nicht gewiss sei, verlangte Ferdinand, Maximilian solle ihm rathen, welchen Bescheid er dem Papste ertheilen solle.**) Da Hohenzollern mit dieser Frage wieder nach München reisen musste, so wurde ihm gleich noch eine zweite mitgegeben und zwar wünschte Ferdinand zu wissen, zu welchen Concessionen er sich gegen Jakob von England verstehen solle, wenn die Verhandlungen mit ihm aufs neue aufgenommen würden.

1622 Als Hohenzollern am 17. Februar in München anlangte, fand er diesmal noch weniger Entgegenkommen als früher. Der Herzog wollte sich nicht zu der Abfassung eines Gutachtens bezüglich der dem Papste zu ertheilenden Antwort verstehen, weil die Vorwüfe Gregors XV nur seine eigenen Gedanken ausdrückten und nur mit Mühe presste ihm der Gesandte die

*) Wiener StA. Antwort Maximilians dd. 28. Januar 1622.

**) Wiener StA. Ferdinand an den Papst dd. 23. Januar 1622.

Erklärung ab, dass der Kaiser dem Papste die feierliche Uebertragung der Kur versprechen solle, sobald er sich mit seinen Freunden besser gerüstet haben würde. An diesen widerwillig ertheilten Rath knüpfte Maximilian aber die energische Mahnung, der Kaiser möge mit der Investitur nicht länger säumen, zum mindesten ihm dieselbe noch vor dem Zusammentritt des Kurfürstenconvents ertheilen, da die Verhandlungen daselbst sonst die ganze Sache leicht zum Falle bringen könnten. Die Abgabe eines Gutachtens über die Concessionen, zu denen Ferdinand sich gegen den König von England herbeilassen sollte, lehnte Maximilian rundweg ab. Theils war es Misstrauen, das ihn schweigen hiess, denn er fürchtete, dass die wiener Staatsmänner ihren abweislichen Bescheid mit seinem Gutachten decken würden, theils wusste er keine geeignete Grundlage für die Verhandlungen anzugeben, da er den Pfalzgrafen zu Grunde richten wollte. Er wollte die Verhandlungen überhaupt unmöglich machen und verlangte deshalb vom Kaiser, dass er in Betreff der Kur alle Heimlichkeit fallen lasse, denn da seine Briefe nach Spanien aufgefangen seien, so nütze das Leugnen nichts und deshalb solle er dem Könige von England offen erklären, dass er über die Kur zu seinen Gunsten verfügt habe.*)

Die scharfe Art, in welcher Maximilian die erworbenen Rechte vertheidigte und vom Kaiser die Befriedigung seiner Wünsche verlangte, fand nicht die Billigung des wiener Hofes, der vor der eingeholten Zustimmung Spaniens jedes entschiedene Auftreten vermeiden wollte. In diesem Sinne lautete auch die Antwort, die Ferdinand endlich dem Nuncius Verospi ertheilte. Er erklärte, dass die Uebertragung der Kur nicht geschehen könne, so lange er nicht wisse, welche Richtung die neuen Verhandlungen mit Jakob nehmen würden und so lange er nicht der Unterstützung seiner Freunde, namentlich des Papstes sicher sei, im Falle diese Verhandlungen scheitern würden. Der Kaiser stellte also Bedingungen auf, von deren Erfüllung er seinen Entschluss abhängig machte. Dies entsprach aber nicht den Weisungen, die Verospi in Rom empfangen hatte

*) Wiener StA. Hohenzollern an Ferdinand dd. 21. Febr. 1622. — Ebenda. Bairische Antwort auf die Propositionen Hohenzollerns dd. 21. Febr. 1622.

und den wahrscheinlichen Informationen Maximilians, der für die Uebertragung der Kur kein anderes Hinderniss zugestehen wollte, als die Unentschlossenheit des Kaisers. *) Verospi erklärte sich deshalb mit dem Bescheide nicht zufrieden und stellte die ungeheuerliche, aber bei der immer mehr zu Tage tretenden Nachgiebigkeit des Kaisers begreifliche Forderung, dass derselbe die feierliche Uebertragung der Kur nicht von der Erfüllung der oben genannten Bedingungen abhängig mache, sondern dem Herzoge von Baiern die Bestimmung des Zeitpunktes (!) überlasse; dieser sollte also entscheiden, ob und wann die Investitur ohne Gefahr vor sich gehen könne. Ferdinand nahm dieses beleidigende Verlangen ruhig hin und erklärte, dass er im Einverständnisse mit Maximilian keine Gelegenheit verabsäumen werde, um letzterem die Investitur zu ertheilen, sobald dies ohne Gefahr geschehen könne.**)

In der That war der Kaiser entschlossen sein Versprechen zu halten und soweit es an ihm lag, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, deshalb suchte er die Zustimmung des Kurfürsten von Mainz und des Königs von Spanien zu erlangen und den Kurfürsten von Sachsen in seinen freundlichen Dispositionen zu bestärken. Bei Kurmainz frug er noch vor der Ertheilung jenes schriftlichen Versprechens an Maximilian, ob er trotz der widerrathenden Meinung Sachsens die pfälzische Kur nicht schon vor Zusammentritt des zu berufenden Fürstenconvents an Baiern übertragen solle. Da man in Wien fürchtete, dass Schweickhart aus Rücksicht für Sachsen sich dagegen stemmen werde, riet der Graf von Hohenzollern, man solle ihn auf sein Gewissen befragen, was seine wahre Meinung sei, und von ihm nur eine mündliche Erklärung verlangen. Bevor der Kurfürst von Mainz eine Antwort abgab, befragte er die Collegen von Köln und Trier um ihre Meinung. Der erstere sprach sich für die unmittelbare Uebertragung der Kur aus; der letztere dagegen widerriet sie vor eingeholter Zustimmung

*) Wiener StA. Antwort an den Nuncius Verospi.

**) Wiener StA. Substantia resolutionis ultimae S. Caes. Mtis dom. Verospio per me (Freiherrn von Ulm) oretenus dandae dd. 7. April 1622. — Ebend. Ferdinand an den Papst dd. 15. April 1622.

Sachsens.*) Der Wortlaut der schliesslichen Antwort des Kurfürsten von Mainz an den Kaiser ist uns nicht bekannt, wir vermuthen jedoch, dass sie so lautete, wie die seines Kollegen von Trier, wenn sie nicht noch weiter ging. Denn als einige Monate später Johann Georg von Sachsen den Landgrafen Ludwig mit einer Botschaft an Schweickhart abordnete, versicherte dieser den letzteren, dass er stets der Meinung gewesen sei, der Kaiser solle den Pfalzgrafen begnadigen und wenigstens seinen Sohn zur Kur zulassen. Er (Mainz) habe sich durch seine Haltung so sehr das Missfallen des „unverschämten Mönchs" (des P. Hyacinth) zugezogen, dass dieser ihn in einem Briefe fast mit der Excommunication bedroht habe, er aber habe den Mönch zurechtgewiesen, sich beim Papste und dem Kaiser zum höchsten über ihn beschwert und „wünsche ihm den Teufel in die Kutte." **)

In weiterer Befolgung der zu Gunsten Baierns getroffenen Verfügung beschloss man am kaiserlichen Hofe die Absendung einer neuerlichen Gesandtschaft nach Dresden. Erzherzog Karl sollte sich zu Johann Georg verfügen und ihm mittheilen, zu welchem Schritt sich der Kaiser entschlossen habe: dass er dem Herzog von Baiern die Kur bereits schriftlich und mündlich zugesichert habe und dass demnach von keinen Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen die Rede sein könne, in denen der Restitution der Kur gedacht würde. Man hoffte in Wien, dass dieses offene Bekenntniss den Kurfürsten freundlich stimmen und er seine ohnedies in Aussicht gestellte Zustimmung nicht vorenthalten werde. Der Erzherzog erfüllte den ihm gewordenen Auftrag zur vollsten Zufriedenheit des Kaisers, der Kurfürst zeigte sich mit der Uebertragung der Kur einverstanden und erklärte, dass „bei so gestalteten Sachen man darauf bedacht sein müsse, „wie das kaiserliche Wort, Brief und Siegel manutenirt werden „könnte, und dass er selbst hiezu gute Präparatoria machen „und das Seinige treulich thun wolle." ***) Diese Erklärung

1. Nov. 1621

*) Wiener StA. Kurköln an Kurmainz dd. 15. September 1621. — Kurtrier an Kurmainz dd. 13. September 1621.

**) Sächs. StA. Antwort des Kurfürsten von Mainz ertheilt dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt dd. 26. Februar (a. oder n. St. ?) 1622.

***) Diese Antwort ergibt sich aus der Instruction, die Hohenzollern zu einer abermaligen Reise nach Dresden im J. 1622 erhielt. Wiener StA.

beruhigte in Wien und man glaubte deshalb auf die Zustimmung Kursachsens rechnen zu dürfen, wenn der Kaiser den Kurfürstentag berufen würde, auf dem allein und nicht früher er entschlossen war, die Kur an Maximilian zu übertragen.

Da trat jedoch der Zwischenfall ein, dass die Briefe, die der Kaiser nach Spanien geschrieben hatte und worin er seinen festen Entschluss bezüglich der Uebertragung der Kur kundgab, in die Hände Mansfelds gerieten und später vom Pfalzgrafen publicirt wurden. Das Aufsehen, welches diese Angelegenheit erregte, lässt sich schwer beschreiben, vor allem fühlte sich der Kurfürst von Sachsen getroffen, weil es sich unwiderleglich zeigte, dass sein Bündniss mit dem Kaiser die Schädigung der Protestanten im Gefolge habe. Johann Georg ersuchte deshalb den Landgrafen Ludwig von Hessen, dass er zu dem Kurfürsten von Mainz reisen und ihn befragen möchte, was es mit den aufgefangenen Briefen für eine Bewandtniss habe, ihr Inhalt reize allgemein zum Misstrauen, man verlange von ihm von allen Seiten Aufklärung, obwohl ihm von dieser Sache (der Uebertragung der Kur) nichts bekannt und er nie darum befragt worden sei. (!) — Er erinnerte sich also nicht, welche Antwort er seiner Zeit dem Erzherzog Karl und dem bairischen Vertreter Wensin gegeben hatte und wie sehr er in die Pläne des wiener Hofes eingeweiht war. Der Kurfürst von Mainz antwortete auf die Anfrage in ganz bestürzter Weise und diese Bestürzung war nicht so erheuchelt wie die Unwissenheit Johann Georgs, denn Schweickhart von Mainz wollte an dem Bündnisse mit Sachsen festhalten und verübelte es dem Kaiser, dass er sich zur Ausstellung der schriftlichen Belehnung an Maximilian entschlossen und den Kurfürsten von Sachsen durch die frühzeitige Verlautbarung seiner Entschlüsse in eine schwierige Lage gebracht habe.*)

In Wien fürchtete man nun, dass Johann Georg vor der Welt den Unschuldigen spielen und sich an dem zu berufenden Kurfürsten-Convent nicht betheiligen und so die Verlegenheiten des Kaisers mehren werde. Wie man in allen schwierigen An-

*) Sächs. StA. Johann Georg an Ludwig von Hessen dd. 9./19. Feb. 1622. — Ebenda. Antwort des Kurfürsten von Mainz auf die Anfrage Ludwigs von Hessen dd. 26. Feb. (a. oder n. St. ?) 1622.

gelegenheit Maximilian um Rath ersuchte, so auch jetzt, der Graf von Hohenzollern musste abermals nach München reisen und fragen, auf welche Weise man die allfälligen Einwendungen Sachsens widerlegen könnte. Bevor Maximilian diese Frage beantwortete, erklärte er, der Kaiser müsse dafür Sorge tragen, dass das Odium für die Uebertragung der Kur nicht auf ihn (Max) falle, der Kaiser habe sie ihm freiwillig zugesagt, er müsse also dafür als für sein eigenes Werk einstehen. Bezüglich Kursachsens riet er, man soll aufrichtig bei ihm vorgehen und nichts verheimlichen. Um allfälligen Gefahren zu begegnen, die die Ertheilung der Investitur im Gefolge haben könnte, solle der Kaiser auf dem künftigen Fürstentage mit den katholischen Fürsten und Bischöfen bezüglich einer Hilfeleistung in Verhandlung treten und Maximilian versprach im vorhinein seine Mithilfe, „wenn der Kaiser und der König von Spanien auch das ihrige thun würden.“ Hohenzollern hatte in München neuerdings den Austausch der Oberpfalz gegen Oberösterreich begehrt, da sich für die kaiserlichen Finanzen aus dem Besitz dieses von Mansfeld geplünderten und später von den Baiern ausgesogenen Landes vorläufig kein Nutzen ergab. Der Herzog lehnte auch diesmal ab, deutete aber an, dass er vielleicht gefügiger sein werde, sobald die Investitur vollzogen sei.*) Der Gesandte musste mit diesem Bescheide nach Oedenburg reisen, wo der Kaiser des ungarischen Reichstags wegen weilte. In einer Sitzung des Geheimraths, an der Eggenberg, Hohenzollern, Trauttmansdorff, Liechtenstein und Ulm theilnahmen, wurde sein Bericht verlesen und wiewohl man mit den Entschlüssen Maximilians nicht ganz zufrieden war, so nahm man doch seine Anerbietungen in Betreff der Liga freudig auf und versicherte ihn in einem späteren Schreiben, dass der Kaiser den Papst und den König von Spanien zu bestimmten Versprechungen dränge.**)

In Oedenburg wurde nun die Instruction berathen, die man dem Grafen von Hohenzollern zu seiner Reise nach Dresden mitgeben wollte. Man beschloss den Kurfürsten an seine Antwort

*) Wiener StA. Ferd. II an Hohenzollern dd. 31. Mai 1622. — Ebenda. Hohenzollern an Ferdinand dd. 20. Juni 1622.

**) Wiener StA. Ferdinand an Maximilian dd. 25. Juni 1622.

erinnern zu lassen, die er ein Jahr zuvor dem Erzherzog Karl auf die Nachricht gegeben hatte, dass der Kaiser die pfälzische Kur dem Herzog von Baiern schriftlich ertheilt habe. Hohenzollern sollte den Kurfürsten zum persönlichen Besuche des Kur- und Fürstentages auffordern, den der Kaiser unter einem auf den 1. September ausschrieb und ihm versprechen, 1622 dass man daselbst über die Begnadigung des Pfalzgrafen verhandeln werde, im Falle dieser die gebührende Abbitte und Genugthuung zu leisten geloben würde.*) Der kaiserliche Gesandte fand zwar diesmal nicht das freundliche Entgegenkommen in Dresden, das dem Erzherzog Karl zu Theil geworden war, man war dort vorsichtiger geworden und legte jedes Wort auf die Wagschale, aber so viel glaubte er seinem Herrn versichern zu können, dass sich Johann Georg der Uebertragung der Kur nicht widersetzen werde. — Mit dieser Gesandtschaft waren die Bemühungen des Kaisers, die deutschen Fürsten in der Kurfrage freundlich zu stimmen, zu Ende.

II

Von den auswärtigen Mächten, die auf die Uebertragung der Kur einen Einfluss üben konnten, traten in erster Linie die Könige von Spanien und Frankreich hervor. Waren diese beiden Fürsten ihr nicht entgegnen, dann war Maximilian in ihrem Besitze trotz aller Drohungen Englands gesichert, aber wie konnte man erwarten, dass man diese natürlichen Feinde in einer Angelegenheit von solcher Bedeutung unter einen Hut bringen könnte? Der Kaiser verzichtete von vornherein auf die Gewinnung Frankreichs und überliess es dem Herzoge von Baiern die Zustimmung Ludwigs XIII zu erlangen. Maximilian unterzog sich bereitwillig dieser Aufgabe und wir werden später über das Resultat seiner Anstrengungen berichten.

In Spanien war im Laufe des Jahres ein Regierungswechsel eingetreten, durch den für die kaiserliche Politik mancherlei

*) Wiener St. Kais. Instruction für Hohenzollern dd. 25. Juni 1632. — Ebend. Hohenzollern an Ferdinand dd. 1. Juli 1622.

Schwierigkeiten hinweggeräumt wurden, andere aber neu erstanden. Am 31. März 1621 war König Philipp III aus dem Leben geschieden, ein gutmüthiger aber wenig begabter Mann, dessen geringe Fähigkeiten durch die Abgeschlossenheit, in der ihn sein Vater gehalten hatte und durch eine thörichte Erziehungsweise noch mehr verkümmert wurden. In seinen letzten Lebenstagen sah er ein, dass er der Aufgabe nicht nachgekommen war, die ihm die Vorsehung übertragen hatte, und so beschwerte er sich kurz vor seinem Tode über seinen ersten Minister, den Herzog von Uzeda und über seinen Beichtvater Luis von Aliaga, dass sie ihn nicht auf den rechten Weg gewiesen hätten und gab der Besorgniss Ausdruck, dass er wegen seiner schlechten Regierung der Verdammniss entgegen gehe. Umsonst suchten Uzeda und Aliaga die Schuld von sich abzuwälzen und die Fahrlässigkeit (oder besser gesagt Trägheit) des Königs für den üblen Erfolg der Regierung verantwortlich zu machen, umsonst bemühten sich andere Personen den König zu trösten und über sein Seelenheil zu beruhigen, er liess nicht ab zu klagen, bis man endlich einen andern Beichtvater den Jesuiten Florentio herbeirief, den der König als einen tüchtigen Prediger achtete. Statt ihn zu trösten machte der neue Beichtvater dem Könige bittere Vorwürfe, dass er sich von Günstlingen habe leiten lassen und alle seine Einkünfte an sie verschwendet habe und verlangte von ihm das feste Versprechen, dass er sich bessern werde, wenn er von seiner Krankheit genesen würde. Es war thöricht von diesem armen, nie selbständig urtheilenden Manne ein derartiges Versprechen zu verlangen; Florentio mochte dies selbst einsehen und es nur für zweckmässig halten, durch die feierliche Abnahme des Versprechens der Trostlosigkeit des Sterbenden ein Ende zu machen, zumal er dessen sittliche Haltung lobte und ihm als Verdienst anrechnete. Unter diesen Ermahnungen, Tröstungen und Gebeten verschied der König. Zwei Tage vor seinem Tode hatte er seinen Sohn zu sich berufen und ihn ermahnt, gerecht zu regieren und den Kaiser zu unterstützen; er selbst hatte erst vor wenigen Tagen zu diesem Behufe für die Instandhaltung der nöthigen Rüstungen nach Mailand, Brüssel und Wien die Summe von 1550000 Dukaten angewiesen. Der sterbende König

betrachtete die Unterstützung, die er dem Kaiser leistete, als eine Gewissenspflicht, deren Erfüllung er seinem Nachfolger ans Herz legen zu müssen glaubte.*) In seinem Testamente bestimmte er neben zahlreichen Stiftungen und Gnadengaben, dass 40000 Messen für sein Seelenheil gelesen würden.

Der Tod absoluter Herrscher hat nur selten in der Regierungsweise, immer aber in den Personen, welche die obersten Aemter inne haben, einen Wechsel zur Folge. Eifersucht und Neid nagen ohne Unterlass an der Stellung der obersten Günstlinge, ihnen wird allein die Schuld an allen Unfällen der letzten Regierung zugeschrieben und man glaubt nur einem Gebote der Gerechtigkeit zu folgen, wenn man an ihrem Sturze arbeitet, während man doch nur dem eigenen Ehrgeize dient. So geschah es auch nach dem Tode Philipps III mit dem Herzog von Uzeda und seinem Anhang, allerdings waren diesmal die Anklagen weit berechtigter als sonst, denn alle Vorwürfe, die man gegen die Faulheit und Unfähigkeit des Herzogs und gegen seinen Eigennutz erheben mochte, waren völlig begründet. Man konnte nur bezweifeln, dass der neue Herscher genug Entschlossenheit besitzen werde, um einen Wechsel mit seinen obersten Würdenträgern vorzunehmen, da er erst 14 Jahre alt war und bis dahin ebenso wie sein Vater zumeist unter Frauen auferzogen worden war. Indessen hatte er doch so jung er war, einen geheimen Groll gegen den Herzog von Uzeda in sich grossgezogen und war daher geneigt den Einflüsterungen des Grafen von Olivares, der ihm seit längerer Zeit zur Oberaufsicht beigegeben war und der sein Zutrauen gewonnen hatte, nachzugeben. Schon einen Tag nach dem Tode seines Vaters entliess er den Herzog von Uzeda aus mehreren seiner Aemter und bestätigte ihn bloss in dem Amte eines Obersthofmeisters und Oberstkämmerers, und einige Aenderungen, die er unter den Beamten des königlichen Geheimrathes traf, liessen sich auch nur in einem dem ehemaligen Günstling feindlichen Sinne erklären. Vorläufig schien es, als ob die neue Regierung sich noch schärfer von kirchlichen Rücksichten werde leiten lassen

*) Khevenhiller Annales. Wiener StA. Khevenhiller an Ferd. dd. 30. März 1621. — Ebenda. Derselbe an denselben dd. 31. März 1621.

als die vorige, denn der Graf von Khevenhiller war für einige Tage ein gesuchter Mann in Madrid, da Philipp IV für den Kaiser die grösste Hochachtung an den Tag legte und entschlossen schien, sich für seine Unterstützung die grössten Opfer aufzuerlegen. Zwei Tage nach dem Tode seines Vaters zog er in glänzender Begleitung nach dem Karmeliterinnenkloster, um sich den Rath der alten Erzherzogin Margaretha zu erbitten, die natürlich von dieser Aufmerksamkeit nicht wenig geschmeichelt war und es an Rathschlägen gewiss nicht fehlen liess.*) In den folgenden Tagen gewann Olivares, dem man den aufrichtigen Wunsch, Spanien aus seinem Verfall zu heben nicht absprechen kann, eine vollständige Herrschaft über den König, so dass dieser sich seinem Einfluss fast ebenso unterwarf, wie sein Vater dem des Lerma und Uzeda. Dem letzteren wurden jetzt die übrigen Aemter, die er noch inne hatte, genommen und er schliesslich vom Hofe verbannt, seinem Vater war ein gleicher Befehl schon früher ertheilt worden. Das Amt eines obersten Kämmerers wurde dem Grafen Olivares übertragen und neben ihm gewann sein Oheim Zuñiga einen hervorragenden Einfluss auf die Leitung der auswärtigen Politik. Alle Anhänger des frühern Günstlings wurden nun aus ihren bisherigen Stellungen entfernt. Sie waren in der allgemeinen Werthschätzung so gesunken, dass sie sich kaum auf den Strassen blicken lassen durften, man bezeichnete sie als Diebe am Staatsschatz und dieser Vorwurf wurde auch durch eine königliche Verordnung angedeutet, welche fortan von den Beamten strenge Rechnungslegung über ihre Verwaltung forderte und eine Untersuchung aller Unterschleife in dem vorigen Regiment anordnete. Das erste Resultat dieser Untersuchung bestand darin, dass man dem Herzog von Lerma ein Einkommen von 75000 Dukaten, das ihm der verstorbene König aus den sicilischen Einnahmen angewiesen hatte, mit Beschlag belegte und die Herzoge von Uzeda und Ossuña in Haft nahm. Tiefere Kenner der spanischen Staatsverhältnisse konnten allerdings überzeugt sein, dass es bei diesen Schritten bleiben werde und dass die jetzt in ihrer Freiheit und in ihrem Vermögen bedrohten Herrn durch ihre Familienverbindungen einer schär-

23. April 1621

*) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 1. April 1621.

feren Behandlung entschlüpfen würden; vorläufig aber machten diese energischen Schritte einen bedeutenden Eindruck, der noch dadurch verstärkt wurde, dass die in die obersten Verwaltungsbehörden und in den geheimen Rath neu berufenen Personen ihre Meinung freier äussern durften, als dies bisher üblich war.*) Graf Khevenhiller beeilte sich in der ersten Audienz, die ihm der König ertheilte, seinen Eifer zu schüren, indem er über die Lässigkeit der früheren Regierung schimpfte und ihn aufforderte streng über die Durchführung seiner Befehle zu wachen. Philipp IV nahm diese Mahnung gutmüthig entgegen und versprach sie zu befolgen.**)

6. April 1621

Was die Persönlichkeit des neuen Herrschers anbetrifft, so bekundete er gleich Anfangs weit mehr Fähigkeiten und einen frischeren Lebensmuth, als sein Vorgänger. Nicht ohne Witz äusserte er sich über die von seinem Vater oder eigentlich von dessen Günstlingen ihm zu Theil gewordene Erziehung: der Herzog von Uzeda, bemerkte er einmal, hat unrecht gethan, dass er mich von Männern fernhielt und nur Weibern überliess, jene hätten mir gewiss alles verschwiegen, was zu verheimlichen in ihrem Interesse lag, diese aber haben mich auf alle Praktiken aufmerksam gemacht und so will ich jetzt mit Gottes Hilfe meinem ausgesaugten Lande aufhelfen und meinen leeren Beutel füllen. — Gewiss der Unterricht, den er als Knabe erhalten hatte, war kein wissenschaftlicher, aber er reichte so weit, um ihm die Augen zu schärfen für den Eigennutz und die Unterschleife der hohen Würdenträger und da er bei der Uebernahme seines Regiments voll der besten Entschlüsse war, viel Arbeitslust zeigte, wobei offenbar die Anspornung des vor Anstrengungen nicht zurückscheuenden Olivares den Ausschlag gegeben haben mag, so konnte man einige Hoffnung auf ihn setzen. Die Lebensweise des madrider Hofes wurde nun völlig umgestaltet; man pflegte bis dahin erst um die Mittagszeit das Bett zu verlassen und erst nach Mitternacht die Abendmahlzeit einzunehmen. Der junge König stand aber um 5 Uhr Morgens auf, bestieg sein

*) Wiener StA. Mehrere Briefe Khevenhillers an Ferdinand dd. 22. April, 23. April, 6. Mai und 31. Mai 1621.

**) Khevenhiller Annales Ferd.

Ross oder den Wagen und tummelte sich gegen sechs Stunden im freien herum, wodurch er seine Diener, die an derartige Anstrengungen nicht gewöhnt waren, in eine wahre Verzweiflung brachte. Als er an Jahren zunahm, beurkundete er die grössere Reife seines Verstandes und die tüchtigere Geschäftskenntniss in eingehenden Meinungsäusserungen, die er den zahlreichen Protokollen seiner Geheimrathssitzungen beifügte; auch zeigte er sich in der Unterstützung der Künste als einen Mann von feinem Geschmack, aber zu der finanziellen Regenerirung seines Reiches brachte er es doch nicht, weil es ihm an der nöthigen Energie gebrach und weil die Kriegsauslagen am Marke seines Reiches zehrten. Schöpferische Gedanken fehlten ihm wie seinen Ministern und da er sich später auch dem Vergnügen hingab, so wurde keine der Hoffnungen erfüllt, die sich an seinen Regierungsantritt knüpften.

Was das Programm betrifft, das man jetzt unter Philipp IV in der auswärtigen Politik befolgen wollte, so blieb es dasselbe, wie unter der vorigen Regierung: man wollte den Kaiser gegen seine Angreifer unterstützen, aber sich auch die Freundschaft des Königs von England erhalten und deshalb den Pfalzgrafen der kaiserlichen Rache nicht ganz preisgeben. Die Heiratsverhandlungen mit dem Prinzen von Wales wollte man nicht weiter führen und entsprach damit einem Wunsche des verstorbenen Königs, denn da dieser den Widerwillen seiner Tochter gegen die Heirat mit einem Protestanten kannte, so beschäftigte er sich schon einige Monate vor seinem Tode mit dem Plane, ob nicht den Wünschen des Königs von England dadurch genügt werden könnte, dass der Kaiser seine Tochter Maria Anna dem Prinzen von Wales zur Gattin geben würde. Die Anfrage, die man noch im Jahre 1620 in Wien gestellt hatte, wurde von dortaus nicht beantwortet und Philipp III wusste sich zuletzt nicht anders zu helfen, als dass er auf seinem Todtenbette die Erklärung abgab, dass er von der englischen Heirat absehe und die Vermählung seiner Tochter mit dem Sohne des Kaisers wünsche. Dieser Ausspruch und der Widerwille der Infantin, die mit Bestimmtheit erklärte, dass sie dem Prinzen von Wales ihre Hand nie reichen werde, banden

dem jungen König von vornherein die Hände.*) Die Erzherzogin Margaretha, die von diesen Verhältnissen Kenntniss hatte und der englischen Heirat nie hold gewesen war, hielt es für ihre Pflicht, die günstige Sachlage für ihren deutschen Vetter auszunützen. Sie deutete in einer Audienz, die sie dem Grafen Khevenhiller ertheilte, an, dass der Kaiser nicht länger säumen dürfe und die Hand der Infantin für seinen Sohn begehren müsse, es sei dies um so dringender nöthig, als die französische Doppelheirat leicht engere Beziehungen mit Frankreich herstellen dürfte, wenn man ihnen nicht rechtzeitig begegnete.**)

Der Kaiser durfte nach dieser Aufforderung nicht länger zögern und musste sich also in bestimmter Weise erklären, ob er seine Tochter dem englischen Prinzen zur Frau geben und ob er für seinen Sohn um die Hand der Infantin anhalten wolle. Man sollte glauben, dass er in dem ersten Punkte ebenso wenig Bereitwilligkeit zeigen würde, wie der spanische Hof, gleichwohl entschloss er sich mit verhältnissmässig merkwürdiger Leichtigkeit für die projectirte englische Heirat. Dagegen war er mit der Heirat seines Sohnes nicht einverstanden, denn derselbe war noch nicht dreizehn Jahre alt und fast um zwei Jahre jünger als die Infantin, über deren Gesundheit und Lebenskraft nicht die günstigsten Gerüchte umgingen. Angesichts der Verpflichtungen, die er gegen Spanien hatte, musste er aber seine Bedenken niederschlagen und bevollmächtigte deshalb seinen Gesandten mit dem Abschluss der Verhandlungen, indem er dabei zur Bedingung setzte, dass der wirkliche Vollzug der Heirat um einige Jahre verschoben werde.***) Wir dürfen mit Grund bezweifeln, dass diese Weisungen den Grafen Khevenhiller in Madrid erreichten, da er gerade in diesen Tagen nach Oesterreich gereist war. Als er in Wien anlangte, wollte der Kaiser seine Zustimmung zur Verlobung seines Sohnes mit der Infantin rückgängig machen und selbst um sie werben, allein

*) Aus den Papieren von Simancas.

**) Wiener StA. Khevenhiller an Ferd. dd. 31. Mai 1621. Mit der Doppelheirat ist hier die Ehe des spanischen Geschwisterpaares Philipps IV und der Erzherzogin Anna mit dem französischen Geschwisterpaar Ludwig XIII und der Prinzessin Isabella gemeint.

***) Wiener StA. Ferd. an Khevenhiller dd. 7. Juli 1621.

da man in Spanien diesem Projekte nicht hold war und schon Philipp III eine allfällige Werbung des Kaisers verworfen hatte,*) so lehnte Oñate dieselbe unter dem Vorwande ab, dass er hierüber nach Hause berichten müsse. Auf diese Antwort wollte der Kaiser nicht warten und bewarb sich, wie wir berichtet haben, um die Hand der Prinzessin von Mantua. Dem Grafen Khevenhiller gab er aber, als dieser gegen Ende des Jahres 1621 wieder nach Madrid zurückkehrte, den Auftrag, definitiv um die Hand der Infantin Maria für seinen Sohn zu ersuchen.**)

Während diese Heiratsprojecte noch in der Luft schwebten, langten in Madrid Nachrichten über die gesandtschaftliche Reise des Grafen von Hohenzollern nach München an, aus denen ersichtlich war, dass Maximilian mit Entschiedenheit auf der Uebertragung der Kur und der Kurlande bestehe. Dass dieses Ziel nicht ohne weiteren Krieg zu erreichen sein und dass man von Seite der deutschen Protestanten, Hollands und Englands alles dagegen aufbieten würde, sah man in Spanien nur zu wohl ein und ebenso wenig konnte man sich verbergen, dass man die Kriegskosten würde tragen müssen. In der Sitzung des spanischen Geheimrathes, in der diese Angelegenheiten erwogen wurden, war man deshalb entschieden dafür, dass sich der Kaiser mit der Wiedererwerbung der ihm gehörigen Länder begnügen und den Wünschen des Herzogs von Baiern nicht nachgeben, sondern den Pfalzgrafen restituiren solle. Die einzelnen Geheimräthe betonten, dass man um Baierns und seiner Vergrösserung willen den Krieg nicht fortsetzen könne und dass sich wohl Mittel und Wege finden würden, den Herzog in anderer Weise für die geleisteten Dienste zu entlohnen. Der Marques von Villafranca riet zur Absendung eines eigenen Gesandten nach Deutschland, der dem Kaiser und dem Herzog von Baiern trocken und unumwunden sagen sollte, dass Spanien nicht die Kosten für die Fortsetzung des Krieges tragen und mit dem König von England in Freundschaft verharren wolle. Philipp

*) Simancas. El consejo de Estado al Rey dd. 31. Januar 1621.

**) Simancas. Oñate an Philipp IV dd. 8. September u. 22. Dec. 1621. — Ebenda. Befehl Philipps IV an Juan de Ciriça dd. 13. Oct. 1621.

schloss sich dem Gutachten seiner Geheimräthe an und befahl, dass man sowohl an den Erzherzog Albrecht wie an Oñate entsprechende Weisungen ergehen lasse. Gegen den englischen Gesandten in Madrid führte man eine so zuvorkommende Sprache, dass dieser freudig nach Hause berichtete, man werde bezüglich der Pfalz die Wünsche des Königs Jakob erfüllen.*) Einige Wochen später, im Monat August, gab Zuñiga ein Gutachten über die pfälzische Frage an seinen König ab, das derselbe billigte und seinem Gesandten in Wien als Richtschnur für sein Vorgehen mittheilte. Um keinen Preis dürfe der Kaiser die Kur an Maximilian übertragen, sondern ihn etwa mit der Markgrafschaft Burgau und einem anderen österreichischen Gebiet entschädigen; nur das könne er vielleicht verlangen, dass Friedrich auf die Kur zu Gunsten seines Sohnes Verzicht leiste und dass der letztere in Wien erzogen werde.**) Man sieht, der König und seine Rathgeber waren entschlossen, dem Pfalzgrafen zu dem Wiederbesitz seiner Länder zu verhelfen. 1621

In Wien hatte man jedoch den Wünschen Maximilans nachgegeben, ihm im Monate September schriftlich die Kur übertragen und nun musste man sich bemühen den Widerstand Spaniens zu beseitigen. Der Vermittlung Khevenhillers konnte sich Ferdinand um diese Zeit nicht bedienen, weil dieser damals nicht in Spanien weilte und so nahm er das Anerbieten des Pater Hyacinth an, der sich ihm von Straubing aus — wahrscheinlich auf das Drängen Maximilians — zur Reise nach Madrid anbot und diesen Entschluss als das Resultat einer Art göttlicher Inspiration hinstellte. Caraffa, der päpstliche Nuncius in Wien, unterstützte diese Bemühungen und verlangte von dem Kaiser, er solle an den König, an die Erzherzogin Margaretha und an Zuñiga schreiben und sie für die Gewährung der bairischen Wünsche zu gewinnen suchen. Ferdinand kam diesem Verlangen 1621

*) Archiv von Simancas. El Consejo de Estado al Rey dd. 12. Juni 1611. — Englisches StA. Acton to Sir George Calvert dd. 23. Mai 1621. — Ebenda. Cottington an Calvert dd. $\frac{\text{24. Aug.}}{\text{3. Sept.}}$ 1621. — Acton an Calvert dd. $\frac{\text{28. Aug.}}{\text{7. Sept.}}$ 1621.

**) Gardiner Prince Charles II, 109.

nach und schrieb nicht nur die Briefe, sondern auch ihre Addressen selbst nieder, nur bei dem Schreiben an Zuñiga, das ausführlicher war, bediente er sich der Mithilfe des Reichshofraths Strahlendorf. Er bemerkte gegen Caraffa, dass er die Briefe selbst schreibe, nicht bloss, um das Geheimniss zu wahren, sondern um auch zu zeigen, wie sehr ihm der Vortheil des Herzogs von Baiern am Herzen liege und wie er sich „ihm dankbar zeigen wolle, sollte er dabei selbst sein Blut vergiessen müssen.“ *) Von den kaiserlichen Briefen war eigentlich nur der an Zuñiga von Bedeutung, denn in diesem erörterte Ferdinand in scharfer und bündiger Weise ohne alle gewöhnlichen Floskeln und Phrasen die Gründe, die für die Beraubung des Pfalzgrafen sprachen und die darin gipfelten, dass man ihn zum unversöhnlichen Feinde haben werde und ihm deshalb nicht die Mittel in der Hand lassen dürfe um seine Feindschaft bethätigen zu können; die Rebellion in den Niederlanden sei ohnedies nur mit pfälzischer Hilfe zu ihrem Ziele gelangt. **) Damit die Briefe ja sicher an ihre Addresse gelangen möchten, erbot sich Caraffa, dieselben an den Nuncius nach Brüssel und von dort nach Spanien zu schicken und erhielt sie zu diesem Zwecke eingehändigt.***) Unglücklicherweise war gerade diese Vorsicht übel angebracht, denn auf dem Wege nach Brüssel fielen sie in die Hände des Grafen Mansfeld, der sie dem Pfalzgrafen zuschickte und ihm dadurch die schneidigste Waffe zu Angriffen auf die kaiserliche Politik in die Hand lieferte, die auch, wie wir erwähnten, gehörig ausgenützt wurde. Die Abreise Hyacinths scheint durch die Beschlagnahme der Briefe verschoben worden zu sein, so dass er thatsächlich erst im folgenden Jahre nach Spanien gelangte.

Am Hofe von Madrid dauerte indessen die für die Restitution des Pfalzgrafen freundliche Gesinnung weiter fort, man theilte

---

*) Londorp. Caraffa an P. Hyacinth dd. 16. Oct. 1621. Die Stelle, die wir etwas frei übersetzen, lautet: Der Kaiser desiderare Bavaro satisfacere usque ad effusionem sanguinis.

**) Wiener StA. Concept des Schreibens an Zuñiga. — Ebenda. P. Hyacinth an Ferd. II dd. 30. Sept. 1621. — Londorp: Ferd. an die Erzh. Margaretha dd. 15. Oct. 1621. — Ebenda. Ferd. an Philipp IV dd. 15. Oct. 1621.

***) Caraffa's Relation.

hier nicht mehr die Gelüste nach dem Gewinn der Unterpfalz, denen Oñate Ausdruck gegeben hatte und deshalb herrschte im Staatsrath die Sehnsucht nach Erhaltung der guten Beziehungen zu England. In einer Sitzung, an der sich, wie es scheint, Olivares und Zuñiga nicht betheiligten, sprachen sich alle Räthe mit Ausnahme Diego's de Ibarra gegen die Uebertragung der Kur aus: wenn der Kaiser sie dem Herzoge von Baiern versprochen habe, so dürfe er sein Wort nicht halten, weil dadurch der Ruin der Christenheit und des deutschen Reiches herbeigeführt würde und deshalb dürfe man auch auf die Intercession des Papstes kein Gewicht legen. Ibarra theilte diese Besorgnisse nicht, er war überzeugt, dass ein entschlossenes und rücksichtsloses Vorgehen der katholischen Kirche zum unberechenbaren Vortheile gereichen würde. Der König schloss sich dem Gutachten seines Staatsrathes nicht so rasch an, wie im Monat Juni, sondern verschob seine Entscheidung auf unbestimmte Zeit.*) Einige Wochen später fand über denselben Gegenstand eine neuerliche Berathung statt und abermals entschieden sich die meisten (und vielleicht alle) Geheimräthe für die Befriedigung der englischen Wünsche, indem sie den oben erwähnten Plan Zuñiga's insofern zu dem ihrigen machten, als sie die Uebertragung der Kur auf den Sohn des Pfalzgrafen und dessen Erziehung in Wien oder München befürworteten und die Verwaltung der pfälzischen Länder mittlerweile in die Hände Maximilians von Baiern legen wollten.**)

4. Dec. 1621

18. Januar 1622

Da die erwähnten kaiserlichen Schreiben nicht nach Madrid gelangt waren, so hatte sich bis dahin keine nennenswerthe Opposition gegen die Befriedigung der englischen Wünsche erhoben, nun sollte dies aber anders werden, als im Monat März der Graf Khevenhiller und noch früher auch Pater Hyacinth in Madrid anlangten und die Wünsche des Kaisers und des Herzogs von Baiern vertraten. Khevenhiller legte die Rückreise nach Madrid nicht ohne Gefahr zurück. Der Hass, den Ferdinand durch die Executionen in Böhmen gegen sich heraufbeschworen hatte, war so gross, dass sein Gesandter nicht einmal seines

1622

*) Gardiner a. a. O. II, 215.

**) El Consejo de Estado al Rey dd. 4. Dec. 1621. Archiv von Simancas.

Lebens sicher war, sobald er Orte betrat, die von Protestanten bewohnt waren.*) In der französischen Provinz Limoges stellten ihm die Hugenotten überall nach und belagerten ihn förmlich an einigen Orten, wo er Rast halten wollte, so dass er sich einmal nur dadurch retten konnte, dass er eine Schaar Bewaffneter in seinen Dienst nahm und mit ihrer Hilfe einen nächtlichen Ueberfall zurückschlug. Nach seiner am 1. März erfolgten Ankunft in Madrid bemühte er sich alsbald um die Unterstützung der Bemühungen des Pater Hyacinth. In welcher Weise der genannte Pater seiner Mission bei dem Könige und bei Olivares nachkam, wissen wir nicht anzugeben,**) es scheint jedoch nicht, dass er zunächst einen nennenswerthen Erfolg erlangt habe, da sich Maximilian von Baiern in einem Briefe an den kaiserlichen Gesandten darüber beschwert, dass man in Spanien den Ansprüchen des Pfalzgrafen von Neuburg auf die Kur einige Bedeutung zuerkenne.***) Nach Khevenhillers Ankunft besserten sich die Aussichten für den Herzog: unterstützt von der Erzherzogin Margaretha und von Zuñiga, der jetzt entschieden auf die Seite Maximilians trat, verschaffte er der vielbesprochenen Angelegenheit in kürzester Zeit eine günstige Wendung. Zuñiga versicherte, dass der König die Gründe für die Uebertragung der Kur an Baiern „wohl verstehe" und dass er dem Grafen Oñate den Befehl ertheilt habe, in Wien nicht mehr dagegen zu agitiren. Wenn diese Versicherungen auch keine directe Zustimmung zu den in Wien geplanten Massregeln enthielten, so konnte man sie doch so auffassen, als ob diese bald nachfolgen müsse. Maximilian war auch in der That befriedigt von der Thätigkeit Khevenhillers und versicherte ihn seines wärmsten Dankes für den Eifer, mit dem er sich seiner Interessen angenommen habe.†) Der Gesandte besorgte nur, dass die Ankunft Digby's in Spanien eine Aenderung herbeiführen und namentlich die Heiratsverhandlungen zwischen dem

1622

*) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 20. Feb. 1622.

**) Die betreffenden Correspondenzen haben wir im bairischen Staatsarchiv nicht gefunden und wir ersuchen demnach um Nachsicht, wenn unser Bericht hier nicht ganz vollständig ist.

***) Wiener StA. Maximilian an Khevenhiller dd. 1. März 1622.

†) Ebenda. Maximilian an Khevenhiller dd. 19. Juli 1622.

Prinzen von Wales und der Infantin wieder in Aufnahme bringen könnte, doch tröstete er sich damit, dass die Infantin erklärt habe, lieber in ein Kloster gehen zu wollen, als dem Prinzen die Hand zu reichen. *)

Der Kaiser hatte, noch bevor er den König von Spanien durch Khevenhiller um seine Zustimmung zur Uebertragung der Kur ersuchen liess, sich in derselben Absicht an den Grafen Oñate gewendet, der hierüber nach Hause berichtete und zugleich wissen wollte, ob er die untere Pfalz für seinen Gebieter verlangen solle, wenn der Herzog von Baiern mit der Kurwürde belehnt würde.**) Wir kennen die Antwort nicht, die dem Gesandten auf seine Frage zu Theil wurde und eben so wenig den Bescheid, den P. Hyacinth schliesslich erhielt. Nach den anfänglichen Berichten Khevenhillers sollte man annehmen, dass man nicht lange mit einer günstigen Antwort zögerte, dem war aber nicht so. Der Pater hatte lange keine Zusage irgend welcher Art erlangen können, man suchte nach Ausflüchten, verlangte, dass er nach Brüssel gehen und dort den neu angeknüpften Verhandlungen zwischen Jakob und Ferdinand beiwohnen solle, allein er merkte, dass man ihn nur entfernen wolle und trat deshalb um so entschiedener für Maximilian auf, indem er sich dabei auf den Papst berief. Ueber die Antwort, die er zuletzt erhielt, gibt es eine doppelte Version: nach der Versicherung Khevenhillers ***) war sie so geschraubt, dass man aus ihr nur die unbestimmte Erklärung entnehmen konnte, Philipp wünsche dem Herzog von Baiern die pfälzische Kur. Nach P. Hyacinths Bericht ist aber dieser Erklärung von Philipp (mündlich oder schriftlich) der dringende Wunsch beigefügt worden, dass der Kaiser die Kur ohne Zögern und noch vor Zusammentritt des Kurfürstenconvents an Baiern übertragen möge.†) Thatsächlich äusserte er sich nach seiner Rückkunft in Wien in dieser Weise, ja er fügte noch hinzu, dass Philipp zu jeglicher Hilfeleistung erbötig sei, wenn der Kaiser wegen seiner Ent-

*) Ebenda. Khevenhiller an Ferdinand dd. 28. März 1622.

**) Ebenda Kaiserliche Instruction für Khevenhiller dd. 28. Juni 1622.

***) Khevenhiller. Annales Ferdinandei tom. IV, 1772.

†) Wiener StA. Ferdinand an Khevenhiller dd. 15. August 1622.

scheidung angegriffen würde. Ferdinand war über diese Zusage sehr erfreut, da sie noch vor der eigenen Bitte um Hilfe erfolgte, doch wunderte er sich nicht wenig, dass Philipp für die Uebertragung der Kur nicht einmal den Kurfürstenconvent abwarten wollte, während die Infantin Isabella ihn vor jedem entscheidenden Schritte vor Zusammentritt desselben warnte. Es beschlich ihn etwas wie Misstrauen gegen die Wahrhaftigkeit des Mönches und so beeilte er sich nicht seiner Mahnung nachzukommen, sondern beschloss sich erst bei Khevenhiller zu erkundigen, wie es sich mit der Erklärung Philipps verhalte. Es scheint, dass dieser Zweifel dem P. Hyacinth zu Ohren kam, und dass er jetzt die Worte Philipps einigermassen modificirte, denn Ferdinand schickte den bereits geschriebenen Brief an Khevenhiller nicht ab, sondern schrieb ihm, dass er dem Herzog von Baiern die Investitur nicht vor dem bevorstehenden Kurfürstenconvente, sondern erst auf demselben ertheilen und diese Absicht aber selbst auf die Gefahr hin „alle seine Länder zu verlieren" durchführen werde.*)

III

Noch vor der Ankunft Digby's in Spanien, die wie Khevenhiller mit Recht befürchtete, die Geneigtheit des madrider Kabinets für die Restitution des Pfalzgrafen wieder wach rief, zeigte sich auch die Infantin in Brüssel dem friedlichen Ausgleich freundlicher als je zuvor und begünstigte die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Ferdinand und Jakob, für die diesmal Brüssel ausersehen wurde. England unterhandelte also gleichzeitig an zwei Orten: in Madrid und Brüssel. Die Verhandlungen in dem letztgenanten Orte haben eine längere Vorgeschichte.

Man wird sich erinnern, dass Ferdinand das Drohschreiben Jakobs von England vom 22. November 1621 mit dem Versprechen beantwortete, dass er einen bevollmächtigten Gesandten an ihn abschicken werde. Während man sich in Wien mit der diesem Gesandten zu ertheilenden Instruction beschäftigte und vor allem die vorherige Niederlegung der Waffen von Seite

**) Wiener StA. Ferdinand an Khevenhiller dd. 18. August 1622.

des Pfalzgrafen verlangen wollte, fand sich Graf Oñate mit einem Briefe der Infantin Isabella ein, in dem sie die Forderung aufstellte, der Kaiser solle in einen Waffenstillstand für die Dauer eines Jahres einwilligen; während desselben sollten sich die streitenden Parteien mit dem Besitz der von ihnen occupirten Orte begnügen und der Kaiser auch die Plätze in Böhmen nicht angreifen, die der Pfalzgraf noch besetzt hielt.*) Zur Erklärung dieser merkwürdigen Nachgiebigkeit von Seite der Infantin müssen wir hinzufügen, dass ihr Schreiben zu Ende Januar 1622 verfasst war, also zu einer Zeit, wo Mansfeld, der Markgraf von Baden und Christian von Halberstadt ihre Rüstungen täglich verstärkten, wo der Krieg mit Holland bereits wüthete und die Launen des Kriegsglücks leicht eine Niederlage herbeiführen konnten. In Wien hatte man ein grösseres Zutrauen zu den Erfolgen der kaiserlichen Waffen und wollte daher nichts von einem einjährigen Waffenstillstande wissen, da man aber die Mahnungen der Infantin nicht unberücksichtigt lassen konnte, so wollte man so spät als möglich sich zu einer bindenden Erklärung verstehen und zögerte deshalb mit der Absendung des Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg, der den Gesandtschaftsposten übernehmen sollte, so dass dieser erst im April in London eintraf, wo er am 17. dieses Monats vom König empfangen wurde. Der Brief Isabella's hatte zur Folge, dass der Graf sich in London auf nichtssagende Phrasen beschränken musste, denn um der Infantin willen durfte er nicht verrathen, dass der Kaiser über die Kur verfügt habe, ja er verstieg sich sogar zu der dreisten Behauptung, dass die aufgefangenen Briefe des Kaisers Fälschungen seien die in Holland angefertigt wurden. Um des Herzogs von Baiern willen durfte er sich dagegen zu keinem ernstlichen Anerbieten herbeilassen, kurz er war nur zu einem Zugeständnisse bevollmächtigt, er erklärte nämlich, dass der Kaiser es der Infantin frei gestellt habe, ob sie einen Waffenstillstand bewilligen wolle oder nicht, und dass er bereit sei sich an den deshalb in Brüssel anzuknüpfenden Verhandlungen zu betheiligen. Jakob wünschte, dass Sachsen

1622

*) Wiener StA. Oñate an Ferdinand II dd. 10. Februar 1622. Die Infantin folgte in diesen Vorschlägen wahrscheinlich den Weisungen Philipps.

und Baiern zu diesen Verhandlungen beigezogen würden und auch diesem Verlangen stimmte der Gesandte bei.*) Bezüglich Baierns hatte er mehr versprochen, als er halten konnte, denn Maximilian lehnte jede Betheiligung ab **) und thatsächlich waren später in Brüssel nur Ferdinand, Jakob und die Infantin vertreten.

Weston, der von Jakob nach der genannten Stadt abgeschickt wurde und der daselbst drei Tage vor der Schlacht bei Wimpfen anlangte,***) verlangte gleich in der ersten Audienz von der Infantin, dass sie von der ihr übertragenen Vollmacht Gebrauch mache und den Waffenstillstand bewillige. Isabella war nach Rücksprache mit ihren Räthen bereit denselben auf Mansfeld, den Markgrafen von Baden und Christian von Halberstadt auszudehnen, wenn letzterer das Stift Paderborn verlassen würde, allein Weston wollte für den Halberstädter keine Haftung übernehmen und verlangte sogar, dass die feindlichen Armeen die Ober- und die Unterpfalz räumen sollten. Da die Bevollmächtigten der Infantin, der Kanzler Pecquius und Herr von Boischot, dieses Ansinnen ablehnten, so schlug der englische Gesandte vor, dass man allsogleich die Verhandlungen über die Friedensbedingungen beginnen solle und verlangte zu dem Ende die Zulassung eines Vertreters, den der Pfalzgraf in der Person des Andreas Pawel nach Brüssel abgeordnet hatte, welchem Begehren willfahrt wurde.

Der Pfalzgraf wollte ursprünglich auf die bevorstehenden Verhandlungen keine Rücksicht nehmen, sondern sein Heil nur in den Waffen suchen. Als jedoch der Markgraf von Baden die Niederlage bei Wimpfen erlitten hatte, beschloss er einen Gesandten nach Brüssel zu schicken, aber nun erhielt er wieder die Nachricht von dem Vormarsch Christians von Halberstadt und flugs gewann die kriegerische Stimmung wieder bei ihm die Oberhand. Er wollte abermals nichts von der Absendung des Bevollmächtigten wissen und rückte mit Mansfeld gegen

---

*) Sächsisches StA. Georg Ludwig von Schwarzenberg an den Kaiser dd. 14. Mai 1622. — Gardiner Prince Charles II, 192 u. folg.

**) Wiener StA. Jocher an Ulm dd. 13. Mai 1622.

***) Gardiner a. a. O. II, 202.

das darmstädtische Gebiet vor. Jakob war über seinen Schwiegersohn wegen dessen wechselnder Haltung ganz empört und forderte ihn unter heftigen Vorwürfen und Drohungen auf, augenblicklich seinen Vertreter nach Brüssel abzusenden, widrigenfalls er die Hand ganz von ihm abziehen und den Obersten Vere zurückberufen werde: durch nichts in der Welt werde er sich gegen seinen Willen in einen Krieg hineinziehen lassen und gewiss alle ihm gelegten Fallstricke zerreissen. Aus diesem Grunde sandte er den Lord Chichester nach Deutschland ab und gab ihm die Weisung, mit Vere den Rückmarsch der englischen Truppen zu verabreden, sobald der Pfalzgraf sich nicht seinen Wünschen gemäss verhalten würde.*) Noch ehe der Drohbrief Jakobs in die Hände seines Schwiegersohnes gelangte, hatte sich dieser zum Entwurf der Instruction entschlossen, nach welcher Andreas Pawel seine Interessen in Brüssel vertreten sollte; diese Nachgiebigkeit wurde jedoch nur durch die steigende Gefahr auf dem Kriegsschauplatze bewirkt, da Mansfeld sich von Darmstadt zurückziehen und den Halberstädter seinem Schicksal überlassen musste. Die Instruction bewahrheitet den von uns schon öfter gegen den Pfalzgrafen erhobenen Vorwurf, dass ihm nämlich jedes Verständniss der Sachlage und jedes Urtheil über die Verhältnisse abging. Er der Besiegte und aus seinem Besitz Vertriebene wollte sich abermals nicht mit der Restitution in seine Erblande und seinen Titel begnügen, sondern verlangte einen Ersatz für das in Böhmen verbrauchte Geld sowie für den in seinen Ländern erlittenen Schaden und forderte, dass seine Feinde die Zahlung eines Theils des Soldes auf sich nehmen, den er seinen Truppen schuldig war. Dass er nebstbei die Wiederherstellung der religiösen Freiheit in Böhmen und die Beseitigung aller Confiscationsmassregeln gegen den dortigen Adel forderte, wollen wir ihm nicht zur Last legen, da er dadurch nur einer Ehrenpflicht genügte.**) Als einige Tage später Christian von Halberstadt die Niederlage bei Höchst erlitten hatte, wurde Friedrich nachgiebiger, er wollte

*) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. 3./13. Juni 1622. — Gardiner a. a. O. II, 202.

**) Münchner StA. Instruction des Pfalzgrafen für Andreas Pawel dd. 6./16 Juni 1622.

auf Titel und Besitz zu Gunsten seines Sohnes verzichten, sein Schicksal von dem Mansfelds und des Halberstädters trennen und seinen Wohnsitz in der Unterpfalz aufschlagen, wenn Tilly ihn mit weitern Angriffen verschonen würde.*) Da er auf seine Anfrage von Tilly nicht die gewünschte Antwort erhielt, zog er sich zuerst nach Sedan und später nach dem Haag zurück und erwartete nun das Resultat der diplomatischen Bemühungen Jakobs.

Die Unterhandlungen in Brüssel drehten sich mittlerweile meist nur um Formfragen, da der kaiserliche Gesandte Anstände gegen die Vollmacht des pfälzischen Vertreters erhob, weil Friedrich in derselben den kurfürstlichen Titel führte. Jakob wollte, dass sein Schwiegersohn auch in diesem Punkte nachgebe und der Staatssekretär Calvert riet deshalb dem Pfalzgrafen, dass er die Vollmacht neu anfertigen und bloss mit seinem Taufnamen unterzeichnen möchte.**) Friedrich befolgte den Rath***) doch ohne weitern Erfolg, da der Kaiser wegen der günstigen Aussichten auf dem Kriegsschauplatze die Verhandlungen nicht weiter führen wollte und dies dem Könige von England mit der Aufforderung anzeigte, er möge Gesandte zu dem Kurfürstentage nach Regensburg schicken, der im October eröffnet und wo das Schicksal des Pfalzgrafen entschieden werden sollte. Nur insolang gestattete er die Weiterführung der Verhandlungen, bis man sich im Einvernehmen mit der Infantin und dem Herzoge von Baiern über einen Waffenstillstand geeinigt hätte, der sich auf einige wenige Orte in der untern Pfalz beschränken sollte.†) Die einzige Concession, zu der man sich ausserdem in Brüssel herbeiliess, bestand darin, dass man dem Pfalzgrafen die Aemter von Heidelberg, Neustadt und Germersheim bis zum künftigen Ausgleich zum Nutzgenuss überlassen wollte, doch nur unter der Bedingung, dass er die

1622

*) Ebenda. Friedrich an Jakob dd. 19./29. Juni 1622.

**) Münchner StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{\text{26. Juli}}{\text{4. Aug.}}$ 1622. — Calvert an Friedrich, um dieselbe Zeit.

***) Münchner Hofbibliothek. Collectio Camerariana. Auszüge aus dem Briefe Friedrichs dd. 14./24. Sept. 1622.

†) Coll. Camerar. Friedrich an Jakob dd. 21. August 1622.

Festungswerke von Mannheim schleife, so dass Frankenthal der einzige in seinem Besitze befindliche feste Platz sein sollte.*) Weston theilte die Erbitterung Pawels über diesen Vorschlag, er erwartete keine weitere Nachgiebigkeit von den Gegnern und riet deshalb dem Pfalzgrafen um jeden Preis wieder zu den Waffen zu greifen. Einen Augenblick schien selbst Jakob empört über das Scheitern seiner Ausgleichsversuche, wenigstens schrieb Buckingham dem Pfalzgrafen, dass der König entschlossen sei dem Kaiser den Krieg zu erklären, wenn er bei seiner Unnachgiebigkeit verharren würde. Friedrich wusste aber schon, was er von diesen Reden zu halten habe und bemerkte in seiner Antwort, dass er von den brüsseler Verhandlungen kein anderes Resultat erwartet habe, als von denen Digby's in Wien.**) Nichtsdestoweniger schickte er einen Gesandten nach London mit der Anzeige, dass Heidelberg soeben in die Hände der Feinde gefallen sei und knüpfte daran die Bitte, Jakob möchte nicht säumen, Flandern anzugreifen und den König von Dänemark zu gleichen Vorgehen gegen die katholischen Stifter in Deutschland überreden.***) Jakobs kriegerische Stimmung hielt jedoch nicht lange an, Weston musste die Verhandlungen fortsetzen, die durch Digby's Bemühungen und die dadurch herbeigeführte Intervention des Königs von Spanien, wie wir alsbald sehen werden, zu einem wenn auch kärglichen Resultate führten.

Hätte sich Jakob mit dem Parlamente nicht überworfen, sondern sich seiner Hilfe bedient, um den Krieg in der Pfalz mit aller Energie aufzunehmen, so hätte vielleicht Digby die von Oñate so lebhaft befürwortete Reise nach Spanien nicht unternommen. Da jedoch der König von England nichts von der Bekriegung Spaniens wissen wollte und so Gondomars Rathschläge auch diesmal bei ihm den Sieg erlangten, so blieb er bei seinem Entschlusse und schickte den genannten Lord nach Madrid, um durch ihn neben der Restitution seines Schwieger-

---

*) Coll. Camerar. Auszug aus Pawels Brief dd. 16./26. Sept. 1622.

**) Münchner StA. Buckingham an Friedrich dd. 3./13. September 1622. — Ebenda. Friedrich an Buckingham dd. 11./21. Sept. 1622.

***) Ebenda. Memoire pour Mr. de Schomberg zu seiner Gesandtschaft nach England. — Ebenda. Friedrich an Jakob dd. 15./15. September 1622.

sohnes noch zwei andere Angelegenheiten, die ihm fast noch mehr am Herzen lagen, zu besorgen, nämlich die Heirat mit der Infantin und einen Angriff gegen Holland, über das er jetzt mehr empört war als je zuvor.*) Wie eng er überhaupt die Beziehungen zu Spanien knüpfte, ergibt sich aus der im Monat 1622 April — also zur Zeit wo sich die entscheidenden Kämpfe auf dem deutschen Kriegsschauplatz vorbereiteten — an Philipp IV ertheilten Erlaubniss zwei Regimenter für seinen Dienst in England und Schottland werben zu dürfen.**) Digby verliess 1622 England am 30. März und kam Anfangs Juni in Madrid an, wenige Tage später folgte ihm Gondomar, den man eigens von London abberufen hatte, um sich seines Rathes in den pfälzischen Angelegenheiten zu bedienen.

Digby leitete nach seiner Ankunft in Madrid die Unterhandlungen in kluger Weise ein: er verdammte den Pfalzgrafen und missbilligte seine Verbindung mit Mansfeld und Christian von Halberstadt, dagegen lobte er den Kaiser und den König von Spanien als billige und gerechte Fürsten, bemitleidete sie aber, dass sie sich zum Spielball des Herzogs von Baiern machten. Nur um den Ehrgeiz dieses Fürsten zu befriedigen, solle Deutschland nicht zur Ruhe kommen und der Krieg zum Schaden für die Besitzungen Ferdinands und Philipps erweitert werden.***) Durch seine mit Schmeicheleien, Lobeserhebungen und Beileidsbezeugungen geschickt durchflochtenen Argumente machte er die spanischen Staatsmänner für seine Mittheilungen empfänglicher und nachdem er sich so den Boden vorbereitet hatte, brachte er seine Vorschläge vor, die auf die Restitution des Pfalzgrafen und auf die Heirat der Infantin mit dem Prinzen von Wales abzielten. Um allen Hindernissen zu begegnen, die der Kaiser, der Herzog von Baiern und der Pfalzgraf gegen die vorgeschlagenen Friedensbedingungen erheben würden, schlug er ein Bündniss zwischen England und Spanien vor, Philipp und Jakob sollten ihre Truppen in der untern Pfalz vereinen und demjenigen

*) Gardiner a. a. O. II, 161.

**) Gardiner a. a. O. II, 192.

***) Münchner StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 8. Juni 1622.

der sich ihrem Friedensplane nicht fügen wollte, das Gesetz diktiren.*)

Digby's Auftreten hatte jedenfalls die Wirkung, dass man am spanischen Hofe von jener auf die Befriedigung der bairischen Wünsche abzielenden Politik, wie sie sich aus den an Khevenhiller und P. Hyacinth erflossenen Antworten und Erklärungen zu ergeben scheint, abliess, sich für die Restitution des Pfalzgrafen abermals erwärmte und entsprechende Weisungen an die Infantin nach Brüssel und an Oñate abschickte. In Folge dessen verlangte der letztere von dem Kaiser, dass er über die Kur nicht vor dem kommenden Kurfürstenconvente verfüge und stellte später in einem Memoire sogar einen Protest Spaniens in Aussicht, wenn diesem Wunsche nicht genügt würde.**) Trotzdem konnte man sich auch jetzt nicht mit Sicherheit auf den neuen Umschwung in der spanischen Politik verlassen, so lange Zuñiga die auswärtigen Angelegenheiten leitete, weil er mit seinen Sympathien auf bairischer Seite stand. Eine Unterredung zwischen ihm und Khevenhiller, der Scene aus einem Intriguenstück nicht unähnlich, liefert zu unserer Angabe die beste Illustration. Eines Tages traf nämlich der kaiserliche Gesandte im königlichen Palaste mit Zuñiga zusammen und hier wiederholte der letztere im Beisein vieler Personen die Forderung, dass der Kaiser seine Entscheidung wegen der Kur erst auf dem Kurfürsteneonvent treffen und sich dabei nach dem Gutachten der Kurfürsten von Mainz, Trier und Sachsen und der Infantin richten möchte. Khevenhiller erklärte, dass davon nur dann die Rede sein könne, wenn die Uebertragung der Kur an Baiern, die der Kaiser schriftlich zugesagt, nicht in Frage gestellt würde. Auf diese Aeusserung brach Zuñiga in einen Strom von Vorwürfen aus: ob der Kaiser gesonnen sei, Spanien in einen nimmer endenden Krieg mit England und Deutschland zu verwickeln, ob das der Dank sei für die schweren Opfer, die der König gebracht habe, dass man ohne sein Vorwissen über die Kur verfüge. Khevenhiller

*) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 1. Juli 1622.

**) Ebenda. Eggenberg an Ferdinand dd. 12. Sept. 1622. — Simancas: Puntos de lo que contienen las cartas del Conde de Oñate de 21. September 1622.

liess sich jedoch nicht einschüchtern, er konnte die bisherige Haltung Zuñiga's mit diesen Vorwürfen nicht vereinbaren und vermuthete, dass derselbe nur einem erheuchelten Unwillen vor vielen Zeugen Worte leihe, damit dies dem Engländer zu Ohren komme und den König von Spanien von dem Vorwurfe der Unnachgiebigkeit gegen die englischen Wünsche entlaste. Bei einer späteren zeugenlosen Zusammenkunft mit Zuñiga fand er seine Vermuthung bestätigt, der Spanier gab lachend zu, Komödie gespielt zu haben und versicherte, dass man dem Herzoge von Baiern die Kur gönne, dem Kaiser jedoch mehr Vorsicht anrathe, im Falle Sachsen sich der Uebertragung derselben widersetzen sollte.*) Mit dieser Versicherung begnügte sich Khevenhiller indessen nicht, er überreichte am folgenden Tage dem Könige ein Memoire, in dem er im Namen des Kaisers erklärte, dass derselbe dem Herzoge von Baiern demnächst die Investitur ertheilen werde und also um keinen Preis in die Restitution des Pfalzgrafen einwilligen könne. Er verlangte, dass der König dem Lord Digby bezüglich der Restitution der Kur reinen Wein einschenke und ihm nur die Hoffnung lasse, dass der Kaiser sich aus Rücksicht für den König von England zu Concessionen in Betreff der pfälzischen Besitzungen herbeilassen würde. Es schien, als ob auch Philipp die Rolle Zuñiga's spielen und auf Jakob keine Rücksicht üben wolle, denn seine Antwort auf das Memoire lautete zustimmend, „er freue sich, dass der Kaiser diesen Beschluss gefasst“ und so konnte Khevenhiller triumphirend nach Hause berichten, dass er den Engländer aus dem Felde geschlagen habe.**)

Dieser Triumph sollte jedoch von kurzer Dauer sein. Durch ein Versehen kam in einer der folgenden Sitzungen des königlichen Geheimraths das Memoire zur Verlesung, welches Khevenhiller überreicht hatte, und welches Zuñiga heimlich bei Seite schaffen wollte, da es Zeugniss davon ablegte, dass er in den deutschen Angelegenheiten den Herzog von Baiern in Schutz nahm und sonach eine Politik verfolgte, die mit den Anschauungen der

*) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 20. Sept. 1622.

**) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand II dd. 25. September 1622. Beilage Memoire Khevenhillers für Philipp IV.

anderen Geheimräthe in Widerspruch stand. In dem Memoire wurde die Versicherung angeführt, dass der König dem Herzoge von Baiern die Kur ebenso gönne, wie dem eigenen Hause, dann die dem P. Hyacinth ertheilte Antwort, in der er die baldige Erledigung dieser Angelegenheit wünschte. Dies gab einigen Geheimräthen Anlass zu heftigen Angriffen gegen Zuñiga, weil er den königlichen Aussprüchen eine grössere Bedeutung beigelegt habe, als ihnen in der That zukomme. Zuñiga, der sich unwohl befand, nahm sich diese Vorwürfe so zu Herzen, dass er ernstlich erkrankte und einige Tage später starb. Mit ihm verlor Khevenhiller seine bedeutendste Stütze, denn schon nach kurzer Zeit zeigte es sich, dass man in Madrid die auf die Befriedigung der kaiserlichen Wünsche abzielende Politik aufgeben und in den von Zuñiga ursprünglich entworfenen Plan bezüglich der Restitution der pfalzgräflichen Erben einlenken wolle. Olivares, der jetzt die Leitung der auswärtigen Politik in seine Hand nahm, war es, der diesen Wechsel in Scene setzte: er mochte vielleicht aus der, neuen Ministern eigenen Neuerungssucht nicht in die Fusstapfen seines Vorgängers treten, aber als tüchtiger Staatsmann konnte er nicht anders handeln, denn es war doch für Spanien nicht gleichgiltig, ob das Verhältniss zu England seinen bisherigen freundschaftlichen Charakter behalten oder ob man neben der französischen Eifersucht noch die Feindschaft Englands auf sich laden würde. Seine Friedensgeneigtheit wurde durch neue Kundgebungen Jakobs und seines Lieblings des Herzogs von Buckingham erhöht.

7. Oct. 1622

Als man nämlich in London von dem üblen Fortgang der brüsseler Verhandlungen in Kenntniss gesetzt wurde, schrieb Buckingham an Gondomar einen Brief, in dem er ihm rundweg erklärte, dass Jakob an der proponirten Allianz mit Spanien nicht festhalten könne, wenn man seinen Schwiegersohn noch weiter angreifen werde.*) Dieser Brief, sowie ein Schreiben Jakobs an Digby, worin er seine Forderungen bezüglich der Heirat der Infantin, über welche Angelegenheit wir im folgenden Band berichten werden, auseinandersetzte, kam einen Tag vor Zuñiga's Tod in Spanien an. Digby begab sich in Begleitung des englischen

19. Sept. 1622

*) Gardiner a. a. O. II, 241.

Gesandten Aston nach dem Escurial, wo Philipp eben Hof hielt und wurde von Olivares, der wahrscheinlich schon von dem Inhalt des Briefes Buckinghams unterrichtet war, freundlich empfangen. Der spanische Minister erklärte, dass man den Papst, der die Heirat der Infantin mit dem Prinzen von Wales durch Aufstellung neuer Bedingungen erschwere, zur Vernunft bringen werde; er schien also für die Beseitigung der Schwierigkeiten eintreten zu wollen. Noch freundlicher war aber seine Sprache, als er die pfälzische Angelegenheit berührte; er versicherte, dass sein König das Vorgehen des Kaisers missbillige, und dass, wenn es nöthig sein würde, er seine Waffen mit denen Jakobs verbinden werde. Fast derselben Worte bediente sich Philipp, als Digby darauf von ihm in Audienz empfangen wurde; man konnte sich nach seiner Sprache keinem Zweifel hingeben, dass er für die Restitution Friedrichs gewonnen sei,*) und in der That wurde einige Tage später der Infantin Isabella der Befehl zugeschickt, sie solle nicht nur ihre eigenen Truppen von jedem feindlichen Schritt gegen die Unterpfalz abhalten, sondern eine gleiche Forderung an Tilly stellen und ihm die Aufhebung der Belagerung von Mannheim auftragen. Ueberhaupt solle sie die englischen Besatzungen vor jedem Angriff schützen und sich, wenn nöthig, mit ihnen verbinden.**)

Zeigte dieser Auftrag, dass man es in Spanien aufrichtig mit dem pfälzischen Ausgleiche meinte, so reifte der Entschluss denselben herbeizuführen, als von England ein neuer Bote mit schärferen Weisungen für Lord Digby anlangte. Als Jakob nämlich von Weston die Nachricht erhielt, dass die brüsseler Verhandlungen resultatlos verlaufen würden — die Infantin hatte noch nicht den eben erwähnten Befehl erhalten — und erfuhr, dass Heidelberg in die Hände Tilly's gefallen sei, waren er und seine Räthe, darunter auch Buckingham empört und es wurde beschlossen, dem König von Spanien in kategorischer Weise anzuzeigen, dass man von ihm erwarte, er werde innerhalb 70 Tagen Heidelberg von dem Kaiser wieder zurückerlangen und dem Pfalzgrafen einräumen. Es sollte weiter dem

*) Gardiner a. a. O. II, 265.

**) Münchner StA. Philipp IV an die Infantin Isabella dd. 29. Oct. 1622.

Könige von Spanien angezeigt werden, dass man die unmittelbare Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen der Restitution Friedrichs wünsche und falls der Kaiser nicht in dieselbe einwilligen würde, so solle sich Spanien zur Waffenhilfe oder wenigstens dazu verpflichten, dass es einem englischen Heere den Marsch durch Flandern gestatten werde. Würde Philipp binnen zehn Tagen nach Bekanntgabe dieser Forderungen keine günstige Antwort ertheilen, so sollte Digby auch die Heiratsverhandlungen abbrechen und Madrid verlassen. Im englischen Staatsrath wurde jetzt nur vom Krieg gesprochen, da man eine verneinende Antwort aus Spanien erwartete und auch durch die vom Papste für die Heirat neu aufgestellten Bedingungen gereizt war; im nächsten Frühjahr wollte man eine Armee von 30—40000 Mann auf den Beinen haben und sie unter dem Commando des Prinzen von Wales nach der Pfalz marschiren lassen. Eben sollte sich der Bote mit dem Ultimatum nach Spanien verfügen, als der frühere Gesandte in Spanien, Cottington von Madrid anlangte und berichtete, wie die spanischen Staatsmänner über die neuen vom Papst gestellten Bedingungen missgestimmt seien und ihre Abänderung verlangten. Dies genügte um Jakob wieder zu versöhnen und obwohl alle seine Staatsräthe, Buckingham und sein Sohn an der Spitze, keine Aenderung in der Depesche nach Madrid zugeben wollten, kehrte er sich doch nicht an ihre Meinung und ertheilte dem Lord Digby den Befehl Madrid nicht zu verlassen, wenn die Antwort Philipps nicht zufriedenstellend sein würde, sondern hierüber erst nach Hause zu berichten.*)

Der Bote, der die neuen Weisungen nach Spanien bringen sollte, war ein gewisser Endymion Porter, der durch eine eigenthümliche Verkettung der Schicksale zuerst einige Jahre im Dienst des Grafen von Olivares gestanden war und später in den des Herzogs von Buckingham trat. Als er am 11. November 1622 in Madrid anlangte, war der König nicht in der Stadt, statt nun einfach dem Lord Digby die Depesche zu übergeben und diesem die weiteren Schritte zu überlassen, glaubte Porter das seinige thun und vielleicht das frühere Verhältniss zu Olivares

*) Gardiner a. a. O. II, 256 und folg.

ausnützen zu müssen, ging deshalb zu dem letzteren und verlangte von ihm, dass die spanischen Streitkräfte in der Pfalz sich alsbald mit den englischen verbinden sollen. Obwohl diese Forderung mit den Versprechungen des spanischen Cabinets harmonirte, so brauste Olivares doch auf, vielleicht beleidigt durch die untergeordnete Stellung des Unterhändlers und erklärte es als abgeschmackt zu verlangen, dass der König von Spanien seine Waffen gegen den Kaiser und die katholische Liga kehren solle. Als Digby später frug, was diese Sprache bedeuten solle, entschuldigte sich Olivares damit, dass er vor einem Mann wie Porter nicht die Staatsgeheimnisse habe preisgeben wollen. Musste diese Entschuldigung das Misstrauen verscheuchen, so war dies vollends der Fall, als Philipp ein oder zwei Tage später gegen Aston wiederholte, dass er im Nothfall seine Waffen mit denen Englands verbinden werde.*) Entsprechend diesen wiederholt zu Gunsten Englands gegebenen Erklärungnn erschien der königliche Secretär Ciriça bei Khevenhiller und forderte im Namen seines Königs, dass man in Wien die „Expedition des P. Hyacinth“ nicht anders auffassen dürfe, als dieselbe durch Oñate erklärt werde — was es mit dieser Erklärung für ein Bewandniss hatte, zeigte hinreichend jenes oben erwähnte Memoire Oñate's — dass man also an den Herzog von Baiern die Kur nicht vor dem bevorstehenden Reichsconvent übertragen dürfe und auf demselben sich aller friedlichen Mittel bedienen müsse. Er drohte, falls diese Forderung nicht erfüllt würde, dass der König dem Kaiser keinen weiteren Beistand leisten werde.**) — Die erste Wirkung der neuen Haltung Spaniens äusserte sich übrigens in Brüssel, wo man gegen Ende November einen einjährigen Waffenstillstand zwischen Jakob und der Infantin vereinbarte, vermöge dessen dem Pfalzgrafen die Einkünfte aus den Städten Heidelberg, Mannheim und Frankenthal eingeräumt wurden. Es war nur die Frage, ob der Kaiser und der Herzog von Baiern in den Waffenstillstand einwilligen und ob der letztere Heidelberg und das eben auch in Tilly's Gewalt gefallene Mannheim herausgeben würde. Vorläufig berichtete

1622

*) Gardiner a. a. O. II, 269.
**) Wiener StA. Khevenhiller an Ferdinand dd. 24. November 1622.

der englische Staatssecretär Calvert über diesen Erfolg nicht ohne eine gewisse Genugthuung an den Pfalzgrafen.*)

Man kann nach den Weisungen, die man von Spanien aus nach Brüssel und Wien gelangen liess, nicht im Zweifel sein, dass man aufrichtig einen Ausgleich mit Jakob anstrebte, aber dieser Entschluss litt an zwei Mängeln, die ihn ganz werthlos machten. Zunächst fehlte es an der nöthigen Energie, um den Ausgleich trotz und gegen den Kaiser durchzusetzen und dann strebte man denselben auf einer Basis an, die kaum von Jakob, nie aber von dem Pfalzgrafen angenommen werden konnte. Olivares eignete sich nämlich den ursprünglich von Zuñiga vorgeschlagenen Ausgleichsmodus an, vervollständigte ihn in seiner Weise und theilte ihn dem Grafen Khevenhiller mit, weil man des Kaisers Zustimmung dazu bedurfte. Ein doppeltes Ziel war es, das er dadurch erreichen wollte, er wollte sich der Freundschaft Jakobs versichern und den Pfalzgrafen befriedigen. Das erste Ziel sollte nicht durch die Vermählung der Infantin mit dem Prinzen von Wales erstrebt werden, nicht etwa, weil sie dem Sohne des Kaisers zugesagt worden war, sondern weil man ihren Widerwillen gegen diese Heirat kannte; sie hatte erst vor kurzem erklärt, dass sie bei den geringen Concessionen, die Jakob den Katholiken zugestehe, seinem Sohne nie die Hand reichen, sondern lieber in ein Kloster treten werde. Wenn also ein Opfer gebracht werden sollte, so sollte es nach der Ansicht des spanischen Ministers der Kaiser bringen und in der That hatte sich der letztere — wir wissen nicht wann, aber jedenfalls im Jahre 1622 — erboten, seine Tochter mit dem Prinzen von Wales zu verloben. Die Versöhnung mit dem Pfalzgrafen sollte dadurch angebahnt werden, dass sein Sohn mit der zweiten kaiserlichen Tochter verlobt, in Wien erzogen und in den Besitz des väterlichen Erbes und Titels gesetzt werden solle.

Man möchte diesen Plan für ein Hirngespinst ansehen, das jeder soliden Grundlage entbehrt, denn wer gab dem spanischen Minister das Recht zu glauben, dass der Pfalzgraf auf die für ihn und seine Vergangenheit entehrende Bedingung eingehen

*) Münchner StA. Max. an Khevenhiller dd. 21. Nov. 1622. — Ebenda. Calvert an Friedrich von der Pfalz dd. 20./30. November 1622.

und seinen Sohn ausliefern werde, abgesehen davon, dass der König von England um die Hand der Infantin und nicht einer österreichischen Erzherzogin warb. So verrückt wie beim ersten Anschein ist der Plan übrigens nicht, wenn man sich der zweideutigen Haltung erinnert, die Jakob in religiösen Fragen schon oft und jetzt wieder bei den Heiratsverhandlungen bekundete. Hatte er doch den Katholiken mancherlei Versprechungen gemacht und einmal gegen einen lothringischen Prinzen geäussert, dass er gern eine Aussöhnung zwischen den verschiedenen Bekenntnissen versuchen würde, dass er den Papst für das Haupt der Kirche ansehe und ihm gern vier Schritt entgegen ginge, wenn er nur einen Schritt thäte.*) So wie der König geberdeten sich noch viele englischen Staatsmänner, unter andern der englische Gesandte Cottington, der sich bei einer schweren Krankheit, die ihn in Madrid überfiel, wie ein Katholik benahm. Zu Anfang des Jahres 1621 war sogar ein Vertrauensmann des Gesandten zu Khevenhiller gekommen und hatte ihn über die Mittel auszuholen gesucht, wie der Friede in Deutschland hergestellt werden könnte, wobei er andeutete, dass wohl das beste wäre, wenn der Kaiser den Pfalzgrafen heimlich aus dem Wege schaffen und dann seine Witwe heiraten würde.**) Diese Ansprache, der wir weiter kein Gewicht beilegen, zeigt zum mindesten, dass sich zwei entgegengesetzte Richtungen unter den englischen Staatsmännern bekämpften, eine die Interessen des Pfalzgrafen fördernde und eine andere im Verborgenen wühlende und der Versöhnung mit Rom freundliche, als deren Haupt man den König ansehen muss. Er zeigte in den kirchlichen Fragen nicht jenen festen und entschiedenen Charakter, der damals die Katholiken und Protestanten fast ausnahmslos beseelte, sondern schillerte in allen Farben, was Wunder, wenn Olivares sich der Hoffnung hingab, dass Jakob den Pfalzgrafen dazu bewegen werde seinen Sohn in den Schooss der katholischen Kirche aufnehmen zu lassen. Er wusste, dass Jakobs Gemahlin mehrere Jahre an der katholischen Kirche festgehalten hatte, und da sie dies vor ihrem

*) Ranke, die römischen Päpste II, 315.
**) Khevenhiller, Annalen IX, 1239.

Gemahl nicht verheimlichen konnte und deshalb von ihm nicht angefeindet wurde, so durfte man mit einiger Wahrscheinlichkeit auf seine Zustimmung bezüglich der Erziehung seines Enkels rechnen.*) Trotz alledem war aber der Plan des Grafen Olivares undurchführbar, denn wiewohl damals die öffentliche Meinung nicht diejenige Bedeutung hatte, wie heutzutage, so hätte sich doch bei den Protestanten aller Länder ein Schrei des Unwillens erhoben, sobald er ihnen bekannt geworden wäre und dem einstimmigen Verdammungsurtheil hätte sich auch Jakob nicht entgegen setzen können.

*) El hecho de los tratados del matrimonio pretendido por el principe de Gales por F. Francisco de Jesus. Herausgegeben von Gardiner p. 48. Khevenhiller IX, 1789.

Achtes Kapitel.

Der Deputationstag von Regensburg.

I Bemühungen des Kaisers um die Berufung eines Fürstenconvents. Abweisliche Haltung einzelner Reichsfürsten. Abreise des Kaisers nach Regensburg. Ulm in München. Berathungen in Regensburg, ob man den spanischen Propositionen bezüglich des Waffenstillstandes in der unteren Pfalz beitreten solle. Ablehnung der spanischen Anträge in Folge der bairischen Bemühungen. Bemühungen des Kurfürsten von Mainz gegen die Befriedigung der bairischen Wünsche in Bezug auf die Kur.

II Kaiserliche Proposition vom 7. Januar. Ankunft Maximilians in Regensburg. Berathungen des Deputationstages. Der französische Gesandte erklärt sich zu Gunsten Maximilians. Der Pfalzgraf von Neuburg. Doppeltes Votum des Deputationstages. Antwort des Kaisers. In welcher Weise verfochten die Protestanten und Katholiken ihre Meinung bezüglich der Aechtung des Pfalzgrafen und der Uebertragung der Kur. Vorschlag der kursächsischen Gesandten. Man beschliesst im kaiserlichen Cabinete dem Herzog von Baiern die Kur nur persönlich und nicht erblich zu übertragen. Die trierschen Gesandten erstatten im Deputationstag den betreffenden Vorschlag, der von den Katholiken angenommen wird. Entscheidung des Kaisers über die Kur. Geheimes kaiserliches Dokument, das dem Herzog von Baiern gegeben wird. Die Investitur. Kaiserliche Erklärung dem Pfalzgrafen von Neuburg gegeben. Der Papst. Abrechnung zwischen dem Kaiser und Maximilian. Spanien. Kaiserliche Gnadenbezeugungen. Kaiserliche Urtheilssprüche in dem badischen und marburger Erbstreite.

III Art und Weise, wie der Kaiser in Ungarn in den wiedergewonnenen Besitz eingeführt wird. Stanislaus Thurzo. Die kaiserlichen Commissäre in Kaschau. Auslieferung der Krone. Der Reichstag von Oedenburg. Die Zurückgabe der durch Bethlen confiscirten Güter. Die Palatinswahl. Streit zwischen den Katholiken und Protestanten. Die deutschen Besatzungen. Bethlens Gesandtschaft an den Kaiser und an den Reichstag. Bethlen schickt den Grafen Thurn nach Constantinopel. Das Resultat seiner dortigen Bemühungen. Petendi im Haag. Bethlen ist bereit den Kaiser im Frühjahr 1623 anzugreifen.

IV Das veltliner Blutbad und seine Folgen. Der Vertrag von Madrid. Stellung der wiener Staatsmänner zu der Streitfrage. Wiederausbruch des Kampfes. Sieg der spanischen und österreichischen Waffen. Der mailänder Vertrag. Abermaliger Ausbruch des Krieges. Der lindauer Vertrag. Maximilian von Baiern sucht in der veltliner Angelegenheit zu vermitteln. Er scheitert mit seinem Gesuch. Allianzverhandlungen zwischen Maximilian und der Liga einerseits und Frankreich anderseits.

V Rüstungen Mansfelds, des Halberstädters und Wilhelms von Weimar. Der niedersächsische Kreistag und seine Beschlüsse. Verhalten des Kaisers gegenüber den niedersächsischen Kreistagsbeschlüssen. Zerwürfniss zwischen

I

Schon im Beginne des Jahres 1621 trug sich der Kaiser mit der Absicht einen Kurfürstenconvent zu berufen, auf dem er die feierliche Uebertragung der Kurwürde an Maximilian vornehmen wollte, allein verschiedene Umstände, deren bereits Erwähnung gethan wurde, verzögerten die Verwirklichung seiner Absicht. Trotz der mannigfachen Hindernisse schrieb er den Kurfürstentag schliesslich auf Mariä Lichtmess des Jahres 1622 aus und verständigte die Kurfürsten hievon, aber schon im Anfang des Jahres sah er, dass dieser Termin nicht eingehalten werden könne, weil Spanien seine Zustimmung zu der Uebertragung der Kur noch nicht gegeben hatte, ein neuer Krieg im Anzuge war und man in Wien auch auf die Drohungen Jakobs einige Rücksicht nehmen musste. Der ausgeschriebene Kurfürstentag wurde demnach auf unbestimmte Zeit vertagt.*) Als die späteren Erfolge auf dem Schlachtfelde eine entschlossenere Politik gestatteten und die Nachrichten aus Spanien gleichfalls günstig lauteten, schrieb Ferdinand am 17. Juni einen neuen Convent auf den 1. September aus, der aber kein blosser Kurfürstenconvent, sondern ein Reichsdeputationstag sein sollte, zu dem nach den Bestimmungen, die man im 16. Jahrhundert getroffen hatte, nicht bloss die Kurfürsten, sondern auch die Herzoge von Baiern, Braunschweig und Pommern, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Speier Zutritt hatten. Offenbar

1622

*) Sächs. StA. Ferd. an Kursachsen dd. 10. Januar 1622.

mag man deshalb zur Berufung eines Deputationstages gegriffen haben, weil die Beschlüsse dieser zahlreicheren Versammlung mehr ins Gewicht fallen konnten als die eines blossen Kurfürstentages.

In den Einladungsschreiben an die betreffenden Fürsten, ersuchte der Kaiser alle um ihr persönliches Erscheinen. Bis auf den Kurfürsten von Trier waren die Katholiken dazu erbötig, von den Protestanten versprach nur Ludwig von Darmstadt dem Rufe zu folgen, von den übrigen Fürsten liefen theils Absagen, theils so geschraubte Zusagen ein, dass man sicher sein konnte, sie würden nicht erscheinen. Der Kurfürst von Brandenburg befolgte die Politik, dass er den Kaiser in seiner ersten Antwort sein Erscheinen hoffen liess, auf die später wiederholte Einladung immer schwieriger wurde, bis er endlich ganz ablehnte.*) Später erfasste ihn wieder die Angst vor diesem übel zu deutenden Schritte und er forderte seine Räthe zu einem Gutachten auf, was er in diesen schwierigen Verhältnissen thun solle. Ihre Meinung lautete nicht entschieden genug; sie berücksichtigten den Widerwillen des Kurfürsten gegen die Reise, machten ihn aber auch auf die Gefahren aufmerksam, denen er sich durch eine solche Feindseligkeit aussetze. Trotzdem blieb er bei seinem Entschlusse, worin ihn namentlich die Haltung seines Nachbars und kaiserlichen Bundesgenossen, des Kurfürsten von Sachsen, bestärkte.**) Johann Georg hatte ursprünglich sein Erscheinen unter der Bedingung zugesagt, dass auch die anderen Kurfürsten sich persönlich

---

*) Wiener StA. Ferdinand schreibt dd. 17. Juni 1622 den Deputationstag auf den 1. Sept. 1622 aus. — Ebend. Kurbrandenburg an Ferd. II dd. $\frac{\text{26. Juni}}{\text{6. Juli}}$ 1622. — Der Herzog von Pommern an Ferd. dd. $\frac{\text{27. Juni}}{\text{7. Juli}}$ 1622. — Sächs. StA. Kurbrandenburg an Ferd. dd. $\frac{\text{26. Juni}}{\text{6. Juli}}$, $\frac{4.}{14.}$ und $\frac{\text{26. Aug.}}{\text{5. Sept.}}$ 1622.

**) Berliner StA. Gutachten der brandenb. Räthe dd. 1./11. Aug. 1622. — Ebend. Memorial Kurbrandenburgs für Sigmund Götz dd. $\frac{\text{30. Aug.}}{\text{10. Sept.}}$ 1622.

einfinden sollten;*) später wollte er sich an diese Bedingung nicht ketten, sondern versprach zu kommen, machte aber dieses Versprechen bald wieder von der Bedingung abhängig, dass wenigstens die geistlichen Kurfürsten erscheinen sollten. Mittlerweile suchte er den Kurfürsten von Brandenburg zu bereden nach Regensburg zu kommen und als dieser beharrlich ablehnte und seiner Besorgniss vor den Plänen Maximilians Ausdruck gab, lehnte auch er sein Erscheinen ab und versprach nur, sich nach dem Beispiele der übrigen protestantischen Fürsten durch Gesandte vertreten zu lassen.**)

14./24. Oct. 1622

Abgesehen von den wichtigen Interessen, die auf dem Convente entschieden werden sollten und die allerdings die Protestanten zu einer vorsichtigen Haltung nöthigten, trug die ganze Verhandlung wegen Beschickung des Conventes so viel demüthigendes für den Kaiser in sich, dass er wohl die Dornen fühlen musste, mit denen die deutsche Krone durchflochten war; musste er doch um das Erscheinen der Fürsten bitten und betteln, als ob er der geringste und schlechteste unter ihnen und nicht das Haupt des Reiches sei. Dass unter diesen Einladungen, Antworten und sonstigen Schreibereien der Termin verstrich, an dem der Deputationstag zusammenkommen sollte, ist selbstverständlich und so musste er wieder verschoben und auf den 1. October verlegt werden, allein auch dieser Termin wurde nicht eingehalten. Der Kurfürst von Mainz hatte noch in der letzten Stunde Schwierigkeiten erhoben und sein Erscheinen von dem des Kurfürsten von Sachsen abhängig gemacht, und erst als ihm dieses zugesichert wurde, erklärte er am 17. October nach Regensburg abreisen zu wollen,***) ohne dass er die vorherige Ankunft Johann Georgs abgewartet hätte. Er bemühte sich jetzt selbst den letztern zum Besuche des Deputationstages

1622

1622

*) Sächs. StA. Ferd. an Hohenzollern dd. 24. Juli 1622. — Ebenda. Kursachsen an Ferd. dd. 4./14. Juli, $\frac{\text{30. Juli}}{\text{9. Aug.}}$ und $\frac{\text{24. Aug.}}{\text{3. Sept.}}$ 1622.

**) Sächs. StA. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{\text{24. Sept.}}{\text{4. Oct.}}$, 14./24. Oct. 1622. — Kursachsen an Kurbrandenburg dd. $\frac{\text{30. Sept.}}{\text{10. Oct.}}$ 1622.

***) Wiener StA. Hans Jakob Kurz von Senftenau an Ferd. dd. 23. Sept. 1622.

zu bewegen und wäre fast zum Ziele gelangt, wenn nicht die Vertreibung der lutherischen Geistlichen aus Prag diesen Schritt für den Kurfürsten von Sachsen unmöglich gemacht hätte.*) Als Ferdinand in Regensburg angelangt war, lud er den Kurfürsten nochmals ein und begründete seine Bitte damit, dass Kurbrandenburg und Pommern ihr Erscheinen zugesagt hätten, wenn er käme. Thatsächlich hatten diese beiden Fürsten eine neue Einladung des Kaisers mit dieser Ausflucht beantwortet und so musste der Kurfürst von Sachsen, wenn er sich nicht auf die Sperrung der lutherischen Kirchen in Prag berufen wollte, einen neuen Grund ersinnen, der ihm die Abreise unmöglich mache. Er schrieb, dass er kommen würde, wenn er von dem Erscheinen Kurbrandenburgs in Kenntniss gesetzt sein würde und nun sollte Ferdinand wieder den letztern mahnen, dass er kommen solle.**) Der Kaiser drehte sich so im Kreise und kam nicht vorwärts, bis endlich Johann Georg dem Spiele ein Ende machte, als seine Mutter starb, denn nun flüchtete er sich hinter den Schmerz, der ihm die Reise verbiete und damit war sein Nichterscheinen entschieden.***)

Der Kaiser hatte mit seiner Gemalin die Reise nach Regensburg mit dem gebräuchlichen Luxus jener Tage angetreten, der auf alles andere nur nicht auf die Leere in seinem Schatz schliessen liess. In seinem Gefolge befanden sich drei Herzoge von Sachsen und der Sohn Christians von Anhalt, der in der Schlacht auf dem weissen Berge gefangen worden war und sich mit seinem Ehrenwort hatte verpflichten müssen, dass er die ihm gegönnte Freiheit nicht zur Flucht benützen werde. Durch sein feines Benehmen hatte er sich den Beifall einiger hochgestellten wiener Damen gewonnen, in Folge dessen er später in Regensburg seines Ehrenworts entbunden und ohne Lösegeld in Freiheit gesetzt wurde. Neben diesen Fürsten begleiteten den Kaiser alle Geheimräthe und sonst hervorragenden Persönlichkeiten, wie Eggenberg, Johann Georg von Hohenzollern,

*) Münchner StA. Kursachsen an Kurmainz dd. 4./14. Nov. 1622.

**) Wiener StA. Kurbrandenburg an Ferd. dd. 18./28. Nov. 1622. — Ebend. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{22.\ \text{Nov.}}{2.\ \text{Dec.}}$ 1622.

***) Sächs. StA. Ferd. an Kursachsen dd. 9. Dec. 1622.

Harrach, Trauttmannsdorff, Lobkowitz, Wratislav von Fürstenberg, Adam von Waldstein, Strahlendorf und Otto von Nostitz. An diese schlossen sich die Räthe der verschiedenen Aemter und Kanzleien an, wie z. B. die des Reichshofrathes, der Hofkammer, des Hofkriegsrathes, der ungarischen und böhmischen Kanzlei, denn man hatte es auf einen langen Aufenthalt in Regensburg abgesehen und musste also von dort aus die Regierung führen. Im kaiserlichen Gefolge befand sich noch ein zahlreiches Küchen- und Stallpersonale, 100 Hartschiere und 100 Leibtrabanten, so dass die Gesammtzahl der wiener Gäste mit Hinzurechnung der für die Kaiserin bestimmten Dienerschaft an 600 Personen betrug, für deren Unterkunft viele Häuser in Regensburg hergerichtet werden mussten, während der Kaiser selbst in der bischöflichen Residenz seinen Aufenthalt aufschlagen wollte.*) Als er sich am 24. November Regensburg näherte, wurde er von dem Erzbischof von Salzburg, dem Bischof von Würzburg und dem Landgrafen von Darmstadt, die ihm entgegengezogen waren, erwartet und darauf in die Stadt geleitet; einen Tag später trafen auch die Kurfürsten von Mainz und Köln ein. Obwohl das Erscheinen so vieler und so reicher Gäste, die durch mehrere Vertreter auswärtiger Fürsten und zwar des Papstes, des Königs von Frankreich, der Herzoge von Mantua, Lucca und Modena vermehrt wurden, für die Bürger von Regensburg eine ergiebige Einnahmsquelle bilden musste, so begrüsste die Stadt den Convent nicht mit jener Zuvorkommenheit, die man vermuthen sollte. Die Bürger fürchteten nicht ohne Grund, dass sich die Gäste tausendfache Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen würden, und eine derartige Aussicht hatte für die wohlhabenden Patriezier nichts verlockendes.**)

1622

Die Verhandlungen nahmen nicht gleich nach der Ankunft des Kaisers und der genannten Fürsten ihren Anfang, da man noch auf das Erscheinen Kursachsens hoffte und sich dieser Hoffnung um so mehr hingab, weil sich keine sächsischen Gesandten angemeldet hatten. Auch von Brandenburg war noch

*) Sächs. StA. Der kais. Hofstaat in Regensburg.

**) Sächs. StA. Memorial der Stadt Regensburg für den Kaiser im Monat Oct. oder November 1622.

niemand erschienen und so vergingen die ersten Tage unter wechselseitigen Besuchen. Als jedoch eine längere Zeit verstrich, ohne dass der Deputationstag die gewünschte Vervollständigung erlangt hätte, beschloss der Kaiser mit den Verhandlungen nicht länger zu säumen und legte der Versammlung als ersten Berathungsgegenstand den von der Infantin mit König Jakob abgeschlossenen Waffenstillstand vor.

Der Kaiser hatte auf die Nachricht von dem in Brüssel vermittelten Waffenstillstande seine Zustimmung bis zu dem Zusammentritt des Deputationstages verschoben, offenbar also sich früher mit Maximilian verständigen wollen. Bei dem Herzog hatte der Plan, sich der pfälzischen Kurlande zu bemächtigen, um so mehr an Intensität gewonnen, seit Tilly sich des grösseren Theiles der untern Pfalz bemächtigt und namentlich Heidelberg und Mannheim erobert hatte. Der Kaiser, der sich zwischen den spanischen Friedenswünschen und den bairischen Vergrösserungsgelüsten in einer unbehaglichen Lage befand, schickte den Reichsvicekanzler Ulm nach München um sich Raths zu erholen, was er nach Brüssel bezüglich des Waffenstillstandes antworten solle. Dies geschah ungefähr vierzehn Tage vor dem Beginn der regensburger Verhandlungen. In den wiederholten Gesprächen, die Ulm mit dem Herzoge und seinen Räthen, namentlich mit Dr. Jocher hatte, überzeugte er sich bald, dass man in München jetzt noch weniger als früher gesonnen sei die Waffen ruhen zu lassen. Alle Gründe, die Maximilian für die Fortführung des Krieges vorbrachte, sollten nur seinen Ehrgeiz verdecken und waren demnach mehr oder weniger bei den Haaren herbeigezogen, nur einer derselben hatte eine unleugbare Bedeutung. Der Herzog wies darauf hin, dass Mansfeld und Christian von Halberstadt von neuem zu rüsten begännen, dass ihre Kriegsschaaren die Besitzungen des Kurfürsten von Köln bedrohten und dass man deshalb keinen Waffenstillstand mit ihrem notorischen Verbündeten, dem Pfalzgrafen, abschliessen könne. Thatsächlich nahmen die feindlichen Rüstungen täglich einen bedrohlicheren Charakter an und wenn man in München eine Wiederholung des im Frühjahre ausgebrochenen Krieges befürchtete, so hatte man nicht Unrecht. Mitten in diesen Zwiegesprächen, bei denen Ulm den bairischen Anschauungen im allgemeinen Recht gab, traf von

Tilly die Nachricht ein, dass die Infantin von ihm verlange, er solle sich dem Waffenstillstand anbequemen und die Belagerung von Frankenthal aufgeben. Maximilian theilte dies dem Reichsvicekanzler mit und frug ihn um seine Meinung, die ganz so ausfiel, als ob er in bairischen Diensten gestanden wäre. Er riet nämlich, dass Tilly den Angriff energisch fortsetzen solle, wenn er der Festung in einigen Tagen Herr werden könnte; im Falle aber die Belagerung sich wegen der winterlichen Jahreszeit in die Länge ziehen sollte, so solle er sie lieber abbrechen und so der Infantin zu Willen sein. — Wie sehr man in München auf die Erlangung der Kur erpicht war, zeigte sich auch bei diesen Verhandlungen in schlagender Weise. Maximilian und seine Räthe verübelten es dem Kaiser sehr, dass er eben jetzt die lutherischen Kirchen in Böhmen gesperrt und dadurch Veranlassung geboten habe, dass Kursachsen nicht nach Regensburg kam,*) kurz sie trugen eine tolerante Gesinnung zur Schau, deren Dauer allerdings auf eine kurze Spanne Zeit beschränkt war. Da Maximilian noch nicht nach Regensburg reisen wollte, obgleich der Kaiser bereits dort war, die Entscheidung über die Waffenstillstandsfrage aber nicht länger aufgeschoben werden konnte, so schickte er den Dr. Jocher und seinen Vicekanzler Dr. Richel dahin ab, um sich durch sie bei den Berathungen vertreten und in der Waffenstillstandsfrage sein Interesse wahren zu lassen.

1622 An den Berathungen, die am 5. December ihren Anfang nahmen, betheiligten sich die Räthe der anwesenden Fürsten (Mainz, Köln, Salzburg, Würzburg und Hessen-Darmstadt) und von den abwesenden die von Trier und Baiern. Von Seite der kaiserlichen Kanzlei lagen zwei Schriftstücke vor, ein Schreiben, in dem die Fürsten um ihr Gutachten über den Waffenstillstand ersucht wurden und ein Memorial des spanischen Gesandten, Grafen Oñate, worin er die Bedingungen desselben erörterte.**)

---

*) Wiener StA. Relation Ulms dd. 26. Nov. 1622. — Ebenda. Ulm an Ferd. dd. 26. Nov. 1622.

**) Sächs. StA. Zuschrift des Kaisers an den Regensburger Convent. — Ebenda. Memorial Oñate's dd. 5. Dec. 1622. — Ebenda. Ludwig von Hessen-Darmstadt an Kursachsen dd. $\frac{29.\ \text{Nov.}}{9.\ \text{Dec.}}$ 1622.

Dem Pfalzgrafen sollten die Einkünfte der Aemter von Heidelberg, Mannheim und Frankenthal eingeräumt und die Stadt Heidelberg übergeben werden, wogegen er Frankenthal und Mannheim (welches zur Zeit des abgeschlossenen Waffenstillstandes noch nicht erobert war) der Infantin einräumen sollte. Würde der Friede binnen einem Jahr nicht abgeschlossen werden, so sollte er Heidelberg räumen, dagegen wieder in den Besitz von Mannheim und Frankenthal treten. — Bei der nun folgenden Berathung vertraten die kurkölnischen Räthe den bairischen Standpunkt. Sie wollten nichts von der Uebergabe Heidelbergs an den Pfalzgrafen wissen, da damit factisch eine Art Restitution ausgesprochen würde, nichts von der Bewilligung eines Waffenstillstandes, da man vor den Angriffen Mansfelds nicht sicher sei, und auf diesen der Waffenstillstand nicht ausgedehnt werden könne, weil er kein Land besitze und Niemand mittlerweile freiwillig seine Armee werde unterhalten wollen. Die bairischen Räthe brachten dieselbe Gründe vor und verstärkten sie durch den Hinweis, dass die längere Unterhaltung der Armee den Katholiken fast unmöglich sei, sie deshalb den Krieg zu Ende führen müssten und nicht durch einen Waffenstillstand verlängern dürften. Die andern Räthe gaben keine bestimmte Meinung ab, sondern erklärten vorher an ihre Herren berichten zu wollen, nur die aus Trier hielten sich in ihrem Gutachten halb zu Baiern, halb zur Infantin.

Als die Berathung am folgenden Tage fortgesetzt wurde, wies Köln nochmals auf die Gefahren hin, die von Mansfeld und den Holländern drohten, Baiern darauf, dass Mannheim mittlerweile (nach Abschluss des Waffenstillstandes in Brüssel) erobert und der Stand der Dinge dadurch ein anderer geworden sei. Die übrigen Räthe näherten sich jetzt diesem Gutachten, nur Hessen-Darmstadt trat für die Waffenruhe ein und ersuchte die Anwesenden, dass sie keinen Beschluss ohne Anhörung des Kurfürsten von Sachsen fassen und deshalb an ihn die Bitte richten möchten, sich an den Berathungen in Regensburg zu betheiligen.*) Dieser Antrag fand allseitige Zustimmung und so wurde eine Einladung an Kursachsen beschlossen, die jedoch

*) Sächs. StA. Protokoll des regensburger Convents.

ebensowenig Erfolg hatte, wie die kaiserlichen Aufforderungen und Bitten.

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, dass Maximilian von Baiern durch seine Räthe auf die katholischen Mitglieder des Convents einen entscheidenden Einfluss ausübte, und dieser Einfluss erstreckte sich auch auf den Kaiser, was sich aus der Antwort ergibt, die der letztere dem spanischen Gesandten auf dessen Anzeige von dem abgeschlossenen Waffenstillstande ertheilte: Ferdinand wollte denselben nur dann ratificiren, wenn dem Pfalzgrafen weder Heidelberg noch Mannheim überliefert und die Waffen allgemein niedergelegt würden, man sonach vor den Angriffen Mansfelds, der bereits in das Stift Münster vorgerückt war, gesichert wäre. Für den Fall, dass Mansfeld behaupten würde, im Solde Hollands und nicht des Pfalzgrafen zu stehen, müsste sich die Infantin an seiner Bekämpfung betheiligen und deshalb ihre Truppen auf den Reichsboden abordnen. Da Oñate aufrichtig wünschte, dass der Waffenstillstand auf Grund der von der Infantin vorgeschlagenen Bedingungen abgeschlossen werde, so gab er sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern wies darauf hin, dass man den Pfalzgrafen nicht für die holländischen durch Mansfeld ausgeführten Angriffe verantwortlich machen dürfe, er verlangte auch jetzt Heidelberg für den Pfalzgrafen und nur bezüglich Mannheims wollte er weitere Verhandlungen zulassen. Statt nachzugeben erschwerte der Kaiser seine früher gestellten Bedingungen: erst dann wenn Mansfeld und Christian von Halberstadt entwaffnet wären, sollte der Pfalzgraf seinen Aufenthalt in Deutschland aufschlagen dürfen. Wenn der Pfalzgraf feierlich erklären und die Erklärung schriftlich wiederholen würde, dass er die Hand gänzlich von Mansfeld abgezogen habe, so wolle der Kaiser der Behauptung Glauben schenken, aber er könnte auch dann dem Pfalzgrafen den Eintritt in Deutschland nicht zugestehen, so lange er Mansfelds und des Halberstädters nicht Herr geworden sei.*)

---

*) Sächs. StA. Memorial des spanischen Gesandten dd. $\frac{\text{25. Nov.}}{\text{5. Dec.}}$ 1622. — Ebenda. Resolutio caesaris. — Ebenda. Oratoris hispanici replica. — Ebenda. Ulterior resolutio caesaris.

Um ja einer unvorgesehenen Nachgiebigkeit Ferdinands zu begegnen, richteten die bairischen Vertreter eine Zuschrift an den Kaiser, worin sie zwar versicherten, dass es ihnen nur um den Frieden zu thun sei, aber zugleich erklärten, dass ihr Herr Heidelberg und Mannheim nur dann aufgeben werde, wenn der Kaiser sein Versprechen bezüglich der Uebertragung der Kur erfüllen und den Ersatz für die aufgewendeten Kriegskosten leisten würde!*) An dieser Forderung musste jede weitere Verhandlung scheitern, der Kaiser konnte und wollte nicht zahlen und wo sollten der Pfalzgraf oder Jakob die 10 Millionen Gulden hernehmen, die Maximilian für die Occupation der Ober- und Unterpfalz in Rechnung bringen wollte? So wurde also die Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die Wünsche des Herzogs von Baiern nicht allein durch die Gefahren herbeigeführt, mit denen ihn Mansfeld von neuem bedrohte und denen er nur mit Hilfe der Liga Widerstand leisten konnte, sondern auch durch die bevorstehende Abrechnung über die von der Liga geleisteten Dienste. Wir haben gesehen, wie der Herzog seit anderthalb Jahren gegen alle Mahnungen aus Wien taub blieb und seine Hilfeleistung in dem böhmischen Feldzug nicht berechnete, bald hatte er die, bald jene Ausflucht, weil er den Kaiser auch mit den Auslagen für den Krieg in der Ober- und Unterpfalz belasten wollte. Als seine Räthe in Regensburg gesprächsweise andeuteten, dass sich die Gesammtsumme der bairischen Forderungen auf 20 Millionen Gulden belaufen dürfte, geriet der Kaiser in einen unsagbaren Schrecken. Um diese Summe zu verzinsen, genügte nicht die Verpfändung Oberösterreichs allein, es hätte noch halb Böhmen hiezu geschlagen werden müssen**) und von einer Auslösung dieser Gebiete hätte nie mehr die Rede sein können. Er sah ein, dass diese Rechnung nur dann reducirt werden dürfte, wenn er sich den bairischen Forderungen gefügig zeigte. Die Bewilligung der Waffenruhe auf Grund der von Oñate vorgeschlagenen Bedingungen wurde

*) Wiener StA. Die bairischen Gesandten an Ferd. dd. 25. u. 30. Dec. 1622.

**) Münchner StA. Jocher und Schuss an Max. dd. 7. u. 11. Dec. 1622. — Ebenda. Jochers Memorial an den Kaiser dd. 9. Dec 1622. — Ebenda. Jocher an Max. dd. 7. Dec. 1622. — Ebenda. Max. an Jocher u. Schuss dd. 11. Dec. 1622.

also definitiv abgelehnt und die Proposition, die der Kaiser am 7. Januar dem Deputationstage vorlegte und auf die wir später zurückkommen werden, bewies, dass er der Situation Rechnung trug und dass Maximilian nach allen Richtungen über seinen matten Widerstand gesiegt hatte. 1623

Im Laufe des Monats December waren endlich die Gesandten des Kurfürsten von Sachsen in Regensburg erschienen, während die brandenburgischen, braunschweigischen und pommerschen noch immer auf sich warten liesen. Johann Georg hatte die Herren Esaias Brandenstein, Georg von Werthern, Dr. Tüntzel und den Gesandten am kaiserlichen Hofe Zeidler mit seiner Vertretung betraut und ihnen den Auftrag gegeben gegen die Beschlagnahme der lutherischen Kirchen in Böhmen zu protestiren, vor allem aber in die Uebertragung der Kur an Maximilian nicht einzuwilligen. Der Kurfürst von Sachsen zog damit seine früheren Zusagen zurück, er fühlte sich durch die Vorgänge in Böhmen in seinem Gewissen beunruhigt und wollte nur dazu seine Zustimmung geben, dass die Kur und die Kurlande auf die Kinder des Pfalzgrafen übertragen würden und somit der letztere nicht straflos ausgehe.*)

Nachdem Tag auf Tag verstrich und man bereits die zweite Woche nach Neujahr erreicht hatte, ohne dass die Ankunft der übrigen eingeladenen Fürsten und ihrer Vertreter erfolgt wäre, beschloss der Kaiser nicht länger mit der Vorlage der Proposition zu säumen und namentlich die beabsichtigte Uebertragung der Kur an Baiern anzuzeigen. Man war noch in den ersten Tagen des Jahres im kaiserlichen Cabinet darüber nicht schlüssig, in welche Worte man die Proposition kleiden solle, man wollte auf die den sächsischen Gesandten ertheilte Instruction Rücksicht nehmen und ersuchte deshalb den Kurfürsten von Mainz, er möchte auf irgend eine Weise hinter das Geheimniss derselben zu kommen suchen.**) Der Kurfürst erklärte sich wohl zu diesem Dienste bereit, aber wie wenig man seines Eifers versichert sein konnte, ergibt sich daraus, dass er sich im letzten Augenblicke gegen die Uebertragung der

*) Sächs. StA. Instruction für die kursächs. Gesandten nach Regensburg.
**) Münchner StA. Hyacinth an Max. von Baiern dd. 2. Januar 1623.

Kur stemmte und ihrer in der Proposition nicht gedacht wissen wollte. Er war nur widerwillig nach Regensburg gekommen, weil er nicht sicher wusste, ob auch Kursachsen dort sein würde und hatte erklärt, dass er wegreisen werde, wenn dies nicht der Fall sei. Nun sollten doch die Verhandlungen beginnen und zwar mit dem von ihm eben so angefeindeten wie gefürchteten Punkte. Er bemühte sich deshalb den Kaiser zum Weglassen desselben aus seiner Proposition zu bewegen, allein ebenso vergeblich, wie Oñate, der sogar sämmtliche Verhandlungen bis zur Ankunft des Kurfürsten von Sachsen aufgeschoben wissen wollte. Der spanische Gesandte begründete seine Bitte in einer Zuschrift, als deren Verfasser man einen modernen Staatsmann und nicht einen glaubenseifrigen Spanier vermuthen sollte. Um keinen Preis, meinte er, dürfe man rücksichtslos vorgehen und die protestantischen Stände von sich stossen, da dies einen Religionskrieg zur Folge haben würde, man müsse jetzt die Gelegenheit erfassen und Frieden schliessen, der selbstverständlich nur nach vorhergehender Restitution des Pfalzgrafen möglich war. Oñate trat entschieden als Gegner Baierns auf, er folgte den Weisungen der Infantin, die gleichwohl nicht so bestimmt gelautet haben mögen, da sie zwar das Nichtzustandekommen des Convents wünschte, im Falle Sachsen nicht erschien, aber gleichzeitig dem Könige von Spanien ans Herz legte, den Kaiser und die deutschen Katholiken nicht zu verlassen, wenn der erstere trotz aller Abmahnung über die Kur verfüge und es zu einem neuen Krieg käme.*)

Dieser im letzten Augenblicke gegen die beabsichtigten Massregeln erhobene Widerstand änderte jedoch nicht mehr den Entschluss des Kaisers: er hatte dem Herzog von Baiern seit Jahr und Tag so oft das Versprechen gegeben, dass er ihm die Kur übertragen werde, hatte sie ihm auch schriftlich ertheilt und konnte also nicht mehr zurückweichen. Zum Ausharren auf der betretenen Bahn wurde er nicht bloss vom Nuncius ermuntert, auch der P. Hyacinth erschien am Neujahrstage bei ihm

1. Januar 1623

*) Simancas. Copia de un papel presentado al Emperador de parte del Conde de Oñate en 8. de Enero 1623. — Ebenda. Punctos de cartas de la S. Infanta.

und bemerkte aus Anlass eben angelangter Briefe, dass der Papst ihn und die Liga gewiss mit Geld unterstützen würde, wenn irgend eine Gefahr aus der Uebertragung der Kur entstehen sollte. Bei Gelegenheit dieser Audienz brach Ferdinand in Klagen aus, die ein grelles Licht auf seine Stellung zu Maximilian werfen. Er erklärte, wie er aus Liebe zu seinem Vetter gern bereit sei das gegebene Versprechen zu erfüllen, trotzdem er von allen Seiten, selbst von Spanien gewarnt werde, wie er sich deshalb in unberechenbare Auslagen und Schwierigkeiten verwickelt habe und kein Ende davon abzusehen vermöge. Trotz alledem habe sich bei der Verhandlung über den von Jakob begehrten Waffenstillstand gezeigt, dass Maximilian auch die von ihm besetzten Theile der Unterpfalz als Pfand für die Rückzahlung der verausgabten Summen behalten und sich also mit Oberösterreich und der Oberpfalz als Pfand nicht begnügen wolle! Dies geschehe wider das Versprechen, welches er (Max.) dem Grafen von Hohenzollern gegeben, dass er nämlich keinen Ersatz für die Exekutionskosten in der Unterpfalz beanspruchen werde. Alle diese Klagen und Andeutungen beweisen, dass der Kaiser den Wünschen Spaniens bezüglich der unteren Pfalz nachkommen und diese dem Pfalzgrafen wieder einräumen wollte, dass er aber durch die stets weiter gehenden Geldansprüche Baierns an jedem entscheidenden Schritte gehindert wurde. *)

II

Da der Kaiser also entschlossen war sein Versprechen zu halten, lud er die Mitglieder des Convents ein, sich zur Empfangnahme der Proposition bei ihm einzustellen. Im grünen Saal der bischöflichen Residenz fand die Zusammenkunft statt, der Kaiser erwartete die Fürsten und die fürstlichen Gesandten an einem Tische stehend, begrüsste sie mit einer kurzen Ansprache, in der er sich ihren Rath ausbat und überreichte dann dem Kurfürsten von Mainz die Proposition ohne die Punkte derselben weiter zur Kenntniss der Anwesenden zu bringen. Da man in jenen Zeiten die parlamentarischen Formen nicht so in der

17. Januar 1623

*) Münchner StA. Hyacinth an Max. dd. 2. Januar 1623.

Uebung hatte, wie heutzutage und die Rollen nicht in voraus vertheilt waren, so ergriff keiner der Anwesenden das Wort, um dem Kaiser zu entgegnen. Der Kurfürst von Mainz, der das Schriftstück übernahm, ging mit seinen Genossen zur Thür und frug sie, ob einer von ihnen, der geschulter sei als er, die Anrede beantworten wolle. Als dies alle ablehnten, trat er mit ihnen wieder vor und versicherte den Kaiser, dass man seine Proposition „in fleissige und gewissenhafte Berathung“ ziehen und ihm dann über die gefassten Beschlüsse berichten werde.

Die Proposition enthielt einige Punkte von grosser Tragweite, über die nur dann eine gedeihliche Verhandlung möglich gewesen wäre, wenn an der Berathung nicht bloss einige Fürsten, sondern der ganze Reichstag Theil genommen hätte, und wenn, im Falle der Reichstag berufen worden wäre, die Mitglieder nicht durch den Glauben getrennt und die Fürsten nicht um jeden Preis gegen die Gestaltung eines einheitlichen Reichswesens gewesen wäre, alles Bedingungen, die damals nicht erfüllt werden konnten, so dass von vornherein die Fassung erspriesslicher Beschlüsse unmöglich war. Im ersten Punkt theilte der Kaiser mit, dass er in Anbetracht der fortgesetzt feindlichen Haltung des Pfalzgrafen ihn der Kur entkleidet, dieselbe dem Herzog Maximilian von Baiern verliehen habe und ihn während dieses Convents mit ihr belehnen wolle. In den weiteren Punkten verlangte er Rath, wie es anzustellen sei, dass er und die Fürsten, die ihm ihren Beistand zur Wiedererwerbung der entrissenen Länder geleistet hatten, des Friedens versichert bleiben und „die bösen Anschläge und Praktiken“ der Feinde verhütet werden könnten, ferner wie man den Angriffen der Holländer begegnen und sie aus dem Reiche, wo sie einige Orte besetzt hätten, vertreiben könne, wie die seit dem Reichstage von 1613 erhobenen Reichsgravamina abzustellen und wie endlich das Justiz- und Münzwesen aus ihrem Verfalle zu heben seien. An diese Anträge schloss sich die Bitte um eine Geldhilfe behufs Instandhaltung der ungarischen Grenzfestungen. *)

Als der Kaiser sich offen dazu bekannt hatte, dass er die Kur an den Herzog von Baiern übertragen habe, zögerte der

*) Sächs. StA. Kais. Proposition dd. 7. Januar 1613.

letztere nicht länger mit seiner Abreise nach Regensburg. Mit grossem Glanz, den er Monate lang vorbereitet hatte, zog er mit seiner Gemalin am 12. Januar Abends in diese Stadt ein, begleitet von seinem Bruder, dem Kurfürsten von Köln, der ihm einige Meilen entgegengefahren war und gefolgt von seinen Beamten und Räthen, Leibgarden und Trabanten und allen hervorragenderen Edelleuten, die in seinem Gebiete ansässig waren und die er eigens hiezu eingeladen hatte. Die Gesammtzahl des Dienstpersonals, das mit ihm seinen Einzug hielt oder ihm nach Regensburg vorausgeeilt war, belief sich auf 451 Personen.*) Am folgenden Morgen besuchte er den Kaiser, bei dem er des glänzendsten Empfanges sicher sein durfte. Wie anders war die Lage Ferdinands vor drei Jahren gewesen, als die beiden Vettern über ihr Bündniss in München verhandelten und wie war sie jetzt! Dass dieser Umschwung eingetreten war, durfte Maximilian mindestens zur Hälfte als sein Verdienst in Anspruch nehmen. Der Kaiser war nichts weniger als undankbar und so empfing er den Herzog mit eben so freundlichen Worten, wie er ihm in Thaten seinen Dank abstatten wollte. Anderthalb Stunden brachte der Herzog bei seinem ersten Besuch in der kaiserlichen Gesellschaft zu und als zwei Tage später der Kaiser diesen Besuch erwiderte, blieb er drei Stunden beim Herzog. Ihre beiderseitige Intimität trat klar zu Tage und beschäftigte die Zungen der Mitglieder des Conventes ebenso wie die der regensburger Bürger.**)

1623

Es vergingen vierzehn Tage, bevor der Convent die kaiserliche Proposition in Berathung nahm. Mittlerweile erschienen endlich auch die brandenburgischen Gesandten, deren Eintreffen dem Kaiser durch ein Schreiben des Kurfürsten angekündigt wurde, in dem es hiess, dass er bereits Anstalten getroffen habe, um sich persönlich nach Regensburg zu verfügen, dass aber die Mutter des Kurfürsten von Sachsen gestorben sei und er zu deren Begräbniss reisen müsse. Nun erfahre er, dass der Kurfürst

*) Sächs. StA. Bairischer Fourierzettel. — Münchner StA. Max. an die bairischen Landstände dd. 30. Aug. 1622. — Ebenda. Max. an Ludwig von Fürstenberg dd. 3. Oct. 1622, an den Domdechanten dd. 3. Oct. 1622 und an die Stadt Regensburg dd. 3. Oct. 1622.

**) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 7./17. Januar 1623.

von Sachsen, die Herzoge von Braunschweig und Pommern auch nicht nach Regensburg reisen würden und so glaube er nicht, dass er dem Kaiser mit seiner Anwesenheit nützlich werden könnte.*) — Gegen den Schluss des Convents erschienen auch noch die pommerschen Gesandten, so dass nur Braunschweig und Mecklenburg sich völlig absonderten. Die brandenburgischen Gesandten verstärkten die Opposition, welche Sachsen und Darmstadt auf dem Convente bildeten, denn als sich die Bischöfe in 1623 der Sitzung am 24. Januar für die Zustimmung zum ersten Punkte der kaiserlichen Proposition d. i. für die Uebertragung der Kur erklärten, verwarfen Ludwig von Darmstadt und die Vertreter von Sachsen und Brandenburg diesen Vorschlag.**) Ohne einen endgiltigen Beschluss verliess man den Sitzungssaal.

Aus dem Umstande, dass der Kurfürst von Mainz seine Opposition, wenn auch widerwillig aufgab und sich für Maximilian erklärte, kann man ersehen, wie mächtig der Druck war, der auf ihn geübt wurde, unzweifelhaft spielte dabei der päpstliche Nuncius die erste Rolle. Um Sachsens Widerstand zu brechen wurde der französische Gesandte aufgeboten. Maximilian hatte es bekanntlich auf sich genommen, Frankreich für die Uebertragung der Kur zu gewinnen; wir werden später auf diese Bemühungen, die zum Ziele führten, zurückkommen und bemerken nur, dass der französische Gesandte am Kaiserhof beauftragt wurde die Interessen des Herzogs von Baiern zu unterstützen. In Folge dieses Auftrags begab er sich zu den sächsischen Gesandten und ersuchte sie, ihren Widerstand gegen die Erhebung Maximilians aufzugeben. Wenn er auch mit seiner Bitte nicht durchdrang, da sie die ihnen ertheilte Instruction nicht überschreiten durften, so wurde es doch bekannt, welche Stellung Frankreich zu der Kurfrage einnahm.***)

Neben den Protestanten, die es trotz Frankreichs Fürsprache als eine Ehrensache ansahen, in die Uebertragung der Kur an einen Katholiken nicht einzuwilligen, bemühte sich auch der

*) Wiener StA. Kurbrandenburg an den Kaiser dd. 1./11. Januar 1623.

**) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 14./24. Jan. 1623. — Ebenda. Protokoll der Conventsverhandlungen.

***) Sächs. StA. Protokoll der sächs. Gesandten dd. 1./11. Januar 1623.

Pfalzgraf von Neuburg, dass sie zum mindesten nicht dem Herzoge von Baiern zu Theil werde. Der Kaiser hatte ihn kurz vor Beginn des Convents durch P. Hyacinth um seine Beistimmung ersuchen lassen, aber allen Vorstellungen des Kapuziners begegnete der Pfalzgraf mit dem Hinweise auf die goldene Bulle, welche die Rechte der Agnaten wahre, so dass Hyacinth unverrichteter Dinge abziehen musste. Der Fürst behielt sich das Recht vor seine Sache bei dem Convente zu vertreten*) und erfüllte diese Drohung, indem er eine Schrift einschickte, in der er in sachkundiger Weise seine Rechte vertheidigte, er wies neben der goldenen Bulle auch auf das Herkommen im Reiche hin, das eine Schädigung der Agnaten nicht gestatte, auf die Familienverträge, die von mehreren Kaisern bestätigt worden seien, insbesondere aber auf die früheren Belehnungen, in denen neben der heidelberger Linie auch die neuburgische und er selbst namentlich angeführt werde, endlich auf Ferdinands eigenes Versprechen, der ihm eine ähnliche Belehnung zusagte, als bereits der Pfalzgraf Friedrich sich des Verbrechens schuldig gemacht hatte.**)

24. Januar 1623

In der folgenden Sitzung des Convents suchte der Kurfürst von Köln den Eindruck abzuschwächen, den die Zuschrift des Neuburgers machte, indem er das Verbrechen Friedrichs als so enorm schilderte, dass dadurch auch die Agnaten ihrer Rechte verlustig geworden seien. Wenn der Pfalzgraf begnadigt würde, so wäre der Kaiser allein der gestrafte, da er durch den Krieg weit grösseren Schaden in seinen Besitzungen erlitten hätte als jener. Die protestantischen Mitglieder des Convents verwahrten sich gegen die Anschauungen Kurkölns und nachdem noch einige die Reichsstädte betreffenden Angelegenheiten zur Verhandlung gekommen waren, schloss die Sitzung. Zwei Tage später überschickte der Kurfürst von Mainz die Antwort des Convents in die kaiserliche Kanzlei; sie enthielt die zustimmende Erklärung der Katholiken und die Verwahrung der Protestanten. Die Antwort war so gehalten, dass man den Kurfürsten von Mainz nicht

24. Januar 1623

*) Wiener StA. Fra Giacintho an Ferd. II dd. 10. Nov. 1622.

**) Sächs. StA. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg an den Convent dd. 24. Jan. 1623.

der geringsten Parteilichkeit in ihrer Zusammenstellung beschuldigen konnte, im Gegentheile es scheint, dass er nochmals dem Kaiser das Gefährliche seiner Entscheidung vor Augen stellen wollte und deshalb die protestantischen Gegengründe mit mehr Nachdruck anführte als die katholische Zustimmung.*) Der Landgraf von Darmstadt suchte den Eindruck, den die Antwort des Convents auf den Kaiser machen musste, noch dadurch zu erhöhen, dass er ihn am selben Tage besuchte und im Interesse eines allgemeinen Friedens um die Restitution des Pfalzgrafen bat.**) Dass schliesslich auch der Bruder des geächteten Kurfürsten einen Vertreter nach Regensburg schickte und um die Uebertragung der Kur auf seine Person ersuchte, im Falle der Kaiser über sie verfügen würde, wollen wir nur nebenbei anführen.***)

Im Rathe Ferdinands wurde jetzt eine Schrift vorbereitet, welche die oppositionellen Ansichten der Protestanten bezüglich der freien Verfügbarkeit über die pfälzische Kur widerlegen sollte. Am 30. Januar wurde man mit ihr fertig und schickte sie dem Convente zu. Ferdinand vindicirte sich in derselben das Recht unbeschränkt über die Kur verfügen zu dürfen und milderte diese Erklärung nur durch den Zusatz, dass er erbötig sei den Pfalzgrafen in Gnaden aufzunehmen und mit ihm über die Restitution in seinen Besitz zu verhandeln.†) Die Katholiken waren mit dieser Erklärung zufrieden, die Protestanten verwarfen sie ebenso, wie den früheren kaiserlichen Antrag.

1623

Mancher Leser dürfte die Frage aufstellen, was eigentlich in Angelegenheit der Kur Rechtens war: ob der Kaiser befugt war den Pfalzgrafen zu ächten und über dessen Kur zu verfügen oder nicht. Was man in Erwägung der gegenseitigen Streitschriften, die bei dieser Gelegenheit und später gewechselt

*) Sächs. StA. Die sächsischen Gesandten an Kursachsen dd. 17./27. und 18./28. Januar 1623. — Ebenda. Antwort des Convents auf die kais. Proposition dd. 30. Jan. 1623.

**) Sächs. StA. Protokoll des regensburger Convents.

***) Sächs. StA. Castiglione, Pfalz-Simmerscher Gesandter, an den Convent dd. $\frac{18.\ \text{Jan.}}{7.\ \text{Febr.}}$ 1623.

†) Sächs. StA. Kais. Antwort dem Convent gegeben dd. 6. Feb. 1623.

wurden, auf diese Frage antworten kann, wollen wir hier kurz und bündig anführen.

Die Gegner der über den Pfalzgrafen verhängten Acht suchten das Ungesetzliche dieser Massregel dadurch zu beweisen, dass sie sich auf § 39 und § 26 der kaiserlichen Wahlkapitulation beriefen, von denen der erstere bestimmt, dass der Kaiser nicht ohne „Befragung“ der Kurfürsten in einer „wichtigen Sache“ eine Entscheidung treffen und der letztere, dass über keinen Reichsstand die Acht verhängt werden dürfe, bevor er gehört worden sei. Gleichzeitig führten sie auch die reformirte Kammergerichtsordnung vom Jahre 1555 an, in welcher ausdrücklich festgesetzt wurde, dass die Execution erst dann gegen einen Reichsstand vorgenommen werden dürfe, wenn die Acht über ihn zu Recht erkannt worden sei. Dies sei aber bei dem Pfalzgrafen nicht geschehen, der Process sei gegen ihn nicht ordentlich eingeleitet worden, er sei nicht citirt und nicht verhört und folglich nicht ordnungsmässig abgeurtheilt worden. *)

Auf kaiserlicher und bairischer Seite bemühte man sich den Nachweis zu liefern, dass die Bestimmungen der Executions-

*) Der § 39 der kaiserlichen Wahlkapitulation lautet wörtlich also: „Wir sollen und wollen auch allen des heiligen Reichs Churfürsten, Fürsten und Ständen, sowol ihren Botschaften und Abgesandten jederzeit schleunige Audienz und Expedition ertheilen, denselben ihre Lehenbrief und Lehen nach dem vorigen Tenor unweigerlich widerfahren lassen. In wichtigen Sachen, so das Reich betreffen, bald Anfangs der Churfürsten Raths und Bedenkens uns gebrauchen, insonderheit aber unsern geheimen und des Reichs Hofrath mit Fürsten, Grafen, Herrn vom Adel und anderen ehrlichen Leuten nicht allein aus unsern, auch mehrentheils denen, so im Reich teutscher Nation und andern Orten erzogen und geboren, darin begütert, der Reichssachen wol erfahren, gutes Namens und Herkommens seyn, also bestellen, damit männiglich schleunig unpartheiisch justitia administrirt werden möge.“ — Der § 26 der betreffenden Kapitulation lautet: „Wir sollen und wollen auch fürkommen und keineswegs gestatten, dass nun hiefüro Niemand, hohes oder niedriges Standts, Churfürst oder Fürst oder anderer ohne Ursach auch unverhört in die Acht und Aberacht gethan, bracht oder erklärt werde, sondern in solchen ordentlichen Process und des h. römischen Reichs vorauf gesetzte Satzung nach Ausweise des h. römischen Reichs im gemeldtem 55. Jahre reformirten Kammergerichtsordnung und darauf erfolgter Reichsabschied in dem gehalten und vollzogen werde. Doch dem Beschädigten sein Gegenwehr vermög des Landfriedens unabbrüchig.“

ordnung von 1555 auf den gegenwärtigen Fall nicht anwendbar seien und dass es überhaupt überflüssig gewesen sei den Pfalzgrafen, wie der § 26 der Wahlkapitulation vorschreibt, vor der Aechtung zu verhören, indem er vom Kaiser früher verwarnt wurde, der Reichsfriedensbruch, dessen er sich durch die Annahme der böhmischen Krone schuldig gemacht habe, notorisch war und bei einer allfälligen Citation und einem Verhöre des Beschuldigten nichts herausgekommen wäre, was seine Schuld vermindert hätte, abgesehen davon, dass bei notorischem Friedensbruch der Schuldige ipso facto in die Acht verfalle. Gewiss, die Gründe, welche die kaiserliche Partei dafür vorbrachte, dass der Pfalzgraf nicht citirt wurde, lassen sich nicht einfach mit der Bemerkung ablehnen, dass man den Buchstaben des Gesetzes verletzt habe. Hatte der Kaiser einen unbestrittenen Anspruch auf die Krone von Böhmen — und vom rechtlichen Standpunkt konnte das Niemand bestreiten — so war der Pfalzgraf ein notorischer Friedensbrecher, der sich nicht auf den Buchstaben des Gesetzes steifen konnte, wenn der Sinn desselben nicht an ihm verletzt wurde. Man hätte auf kaiserlicher Seite die Nichtcitation des Pfalzgrafen auch damit entschuldigen können, dass er dem Rufe des Kaisers gewiss nicht gefolgt wäre und sich nicht zur Verantwortung gestellt hätte, als er die Krone von Böhmen annahm. Auf alle Fälle hatte aber der Kaiser den § 39 seiner Wahlkapitulation dem Buchstaben und dem Sinne nach verletzt, denn er hatte in einer wichtigen Angelegenheit — und was konnte es wichtigeres geben, als die Aechtung eines Kurfürsten — den Rath der Kurfürsten, nicht eingeholt und war auf diese Weise eigenmächtig vorgegangen.

Dieser Vorwurf wurde selbstverständlich nur von protestantischer Seite und zwar von dem Kurfürsten von Brandenburg erhoben, denn die Katholiken würden ohne viel Widerstreben ihre Zustimmung ertheilt haben. Wenn man aber von brandenburgischer Seite den Kaiser der Verletzung des § 39 seiner Wahlkapitulation anklagte, so musste man doch auch darüber Rede stehen, ob man ihm gegenüber seine Pflicht nicht versäumt habe. Das Reich war verpflichtet den Kaiser als rechtlichen Inhaber der Krone von Böhmen in seinem Besitz zu vertheidigen, statt dessen stand Brandenburg während des ganzen Aufstandes

in den friedlichsten Verhältnissen zu dem Pfalzgrafen, hinderte durch sein moralisches Ansehen, dass sich der obersächsische Kreis dem Kurfürsten von Sachsen anschloss und dem Kaiser Hilfe leistete und handelte überhaupt so, als ob der letztere und sein Besitz ausserhalb des Schutzes der deutschen Reichsverfassung stünden. Wenn die Reichsfürsten dem Kaiser bei der Niederwerfung des österreichischen und böhmischen Aufstandes geholfen hätten, dann hätten sie unstreitig mit Recht fordern dürfen, dass er die Wahlkapitulation in keinem Punkte verletze, diejenigen Fürsten aber, die ihn offen und verdeckt anfeindeten, hatten kein Recht die Einhaltung der Wahlkapitulation zu verlangen, denn sie wurde unter der, wenn nicht ausdrücklichen, so doch stillschweigenden Bedingung beschworen, dass auch das Reich seiner Pflicht eingedenk sein würde. Wenn wir durch Darlegung der bezüglich der Aechtung des Pfalzgrafen sich bekämpfenden Gründe gezeigt zu haben glauben, dass der Kaiser nicht so willkürlich handelte, wie man sonst annahm, so legen wir diesen Rechtsdeductionen dennoch keinen besonderen Werth bei. Wichtige Staatsangelegenheiten lassen sich nicht in der Weise eines gewöhnlichen Privatprocesses entscheiden. So wie ganz Europa im Recht zu sein glaubte, als es den Enkel Ludwigs XIV in der spanischen Succession bekämpfte, trotzdem dass er der wahre Erbe war, da man die Freiheit Europa's höher schätzte, als die Befriedigung verbriefter Erbansprüche, so konnte auch Ferdinand sich über die Einhaltung gewisser Bestimmungen der Executionsordnung hinaussetzen — da sie gewiss nicht in Hinblick auf die letzten erschütternden Ereignisse sondern auf kleine Streitigkeiten und Uebergriffe einzelner Reichsfürsten getroffen worden waren — wenn er seinen Sieg zur Festigung des deutschen Staatswesens ausgebeutet hätte. Dazu war jedoch keine Hoffnung vorhanden: das Volk war im Glauben getheilt, die Parteien feindeten einander mehr an, als dies Völker verschiedener Nationalität zu thun im Stande sind und aus diesem Grunde wollten sie eben so wenig wie die Fürsten von einer gemeinsamen Kaisergewalt etwas wissen. In den oberen und unteren Schichten der Bevölkerung fehlte es also an einem gemeinschaftlichen Interesse, das allein dem Staatswesen Festigkeit gibt und in kritischen Zeiten keinen Zweifel darüber aufkommen

lässt, was die Pflicht jedes Einzelnen ist. Eine neue Ordnung der Dinge hätte sich nur durch eine unübersehbare Reihe von Gewaltmassregeln herstellen lassen, da sie nicht aus der gemeinsamen Einsicht und dem gemeinsamen Bedürfnisse entsprossen und folglich nicht durch sie gefördert worden wäre. Manche Historiker glauben zwar, dass eine Art von Unificirung nahezu erreicht war, als Waldstein mit seinem Heere Deutschland überschwemmte, allein ein zügelloses Heer ohne vollberechtigtes Oberhaupt — da der Kaiser sich um dasselbe nicht kümmerte und Waldstein nur der Führer aber nicht der Herr war — die permanente Unordnung in der wiener Regierung und der stete Bankerot, der sie nicht bloss bedrohte, sondern ununterbrochen begleitete, kann den Verlust von Provinzen, aber nicht die Erweiterung der Herrschaft, kann mit einem Worte die Auflösung eines Staatswesens, aber nicht die Neubegründung eines solchen herbeiführen. Diese Aufgabe, wenn sie gelöst werden sollte, erforderte ein Jahrhundert ununterbrochener Arbeit, eine eiserne Entschlossenheit, strenge Sparsamkeit und pünktliche Pflichterfüllung, Eigenschaften, die den wiener Staatsmännern eben so wie dem gutmütigen und freigebigen Ferdinand abgingen. Als Privatpersonen betrachtet waren sie vielleicht liebenswürdig, aber die Liebenswürdigkeit ist kein Kitt für ein aus den Fugen gegangenes Staatswesen, das neu eingerichtet werden soll.

Auf dem Convente gewannen die Protestanten jetzt die Ueberzeugung, dass der Pfalzgraf nicht mehr zu retten sei und deshalb liessen ihn die kursächsischen Gesandten in Befolgung ihrer Instruction fallen und schlugen in einer Unterredung, die sie mit den brandenburgischen Räthen hatten, vor, dass man sich nur seiner Kinder annehmen solle. Die Brandenburger verwarfen jedoch diesen Ausweg*) und da auch der Kanzler des Landgrafen von Darmstadt erklärte, dass der Kaiser denselben nicht billigen werde, so hatte der ganze Vorschlag kein Resultat und die sächsischen Gesandten verwahrten sich

---

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. $\frac{31.\ \text{Jan.}}{10.\ \text{Feb.}}$ 1623. — Coll. Camerar. in der Münchner Hofbibl.: die kurbrand. Gesandten an die kursächs. dd. 10./20. Feb. 1623.

bei den folgenden Berathungen des Convents einfach gegen die Uebertragung der Kur, so dass sich zwischen ihnen, Brandenburg und Hessen-Darmstadt kein Zwiespalt bei der Abstimmung ergab.*) Als dem Kaiser die zweite Entgegnung des Conventes überreicht werden sollte, bemerkte der Kurfürst von Mainz, dass er diesmal die gegentheiligen Ansichten nicht ausführlich anführen, sondern einfach über das Gutachten der Majorität berichten werde, aber seine Ansicht wurde von dem Landgrafen und den übrigen protestantischen Gesandten bekämpft und er gab insofern nach, als er sich verpflichtete die Verhandlungsprotokolle dem Kaiser zuzuschicken. Schliesslich wurden aber doch auch die drei protestantischen Voten in die dem Kaiser überreichte Antwort eingefügt und so den Ansichten der Minorität Rechnung getragen.**)

Der mainzische Kanzler suchte nun in einer Privatunterredung die sächsischen Räthe für die Katholiken zu gewinnen, allein er gelangte eben so wenig zum Ziele, wie der französische Gesandte, da die Räthe nur ihren Aufträgen folgen konnten.***) Der Widerstand des Kurfürsten von Sachsen, der sich auf diese Weise den brandenburgischen Anschauungen anschloss und die Aechtung des Pfalzgrafen hintanhalten wollte, noch mehr aber die Rüstungen, die um diese Zeit im niedersächsischen Kreise vorgenommen wurden und die gegen die Katholiken verwendet werden konnten, erschreckten den Kaiser und seine Räthe mehr als alle Warnungen des Erzbischofs von Mainz und des Grafen Oñate. Nachdem alle Versuche zur Gewinnung Johann Georgs und alle noch im Monat Januar und Februar an ihn ergangenen Einladungen zum Besuche des Conventes resultatlos geblieben waren und man gegen die von Pfalz-Neuburg vorgebrachten Argumente keine stichhaltige Entgegnung fand, begann man im kaiserlichen Cabinet einer anderen Anschauung Raum zu gönnen. Eggenberg, dem der spanische Gesandte unablässig in den Ohren lag, wagte es zuerst gegen Baiern und Köln mit

1623

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 2./12. Feb. 1623.

**) Ebenda. Relation des Convents auf die kais. Replica dd. 15. Feb. 1623. — Ebenda. Die sächs. Gesandten an den Kurfürsten dd. 3./13. Feb. 1623.

***) Ebenda. Dieselben an denselben dd. 8./18. u. 11./21. Feb. 1623.

der Sprache herauszurücken und ihnen die erbliche Uebertragung der Kur als eine Unmöglichkeit hinzustellen. Diese Mittheilung, 1623 die am 17. oder 18. Februar erfolgte, wurde von Maximilian gewürdigt und nun einigten sich beide Theile über einen Mittelweg, in dem der letztere eine Befriedigung finden sollte, ohne dass die protestantischen Fürsten allzusehr gereizt würden. Diesen Mittelweg sollten die Gesandten von Trier vorschlagen, sobald der Convent sich wieder zu einer Sitzung versammeln würde. Der Kaiser selbst lud die einzelnen Fürsten, namentlich den Kurfürsten von Mainz und den Landgrafen von Darmstadt zu sich ein und besprach sich mit ihnen in dieser Richtung mit solchem Erfolg, dass der letztere die Versicherung abgab, er werde den weiteren Widerstand aufgeben.*)

1623 Als nun der Convent am 21. Februar zusammentrat und diesmal die anwesenden Fürsten persönlich zugegen waren, schlugen die trierer Gesandten entsprechend dem getroffenen Uebereinkommen vor, dass die kurfürstliche Würde dem Herzog von Baiern zwar jetzt zu übertragen sei, dass aber mit dem Pfalzgrafen über seine Aussöhnung verhandelt und zu diesem Behufe ein neuer Convent ausgeschrieben werden solle. Sollte der Friede auch dann nicht zu Stande kommen, so möge das kurfürstliche Collegium darüber urtheilen, ob der Kaiser über die Kur frei verfügen oder sie den Kindern und Agnaten des Pfalzgrafen und wem von ihnen zuerkennen solle, der Herzog von Baiern aber solle sich schriftlich verpflichten, dass er dem Urtheil des kurfürstlichen Collegiums Folge leisten und eventuell auf die kurfürstliche Würde verzichten werde. Da Maximilian seine Zustimmung zu diesem Vorschlag gegeben hatte, so erhob der Kurfürst von Köln keinen Widerspruch, auch die anderen Geistlichen stimmten bei und der Landgraf von Hessen-Darmstadt willigte seinem Versprechen gemäss in den vorgeschlagenen Ausweg unter der Bedingung ein, dass der Kaiser in der Reformation der lutherischen Kirchen Prags innehalten solle. — Von einer andern, wahrscheinlich spanischer Seite war noch ein anderer Vorschlag gemacht worden und zwar der, dass Maximilian nur mit der Administration der Kurwürde

*) Caraffa's Relation.

bis zum Urtheil des künftigen Convents betraut und also eigentlich gar nicht investirt werden solle. Davon wollte aber der Herzog von Baiern nichts wissen: wenn ihm die Kur nicht erblich übertragen würde, so verlangte er zum mindesten, dass sie ihm auf Lebenszeit übertragen werde.*) Der spanische Gesandte versuchte noch im letzten Augenblicke den Herzog zu bewegen, dass er auf die Kur verzichte und erbat sich zu diesem Ende eine Audienz bei ihm, allein er kam so wenig zum Ziele, wie sein Beichtvater, den er aus demselben Grunde an ihn abgeschickt hatte. Oñate rächte sich schliesslich durch einen Witz für die Nichtbefolgung seiner Rathschläge: sein König, sagte er, sei zwar mächtig, aber nicht allmächtig, und das werde man erfahren, wenn man seine Hilfe anflehen werde, um den durch die Uebertragung der Kur heraufbeschworenen Gefahren zu begegnen.**)

Da alle Anstrengungen umsonst waren den Herzog von Baiern zur Herabminderung seiner Ansprüche zu bewegen, so traf der Kaiser dem entsprechend seine letzte Entscheidung und schickte sie am 23. Februar dem Convente zu. Dieses 1623 Schriftstück bot in seinem Inhalte ein treues Bild der Unentschlossenheit, die im kaiserlichen Cabinete herrschte, indem es das Unmögliche, einen Ausgleich zwischen den bairischen und pfälzischen Forderungen versuchte. Ferdinand erklärte, dass er den Pfalzgrafen in Anbetracht „der grossen und unverantwortlichen Verbrechen,“ die er sich zu Schulden kommen liess, durch die Entziehung seiner Kur bestrafen müsse, im übrigen aber den Fürbitten befreundeter Fürsten nachgeben und ihn begnadigen (d. h. in seinen Besitz einsetzen) wolle, wenn der Pfalzgraf sich zur „schuldigen Humiliation und Deprecation verstehen und von allen Machinationen“ ablassen würde. Ja nicht genug mit diesem Versprechen, dessen Einhaltung der Kaiser jedenfalls mit Oberösterreich hätte bezahlen müssen, da er es nie ausgelöst hätte, zu dessen Ertheilung ihn jedoch die Haltung Spaniens und Sachsens und die Rüstungen im nieder-

---

*) Simancas. Oñate an Philipp IV dd. 22. und 23. Feb. 1623.

**) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn dd. 16./26. Feb. 1623. — Coll. Camerar. Löwenberg an ? dd. 15./25. Feb. 1623.

sächsischen Kreise nöthigten, erklärte er, dass er die Ansprüche der Kinder und Agnaten des Pfalzgrafen auf die Kur untersuchen und zu diesem Ende eine gütliche Handlung mit dem Könige von England an einem bestimmten Orte pflegen oder, falls diese zu keinem Resultat führen würde, die Kurfürsten berufen werde, um mit ihrem Rathe eine endgiltige Entscheidung zu treffen. Seine Worte lauteten fast so, als ob er gegen die Wiedereinsetzung der pfalzgräflichen Kinder in die Kur keine Einwendung erheben, als ob er die Hand gern zum Frieden bieten würde und wir glauben fast, dass er selbst auf die Gefahr Oberösterreich zu verlieren dazu bereit war, wenn der Friede wirklich zu erreichen war und er von seinen Gegnern nicht besorgen musste, dass sie ihn hinterlistig wieder angreifen würden. Die Schlussbestimmung, dass er die Kur auf Maximilian für Lebenszeit übertrage, hatte bei dem übrigen Inhalte des Schriftstückes nichts herausforderndes und würde in Deutschland vielleicht Anklang gefunden haben, wenn die Fürsten nicht durch die Religion getrennt gewesen wären und wenn — was noch mehr in die Wagschale fiel — sie nicht unbedingt jede Uebung der kaiserlichen Gewalt verworfen hätten.

Die Protestanten gaben deshalb auf die Versprechungen des Kaisers nicht viel und seine verheissungsvollen Worte machten auf sie nicht den gewünschten Eindruck, aber auch das Vertrauen der minder feindlich Gesinnten würde vollends geschwunden sein, wenn sie Kenntniss von einem Dokument erhalten hätten, das Tags darauf zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Baiern vereinbart wurde und darauf berechnet war, den letzteren wegen seiner getäuschten Hoffnung in etwas zu entschädigen. Der Kaiser erklärte in demselben, dass er nur wegen der von Sachsen und Brandenburg erhobenen Opposition und um des Königs von England willen ihm die Investitur nicht in der Form der schriftlichen Zusage vom 22. September 1621 ertheile (in der die Kur auf Maximilian erblich übertragen wurde), und dass, wenn jener Schiedspruch des kurfürstlichen Collegiums nicht bei Lebzeiten Maximilians erfolge, seine Brüder in seine Rechte treten sollten. Sollte der Schiedspruch gegen den Pfalzgrafen lauten, so würden die Zusagen vom 22. September 1621 einfach in Kraft treten; würde er zu Gunsten des Pfalz-

24. Febr. 1623

grafen ausfallen, dann verpflichtete sich der Kaiser den Herzog für seine Lebenszeit im Besitze der Kur zu lassen. Für den Fall als der Schiedspruch zu Gunsten der Agnaten lauten sollte, erklärte der Kaiser, dass er sich an denselben nicht halten sondern thun werde, was dem Rechte und der Billigkeit entspräche.*)

Der Kaiser bestimmte den 25. Februar zur Vornahme der Investitur. Eingeladen wurden zu diesem Akte alle Mitglieder des Deputationstages und alle fremden Gesandten, aber weder die einen noch die andern erschienen vollzählig, denn ausser dem spanischen Gesandten fehlten die Vertreter von Sachsen und Brandenburg. Anwesend waren dagegen der Landgraf von Hessen-Darmstadt mit seinem Sohne, weil er „zu der Investitur von dem Kaiser befohlen worden sei", und er diesen Befehl „wegen seiner Privatsachen" nicht habe unberücksichtigt lassen können.**) Von den fremden Gesandten fand sich ausser andern auch der Nuncius ein, dagegen wird uns von der Anwesenheit des französischen Residenten am Kaiserhofe, Baugy, nichts berichtet. P. Hyacinth hielt am Morgen in der städtischen Kapuzinerkirche in Gegenwart des Kaisers und des Herzogs von Baiern eine Predigt, in der er die Uebertragung der Kur als einen katholischen Sieg pries und seine Zuhörer aufforderte, sich um keine Gegenallianzen zu kümmern, sondern allein auf die Befestigung der katholischen Kirche bedacht zu sein. 1623

Herzog Maximilian bereitete sich auf die bevorstehende Handlung durch Anhörung dreier Messen vor und verfügte sich darauf zu Wagen in die Bischofsburg, begleitet von seinen beiden Brüdern, dem Kurfürsten von Köln und dem Herzog Albrecht, der am frühen Morgen angekommen war. Er trat nicht gleich in den Saal, wo er vom Kaiser belehnt werden sollte, sondern harrte in dem Vorzimmer, bis er gerufen würde. Bevor die Handlung ihren Anfang nahm, erschien der Pfalzgraf von Neuburg in der Bischofsburg und verlangte Audienz bei dem Kaiser, um gegen die Verleihung der Kur zu protestiren. Die Audienz wurde ihm versagt, worauf er sich in dem Vorsaale

*) Wiener StA. Kais. Erklärung dd. 24. Feb. 1623.

**) Sächs. StA. Protokoll des regensburger Convents dd. 15./25. Feb. 1623.

gegen die kaiserlichen Geheimräthe bitter über das ihm widerfahrene Unrecht beschwerte und auf die früheren kaiserlichen Versprechungen hinwies.*) Es heisst, dass er bei der Belehnung Maximilians öffentlich habe widersprechen wollen, dass er aber auf das Zureden seines Kanzlers davon abliess, jedenfalls entfernte er sich noch vor Beginn der Handlung.**) In dem Rittersaale, wo die feierliche Investitur vorgenommen werden sollte und wo sich mittlerweile die Kurfürsten von Mainz und Köln, der Landgraf von Darmstadt und andere hochgestellte Gäste versammelt hatten und ein glänzender Thron aufgestellt war, trieben indessen zwei Zwerge und zwei Hofnarren allerlei Schabernack, bis der Eintritt des Kaisers, der in Begleitung eines zahlreichen Gefolges um die eilfte Vormittagsstunde seinen Einzug hielt, diesem Treiben ein Ende machte.

Die feierliche Handlung begann damit, dass der Reichsvicekanzler Freiherr von Ulm das Wort ergriff und darlegte, wie der gewesene Kurfürst und Pfalzgraf Friedrich durch seine Verbrechen die Kur verwirkt und wie der Herzog Maximilian dem Kaiser in seiner Noth treu beigestanden habe und von ihm deshalb mit der Uebertragung der Kur belohnt werden solle. Die im Saale anwesenden Vertreter des Herzogs von Baiern, der Oberstkämmerer Graf Johann von Hohenzollern, der Hofmarschall Graf Egon von Fürstenberg und der Freiherr von Preising, wurden nun aufgefordert ihrem Herrn die Anzeige hievon zu machen, was sie in Begleitung des Reichserbmarschalls Grafen von Pappenheim thaten. Nach einigen Augenblicken kehrten sie zurück und berichteten, dass der Herzog erbötig sei die Kur anzunehmen, worauf der Vicekanzler erwiderte, dass in diesem Falle der Kaiser die Investitur ertheilen wolle. Nun erschien der Herzog selbst geleitet von dem Erzbischof von Salzburg und seinem Bruder Albrecht und beugte vor dem Kaiser drei Mal das Knie. Der Reichsvicekanzler hielt abermals eine Ansprache, die der Herzog unter Versicherung seiner steten Dankbarkeit und Treue beantwortete, worauf er unter den üblichen Ceremonien vom Kaiser mit der Kur investirt wurde.

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn dd. 16./26. Feb. 1623.
**) Berliner StA. Die kurbrand. Gesandten an ihren Herrn dd. 18./28. Feb. 1623.

Der Kaiser unterhielt sich nun mit dem neuen Kurfürsten durch längere Zeit, ohne dass Jemand die gesprochenen Worte verstehen konnte, so „heimlich“ wurde das Gespräch geführt und als diese Unterhaltung zu Ende war, traten die andern Fürsten zu Maximilian und beglückwünschten ihn. Damit nahm die feierliche Handlung nach einstündiger Dauer ihr Ende. Ihr folgte ein Banket und am Schlusse desselben wurde der Kaiser in einer Weise bedient, die an die glänzendsten Tage des Mittelalters erinnerte, der neue Kurfürst reichte ihm nämlich in Gemeinschaft mit den beiden Landgrafen von Hessen-Darmstadt das Wasser und das Handtuch. *)

So war der sehnliche Wunsch des Herzogs von Baiern erfüllt; er hatte über alle Schwierigkeiten gesiegt und den Kaiser sogar veranlasst auf den Widerspruch Spaniens keine Rücksicht zu nehmen. Zwar hatte er noch nicht völlig erlangt, was sein Herz begehrte, die Kurwürde war ihm nicht erblich übertragen worden und ebenso wenig die Länder des vertriebenen Pfalzgrafen, allein er schrak vor den zu bewältigenden Schwierigkeiten nicht zurück; langsam und vorsichtig entfernte er ein Hinderniss nach dem andern und fand hiebei an der Ueberstürztheit und Unvernunft des Pfalzgrafen den besten Bundesgenossen.**) Seine Einnahmen würden für die Durchführung so grosser Pläne nicht hingereicht haben, allein er hatte sich die Einkünfte der deutschen Bischöfe dienstbar gemacht, wie nie zuvor ein Kaiser. Die Bischöfe sahen ihn als denjenigen an, der sie vor dem

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 15./25. Feb 1623. — Khevenhiller Annales X, 62. Die brandenburgischen Gesandten, die bei diesem Akt nicht zugegen, aber jedenfalls über die Vorgänge dabei gut informirt waren, berichten, dass der Herzog von Baiern sich ausdrücklich dafür bedankt habe, dass der Kaiser ihm mit der Kur auch die „zugehörigen Länder und Leute mit verliehen habe,“ obwohl der Reichsvicekanzler bei seinem Vortrage derselben „nicht erwähnt habe.“ Was von dieser Angabe zu halten ist, wissen wir nicht mit Bestimmtheit anzugeben, wir glauben aber nicht, dass sie richtig ist, da sie anderweitig nicht bestätigt wird und der Herzog Maximilian sich wohl nicht einbilden konnte, dass er durch eine derartige Ueberlistung das Ziel seiner Wünsche, den Besitz der Ober- u. Unterpfalz, erreichen werde. Berliner StA. Die kurbrand. Gesandten an ihren Herrn dd. 18./28. Feb. 1623.

**) Khevenhiller Annales X, 70.

drohenden Untergange gerettet hatte und allein weiter beschützen konnte und bewilligten ihm deshalb ohne Schwierigkeit die Mittel zur Instandhaltung des Heeres, dessen Commando er einem fähigen General übertragen hatte. Wenn der Kurfürst von Mainz seine Bedenken gegen Maximilian nicht überwinden konnte, so half es ihm nichts, er wurde durch seine Collegen niedergestimmt, denn Maximilian galt in ihren Augen und sogar in denen der römischen Kurie als ein Staatsmann von hervorragenden Fähigkeiten, dem in allen Ländern diesseits der Alpen keiner gleichkomme. Man war überzeugt, dass er seine ganze Kraft und Macht für die Aufrechthaltung des herkömmlichen, auf das Wohl der Fürsten und der Bischöfe berechneten Zustandes einsetzen werde und dass, wenn er je eine Aenderung begünstigte, dies nur zu Gunsten der katholischen Kirche der Fall sein würde. Auch bei dem Kaiser fiel sein Wort und sein Urtheil in die Wagschale; alte Studienerinnerungen, Verwandtschaft und Dankbarkeit für die bewerkstelligte Rettung, Achtung vor dem nüchternen und klaren Verstande des Herzogs und namentlich vor seiner finanziellen Ordnung bewirkten, dass Ferdinand sich seinen Rathschlägen unterordnete. Bei dieser Sachlage konnte Maximilian sicher sein, dass sich die Schwierigkeiten gegen die Durchführung seiner Wünsche nur auf protestantischer Seite erheben und sich deshalb beseitigen lassen würden, denn Spanien hoffte er mit Hilfe des Kaisers sich doch noch dienstbar zu machen.

Auch nach vollzogener Investitur hörte der Pfalzgraf von Neuburg mit seinen Klagen nicht auf, ja er gab seinem Unwillen einen noch drastischeren Ausdruck und schimpfte bei Gelegenheit eines Besuches, den die Gesandten des Pfalzgrafen Ludwig Philipp ihm abstatteten, in der gröbsten Weise über den Kaiser. Das, was in der jüngsten Resolution von den Ansprüchen der Kinder und Agnaten auf die Kur und von der Untersuchung ihrer Rechte versprochen worden sei, seien „lauter Lügen“ und er könne sich nicht genug wundern, dass man „auch ihm, einem katholischen Fürsten“ etwas derartiges bieten dürfe.*) Zu welchen Winkelzügen, Lügen und Ausflüchten die Angelegenheit der Kur noch

*) Berliner StA. Die brandenb. Gesandten an ihren Herrn dd. 18./28. Feb. 1623.

führen musste, davon gibt das Dokument Zeugniss, das Ferdinand fünf Wochen nach der Investitur dem Pfalzgrafen von Neuburg auf dessen unaufhörliche Klagen ausstellte und das mit der, dem Herzog Maximilian am 24. Februar ertheilten Zusage ebenso im 1623 Widerspruche stand, wie diese Zusage mit der Tags vorher dem Convent abgegebenen Erklärung. In der dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm ausgestellten Urkunde versprach der Kaiser, dass er ihn und seine Erben mit der Kur und den dazu gehörigen Ländern oder einem Theil derselben nach dem Tode Maximilians belehnen werde, falls durch späteres Erkenntniss des kurfürstlichen Collegiums Friedrich und seine Nachkommen der Kur entkleidet würden. Für den Fall, dass die Kinder Friedrichs in die früheren Rechte eingesetzt würden, sollte der Pfalzgraf von Neuburg wieder die nächste Anwartschaft auf die pfälzische Kur besitzen, falls die Linie Friedrichs IV aussterben sollte. Wie wenig Wolfgang Wilhelm diesen Versprechungen traute, geht daraus hervor, dass er sich in demselben Dokumente auch das Versprechen geben liess, dass er die nächsten Anrechte auf die Kur nach Maximilian von Baiern und dessen Erben haben solle, im Falle der letztere in den erblichen Besitz der Kur gelangen würde.*)

Der Kurfürst von Mainz söhnte sich endlich mit der Uebertragung der Kur völlig aus und erbat sich vom Kaiser einige Theile der unteren Pfalz, welchem Beispiele der Landgraf von Darmstadt folgte. Oñate protestirte vor Eggenberg gegen diesen Schacher, indem er die Frage aufwarf, in welcher Weise man sich mit dem Pfalzgrafen aussöhnen wolle, wenn man ihm auch die Unterpfalz nehme. Als man in Rom von der Haltung Oñate's Kenntniss erhielt, war man darüber erbittert; der Kardinal Ludovisio beschuldigte die Spanier, dass sie sich in ihrer Politik nur von Gewinnsucht leiten liessen, ein Vorwurf, der nicht begründet war, denn wenn Philipp IV dem drohenden Kriege mit England und der Gefährdung des spanischen Handels ausweichen wollte, so war dies auch vom katholischen Standpunkte aus nicht blosser Egoismus. Maximilian glaubte sich dem Papste

*) Sächs. St.A. Kais. Bewilligung wegen der Anwartschaft auf die Kurpfalz gegeben dem Pfalzgrafen von Neuburg dd. 30. März 1623.

für den Eifer, mit dem er seine Interessen gefördert hatte, zum grössten Dank verpflichtet und sorgte deshalb dafür, dass ihm die Nachricht von der vollzogenen Investitur sobald als möglich überbracht wurde: auf der Gasse hielt ein Reiter, der nach Vollzug des feierlichen Aktes sich alsbald auf den Weg nach Rom begab. In der That hatte Gregor diese Aufmerksamkeit verdient, denn er hatte es an Versprechungen nicht fehlen lassen, um den Kaiser zu diesem Schritte zu bewegen. In dem Dankschreiben, das Maximilian an ihn richtete, überfloss er von feurigen Versicherungen, er erklärte, dass Gregor nicht etwa bloss die Uebertragung der kurfürstlichen Würde gefördert, sondern sie geradezu bewirkt habe.*)

Für den Kaiser hatte die Befriedigung Maximilians zunächst den Gewinn, dass der letztere endlich mit seiner Rechnung über die Kriegskosten herausrückte, so dass einige Wochen später in Prag eine Uebereinkunft wegen der Bezahlung getroffen werden konnte. Darnach beliefen sich dieselben auf 12 Millionen Gulden, die zur einen Hälfte auf Oberösterreich, zur andern auf die Oberpfalz versichert wurden und zu deren fünfperzentiger Verzinsung sich der Kaiser bis zur vollständigen Rückzahlung verpflichtete.**)

28. April 1623

Dem Kaiser und seinen katholischen Freunden lag nun vor allen Dingen daran, Spanien in der alten Allianz festzuhalten und den Widerspruch daselbst zu beschwichtigen, um der Hilfe Philipps, im Falle der Krieg in Deutschland wieder ausbrechen sollte, gewiss zu sein. Bevor man in Madrid von der in Regensburg vollzogenen Investitur Kunde erlangte, hatte Olivares

*) Max. an den Papst bei Khevenhiller Annales X. 72. — Sächs. StA. die sächsischen Gesandten an ihren Herrn dd. 16./26. Febr. 1623.

**) Hurter IX, 205. Wir haben diese Urkunde, über die Hurter berichtet, nicht gefunden, zweifeln aber nicht im geringsten an ihrer Richtigkeit. Aus dem von Hurter angegebenen Inhalte schliessen wir, dass der Kaiser dem neuen Kurfürsten nicht bloss die gegen Böhmen geleistete Hilfe bezahlen musste, sondern auch die gegen die obere und untere Pfalz geführte Execution und dass die Pfandsumme, die auf Oberösterreich versichert wurde, die Kosten repräsentirte, die Maximilian für die gegen Böhmen geleistete Hilfe in Rechnung brachte, während die auf die Oberpfalz versicherte Summe die Kosten der Execution gegen die Pfalz repräsentirt.

dem Grafen Khevenhiller weitere Mittheilungen gemacht, auf welcher Grundlage man den Frieden in Deutschland herstellen wolle. Ausser dem Vorschlag dass der Pfalzgraf, wie wir schon früher erwähnten, seinen ältesten Sohn nach Wien schicken und unter der Aufsicht des Kaisers erziehen lassen und später seine Heirat mit dessen jüngeren Tochter zugeben sollte, wollte man dass Maximilian die Kur auf Lebenszeit erhalte und später die bairische Linie mit der pfälzischen in ihrem Besitze alternire.*) Als Khevenhiller hierüber nach Hause berichtete, wurde auch die Infantin Isabella von diesem Plane verständigt und sie ersuchte den Grafen Oñate um dessen Befürwortung bei dem Kaiser. Der Graf kam dem Auftrage nach, verbesserte ihn aber auf eigene Verantwortung, weil er dessen sonstige Verwerfung voraussah. Er schlug vor, dass der Pfalzgraf nicht bloss seinen Sohn zur Erziehung hergebe, sondern sich auch zur Zahlung einer Summe von sechs Millionen Gulden an den Kaiser verpflichte, mit welcher Summe dieser Oesterreich auslösen könnte. Die Kur sollte Maximilian verbleiben, nach seinem Tode aber auf die pfälzische Linie zurückfallen, die ohne weiteres Zögern in den Besitz der unteren Pfalz eingesetzt werden sollte, wogegen sie die Oberpfalz erst dann erhalten würde, wenn sie mit sechs Millionen ausgelöst würde. Eggenberg, dem Oñate diesen Vorschlag mittheilte, machte Schwierigkeiten ihn dem Kaiser mitzutheilen, da er auf diese Weise auf die Auslösung der Lausitz hätte verzichten müssen.**) Nichtsdestoweniger berichtete er hierüber an Ferdinand, in dessen Rath der Vorschlag trotz der Zustimmung von Kurmainz verworfen wurde.

Bei diesen auf die Begnadigung des Pfalzgrafen gerichteten Anstrengungen Spaniens sollte man erwarten, dass die Anzeige des Kaisers von der vollzogenen Investitur daselbst einen steigenden Unwillen hervorrufen werde. Dies war jedoch nicht der Fall, in Madrid hatte man schon vor erhaltener Nachricht die Meinung gewechselt, als man in Erfahrung brachte, dass sich der

*) Simancas. Summario de las cartas del conde de Oñate dd. 9. u. 15. Marzo 1623. — Khevenhiller, Annales X, 78.

**) Simancas. Tres cartas del conde de Oñate de 24. de Abril, 15. y 31. de Mayo 1623.

Herzog von Baiern um die Zustimmung Frankreichs für die Uebertragung der Kur bewerbe und glaubte, dass auch der Kaiser seine Hand dabei im Spiele habe. Man empfand es bitter, dass Maximilian dem Könige von Frankreich und nicht dem von Spanien für die Erhöhung seiner Würde dankbar sein solle; Olivares erklärte deshalb gegen Khevenhiller, dass man dem Herzog die Kur gönne und dass man nur wegen der sich aufthürmenden Schwierigkeiten einige Bedenken erhoben habe. Als das kaiserliche Schreiben nun in Spanien anlangte,*) musste es um so beschwichtigender wirken, da der Kaiser nicht offen mittheilte, welche Verpflichtungen er gegen Baiern eingegangen war, sondern gegen Philipp IV dieselbe Sprache führte wie gegen den Convent. Auch seinem Vetter gegenüber behauptete er, dass er Maximilian nur vorläufig mit der Kur bekleidet habe und es der Entscheidung des künftigen Kurfürstenconvents überlasse, was dieser bezüglich der pfalzgräflichen Kinder und der Agnaten bestimmen werde. Dass Maximilian in den erblichen Besitz der Kur treten solle, im Falle das Urtheil zu Gunsten der Agnaten ausfallen würde, davon war in dieser Zuschrift nichts zu lesen. Trotzdem billigte Philipp nicht ausdrücklich die von dem Kaiser getroffene Massregel, weil mittlerweile der Prinz von Wales nach Madrid gekommen war und die Verhandlungen damit in eine Phase traten, über die wir später berichten werden.

Durch die Uebertragung der Kur an Maximilian von Baiern hatte der Kaiser seiner Dankbarkeit gegen seinen Vetter und Bundesgenossen Ausdruck gegeben, auch seine anderen Freunde und Diener gingen nicht leer aus und wurden entweder schon früher oder jetzt für ihre Leistungen belohnt. Slawata, Martinic und Sternberg wurden im Jahre 1621 in den Grafenstand erhoben und der Fürst von Liechtenstein mit Jägerndorf, das dem Markgrafen Johann Georg entzogen worden war, belehnt. Jetzt in Regensburg ertheilte der Kaiser dem Herrn von Eggenberg und den Grafen von Hohenzollern und Salm den Reichsfürstentitel und einige Monate später wurde dieselbe Auszeichnung dem Obersten Albrecht von Waldstein zu Theil. Dass sich an diese

**) Wiener StA. Khevenhiller an Eggenberg dd. 14. März 1623.

Standeserhöhungen später grosse Geschenke für einzelne der Ausgezeichneten knüpften und dass solche auch anderen bewährten Dienern zu Theil wurden, ist bei der Freigebigkeit des Kaisers selbstverständlich. Auch Tilly sollte in den Fürstenstand erhoben werden, er dankte jedoch für diese Auszeichnung, weil er nicht verheiratet sei und begnügte sich mit den ihm vom Kaiser angebotenen 100.000 Thalern, zu denen die Liga noch 20.000 Thaler beifügte. Einzelne Fürsten zeichneten ihn durch besonders werthvolle Geschenke aus, so verehrte ihm der Kurfürst von Köln eine goldene Kette, der Erzbischof von Salzburg eine „Feldtruhe," die prachtvoll mit Silber ausgeschmückt und an 2000 Thaler werth war; der sparsame Herzog Maximilian schenkte seinem genügsamen General ein schönes Pferd.*)

Auch den Landgrafen Ludwig von Darmstadt musste man von kaiserlicher Seite für seine treuen Dienste zu belohnen suchen. Es bot sich hiezu der passendste Anlass, wenn man in den seit Jahren zwischen ihm und seinem kasseler Vetter bei dem Reichshofrath schwebenden Prozess ein Urtheil zu seinen Gunsten fällte. Landgraf Ludwig von Marburg, der im Jahre 1601 starb, hatte in seinem Testamente angeordnet, dass sein kasseler und darmstädter Vetter sich in seine Besitzungen theilen sollten, jeden einzelnen aber hatte er verpflichtet, an der augsburger Confession in dem erworbenen Gebiete festzuhalten, widrigenfalls er zu Gunsten des anderen des Erbes verlustig gehen sollte. Der Landgraf Moritz von Kassel wollte nun dem Testamente gemäss die Theilung vornehmen, Ludwig von Darmstadt behauptete jedoch, dass das Testament den kaiserlichen Rechten, so wie dem grossväterlichen Testamente zuwider sei und verlangte, dass über diese seine Einwendungen zuerst entschieden werde, bevor man an die Theilung gehe. Man einigte sich vorläufig dahin, diese Angelegenheit einem Schiedsgericht, bestehend aus den Landständen der betreffenden Provinz und aus einigen kasseler und darmstädter Räthen, zu übergeben, und dieses Schiedsgericht bestimmte, dass die beiden

*) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 12./22. Febr. 1623. Prager erzb. A. Der Erzbischof Lohel an die Grafen von Slawata und Martinic dd. 29. Juni 1621.

Erben gleichmässig in den Besitz einzuführen seien und wies namentlich dem Landgrafen von Kassel die Stadt Marburg zu. Obwohl Ludwig ebenso wie sein Vetter in dem ihm zugetheilten Gebiete die Huldigung annahm, gab er sich mit dem Urtheile doch nicht zufrieden, sondern appellirte an den Reichshofrath. Moritz lehnte dessen Entscheidung ab, aber Kaiser Mathias wies auf dem Reichstage von Regensburg im Jahre 1613 diese Ablehnung zurück und forderte ihn auf, seinem Vetter zu Recht zu stehen. In dem nun anhängig gewordenen Prozesse sprach Ludwig drei Viertel der marburgischen Hinterlassenschaft an, aber es vergingen Jahre, ohne dass man in Wien das Urtheil fällte, erst jetzt erfolgte dasselbe auf dem Deputationstage von Regensburg, nachdem der Kaiser das Gutachten der drei geistlichen Kurfürsten und Maximilians von Baiern eingeholt hatte. Dem Landgrafen Ludwig wurde die ganze Erbschaft zugesprochen und Moritz von Kassel zum Ersatz der sämmtlichen Einkünfte verurtheilt, seit er im Widerspruch mit dem Testamente in den erworbenen Besitzungen die augsburger Confession zu Gunsten des Calvinismus unterdrückt habe. Mit dieser hauptsächlich in ihrem Schlusssatz für den Landgrafen Moritz harten Entscheidung glaubte sich Ludwig für die geleisteten Dienste nicht genugsam belohnt, er verlangte noch die Zuweisung einiger unterpfälzischen Gebietstheile und einiger den Grafen Isenburg, Solms und Löwenstein gehöriger Güter. Da die genannten Grafen durch ihre Verbindung mit dem Pfalzgrafen die kaiserliche Rache auf sich herabbeschworen hatten, so drang der Landgraf mit seinem Gesuche durch und es wurde ihm provisorisch der Nutzgenuss der betreffenden Besitzungen zuerkannt.*)

Als Ergänzung unseres Berichtes über die marburger Streitsache wollen wir hier auch das kaiserliche Urtheil in dem badnischen Erbstreit zwischen dem Markgrafen von Baden-Durlach und den Kindern des Markgrafen Eduard Fortunat von Baden-Baden anführen. Die Feindseligkeit des Durlachers hatte die wiener Regierung auf das äusserste gereizt und obwohl er

*) Rommel, Geschichte von Hessen, VI. — Häberlin-Seckenberg XXII und XXV. — Wiener StA. Entscheidung bezüglich des Landgrafen von Hessen-Darmstadt dd. 28. März 1623.

durch die Abdankung zu Gunsten seines Sohnes Friedrich ihrer Rache entrückt war, so wollte man diese wenigstens an dem Sohne üben und fällte deshalb schon vor der Eröffnung des Deputationstages in dem Erbstreite das Endurtheil. Auf die Unebenbürtigkeit der Ehe des Markgrafen Eduard Fortunat wurde keine Rücksicht genommen, der Reichshofrath erklärte dessen Sohn für erbberechtigt und verurtheilte den Markgrafen Friedrich zur Auslieferung des fraglichen Erbtheiles und zum Ersatz der erhobenen Einkünfte. Die Protestanten glaubten dieses Urtheil dem Umstande zuschreiben zu dürfen, dass die Kinder des Markgrafen Fortunat katholisch waren und dass man durch die Entscheidung zu ihren Gunsten ein Gebiet für die Gegenreformation gewinnen wollte. Mit dieser Erklärung waren sie allerdings nicht im Unrecht.

An und für sich liess sich sowohl in der badnischen Streitfrage, wie in dem marburger Erbprozesse das kaiserliche Urtheil durch manche juristischen Gründe stützen, jedenfalls lag das Recht der verurtheilten Parteien nicht offen vor und würden vielleicht unparteiische Richter nicht ohne Bedenken eine Entscheidung für oder gegen getroffen haben. Allein dass die Entscheidung zwanzig Jahre auf sich warten liess und zu Gunsten der Katholiken und ihrer Anhänger gerade in dem Augenblicke erfolgte, wo man sich von jeder Rücksicht gegen die Gegner entbunden fühlte, klebte dem Urtheil den Mackel der Parteilichkeit an und brachte den Reichshofrath bei den Gegnern — wenn es dessen noch bedurft hätte — um den letzten Rest des Ansehens.

Auch in Betreff der Mutter und des Bruders des Winterkönigs wurde in Regensburg ein Urtheil gefällt. Wir haben erzählt, dass bei Gelegenheit der gegen den Pfalzgrafen geführten Execution das Witthum seiner Mutter und der Besitz seines jüngeren Bruders Ludwig Philipp mit Beschlag belegt und ihnen die Einkünfte entzogen wurden. Da die Beraubten deshalb beim Reichshofrath klagten und die Wiedereinsetzung in ihren Besitz verlangten, war diese Klage Gegenstand einer Berathung in Regensburg und der Reichshofrath beschloss zuletzt, von der Pfalzgräfin die Vorweisung ihres Ehevertrages zu verlangen, um aus demselben zu ersehen, worauf sie Anspruch

habe; bezüglich ihres Sohnes wurde eine Untersuchung angeordnet, die erweisen sollte, ob er sich an dem Aufstande in Böhmen betheiligt habe oder nicht.*) Zwei Monate später hatte man die Ueberzeugung erlangt, dass Ludwig Philipp sich an dem Kriege in Böhmen nicht betheiligt habe und so gab der Reichshofrath sein Gutachten dahin ab, dass der Kaiser dem Marques Spinola den Befehl geben möge, die Pfalzgräfin in den Nutzgenuss (nicht in das Eigenthum) von Lautern, und ihren Sohn in den des Fürstenthums Simmern zu setzen. Der Kaiser entschied, dass beide Kläger das Original des Testaments Friedrichs IV dem Kurfürsten von Mainz und dem Landgrafen von Darmstadt vorweisen sollten, worauf sie dann in ihr Eigenthum zuzulassen seien, mittlerweile trug er dem Marques Spinola auf, ihnen den Nutzgenuss des betreffenden Gebietes einzuräumen.**) Wir werden später erzählen, wie wenig dieses Urtheil der Mutter und ihrem Sohne frommte.

Wir können unsern Bericht über die kaiserlichen Gnadenbezeugungen und sonstigen Urtheile nicht schliessen, ohne des Schicksals des mit dem Pfalzgrafen gleichzeitig geächteten Fürsten von Anhalt und des Grafen von Hohenlohe Erwähnung zu thun, da man sich in Regensburg auch mit ihnen beschäftigte.

Christian von Anhalt hatte sich zum letztenmal auf dem Convent von Segeberg für den Pfalzgrafen verwendet, allein die Haltung Jakobs von England, so wie die Auflösung der Union weckten in ihm die Ueberzeugung von der Vergeblichkeit eines längeren Widerstandes gegen den Kaiser. Er hatte von Segeberg seinen ehemaligen Herrn nicht nach dem Haag begleitet, sondern sich nach Stade begeben und dort erwogen, was er thun, ob er den Kaiser um Gnade anflehen solle oder nicht. That er das erstere, so brandmarkte er seine ganze Vergangenheit: er war die Seele aller seit dem Beginne des Jahrhunderts gegen die Habsburger und die Katholiken gerichteten Bewegungen gewesen, seine steten Aufhetzungen und Versprechungen gaben Männern wie Thurn, Ruppa und anderen

*) Wiener StA. Gutachten des Reichshofrathes dd. 15. Dec. 1622.

**) Wiener StA. Gutachten des Reichshofraths dd. 9. März 1623. — Sächs. StA. Kaiserliche Entscheidung dd. 24. März 1623.

die nöthige Entschlossenheit zu der verhängnissvollen That, die den böhmischen Aufstand im Gefolge hatte, und nun sollte er bittend sich dem Kaiser nahen, sich entschuldigen und Andere beschuldigen und alles dies, um sein Besitzthum zu retten, während tausend und aber tausend reicher Edelleute und Bürger durch seine Schuld am Hungertuche nagten? Seine Familie bestürmte ihn aber mit Bitten sich in das Unvermeidliche zu fügen und so gab er, offenbar nach hartem Seelenkampfe nach. An den Kaiser richtete er ein Schreiben, dessen Inhalt man mit seiner Lage entschuldigen, aber nicht rechtfertigen kann, denn indem er ihn um Gnade anfleht, behauptet er bei dem „vergangenen Unheil kein Anfänger oder Stifter gewesen, sondern „gar langsam in dasselbe verwickelt worden zu sein, auch „habe er sich nicht aus böser Affection wider den Kaiser, den „er als seine hohe Obrigkeit stets respektire, in die böhmischen „Angelegenheiten eingelassen, sondern aus Neigung zu dem „evangelischen Wesen, dessen hohe Noth von den böhmischen „Ständen geklagt worden sei und wegen der Treue, zu der er „gegen den Kurfürsten von der Pfalz seit vielen Jahren her „verbunden gewesen sei.“ Während seines Generalats habe er es mehr auf den Frieden abgesehen gehabt und nie zum äussersten kommen lassen wollen und nach der erlittenen Niederlage den „neuerwählten König“ Friedrich zum „Accomodament zu disponiren“ geholfen. *) — Nachdem sich Anhalt zu diesem Schreiben entschlossen hatte, bat er einige Tage später seine Frau, die Aussöhnung um jeden Preis zu betreiben und in seinem Namen zu versprechen, dass er jede Verbindung mit seinen bisherigen Freunden aufgeben und drei Jahre, oder so lange es der Kaiser wolle, ausserhalb Deutschlands zubringen werde. Seine Frau hatte bei der Uebersendung des an den Kaiser gerichteten Briefes ihre Bitten mit denen ihres Gemahls vereint, indem sie zugleich ausdrücklich erklärte, dass sie seine Verbrechen nicht entschuldigen wolle. **)

Der Brief Anhalts und seiner Frau wurde zunächst an

---

*) Bernburger Archiv. Anhalt an den Kaiser dd. 2./12. Juni 1621; bei Londorp ist das Datum fälschlich mit dem 2. Juli angegeben.

**) Bernburger Archiv. Anna von Anhalt an Ferdinand II dd. 11./21. Juni 1621.

ihren damals in Wiener-Neustadt in Gefangenschaft befindlichen Sohn überschickt und von diesem an den Kaiser geleitet und beiden Briefen zugleich die Intercessionsschreiben einiger deutschen Fürsten (der beiden Herzoge von Braunschweig und Lüneburg, des Landgrafen von Darmstadt und der übrigen Fürsten von Anhalt) beigelegt und allem diesem folgte noch ein Gesuch des jungen Christian um die eigene Begnadigung. Da mittlerweile von dem Grafen Hohenlohe ein gleiches Gesuch eingelaufen war, so erstattete der Reichshofrath über alle diese Schriftstücke einen Bericht an den Kaiser, worin er den Fürsten von Anhalt den „Autor und Motor" der vorangegangenen Rebellion und den Grafen Hohenlohe vermöge seiner militärischen Stellung als einen der hervorragendsten Theilnehmer derselben bezeichnete, aber ihre Begnadigung nicht absolut ablehnte, sondern die Sache auf weitere Berathungen mit einigen Kurfürsten und Fürsten verschob.*) Man muss über diese Entscheidung billig staunen und wir können sie uns nicht anders erklären, als mit jener Nachgiebigkeit, die man damals gegen den Pfalzgrafen in Folge der Ankunft Digby's in Wien bethätigen wollte und die in Bezug auf Christian von Anhalt später nachdauerte. Denn einer Deputation, die aus Anhalt nach Wien kam und den Kaiser um die Begnadigung des Fürsten ersuchte, versprach derselbe, dass er thun werde, was Ehren halber möglich sei.**)

Als die Zeit für den Zusammentritt des Deputationstages in Regensburg sich näherte, neigte man sich am kaiserlichen Hofe zu weiterer Milde, wozu jedenfalls der jüngere Anhalt, der von Wiener Neustadt nach Wien übersiedelt war und sich durch sein chevalereskes Wesen allgemeinen Beifalls erfreute, viel beigetragen haben mag. Zunächst entschloss man sich zur Begnadigung Hohenlohe's und erlaubte ihm, sich an den Hof verfügen zu dürfen, um persönlich seine Verzeihung zu erbitten.***) Darauf wurde der jüngere Anhalt eingeladen, den Kaiser auf seiner Reise nach Regensburg zu begleiten und hier wurde er

*) Wiener StA. Gutachten des Reichhofraths dd. 2. September 1621.

**) Sächs. StA. Bericht Zeidlers dd. 9./19. Januar 1622. Ebenda. Zeidler an die sächs. Geheimräthe dd. 1./11. Dezember 1621.

***) Wiener StA. Geleitsbrief für Hohenlohe dd. 13. September 1622.

bei einer feierlichen Zusammenkunft der hervorragendsten Persönlichkeiten von Ferdinand seines Ehrenwortes entbunden und ohne alles Lösegeld freigelassen.*) Der jüngere Christian und seine Mutter ersuchten nun abermals um Begnadigung ihres Vaters und Gatten, der sich mittlerweile in Schweden niedergelassen hatte und der Kaiser gab dieser Bitte insoferne nach, als er den Deputationstag und die abwesenden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg um ihr Gutachten ersuchte. Der Deputationstag sprach sich befürwortend aus und da auch die beiden Kurfürsten sich diesem Votum beigesellten, so war schon jetzt die Begnadigung Anhalts gesichert, wenngleich sie erst später ausgesprochen wurde.**) Diese Angelegenheit mag Friedrich im Haag am schmerzlichsten berührt haben, denn dass sein geistiger Vormund und Leiter so ganz sein Schicksal von ihm trennen würde, wird er kaum erwartet haben. Er hatte schon zwei Jahre zuvor den Wortlaut jenes Briefes kennen gelernt, in dem Anhalt den Kaiser um Verzeihung ersuchte, und in dem er die Urheberschaft der grossen Rebellion von sich ablehnte und sich nur als Beamten des Kurfürsten hinstellte. Wie Friedrich damals seinen Schmerz nicht laut werden liess, so that er es auch jetzt nicht, aber der freundschaftliche Zusammenhang zwischen ihm und Anhalt war für immer zu Ende.

III

Unter den Punkten, die der Kaiser am 7. Januar dem Deputationstag zur Berathung vorlegte, befand sich auch einer, in welchem er die anwesenden Fürsten und Räthe um ihr Gutachten befragte, auf welche Weise den „bösen Anschlägen und Praktiken wider den Reichsfrieden“ begegnet werden könnte. Es war diese Frage nicht bloss behufs Abwendung zukünftiger Gefahren gestellt worden, sie betraf die Gegenwart selbst, da

1623

*) Wiener StA. Anna von Anhalt an Ferdinand dd. 26. Januar / 5. Februar 1623.

**) Wiener StA. Gutachten des Reichshofraths dd. 13. März 1623. Kaiserliches Decret an den Deputationstag dd. 24. März 1623. Antwort des Deputationstages dd. 30. März 1623.

man schon jetzt gewiss sein konnte, dass ein neues Unwetter über Deutschland im Anzuge sei. Die Niederlagen, die Mansfeld, Christian von Halberstadt und der Markgraf von Baden erlitten hatten, benahmen wohl den deutschen Fürsten die Lust offen für die verlorene Sache einzutreten und vielleicht hätte man sich in die durch den regensburger Deputationstag neu geschaffenen Rechtsverhältnisse vorläufig gefügt, da sie zur Erhöhung der Kaisermacht — und diese feindete man am meisten an — nicht beitrugen. Aber das Ausland hatte ein Interesse daran, dass die neue Ordnung keinen Bestand habe. Die protestantischen Staaten missgönnten den Katholiken den Sieg und Frankreich missgönnte es den Habsburgern, dass sie durch ihren Bund mit der Liga eine sichere Stütze gewonnen hatten. Von Holland, Dänemark und Siebenbürgen aus wühlte man also ununterbrochen gegen die Beschlüsse, die in Regensburg gefasst werden sollten und Frankreich bot den verschiedenen Gegnern der Habsburger seine Freundschaft und Unterstützung an, trotzdem dass es die Uebertragung der Kur nicht missbilligte. Nur Jakob von England blieb noch weiter seiner Vermittlerrolle treu. Im Augenblick also, wo Mansfeld mit den Trümmern seiner Armee sich mit den Holländern vereinte und der Pfalzgraf verloren schien, bereitete sich ein neuer Bund vor, der den Krieg gegen den Kaiser weiter führen wollte und dessen offene Gesellschafter Mansfeld, der Halberstädter, Bethlen und die Holländer waren, während Frankreich die Unternehmung im stillen förderte.

Was veranlasste den Fürsten Bethlen zu diesem neuen Bruche mit dem Kaiser und was war die unmittelbare Ursache, um derentwillen die alte Gegnerschaft zwischen den Habsburgern und Bourbonen zu neuer Geltung kam? Bezüglich Bethlens müssen wir auf die Vorgänge in Ungarn nach dem Abschlusse des nikolsburger Friedens weisen, bezüglich Frankreichs noch weiter zurückgreifen und zwar auf die veltliner Verwicklungen, die im Jahre 1620 ihren Anfang nahmen.

In Nikolsburg war bestimmt worden, dass die Uebernahme der an den Kaiser abzutretenden Gebiete in Gegenwart einiger kaiserlichen und einiger siebenbürgischen Commissäre vor sich gehen und in jedem Comitate eigens erfolgen solle. Der Kaiser ernannte den Bischof von Grosswardein, Pyber, mit noch vier

anderen Personen zu seinen Commissären und sandte sie nach Tyrnau, wo sie am 23. Januar eintrafen und Bethlens Commissäre bereits vorfanden. Die letzteren entbanden nun die in Tyrnau anwesenden Vertreter des pressburger Comitates und mehrerer Städte ihres Eides gegen Bethlen, worauf sie von den kaiserlichen Commissären zur Eidesleistung für den Kaiser auf den folgenden Tag eingeladen wurden.*) Von Tyrnau verfügte sich Pyber mit seinen Collegen nach Neuhäusel, um diese Festung, bei der das Kriegsglück des Kaisers im vorigen Jahre Schiffbruch gelitten hatte, in Besitz zu nehmen. Hier erwartete sie Stanislaus Thurzo, der Commandant der Festung und zugleich General in den diesseits (von Ungarn aus angesehen) der Donau gelegenen Comitaten. Die kaiserlichen Commissäre waren beauftragt, von Thurzo die Resignation auf beide Aemter zu verlangen, konnten ihn aber trotz aller Mühe nicht zu diesem Schritte bewegen. Er erklärte, dass es schimpflich für ihn sei, diesen Verzicht zu leisten, zudem fände er es auch nicht passend die beiden Aemter offen zu lassen, so lange keine neue Palatinswahl stattgefunden habe, denn an wen solle sich der ungarische Adel mit seinen Anliegen wenden? Durch seine Klagen und Vorstellungen wankend gemacht, glaubten die kaiserlichen Commissäre von ihrer Instruction abgehen und ihn in beiden Aemtern bestätigen zu dürfen, vorausgesetzt, dass er einen verlässlichen Mann (Peter Kohary) als Vicecommandanten in Neuhäusel zulassen und dem Kaiser den Eid der Treue schwören würde. Schon auf die erste Bedingung wollte Thurzo nicht eingehen und wenn Pyber und seine Collegen nur einigermassen den Absichten ihres Herrn entsprochen hätten, so hätten sie die Verhandlungen mit ihm abbrechen müssen, denn welches Vertrauen konnte man in die Umkehr eines Rebellen setzen, wenn sich derselbe nicht einmal dazu verstehen wollte, verlässliche Diener seines Herrn in seiner Nähe zu dulden! Nach vieler Mühe wurde er endlich dazu gebracht in die Ernennung Kohary's zu willigen, dagegen stemmte er sich mit aller Entschiedenheit gegen die zweite Forderung, gegen die Eidesleistung.

1623

*) Ung. StA. Kaiserliche Instruction für die Commissäre nach Ungarn dd. 12. Jan. 1622. Ebenda. Die Commissäre an Ferdinand dd. 31. Jan. 1622.

Die zerrütteten Verhältnisse, welche damals in Ungarn herrschten, können nicht klarer zur Anschauung gebracht werden, als durch dieses Gebahren Thurzo's, der die hervorragendste Stelle im Lande ohne jede Verantwortlichkeit gegen den König einnehmen wollte. In jedem andern Staate würde Thurzo's Weigerung hingereicht haben um ihn von der Bekleidung eines öffentlichen Amtes auszuschliessen und Processen und Verfolgungen auszusetzen, in Ungarn musste man dagegen einen andern Massstab anlegen, da die königliche Auktorität daselbst brüchig geworden war und derartige Ueberhebungen nicht übel nehmen durfte, es sei denn, dass man das Land als ein erobertes behandeln wollte, wozu man in Wien wohl die Lust, aber nicht die Kraft besass. So liessen sich die Commissäre auch über diese Forderung in lange Unterhandlungen mit Thurzo ein, sie machten kein Hehl daraus, dass sie ihn im Verdachte der Treulosigkeit hätten, kamen aber auch damit nicht weiter. Erst als Thurzo einsah, dass die Commissäre in diesem Punkte nicht nachgeben würden, bequemte er sich dazu sich schriftlich zum Gehorsam und zur Treue gegen den Kaiser zu verpflichten. *)

Als die Commissäre darauf ihren Weg fortsetzten und weitere Ergebenheitserklärungen entgegennahmen, erreichte sie ein Schreiben Bethlens, in dem sie aufgefordert wurden ihre Ankunft in Kaschau zu beschleunigen, wo die letzten Friedensbedingungen erfüllt werden sollten. Sie beeilten sich dem Rufe Folge zu leisten und wurden nach ihrer Ankunft vom Fürsten in feierlicher Audienz empfangen, wobei er es an mancherlei Aeusserlichkeiten nicht fehlen liess, um dem Kaiser seine Ergebenheit zu beweisen. So hielt er z. B. den Hut in der Hand, als ihn der Bischof Pyber im Namen Ferdinands ansprach und beantwortete dessen Rede mit den feurigsten Versicherungen seiner künftigen Treue. „Gott sei sein Zeuge, dass er einen „unüberwindlichen Abscheu vor fernerem Blutvergiessen habe, „nachdem er zu seinem grössten Schmerze Zeuge der furchtbaren „Verwüstung gewesen sei, welche dieses Land in dem letzten „Kriege heimgesucht habe. Er wolle nicht untersuchen, wer „Schuld an diesem Jammer trage (er hätte nicht weit zu gehen

*) Ung. StA. Protokoll über die Verhandlungen in Neuhäusel.

„gehabt, um dies zu wissen), vor Gott würde derjenige jedenfalls „zur Verantwortung gezogen werden.“ Mit dem Versprechen, dass er am folgenden Tage auf den Rest der dem Kaiser abzutretenden Besitzungen Verzicht leisten würde, entliess er die Commissäre.

Nach dieser Scene erschienen im Auftrage Bethlens Kassai und Michael Karoly bei den kaiserlichen Vertretern und fragten, wann der Kaiser seinerseits die Friedensbedingungen erfüllen, wann er Oppeln und Ratibor übergeben, die versprochenen 50000 fl. auf die Erhaltung der Grenzfestungen erlegen und endlich die 100000 fl. zahlen werde, damit Tokaj von dem gegenwärtigen Besitzer eingelöst werden könne? Auf das Verlangen nach Geld antworteten die kaiserlichen Commissäre mit Versprechungen, die übrigen Forderungen erfüllten sie jedoch alsbald, indem sie in einer zu diesem Behufe anberaumten feierlichen Sitzung die Verwaltung der abgetretenen sieben Comitate an Bethlen übertrugen und ihm auch die Urkunde übergaben, welche ihm Oppeln und Ratibor als Eigenthum zusicherte. Dafür verlangten sie aber, dass die Obergespanne der sieben Comitate, die Vertreter der königlichen Städte und die Commandanten der Grenzfestungen, welche jetzt der Verwaltung Bethlens unterstehen sollten, dem Kaiser jenen Eid der Treue schwören sollten, der in Nikolsburg vereinbart worden war, damit auf diese Weise die Zusammengehörigkeit Ungarns sichtlich zu Tage trete und die Herrschaft Bethlens nur als eine vorübergehende gekennzeichnet würde. Die Edelleute und Bürger weigerten sich jedoch dieser Bedingung nachzukommen: wenn sie schwören sollten, so sollte der Eid nur in so lang Giltigkeit haben, als der Kaiser mit ihrem Fürsten in Frieden leben würde. Die kaiserlichen Commissäre verlangten, dass Bethlen seine neuen Unterthanen zur Folgsamkeit ermahne, und als dieser es ohne Erfolg that, drohten sie mit ihrer Abreise und erlangten endlich, dass der Eid in der von ihnen vorgeschriebenen Form geleistet wurde. Gemäss ihres Auftrages sollten sie auch die Auslieferung der Conföderationsurkunde verlangen, durch welche Ungarn auf dem pressburger und neusohler Reichstag in den Bund mit Böhmen und Oesterreich getreten war; sie erreichten aber nicht, was sie wollten, denn es wurde ihnen entgegnet, dass die Urkunde

17. März 1622

18. März 1622

1622 im Besitze des verstorbenen Palatins geblieben sei. Am 21. März fand die feierliche Uebergabe der Krone statt und damit hatte der Kaiser vorläufig alles erreicht, was er erreichen konnte. Die Commissäre ersuchten zwar noch um das Verzeichniss der von Bethlen in Ungarn verpfändeten Güter, aber dieser entschuldigte sich, dass er ein solches gar nicht besitze. Auf kaiserlicher Seite wollte man wissen, wie hoch sich die Entschädigungssumme für die aus dem Besitz zu Vertreibenden belaufen würde; je länger man in dieser Angelegenheit nicht klar sah, desto mehr konnte man vermuthen, dass sie die Quelle späterer Zwistigkeiten und Zerwürfnisse bilden werde und man sollte bald die Bestätigung dieser Vermuthung bekommen.*)

Eine der Versprechungen, zu denen sich der Kaiser bei den nikolsburger Friedensverhandlungen herbeilassen musste, betraf die Berufung eines Reichstags, und dieser kam er rechtzeitig nach, indem er die ungarischen Stände auf den 1. Mai
1622 nach Oedenburg beschied. In Ungarn wurde der Termin ebenso wenig eingehalten wie in Deutschland, erst gegen Ende des Monats versammelten sich die Bischöfe und Edlen des Landes am
1622 Berathungsort. Am 24. Mai hielt der Kaiser mit seiner jungen Gemahlin den Einzug in die Stadt und das prachtvolle Schauspiel lockte eine zahllose Menge von Zuschauern heran, die den Wagen, in welchem sich die Kaiserin befand, kaum durchliessen und den Kaiser, der zu Pferde sass, dicht umdrängten. Ferdinand, der die Huldigung der Menge stets gern entgegennahm, fühlte sich durchaus nicht beängstigt, ein Lächeln der Befriedigung breitete sich über seine Züge und mit freundlichen Worten suchte er sich den Weg zu bahnen. Tags darauf fand die feierliche Eröffnung des Reichstages statt, der Kaiser übergab in Gegenwart der Stände dem Erzbischof von Gran seine Propositionen und bemerkte hiebei, wenn Jemand am gestrigen Tage ihm nicht die Hand gereicht habe und dies zu thun wünsche, so möge er vortreten, welcher Einladung natürlich viele Folge leisteten.

In den überreichten Propositionen wurde von den Ständen

---

*) Ung. Akademie. Die kais. Commissäre an Ferdinand dd. 12. März 1622. Ung. StA. Dieselben an Ferdinand dd. 28. März 1622.

eine Geldsteuer, Proviant für die Grenzhäuser, Leistung von Vorspann und anderen Diensten, die Renovirung der Grenzhäuser und endlich die Auslieferung der Conföderationsurkunden, die also noch nicht gefunden waren, und jener Correspondenz verlangt, welche Emerich Lipthai, Stephan Doczi und Johann Rymay im Auftrage Bethlens über ihre Verhandlungen in Constantinopel geführt hatten. Dem Kaiser lag daran zu wissen, welche Pläne bei der Pforte gegen ihn geschmiedet wurden und deshalb stellte er diese Forderung, welche die Stände füglich nicht ablehnen konnten, wenn sie ihre neuen Ergebenheitsversicherungen nicht Lügen strafen wollten. Die zwei wichtigsten Punkte in der kaiserlichen Proposition bildeten aber die Zurückgabe der von Bethlen confiscirten Güter an ihre früheren Besitzer und die Zulassung deutscher Truppen in die Grenzhäuser. Der Kaiser stützte seine letzte Forderung durch die Bemerkung, dass man die Deutschen nicht beleidigen dürfe und dass ohnedies die Zulassung deutscher Truppen im Falle der Noth durch die ungarischen Gesetze begründet sei. Bezüglich der Güter bemerken wir, dass ein Theil derselben ihren früheren Besitzern zurückgestellt worden war, nur mit jenen, welche Bethlen einzelnen Personen gegen eine Geldsumme verschrieben, sie ihnen also verpfändet oder verkauft hatte, war dies noch nicht geschehen. Wenn diese Angelegenheit friedlich beigelegt werden sollte, so musste das Land einige Opfer bringen, aber diese Opferwilligkeit fehlte durchaus: die Stände missgönnten den Katholiken die Wiedererwerbung jener Güter und diese letzteren wollten nichts von einer Entschädigung der Pfandbesitzer wissen, die sie als Räuber betrachteten.*)

Da nun gleichzeitig mit der Vorlage der kaiserlichen Proposition die geschädigten geistlichen und weltlichen Besitzer von dem Reichstag möglichst bald die Ueberantwortung aller ihnen entrissenen Güter verlangten, so musste dieser Gegenstand einer schleunigen Verhandlung unterzogen werden, und in der That entspannen sich hierüber bald die lebhaftesten, um nicht zu sagen leidenschaftlichsten Debatten sowohl bei den Magnaten wie bei den Ständen. Die Beschädigten verlangten unmittelbare

*) Ung. StA. Die königl. Propositionen. Ebenda. Diarium des Reichstags.

Einführung in ihren früheren Besitz, wogegen ihre Gegner vorerst die Entschädigung der zu Vertreibenden festgesetzt wissen wollten. Die nikolsburger Verhandlungen kamen dabei zur Sprache, die Stände erfuhren, dass Kassai im Namen Bethlens in die Wiedereinsetzung der frühern Besitzer eingewilligt und nur verlangt habe, dass dieselbe bis zum nächsten Reichstage — also dem gegenwärtigen — verschoben und dass den gegen eine Pfandsumme eingetragenen Besitzern eine Entschädigung geleistet werde. Man einigte sich endlich dahin, die Entscheidung bis nach vollzogener Palatinswahl zu verschieben und so wurde der Kaiser dem Gesetz gemäss ersucht, die Namen derjenigen bekannt zu geben, deren Wahl er wünsche. Ferdinand schlug die Grafen Batthyany, Stanislaus Thurzo, Nikolaus Eszterhazy und Thomas Erdödi vor. Es war bezeichnend, dass er auch den Stanislaus Thurzo als Vertrauensmann hinstellte, wiewohl dessen feindliche Haltung in den Jahren 1620 und 1621 und bei Gelegenheit der Uebergabe von Neuhäusel das Misstrauen doppelt rege machen musste. Allein die ungeordneten Verhältnisse in Ungarn, die den hervorragendsten Wortführern einen schnellen Wechsel der Partei ermöglichten, die Versprechungen, die Thurzo mittlerweile geleistet haben mochte, seine Haltung auf dem Reichstage und die Aussicht auf seine Bekehrung zur katholischen Kirche, die er später verwirklichte, brachten ihn der kaiserlichen Partei viel näher, als man hätte vermuthen können. Die eigentlichen Wünsche Ferdinands gingen aber auf die Erhebung Eszterhazy's, eines Mannes, der sich ohne Schwanken und mit Einsetzung seines ganzen Vermögens schon im J. 1620 auf seine Seite gestellt und bei derselben tapfer ausgeharrt hatte, vielleicht nicht in der Hoffnung auf Lohn, der ihm später reichlich zu Theil wurde, sondern in der Ueberzeugung, dass mit der Niederwerfung des kaiserlichen Regiments das türkische beginnen würde und um dieses Grundes willen das erstere vertheidigt werden müsse. — Nur eine sehr geringe Zahl der Reichstagsmitglieder mag von dem Umschwung Kenntniss gehabt haben, der sich bei Thurzo vorbereitete und so waren ihm von vornherein die Stimmen aller Protestanten sicher. Ob ihm auch einige Katholiken ihre Stimme gaben, wissen wir nicht, jedenfalls hatte er die Majorität, denn er bekam 80 Stimmen, während Eszterhazy 65.

Batthyany 3 und Erdödi nur 2 Stimmen erhielten. Thurzo war somit gewählt, der Kaiser bestätigte ihn in der neuen Würde und wies ihm einen Gehalt von 22000 ungarischen Gulden an. Zum Vicepalatin wurde später Johannes Sandor, einer der ungarischen Unterhändler in Nikolsburg, gewählt.

Jetzt sollte die Verhandlung wegen der Güter ihren Anfang nehmen und obwohl die Stände zuerst über ihre Beschwerden berathen wollten, so fassten sie über Aufforderung des Palatins doch den Beschluss, dass in der Güterfrage gemäss den Bestimmungen des nikolsburger Friedens vorgegangen werden solle. In welcher Weise dies geschah, wissen wir nicht anzugeben, doch scheint es, dass die ehemaligen Besitzer allesammt in ihre frühern Rechte traten und die gegenwärtigen ohne Entschädigung vertrieben wurden, denn in den Akten begegnet man keinen weitern Klagen der alten Besitzer, wogegen Bethlen bald darauf die heftigsten Vorwürfe gegen den Kaiser erhob, weil dieser die Leute, welche er gegen eine Pfandsumme mit Gütern belehnt hatte, ohne Entschädigung aus denselben ausgewiesen habe. *)

Die folgenden Verhandlungen auf dem Reichstage betrafen die ständischen Beschwerden und vor allen die religiöse Frage. Die Katholiken erklärten durch den Erzbischof Pazman, dass sie sich zu keinen weitern Zugeständnissen bequemen würden, als die im wiener Frieden von 1606 und im sechsten Artikel des Krönungsdiploms Ferdinands enthalten seien, wogegen die Protestanten die „Aufrechthaltung des gegenwärtigen Zustandes," der mancherlei Vergewaltigung der Katholiken in sich schloss, verlangten. Da die letzteren dieses Begehren ablehnten, so wollten die Protestanten sich ihrem Standpunkt anbequemen, wenn in strittigen Fällen die Entscheidung dem Palatin übertragen würde, aber auch diesen Vorschlag wiesen die Katholiken zurück, weil sie dem Palatin keine neue Gerichtsbarkeit übertragen wollten. Die Protestanten brachen darauf die Verhandlung mit einem Proteste ab und erklärten, dass sie sich nach den Krönungsdiplomen der beiden Könige Mathias und Ferdinand und nach dem „wahren Sinn," in dem dieselben aufgefasst werden

---

*) Diarium Sopronicuse u. die spätere Correspondenz im Ung. StA.

müssten, richten und um keinen Preis davon zurückweichen würden.

Nunmehr begannen die Verhandlungen über die deutschen Besatzungen und die Commandanten in den ungarischen Grenzhäusern. Deutsche Truppen befanden sich damals nur in Komorn, Raab und in vier andern kleinen Schlössern. Die Beschwerden der ungarischen Stände waren zunächst gegen die Commandanten von Komorn und Raab gerichtet und als der Kaiser schliesslich in die Entfernung des besonders missliebigen Commandanten von Komorn willigte, bestanden die Stände nicht mehr darauf, sondern verlangten, dass der Commandant den Gesetzen des Königreichs und dem Palatin unterstellt würde und seine Befehle nicht allein vom wiener Hofkriegsrathe erhalte. Der Kaiser bewilligte nicht nur diese Bitte, sondern versprach auch, dass er in Komorn und Raab geborene Ungarn als zweite Commandanten anstellen und die deutschen Besatzungen überhaupt abführen werde, nur in Pressburg wolle er 100 Mann lassen, denen die Bewachung der Krone in Gemeinschaft mit den Ungarn obliegen solle. Bis auf diese geringe Anzahl von Kronwächtern sollte also Ungarn von den so viel angefeindeten deutschen Truppen befreit werden.*) Der Kaiser theilte diesen Beschluss einer Anzahl der hervorragendsten Reichstagsmitglieder mit, die er zu sich eingeladen hatte und versicherte zugleich, dass er fortan keine fremden Truppen in das Königreich einführen werde, weil er sich überzeugt habe, dass dies gegen das Gesetz sei. Als der Palatin diese Worte im Reichstag wiederholte, erhob sich ein allgemeines Jubelgeschrei, man beglückwünschte sich gegenseitig zu der Anerkennung, die die Verfassung beim Könige gefunden habe und schenkte den übrigen Beschwerden nur noch wenig Beachtung, sie wurden entweder eilig erledigt oder durch nie erfüllte Versprechungen beseitigt, wie z. B., dass der Kaiser für die Entfernung der schlechten Münze Sorge tragen werde, während er thatsächlich die Münzen in allen seinen Erblanden im dreifach höheren Nennwerth schlug, als ihr wirklicher Werth war.

Der Reichstag von Oedenburg wurde Anfangs August

*) Gravamina regni. Antwort des Kaisers, Replik u. Duplik im ung. StA.

geschlossen, nachdem einige Tage früher (den 26. Juli) die 1622 Krönung der Königin stattgefunden hatte. Alle ungarischen Reichstage jener Zeit waren nur eine Arena für Rabulistenkämpfe, das Volk, dem dieser Staat seine Entstehung dankte, seufzte zum grössten Theile unter dem Joch der Osmanen und in dem von dem Kaiser besetzten Gebiete konnte sich keine gesunde innere Politik entwickeln, denn hier stritt der magyarische Adel mit der wiener Regierung um die Herrschaft über eine grösstentheils slavische Bauernbevölkerung und so fehlte dem ungarischen Staatswesen jener Zeit jede gesunde Grundlage. Ein energischer Monarch hätte da ein ergiebiges Feld vor sich gehabt um dieses Gebiet bleibend mit einem auf einer höhern Stufe stehenden Staatswesen zu verbinden, aber dazu hätte er auch tüchtiger, sparsamer und sich ihrer Aufgabe bewusster Beamten und Kriegsleute bedurft und nicht jener italienischen Beutelschneider,*) die damals im österreichischen Heere das grosse Wort führten und jener Staatsmänner, die nur auf die eigene masslose Bereicherung bedacht waren.

Bethlen hatte kurz vor der Eröffnung des Reichstags Gesandte an Ferdinand abgeschickt und ihn um die baldige Auszahlung der versprochenen Geldsummen, sowie um die Uebertragung der Fürstenthümer Oppeln und Ratibor, welche ihm noch immer nicht eingeräumt worden waren, ersucht.**) Wir vermuthen, dass die Zusagen, die er erhielt, nicht zufriedenstellend waren, noch weniger war es aber die Antwort, die er vom ödenburger Reichstage erhielt, an den er auch Gesandte geschickt hatte, wahrscheinlich um in der Güterfrage eine seinen Anhängern günstige Entscheidung herbeizuführen. Sie vernahmen dort, dass der Reichstag die unmittelbare Ueberantwortung der strittigen Güter an ihre früheren Besitzer beschlossen habe, und dass ähnliche Weisungen auch in die an Bethlen abgetretenen sieben Comitate ergangen seien. Der Fürst dachte nicht daran, in dem ihm zugefallenen Gebiete die gegenwärtigen Besitzer

*) Diesen Vorwurf werden wir in den folgenden Bänden ausführlich rechtfertigen.

**) Wiener StA. Die Gesandten Bethlens an ihren Herrn dd. 30. Mai 1622. Sächs. StA. Bethlens Instruction für seinen Gesandten Stephan Kovachoczius dd. 1. April 1622.

gegen Entschädigung zu vertreiben, um so weniger fiel es ihm bei dies ohne Entschädigung zu thun und so verbot er die Execution dieses Dekrets in seinen Comitaten*) und erging sich zugleich in den heftigsten Vorwürfen gegen den Kaiser. Die Möglichkeit eines Wiederausbruchs der Feindseligkeiten gegen Ferdinand wurde von dem Fürsten fortan täglich erörtert.

Schon seit Monaten hatte er übrigens den Mahnungen des Jägerndorfers und Thurns, die beide in seiner Nähe weilten und ununterbrochen auf den Krieg hinarbeiteten Rechnung getragen; er hatte eine Gesandtschaft an den Sultan abgeschickt, durch dieselbe den Friedensschluss mit dem Kaiser entschuldigen lassen und sich bereit erklärt, den Krieg von neuem zu beginnen, wenn ihm der Sultan Hilfe leisten würde. Die Leidenschaftlichkeit seiner Sprache in den nach Constantinopel gerichteten Briefen und Instructionen überschritt jetzt alles Mass, er hätte die Türken nicht mit grösserem Eifer zum Angriff aufmuntern können, wenn ihm die Frucht ihrer Siege allein in den Schooss gefallen wäre. Er riet dem Sultan sein Heer in drei Theile zu theilen, mit der Hauptarmee sollte er auf Graz losrücken, ein zweites Corps von 45000 Mann ihm zu Hilfe schicken, damit er einen Angriff auf Wien unternehmen könne, das dritte Corps von 28000 Mann verstärkt durch 6000 ungarische Reiter sollte nach Passau vorrücken. „Ausserordentlich werde die Beute sein, denn die Völker daselbst seien feig, wie die Bulgaren.“ Habe der Sultan den Sieg über Ferdinand davongetragen, so könne er auch Italien angreifen und widerstandslos die reichsten Städte plündern. Nicht die leiseste Rücksicht für die abendländische Civilisation gibt sich in diesem Plane kund, die Türken mögen rauben und plündern, mögen ihre Herrschaft ausbreiten, wenn nur Ferdinand niedergeworfen wird.**) Der Markgraf von Jägerndorf der dem Pfalzgrafen diese Pläne mittheilte,***) wollte selbst nach Constantinopel reisen um die Sache Bethlens und des Pfalzgrafen beim Sultan zu vertreten, indessen

*) Szilagyi: Correspondenz Bethlens. Bethlen an die Comitate dd. 23. Juli 1622.

**) Török Magyarkori Törternelmi Emlekek. Bethlens Brief nach Konstantinopel. Ebenda Bethlen an (den Wessir in Ofen?)

***) Münchner StA. Der Markgraf von Jägerndorf an Friedrich dd. 8. April 1622.

blieb es beim blossen Vorhaben. Wahrscheinlich hinderte ihn ein andauerndes Unwohlsein, das seinem Leben im folgenden Jahre ein Ende machte, an der Durchführung dieses Entschlusses und so unterzog sich statt seiner der Graf Thurn der beschwerlichen Reise an den Bosporus und trat sie im August an. 1622

Thurn fühlte wohl, welche Gefahren den Christen durch das türkische Bündniss drohten, aber er beschwichtigte sein Gewissen mit der Bemerkung, dass man nicht verpflichtet sei den Nächsten mehr zu lieben als sich selbst, und dass „derjenige sich der Sinnlosigkeit schuldig mache, der um andere zu schonen, selbst untergehe.“ *) Wenn Bethlen sich der Hoffnung hingab, dass Thurn in Constantinopel bessere Resultate erzielen werde, als seine übrigen wiederholt abgeschickten Gesandten, so sollte er bald getäuscht werden. Thurn hatte nicht die geringste Anlage zu einem Diplomaten und vollends nicht auf türkischem Boden, wo Geld, Sprachkenntnisse und eine Meisterschaft in der Intrigue den Ausschlag gaben, alles Eigenschaften, die dem Grafen abgingen. In seinen Briefen, die er von seinem neuen Posten an Friedrich und Elisabeth richtete, zeigt er sich als Phrasenheld und Sanguiniker, denn er stellte ihnen Anfangs die glänzendsten Resultate seiner Verhandlungen in Aussicht, **) später minderte sich aber sein Selbstvertrauen, er schwieg von seinen Erfolgen, beklagte sich hie und da über das Unrecht, das ihm widerfahren sei, als er durch Anhalt und Hohenlohe von dem Commando über das böhmische Heer entfernt wurde und wünschte schliesslich nichts anderes, als sich zu „seinem Könige verfügen und von dessen Gnade leben zu können.“ ***) Aber bald verfiel er wieder in den dithyrambischen Ton und beglückwünschte seinen König zu einem Schreiben, das der Sultan soeben an ihn geschickt habe. †) Hätten die wiener Staatsmänner gewusst, wie wenig die Türken wegen des persischen Krieges zu Bethlens Unterstützung geneigt waren, so hätten sie sich beruhigt und

*) Münchner StA. Thurn an Friedrich von der Pfalz dd. 5. Aug. 1622.

**) Münchner StA. Derselbe an denselben dd. 2. Sept. 1622. — Thurn an Elisabeth dd. 3. Sept. 1622. — Thurn an Friedrich dd. 16. Sept. 1622.

***) Ebenda Thurn an Friedrich von der Pfalz dd. 15. Oct., 12. November u. 23. December 1622 u. 4. Februar 1623.

†) Ebenda. Thurn an Friedrich dd. 19. März u. 12. April 1623.

hätten nicht in die Warnungsrufe des Erzbischofs von Gran eingestimmt,*) denn thatsächlich erwiesen sich alle Anstrengungen Bethlens um Gewinnung einer Hilfe von den Türken als eitel.

Wenn Bethlen es trotz allem nicht zum Abschlusse einer wirklichen Allianz mit den Türken bringen konnte, so wollte er deshalb doch nicht mit dem Angriff gegen den Kaiser zögern, da die rücksichtslose Entscheidung in der Güterfrage seinen Groll auf das äusserste gereizt hatte, nur verlangte er zuerst von Friedrich eine Geldunterstützung. Zu diesem Behufe schickte er einen gewissen Petendi nach dem Haag, der dort über seine ganze Thätigkeit berichten sollte,**) wie er die Türken um Beistand ersuche und zu diesem Behufe den Grafen Thurn nach Constantinopel schicke und wie er entschlossen sei, den Kampf gegen den Kaiser bis zu dessen Vernichtung zu führen. Da jedoch dazu vor allen Dingen Geld nöthig sei, so solle Friedrich es ihm von seinen Freunden zu verschaffen suchen, er werde dann ein Heer von 42000 Mann eigener Truppen aufstellen und darneben über 18000 Türken und 15000 Tartaren verfügen.***) Aus weiteren Mittheilungen ersehen wir, dass Bethlen auch verlangte, dass der Pfalzgraf mit einem Heere in Böhmen und Mähren einfalle wobei den Beginn des Krieges für das Frühjahr in Aussicht stellte. Diese Anerbietungen und Forderungen trafen im Haag ein, als man daselbst das Misslingen des Frühlings- und Sommerfeldzugs des Jahres 1622 beklagte und als alle Mittel zur Ausrüstung einer neuen Armee fehlten. Die Ausdauer und Energie Mansfelds und Christians von Halberstadt liessen jedoch keinen Zweifel aufkommen, dass man bald über ein neues Heer gebieten werde und so berichtete man dies dem Fürsten von Siebenbürgen und ermahnte ihn ja im Frühjahr loszubrechen, da man die ligistischen Streitkräfte jedenfalls hindern werde dem Kaiser zu Hilfe zu eilen um ihm den Angriff zu erleichtern.†) Auch auf die Hilfe, deren man sich von

2. Aug. 1622

1623

Febr. 1623

*) Bibliothek der ungarischen Akademie: Pazman an Kaiser Ferdinand dd. 15. Nov. 1622.

**) Münchner StA. Bethlen an Friedrich dd. 2. August 1622.

***) Münchner StA. Anliegen Petendis an Friedrich dd. 9./19. October 1622.

†) Münchner StA. Gutachten Dohna's dd. 20./30. Januar 1623. Friedrich an Bethlen dd. 1./11. Februar 1623. Coll. Camer. Notizen Achaz v.

Frankreich erfreuen würde, verwies man später,*) überhaupt hoffte man im Haag, dass der Feldzug des J. 1623 besser enden werde, als der des vergangenen.

Zu Beginn des Jahres 1623 machte Bethlen dem Kaiser gegenüber kaum ein Hehl daraus, dass er sich mit feindlichen Plänen trage. Denn als der Palatin um diese Zeit mit ihm freundlichere Beziehungen anzuknüpfen suchte, erklärte Bethlen, dass er einen Gesandten an den Kaiser abschicken und von ihm eine Entschädigung für die aus ihrem Besitz Vertriebenen verlangen wolle, und drohte, wenn der Kaiser sein Verlangen nicht erfülle, werde er sich durch den Friedensschluss nicht für gebunden erachten.**) Wenn wir erwägen, dass der Kaiser bis zu dieser Zeit (Anfang des Jahres 1623) weder die Pfandsumme gezahlt hatte, mit der Tokaj für Bethlen ausgelöst werden sollte, noch die 50000 Gulden für die Unterhaltung der Grenzfestungen — wie es mit Oppeln und Ratibor stand, wissen wir nicht — so können wir nicht in Abrede stellen, dass er einige Friedensbedingungen verletzt und Bethlen zu seinen Beschwerden gegründeten Anlass gegeben hatte. Die Machinationen des letzteren, von denen der Kaiser manche Kunde erhielt, entschuldigen aber sein Benehmen, so hatte unter anderen Bethlen wieder angefangen sich des königlichen Titels zu bedienen und damit seine Absichten offen genug dargelegt. Zwischen dem Kaiser und dem Fürsten von Siebenbürgen konnte eben von einem aufrichtigen Frieden nicht die Rede sein.

IV

Die alte Gegnerschaft zwischen den Habsburgern und Bourbonen, die durch die Heirat Ludwig XIII mit der spanischen Prinzessin Anna und durch die Nothlage der deutschen Linie eingeschläfert schien, wachte bei den unerwarteten Erfolgen

---

Dohna über die Fortsetzung der durch Petendi eingeleiteten Verhandlung (undatirt aber jedenfalls in diese Zeit gehörig.)

*) Münchner StA. Friedrich an Thurn dd. $\frac{\text{27. März}}{\text{6. April}}$ 1623.

**) Ung. Akademie: Relatio Michaëlis Bossanii per Palatinum ad Bethlenium ablegati facta 28. Feb. 1623.

der kaiserlichen Waffen wieder auf und machte sich mit Heftigkeit geltend, als ein Aufstand der Veltliner von den Spaniern ausgebeutet werden wollte, so dass der Pfalzgraf und sein General der Graf von Mansfeld auf die Unterstützung Frankreichs rechnen konnten.

Der an Tirol sich anlehnende Theil der heutigen Schweiz, welcher am längsten den alten Namen Raetien beibehalten hatte und heute Graubünden genannt wird, gehörte in den späteren Zeiten des Mittelalters dem Bischof von Chur und einigen Stiftern und Edelleuten. Seit dem Ende des 14. Jahrhunderts machte sich auf diesem Gebiete nach dem Beispiele der Eidgenossen ein Ringen zwischen den Unterthanen und ihren Herren um Anerkennung der wechselseitigen Ansprüche geltend, wodurch allmälig die Herrschaft in die Hände dreier Bünde gelangte. Der erste Bund war der Gotteshausbund, welcher sich um Chur ausdehnte und die Mitte von Rätien einnahm, der zweite war der obere oder graue, der sich im Westen Rätiens hinzog, der dritte der Zehngerichtenbund, umfasste das östliche Gebiet. Diese drei Bünde, die sich zu einem Gesammtbund vereinten und ihre Angelegenheiten auf jährlich wiederkehrenden Bundestagen, den sogenannten Beitagen entschieden, suchten später um Aufnahme in die Eidgenossenschaft an, kamen aber mit diesem Verlangen nicht zum Ziele, da einige Kantone aus religiösen Gründen die Aufnahme verweigerten und so bildete das Gebiet der drei Bünde neben dem Eidgenossenbund ein unabhängiges Staatswesen. Im Laufe der Zeit hatten die Bünde die Herrschaft über einige südlich gelegenen Landschaften, das Veltlin und die Grafschaften Worms (Bormio) und Claeven (Chiavenna) erlangt und in Folge eines Uebereinkommens unter den Bünden wählten der Reihe nach die einzelnen Gemeinden jene Personen, die als Amtleute in die Unterthanenlande geschickt wurden und das Regiment dort führten. Da die Gewählten meist unfähige Personen waren, so mussten sie ihre Befugnisse von Mietlingen ausüben lassen, die nun im Vereine mit ihnen das Land aussaugten. Die „Herren“ wurden bitter gehasst und dieser Hass nahm zu, als die Reformation in dem Gebiete der Bünde grösstentheils zur Herrschaft gelangte und nun die Amtleute ihre Unterthanen, die beharrlich an der katholischen Kirche

festhielten, auch in religiöser Beziehung zu drücken begannen. Die feindselige Stimmung gegen die stets weiter ausgreifenden Protestanten, die in den Bünden selbst die Katholiken bedrückten und aus ihrer Heimat vertrieben, benützten einige der exilirten Katholikenhäupter, um mit Hilfe zahlreicher aus dem Mailändischen, Venetianischen und Tridentinischen um ihrer Verbrechen willen verbannter Personen einen Einfall ins Veltlin zu unternehmen und mit Hilfe der Eingebornen unter den daselbst wohnenden Protestanten ein Blutbad anzurichten. Die Mordscenen begannen am 19. Juli 1620 in Tirano und wurden in den folgenden Tagen im ganzen Veltlin fortgesetzt und obwohl nur an 350 Menschen ihren Tod fanden, weil eben nur wenige Protestanten daselbst wohnten und es vielen gelang sich zu retten, so mahnten die dabei verübten Grausamkeiten nur zu sehr an die Gräuel der Bartholomäusnacht.

Der französische Gesandte Gueffier, der von den Bündnern beleidigt worden war und ihnen deshalb grollte, stand in moralischem Zusammenhange mit diesen Mordscenen. Der politische Vortheil derselben fiel aber zunächst nur Spanien und Oesterreich in den Schooss, denn das Veltlin konnte sich gegen die Rache der Bündner nur schützen, wenn es Hilfe bei den Habsburgern fand und diese waren gern bereit sie zu ertheilen, weil durch den allfälligen Anschluss des Veltlin jene Lücke ausgefüllt wurde, welche die Besitzungen der spanischen und deutschen Habsburger trennte. Unmittelbar nach dem Blutbade rückten spanische Truppen aus dem Mailändischen ins Veltlin ein und besetzten die wichtigsten Orte, während von Tirol aus eine Anzahl aus dem Gebiete der Bünde flüchtiger Personen unterstützt von österreichischen Truppen unter Anführung Rudolfs von Planta ins Münsterthal einfiel und dadurch die Verbindung zwischen Tirol, dem Veltlin und Mailand herstellte. Dem Erzherzog Leopold, der als Statthalter in Tirol residirte, handelte es sich dabei um die Eroberung des unteren Engadins, wodurch für Tirol eine bessere Grenze gegen den Westen gewonnen werden sollte.

28. Juli 1620

Als der in Chur versammelte Beitag darüber beriet, was Angesichts des veltliner Blutbades und des Einmarsches der Oesterreicher ins Münsterthal zu thun sei, war man im Zweifel,

wohin man sich zuerst wenden solle. Man schichte schliesslich die verfügbare Mannschaft zum Angriff gegen das Veltlin, aber 2. August 1620 in Folge eines ungünstigen Gefechtes bei der Gaudenzbrücke an der Adda mussten sich die Bündner wieder zurückziehen und das Veltlin blieb sich selbst oder vielmehr den Spaniern überlassen. Unter den Bünden machte sich nun ein Zwiespalt geltend. Der graue Bund, zum grössten Theil katholisch, sympathisirte eigentlich mit den Veltlinern und wollte sich an dem Angriffe gegen sie nicht betheiligen, es würde also kaum zu weitern Kämpfen gekommen sein, wenn die beiden anderen Bünde nicht einen Rückhalt an den protestantischen schweizer Kantonen gefunden hätten, die ihnen mit einigen tausend Mann zu Hilfe eilten. 1620 So begann im August ein zweiter Angriff gegen das Veltlin und die bedeutenden Streitkräfte, die dabei verwendet wurden, schienen den Angreifern den Sieg zu verheissen, allein als das berner Contingent bei Tirano eine tüchtige Schlappe erlitt, verwickelte es in seinen Rückzug auch die übrigen Bundesgenossen und so blieb auch diesmal das Veltlin den Spaniern überlassen.

Der graue Bund suchte nun auf eigene Faust den Frieden mit Spanien herzustellen, um so die Herausgabe des Veltlins zu erlangen und schickte zu diesem Zwecke eine Gesandtschaft nach Mailand an den Vicekönig, den Herzog von Feria. Da Spanien schon aus Rücksicht auf Frankreich das Veltlin nicht für sich behalten, sondern sich nur die Durchgangsstrassen 6. Febr. 1621 daselbst sichern wollte, so erbot sich der Vicekönig zur Rückerstattung desselben an die drei Bünde, wenn dem Könige von Spanien die Besetzung einiger Orte durch eine Reihe von Jahren und der Pass für Truppendurchzüge nach Deutschland für immerwährende Zeiten zugestanden und die katholische Kirche als alleinberechtigt im Veltlin anerkannt würde. Der graue Bund nahm diese Bedingungen an, den beiden anderen Bünden wurde eine Frist von zwei Monaten bestimmt, während welcher man ihrer Zustimmung gewärtig sein wollte. Der Gotteshausbund und der Zehngerichtenbund, die nicht gesonnen waren, sich dem angebotenen Vertrag zu fügen, führten den Kampf indessen fort, richteten aber ihre Angriffe zunächst gegen diejenigen Truppen, die aus Tirol in ihr Gebiet eingebrochen waren. In

Unterengadin und an andern Orten schlugen sie die Anhänger Oesterreichs, lieferten dem grauen Bunde ein glückliches Gefecht bei Tusis und diesem Erfolge folgten andere, so dass in kurzer Zeit im Gebiet der drei Bünde der österreichische Einfluss niedergeworfen war, nur das Veltlin blieb den spanischen Truppen unterworfen. *)

Mittlerweile sollte das Schicksal des Kampfes an einem anderen Orte entschieden werden und zwar in Madrid durch Verhandlungen zwischen dem französischen und spanischen Hofe. Obwohl, wie oben bemerkt, der französische Gesandte Gueffier den Mordscenen im Veltlin nicht fern stand, war man in Frankreich empört, als der Vortheil aus diesen Vorgängen den Habsburgern zu Gute kommen sollte. Aus diesem Grunde wurden die noch in Wien weilenden Mitglieder jener feierlichen französischen Gesandtschaft aufgefordert, sich über die Vorgänge im Veltlin beim Kaiser zu beschweren und den Rückzug der Spanier aus diesem Gebiete zu verlangen. Der Herzog von Angoulême knüpfte deshalb mit Ferdinand auf der Jagd ein Gespräch an, bekam aber keine Antwort und musste also bei einer andern Gelegenheit denselben Gegenstand berühren. Die Unterhaltung begann diesmal damit, dass Ferdinand auf den sich von Seite der Hugenotten vorbereitenden Aufstand aufmerksam machte und seine Hoffnung aussprach, Ludwig werde desselben leicht Herr werden. Angoulême bemerkte, dass dies ohne Zweifel geschehen würde, wenn der König nicht mit anderen Sorgen belastet wäre, er deutete damit auf das Veltlin hin und erklärte nun, dass Ludwig dem Könige von Spanien nicht gestatten könne, Gebiete in Besitz zu nehmen, die ihm nicht gehörten. Als der Kaiser sein Erstaunen darüber ausdrückte, dass man in Frankreich den Schutz, den Spanien den bedrängten Katholiken ertheile, so übel deute, erwiderte der Herzog, dass sich Ludwig um keinen Preis anders zufrieden geben werde, als wenn die alten Besitzverhältnisse wieder hergestellt und der Kaiser hierin Rath schaffen würde. **)

---

*) Die Schilderung dieses und der andern Kämpfe geben wir nach der ausgezeichneten Arbeit Conradins von Moor: Geschichte von Curraetics etc.

**) Ambassade. Les ambassadeurs au Roy Louis XIII dd. 24. Januar 1621.

Um den Hof von Madrid nicht im Zweifel über seine Absichten zu lassen, schickte Ludwig zu Anfang des Jahres 1621 den Marschall von Bassompierre dahin ab.*) Philipp III war um diese Zeit schon sehr gebrechlich und es kam daher zu keinem raschen Abschluss der Verhandlung, aber kurz vor seinem Tode legte er in einem Schriftstück seine Ansicht über die Art und Weise nieder, wie die veltliner Angelegenheit zu Ende geführt werden sollte, und dieses Schriftstück wurde seinen sonstigen testamentarischen Bestimmungen beigefügt. In diesem sagt er, dass er am 27. März (also wenige Tage vor seinem Tode) vom Papst Gregor XV einen Brief erhalten habe, in dem ihn dieser ersuchte, er möge aus Rücksicht auf das Gemeinwohl alles thun, damit die veltliner Frage zu keinen Zerwürfnissen Anlass gebe. Er befehle deshalb seinem Sohne, dass er sich in dieser Angelegenheit bei S. Heiligkeit Raths erhole, seine (Philipps III) Absicht sei stets nur die gewesen das Wohl der veltliner Katholiken zu sichern. Der Sinn dieser Erklärung geht dahin, dass der König dem Papste die Entscheidung überlässt, in welcher Weise die Differenzen mit Frankreich geordnet werden sollen, und dass er seinem Sohne aufträgt dieser Entscheidung Folge zu leisten. Da der Papst, wie wir dies auseinandergesetzt haben, nur den Pflichten seines Amts nachkommen und keinerlei Politik weder zu Gunsten Spaniens noch Frankreichs treiben wollte, so war seine Entscheidung vorauszusehen: die Veltliner sollten dem Druck der protestantischen Bündner nicht preisgegeben, allein ebenso wenig die Herrschaft über sie den Spaniern überlassen werden. Indessen kam es noch nicht dazu, dass der Papst seine Meinung in dieser Angelegenheit formulirt hätte, denn Philipp IV beauftragte nach seiner Thronbesteigung einige Geheimräthe, darunter das Mitglied des italienischen Rathes Caymo und seinen Sekretär Ciriça mit den Unterhandlungen im Sinne der Verfügung seines Vaters, und die genannten Personen einigten sich nach wenigen Tagen mit Bassompierre und dem französischen Gesandten Rochepot über einen Traktat, der allen Eifersüchteleien ein Ende machen

1621 (margin, at "sagt er, dass er am 27. März")

25. April 1621 (margin, at "Unterhandlungen … die genannten Personen einigten sich")

---

*) Wiener StA. Schriftstück in Bezug auf den Veltlin ad 6. Mai 1621.

sollte. *) Nach den Bestimmungen desselben sollte Spanien seine Besatzungen zurückziehen, den Einwohnern des Veltlins und der Grafschaften Worms und Claeven vollständige Amnestie zu Theil werden, in ihrem Gebiete alle Religionsneuerungen (die seit dem Jahre 1617 daselbst eingeführt worden waren) rückgängig gemacht, alle diese Bedingungen von den Bündnern beschworen und für die Einhaltung des Eides von den dreizehn schweizer Kantonen nebst Wallis und von dem Könige von Frankreich Bürgschaft geleistet werden. Ende Mai sollten sich **1621** der Präsident des Parlaments der Grafschaft Burgund (im Namen des Erzherzogs Albrecht), der päpstliche Nuncius und der Gesandte Ludwigs XIII in Luzern einfinden und für die Durchführung dieser Bestimmungen Sorge tragen.

In der That fanden sich in Luzern für den Papst der Nuncius Alessandro Scapi, für Frankreich Herr von Montholon und für den Erzherzog Albrecht Adrian Thomasino, Landvogt von Dôle ein, um ihrem Auftrage gemäss für die Durchführung des Vertrages Sorge zu tragen. Allein ihre Aufgabe scheiterte zunächst daran, dass ein Theil der Bündner die verlangte Amnestie den Veltlinern nicht bewilligen und dass die katholischen Kantone der Schweiz sich zur Uebernahme der Bürgschaft nicht verstehen wollten. An die Einhaltung aller dieser Bedingungen hatte aber Spanien die Ratification des Vertrages geknüpft und war seines Wortes entbunden, sobald die Bündner oder die Kantone an einem Punkte nergelten. Zu dem war der Papst damit unzufrieden, dass die Veltliner ihren früheren protestantischen Herren unterworfen werden sollten und schliesslich wollten auch die Veltliner nicht unter das frühere Joch zurückkehren. Einige Historiker beschuldigen die Spanier, sie seien froh gewesen, dass sich eine so allseitige Opposition gegen den madrider Vertrag erhob und hätten selbst die katholischen Kantone durch Bestechung gegen den Vertrag aufgereizt, weil sie die Herrschaft über das Veltlin nicht aufgeben wollten. Die Beschuldigungen haben allerdings viel Wahrscheinlichkeit für sich, doch bemerken wir, dass andererseits auch entschiedene Beweise für die fried-

*) Wiener StA. Die Schriftstücke in diesen Angelegenheiten in der spanischen Correspondenz.

fertige Politik Spaniens in jener Zeit vorliegen, zu denen namentlich die oben geschilderte Haltung in der pfälzer Frage gehört. Wenn Spanien später den madrider Vertrag aufgab, so waren hiebei nicht die eigene Herrschsucht, sondern auch andere Gründe massgebend und zwar zunächst die Haltung der Bünde, welche ihre Herrschaft im Veltlin nicht beschränken lassen wollten und dann die zu Gunsten der Veltliner lautende Entscheidung des Papstes, auf die Philipp III vor seinem Tode seinen Sohn geradezu verwiesen hatte. Wir glauben also nicht, dass die spanischen Staatsmänner im Frühjahr 1621 die falsche Politik gespielt haben, die ihnen ihre Gegner zuschreiben, d. h. dass sie öffentlich für den Frieden sprachen, heimlich aber dagegen wühlten.

Ueber die Stellung, die der wiener Hof zu dieser Frage einnahm, sind wir genau unterrichtet. Im Monate Juni langten aus dem Veltlin die inständigsten Bitten und Beschwörungen beim Kaiser an, in denen er um Schutz gegen die Wiederkehr der Bündnerherrschaft ersucht wurde. Er forderte einige seiner Reichshofräthe zu einem Gutachten auf und obwohl die betreffenden Personen*) den Nutzen erkannten, welchen die Unterstützung der Veltliner für die Habsburger im Gefolge haben würde, und wie man dadurch wieder einen Fuss in die Schweiz setzen könnte, so waren sie doch sammt und sonders für die Ablehnung des Gesuches. Alles, was der Kaiser thun könne sei, dass er den Papst auf die gefährdete Lage der veltliner Katholiken aufmerksam mache.**) Die friedfertige Stimmung des wiener Hofes theilte der Erzherzog Leopold nicht, denn da er früher oder später den geistlichen Stand aufgeben, heiraten und seine Herrschaft in Tirol begründen wollte, so dachte er an ihre Erweiterung, hatte deshalb jenen Einfall ins Münsterthal begünstigt und wollte sich des Engadins und weiterer Gebiete bemächtigen. Maximilian von Baiern beobachtete mit Aufmerksamkeit diese Vorgänge und da er nicht wünschte, dass die geringen österreichischen Kräfte durch neue Unternehmungen

1621

*) Strahlendorf, Reck und Nostitz.

**) Wiener StA. Gutachten der Herren Strahlendorf, Reck und Nostitz dd. 9. Juli 1621.

in Anspruch genommen würden, so ersuchte er den Kaiser seinen Bruder zur Ruhe zu weisen.*)

Nach der Stimmung, die in Wien herrschte, würde die Mahnung Maximilians Früchte getragen und Leopold auf die kaiserlichen Weisungen hin die Bünde in Ruhe gelassen haben, wenn sich diese nachträglich mit dem madrider Vertrag einverstanden erklärt hätten. Aber auf einem Beitag, an dem sich die bündner Boten zu Chur versammelten, wurde ein neuer Angriff auf das Veltlin beschlossen und hiezu fast die ganze waffenfähige Mannschaft (an 12000 Mann) aufgeboten. Bevor derselbe durchgeführt wurde, fanden Verhandlungen zwischen den Räthen des Erzherzogs und einigen Vertretern der Bünde zu Innsbruck und später zu Imst über einen Ausgleich statt, die jedoch statt zur Einigung zur Vergrösserung des Zwiespaltes dienten, weil Oesterreich auf die Beseitigung alter Beschwerden und auf die Anerkennung seiner Oberhoheit über einige Bundesgebiete drang und sich auch darüber beklagte, dass die Bünde dem Kriegsmaterial, das aus Mailand dem Kaiser zu Hilfe geschickt wurde, den Pass verweigerten.

Während dem suchte der französische Gesandte Gueffier bei den Bünden für die Annahme des madrider Vertrags zu wirken, indem er ihn durch einige Zusätze den Katholiken annehmbarer aber dadurch wieder den Bündnern unannehmbarer machte. Das Veltlin sollte in das frühere unterthänige Verhältniss unter der Bedingung zurükkehren, dass die protestantische Religion daselbst ausgeschlossen bleibe und dass die wegen ihrer religiösen Ueberzeugung aus ihrem Besitze vertriebenen Katholiken (die sogenannten Bandirten) im ganzen Gebiete der drei Bünde wieder in denselben eingesetzt würden, daselbst wohnen, frei und ungehindert ihre Confession üben und Klöster, Kirchen und Schulen begründen dürften. Die protestantischen Bünde sollten also die finanziellen Vortheile, welche mit der Herrschaft über das Veltlin verbunden waren, mit der Schädigung ihrer Kirche und mit der Rückgabe der von ihnen mannigfach verwertheten Güter der Bandirten bezahlen. Der Herzog von Feria, der von diesen Einigungsversuchen Gueffiers Kenntniss erlangt

*) Wiener StA. Kurz an Ferdinand dd. 24. Juli 1621.

hatte, suchte sie zu hintertreiben und schickte deshalb einen Agenten an den Beitag in Chur, der die Bünde zur Anknüpfung von Verhandlungen in Mailand einlud und ihnen die Rückerstattung des Veltlins verhiess. Diese Aufforderung lehnte man in Chur ab, weil man sich den französischen Gesandten nicht entfremden und die französischen Jahreszahlungen nicht missen wollte, aber auch auf den Vorschlag Gueffiers ging man nicht ein, weil man die Herrschaft über das Veltlin nicht an Bedingungen knüpfen lassen wollte, die, ob sie von Frankreich oder Spanien ausgingen, dem Protestantismus Schranken setzten.

5. Oct. 1621 Mittlerweile wurden die zu Imst abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen, sie nahmen aber ein Ende, als es bekannt wurde, dass die Bünde ihren Zug nach dem Veltlin angetreten und dabei Worms angegriffen hätten. Das Unternehmen selbst nahm für die Angreifer einen unglücklichen Verlauf, sie wurden bei Worms mit blutigen Köpfen zurückgewiesen und nun beschlossen der Statthalter von Mailand und Erzherzog Leopold zur Offensive überzugehen, ersterer griff Cläven an und eroberte dasselbe, während der Oberst Baldiron von Tirol aus sich im obern und untern Engadin festsetzte. Die drei Bünde lagen zu Boden, wenn nicht Frankreich mit Waffengewalt auftrat, denn bald überflutheten die Oesterreicher auch den Prättigau. Vor den Verfolgungen der zuchtlosen Soldaten und ihrer Führer flüchteten sich zahlreiche Prediger und Bündner in die schweizer Kantone und vermehrten durch ihre Klagen den Groll aber auch die Bestürzung der Protestanten, denn niemand sprach davon, dass man den Geschlagenen mit den Waffen helfen müsse. Es blieb den Bedrängten nichts anderes übrig als neue Verhandlungen anzuknüpfen, um zu retten, was zu retten war. So kam am 25. Januar 1622 zu Mailand ein doppelter Traktat zu Stande, von denen der eine das Veltlin und die Grafschaft Worms, der andere die Bünde betraf. Im ersten Traktate verzichteten die letzteren auf ihre Herrschaft über das Veltlin und Worms gegen eine Jahreszahlung von 25000 Gulden: wem die Herrschaft über diese Gebiete zufallen oder ob sie frei sein sollten, wurde nicht bestimmt. Im zweiten Vertrage verpflichteten sich die Bündner zu einem ewigen Bündniss mit

10. Nov. 1621

13. Nov. 1621

Spanien und zur Gestattung des freien Durchzugs seiner Truppen nach Deutschland; die katholische Kirche sollte sich fortan frei unter ihnen ausbreiten dürfen. Zwischen dem Erzherzog Leopold und den Bünden wurde bestimmt, dass die letzteren das Bündniss mit dem Unterengadin, dem grauen Bunde und der Herrschaft Maienfeld aufgeben und so der Ausbreitung der österreichischen Macht über dieses Gebiet kein Hinderniss entgegensetzen sollten.

Es zeigte sich bald, dass Erzherzog Leopold den Bogen zu straff gespannt habe, als er nicht bloss seine Macht in dieser Weise ausdehnen, sondern auch der katholischen Kirche in dem gewonnenen Gebiet die Alleinherrschaft verschaffen wollte. Die Prättigauer, obwohl ihrer Waffen grösstentheils beraubt und an allen sonstigen Vorräthen Mangel leidend, erhoben sich plötzlich wie ein Mann, bewiesen eine geradezu ans Wunderbare grenzende Tapferkeit und vertrieben oder tödteten in kürzester Zeit die österreichischen Besatzungen. Das Ergebniss dieser Siege zeigte sich in Chur, als daselbst am 27. Juni ein Beitag abgehalten wurde. Das Bündniss mit Spanien wurde für aufgehoben erklärt, von Spanien die Rückgabe Claevens und von Leopold die Räumung der okkupirten Gebiete gefordert, und da der Erzherzog dieses Begehren ablehnte, ein Einfall in Tirol beschlossen. Die Bünde waren dabei von der Annahme geleitet, dass sich die Situation auf dem deutschen Kriegsschauplatz nicht ändern und den Erzherzog nöthigen werde, den grössten Theil seiner Truppen im Elsass zu unterhalten, und da diese Voraussetzung eintraf, erlangten sie nach Ausbruch des Kampfes mehrfache Erfolge. Nach der Schlacht bei Höchst änderte sich aber die Lage zu ihren Ungunsten, in Folge der hier erlittenen Niederlage mussten sich Christian von Halberstadt und Mansfeld nach Frankreich zurückziehen und damit war der Elsass vor jedem Angriff gesichert und der Erzherzog konnte seine zahlreichen Streitkräfte verwenden, wo er wollte. Als trotzdem die Bündner den Kampf fortsetzten, erlitten sie bei Canova am 12. September eine Niederlage, die eine arge Demoralisation unter ihnen im Gefolge hatte: ein Schlag traf sie jetzt nach dem andern. Ueber Anregung der Eidgenossen hatten indessen Verhandlungen in Lindau begonnen,

24. April 1622

1622

1622

an denen sich Vertreter der Eidgenossenschaft, der Bünde und des Erzherzogs betheiligten. Es kam ein Vertrag zu Stande, in welchem das Unterengadin und das Gebiet des grauen Bundes wieder an Oesterreich abgetreten wurde, die Herrschaft Maienfeld dagegen den beiden anderen Bünden bleiben sollte. Auf dem Beitage zu Chur wurde der lindauer Vertrag mit Stimmenmehrheit angenommen.

Alle diese Abmachungen sowohl die zu Lindau, wie die zu Mailand musste man umsomehr als provisorische ansehen, da sie zwar im Sinne aber nicht nach dem ausdrücklichen Befehl der massgebenden Auktoritäten, des Kaisers und des Königs von Spanien, abgeschlossen worden waren, diese also die ihnen darin eingeräumten Vortheilen aufgeben konnten, wenn Frankreich sein Veto einlegte. Auf den Widerstand Frankreichs musste man aber gefasst sein, denn wie konnte man erwarten, dass es demjenigen Hause die Erwerbung neuer Gebiete gestatten würde, das so eben durch den böhmischen Aufstand an den Rand des Abgrundes gebracht war und das — nach französischer Auffassung — nur dadurch vor dem tödtlichen Sturz bewahrt wurde, dass der König seine rettende Hand dem Kaiser bot. Als oberster Grundsatz der französischen Politik galt, den Spaniern keine Eroberung zu gestatten, und nun sollte dies auf Kosten alter Verbündeten der Krone Frankreichs geschehen und so Schande auf den französischen Namen gehäuft werden? Das ganze System der Allianzen, denen Frankreich seine Bedeutung verdankte, war bedroht, wenn es länger ruhig zusah. Seine Ruhe war bis dahin keine freiwillige, im J. 1621 war der Krieg mit den Hugenotten ausgebrochen, der den König zu jener demüthigenden Rolle nöthigte, die er bei Gelegenheit des mansfeldischen Einbruches spielte. Nun 1622 war aber dieser Krieg seit dem 19. October durch einen Vertrag beendet, den Ludwig vor Montpellier unterzeichnete und der ihm die freie Verfügung über seine Kräfte gestattete. Man erwartete nun nichts anderes, als dass er dieselben gegen Spanien benützen würde und legte ihm dies allerseits nahe, denn als er darauf für kurze Zeit in Avignon weilte, kam der Herzog von Savoyen zu ihm und ersuchte ihn dringend um seine Intervention in den Bünden und seine Bitten wurden

von dem venetianischen Gesandten und dem kriegslustigen Connetable dem Herzog von Lesdiguières unterstützt.*) Der König machte Versprechungen, da es aber noch nicht zum Abschluss eines Vertrags kam, so betraute der Herzog von Savoyen nach seiner Abreise seinen Sohn mit der Fortführung der Verhandlung und durch dessen Bemühungen kam ein Vertrag zwischen Frankreich, Venedig und Savoyen zu Stande, der am 7. Februar 1623 zu Lyon unterzeichnet wurde, die Restitution der Bünde in ihre Herrschaft zum Gegenstande hatte und zu diesem Zwecke die Verbündeten zur Aufstellung eines Heeres von 36000 Mann verpflichtete. Wenn Spanien und Oesterreich die erlangten Vortheile nicht aufgaben, musste ein kriegerischer Zusammenstoss erfolgen.

Zwei Fürsten hatten ein hervorragendes Interesse daran, dass der Krieg, der auf diese Weise in Aussicht stand, nicht ausbreche und so richteten beide lange vor dem Abschlusse des lyoner Vertrages ihre Thätigkeit darauf, dass der Stein des Anstosses zwischen Spanien und Frankreich hinweggeräumt werde. Der eine dieser Fürsten war der Papst, der aus religiösen Interessen einen Kampf zwischen katholischen Mächten zu verhindern wünschte, der andere Maximilian von Baiern, der sich um die Zustimmung Frankreichs für die Uebertragung der Kur bewerben wollte und einen abweislichen Bescheid fürchten musste, wenn sich Frankreich gegen Spanien und in weiterer Folge gegen den Kaiser erklärte.

Um den Ausbruch der Feindseligkeit zu verhindern, begann Maximilian einen diplomatischen Feldzug, der wenn auch nicht ganz vom Erfolg gekrönt jedenfalls mit grosser Geschicklichkeit und Ausdauer geführt wurde. Er brachte Vorschläge auf die Bahn, die die beiden rivalisirenden Mächte befriedigen sollten, es handelte sich ihm aber eigentlich darum, dass Frankreich sein altes Bündniss mit den deutschen Protestanten aufgebe und sich den Katholiken anschliesse. Er wollte in Deutschland den Friedens- und Besitzstand in der Weise sichern, wie er sich nach der Aechtung des Pfalzgrafen gestalten sollte, und namentlich — wie wir nicht ohne Grund vermuthen — durch Frankreichs Dazwischen-

*) Münchner StA. Valerian an Jocher dd. 12. November 1622.

kunft sich die Unterpfalz erwerben. Er hatte also dabei sein Interesse im Auge. Zur Entschuldigung oder zur Verurtheilung dieser mit dem Auslande kokettirenden Politik kann man nur sagen: er that dasselbe, was alle deutschen Fürsten zu allen Zeiten thaten, indem sie ihre persönlichen Interessen berücksichtigten, die tüchtigen brachten allerdings ihre Interessen mit den allgemeinen in Einklang und dankten dem ihre Erfolge.

Zur Durchführung seines Planes bediente sich Maximilian der Mitwirkung eines Vertrauensmannes, den er im September 1622 nach Paris abschickte und der gleich dem P. Hyacinth dem Kapuzinerorden angehörte: es war dies ein Italiener, ein gewisser P. Valerianus Magni. Maximilian brauchte nicht zu fürchten, dass er durch die Absendung dieses Mannes das Misstrauen des wiener Hofes wecken werde, denn der Kaiser hatte ihm aufgetragen, den König Ludwig für die Uebertragung der Kur zu gewinnen und er folgte also nur dem ihm ertheilten Auftrage, wenn er in Frankreich Verhandlungen anknüpfte. Nur beschränkte sich der Auftrag, den er dem genannten Kapuziner gab, nicht auf diesen Punkt allein, sein Vertrauensmann sollte auch die Beilegung der veltliner Streitigkeiten versuchen und ein Bündniss zwischen Frankreich und der Liga zu Stande bringen.*) Dem Befehl des Herzogs entsprechend schlug deshalb P. Valerianus nach seiner Ankunft in Paris dem Kanzler Brulart de Sillery und dem Präsidenten Jeannin für den Ausgleich in der veltliner Streitfrage vor, dass die festen Plätze daselbst einem unparteiischen Fürsten überantwortet werden und die endliche Entscheidung über das Schicksal des Veltlins späteren Vereinbarungen überlassen bleiben sollte. Mit diesem Auskunftsmittel waren die beiden französischen Staatsmänner nicht zufrieden, sie wollten nichts von der Uebergabe der festen Plätze an einen dritten wissen, weil dadurch die Entfernung der Spanier verzögert würde. P. Valerian trat nun in einer zweiten Conferenz mit einem neuen Vorschlag hervor, der mehr geeignet schien

*) Die Instruction, die Valerianus für seine Reise nach Frankreich von Maximilian erhielt, haben wir nicht gefunden; es standen uns nur die Briefe zu Gebote, in denen er über sein Thun nach München berichtet und aus denen wir auf seine Aufträge schliessen können.

den Frieden zu sichern: er schlug vor, dass das Veltlin und die Grafschaft Worms als gleichberechtigtes Bundesglied den drei anderen Bünden beitreten solle. War dies der Fall, so war die katholische Kirche daselbst gegen alle Angriffe gesichert, den Wünschen des Papstes entsprochen, und den Spaniern jeder Vorwand genommen, die einzelnen Plätze besezt zu halten. *) Aber auch dieser Vorschlag gefiel in Frankreich nicht, wohl deshalb, weil man fürchtete, dass, wenn die Veltliner ihre Angelegenheiten selbständig bestimmen würden, sie gute Beziehungen zu Mailand unterhalten, den spanischen Truppen stets den Pass nach Deutschland bewilligen und so der Vortheil aus der neuen Gestaltung der Dinge doch Spanien zu Gute kommen würde. Als Maximilian erfuhr, welchen Schwierigkeiten diese Verhandlungen in Paris begegneten und wie sein Agent auch den Anfeindungen des spanischen Gesandten ausgesetzt sei, trug er ihm auf zu betonen, dass es ihm nur um den Frieden zu thun sei, im übrigen aber sich hinter die Person des Nuncius zu flüchten, dem vom Papste die Vermittlung in dieser Angelegenheit übertragen sei und der sonach das erste Wort zu sprechen habe. Im Laufe des Monats Januar berichtete P. Valerian nach München, dass sich das französische Cabinet entschlossen habe, den Papst zu bevollmächtigen, in der veltliner Angelegenheit nach seinem Gutdünken zu entscheiden, doch sollte diese Entscheidung auf dem madrider Vertrage fussen und also die Herrschaft der Bünde im Veltlin hergestellt werden. Der Mönch bemerkte, dass er sich alle Mühe gegeben habe seinem Vorschlag wegen Aufnahme Veltlins als selbständiges Bundesglied in die drei Bünde allseitige Zustimmung zu verschaffen und dass Spanien jetzt selbst damit einverstanden sei. Welcher Art der Vertrag war, der im darauf folgenden Sommer in Rom geschlossen wurde, darüber werden wir später berichten.

1623

Seine weitere Thätigkeit beschränkte der Kapuziner nun hauptsächlich auf den dritten Punkt seiner Instruction auf den Abschluss des Bündnisses, er war dabei von der richtigen Ueberzeugung geleitet, dass wenn er damit zum Ziele komme,

---

*) Münchner StA. P. Valerian an Jocher (?) dd. 29. October 1622 und die folgenden Briefe.

die Frage bezüglich der Kur von selbst gelöst sei. Er schlug nicht direkt das Bündniss vor, aber machte mancherlei Anspielungen darauf, bemerkte auch, wie vortheilhaft dasselbe für Spanien sei, so dass der Präsident Jeannin ihn durch einen Agenten hierüber ausholen liess. Nun spielte aber Valerian den Verschlossenen, wies auf die nachgiebige Haltung Frankreichs gegen Mansfeld, wollte scheinbar nichts von einem Bunde wissen und machte dadurch, wie er glaubte, den Präsidenten nur noch begieriger zur Anknüpfung von Verhandlungen. Maximilian billigte seine Haltung und trug ihm auf, aus seiner Reserve nicht herauszutreten, so lange man ihm nicht die feste Zusage gebe, dass Frankreich sich mit den deutschen Katholiken einigen wolle; erst dann solle er sich in Verhandlungen über die Bedingungen des Bündnisses einlassen.*) Bei dem König sollte Valerian darauf hinweisen, dass die Protestanten aller Länder eine revolutionäre Partei bilden, deren Bekämpfung in seinem wohlverstandenem Interesse liege. Es zeigte sich aber jetzt, dass den französischen Staatsmännern das Bündniss mit den deutschen Katholiken nicht so sehr am Herzen lag, wie der Kapuziner vermuthete, da mehrere Wochen vorübergingen, ohne dass es zu ernstlichen Verhandlungen gekommen wäre. Maximilian ertheilte deshalb seinem Gesandten den Auftrag, die Kurfrage zuerst ins Reine zu bringen.**)

Mit dieser Angelegenheit hatte es keine Schwierigkeit, da man von Frankreich aus schon vordem, wahrscheinlich auf die ersten Andeutungen P. Valerians, dem Gesandten Baugy den Auftrag gegeben hatte, in Regensburg für die Uebertragung der Kur an Maximilian zu wirken. Als nun aber Valerian die Bündnissvorschläge selbst auf die Bahn brachte, machte er die Erfahrung, dass sich der vermuthete Eifer bei den Franzosen verflüchtigt habe. Nichtsdestoweniger verzweifelte er nicht an dem Gelingen seiner Aufgabe; in einer Conferenz, die er in dieser Angelegenheit mit dem Kanzler Brulart und mit dem Staatssekretär Puysieux abhielt, bemühte er sich die Vortheile der Allianz klarzustellen, indem er auf die Kriegsmittel der

27. Januar 1623

*) Münchner StA. Max. an P. Valerian dd. 13. December 1622.

**) Ebenda. Max. an P. Valerian dd. 3. Januar 1623.

Liga hinwies und bemerkte, dass sie im Stande sein würde, gegen die Macht der Habsburger ein wirksames Gegengewicht zu bilden (!) und die Allianz mit ihr demnach allen willkommen sein müsse, die sich von diesem Hause bedrückt fühlten. Seine Vorstellungen hatten nur das Resultat, dass man ihm keine endgiltige Antwort ertheilte, sondern diese bis zu einer neuen Berathung verschob. Valerian glaubte die zögernde Haltung der Franzosen damit erklären zu müssen, dass das von ihnen gehoffte Zerwürfniss zwischen Spanien und Baiern nicht eingetreten sei, denn nur unter dieser Voraussetzung habe das Bündniss für sie einen Werth. *)

Das war übrigens nicht der einzige Grund. Denn so sehr auch das Anerbieten der katholischen Allianz dem Interesse und der Eigenliebe der französischen Staatsmänner schmeichelte, so durften sie doch nicht ohne weiters zugreifen, weil der Bund mit den Katholiken jedes Bündniss mit den deutschen Protestanten ausschloss, diese und die Holländer hätten sich Frankreich entfremdet, was mit Nothwendigkeit die Umgestaltung der politischen Beziehungen unter den europäischen Staaten und die Bildung neuer Allianzen zur Folge gehabt hätte. Denn wiewohl sich Maximilian mit keinen feindlichen Plänen gegen den Kaiser oder dessen Besitzstand trug, sondern nur den Besitzstand festhalten wollte, wie er sich auf dem Deputationstag in Regensburg gestalten sollte, so würde die Freundschaft mit Frankreich wenn nicht ihn, so doch seine Nachfolger zur Anfeindung der Habsburger geführt haben. Sobald sich aber der Kaiser von den Katholiken preisgegeben sah, so musste er sich den deutschen Protestanten nähern, was nebenbei nicht ohne Einfluss auf die inneren Verhältnisse Oesterreichs geblieben wäre. Der Gewinn den Frankreich durch den Anschluss der Katholiken erlangt hätte, wäre mehr als aufgewogen gewesen durch den Abfall der protestantischen Bundesgenossen. Dies bedachte man wohl und wenn Ludwig die Verhandlungen mit Maximilian noch weiter führte, so wollte er dies nur unter der Bedingung thun, dass er seine Beziehungen zu den Protestanten offenkundig weiter aufrecht hielt und mit der Liga sich heimlich

*) Münchner StA. Valerian an Max. von Baiern dd. 28. Januar 1623.

alliirte, nicht um ihre Kräfte für sich zu verwerthen, sondern sie dem Kaiser zu entziehen und sie so lahmzulegen. Ihm war nur die Neutralität der Liga erwünscht, nicht ihr Bündniss.

Entsprechend dieser Auffassung war auch die Antwort, welche der Kapuziner nach einer langen Zwischenpause von Puysieux erhielt. Das Bündniss wurde von Frankreich abgelehnt, nichtsdestoweniger aber dem Herzog von Baiern einige wichtige Zugeständnisse eingeräumt, nicht unter der ausdrücklichen aber doch selbstverständlichen Bedingung, dass er sich fortan neutral verhalte. Das erste Zugeständniss bestand darin, dass der König den Herzog in der Behauptung der kurfürstlichen Würde beschützen wolle; das zweite, dass er sich seiner Interessen annehmen und zu diesem Zwecke den Grafen Mansfeld von dem Angriffe auf Baiern zurückhalten wolle; das dritte, dass er den Herzog mit Geld unterstützen werde, wenn er nicht selbst in Noth sei. Die Worte, deren sich Puysieux bei dieser Gelegenheit bediente, liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass man auf französischer Seite verlange, dass Maximilian nichts von den pfälzischen Besitzungen einem Dritten überlasse, sondern alles selbst behaupte, in dieser Beziehung wollte man auch gegen die Holländer seine Sache führen. Valerian war mit der Antwort nicht zufrieden und bemerkte in seinem Berichte, dass sie ungünstiger laute, als eine drei Wochen vorher gegebene uns aber unbekannte, welche die heimliche Geldhilfe an keine Bedingungen geknüpft habe.*) Er bemühte sich noch jetzt den französischen Staatsmännern den Abschluss des Bündnisses als vortheilhaft zu schildern und suchte die Gesandten von Venedig und von Savoyen für dasselbe zu gewinnen. Er fand bei ihnen das beste Entgegenkommen wozu die Waffenerfolge der Liga gewiss das ihrige beitrugen, auch Puysieux machte ihm auf seine neuerlichen Vorstellungen mehr Hoffnung und versicherte dass Mansfeld den Befehl erhalten habe, das Gebiet der Ligisten nicht anzugreifen, er verlangte aber zu wissen, wie sich Maximilian und die Liga gegen ihn verhalten würde.**)

Mittlerweile mag jedoch von dem französischen Gesandten,

---

*) Valerian an? (P. Hyacinth?) dd. 18. Februar 1623. Münchner StA.

**) Münchner StA. Valerian an Max. dd. 25. März 1623.

der in Regensburg weilte, die Nachricht eingelaufen sein, dass Maximilian und die Liga energische Anstalten träfen, um sich den Raubzügen Mansfelds und seinen gegen den Kaiser beabsichtigten Angriffen zu widersetzen, und so verwarf man endgiltig das Bündniss mit der Liga, da man sie nicht zur Neutralität bewegen konnte. Valerian verzweifelte an einem weitern Erfolge, weil man jetzt als Preis für das Bündniss eine feindselige Haltung gegen Spanien verlangte und empfahl dem Herzog, eine andere Person mit den Verhandlungen zu betrauen.*) Wenn aber die französischen Staatsmänner auf die angebotene Allianz nicht eingingen, so wollten sie deshalb den Herzog nicht als Feind behandeln, sondern ersuchten ihn durch einen eigenen Gesandten, wahrscheinlich im Monat März, um seine Neutralität und boten als Entgelt ihm und der Liga Schutz vor Mansfeld und vor den Holländern an. Maximilian erklärte dagegen, dass er den Kaiser den Angriffen nicht preisgeben und die katholische Liga gegen allfällige Gefahren sichern müsse und lehnte also die Neutralität ab, bat aber trotzdem im Geheimen um Subsidien, im Falle die Verhältnisse sich für die Liga nicht günstig gestalten würden.**)

1623

V

Aus diesen Angaben ersieht man, dass man in Deutschland, zur Zeit als der Deputationstag beisammen war, die abermaligen Rüstungen Mansfelds auf Frankreichs Rechnung setzte und dass die französischen Staatsmänner gar nicht in Abrede stellten, dass sie auf den Grafen einen Einfluss üben und ihm die Richtung seines Angriffes vorschreiben könnten. Die grösste Unterstützung fand jedoch der Graf bei den Holländern, die allerdings ein Interresse daran hatten, wenn der Krieg grosse Dimensionen annahm und wieder in Deutschland wüthete, weil sie nur dann sicher vor den spanischen Angriffen waren. Nachdem Mansfeld bereits seit drei Monaten in ihrem Dienste stand, rückte er mit

*) Münchner StA. Valerian an Max. dd. 1. April 1623.
**) Münchner StA. Max. an Valerian dd. 28. Mai 1623.

ihrer Zustimmung nach Ostfriesland und stellte von dort aus neue Werbungen an, um im Frühjahr nach dem Inneren Deutschlands aufzubrechen. Den Werbungen hing man ein Mäntelchen um: Christian von Halberstadt, der jetzt unter dem Grafen die Stelle eines Generallieutenants einnahm, erklärte in offenen Patenten, dass sie für die Generalstaaten bestimmt seien*) und vermied es also einzugestehen, dass man mit ihrer Hilfe die Restitution des Pfalzgrafen bewirken wolle. In Norddeutschland fürchtete man bereits die mit den Rüstungen des Halberstädters in Verbindung stehenden Verwüstungen und selbst der Kurfürst von Brandenburg konnte trotz seiner Sympathien für den Pfalzgrafen nicht umhin seinen Besorgnissen Ausdruck zu geben.**)

Auch Wilhelm von Weimar tauchte wieder auf und trat mit einem Plan hervor, der als eine Art Gegenstück zu der vom Kaiser patronisirten societas christianae defensionis aufzufassen ist und — nebenbei gesagt — sich als gleich erfolglos erwies. Der genannte Herzog wollte einen „Friedensbund" begründen, der aus offenen und geheimen Theilnehmern bestehen und sich zu Beiträgen verpflichten sollte, mit denen man eine „starke Armada" ausrüsten und die nöthigen Magazine errichten könnte. Der Zutritt sollte jedermann ohne Unterschied der Religion gestattet und der Zweck desselben die Restitution des Pfalzgrafen in den Besitz seiner Erbländer und seines böhmischen Wahlreichs sein.***) Im ersten Eifer suchte Wilhelm alle Welt für sein Unternehmen zu gewinnen und schickte auch einen Gesandten nach dem Haag ab, der die Generalstaaten um ihre Unterstützung bitten sollte. Alle diese Anstrengungen hatten jedoch keinen Erfolg und Wilhelms Thätigkeit war nur insoferne fruchtbringend für den Pfalzgrafen, als er durch seine Mittel zur Vergrösserung der neu aufzustellenden Armee beitrug und auch seinen Bruder den Herzog Friedrich dahin brachte, dass dieser einige Fähnlein Kriegsvolk in Bereitschaft halten und

*) Münchner StA. Patent Christians von Halberstadt dd. $\frac{22.\ \text{Oct.}}{1.\ \text{Nov.}}$ 1622.

**) Sächs. StA. Kurbrandenburg an Kursachsen dd. $\frac{29.\ \text{Dec.}\ 1622.}{8.\ \text{Jan.}\ 1623.}$

***) Statuten und Manifest des Friedensbundes dd. 17. Oct. 1622. Münchner Staatsarchiv.

sie mit dem von ihm selbst geworbenen Volke verbinden wollte. Bei Abschluss des betreffenden Vertrages zahlte Friedrich seinem Bruder Wilhelm 30000 Thaler aus.*) Der letztere leitete auch Unterhandlungen mit dem Fürsten Ludwig von Anhalt ein, in Folge deren sich dieser zur Zahlung einer Summe von 35000 Thalern zur Unterstützung der Werbungen verpflichtete. Wir ersehen aus den hiebei gewechselten Schriftstücken, dass Wilhelm 6000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter anwerben wollte.**)

Die Herzoge von Weimar hatten beim Abschluss ihres wechselseitigen Vertrages die Hoffnung ausgesprochen, dass der niedersächsische Kreis sie mit ihren Truppen in den Dienst nehmen werde, sie glaubten also, dass sich derselbe dem Pfalzgrafen anschliessen und so endlich die auf ihn seit drei Jahren gesetzten Erwartungen erfüllen würde. Als sich die Kreisstände Anfangs Februar in Braunschweig versammelten, lagen ihnen zwei Schriftstücke vor, die sie in eine feindliche Bahn gegen den Kaiser drängen sollten: das eine war eine Anzeige des Grafen Mansfeld, dass er nur dann die Waffen niederlegen werde, wenn die Spanier und Ligisten dasselbe thun würden und enthielt zugleich die Aufforderung demgemäss entsprechende Beschlüsse zu fassen; das andere war ein Gesuch des Herzogs Wilhelm von Weimar, in dem er die von ihm betriebene Anwerbung von 8000 Mann anzeigte und um ihre Aufnahme in die Dienste des niedersächsischen Kreises ersuchte.***)

6. Febr. 1623

Nach mancherlei Verhandlungen wurde in Braunschweig der Beschluss gefasst, nicht nur den Herzog Wilhelm mit seinen Truppen in Dienst zu nehmen, sondern noch weitere Rüstungen anzustellen, und zu diesem Behufe 7000 Mann zu Fuss und 3000 zu Ross anzuwerben. Der niedersächsische Kreis hätte auf diese Weise über 18000 Mann verfügt. Man wollte sich dadurch

*) Münchner StA. Vertragsentwurf zwischen Wilhelm und Friedrich von Weimar dd. 2./12. Januar 1623. Der Vertrag zwischen beiden Herzogen dd. 17./27. Jan. 1623.

**) Münchner StA. Vertrag zwischen Wilhelm von Weimar und Ludwig von Anhalt dd. 17./27. Januar 1863.

***) Sächs. StA. Mansfeld an die niedersächs. Kreisstände dd. 12./22. Januar 1623. — Ebend. Instruction Wilhelms von Weimar für seine Gesandten dd. 12./22. Januar 1623.

gegen Gewalt und Plünderung schützen und rechtfertigte mit diesem Argument die gefassten Beschlüsse gegen den Kaiser, aber dass sich hinter ihnen doch nur feindselige Absichten gegen den letzteren bargen, zeigten die Verhandlungen zur Genüge. Denn wenn man wahrhaft neutral sein und sich gegen Gewalt schützen wollte, so musste man die Flussübergänge über die Weser und andere Flüsse besetzen und weder dem Grafen Mansfeld noch dem Halberstädter gestatten über dieselben vorzurücken. Man fasste zwar einen entsprechenden Beschluss, allein er wurde dem Halberstädter gegenüber nicht durchgeführt, da man ihn an der Besetzung einiger Orte des niedersächsischen Kreises nicht hinderte und als man später die Frage aufwarf, ob man nicht die Hilfe der Kaiserlichen anrufen solle, wenn Mansfeld vorrücken oder die Mansfelds, wenn die Kaiserlichen den Kreis überschwemmen würden, liess man diese Frage unerledigt. Es war überhaupt nicht anders möglich, als dass sich auf dem Kreistage eine wenn auch verdeckte Feindseligkeit gegen den Kaiser geltend machte, da der Kurfürst von Brandenburg den von Sachsen, wie wir gleich berichten werden, zum Angriff auf den Kaiser zu bereden suchte, und die Haltung des Brandenburgers im gegenwärtigen Augenblick massgebend in Norddeutschland war. Zum Obersten über das gesammte Kriegsvolk des Kreises wurde der Herzog Georg von Lüneburg gewählt und ihm ein entsprechender Regimentsstab an die Seite gestellt.*) Da man jedoch, soweit man dies mit Worten erreichen konnte, den Krieg vom niedersächsischen Kreise fernhalten wollte, so beschloss man die Absendung einer Deputation an Mansfeld, um ihn zu mahnen, seine Truppen, die über die Weser gerückt und dadurch in das Kreisgebiet gekommen waren, zurückzurufen. Mansfeld entgegnete, dass er diesem Wunsche gern nachkommen würde, dass die Truppen jedoch dem Herzog Christian gehörten, der mit ihm jede Ver-

*) Sächs. StA. Beschluss des niedersächsischen Kreistages dd. 8./18. Februar 1623. Wir besitzen aus dem sächs. StA. ein doppeltes Verzeichnis der niedersächsischen Kreistagsbeschlüsse. In dem einen ist nicht davon die Rede, dass der Herzog Wilhelm von Weimar in die Dienste des niedersächsischen Kreises aufgenommen wird, in dem andern wird dieses genau bestimmt.

bindung abgebrochen habe.*) Was es damit für eine Bewandtniss hatte, werden wir bald hören.

Der Kaiser und seine Geheimräthe sahen mit Misstrauen dem Zusammentritte des niedersächsischen Kreistages entgegen und ersuchten den Kurfürsten von Sachsen um seine Intervention, damit auf demselben keine feindseligen Beschlüsse gefasst würden, eine Bitte, die der Kurfürst wegen der Verfolgung der Anhänger der augsburger Confession in Böhmen abschlägig **) beantwortete. Gleichzeitig forderte der Kaiser auch einzelne Fürsten, die im niedersächsischen Kreis begütert waren, direkt um ihre Mithilfe bei der Verfolgung Mansfelds und des Halberstädters auf, so den König von Dänemark und den Herzog Christian den älteren von Lüneburg-Zelle. Bei Dänemark hatte diese Aufforderung selbstverständlich keinen Erfolg, dagegen zeigte Christian der ältere nicht übel Lust dem Ansuchen des Kaisers Folge zu leisten, wenigstens begann er mit dem letztern eine vertrauliche Correspondenz, aus der man so viel mit Sicherheit entnehmen kann, dass er sich die mansfeldischen Truppen vom Leibe halten wollte. Zum Schlusse gab der Kaiser seine Zustimmung zu den Werbungen des niedersächsischen Kreises unter der Bedingung, dass man sich bei allfälligen Angriffen gegen Mansfeld wehre. ***)

Im Reichshofrathe wurde auch die Frage aufgeworfen, ob man nicht den Halberstädter mit der Acht belegen solle und man beschloss hierüber das Gutachten Kursachsens und Kurbrandenburgs einzuholen. †) Bald hätte es jedoch der Zufall gefügt, dass der Kaiser von diesem rührigen Gegner nicht weiter angefeindet worden wäre. Mansfeld scheint gegen den Halberstädter eifersüchtig und misstrauisch geworden zu sein und aus diesem Grunde ihm die nöthige Unterstützung verweigert zu haben, als Christian von dem Bisthum Minden

*) Sächs. StA. Relation der niedersächsischen Kreisgesandten dd. 12./22. Februar 1623.

**) Wiener StA. Kursachsen an Ferdinand dd. 1./11. Februar 1623.

***) Wiener StA. Ferdinand an die niedersächsischen Kreisstände dd. 14. März 1623. — Ebend. Ferdinand an Christian IV dd. 10. Febr. 1623. — Ebend. an Christian von Lüneburg.

†) Wiener StA. Der Reichshofrath an den Kaiser dd. 10. Februar 1623.

1623 aus, wo er sich mit seinen Truppen im Januar befand, einen Angriff auf Rinteln versuchte. *) Da der letztere dadurch beleidigt war und von Mansfeld als Genugthuung verlangte, dass alle Truppen ihm ebenso, wie dem Grafen den Eid leisten sollten, mit diesem Begehren aber abgewiesen worden zu sein scheint, so erweiterte sich die Entfremdung zwischen den beiden Kampfgenossen derart, dass der Halberstädter seine Stellung als Generallieutenant aufgab. Gerade in dem Augenblicke, als dieser Streit ausbrach, bemühte sich neuerdings seine Mutter ihn von der Verfolgung der abenteuerlichen Bahn abzuhalten und mit dem Kaiser auszusöhnen. In einem Briefe, der keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit dieses Wunsches zulässt, suchte sie ihrem Sohne das Unschickliche seiner Verbindung mit den Holländern, die doch von Natur nur Rebellen seien und das Unpassende, dass er als Herzog unter dem Commando Mansfelds stehe, nahezulegen und ihn weiteren Eröffnungen zugänglich zu machen. **) Obwohl dieses Schreiben nicht an seine Adresse gelangte, so erreichte die Mutter Christians doch so viel, dass er sich zu Unterhandlungen mit seinem Bruder dem Herzog Friedrich Ulrich erbötig zeigte, wodurch seine Trennung von Mansfeld besiegelt, und wie die Mutter wahrscheinlich hoffte, seine Aussöhnung mit dem Kaiser angebahnt werden sollte. Beide Brüder hatten eine Zusammenkunft in (24. Febr. 1623) Kalenberg und hier versprach Christian von seinem bisherigen Bündnisse mit dem „König Friedrich" und dem Grafen Mansfeld abzulassen, seine Truppen von dem Eid, mit dem sie dem ersteren verpflichtet seien, zu entbinden, mit ihnen in den Dienst seines Bruders zu treten und dem niedersächsischen Kreisobersten — doch ohne seinem Obercommando unterthan zu sein — treuliche Assistenz zu leisten, wofern der etwaige Angriff nicht den Generalstaaten oder dem König Friedrich gelten würde, auf alle Fälle sollte aber Mansfeld von dem Einmarsch in die Besitzungen des Herzogs von Braunschweig

*) Münchner StA. Instruction Christians von Halberstadt für den Grafen von Isenburg dd. $\frac{\text{26. Januar}}{\text{5. Februar}}$ 1623. Oppel berichtet über den Streit des Halberstädters ausführlich.

**) Oppel I, 406.

mit Gewalt abgehalten werden. Das Document, in dem diese Bedingungen verzeichnet waren, wurde nicht bloss von den beiden Brüdern, sondern auch von ihrer Mutter unterfertigt. Friedrich Ulrich berichtete an den Kaiser über den zu Kalenberg abgeschlossenen Vertrag und drückte seine Befriedigung darüber aus, dass die Verbindung Christians mit Mansfeld gelöst sei und dass er seine Truppen keineswegs gegen den Kaiser oder gegen die Katholiken verwenden, sondern allmälig abdanken werde. Um dieser seiner gegenwärtigen Haltung und um seiner grossen Jugend willen möge ihm der Kaiser seinen begangenen Fehler verzeihen und ihn im Besitze von Halberstadt lassen.*) Eine gleiche Bitte that Christian von Dänemark, der also auch von dem Glauben beseelt war, dass sein Neffe nunmehr in friedliche Bahnen einlenken werde.**) Der Kaiser fühlte sich durch diese beiden Zuschriften etwas beruhigt und antwortete dem Herzog Friedrich Ulrich, dass, wenn sich seine Versprechungen erfüllen würden, er seinen Wünschen Rechnung tragen wolle.***)

Wenn die bezüglich des Halberstädters gehegten Hoffnungen in Erfüllung gehen sollten, so hätte sein Bruder nicht jenen Ausnahmsfällen zustimmen dürfen, die der erstere für die Unterstützung des Kreisobersten festsetzte. Diese Ausnahmsfälle zeigten zur Genüge, dass die Spannung zwischen Christian und Mansfeld nicht so weit ging, um den ersteren der gemeinsamen Sache zu entfremden und namentlich zum Angriff gegen die in Diensten „König Friedrichs" stehenden Truppen — zu denen doch Mansfeld mit seinem Kriegsvolke gehörte — zu vermögen, sondern dass es sich ihm hauptsächlich darum handelte, von seiner bisherigen Unterordnung unter Mansfeld loszukommen und die Verpflegung seiner Truppen seinem Bruder aufzubürden, der sich in der That beim Abschlusse des Vertrages zur Auszahlung von 100000 Thalern erboten hatte. †)

*) Wiener StA. Friedrich Ulrich an den Kaiser dd. $\frac{\text{25. Febr.}}{\text{7. März}}$ 1623.

**) Sächs. StA. Christian IV [an Ferdinand II] dd. 6./16. März 1623.

***) Wiener StA. Ferdinand an Friedrich Ulrich dd. 3. April 1623.

†) Sächs. StA. Vertrag zwischen den beiden Herzogen von Braunschweig dd. 14./24. Februar 1623.

Friedrich Ulrich wurde bald genug des Fehlers inne, den er in Kalenberg begangen, und um ihn wieder gut zu machen, legte er seinem Bruder einen Revers zur Unterzeichnung vor, in dem er sich verpflichten sollte, seine Truppen nach drei Monaten ohne jede Widerrede zu entlassen. Dieser Bedingung nachzukommen weigerte sich aber Christian, indem er seinem Bruder schrieb, dass er sie nur dann erfüllen werde, wenn der Kaiser und die katholischen Stände ihm genugsame Sicherheit gegen weitere Ueberfälle bieten würden.*) Gleichzeitig zeigte er sich mit dem im Herzogthum Braunschweig und im Stifte Minden eingenommenen Quartieren nicht zufrieden, sondern rückte auch nach dem Bisthum Hildesheim vor und stand so mitten im niedersächsischen Kreise. Hätten die niedersächsischen Kreistände den Muth gehabt den Kaiser anzugreifen — wozu sie nicht übel Lust hatten — so hätten sie sich dem Halberstädter anschliessen müssen und vielleicht wäre dies geschehen, wenn der Kurfürst von Sachsen trotz aller Missbilligung der regensburger Vorgänge sich nicht für den Kaiser erklärt und einen Antrag auf dessen Bekämpfung, den der Kurfürst von Brandenburg ihm eben machte, abgelehnt hätte. Dieser merkwürdige Antrag wurde bei Gelegenheit einer Zussammenkunft beider Fürsten in Annaberg gestellt.

Anfangs März 1623

Der Kaiser hatte den Kurfürsten von Sachsen gleich nach vollzogener Investitur von derselben benachrichtigt und ihn nochmals zur Reise nach Regensburg eingeladen, damit man über den dem Mansfelder und Halberstädter zu leistenden Widerstand berathen könne. Gleichzeitig schickte er Herrn Ilburg von Wresowic nach Dresden ab, damit dieser durch seine persönlichen Bemühungen den Kurfürsten gefügiger mache.**) Bevor Johann Georg den Brief erhielt und der Gesandte ankam, schrieb er auf die Nachricht von der endgiltig beschlossenen Uebertragung der Kur an Kurmainz und tadelte diese Massregel in einer so heftigen Weise, als ob er niemals seine Zustimmung zu

1623

*) Oppel, I, 416.

**) Khevenhiller Annales X, 78. Sächs. StA. Kursachsen an Kurbrandenburg dd. $\frac{\text{28. Febr.}}{\text{10. März}}$ 1623.

ihr gegeben hätte. Er behauptete, dass sie zu einem immerwährenden Kriege führen werde, dass sie die Rechte der Kurfürsten, deren Meinung jedenfalls vor der Verhängung der Acht gehört werden müsste, mit Füssen trete und dass sie alle Familienverträge und die goldene Bulle über den Haufen werfe, da mit dem Schuldigen auch der Unschuldige gestraft werde. Wohin solle es kommen, wenn man auf dem künftigen Kurfürstentage darüber verhandeln werde, ob die Rechte der Agnaten anerkannt werden sollten oder nicht und so etwas „ungewiss gemacht und auf Disputat gestellt werde," was bei der Gesammtbelehnung eines Hauses ausser aller Frage stehe.*) — Maximilian hatte, ehe er noch von diesem Schreiben Kenntniss erhielt, an den Kurfürsten von Mainz geschrieben und ihn um seine guten Dienste bei Johann Georg ersucht, für den er angeblich die grössten Sympathien fühle und dem er jedenfalls zu Hilfe eilen wolle, wenn er angegriffen würde. Der ganze Brief war von dem Schreiber nur zu dem Zwecke verfasst worden, damit er dem Kurfürsten von Sachsen zugeschickt werde, thatsächlich kam der Erzbischof von Mainz diesem Wunsche nach und erschöpfte sich in dem Begleitschreiben in Freundschaftsversicherungen, die übrigens nicht erheuchelt waren, da sich zwischen ihm und Johann Georg in Folge persönlicher Bekanntschaft eine Vertraulichkeit entwickelt hatte, von der jeder ihrer Briefe Zeugniss gibt.**) Als der Kurfürst von Sachsen diese Briefe erhielt, war er im Begriffe nach Annaberg zu reisen, wohin er den Kurfürsten von Brandenburg eingeladen hatte, um sich mit ihm zu berathschlagen, was man Angesichts der regensburger Vorgänge thun solle. Johann Georg fühlte das Bedürfniss sich den protestantischen Fürsten zu nähern und da keiner in so innigen Beziehungen zu dem verfolgten Pfalzgrafen stand und keiner so mächtig war, wie der Kurfürst von Brandenburg, so lud er ihn zu einer Besprechung ein. Die Einladung wurde angenommen und die beiden Fürsten trafen am 21. März in 1623

*) Ebend. Kursachsen an Kurmainz dd. $\frac{\text{23. Febr.}}{\text{6. März}}$ 1623.

**) Sächs. StA. Max. an Kurmainz dd. 4. März 1623. — Ebend. Kurmainz an Kursachsen dd. 11. März 1623.

Annaberg ein.*) In Begleitung Kursachsens befanden sich die Geheimräthe Schönberg, Pölnitz und Loss, in Begleitung Kurbrandenburgs der Graf Adam von Schwarzenberg, Christian von Bellin und Lewin von Knesebeck.

Wenn die Erbitterung Johann Georgs über die Vorgänge in Regensburg wirklich so gross war, wie man aus seinem Briefe an Kurmainz annehmen sollte, so nahm sie jedenfalls bedeutend ab, als er die beiden schmeichelhaften Schreiben aus Regensburg einer näheren Würdigung unterzog. Denn als seine Räthe mit den Brandenburgern über die Tagesfragen zu verhandeln begannen und die letzteren die Reise nach Regensburg, zu der der Kaiser auch ihren Herrn wegen des Mansfelders eingeladen hatte, ablehnten, weil sie weder die ertheilte Investitur stillschweigend billigen, noch sich in einen Reichskrieg ziehen lassen wollten, versicherten wohl die Sachsen, dass sie diese Politik billigten, meinten aber, dass man mit der Nichtanerkennung der in Regensburg vollzogenen Thatsachen nicht zum Ziele kommen werde. Dem Herzog von Baiern sei der Kurhut übertragen worden und diese Thatsache könne nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Sollte man sich jetzt nicht der Kinder und Agnaten des Pfalzgrafen annehmen, und verlangen, dass den ersteren unmittelbar nach Maximilians Tode wieder die Kur übertragen werde? Das Beispiel des Königs von England, der sich bloss der Kinder annehme empfehle das Betreten dieses Ausweges. Der Graf von Schwarzenberg und seine Collegen aber verwarfen denselben und meinten, die Kinder könnten nur brieflich der späteren Uebertragung der Kur versichert werden und diese Versicherung sei nicht mehr werth, als das Papier und das Wachs, mit dem sie besiegelt werde.

Als am folgenden Tage die Verhandlungen fortgesetzt wurden, traten die brandenburgischen Räthe noch schärfer auf. Sie erklärten, dass man um keinen Preis den Herzog von Baiern in das kurfürstliche Collegium einlassen dürfe, da die Aechtung

---

*) Sächs. StA. Kursachsen an Kurbrandenburg dd. $\frac{\text{28. Febr.}}{\text{10. März}}$ und 6./16. März 1623. Kurbrandenburg an Kursachsen dd. 10./20. März 1623.

des Pfalzgrafen wider Recht und namentlich wider den Paragraph 26 und 39 der kaiserlichen Wahlcapitulation vor sich gegangen sei. Auf brandenburgischer Seite wollte man es also bezüglich der Vorgänge in Regensburg nicht bei der einfachen Missbilligung bewenden lassen, sondern war entschlossen zu Gunsten des Pfalzgrafen alle Mittel anzuwenden und sich an seiner Vertheidigung zu betheiligen, wenn Sachsen zustimmen würde. Es war das erstemal, dass man von brandenburgischer Seite mit dieser Absicht hervortrat und einer Gefahr kühn in die Augen blickte, vor der selbst der König von Dänemark zurückgewichen war. Die brandenburgischen Räthe deuteten diese Absicht damit an, indem sie die Wege, die man im Verein mit Kursachsen einschlagen könne, erörterten. Nach ihrer Meinung durfte man weder die Uebertragung der Kur billigen, noch sich mit der etwaigen Verbriefung der Rechte der pfälzischen Kinder und Agnaten begnügen, weil darauf kein Verlass sei und so habe man nur die Wahl zwischen zwei Auskunftsmitteln. Man könne entweder die Dinge gehen lassen und zusehen, welche Richtung sie nehmen würden, aber das sei zu verwerfen, oder endlich Rüstungen anstellen. In letzterer Beziehung entwickelten die Brandenburger einen vollständigen Kriegsplan: man sei des Anschlusses des ober- und niedersächsischen Kreises sicher, der fränkische werde sich grösstentheils gewinnen lassen; der Mitwirkung Bethlens sei man gewiss und ebenso könne man das Heer Mansfelds in Anschlag bringen; England, Dänemark und Savoyen würden das ihrige thun, selbst auf Frankreich könne man hoffen und so würde eine Allianz zu Stande kommen, die dem Bunde des Kaisers mit den Katholiken überlegen sein würde.*)

Alle diese Angaben und Berechnungen mussten die sächsischen Räthe überzeugen, dass man in Berlin in innigen Beziehungen zu dem Pfalzgrafen stehe und sich jetzt berufen fühle offen zu thun, was man bis dahin heimlich und bloss mit Wünschen gethan. Das vorgeschlagene Bündniss konnte alles das rückgängig machen, was im J. 1620 und 21 geschehen war, Sachsen aber hätte durch den Wechsel seiner Allianz nicht die Freund-

*) Sächs. StA. Protokoll der Zusammenkunft in Annaberg.

schaft des Pfalzgrafen, der Böhmen und der weimarer Herzoge erkauft; im Falle des Sieges hätte es sich nur seine Feinde grossgezogen. Die Beredsamkeit der Brandenburger verfehlte also ihr Ziel, ja sie machte die Sachsen nur vorsichtiger und misstrauischer und so lehnten sie es ab zu waffnen, damit es nicht den Anschein habe, als ob man den Königen von England und Spanien, die die Vermittlung übernommen hätten, vorgreifen wolle. Da damit jede thätige Parteinahme zu Gunsten des Pfalzgrafen abgelehnt war, so blieb dem Kurfürsten von Brandenburg nichts anderes übrig, als unverrichteter Dinge abzureisen. Das Resultat der Zusammenkunft beschränkte sich auf eine gemeinschaftliche Antwort, welche die beiden Kurfürsten dem kaiserlichen Gesandten, der ihnen nachgereist war, ertheilten. Sie missbiligten in derselben die Uebertragung der Kur, weil Friedrich ungehört verdammt worden sei,*) die Aufforderung des Kaisers aber, sich an der Berathung über die gegen Mansfeld zu ergreifenden Vertheidigungsmassregeln zu betheilgen, liessen sie unbeantwortet. — Johann Georgs Haltung nach der Zusammenkunft in Annaberg war gegen Baiern nicht freundlicher als vorher, er missbilligte die Uebertragung der Kur, weil er keine grössere Scheidewand zwischen sich und den protestantischen Fürsten aufführen wollte, allein er hatte jetzt auch erfahren, wie man auf dieser Seite um jeden Preis die Aenderungen der letzten Jahre rückgängig machen wollte und da mochte er nicht mithelfen, sondern suchte, soweit es an ihm lag, den sich vorbereitenden Kampf zu hindern. Denn kaum war er von Annaberg weggereist, so richtete er an die weimarer Herzoge eine Warnung nach der anderen, um sie von weiteren Werbungen abzuhalten, ja seinem Kriegsvolke gab er sogar den Auftrag zur gewaltsamen Vertreibung der von den letzteren geworbenen Truppen, die sich an einzelnen Orten des obersächsischen Kreises festgesetzt hatten; auch den Administrator von Magdeburg (den Markgrafen Christian Wilhelm von Brandenburg) mahnte er von einer Vorschubleistung der dem Kaiser feindlichen Partei ab**)

*) Sächs. StA. Kursachsen und Kurbrandenburg an den Kaiser dd. 12./22. März 1623.

**) Sächs. StA. Protokoll über die Verhandlungen zwischen Kursachsen und dem Administrator von Magdeburg dd. 21./31. März 1623.

und erlangte auf diese Weise, dass die Freunde des Pfalzgrafen zum Theile eingeschüchtert wurden und die weimarer Herzoge nicht die genügenden Kräfte auf die Beine bringen konnten. Endlich berief er die Stände des obersächsischen Kreises nach Jüterbock und machte ihnen den Vorschlag zu rüsten und die Rüstungen gegen jeden Einbrecher — womit zunächst nur Mansfeld oder der Halberstädter gemeint sein konnten, da der Kaiser den Kreis nicht ohne Grund betreten wollte — zu verwenden. *)

Bis dahin hatten alle Kriegsvorbereitungen noch zu keinem rechten Zusammenstoss geführt, ein solcher erfolgte erst, als der Herzog Wilhelm von Weimar, der sich nicht länger in den Besitzungen seiner Brüder und in einigen anstossenden Quartieren halten konnte, aufbrach, um sich mit dem Halberstädter zu vereinigen. Auf dem Zuge berührte er die Stadt Derenburg, die ihm den Durchzug nicht gestatten, sondern nur einige Compagnien beherbergen wollte. In seinem Zorn über den abschlägigen Bescheid liess er die Stadt erstürmen und der Plünderung preisgeben, wobei seine Soldaten Schändlichkeiten aller Art verübten. **). Seine Vereinigung mit den Truppen des Halberstädters, in dessen Sold er jetzt als Oberst über die mitgebrachte Mannschaft trat, wurde darauf ohne Hinderniss vollzogen; man berechnete die Stärke der combinirten Armee auf 20000 Mann, nach unserer Ansicht viel zu hoch, da sie kaum über 12000 Mann betragen haben kann. Dieser Vorgang öffnete dem Herzoge Friedrich Ulrich vollends die Augen und überzeugte ihn, wie wenig ernst sein Bruder es in Kalenberg mit der angedeuteten Aussöhnung mit dem Kaiser gemeint habe. Seine Bestürzung und die der anderen Kreisstände wuchs jetzt von Tag zu Tag, zu dem Entschlusse aber, sich die Schädiger ihres Eigenthums und die Störer ihrer Ruhe vom Halse zu schaffen und so dem Kaiser indirekt zu helfen, waren sie nicht zu bringen. Der Widerwille gegen die kaiserliche Gewalt und die Katholiken liess sie die Hände in den Schooss legen.

26. März 1623

---

*) Kursachsen an die Stände des obersächs. Kreises dd. $\frac{\text{22. März}}{\text{1. April}}$ 1623.

**) Sächs. StA. Plünderung von Derenburg.

Mittlerweile traf auch Mansfeld Anstalten, um aus Ostfriesland aufzubrechen. Bevor er die Weser überschritt, schickte er den böhmischen Exkanzler Ruppa zu Christian von Dänemark mit der Bitte, ihm den Weg in den niedersächsischen Kreis zu bahnen und die einzelnen Kreisstände zu einer freundlichen Haltung zu veranlassen. Ruppa unterstützte diese Bitte nicht nur damit, dass er dem Könige die Hilfe Frankreichs in Aussicht stellte, sondern ihm auch — Mansfeld hatte ihn ausdrücklich damit beauftragt — die Erwerbung der von dem letzteren eroberten und ihm passend gelegenen Orte versprach. *) So viel wir vermuthen, wies der König die Bitte um eine active Unterstützung des Pfalzgrafen zurück, weil er noch immer nicht mit Sicherheit auf die Hilfe mächtiger Fürsten rechnen konnte und diese Versprechungen ihm nicht genügten; aber so weit er die Pläne Mansfelds unterstützen konnte, ohne offen für ihn aufzutreten, that er es, wenigstens rühmte sich der letztere, dass der König die Passage seiner Truppen durch das Erzstift Bremen nicht gehindert habe. Als in der zweiten Hälfte des Monats März, also zur Zeit der annaberger Zusammenkunft, ein Gesandte des Kurfürsten von Brandenburg bei Mansfeld eintraf, fand er diesen voller Hoffnung, er hatte damals 15000 Mann unter seinen Fahnen und hoffte diese Zahl bis auf 30000 Mann zu bringen. Er rühmte sich des innigsten Einverständnisses mit Frankreich, Savoyen und Venedig und behauptete, dass er mit ihnen einen Bund geschlossen habe; seine Angaben wurden durch die gleichzeitige Anwesenheit der Gesandten dieser Mächte, der Herren von Montereau, von Bausse und Bernardino Rota's bestätigt. Ob es zum Abschluss eines genau formulirten Vertrages kam, wissen wir nicht, soviel ist aber sicher, dass Frankreich dem Grafen unter die Arme griff und in hervorragender Weise mithalf den folgenden Krieg zu schüren.**)

1623

Mansfeld hatte übrigens in dem Augenblicke, in dem er sich mit der Organisation eines neuen Heeres beschäftigte, abermals der Infantin die Hand geboten und neue Verhandlungen

---

*) Säch. StA. Instrucrion Mansfelds für Ruppa dd. $\frac{\text{29. März}}{\text{8. April}}$ 1623.

**) Berliner StA. Wilmersdorf an Kurbrandenburg dd. 14./24. März 1622.

mit ihr eingeleitet, die auf die Preisgebung seiner bisherigen Freunde abzielten. Wir haben jene Anerbietungen, die der Graf nach der Schlacht bei Höchst im Monat Juli und später im Monat August nach Brüssel gelangen liess, gar nicht erwähnt, weil sie auf seine kriegerischen Dispositionen ohne jeden Einfluss blieben. Auch diesmal hielt er deshalb mit seinen Rüstungen nicht inne und die neuen Verhandlungen erregen das Interesse nur wegen den grossartigen Versprechungen, zu denen er sich herbeiliess. Seine Boten Oberst Tournon und Kapitän Flamant erklärten in Brüssel, dass wenn der König von Spanien ihn mit allen seinen Truppen in seine Dienste nehmen und ihm eine jährliche Pension von 20000 Thaler zahlen würde, er ihm dann einen wichtigen Platz und einige Nordseehäfen überliefern und dem feindlichen Handel alle möglichen Hindernisse bereiten werde.*) Da Mansfeld thatsächlich in Ost-Friesland als Herr gebot, so konnte er wenigstens einen Theil seiner Versprechungen erfüllen, konnte namentlich Emden den Spaniern in die Hände spielen und deshalb wurden seine Anerbietungen, trotzdem man so oft von ihm getäuscht worden war, in Brüssel nicht abgewiesen, im Gegentheil die Infantin beeilte sich ihm die Erfüllung nahezu aller seinen Forderungen zu versprechen und mit diesem Versprechen seine beiden Unterhändler zurückzuschicken. Mansfeld machte an den Anerbietungen einige Ausstellungen, beauftragte seine beiden Boten abermals nach Brüssel zu reisen und erreichte diesmal einen nahezu vollständigen Erfolg.**) Trotzdem erfüllte er nicht die auf ihn gesetzten Hoffnungen und verwendete schliesslich die von ihm geworbenen Truppen gegen den Kaiser und seine Freunde.

21. Dec. 1622

10 Febr. 1623

Bei den auf den Krieg gerichteten Absichten Friedrichs von der Pfalz bedarf es wohl keiner weiteren Auseinandersetzung, dass er seinen Schwiegervater immer von neuem um Geld ersuchte und mit ihm deshalb in einen stets erneuerten Streit geriet. Nach seinem Rückzuge aus der Pfalz hatte sich seiner die trübseligste Stimmung bemächtigt, der er unverholen Ausdruck in einem Brief gab, den er an einen der englischen

*) Villermont I, 183.
**) Villermont II, 189.

Würdenträger abschicken wollte, aber später wegen der Heftigkeit der darin geführten Sprache nicht abschickte: er verzweifle, heisst es darin an seiner Rettung, nachdem er alles gethan habe, was in seiner Macht stehe, aber leider hiebei von seinem Schwiegervater nur Hindernisse erfahren habe. Seine letzte Hoffnung beruhe auf der Armee des Grafen Mansfeld, aber auch diese werde zu Grunde gehen, da Jakob jede Unterstützung verweigere.*) Die in diesem Briefe ausgedrückte Bitte um Unterstützung des Grafen Mansfeld übermittelte der Pfalzgraf später dem König durch Andreas Pawel. Da Jakob in seiner Eitelkeit durch die diplomatischen Misserfolge in Brüssel gekränkt war, so schien er, wie wir berichtet haben, einige Tage zum Kriege bereit, er gab zur Absendung Eudymion Porters mit den von uns geschilderten Weisungen seine Zustimmung**) und ersuchte den Prinzen von Oranien und den Landgrafen von Hessen-Kassel um die werkthätige Unterstützung seines Schwiegersohnes.***) Als nun aber die Bitte des letzteren um Geld auch von Mansfeld wiederholt wurde und derselbe eine Rechnung einschickte, wornach sich die verlangten Subsidien auf mindestens 2000000 Thaler belaufen müssten, wollte Jakob, dessen Groll gegen Spanien durch die in Aussicht gestellte Nachgiebigkeit in den Heiratsverhandlungen wieder gestillt war, nichts von einer Unterstützung wissen und beschuldigte seinen Schwiegersohn, dass er ihn in seiner Friedensvermittlung störe. Seinem Vertrauen zu Spanien gab er auch dadurch Ausdruck, dass er von seinem Schwiegersohn verlangte, er solle Frankenthal, welches Tilly vergeblich belagert hatte, der Infantin Isabella überliefern, welche diesen Platz bis zum folgenden Frieden bewachen würde.†) Er setzte seiner Vermittlung schliesslich damit die Krone auf, dass er mit der Infantin abermals einen Waffenstillstand schloss, über den wir als über einen neuerdings verunglückten Versuch später berichten werden.

*) Münchner StA. Friedrich an? dd. 1./11. December 1622.

**) Kapitel VII dieses Bandes.

***) Jakob an Moritz von Oranien und den Landgrafen von Kassel dd. $\frac{\text{31. December 1622.}}{\text{10. Januar 1623.}}$ Coll. Camerar.

†) Münchener StA. Jakob an Friedrich dd. $\frac{\text{23. Januar}}{\text{2. Februar}}$ 1623.

VI

Aus den vorangegangenen Mittheilungen kann man nun ersehen, wie Ludwig XIII, Bethlen und der Pfalzgraf einander die Hand reichten und wie durch ihr wechselseitiges Einverständniss und durch die Unterstützung Hollands im Winter von 1622/3 ein neues Kriegsheer ausgerüstet wurde, das unter dem Commando Mansfelds, Christians von Halberstadt und Wilhelms von Weimar sich auf etwa 30000 Mann belief, dass man hiebei auf die Mithilfe Bethlens mit Bestimmtheit rechnete und dass bei dem ersten günstigen Erfolge zahlreiche deutsche Fürsten bereit waren, sich dieser Verbindung anzuschliessen. Nicht Schreckgespenster beängstigten also den Kaiser, sondern wirkliche Gefahren, als er auf dem Deputationstage Rath und Hilfe gegen Mansfeld und die Holländer verlangte und um Geld behufs der Instandhaltung der ungarischen Grenzfestungen bat. Er wollte die Bekämpfung seiner Feinde zu einer Reichsangelegenheit stempeln und deshalb nicht bloss die Katholiken, sondern auch die Protestanten zu den gemeinsamen Rüstungen heranziehen. So wenig sich aber die Mitglieder des Deputationstages zu einem gemeinsamen Beschlusse in der Kurfrage einigen konnten, so wenig konnten sie dies in Bezug auf die Abwehr der feindlichen Angriffe und in Folge dessen gaben die beiden Religionsparteien ein getrenntes Votum ab. Die Katholiken forderten den Kaiser auf, mit seiner Armee dem Mansfelder entgegenzutreten, seinen Fuss nach Norddeutschland zu setzen und hiebei die benachbarten Reichsstände um ihren Beistand zu ersuchen. Durch Pönalmandate solle er alle Theilnehmer an dem Kriegszuge Mansfelds mit der Strafe des Landfriedensbruches bedrohen und die Unfolgsamen mit der Confiscation ihrer Güter bestrafen. Bezüglich der allfälligen Bekriegung der Holländer wollten sich die Katholiken zu keiner bestimmten Meinungsäusserung entschliessen, sondern diese Angelegenheit der Entscheidung eines Reichstages vorbehalten wissen. Es war nach ihrer Ansicht nicht so dringend hierin schon jetzt Beschluss zu fassen, da mittlerweile die Holländer von den Truppen der Infantin Isabella aus ihrer Schanze bei Bonn vertrieben worden seien. Wir bemerken, dass es den Katholiken nicht um die Befehdung der

Holländer zu thun war, weil sie damit nur den Spaniern gute Dienste geleistet hätten und deren Interessen zu wahren hielten sie nicht für ihre Pflicht. Ihre heimliche Gegnerschaft gegen Spanien, sobald man dessen Hilfe nicht benöthigte, zeigte sich auch in der dem Kaiser vorgelegten Bitte, er möge dahin wirken, dass die Truppen der Infantin die eroberte Rheinschanze räumen möchten. Noch weniger entsprechend war ihre Antwort auf das kaiserliche Gesuch um eine Geldhilfe für die Instandhaltung der ungarischen Grenzfestungen. Darin waren die Katholiken mit den Protestanten einig, dass sie sich zu keiner wie immer gearteten Geldleistung für den Kaiser verstehen wollten und Maximilian von Baiern spielte bei dem abweislichen Bescheid gewiss eine hervorragende Rolle; die Bitte des Kaisers wurde mit der Bemerkung abgelehnt, dass dieselbe einem künftigen Reichstage vorzulegen sei.

Die Antwort der protestantischen Mitglieder des Deputationstages fiel auf alle eben angeführten Punkte der kaiserlichen Proposition ablehnend aus und zwar in der Form, dass sich die Gesandten der abwesenden Fürsten mit mangelhafter Instruction entschuldigten. Dabei unterliessen sie jedoch nicht (der Landgraf von Darmstadt mit eingeschlossen) dem Kaiser 1623 den Rath zu geben — es geschah dies am 15. Februar, also noch vor der Uebertragung der Kur — dass er nach erlangter „so herrlicher Victoria sich selbst überwinde seine kaiserliche Güte und Clemenz präponderiren lasse und sich so bei aller Posterität unsterblich mache“, d. h. dass er den Pfalzgrafen vollständig begnadigen solle, wodurch aller Kriegsgefahr ein Ende gemacht würde.*)

Aus der ablehnenden Haltung der Protestanten und aus der mehr in allgemeinen Phrasen sich haltenden Antwort der Katholiken könnte man vermuthen, dass dem Kaiser keinerlei thatsächliche Hilfe zu Theil wurde. Dem war jedoch nicht so, in abseitigen Berathungen unter den Katholiken wurde die Frage der gegen den Grafen Mansfeld aufzubietenden Kriegs-

*) Sächs. StA. Relation des regensburger Convents an den Kaiser dd. 15. Feber 1623. — Wiener StA. Gutachten der kaiserlichen Räthe über diese Relation.

macht umständlich erörtert und so viel brachte der Einfluss Maximilians von Baiern zu Stande, dass die Liga entschlossen war, ihre bisherigen Streitkräfte auf den Beinen zu halten. Ferdinand selbst fand dies jedoch nicht genügend und forderte sie zu einer Vermehrung derselben auf, wobei er erbötig war sie mit einem Contingent von 6000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter zu unterstützen. Das bisherige Verhältniss zwischen der Liga und dem Kaiser sollte fortan einen anderen Charakter annehmen: während er bisher ihre Hilfe angefleht hatte und den Herzog Maximilian dafür bezahlte, ersuchte jetzt die Liga den Kaiser um Hilfe und dieser gewährte sie ohne auf Bezahlung Anspruch zu erheben. Die Katholiken und Deutschland kamen deshalb nicht billiger dabei weg, denn als die Hilfe geleistet wurde, trat Waldstein an die Spitze der kaiserlichen Truppen und die Nennung dieses Namens genügt, um unsere Behauptung zu rechtfertigen. Gegenwärtig wünschten die Ligisten, dass Ferdinand für das Commando über seine Truppen nicht einen eigenen General ernenne, sondern sie dem Commando Tilly's unterordne, und da damit die Auslagen für einen General erspart wurden, so bewilligte er das Gesuch. *) Wir bemerken, dass mehrere Mitglieder der Liga von den bisherigen Beitragsleistungen etwas abhandeln wollten, so unter andern die neuen Bischöfe von Bamberg und Würzburg, die nicht von dem opferwilligen und glaubenseifrigen Geiste ihres zu Ende des J. 1622 verstorbenen Vorgängers beseelt waren. **) Dagegen war der neue Kurfürst von Baiern erbötig mehr zu leisten, als wozu er verpflichtet war.

Der in sächsischen Diensten stehende Kammerdiener Lebzelter, eine eifrige und in den katholischen Kreisen wohlgelittene Persönlichkeit, gibt uns genaue Auskunft über die Streitkräfte der Liga zu Ende Februar. Sie bestanden aus 14 Regimentern zu Fuss und 6 zu Ross, waren aber durch die vorangegangenen Strapatzen so herabgekommen, dass sie alles in allem nicht mehr als 18000 Mann zählten. Wenn die Regimenter gar nicht

1623

*) Wiener StA. Ferdinand an die Liga dd. 30. Januar, dd. 9. Febr. 1623. — Ebend. Die Liga an den Kaiser dd. 4. Feber 1623.

**) Recks Bericht über seine Gesandtschaft zu den Bischöfen von Würzburg und Bamberg dd. 21. März 1623. Wiener StA.

ergänzt wurden und wenn man nur noch die kaiserliche Hilfe in Anschlag brachte und dazu 1000 Reiter, die der Herzog von Sachsen-Lauenburg damals für den Dienst der Liga geworben hatte, so verfügte man über 27000 Mann, die den Gegnern mehr als gewachsen waren. Denn wenn diese auch zu Ende März über etwa 30000 Mann verfügten, so wurde dieser Unterschied durch die bessere Qualität der ligistischen Truppen mehr als ausgeglichen. Lebzelter berichtet uns, dass die Katholiken in Regensburg nicht im mindesten zweifelten, dass der Sieg auf ihrer Seite sein werde, sie entwickelten einen Uebermuth, der an den der pfälzischen Partei im J. 1619 mahnt. Schon hiess es bei ihnen, dass man künftig ein stehendes Heer in Deutschland unterhalten werde, dass es nur aus Katholiken bestehen und jeden protestantischen Gegner niederschlagen solle. Dass sich einige hohe Offiziere bereits im Besitz geistlicher Güter sahen, die im ober- und niedersächsischen Kreis den protestantischen Besitzern entrissen werden sollten, wollen wir nur nebenbei erwähnen: kurz die Katholiken wollten ebenso ihre Raublust befriedigen, wie vordem die Protestanten.

Indem der Kaiser und die Ligisten sich auf diese Weise durch einen geheimen Vertrag zu wechselseitigem Schutze verpflichteten, waren sie beide darauf bedacht, sich der Mithilfe des Papstes zu versichern. Schon im Monat October, als der Kaiser die ersten Nachrichten erhielt, dass Mansfeld und Christian von Halberstadt an der Wiederausrüstung ihres Heeres arbeiteten, beeilte er sich durch seinen Gesandten den Fürsten Savelli und durch den in Rom befindlichen bairischen Vertrauensmann, den Kardinal von Hohenzollern, an den Papst die Bitte um Auszahlung der seit einigen Wochen eingestellten Subsidien zu richten und ihn zu diesem Ende um monatliche 60000 Gulden zu ersuchen. Der Kardinal begegnete aber tauben Ohren, da auch Maximilian dieselbe Bitte gestellt hatte und man in Rom nach der Niederlage, die Mansfeld und seine Gefährten eben erlitten hatten, die Gefahr für geschwunden erachtete und die neuen Rüstungen desselben nicht für so bedeutend hielt, dass ihnen der Kaiser und die Liga nicht mit eigenen Mitteln begegnen könnten. Man wies also das Gesuch ab und erklärte, sich nur an einem Katholikenbund betheiligen zu wollen, wenn auch Spanien und

1622

andere Fürsten zu ihm treten und wenn ernste Gefahren die Ruhe bedrohen sollten.*) Da jedoch der Kardinal sein Begehren immer wieder erneuerte, wurde er schliesslich von dem päpstlichen Nepoten dahin vertröstet, dass der Papst die verlangten Subsidien zahlen werde, sobald der Herzog von Baiern mit der Kur bekleidet worden sei, denn geschehe dies nicht, so habe der Kaiser auch keine Hilfe nöthig. Obwohl der Kardinal Hohenzollern diese Bedingung nicht zugestehen wollte, so musste er sich doch zufrieden geben, zumal der Kardinal Ludovisio daran das Versprechen knüpfte, dass vorläufig 20000 Gulden monatlich gezahlt werden würden.**) Zwei Monate später machte Ludovisio die Hilfeleistung abermals von der Uebertragung der Kur abhängig, versprach in diesem Falle eine monatliche Zahlung von 50000 Gulden und da die Bedingung mittlerweile erfüllt worden war, so konnte man auf kaiserlicher Seite mit Bestimmtheit auf die päpstliche Unterstützung hoffen.***) Als Maximilian hörte, dass der Papst dem Kaiser 50000 Gulden zugesagt habe, fürchtete er, dass dieses Geld nicht zu den Kriegskosten verwendet, sondern mit demselben leichtsinnig in Wien gewirthschaftet werden würde, und so ersuchte er den Papst das Geld nicht herzugeben, sondern damit den Unterhalt eines Truppencorps von etwa 7000 Mann zu bestreiten.†) Wir bemerken, dass sowohl der Kaiser wie Maximilian in ihren Hoffnungen getäuscht wurden, denn der päpstliche Stuhl wechselte einige Monate später seinen Inhaber und dieser trat nicht in die Fusstapfen seines Vorgängers nicht sowohl aus Geiz, als weil er den Habsburgern feindlich gesinnt war.

Schliesslich ersuchte der Kaiser auch einige Reichskreise um ihre Hilfe. Zu diesem Ende stellte er an den schwäbischen Kreistag, als dieser sich in Ulm versammelte, das Ansuchen, seine Truppen in kaiserliche Dienste treten zu lassen und fand für diese Bitte die Zustimmung der Majorität. Statt nun aber

*) Wiener StA. Ferdinand an Savelli dd. 20. October 1622. — Ebenda. Der Kardinal von Hohenzollern dd. 15. Nov. 1622. — Münchner StA. Maximilian an den Papst dd. 27. October 1622.

**) Wiener StA. Kardinal Hohenzollern an Ferdinand dd. 31. Dec. 1623.

***) Ebenda. Savelli an Ferdinand II dd. 25. Febr. 1623 und 4. März 1623.

†) Münchner StA. Maximilian an den Papst dd. 24. März 1623.

die Truppen dem Kaiser zu überlassen, wurden sie einfach aus den Kreisdiensten entlassen, sie lösten sich in Folge dessen auf und verliefen sich nach allen Seiten. Nun ersuchte Ferdinand den Herzog von Würtemberg um Ueberlassung der von ihm geworbenen Mannschaft, allein er erhielt zur Antwort, dass die Truppen, die nur zur Vertheidigung des Kreises geworben worden seien, ausserhalb desselben nicht verwendet werden dürften und trotzdem, dass der letztere schliesslich einen eigenen Gesandten mit der erneuerten Bitte an den Herzog abschickte, fand er auch diesmal keine bessere Erhörung.*) Nach diesen Erfahrungen mussten die Katholiken in Regensburg die Hoffnung auf irgend eine Hilfe von Seite der Protestanten aufgeben und deshalb ersuchten sie den Kaiser die niedersächsischen Kreisrüstungen zwar sorgfältig bewachen zu lassen, aber doch gutzuheissen, um durch eine derartige Vertrauenskundgebung diesen Kreis von feindseligen Schritten zurückzuhalten. Der Kaiser befolgte, wie wir erzählt haben, diesen Rathschlag und theilte den niedersächsischen Ständen mit, dass zu ihrer Unterstützung nicht bloss die kaiserlichen Truppen, sondern auch die der Infantin Isabella als Herzogin von Burgund bereit seien, welche Ankündigung in Niedersachsen ebenso gut als Trost, wie als Drohung aufgefasst werden konnte.**)

Nur bei der Erledigung jener Punkte der kaiserlichen Proposition, welche die Reichsgravamina, das Justiz- und das Münzwesen betrafen, gab der Deputationstag eine gemeinsame Antwort ab. Diese Gemeinsamkeit war aber zum Theil scheinbar, denn über die ersten zwei Punkte waren die Ansichten der Katholiken und Protestanten durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt und das Votum erfolgte deshalb einstimmig, weil der gesammte Deputationstag die Entscheidung über diese Angelegenheiten auf einen Reichstag verschoben wissen wollte.***) Nur über

---

*) Sächs. StA. Antwort der würtembergischen Gesandten dd. $\frac{\text{28. Januar}}{\text{7. Feber}}$ 1623. — Wiener StA. Kaiserliche Instruction dd. 25. Feber 1623.

**) Wiener StA. Gutachten der katholischen Mitglieder des Deputationstages dd. 10. März 1623.

***) Relation des Deputationstages an den Kaiser dd. 22. Februar 1623 Sächs. StA.

das Münzwesen bestand volle Einigkeit zwischen den getrennten Glaubensparteien, denn es beklagten sich beide über die gräuliche Unordnung, die seit dem böhmischen Aufstand eingerissen war und die vornehmlich in Böhmen ihren Sitz hatte, da der Pfalzgraf daselbst die Münzen um mehr wie ein Drittel leichter hatte prägen lassen. Nach der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Herrschaft wurden zwar die pflalzgräflichen Münzen zur Einschmelzung eingefordert, an ihre Stelle trat aber eine Münzverfälschung ein, wie sie bis dahin noch nie geübt worden war. Wir werden später bei der Geschichte der kaiserlichen Geldgebahrung darauf zurückkommen und bemerken nur, dass die Klagen des Deputationstages ebensowenig fruchteten, wie die Versprechungen des Kaisers: man musste den Kriegsjammer nach allen Richtungen durchkosten.

Nach der Uebertragung der Kur fanden, so viel wir wissen, keine gemeinschaftlichen Berathungen des Deputationstages statt, da die Gesandten der protestantischen Kurfürsten dem Herzoge von Baiern den neuen Titel verweigert hätten und dadurch eine Zusammenkunft unmöglich machten. Trotzdem dauerte es noch einige Wochen, bis der Kaiser und mit ihm die anderen Fürsten und Gesandten Regensburg verliessen, an welcher Verzögerung hauptsächlich die Reichsstädte schuld waren, da sie über die ihnen in jüngster Zeit zugefügten Unbilden Klage erhoben und dringend um Abhilfe baten. Tilly hatte den Sieg über Mansfeld und Christian von Halberstadt dahin ausgebeutet, dass er einen Theil seines Kriegsvolks in den Reichsstädten einquartierte und dasselbe thaten die Spanier in Aachen. Die Reichsstädte, die gleich den Fürsten auf ihre Unverletzlichkeit gepocht hatten, mussten nun alle möglichen Drangsale und Demüthigungen erdulden, sie mussten all ihr Kriegsvolk abschaffen, in alle ihre Häuser Soldaten aufnehmen und für deren Ernährung und Bezahlung Sorge tragen. Die städtischen Obrigkeiten wurden nur insoweit in der weiteren Führung ihres Amtes belassen, als es dem Commandanten der betreffenden Truppenschar beliebte. Man verlangte von den Bürgern die Leistung von Frohndiensten und als sie dies unter Hinweisung auf hundertfach bestätigte Privilegien ablehnten, wurden sie mit Gewalt dazu gezwungen. Als nun der Convent in Regensburg zusammen-

trat, ergriffen die Beschädigten die Gelegenheit, um ihre Beschwerden an den Kaiser und den Convent gelangen zu lassen. Die Bürger von Aachen waren die ersten, die sich über die erlittenen Misshandlungen beklagten. Wiewohl der Reichshofrath die Erhörung dieser Bitte empfahl und Ferdinand in diesem Sinne an Spinola schrieb, so wurde die Stadt ihre ungebetenen Gäste doch nicht los.*) Nachdem Aachen den Reigen eröffnet hatte, erhoben Worms, Speier, Weissenburg, Landau, Rothenburg an der Tauber, Windsheim, Heilbronn, Schwäbisch-Hall die gleiche Beschwerde gegen die ligistischen Truppen. Strassburg, Nürnberg und Ulm, die sich bisher jede Garnison vom Leibe gehalten hatten, nahmen sich ihrer gekränkten Mitbürger an, klagten in ihrem Namen über die Verletzung des bei der Auflösung der Union geschlossenen Vertrags**) und richteten diese Beschwerde nicht bloss an den Kaiser, sondern auch an den Deputationstag. Unter den Mitgliedern desselben nahmen sich die Protestanten ihrer energisch an und namentlich drangen die sächsischen Gesandten bei dem Reichsvicekanzler Ulm auf Abhilfe. Von ligistischer Seite war man jedoch entschlossen nicht nachzugeben. Tilly, der eben in Regensburg weilte, erklärte vor dem Kaiser, dass die Soldaten während des Winters in den Städten untergebracht werden müssten; Ulm berichtete dies den sächsischen Gesandten und wies dieselben mit ihrem Begehren ab.***) Da mittlerweile noch andere Reichsstädte namentlich Wetzlar, Hagenau und Wimpfen Garnisonen aufnehmen mussten und dadurch zu neuen Klagen Anlass gegeben wurde, und die sämmtlichen protestantischen Mitglieder des Deputationstages in einer an den Kaiser gerichteten Eingabe die Abführung der einquartierten Garnisonen verlangten,†) so trug der letztere seinem Reichshofrath auf zu berathen, was in dieser Angelegenheit zu thun sei, um wenigstens einigermassen den Klagen abzuhelfen. Der Reichshofrath riet,

24. Dec. 1622

13. Januar 1623

16. Febr. 1623

---

*) Wiener StB. Gutachten der kaiserlichen Räthe dd. 19. Dec. 1622. — Ferdinand an Spinola dd. 24. Dec. 1622.

**) Wiener StA. Strassburg, Nürnberg und Ulm an Ferdinand dd. 3./13. Jannar 1623.

***) Sächs. StA. Protocoll über den regensburger Convent.

†) Relation des regensburger Deputationstages an den Kaiser dd. 15. Feb. 1623.

man solle durch den Kurfürsten von Mainz und den Landgrafen von Darmstadt den Reichsstädten die Nothwendigkeit einer längern Unterhaltung der Garnisonen vor Augen stellen, aber gleichzeitig mit Baiern über die Zurückziehung der Truppen aus einigen Plätzen ein Abkommen treffen.*) Diesem Gutachten kam Ferdinand nach; er ersuchte den Kurfürsten von Mainz und den Landgrafen Ludwig um ihre Vermittlung bei den Städten und verhiess gleichzeitig ein gewisses Mass bei der Eintreibung fernerer Contributionen.**)

Als die beiden Fürsten von der kaiserlichen Verfügung verständigt wurden, wollten sie sich in die aufgetragene Verhandlung nicht einlassen, wofern den Städten nicht grössere Zugeständnisse gemacht, also die Garnisonen abgeführt und ihnen eigene Werbungen gestattet würden. Zur Unterstützung ihrer Forderungen führten sie die Contributionen an, zu denen einige Städte gezwungen wurden, die in Anbetracht des damaligen Geldwerthes haarsträubend sind: Worms musste sich monatlich zu einer Zahlung von 18000 Gulden, Speier zu monatlich 15000 Gulden bequemen, Schwäbisch-Hall aber seit geraumer Zeit täglich 18 bis 20000 Gulden erlegen, so dass die letztgenannte Stadt ihre Leistung bereits auf zwei Millionen Gulden bezifferte. Auf diese Vorstellungen entgegneten die Reichshofräthe,***) die die Verhandlungen führten, dass der Kaiser bezüglich der Abführung der rechtsrheinischen Garnisonen die nöthige Verfügung getroffen habe — weil man bereits die Truppen gegen Norden vorzuschieben begann, um dem Grafen Mansfeld zu begegnen — dass er aber den Städten eigene Werbungen nicht gestatten könne. Damit begnügten sich die beiden Vermittler unter der Bedingung, dass die Städte, in denen die Garnisonen noch weiter belassen werden sollten, zu keinen weiteren Contributionen, sondern nur zur Leistung der „gewöhnlichen Servitien" verhalten werden sollten.†) Die

*) Wiener StA. Gutachten des Reichshofraths dd. 16. Feber 1623.

**) Ebenda. Kaiserliches Commissionsdekret dd. 21. Feber 1623.

***) Strahlendorf, Reck und Hildbrandt.

†) Wiener Staats-Arch. Bericht der drei Reichshofräthe an den Kaiser dd. 8. Aug. 1623.

Städte waren jedoch mit dieser Bestimmung nicht zufrieden, sondern ersuchten den Kaiser um eine Audienz, die ihnen auch bewilligt wurde. Es war nicht das erstemal, dass sie von Ferdinand empfangen wurden und ihre Klagen bei ihm anbrachten, sie hatten auch den Herrn von Eggenberg in derselben Angelegenheit zweimal besucht, waren immer vertröstet worden, aber nie folgte den Zusicherungen die That auf dem Fusse. Als sie nun neuerdings bei dem Kaiser Zutritt fanden, brachten sie alle ihre Beschwerden vor und wenn nur die Hälfte ihrer Klagen begründet war — woran man nicht im mindesten zweifeln darf — so war der Jammer, unter dem sie litten, unbeschreiblich. Alle die Angaben über die unerschwinglichen Contributionen, zu denen sich Speier, Worms und Schwäbisch-Hall bequemen mussten, wurden von ihnen wiederholt und dabei angeführt, dass Hagenau, welches durch den Mansfelder so arg bedrängt worden war, auch jetzt gleich schmählich gedrückt werde, dass Weissenburg monatlich 14000 Gulden zahlen müsse, dass zahlreiche Bürger ihre Häuser verlassen hätten und in Noth und Elend umherirrten oder vor Hunger zu Grunde gegangen seien, während in ihren Häusern die Soldaten schwelgten und den Rest ihrer Habe vollends zu Grunde richteten. Und wie konnte es anders sein, wenn nach Angabe der städtischen Deputirten für den Obersten der weissenberger Garnison allein 46 Pferde gefüttert werden mussten und in ähnlicher Weise auch die anderen Offiziere prassten. Aber alle diese Noth sei noch nichts gegen die sodomitischen Gräuel und gegen die Gewaltthaten, das Brennen, Sengen und Würgen, unter dem die bedrückten Bürger und ihre Frauen und Kinder leiden müssten. — Der Kaiser hörte diese Klagen aufmerksam an und gab kein Zeichen der Ungeduld, ja er billigte ausdrücklich, dass sich die Städte an ihn gewendet hätten und versicherte sie beim Abschied, dass er ihnen bald einen Bescheid zukommen lassen werde und ermahnte sie mittlerweile zur Geduld. *).

7. März 1623

*) Sächs. StA Vorbringen der Städte Strassburg, Nürnberg und Ulm beim Kaiser und dessen Antwort $\frac{\text{25. Febr.}}{\text{7. März}}$ 1623.

So gräulich die Leiden waren, unter denen die süddeutschen Städte seufzten, so darf man doch nicht alle Schuld an denselben auf die Katholiken schieben. Die protestantischen Fürsten Deutschlands wollten sich mit der Thatsache, dass der Kaiser wieder Herr in seinen Besitzungen geworden war, nicht aussöhnen, noch weniger aber wollten sie ihm das Recht zuerkennen, den Pfalzgrafen zu strafen. Dem Sieger wollten sie nicht einmal das Recht zugestehen, das zu allen Zeiten gegolten hat, nämlich sich für den erlittenen Verlust schadlos zu halten. Hätten sie dies rückhaltslos anerkannt und den Pfalzgrafen streng zur Ruhe verwiesen, so hätte er sich vielleicht gefügt und wäre mit dem Verlust der Kur davon gekommen. Wollten sie dies aber nicht zugestehen, so mussten sie sich mit aller Macht des Pfalzgrafen annehmen und den Entscheidungskampf gegen die Katholiken und den Kaiser beginnen. Aber auch dieses thaten sie nicht, sondern begannen eine Art anonymen Krieges gegen den Kaiser, denn der Krieg im Frühjahr 1622 wurde nicht von den Fürsten, sondern nur von Freibeutern geführt, von Mansfeld, dem Halberstädter und dem Markgrafen von Baden, der, nachdem er auf sein Fürstenthum verzichtet hatte, auch auf keine andere Bezeichnung Anspruch machen kann; fast alle protestantischen Fürsten und Reichsstädte beobachteten ihren Rüstungen gegenüber eine wohlwollende Neutralität oder förderten sie heimlich. Die Katholiken wussten, dass unter der Firma Mansfeld das protestantische Deutschland gegen sie kämpfe, man kann sich demnach nicht wundern, dass sobald der Sieg in ihre Hände fiel, sie sich für die Kosten desselben entschädigten. Zu dem bereiteten sich Mansfeld und Christian von Halberstadt zu einem neuen Angriffe vor. Die Katholiken mussten deshalb ihr Heer beisammen halten und ernähren, konnte da man vernünftiger Weise etwas anderes von ihnen erwarten, als dass sie die Auslagen hiefür ihren heimlichen Gegnern aufbürdeten und dass sie sich dabei nicht durch die Zusicherungen des mainzer Accordes gebunden erachteten? Von allgemein menschlichem Standpunkte kann man das Treiben der Katholiken und die von ihnen verübten Grausamkeiten beklagen und verurtheilen: zu einer Klage, als ob die Verfassung an ihnen verletzt worden wäre, waren die Protestanten

nicht berechtigt, denn nur wenn alle Mitglieder des deutschen Staatskörpers gemeinsam zur Aufrechthaltung des gesetzlichen Zustandes beigetragen hätten, durfte der Kaiser keines derselben und folglich auch die Reichsstädte nicht willkürlich verletzen und der Plünderung preisgeben.

Die beiden Vermittler Mainz und Darmstadt nahmen sich der Städte weiter an und ersuchten den Kaiser, er möchte ihren Bitten entweder ganz nachkommen, oder sich zum mindesten verpflichten, die Garnisonen aus jenen Städten, wo sie noch verbleiben würden, binnen zwei bis drei Monaten abzuführen und den städtischen Obrigkeiten in ihre Rechte nicht mehr einzugreifen. Auf diese Rathschläge gab der Kaiser am Tage seiner Abreise von Regensburg das Versprechen, dass er die Garnisonen binnen kürzester Zeit abberufen und nur Worms, Speier und Wimpfen so lange besetzt halten werde, bis Frankenthal in die Hände der Infantin gefallen sei; für den Fall, als die Ereignisse ihn zur abermaligen Besetzung einer der geräumten Städte nöthigen würden, ersuche er dieselben gutwillig nachzugeben. Auch an sonstigen Versprechungen fehlte es nicht in dem kaiserlichen Erlasse, wie z. B.: dass die städtischen Obrigkeiten ungehindert ihres Amts walten, dass niemand in seiner Religionsübung gestört werden und dass die Leistungen an die Garnisonen streng bemessen werden sollten. *) Thatsächlich blieb es aber bei den Versprechungen, da Maximilian sich die Mittel der Reichsstädte dienstbar machen wollte und der Kaiser ihn darin nicht hindern konnte. Wenn mehrere Städte von ihren Garnisonen befreit wurden, so dankten sie dies nicht dem guten Willen der Ligisten, sondern dem weiteren Verlauf des Krieges.

Wir können bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, dass einer der kaiserlichen Beamten mit dem Vorschlage auftrat, der Kaiser solle die ihm günstige Gelegenheit dazu benützen, um seine Herrschaft in den Reichsstädten fester zu begründen und sich ein Einkommen aus denselben zu sichern, und zwar dadurch, dass er in jeder einzelnen einen Vogt einsetzte, der die Oberaufsicht führen und alle Verbindung mit

---

*) Sächs. StA. Kaiserl. Entscheidung für die Reichsstädte dd. 5. Apr. 1623.

seinen Feinden verhindern sollte. Vorläufig wurde dieser Vorschlag bei Seite gelegt, aber in nicht gar langer Zeit berücksichtigte man wenigstens die finanzielle Seite desselben. *)

Noch eine Angelegenheit kam auf dem Convente zu einer allerdings nur abseitigen Verhandlung, die, wenn sie in der angestrebten Weise zum Abschluss gelangt wäre, dem deutschen Staatswesen nur Keime weiterer Zerrüttung eingepflanzt hätte. Wir meinen damit die Verbindung oder „Conföderation" Polens mit Deutschland.

Als der König Sigismund von Polen von dem türkischen Kriege bedroht wurde, wendete er sich an Ferdinand und trug ihm eine enge Verbindung Polens mit Deutschland an, welche sich auf wechselseitige Hilfeleistung erstrecken sollte. Die geringe staatsmännische Erfahrung jener Tage hoffte von derartigen Bündnissen, deren Werthlosigkeit sich in den Erbverträgen der Krone Böhmen mit den deutschen Fürstenhäusern soeben gezeigt hatte, eine sichere Garantie gegen künftige Gefahren: man begriff nicht, dass zu allen Zeiten die wirklichen oder eingebildeten Interessen eines Staates über die geschriebenen Verträge den Sieg davon tragen. Dem Kaiser war der polnische Antrag insofern angenehm, als er ihm die Allianz eines katholischen Staates zu sichern schien und so antwortete er dem König, dass er seinen Vorschlag bei dem nächsten Kurfürstentag zur Verhandlung bringen werde. **) Mittlerweile war der Krieg zwischen den Türken und Polen durch einen Frieden am 9. October 1621 beendet worden, weil die Türken von den Persern bedroht die Polen ebenso in Ruhe lassen mussten wie den Kaiser. Die nächste Veranlassung zu dem angebotenen Bündnisse war sonach geschwunden, dennoch gaben weder Ferdinand noch Sigismund den Gedanken daran auf. Der erstere schickte zu Ende des Jahres 1621 einen Gesandten nach Polen in der Person des Herrn Kurz von Senftenau, dessen nächste Aufgabe in der Anwerbung polnischer Truppen bestand, die man damals gegen Bethlen verwenden wollte und

5. Mai 1621

*) Wiener StA. Vorschlag in Bezug auf die Reichsstädte dd. 27. Jan. 1623.

**) Antwort des Kaisers auf das von Polen angetragene Bündniss dd. 5. Mai 1621. Wiener StA.

später in die Niederpfalz schickte, der nebenbei aber auch den Auftrag hatte, die Bündnissverhandlung weiter zu führen.*) Kurz kam seinem Auftrag nach, indem er in Warschau, wo der König weilte, die daselbst anwesenden Senatoren für das Bündniss zu gewinnen suchte, wobei er auch auf die Königin und den Prinzen Wladislaw in gleicher Richtung einzuwirken trachtete. In Polen hatte man jetzt allerlei Bedenken, man fürchtete, dass die Türken wieder zum Angriff schreiten würden, wenn sie von der „Conföderation“ mit Deutschland Kunde bekämen und ähnliches mehr. Kurz bemühte sich nachzuweisen, dass gerade in dem Bündniss der Schutz wider allfällige Angriffe zu finden sei und erhielt zuletzt die Zusage, dass man über die Conföderation auf dem nächsten polnischen Reichstage verhandeln wolle.**)

Ob es dazu kam, ist uns nicht bekannt, jedenfalls dauerte der Meinungsaustausch zwischen dem kaiserlichen und polnischen Hofe durch das Jahr 1622 fort und als sich nun in Regensburg der Deputationstag versammelte, erinnerten die Geheimräthe den Kaiser an seine Zusage, dass er hier über das Bündniss werde verhandeln lassen.***) Ferdinand folgte dieser Mahnung und liess den Kurfürsten von Mainz auffordern, hierüber mit den katholischen Mitgliedern des Convents insgeheim in Berathung zu treten. Schweickhart berief in Folge dieser Weisung die Kurfürsten von Köln und Baiern und die Vertreter von Trier und Salzburg zu einer Sitzung. Wie sehr diesen Fürsten auch ein katholisches Bündniss genehm sein mochte, so sahen sie doch ein, dass es für die Zukunft kaum von praktischen Folgen sein dürfte und lehnten deshalb die Verhandlung unter dem Vorwande ab, dass nur ein vollständiger Reichstag hierüber zu berathen berechtigt sei.†) Mit diesem Gutachten fielen die polnischen Bündnissverhandlungen der Vergessenheit anheim und wenn der Kaiser mit dem Könige von Polen in den folgenden Jahren in dem besten Einvernehmen

---

*) Ebenda. Kurz von Senftenau an Ferd. dd. 21. Jan. 1622.

**) Kurz von Senftenau an Ferd. II dd. 1. März 1622. Wiener StA.

***) Wiener StA. Questenberg an Ferd. dd. 17. Jan. 1623. — Ebend. Beschluss der Geheimräthe. — Ebend. Ferd. an Kurmainz dd. 4. März 1623.

†) Wiener StA. Gutachten der kath. Fürsten am Convent zu Regensburg dd. 10. März 1623.

stand und mit ihm über eine Allianz verhandeln liess, so sollte sich diese nur auf ihn und nicht auf das deutsche Reich beziehen.

Nachdem Ferdinand am 5. April seine letzte Entscheidung 1623 bezüglich der Reichsstädte getroffen hatte, reiste er von Regensburg nach Prag, um diese Stadt zum erstenmale seit seiner Krönung zu besuchen. Einige Tage vor seiner Abreise beschied er die Gesandten der abwesenden Fürsten einzeln vor sich und that dieses namentlich mit den sächsischen, denen er die herzlichsten Grüsse an ihren Herrn auftrug. Die letzteren wurden auch zum Kurfürsten von Mainz eingeladen und als sie dem Rufe folgten, bot derselbe alle seine Liebenswürdigkeit auf, um sich bei ihnen und ihrem Herrn in ein gutes Licht zu setzen. In Angelegenheit der Kur habe er dem allseitigen Bitten und Drängen nachgeben müssen; würde Johann Georg zur Stelle gewesen sein, so würde er einen Einblick in diese Sache gewonnen haben und vielleicht hätte er „viel gutes dabei thun können.“ Auch wegen der Reformation der lutherischen Kirche in Prag entschuldigte sich Schweickhart, er habe es an nichts fehlen lassen, „zur Zeit und Unzeit“ sich bemüht und „dem Kaiser auf das beweglichste zugesprochen,“ darin innezuhalten, derselbe habe aber alle seine Bitten abgewiesen und die Entscheidung bis auf die persönliche Zusammenkunft mit Johann Georg verschoben. Da der Kurfürst von Sachsen in einem Brief, der gerade in diesen Tagen seinem mainzer Collegen zugekommen war, mit der Begründung eines protestantischen Bundes als Gegengewicht gegen die katholische Liga drohte — vielleicht war diese Drohung die einzige Folge der annaberger Zusammenkunft — so suchte Schweickhart den Groll Sachsens damit zu besänftigen, dass er wiederholt den bloss defensiven Charakter der Liga betonte. Zuletzt setzte er seiner Vertraulichkeit gegen die Gesandten dadurch die Krone auf, dass er sie nöthigte, mit ihm das Mittagsmal einzunehmen und mit ihm einen „gesalzenen Häring“ zu essen, wobei ausser ihnen nur noch ein Gast zugegen war.*) Wie viel zur folgenden friedfertigen Haltung des Kurfürsten von Sachsen das Gebahren des

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn dd. 20./30. März 1623.

Erzbischofs beitrug, wie viel die Angst vor seinen Glaubensgenossen, im Fall der Sieg ihnen zu Theil würde, lassen wir dahingestellt, jedenfalls wurde er durch diese Schmeicheleien fester an seine bisherigen Freunde geknüpft, als durch die Drohungen und Spöttereien der Protestanten zur Aenderung seiner Politik veranlasst. Der Deputationstag in Regensburg hatte den Frieden in Deutschland nicht angebahnt, der Krieg sollte weiter geführt, der Kriegsschauplatz aber nach Norddeutschland verlegt werden.

Neuntes Kapitel.

Die kirchlichen Reformen in Böhmen und Mähren.

I Bemühungen der Katholiken nach der Schlacht auf dem weissen Berge ihr Kirchenwesen in Aufnahme zu bringen und die Protestanten einzuschränken. Beschlagnahme einzelner Kirchen in Prag. Der Nuncius Caraffa und sein Einfluss. Er verlangt die Ausweisung sämmtlicher protestantischen Geistlichen. Der Kaiser will die Ausweisung unter dem Vorwande verfügen, dass sich die Geistlichen politischer Vergehen schuldig gemacht haben. Liechtenstein gegen die Ausweisung. Der Kaiser befiehlt am 28. October 1621, dass die Ausweisung erfolgen solle. Die Lutheraner sind von derselben nicht betroffen. Die prager Pfarrer verlassen die Stadt und flüchten nach Sachsen. Slawata's Rathschläge. Man beschliesst das Abendmal unter beiden Gestalten nicht länger verabreichen zu lassen. Pfarrer Locika. Der Generalpardon. Wirksamkeit der katholischen Geistlichkeit auf dem Lande.

II Die Ausweisung der lutherischen Geistlichkeit wird beschlossen. Die Universität wird den Jesuiten übergeben. Erfolge der katholischen Anstrengungen beim Adel und bei den Bürgern. Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an den Kaiser. Hoë's Brief an Liechtenstein. Berathungen am kaiserlichen Hofe in Straubing in Folge des kursächsischen Schreibens. Der Kanzler Lobkowitz bei den sächsischen Gesandten in Regensburg. Haltung der katholischen Fürsten in Regensburg gegenüber der Ausweisung der lutherischen Geistlichkeit. Antwort des Kaisers' an den Kurfürsten von Sachsen. Neues Schreiben Kursachsens. Reise des Kaisers und des Nuncius nach Prag. Berathungen daselbst. Bemühungen des Erzbischofs und der Aebte in den Besitz ihrer Güter, die sie vor dem Husitismus inne hatten, zu gelangen. Die Gegenreformation in Mähren.

I

Vor und zur Zeit des regensburger Deputationstages erhob der Kurfürst von Sachsen die lebhaftesten Beschwerden über die Verfolgung, welche die Protestanten in Böhmen erdulden mussten und wir haben gesehen, dass selbst der Herzog von Baiern das zu eifrige Vorgehen des Kaisers gegen die Lutheraner tadelte. Aber weder die Klagen von gegnerischer noch die Bitten von befreundeter Seite brachten den letzteren einige Erleichterung, der Kaiser wollte, dass bei seinem beabsichtigten

Besuche in Prag das Reformationswerk in den Grundzügen festgestellt sei und wich deshalb keinen Schritt von dem seit zwei Jahren betretenen Wege ab.

In dem Gutachten, welches die wiener Geheimen und sonstigen Räthe dem Kaiser über die Art und Weise erstattet hatten, wie er seinen Sieg in Böhmen ausbeuten sollte, spielte die kirchliche Reformation eine grosse Rolle. Die Meinung aller Rathgeber neigte sich der gewaltsamen Unterdrückung der Protestanten zu und nur über das mehr oder weniger rasche Verfahren theilten sich die Ansichten. Der Kaiser verlangte auch von den in Passau wohnenden böhmischen Flüchtlingen ein Gutachten über diese Fragen, als Hohenzollern zu Ende des J. 1620 nach München reiste und wir erwähnten an der betreffenden Stelle, dass dasselbe leider verloren sei. Nur ein einziges, bloss die religiöse Frage berührendes Schriftstück, das die Ansichten des Herrn von Martinic vertritt, hat sich erhalten, doch weiss man nicht, ob es vielleicht einen Theil des bei dieser Gelegenheit abgegebenen Gutachtens bildet, jedenfalls wurde es von ihm in Passau ausgearbeitet. In den Grundzügen lautet sein Programm dahin, dass nur Katholiken im Lande aufgenommen und die Kinder von jeder Gemeinschaft mit Ketzern ferngehalten werden sollten. Zu diesem Behufe seien für die Erziehung der heranwachsenden Jugend mehrere Jesuitenkollegien zu begründen und die Universität an die Jesuiten auszuliefern. Dabei sollte die Zahl der Geistlichen vermehrt und der Erzbischof, die Prälaten, sowie die Rektoren der Jesuitenkollegien unter die Landstände eingereiht werden.*)

In welcher Weise wurden nun die in diesem und anderen Gutachten angedeuteten Reformem durchgeführt?

Gleich nach der Schlacht auf dem weissen Berge versammelten sich zahlreiche katholische Geistliche, Domherren und Mönche verschiedener Orden in Prag, die während der vergangenen Jahre sich geflüchtet hatten und verlangten von Maximilian und Buquoy die Wiedereinführung in ihren Besitz. Unter ihrem Schutze gelang es ihnen sich der ihnen früher

*) Wiener StA. Das Gutachten des Herrn von Martinic wird in einem Concepte Strahlendorfs vom J. 1623 angeführt.

gehörigen kirchlichen Gebäude zu bemächtigen, schwerer wurde es ihnen aber in den Besitz der entfernten und zumeist verwüsteten Güter zu gelangen und so mussten sie vorläufig ihren Lebensunterhalt mit Geschenken fristen, die ihnen reichlich zu Theil wurden.*) Alle diese zurückkehrenden Flüchtlinge hatten zunächst nur ihr Eigenthum im Auge, die Jesuiten dagegen, die auch mit dem siegreichen Heere nach Prag vorgedrungen waren, nahmen gleichzeitig ihre geistliche Thätigkeit auf und wenn sie auch nur über sporadische Erfolge zu berichten hatten, so machte sich doch ihre Anwesenheit den Protestanten alsbald bemerkbar. Vielleicht hätten sie gleich im Anfang nachhaltigere Erfolge aufweisen können, wenn sie von einem entschlossenen kirchlichen Oberhaupt unterstützt worden wären, an einem solchen fehlte es aber in Böhmen, da der Erzbischof Lohelius durch Alter und Kränklichkeit darniedergebeugt einer angestrengten Thätigkeit nicht fähig war und um dieses Grundes willen auch seine Abreise von Wien, wohin er sich geflüchtet hatte, nach Prag längere Zeit verschob. Erst am ersten Februar 1621 hielt er seinen Einzug in diese Stadt und einige Tage später folgte ihm der Abt von Strahow, Kaspar von Questenberg, den wir nebst dem Domherrn Platteis von Plattenstein als die dominirenden Geister bei den folgenden reformatorischen Bestrebungen ansehen müssen. Der Erzbischof nahm alsbald die Umgestaltung der Domkirche für den katholischen Gottesdienst in Angriff und hatte die Genugthuung, dass Ferdinand für alle Bedürfnisse Sorge trug und dem Fürsten von Liechtenstein den Befehl gab, bei dieser Gelegenheit keine Kosten zu scheuen.**) Die Auslagen waren sehr bedeutend, man musste nicht nur neue Kirchenkleider ankaufen, sondern auch die Altäre wieder aufrichten, Bilder und Crucifixe berbeischaffen und überhaupt vieles für die innere Reconstruction thun.***) Dem Erzbischof wurden die nöthigen Geldmittel zur Bestreitung seines Haushaltes aus den königlichen Einkünften angewiesen

*) Caraffa, Commentaria.

**) d'Elvert II, 26, Liechtenstein an Ferd. dd. 17. Feber 1621. — Wiener StA. Aus Prag dd. 8. und 14. Feber 1621. — Skála V, 30. — Caraffa Commentaria. Ferd. an Liechtenstein dd. 29. Jan. 1621.

***) d'Elvert II, 29, Der Erzbischof an Ferdinand dd. 18. Feber 1621.

und gleich freigebig zeigte sich die königliche Kammer gegen die Klöster bei St. Jacob, St. Thomas, St. Egid und gegen die Jesuiten, da ihnen die Heranbildung von Candidaten für den geistlichen Stand übertragen wurde und sie sich dieser Aufgabe schon jetzt mit Eifer unterzogen.*)

1621 Am 20. Februar war die Domkirche so weit hergestellt, dass der erste Gottesdienst abgehalten werden konnte;**) es war dies eine Feier, an der sich alle hervorragenden Persönlichkeiten Prags, namentlich Liechtenstein und Tilly, betheiligten. Bei dem Erzbischofe fanden darauf Berathungen statt, in welcher Art der Angriff gegen die Protestanten unternommen werden müsse, um zu dem ersehnten Ziele der Rekatholisirung des ganzen Landes zu führen, und man entschied sich dafür, ihn schrittweise und zwar zuerst gegen ihre Geistlichkeit einzuleiten. Diesem Programm gemäss beschloss man die Verfolgung derjenigen Geistlichen, welche im Verdacht des Kalvinismus standen und war aus diesem Grunde mit einer Verordnung Liechtensteins, der die Kalviner bloss von allen neuen Anstellungen ausschloss, nicht zufrieden,***) weil diese Verordnung keine unmittelbaren Erfolge in Aussicht stellte. Auf den Wunsch des Erzbischofs musste deshalb Liechtenstein bei Ferdinand anfragen, ob er nicht alle kalvinischen Prediger sofort verjagen solle. †) Der Kaiser beantwortete diese Anfrage um so rascher im bejahenden Sinne, als er bei der Vertreibung der Kalvinisten auf den Beifall von Kursachsen rechnen konnte und sonach keine Rücksicht zu nehmen brauchte.††)

Ein Hinderniss stellte sich jedoch dieser Eile entgegen, das unübersteigbar schien. Was half es, wenn man die protestantischen Geistlichen von den einzelnen Kirchen verjagte, so lange man ihre Stellen nicht besetzen konnte, da die katholische Geistlichkeit Böhmens um diese Zeit auf ein Minimum

*) Caraffa Commentaria.

**) Skála V, 43. — Skála gibt den 20. Februar als Datum an; eine andere Aufzeichnung in der Prager k. k. Universitätsbibliothek gibt den 28. Februar an.

***) d'Elvert II. 34, Liechtenstein an Ferdinand dd. 27. Februar 1621.

†) d'Elvert II, 37, Liechtenstein an Ferdinand dd. 5. März 1621.

††) Caraffa Comment. Ferdinand II an Liechtenstein dd. 13. März 1621.

zusammengeschmolzen war. Dieser Mangel liess sich nicht durch Berufung von Priestern aus anderen Diöcesen decken, da diese nicht böhmisch sprachen und auf einen frischen Zuwachs konnte man erst nach Jahren rechnen, mochten die oben genannten Klöster auch den grössten Eifer in der Heranbildung von Priesteramtskandidaten entwickeln. Der Fürst von Liechtenstein riet deshalb dem Erzbischof diesem Uebelstand dadurch abzuhelfen, dass er alle jene Geistlichen, die katholisch geweiht waren, später sich aber der böhmischen Confession angeschlossen hatten, wieder in den Schooss der Kirche aufnehme, im Falle sie sich seinen Geboten fügen würden. Diesen Priestern sollte es auch freigestellt sein, ihren Gemeinden das Abendmal unter beiden Gestalten zu verabreichen, da die Kirche solches seit dem tridentiner Concil gestattet habe. Der Erzbischof liess sich von seinen Domherren ein Gutachten über das vorgeschlagene Auskunftsmittel erstatten und dieses lautete dahin, dass man wohl die abgefallenen Priester aufnehmen könne, aber die Verabreichung der Communion unter beiden Gestalten nicht dulden dürfe.*) Es war klar, das man jetzt nicht bloss das Bekenntniss der böhmischen Confession unterdrücken, sondern auch den alten mit der römischen Kirche versöhnten und von ihr nur durch die Communion getrennten Utraquismus nicht bestehen lassen wollte; das Gebiet, das man schrittweise eroberte, wollte man voll und unbedingt beherrschen.

Der Erzbischof legte das eingegangene Gutachten dem Fürsten vor, welcher es trotz seiner Feindseligkeit gegen den von ihm verfochtenen Utraquismus günstig aufnahm. Auf seinen Befehl rief der Administrator die prager Pfarrer zu einer Sitzung zusammen und theilte ihnen im Auftrage Michna's einige Puncte mit, über die sie sich entscheiden sollten. Sie sollten erklären, ob sie bereit seien, sich die Priesterweihe vom Erzbischof ertheilen zu lassen — man wollte also nicht bloss die katholisch Geweihten aber Abgefallenen gewinnen, sondern auch die protestantisch Geweihten aufnehmen, um über eine möglichst grosse

*) Bibliothek der Universität Prag XI, D. 14. — Erzbischöfliches Archiv von Prag: Responsio praelatorum ad duos articulos dd. 29. Apr. 1621. — Archiv v. Kuttenberg: Ratio juvandae religionis per Bohemiam.

Zahl von Priestern zu verfügen — ob sie mit der katholischen Kirche in allen Punkten übereinstimmten, also von der Austheilung des Abendmals unter beiden Gestalten ablassen wollten und ob sie, wenn sie beweibt seien, ihre Frauen ferner nur als Köchinnen ansehen wollten? Dass sich an diese Fragen auch die Aufforderung zu einem Darlehen knüpfte, war gewissermassen selbstverständlich, denn über Darlehen und Contributionen mussten in diesen Tagen alle Corporationen schlüssig werden, wenn die Regierung ihnen die Erlaubniss zu einer gemeinsamen Berathung ertheilte oder sie ihnen, wie in diesem Falle, aufdrang.*) Die Mittheilungen des Administrators riefen unter den Pfarrern grossen Schrecken hervor, doch verlautet nichts davon, dass irgend einer von ihnen bereit gewesen wäre, in Verbindung mit der katholischen Kirche zu treten. Wie willkommen dies dem Erzbischof und dem Fürsten von Liechtenstein auch gewesen wäre, erwartet hatten sie es nicht, und aus diesem Grunde legte der letztere dem ersteren die Frage vor, ob man nicht sämmtliche Kirchen Prags oder wenigstens drei der bedeutendsten mit Gewalt in Besitz nehmen und von ihnen aus die Reformation beginnen solle?**) Der Erzbischof verlangte hierüber ein Gutachten von den oben erwähnten Prälaten, das bei dem Mangel an nöthigen Priestern nicht anders lauten konnte, als dass man sich vorläufig mit der Beschlagnahme dreier Kirchen begnügen müsse.***)

Der schon jetzt sich fühlbar machende Druck und jene Mittheilungen des Administrators bewirkten, dass die Protestanten laute Klagen erhoben, zahlreiche Prediger ihre Existenz in Böhmen für gefährdet hielten und durch die Flucht aus diesem Lande besser für ihre Zukunft zu sorgen glaubten. Gegen 200 Geistliche sollen bis zum Anfang Mai aus Böhmen in

1621

*) Skála V, 66. — Skála gibt den 14. April 1621 als den Tag an, an welchem diese Aufforderung an die prager Pfarrer erging, während jenes Gutachten der Prälaten vom 29. April datirt ist. Irgendwo ist hier ein falsches Datum angegeben, denn wir sind überzeugt, dass diese Aufforderung erst nach ertheiltem Gutachten erfolgte.

**) Bibl. der Univ. Prag XI, D, 14. Brevis narratio de successu rerum ecclesiasticarum.

***) Responsio Praelatorum dd. 29. April 1621.

Schlesien eingewandert sein.*) Die Zurückgebliebenen, sowohl die prager Pfarrer, wie die Professoren der Universität, die sich auch mancherlei Besorgnissen hingaben, richteten an den Kurfürsten von Sachsen ein Schreiben, worin sie ihn um Rath und um Fürbitte bei dem Kaiser ersuchten.**) Da man in Sachsen die Anhänger der böhmischen Confession als dem Lutherthum befreundet ansah, so fanden die Bitten freundliches Gehör. Der Präsident des Geheimraths Schönberg forderte die Universität auf, ihm diejenigen Personen zu nennen, die ihre Sicherheit gefährdeten, und der Kurfürst gab seinem Unwillen dadurch Ausdruck, dass er dem Erzherzog Karl, der gerade in Dresden weilte, bei der Tafel das Schreiben der prager Pfarrer vorlas und sich über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen beschwerte.

Während Liechtenstein beim Kaiser anfrug, in welcher Weise er dem Gutachten der prager Prälaten nachkommen solle und mittlerweile drei Kirchen***) in Beschlag nahm, bemühte man sich auf katholischer Seite das alte Kirchenwesen durch Bussübungen und strenges Einhalten der alten Verordnungen in Aufnahme und Flor zu bringen und dessen Beschimpfung an den Protestanten zu rächen. Am Gründonnerstag wurde eine feierliche Procession in Prag angeordnet, bei der sich die Kapuziner über den nackten Oberleib blutig geisselten. Der Erzbischof erliess an die Unterthanen der Herrschaften Osseg und Schwatz ein strenges Mandat, in dem er unter den stärksten Drohungen allfällige Heiraten bis zum vierten Grad der Verwandtschaft verbot und Liechtenstein befahl eine Untersuchung aller prager Häuser, ob sie nicht Malereien oder sonstige Gegenstände zum Schimpf der Katholiken enthielten. Einzelnen Gemeinden ertheilte er den Befehl, den Processionen am Frohnleichnamstage kein Hinderniss in den Weg zu legen, sondern sie nach Möglichkeit zu fördern.†)

1621

---

*) Wiener StA. Aus Prag dd. 9. Mai 1621.

**) Skála V, 66. Sächs. StA. Die Universität von Prag an Kursachsen dd. 14. April 1621.

***) Bei St. Nicolaus, bei St. Egidi und bei St. Heinrich.

†) d'Elvert II, 73, Ferdinand an Liechtenstein dd. 3. Juni 1621. — Skála V. — Böhm. Statthalt.-Archiv: Liechtenstein an die Neustadt Prags dd. 24. Mai. — Ebenda. Liechtenstein an die Kommotauer dd. 27. Mai 1621.

Wir müssen nun derjenigen Person Erwähnung thun, die, obwohl hinter den Coulissen stehend, doch die Angriffe der Katholiken leitete, sowie den Kaiser ununterbrochen zur Vertreibung der Protestanten anspornte. Es war dies der päpstliche Nuncius in Wien Carlo Caraffa, Bischof von Aversa, der seinen Posten im J. 1621 antrat bis zum J. 1628 verwaltete und über dessen Thätigkeit und nahezu allmächtigen Einfluss wir aus einem von ihm selbst verfassten Bericht in eingehender Weise unterrichtet werden. *) Die allfälligen Zweifel an der Glaubwürdigkeit desselben werden sowohl durch den Ton des Schriftstückes, wie auch dadurch widerlegt, dass es mit allen uns zugänglichen katholischen Schriftstücken harmonirt. — Caraffa reiste seiner Angabe zufolge im Frühjahr 1621 nach Prag, um sich über die kirchlichen Zustände daselbst aus eigener Anschauung zu belehren und dem Kaiser die richtigen Mittel zu ihrer Reformation vorschlagen zu können. Täglich hielt er Berathungen mit den Wortführern der katholischen Geistlichkeit ab, unter denen er an dem Domherrn Platteis das meiste Gefallen fand, weil dieser ihm an Eifer nicht nachstand. Alle Berathungen gipfelten darin, dass man sobald als möglich die gesammte protestantische Geistlichkeit aus Böhmen vertreiben und also jedes Zögern aufgeben müsse und mit diesem Rathschlage sollte wahrscheinlich der Kaiser bei seiner damals bevorstehenden Ankunft in Prag bewillkommt werden. Allein da Ferdinand aus mancherlei Gründen die Reise nicht antrat, so ging Caraffa nach Wien und verlangte von ihm den Erlass des Ausweisungsbefehles. **) Er drang mit seinem Vorschlage nicht ganz durch, Ferdinand verstand sich nicht dazu, aber er erliess eine Verordnung an Liechtenstein, die in ihrer Wirkung dem

— Erzbischöfliches Archiv in Prag: Der Erzbischof an die Unterthanen der Herrschaften Osseg und Schwaz dd. 2. Mai 1621.

*) Die Relation Caraffa's wurde von Jos. Gotthard Müller unter dem Titel Relatione dello stato del Imperio im J. 1858 publicirt und mit einer vortrefflichen Einleitung versehen. Schon früher wurde zum Theil diese Relation unter dem Titel Commentaria de Germania sacra restaurata in Aversa im Jahre 1630 herausgegeben. Caraffa's Arbeit ist von ausserordentlichem Werthe.

**) Caraffa's Relatione dello stato del imperio.

gewünschten Ausweisungsbefehle gleichkommen musste. Der Kaiser billigte nämlich nicht nur die von dem Fürsten verfügte Beschlagnahme jener drei Kirchen, sondern ordnete auch die der St. Adalbertskirche an und forderte Liechtenstein auf, sich mit dem Erzbischof zu berathen, ob man nicht auch die Teinkirche in Beschlag nehmen solle. Noch schwerer fiel aber der Befehl in die Wagschale, dass Liechtenstein alle Prediger, Schulmeister und Professoren, die sich entweder des Calvinismus — wie man die Anhänglichkeit an die Brüderunität immer bezeichnete — schuldig gemacht oder den Berathungen im Carolin beigewohnt, die Rebellion in der Schule und auf der Kanzel befördert, die Wahl Friedrichs auf den Thron vertheidigt und seiner Krönung beigewohnt hatten, unnachsichtlich aus dem Lande jagen und gegen jene, die sich nicht entfernen würden, mit scharfer Strafe vorgehen solle. Nicht ein Mitglied des böhmischen Clerus konnte von sich behaupten, keine der oben angeführten Majestätsbeleidigungen begangen zu haben, zum mindesten hatte vielleicht jeder bei Gelegenheit der Krönung Friedrichs in seiner Predigt auf das Gottgefällige dieses Werkes hingewiesen. Jedermann musste also fürchten, dass, wenn er nicht die Flucht ergreife, heute oder morgen Hand an ihn gelegt werden würde, und so suchten nach Bekanntwerdung dieser Verordnung abermals mehrere Geistliche ihr Heil in der Flucht. Die Masse der protestantischen Geistlichkeit harrte jedoch auf ihrem Platze aus, zum Theil aus Pflichtgefühl, zum Theil aus Mangel an Mitteln, die ihnen und ihren Familien die Auswanderung ermöglicht hätten. *) Caraffa, der dem Kaiser zu diesem Befehle gerathen, machte sich nicht bloss der Härte, sondern in der Art und Weise, wie er denselben zu motiviren empfahl, auch der Heuchelei schuldig. In dem Befehle heisst es nämlich, dass der Kaiser nicht wegen der Religion, sondern wegen der Rebellion in dieser Weise verfahre.

Der Kaiser hatte befohlen, dass das Ausweisungsdekret nach der damals bevorstehenden grossen Execution publicirt

*) d'Elvert II, 74, Ferdinand II an Liechtenstein dd. 3. Juni 1621. — Caraffa, Relatione.

werden solle und hatte darauf, wie wir erzählt haben, eine Wallfahrt nach Maria-Zell unternommen, wo er sein ehedem in Loretto abgelegtes Gelübde erneuerte, dass er die Protestanten in seinen erblichen Besitzungen nicht dulden werde. Als nach seiner Rückkunft in Wien von Liechtenstein keine Nachricht einlief, ob er seinem Befehle nachgekommen sei oder nicht, forderte Ferdinand den Fürsten zur Berichterstattung auf. Der Fürst, der damals besorgte, dass die Rüstungen Mansfelds und des Jägerndorfers zum Wiederausbruche des Aufstandes führen könnten, riet dem Kaiser, in den Confiscationen einzuhalten und sich vorläufig mit dem zu begnügen, was er den Flüchtlingen und Verurtheilten weggenommen hatte; aus demselben Grunde bat er den Kaiser auch um die Erlaubniss, vorläufig mit der Ausweisung der protestantischen Geistlichen innehalten zu dürfen. Indem er dem an ihn ergangenen Befehle die Deutung gab, als ob er bloss auf die Kalviner gemünzt sei, meinte er, dass damit vorläufig nichts gewonnen sei, weil die Kalviner ihre Ueberzeugung entweder verbergen würden oder weil die Gutsbesitzer und Städte an ihre Stelle Anhänger der böhmischen Confession befördern würden. Das sei aber ohne Nutzen; besser sei es zu warten, bis man an ihre Stelle Katholiken würde setzen können. *) — Die Vorstellungen Liechtensteins fanden in Wien die Zustimmung der meisten Staatsmänner und zwar aus denselben Gründen, wegen deren man mit den Confiscationen zögerte. Der Kaiser verzichtete also vorläufig auf die Ausführung seines Befehles und verlangte nur, dass der Fürst gegen jene Prediger strafend vorgehen sollte, welche zu Beginn des Aufstandes eine ihnen von den Direktoren zugeschickte Proclamation von der Kanzel verlesen, sich in notorischer Weise am Aufstande betheiligt oder die Krönung vollzogen hätten. Das Recht der Besetzung erledigter Pfarreien in den Städten und auf allen confiscirten Gütern nahm er aber fortan in Anspruch und trug dem Fürsten auf, sich mit dem Erzbischof ins Einvernehmen zu setzen, in

---

*) d'Elvert II, Ferdinand an Liechtenstein dd. 2. Juli 1621. — Liechtenstein an Ferdinand II dd. 14. Juli 1621. — Caraffa's Commentaria.

welcher Weise bei Neubesetzungen vorgegangen werden solle. *) Caraffa sah also vorläufig seine Anstrengungen vereitelt.

Wenn man die allgemeine Ausweisung für kurze Zeit verschoben hatte, so wollte man wenigstens in Prag wieder einen Schritt vorwärts thun und abermals einige Pfarreien an sich reissen. Der Erzbischof gedachte deshalb in jedem Stadtviertel zwei oder drei Kirchen mit seinen Geistlichen zu besetzen, und um ihnen einen grössern Wirkungskreis einzuräumen, wollte er, dass die Zahl der Pfarren auf neun verringert werde. Den Protestanten sollten auf der Alt- und Neustadt je zwei Kirchen, auf der Kleinseite eine zum weitern Gebrauch überlassen bleiben. Damit man bei dieser Massregel auf einen geringeren Widerstand stossen möchte, riet er, auf die Stadträthe einen solchen Druck auszuüben, dass sie freiwillig auf die Kirchen, deren man sich bemächtigen wollte, Verzicht leisteten und ihnen die — allerdings falsche — Hoffnung zu machen, dass sie für dieses Opfer im Besitz der übrigen Kirchen bleiben würden. Da damals gerade die Berathungen über den allgemeinen Pardon in Bezug auf Leben und persönliche Freiheit, den Ferdinand ertheilen wollte, stattfanden, riet der Erzbischof, diesen Pardon ja nicht auf die Prediger und Professoren auszudehnen, damit man sie bei der ersten besten Gelegenheit aus dem Lande jagen könne. **)

Da man vorläufig die Geistlichen nicht vertreiben konnte und sie in den Pardon — in Befolgung des erzbischöflichen Rathschlages — nicht einschliessen wollte, so verzögerte sich die Verkündigung des Generalpardons je länger je mehr, trotzdem der Kaiser seit dem Monate August wiederholt von dem Kurfürsten von Sachsen daran erinnert wurde; man fühlte, dass die protestantische Geistlichkeit von demselben nicht ausgeschlossen werden könne, da sie nicht schuldiger war als der Adel und die Bürger. Die durch die unterbliebene Publication des Pardons gewonnene Frist benützte man in der Art, dass man die Wortführer unter der protestantischen Geistlichkeit auszuweisen beschloss, in der Hoffnung, mit den übrigen unter- 1621

*) d'Elvert II, 106. Ferdinand an Liechtenstein dd. 26. Juli 1621.

**) Münchner RA. Der Erzbischof von Prag an Liechtenstein dd. 14. Aug. 1621.

geordneten Gliedern leichter fertig zu werden. Diesen lange erwogenen Schlag leitete man damit ein, dass man rasch nach einander einzelne hervorragende Prediger zur Verantwortung zog. Der Pfarrer bei St. Martin in Prag hatte es gewagt, auf der Kanzel einige tadelnde Bemerkungen gegen jene protestantischen Geistlichen vorzubringen, die in der letzten Zeit der Aufforderung des Erzbischofs gefolgt waren und ihm ihren Gehorsam erklärt hatten und der Pfarrer bei St. Stephan hatte sogar im Karolin eine Versammlung mit seinen Glaubensgenossen abgehalten. Beide wurden deshalb bei dem Kaiser verklagt, der 1621 alsbald ihre Entfernung von den betreffenden Pfarren verfügte. *)

Mittlerweile bot Caraffa alle seine Ueberredungskunst auf, um den Kaiser trotz der von Bethlen drohenden Gefahr zur Wiederholung des schon einmal gegebenen aber später sistirten Befehles wegen Ausweisung der politisch kompromittirten Geistlichkeit zu vermögen und drang endlich zum zweitenmale durch. 1621 Zu Ende des Monats October erneuerte der Kaiser seinen Befehl und der Fürst von Liechtenstein publizirte in Folge dessen am 1621 13. December ein Patent, nach dem alle Geistlichen, die die Proclamation der Directorialregierung nach vollbrachtem Fenstersturze von der Kanzel verlesen — und das waren jedenfalls alle Pfarrer Prags — und an dem Acte der Krönung des Pfalzgrafen theilgenommen hatten, angewiesen wurden, sich binnen drei Tagen aus Prag und binnen acht Tagen aus dem Lande zu entfernen. Aus „lauter Milde und Güte“ wurde den Ausgewiesenen gestattet, ihre fahrende Habe mitzunehmen und ihre unbeweglichen Güter binnen drei Monaten zu verkaufen. Wer dem Ausweisungsbefehle nicht folgte, der sollte als Hochverräther behandelt werden und ebenso derjenige, der einem Ausgewiesenen heimlich Unterkunft gab. **) Zu gleicher Zeit erging an die Räthe der anderen königlichen Städte, namentlich an die im Westen des Landes gelegenen der Befehl, dieses Patent zu publiciren und darnach vorzugehen.***)

*) Prager Statthaltereiarchiv: Ferdinand II an Liechtenstein dd. 18. Oct. 1621. — Ebenda. Antwort Liechtensteins dd. 27. October 1621.

**) Böhm. Statth.-A. Pat. Liechtensteins dd. 13. Dec. 1621. — Skála V, 185.

***) Böhm. Statth.-A. Liechtenstein an d. Städte Schönfeld, Schlackenwald, Eger, Königsberg, Tachau, Schlackenwerth dd. 17. Dec. 1621. — Skála V, 188.

Der Ausweisungsbefehl lautete so allgemein, dass auch die wenigen Geistlichen augsburger Confession, die sich in Böhmen aufhielten, von ihm betroffen werden mussten. Der Kaiser und Caraffa meinten es auch nicht anders, trotzdem weigerte sich Liechtenstein, der sich zur Zeit der Publication des Ausweisungsbefehles in Wien befand, die Verfolgung auf die Lutheraner auszudehnen, weil er die Empfindlichkeit des Kurfürsten von Sachsen nicht noch mehr reizen wollte. Seine Ansicht fand auch diesmal Beachtung und obwohl Caraffa in einer Conferenz, die er deshalb mit den Mitgliedern des geheimen Rathes hatte, auf der Ausweisung der Lutheraner bestand, so entschieden doch die Geheimräthe, dass man damit bis zu Ostern warten solle*) und erlangten hiefür die kaiserliche Zustimmung. Nach 1622 seiner Rückkehr nach Prag lud Liechtenstein die lutherischen Prediger vor sich und theilte ihnen mit, dass das Ausweisungsdekret sie nicht angehe, da sie sich keiner derartigen Verbrechen, wie die übrigen Geistlichen schuldig gemacht hätten. Es war diese Zusicherung offenbar für den Kurfürsten von Sachsen berechnet, dessen Klagen man von vornherein begegnen wollte. Gleichzeitig entschuldigte sich der Kaiser bei Johann Georg, dass er den Generalpardon noch nicht publicirt habe: er habe dies um verschiedener Gründe willen verschoben, werde es aber bei seiner bevorstehenden Ankunft in Prag gewiss thun.**)

Fast sämmtliche Pfarrer Prags, der Administrator an der Spitze, fügten sich dem Ausweisungsbefehl und flüchteten sich nach Schandau, von wo aus sie sich bei dem Kurfürsten von Sachsen beklagten, dass sie unter dem Vorwande der Rebellion aus ihrer Heimat vertrieben worden seien und ihn ersuchten, sich beim Kaiser für ihre Rückkehr zu verwenden.***) Johann Georg wurde durch dieses Gesuch bitter getroffen: die unangenehmen Folgen seines Bündnisses mit Ferdinand zeigten sich jetzt in greller Weise. Er konnte darüber nicht im Zweifel sein, dass der letztere seinen Sieg gegen die Protestanten aus-

*) Relation Caraffa's.

**) Sächs. StA. Ferd. an Kursachsen dd. 17. Dec. 1621. — Ebend. Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 19. Jänner 1622.

***) Sächs. StA. Drei verschiedene Gesuche einzelner prager Pfarrer dd. 17./27. Dec., 28. Dec. 1621 und ohne Datum an Kursachsen.

beuten wolle, und dazu geholfen zu haben erschien ihm wie eine Schmach, die er nicht schnell genug abwaschen zu müssen glaubte. Er schrieb deshalb an den ihm seit seinem lausitzer Kriegszug befreundeten Oberstlandhofmeister Adam von Waldstein und tadelte unumwunden das Dekret, welches unter dem Vorwand der Rebellion zahlreiche Prediger aus dem Lande vertrieben habe, um deren verlassene Gemeinden dann katholisch zu machen. Wäre es nicht angezeigt gewesen, dass man die Prediger zur Verantwortung zugelassen und von ihnen vernommen hätte, auf wessen Befehl sie die eine oder die andere ihnen zur Last gelegte Handlung unternommen hätten?*)

Waldstein antwortete dem Kurfürsten auf seine Klagen, indem er in geschickter Weise das Dekret erörterte und einige unrichtige Angaben Johann Georgs widerlegte. Das Dekret habe ja Niemanden namentlich benannt, jeder, der sich in seinem Gewissen nicht schuldig gefühlt habe, habe bleiben können, aber eben der Umstand, dass die betreffenden Pfarrer sich entfernt hätten, zeige zur Genüge, wie sehr sie an der Rebellion betheiligt gewesen seien. Zudem sei der Kurfürst falsch berichtet worden, wenn er glaube, dass die Pfarrstellen mit Katholiken besetzt worden seien, sie seien im Gegentheil im Einverständnisse mit den prager Gemeinden mit utraquistischen Geistlichen besetzt worden. Ist die Angabe Waldsteins richtig — und wir zweifeln nicht daran — so waren dies wohl nur solche Priester, die sich zum Gehorsam gegen den Erzbischof bereit erklärt hatten.**)

Während dieser Vorgänge reiste der Kaiser zu seiner Trauung nach Innsbruck und hier fanden die letzten Berathungen über den Wortlaut des auszustellenden Generalpardons statt, an denen sich auch der eigens dahin berufene Wilhelm von Slawata betheiligte. Das Aktenstück wurde vom Kaiser am Tage nach seiner Trauung den 3. Februar unterzeichnet. In Anbetracht dieses freudigen Ereignisses hätte man auf einen gnädigen Inhalt schliessen können, allein mit nichten. Man blieb

1622

*) Sächs. StA. Der Kurfürst von Sachsen an Waldstein dd. $\frac{31. \text{ Dec. } 1621.}{10. \text{ Jan. } 1622.}$

**) Sächs. StA. Waldstein an Kursachsen dd. 19. Jan. 1622. — Skála V, 212.

bei den schon früher gefassten Beschlüssen, die Stände Böhmens nur am Leben und der Ehre zu schonen, an ihre Güter aber Hand anzulegen, da man sich für den im Krieg erlittenen Verlust schadlos halten wollte. Allen Edelleuten wurde deshalb bei sonstiger Strafe des Hochverraths aufgetragen, sich vor die zu bildende Commission zu stellen und daselbst die weiteren Weisungen entgegenzunehmen.*) Doch auch jetzt zögerte man mit der Publication dieses eigenthümlichen Generalpardons, weil man sich in der Vertreibung der Geistlichkeit nicht die Hände binden und einen Theil derselben erst zu Ostern vertreiben wollte. Man besprach sich in Innsbruck auch über die Art und Weise, wie man die böhmische Verfassung umgestalten solle, wobei Slawata mit seinen Vorschlägen den Reigen eröffnete und die wiener Räthe durch die Härte seiner Anschauungen überbot. Dem Kaiser scheinen nicht bloss seine Rathschläge, sondern auch seine Manieren gefallen zu haben; er besprach sich mit ihm in vertraulicher Weise über die vorzunehmenden Reformen, forderte ihn zuletzt bei dem Abschiede in Salzburg, bis wohin ihn Slawata auf der Rückreise begleitet hatte, zur Erstattung eines Gutachtens auf, dessen Geheimniss er streng zu wahren versprach. Als Mittelsmann für den weiteren Verkehr zwischen Ferdinand und Slawata sollte der Reichshofrath Freiherr von Questenberg dienen und diesen beschwor Slawata später, dem Kanzler Lobkowitz ja nichts von seinem Gutachten zu verrathen. Im äussersten Falle wollte er es „gegen alle Welt vertheidigen,“ da dieser Fall vorläufig nicht zu erwarten stand, so wollte der gute Mann vorderhand Niemanden in seine Karten blicken und die beginnende Vertraulichkeit in seinem Verhältniss zum Kaiser ahnen lassen.**)

Das Gutachten liegt uns leider nicht vollständig vor, der wichtigste von Slawata ganz besonders geheim gehaltene Theil ist nicht vorhanden. Aus einem an Questenberg gerichteten Schreiben können wir jedoch über den Inhalt einige Vermuthungen anstellen, wir glauben nämlich, dass Slawata die Abschaffung des sogenannten „gemischten Regiments“ in Böhmen

*) Sächs. StA. Kais. Generalpardon dd. 3. Feber 1621.

**) Slawata an Questenberg dd. 28. Feber 1622. Wiener StA.

angerathen habe.*) Nach der Landesordnung war die Gewalt zwischen dem König und den Ständen getheilt, diese Theilung war dem Slawata ein Gräuel und er riet dem Kaiser alle Gewalt an sich zu ziehen. Mit diesem Rathschlag war jedenfalls der Inhalt des Aktenstückes nicht erschöpft, was es sonst enthielt, ist wahrscheinlich bleibend der Vergessenheit anheimgegeben.

Musste das geheime Gutachten — nach dem von uns ver mutheten Inhalt — den Kaiser befriedigen, so dürfte auch ein zweites offen vorliegendes von demselben Verfasser eine gute Aufnahme gefunden haben, da es ebenso den absolutistischen Tendenzen schmeichelte. In Bezug auf die Verfassung riet es die Abschaffung der bisherigen Eidesformel an, wornach die obersten Beamten nicht bloss dem Könige, sondern auch den Ständen den Eid der Treue leisteten, der Eid sollte nur auf den ersten allein bezogen werden. Von dem Urtheile des Landrechts sollte die Appellation an den König zulässig und nicht, wie bisher verboten sein, auch sollten sämmtliche geschriebenen und Gewohnheitsrechte revidirt werden, damit sie mit der obersten Auktorität des Königs in Einklang gebracht würden. In diesem Sinne lauteten seine weiteren Rathschläge, die später alle bei der Abfassung der erneuerten Landesordnung befolgt wurden. Auf die religiösen Angelegenheiten übergehend riet er, dass nur die Katholiken zu den Aemtern zuzulassen seien und dass dem Erzbischof eine hervorragende Stellung eingeräumt, ihm also bei den Sitzungen des Landrechts jene Stelle gegeben werden solle, die ehemals die Herren von Rosenberg innehatten.**) Zeigte schon die Berufung Slawata's nach Innsbruck, dass er höher in der Gunst des Kaisers stand, als Sternberg und Martinic, die man noch immer ruhig in Passau weilen liess, so befestigte er sich durch dieses Gutachten noch mehr in derselben. Wären dem Kanzler Lobkowitz nicht sein hervorragendes Talent und seine bedeutende Geschäftskenntniss, so wie seine Beziehungen zum spanischen Gesandten schützend zur Seite gestanden, so würde Slawata vielleicht schon jetzt an seine Stelle getreten sein.

*) Imperium mixtum nennt es Slawata.

**) Gutachten Slawatas dd. 26. Feber. Wiener StA.

Das Gutachten bestärkte den Entschluss des Kaisers in der Bekämpfung des Protestantismus vorwärts zu schreiten, wenn er überhaupt darin eines Ansporns bedurft hätte. Die Folge war, dass er seine Zustimmung zu den Massregeln gab, durch die man trotz wiederholter Zusagen jetzt auch die katholisirten Utraquisten zu unterdrücken suchte. In Prag wurde am Gründonnerstag ein Dekret publicirt, wornach die Communion unter beiderlei Gestalt nur noch in der Teinkirche und bei St. Heinrich ertheilt werden durfte. Als am Ostersonntag ein katholischer Geistlicher in der Emauskirche eine heftige Predigt gegen die weitere Duldung der Ketzer hielt, unterbrach ihn ein Taglöhner und schrie ihn an; aber schon erhoben sich einige Soldaten gegen den Störer und wollten ihn niederschlagen. Nur mit grösster Mühe entschlüpfte er ihnen und flüchtete in ein in Podskal gelegenes Haus, von wo er durch einen geheimen Ausgang seinen Verfolgern entwischte. Diese und andere Vorfälle bestärkten die Eiferer in dem Versuche den Utraquismus ganz und gar auszurotten. Der Erzbischof beschloss deshalb die Teinkirche in Beschlag zu nehmen. An dieser war nach der Entfernung des Administrators Dicastus ein gewisser Locika unter der Bedingung angestellt worden, dass er zwar das Abendmal unter beiden Gestalten verabreichen, im übrigen sich aber den Befehlen des Erzbischofs fügen solle. Diese Nachgiebigkeit genügte nicht mehr; an seine Stelle sollte ein katholischer Geistlicher eingesetzt werden und der Königsrichter erhielt den Auftrag den neuen Geistlichen mit Gewalt in die Kirche einzuführen, da sich Locika weigerte, dieselbe zu räumen. Um einen allfälligen Widerstand niederzuschlagen, liess sich der Königsrichter von einer Anzahl Musketiere mit geladenen Gewehren und brennenden Lunten begleiten und betrat die Kirche an einem Sonntag, als eben Locika vor einer grossen Versammlung den Gottesdienst abhielt. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich der Anwesenden, alle suchten ihr Heil in der Flucht, so dass viele Personen bei dem allgemeinen Gedränge verletzt und ein Kind sogar todt getreten wurde. Die Aufregung theilte sich der Stadt mit; die Utraquisten glaubten, dass man Gewalt gegen sie gebrauchen wolle, während die Katholiken eine Erhebung des Volkes befürchteten. Als sich herausstellte,

24. März 1621

dass nur das Auftreten des Königsrichters diese Aufregung verursacht habe, wurde man auf Seite der Regierung noch erbitterter gegen Locika und ertheilte dem Königsrichter den Auftrag, sich in des Locika Behausung zu verfügen und ihn zu verhaften. Der Gefangene wurde in das erzbischöfliche Gefängniss geführt und von dort nach Pürglitz gebracht, wo er nach einem nicht verbürgten Gerüchte enthauptet worden sein soll.*) Gleiche Strenge zeigte man gegen einige der vertriebenen Geistlichen, die aus Sachsen heimlich nach Prag zurückgekehrt waren, um ihre zurückgelassenen Werthsachen zu veräussern, wobei sie verrathen wurden. Sie wurden verhaftet und büssten den letzten Rest ihrer Habe ein.**) — Wie es mit der Abschaffung des an der Heinrichskirche angestellten utraquistischen Geistlichen vor sich ging, ist uns nicht bekannt, jedenfalls wird man auch damit nicht lange gezögert haben.

In Prag war seit dieser Zeit mit Ausnahme der den deutschen Protestanten gehörigen Kirchen nur noch der katholische Gottesdienst gestattet und da nach den Verordnungen des Kaisers in allen königlichen Städten, und auf allen confiscirten Gütern dasselbe gelten sollte, so hatten die Anhänger der böhmischen Confession nur noch einigen Rückhalt an den Privatgütern, aber auch hier war ihre Existenz nicht gesichert, denn es war fraglich, wie viele dieser Güter die Confiscationscommission ihren gegenwärtigen Besitzern belassen werde. Noch war kein kaiserliches Dekret erschienen, welches den protestantischen Clerus sammt und sonders von der Duldung ausgeschlossen hätte, aber alle Anzeichen deuteten darauf hin, dass ein solches bald erscheinen werde und jedenfalls handelten die Behörden, so weit sich ihre Wirksamkeit erstreckte, so als ob es bereits existire.

Als das Osterfest des J. 1622 herangekommen war, mahnte Caraffa an die Erfüllung des gegebenen Versprechens, wonach die Lutheraner nur bis zu diesem Zeitpunkte geduldet werden sollten, allein auch diesmal ohne Erfolg. Man bereitete sich in Wien zum Besuch des ödenburger Reichstags vor und wollte

*) Skála V, 213.
**) Skála V, 207.

sich die Verhandlungen daselbst nicht erschweren, indem man ein Ausweisungsdekret gegen jene erliess, die man erst vor kurzem wegen ihrer Treue gelobt hatte. Diese Erwägungen, so wie die Nachrichten aus Deutschland über die bedeutenden Rüstungen des Markgrafen von Baden und des Halberstädters hatten sogar zur Folge, dass man jetzt den Generalpardon zu publiciren beschloss und sich auf diese Weise selbst einen Riegel gegen die beabsichtigte Ausweisung der Lutheraner vorschob. In Folge eines von Wien gekommenen Auftrags wurde das betreffende Dekret an den Rathhäusern der prager Städte angeschlagen. Leben und Freiheit sollten nicht weiter angetastet werden, dagegen wurde jedermann bezüglich seines Besitzes den ungewissen Wechselfällen eines vexatorischen Processes preisgegeben. Die Edelleute fanden sich nun einzeln in Prag ein und stellten sich vor den Confiscationsrath, um sich selbst anzuklagen und ihre Vergehen zu entschuldigen; die Bürger der königlichen Städte thaten das Gleiche, indem sie sich vor dem Königsrichter verantworteten. Ihren Selbstanklagen und Entschuldigungen zollte man wenig Aufmerksamkeit, um so mehr beachtete man die genauen Verzeichnisse ihres Besitzstandes, die man von jedem einzelnen einforderte und nach denen man die Grösse ihres Vergehens mass. Welches Resultat diese Processe hatten, werden wir im folgenden Bande berichten.

Um unsern Lesern einen Einblick in die vorschreitende Gegenreformation ausserhalb Prags zu ermöglichen, wollen wir einige der bezeichnendsten Vorgänge erwähnen. Der Dechant von Leitomischl, ein gewisser Adalbert Hajek, berief die Pfarrer seines Dekanats zu einer Zusammenkunft und theilte ihnen mit, dass vermöge eines päpstlichen Dekrets der Laienkelch nicht mehr gestattet sei und forderte sie auf zu schwören, dass sie dem Verbote nachkommen würden. Da sie alle wussten, dass sie sonst Verfolgungen preisgegeben sein würden, so leisteten sie den verlangten Eid. *) Um auch die Laienwelt zu ähnlichem Gehorsam zu nöthigen, riet Hajek, man solle den Widerspenstigen keine Sakramente verabreichen, keine Trauungen vornehmen

*) Prag Consistorialarchiv. Hajek an den Erzbischof dd. 19. Mai 1622.

und sie nicht in herkömmlicher Weise begraben und noch grössere Strafen über jene verhängen, die einen häretischen Priester besuchen würden. Während der Bericht Hajeks einige Erfolge von seiner Wirksamkeit erwarten liess, beklagte sich der Pfarrer von Aussig, dass alle seine Bemühungen fruchtlos seien und dass die Bürger der Stadt und die umwohnenden Landleute einem Prädikanten anhingen, dessen Vertreibung er bisher vergeblich bei Michna befürwortet habe.*) Auch der Pfarrer von Pardubic klagte, dass sich in Chrudim ein Prädikant aufhalte, trotzdem er von Michna ausgewiesen sei.**) Wenn man in Chrudim, Aussig und an anderen Orten nicht mit der gehörigen Strenge auftrat, so liess man sich dieses Versäumniss in Tabor nicht zu Schulden kommen, dessen Rekatholisirung man nach der Uebergabe in Angriff nahm und damit ein Mitglied des wyschehrader Kapitels betraute. Der neue Pfarrer richtete sein hauptsächlichstes Augenmerk darauf, dass er sein Einkommen möglichst erhöhe und in Tabor eine hervorragende Stelle einnehme, doch griff er andererseits mit derselben Entschlossenheit die Gegner an, wie sein College in Leitomischl. Niemand wurde von ihm getraut, der sich nicht als Katholik bekannte; alle Anklänge an eine böhmische Liturgie verfolgte er unnachsichtlich und bedrohte diejenigen, die sich seinen Massregeln nicht fügten, mit der Confiscation ihrer Güter und weiteren Strafen.***)

23. Mai 1622

Die Erfolge der Katholiken wurden auch dadurch vermehrt, dass ab und zu im Laufe des Jahres 1622 Protestanten vom Lande nach Prag zur Verantwortung vorgeladen wurden, dieser Aufforderung nicht folgten und ihr Heil in der Flucht suchten und so dasjenige thaten, was die Gegner wünschten.†) Den anzuhoffenden vollständigen Sieg feierten die Jesuiten durch einen prachtvollen und kostspieligen Aufzug, den sie Anfangs Juli in Prag veranstalteten. Liechtenstein publicirte in demselben Monat ein Patent, worin er die Frist, innerhalb der die

1622

*) Ebenda. Der Pfarrer v. Aussig an den Erzbischof dd. 23. Mai 1622.

**) Ebenda. Der Pfarrer v. Pardubic dd. 24. Mai 1622.

***) Ebenda. Der Pfarrer in Tabor an den Erzbischof dd. 29. Mai 1622. Mehrere Tabor betreffenden Correspondenzen ebendaselbst.

†) Ebenda. Dekret des Fürsten von Liechtenstein dd. 10. Juni 1622.

Anmeldungen der Stände vor dem Confiscationsrath und dem Königsrichter behufs Erlangung des Pardons stattfinden sollten, als verstrichen erklärte. Wer sich bis dahin nicht zu Unterhandlungen bezüglich der ihm zu bemessenden Geld- und Güterstrafe herbeigelassen hatte, sollte nicht bloss seinen ganzen Besitz verlieren, sondern auch andern Strafen anheimfallen.*) Dieses Loos traf ausser einer Anzahl unbekannter auch 19 namentlich benannte Personen, darunter den Eigenthümer der Herrschaft Friedland, den Herrn von Redern, auf dessen Besitz Waldstein bereits sein Auge gerichtet hatte. Von nun an häuften sich die Siegesberichte der katholischen Pfarrer auf dem Lande: die einen erzählten von den Erfolgen, die sie erlangt, die anderen von den Schwierigkeiten, die sie mit fester Hand bemeistert hätten.**) So berichtete z. B. der Erzdechant von Krummau, dass die Pfarrer des bechiner und krummauer Dekanats von dem Abendmal unter beiden Gestalten, aber nicht von ihren Frauen lassen wollten, und dass er sich mit der zwangsweisen Abführung einiger Frauen geholfen, die betreffenden Pfarrer aber in ihren Stellen gelassen habe. Der Erzbischof suchte mittlerweile die Reformation dadurch zu fördern, dass er den Kaiser bat, ihm die Besetzung aller Pfarreien im Lande, die sich auf häretischen Besitzungen befanden, zu übertragen, wodurch also thatsächlich für die Einheit der Religion im ganzen Lande Sorge getragen werden sollte.

II

Als der Reichstag in Oedenburg zu Ende war und damit der Grund wegfiel, um dessentwillen die wiener Staatsmänner die Lutheraner geschont wissen wollten, erhob Caraffa von neuem seine Stimme und verlangte von dem Kaiser, dass man mit ihrer Ausweisung nicht länger säume. In Böhmen und Mähren gab es mit Ausnahme des Gebiets von Eger nur drei städtische Gemeinden mit lutherischen Geistlichen, die von Iglau, die seit fast 100 Jahren bestand, die von Brüx und die von Prag,

*) Erzb. Archiv, Patent Liechtensteins dd. 14. Juli 1622.

**) Die Berichte im erzbischöfl. Archiv.

welche letztere sich erst seit dem J. 1609 entwickelt hatte und zwei Kirchen, die eine auf der Kleinseite, die andere auf der Altstadt besass. In allen möglichen Tonarten wiederholte Caraffa vor dem Kaiser seine Klagen, die Prädikanten seien ein Schimpf für die katholische Kirche, sie reizten das Volk zum Ungehorsam und seien die Quellen einer steten Gefahr. Der Kaiser liess sich gewinnen und ertheilte dem Fürsten von Liechtenstein, der wieder nach Wien gekommen war, den Befehl, die lutherischen Prediger nicht länger zu dulden. Der Fürst wies nun wieder auf die Rücksicht hin, die man wegen des bevorstehenden regensburger Deputationstages auf Sachsen nehmen müsse und da er mit seinem Einwurfe zurückgewiesen wurde, so wiederholte er ihn in einer Sitzung des geheimen Rathes, an der auch Caraffa Theil nahm. Der letztere setzte nun in längerer Rede auseinander, dass man „um Gotteswillen" keine Rücksicht auf die lutherischen Reichsfürsten zu nehmen brauche und erlangte diesmal einen vollen Erfolg. Die Vertreibung der lutherischen Prediger wurde beschlossen und der Kardinal Dietrichstein in Mähren und Liechtenstein in Böhmen mit derselben beauftragt. *)

Der Fürst leitete nach seiner Rückkunft in Prag die Ausweisung damit ein, dass er am 21. und 22. October die Mitglieder des alt- und neustädter Rathes erneuerte und hiebei alle Anhänger der böhmischen Confession ausschied. Am selben Tage bestimmte er auch den Wirkungskreis des königlichen Stadthauptmanns in Prag, der fortan neben dem Königsrichter die Aufsicht über die Gemeinde führen sollte. In der Instruction, die ihm übergeben wurde, wurde ihm die Verfügung über das Gemeindeeigenthum und die Renten insoweit zugewiesen, als sie bisher dem Bürgermeister zugestanden hatte. Jede freie Bewegung der Gemeinde in ihren Angelegenheiten, jede Berathung der Zünfte und sonstiger städtischer Genossenschaften sollte durch den Stadthauptmann beaufsichtigt und überhaupt das öffentliche Leben in feste Bande geschlagen werden. **)

1622

*) Relation Caraffa's. Sächs. StA. Die Iglauer Deputation an Kursachsen dd. 3./13. Oct. 1622.

**) Skála V, 232. Archiv des k. k. Minist. des Innern. Instruction für den Stadthauptmann dd. 22. October 1622.

Gleichzeitig mit dieser Instruction erhielt der Stadthauptmann Hermann Černín den Befehl, die deutsche Geistlichkeit von Prag vorzurufen und ihr das Ausweisungsdekret mitzutheilen. Černín kam dem Auftrage nach und theilte den Vorgeladenen mit, dass sie sich aller Functionen enthalten und binnen vier Tagen Prag und das Land räumen müssten.*) Der Ausweisungsbefehl erstreckte sich auch auf die deutschen Schullehrer, und obwohl sie und die Geistlichen um eine Verlängerung der Frist baten, da es ihnen unmöglich sei, in so kurzer Zeit über ihre Habe und ihre Familien zu verfügen, so wurde der Termin doch nur um einen Tag verlängert. Auf einem einzigen Wagen aufgepackt und eskortirt von einer Soldatenabtheilung traten sie die Reise am 29. October an und schlugen ihren Weg nach Dresden ein. Eine grosse nach Tausenden zählende Menschenmenge gab ihnen das Geleite über eine halbe Meile Weges und als es nun zum Scheiden kam, bestieg M. Lippach, der Führer der Ausgewiesenen, einen Hügel und nahm nach einer ergreifenden Rede einen thränenreichen Abschied von den Zurückbleibenden. Eine Sammlung, die bei dieser Gelegenheit unter denselben angestellt wurde, ergab 400 Gulden, die dem scheidenden Pastor eingehändigt wurden.**) — Zu gleicher Zeit oder wenig später erging der Ausweisungsbefehl auch an den Pfarrer in Brüx, der ihm unverweilt nachkam und sich nach Nürnberg verfügte.***)

24. Oct. 1622

1622

Nachdem das Ausweisungsdekret den lutherischen Geistlichen mitgetheilt worden war, traf Tags darauf das Damoklesschwert auch den Rector und die Professoren der prager Universität. Die Jesuiten hatten ihre Stellung bei dem Kaiser ausgenützt, um unter Missachtung der dem Erzbischofe von Prag gebührenden historischen Kanzlerrechte die Uebergabe der Universität in ihre alleinige Gewalt zu erbitten und waren damit vorläufig zum Ziele gelangt. Der Kaiser erliess den Befehl, dass die Anhänger der böhmischen Confession die Universitäts-

*) Skála V, 233. Dekret für den Stadthauptmann Černín. Druckschrift in der Prager Univ.-Bibl.

**) Skála V, 233.

***) Sächs. StA. Der evang. Pfarrer von Brüx an Kursachsen dd. 17./27. Dec. 1622.

gebäude räumen und dieselben, so wie alle übrigen Besitzungen den Jesuiten als den nunmehrigen Leitern übergeben sollten. Nicht bloss die Protestanten waren über diese Massregel empört auch die Katholiken und namentlich die Geistlichkeit wurde unangenehm davon berührt, dass die Jesuiten die alleinigen Herren an der Universität sein sollten. Der Erzbischof, der zu spät von dem kaiserlichen Dekrete Kenntniss bekam, um es verhüten zu können, protestirte zwar gegen dasselbe und theilte seinen Protest auch dem Nuncius mit; aber alles ohne Erfolg.*) Sein Nachfolger, der Kardinal von Harrach, der sich in die Schmälerung seiner Rechte nicht fügen wollte, nahm den Kampf entschlossen auf; über zwanzig Jahre währte der Streit zwischen ihm und den Jesuiten, die sich aus ihrer Stellung um keinen Preis verdrängen lassen wollten. Es kam von Seiten des Kardinals zu den bittersten Anklagen und Ausfällen gegen die Jesuiten, trotzdem konnte er sie nicht mehr verdrängen, sondern nur, wie später erzählt werden wird, eine Beschränkung ihrer erworbenen Rechte zu Stande bringen. Nach der Uebergabe der Universität wurde den Jesuiten auch die Büchercensur übertragen, wogegen der Erzbischof Lohelius gleichfalls als gegen einen Eingriff in seine inquisitorischen Rechte protestirte, aber auch dieser Protest blieb ohne Wirkung.

Die auf die Entfernung der protestantischen Geistlichkeit gerichteten Massregeln wurden zu Ende des Jahres noch dadurch vervollständigt, dass Fürst Liechtenstein einen Befehl publicirte, demzufolge alle Geistlichen nichtkatholischer Confession aus ganz Böhmen ausgewiesen wurden. Das Reformationswerk war damit zur Hälfte beendet.**) Die katholische Geistlichkeit konnte jetzt eine eingehende Wirksamkeit ausüben, ohne einem Widerspruche zu begegnen. Ihre Zahl und namentlich die der Jesuiten hatte sich mittlerweile etwas vermehrt und durch die Ueberweisung mehrerer, oft fünf bis sechs Pfarren an eine Person sorgte man wenigstens dafür, dass die nothwendigen Functionen vor sich gehen konnten. Die grösste

1622

*) Skála V, 238. Erzbischöfliches Archiv. Lohelius an den Nuncius dd. 15. Oct. 1622.

**) Skála V, 241.

Aufmerksamkeit verwendete man auf die Gewinnung der Prager. Hier hatte man in jeder Kirche einen Geistlichen angestellt, an einigen hervorragenden, wie z. B. bei St. Heinrich und bei St. Stephan wurden beredte Jesuiten verwendet und diesen Bemühungen verdankte man es, dass man in den letzten Monaten des Jahres 1622 von zahlreichen Uebertritten zur katholischen Kirche hörte.*) Der Gottesdienst war zu jener Zeit ein Bedürfniss des Volkes, das sich doppelt fühlbar machte bei den Drangsalen, denen das Land ausgesetzt war: viele konnten den priesterlichen Zuspruch nicht entbehren und liehen so den neuen Lehrern ihr Ohr, wiewohl sie dies noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätten. Furcht vor dem Stadthauptmann und dem Stadtrichter, die es an Drohungen nicht fehlen liessen, und Angst vor den Urtheilssprüchen der Confiscationscommission, die man durch die Nachgiebigkeit in religiösen Dingen zu mildern hoffte, trugen das ihrige bei, um die katholischen Kirchen zu füllen; nicht bloss die Bürger begannen der Gewalt zu weichen, auch einzelne Adelige liessen von der alten Ueberzeugung ab — das erste Beispiel gab Stephan Georg von Sternberg — und was der Adel und die Bürger thaten, fand bei zahlreichen Geistlichen der böhmischen Confession Nachahmung. Von den Professoren der Universität traten Basilius von Deutschenberg und der seiner Zeit hochberühmte M. Campanus zum Katholicismus über, der letztgenannte verwendete seine bedeutenden Kenntnisse in der lateinischen Sprache und seine dichterische Begabung dazu, lateinische Hymnen zu Ehren der allerheiligsten Jungfrau zu verfassen, während er sich früher in der rhythmischen Uebersetzung von Psalmen und Kirchenliedern versucht hatte.**) Mitten in dieser Bewegung starb der Erzbischof von Prag. Zu seinem Nachfolger wurde der kaum majorenne Sohn des kaiserlichen Günstlings Freiherrn von Harrach ernannt. Auf einer Jagd theilte Ferdinand diesem seinen Entschluss mit, indem er ihn frug, ob er wisse, wer Erzbischof von Prag werden würde. Als

---

*) Skála V, 240.

**) Skála V, 241.

Harrach dies verneinte, bemerkte Ferdinand, dass er das Erzbisthum seinem Sohn übertragen wolle.*)

Es versteht sich, dass die ausgewiesenen lutherischen Geistlichen ihr Loos ebenso bitter empfanden, wie ihre Vorgänger, und dass sie die Welt mit ihren Klagen erfüllten. Die Iglauer, die zuerst in Dresden angekommen waren, ersuchten den Kurfürsten von Sachsen um Schutz gegen die Tyrannei, der sie zum Opfer gefallen seien. Der Kurfürst kam ihrem Wunsche nach und verwendete sich für sie bei dem Kaiser,**) und da er vermuthete, dass man in gleicher Weise gegen die prager Lutheraner vorgehen werde, so warnte er den Fürsten von Liechtenstein vor einem derartigen Verfahren.***) Als dieses Schreiben in Prag anlangte, war die Ausweisung bereits verfügt und Liechtenstein rechtfertigte in seiner Antwort diese Massregeln einfach damit, dass die Böhmen durch die vorangegangene Rebellion aller Privilegien verlustig gegangen seien und es sonach in des Kaisers Belieben stehe, die Verfügungen zu treffen, die er für gut finde.†) Dieses Schreiben brachte den Kurfürsten aus Rand und Band und war nach den Mittheilungen des Grafen Khevenhiller die eigentliche Ursache, weshalb er nicht nach Regensburg reiste. Gegen den Kaiser beklagte er sich in der bittersten Weise über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen: keine Nachricht im Laufe des böhmischen Aufstandes habe ihn so aufgeregt, als die von der Sperrung der lutherischen Kirchen in Prag. Er gab zu, dass die Böhmen durch die Rebellion ihrer Privilegien verlustig gegangen seien, forderte aber, dass der Kaiser einige Rücksicht auf ihn als seinen Bundesgenossen nehme. Er solle berücksichtigen, dass die deutschen Lutheraner nur „als Fremdlinge und Gäste“ im Lande anzusehen seien und dass sie dem Aufstand nur gezwungen nachgegeben haben, wie dies ja auch zahlreiche Katholiken gethan hätten. Welchen Werth habe der vom Kaiser publicirte Generalpardon, wenn die Lutheraner nicht frei ihrer Ueberzeugung leben dürften

*) Harrachisches Archiv. Notiz über diesen Gegenstand.
**) Sächs. StA. Kursachsen an Ferdinand dd. 4./14. Oct. 1622.
***) Ebenda. Kursachsen an Liechtenstein dd. 10./20. Oct. 1622.
†) Ebenda. Liechtenstein an Kursachsen dd. 17. Oct. 1622.

und welcher Dank werde ihm (dem Kurfürsten) dafür zu Theil, dass er durch seine dem Kaiser geleistete Hilfe die katholische Kirche aus dem Abgrunde gerettet habe. Der Kaiser habe ihn um seinen Beistand mit der Bemerkung ersucht, dass wenn er den Katholiken nicht helfe, ihm von den Kalvinern gleiches Verderben drohe. Nun sehe er ein, dass den Lutheranern nichts schlimmeres von den Kalvinern hätte widerfahren können, als ihnen jetzt von den Katholiken geschehe. Er habe sich dem niedersächsischen Kreis gegenüber verpflichtet, dass sein dem Kaiser geleisteter Beistand der augsburger Confession nicht abträglich sein werde, diese Versicherung habe den Kreis zur Neutralität vermocht und nun erweise sie sich als unwahr. Um noch ärgere Uebel zu verhüten, ersuche er deshalb den Kaiser um die Zurücknahme des Ausweisungsbefehles. *) — Auf die ungewöhnlich scharfe Sprache dieses Briefes hatte die Mutter des Kurfürsten, die sich durch die Vorgänge in Böhmen in ihrer innersten Ueberzeugung verletzt fühlte, einen bestimmenden Einfluss. **) An die Kurfürsten von Mainz und von Köln schrieb Johann Georg gleichfalls und ersuchte sie ihren Einfluss anzuwenden, damit man auf dem bisherigen Wege in Böhmen nicht weiter vorwärtsschreite, da dies nur schlimme Folgen haben könnte. Bevor er jedoch eine tröstliche Zusicherung erhielt, wurde er von dem aus Brüx vertriebenen lutherischen Geistlichen um seinen Schutz ersucht und richtete nun ein neues Klageschreiben an den Kaiser. ***) Er hatte diesmal dazu um so mehr Grund, da er den Brüxern bei Gelegenheit ihrer Unterwerfung unter das kaiserliche Regiment versprochen hatte, sie in dem Bekenntniss der augsburger Confession so lange zu schützen, bis sie vom Kaiser darauf ein neues Privilegium erlangt haben würden. Sein Versprechen wurde mit Füssen getreten und dies reizte seinen Zorn.

Ebenso wie der Kurfürst von Sachsen fühlte sich sein Hofprediger Hoë durch die gegen die Lutheraner verfügten

---

*) Sächs. StA. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{\text{29. Oct.}}{\text{8. Nov.}}$ 1622.

**) Caraffa's Relation.

***) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten in Regensburg in Kursachsen dd. 7./17. Dec. — Kursachsen an Ferd. dd. 20./30. Dec. 1622.

Massregeln ge troffen. Er hatte am thätigsten bei der Anknüpfung der kaiserlichen Allianz mitgewirkt, er war nach Mühlhausen gezogen und hatte die Verhandlungen gefördert und nun zeigte sich, dass alle Warnungen und Vorwürfe, die man von protestantischer Seite gegen ihn erhoben hatte, begründet waren. In seinem Schmerz ersuchte er den Fürsten von Liechtenstein mit beweglichen Worten, dass er die Sperrung der Kirchen rückgängig machen möge und führte an, dass der Erzherzog Karl in Dresden bei Gelegenheit der Allianzverhandlungen „im Namen seines Bruders, des Kaisers“ erklärt habe, dass man nie die Anhänger der augsburger Confession unterdrücken wolle, dass in Mühlhausen der Kurfürst von Köln ihn gleicher Rücksicht versichert und sich dabei der Worte bedient habe: „wir Ka„tholiken lieben und halten die „alten Anhänger der augsburger „Confession nicht anders als unser eigenes Fleisch und Blut“ — und nun würden trotz aller dieser Versicherungen die Lutheraner verfolgt und noch ärger behandelt, wie die Juden, deren Gottesdienst man dulde, obwohl sie die ärgsten Schmäher der seligsten Jungfrau seien.*)

Das erste kurfürstliche Schreiben, dessen scharfen Inhalt wir geschildert haben, kam in die Hände des Kaisers, als er auf der Reise von Wien nach Regensburg in Schärding weilte. Es erregte grosse Bestürzung, denn der Kaiser war sich bewusst, dass er die Vorwürfe verdiene, da er dem Kurfürsten bestimmte Versprechungen bezüglich der Lutheraner gemacht hatte und seine Besorgniss wurde durch die Zuflüsterungen einiger seiner Begleiter vermehrt, die bereits den Kurfürsten in dem Lager der Gegner sahen. Caraffa, der sich auch auf dem Wege befand, aber dem Kaiser um eine Tagereise voraus eilte, wurde von seinen Anhängern auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die der standhaften Ausdauer Ferdinands drohe; er hielt deshalb in seiner Reise inne und erwartete denselben in Straubing, wo er ihn dadurch zur Ausdauer mahnte, dass er das Gefühl der Selbstständigkeit bei ihm aufzureizen suchte: er als Kaiser dürfe doch nicht weniger thun als jeder Reichsfürst in seinem

*) Münchner Bibl. Coll. Camerariana: Hoë an Liechtenstein dd. 12./22. November 1622.

Gebiete thue, und als Ferdinand trotzdem erklärte, dass er sich übereilt habe, so wollte der Nuncius dies nicht zugeben und bemerkte, die Gefahr komme nicht daher, dass das Ausweisungsdekret schon jetzt erlassen worden sei, sondern daher, dass so lange damit gezögert wurde. Gewiss würde es noch schlimmer sein, wenn man mit der Ausweisung bis nach der Ankunft in Regensburg gewartet und sie dort in der Gegenwart des eingeladenen Kurfürsten verfügt hätte. Diese Mahnungen und Rathschläge stärkten das ängstliche Gemüt des Kaisers und als er nach der Entfernung des Nuncius mit seinen Geheimräthen eine Sitzung abhielt, beschloss man den Ausweisungsbefehl, den man schon zurücknehmen wollte, aufrecht zu halten.*) Die Folge war, dass man dem Kurfürsten von Sachsen vorläufig keine Antwort ertheilte.

Da jedoch Johann Georg sich auf diese Art nicht abweisen lassen wollte, so trug er seinen Gesandten in Regensburg auf, bei dem kurfürstlichen Collegium und bei den kaiserlichen Räthen auf die Rücknahme der gegen die Lutheraner verfügten Ausweisung zu dringen, und gab dabei seiner Befürchtung Ausdruck, dass diese Massregel in Deutschland ein ähnliches Unheil zur Folge haben werde, wie in Böhmen die Sperrung der Kirchen von Klostergrab und Braunau.**) Aus diesem Grunde trug er seinen Gesandten auf, dass sie sich der böhmischen Lutheraner nicht bloss in privaten Zusammenkünften annehmen, sondern sich auch über deren Behandlung in den Berathungen des Deputationstages beschweren und Abhilfe begehren sollten. Die Gesandten folgten dem Auftrage: wiederholt besuchten sie den Kurfürsten von Mainz, brachten da ihre Klagen an und hatten wenigstens die Genugthuung, dass dieser sich missbilligend über das Ausweisungsdekret aussprach.***) Wir wollen es gern glauben, dass es dem Erzbischof damit Ernst war, wie er ja auch in der Uebertragung der Kur durchaus nicht das heisse Verlangen

---

*) Caraffa's Commentaria und Relation.

**) Sächs. StA. Kursachsen an die regensburger Gesandten dd. 20./30. December 1622 und $\frac{26. \text{ Dec. } 1622.}{5. \text{ Jan. } 1623.}$

***) Sächs. StA. Protokoll über die Verhandlungen in Regensburg.

Maximilians billigte, aber seine Missbilligung konnte keinen Einfluss auf den Kaiser haben, da er sie ihm gegenüber nicht laut werden liess. Denn als Ferdinand die geistlichen Kurfürsten von seinen Massnahmen in Böhmen in Kenntniss setzte und sie um ihren Rath befragte, billigten Mainz und Köln die Vertreibung der lutherischen Geistlichen und rechtfertigten sie aus politischen Gründen. Dem Kaiser gegenüber hiess also der Erzbischof von Mainz gut, was er gegen den Kurfürsten von Sachsen missbilligte.*)

Der Herzog von Baiern befolgte das von Kurmainz gegebene Beispiel insofern, als er in der Audienz, die er den sächsischen Gesandten aus gleichem Anlasse ertheilte, die Handlungsweise des Kaisers nicht vertrat, aber auch nicht tadelte, sondern nur der Hoffnung Raum liess, dass die vertriebenen Geistlichen zurückgerufen werden könnten, wenn Kursachsen nach Regensburg kommen und sich ihrer Sache annehmen würde, er liess ihn dabei seine und anderer Kurfürsten Unterstützung hoffen. Für die Reise Johann Georgs nach Regensburg hätten die Katholiken und namentlich Maximilian diesen Preis gezahlt und vielleicht wäre den vertriebenen Geistlichen der Rückweg gebahnt worden, aber jedenfalls würde man bald eine Gelegenheit zu ihrer abermaligen Vertreibung gefunden haben. Der Kanzler Lobkowitz, den die sächsischen Gesandten auch zur Rede stellten, vertrat die Sache seines Herrn mit der Gewandtheit eines Advocaten aus unseren Tagen. Er bemerkte: der Kurfürst habe durch seinen Beistand „die Reformation nicht direct und principaliter, sondern nur secundarie und eventualiter verursacht,“ er brauche deshalb sein Gewissen durch die Vorgänge in Böhmen nicht beschweren zu lassen, denn ein Fürst sei nur verantwortlich für seine Unterthanen und nicht für die eines anderen Fürsten. Der Kaiser treffe Vorsichtsmassregeln, um die Wiederkehr eines zweiten Aufstandes zu verhüten, der sonst nach 20—30 Jahren sich wiederholen würde. Für die Duldung der Lutheraner könne der Kurfürst sich nur auf das ihm vom Kaiser gegebene

*) Sächs. StA. Gutachten der geistlichen Kurfürsten für den Kaiser dd. 28. Dec. 1622.

Versprechen berufen, dem niedersächsischen Kreis habe aber der Kaiser kein derartiges Versprechen gegeben und nun solle er um dieses Kreises willen in der Reformation innehalten, trotzdem derselbe seinen Feinden allen Vorschub geleistet habe? Der Kaiser sei nur dem Kurfürsten gegenüber verpflichtet und hoffe, dass er ihn aus seiner Verpflichtung entlassen werde, da die Vertreibung der lutherischen Geistlichen nicht mehr ungeschehen gemacht werden könne und er bereit sei zu erklären, dass er sich mit dieser Vertreibung übereilt habe. Ferdinand verlange vom Kurfürsten, dass er „ihm verzeihe“ und Rücksicht darauf habe, dass er schon um seines Ansehens willen einen Befehl nicht zurücknehmen könne.

Alle diese mit viel Schärfe und Beredsamkeit vorgebrachten Argumente hatten auf die sächsischen Gesandten keine Wirkung, sie bestanden auf der Forderung, die ihnen ihr Herr aufgetragen. Aus einer Mittheilung, die ihnen später durch den darmstädtischen Vicekanzler geworden war, erfuhren sie, dass man dem Herrn von Lobkowitz vorwerfe, er habe in der Vertheidigung seines Herrn zu viel Nachgiebigkeit gezeigt; der Kaiser wollte nicht einmal zugestehen, dass er bezüglich Böhmens dem Kurfürsten von Sachsen verpflichtet sei, nur in Betreff der Lausitz und Schlesiens gab er diese Verpflichtung zu. Ferdinand versicherte bei dieser Gelegenheit, dass er lieber zum Bettelstabe greifen würde, als seinem Worte untreu zu werden. Wir wollen nicht bezweifeln, dass der Kaiser, als er diese Versicherung gab, an ihre Wahrhaftigkeit glaubte, auch zugeben, dass er nach der Schlacht auf dem weissen Berge sich nur den Schlesiern und den Lausitzern gegenüber verpflichtete, das Bekenntniss der augsburger Confession freizugeben; aber dass er sich zu gleicher Duldung für alle seine im Aufstand begriffenen Länder mehrere Monate vor der genannten Schlacht verpflichtet hatte, deutet nicht nur die Rede des wohl informirten böhmischen Kanzlers an, sondern auch der Brief des Kaisers vom 6. Juni 1620, auf den wir seiner Zeit hingewiesen haben.*)

Je mehr sich die sächsischen Gesandten in Regensburg

*) Bd. II, S. 439.

der Sache der verfolgten Lutheraner annahmen und je mehr man dabei zur Kenntniss der vorangehenden Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen gelangte, desto mehr fühlten die katholischen Kurfürsten die Verpflichtung, dem letzteren zu irgend einer Art Genugthuung zu verhelfen. Der Kurfürst von Mainz gab sogar die zweideutige Rolle auf, die er bis dahin in dieser Angelegenheit gespielt hatte und trat mit dem Vorschlag auf, den Lutheranern zwar nicht in Prag, aber doch in der Nähe dieser Stadt eine Kirche zur weiteren Benützung zu überlassen.*) Aber der Kaiser wollte sich zu keiner Nachgiebigkeit verstehen, da Caraffa keinen Augenblick unterliess, einer allfälligen Kleinmüthigkeit durch neue Mahnungen und Versprechungen zuvorzukommen. Er hatte erfahren, dass einer der sächsischen Geheimräthe in einem Brief an seinen Bruder erklärt habe, der Kurfürst von Sachsen meine es mit seinen Vorwürfen wegen der Vertreibung der lutherischen Prediger nicht gar so ernst, er thue nur so und würde sich beruhigen, wenn sich die Reformation nicht auf Schlesien erstrecke.**) Was von diesem angeblichen Brief zu halten sei, wissen wir nicht, wir halten aber den Kurfürsten nicht für so falsch, dass er jenen scharfen Brief an den Kaiser nur zum Schein geschrieben haben sollte. Trotzdem erreichte Caraffa seinen Zweck, der Kaiser glaubte seinen Versicherungen und wollte deshalb weder die Prediger nach Prag zurückrufen, noch den von Kurmainz vorgeschlagenen Ausweg annehmen. Der Nuncius schreckte den Kaiser auch durch die Bemerkung, dass, wenn er jetzt den Lutheranern irgend eine Vergünstigung zu Theil werden liesse, er dafür vor Gott verantwortlich sei, denn als er nach der Schlacht auf dem weissen Berge die böhmischen Privilegien aufgehoben habe, sei damit auch die Religionsfreiheit aufgehoben worden: entschliesse er sich jetzt zu einer Concession, so bestätige er nicht etwa alte Missbräuche, sondern führe neue ein. Seine Mahnungen fanden Unterstützung bei dem um seines Reformationseifers hochver-

*) Sächs. StA. Protokoll über die regensburger Verhandlungen. — Ebend. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 17./27. Januar 1623.

**) Relation Caraffa's.

ehrten Bischofe Johann Gottfried von Würzburg, der kurz vor seinem Tode dem Kaiser erklärte: er müsse allen Gefahren trotzen, besser sei es durch die Gewalt der Menschen, als durch den Zorn Gottes zu Grunde zu gehen. So von gewichtiger Seite gemahnt, entschloss sich Ferdinand dem Kurfürsten direct einen abweislichen Bescheid zu geben und ihm auf seinen schon fast vor drei Monaten geschriebenen Brief zu antworten. *) Der Abfassung der Antwort ging eine lange Berathung voraus, an der sich Ulm, Lobkowitz, Strahlendorf und Nostitz betheiligten; **) sie lautete dahin, dass der Kaiser nicht verpflichtet sei, sein am 6. Juni 1620 gegebenes Versprechen zu halten und zwar aus dem Grunde, weil es unter der Voraussetzung gegeben wurde, dass die böhmischen Stände freiwillig zum Gehorsam zurückkehren würden. Dies sei aber nicht geschehen, denn der Herzog von Baiern habe alle Macht aufbieten müssen, um die Widerspänstigen zu bezwingen und deshalb fühle sich der Kaiser völlig frei von jeglicher Verpflichtung, da sich die Lutheraner ebenso gut wie die anderen an dem Widerstande betheiligten. ***)

25. Januar 1623

Diesen letzten nicht ungewichtigen Grund suchte Johann Georg mit der Ausrede zu widerlegen, dass er die Regierung des Pfalzgrafen beschuldigte, sie hätte die kaiserlichen Gnadenanerbietungen sorgfältig geheim gehalten und so alle öffentlichen Kundgebungen der Lutheraner zu Gunsten des Kaisers verhütet. †) In einem zweiten Briefe bat der Kurfürst in den beweglichsten Ausdrücken, der Kaiser möge sein Ohr seinen Bitten nicht verschliessen, stellte ihm die Gefahren einer längeren Nichtbeachtung derselben als unmittelbar bevorstehend vor und verlangte, dass ein Generalpardon bewilligt würde, der also nicht sowohl der persönlichen Sicherheit sondern dem religiösen Bekenntnisse der Einwohner Böhmens zu gute kommen sollte. ††) Bevor diese abermalige Klage Johann Georgs in Regensburg

---

*) Ebendaselbst.

**) Ebendaselbst.

***) Sächs. StA. Ferd. II an Kursachsen dd. 25. Januar 1623.

†) Sächs. StA. Johann Georg an Ferd. dd. 20./30. Januar 1623.

††) Münchner Hofbibl. Coll. Camerar. Kursachsen an Ferd. dd. $\frac{\text{28. Jan.}}{\text{7. Feb.}}$ 1623.

anlangte, hatte der Kaiser sich alle weiteren Einmischungen des Deputationstages in die böhmische Reformation verbeten, indem er demselben jede Berechtigung in dieser Angelegenheit absprach. Aber schon nach wenigen Stunden erliess er an die Mitglieder des Deputationstages eine Einladung zu einer neuen Berathung, die sich indessen wahrscheinlich nur auf die Katholiken bezog und diese ordneten einige hervorragenden Räthe zu dem Reichshofrath Strahlendorf ab, in dessen Hause die Besprechung stattfinden sollte.*) Bei dieser Gelegenheit beharrte Kurmainz bei dem nunmehr eingenommenen Standpunkt einer milderen Behandlung der Lutheraner und riet im Einverständnisse mit den übrigen Mitgliedern der Versammlung, dass man dem Kurfürsten von Sachsen „in etwas willfahren", und „alle Mittel und Wege" suchen müsse, damit ein so hochverdienter Kurfürst nicht beleidigt, sondern in dem bisherigen Gehorsam festgehalten werde. Allerdings müsse der Kaiser, bevor er sich entscheide, einige Theologen zu Rath ziehen, aber dieselbe müssten auf die Gefahren eines abweislichen Bescheides aufmerksam gemacht werden. Neben diesen auf die Befriedigung Johann Georgs gerichteten Mahnungen gaben die Rathgeber auch der Besorgniss Ausdruck, dass die Uebertragung der Kur um so grösseren Schwierigkeiten begegnen würde, je mehr man den Kurfüsten erbittere, und dass schon um dieses Grundes willen eine kluge Haltung geboten sei.

6. Febr. 1623

Wir sehen aus diesen Angaben, dass die Bischöfe zwar mit glatten Worten, aber unverholen die kaiserlichen Massnahmen missbilligten und so ihre frühere Meinung aufgaben.**) Ob man sich ernstlich der Hoffnung hingab, dass die Einwürfe auf den Kaiser einen Eindruck üben würden oder nicht, wissen wir nicht anzugeben, soviel ist jedoch gewiss, dass der mainzer Kanzler sich bei den sächsischen Gesandten einfand und ihnen mittheilte, der Kurfürst würde auf seine Beschwerden in solcher Weise befriedigt werden, wie man dies kaum erwartet hätte und ein und zwei Tage später vervollständigte er diese Anzeige durch die Behauptung, der Kaiser selbst habe zu seinem Herrn

---

*) Sächs. StA. Kais. Replik an den regensburger Convent dd. 6. Feb. 1623.

**) Wiener StA. Strahlendorf an Ferd. II dd. 8. Feb. 1623.

gesagt, er müsse dem Kurfürsten irgend eine Genugthuung leisten.*) Trotz aller dieser auf Ferdinands Nachgiebigkeit deutenden Versprechungen erwiesen sich alle darauf gesetzten Hoffnungen als eitel. Ferdinand nahm den Ausweisungsbefehl gegen die lutherischen Geistlichen nicht zurück und wurde in seiner Festigkeit durch einen Bericht aus Prag bestärkt, nach dem seit der Sperrung der lutherischen Kirchen an 4000 Personen katholisch geworden waren.**) Mochte auch dieser Bericht in der Ziffer eine Uebertreibung enthalten, jedenfalls wird er durch die unverdächtigen Angaben des Exulanten und Historikers Skála bestätigt, der die ersten massenhaften Uebertritte gerade in diese Zeit zurückführt.

Der Kaiser hatte nach der Beendigung des Deputationstages Regensburg verlassen, seine Gemalin nach Wien geschickt, selbst aber die Reise nach Prag angetreten, weil er hoffte mit dem Kurfürsten von Sachsen zusammenzukommen und ihn für die Anerkennung der regensburger Beschlüsse zu gewinnen. Caraffa reiste auch nach Böhmen, um sich zu überzeugen, wie weit das Reformationswerk gelungen sei. Seine ersten Erfahrungen bei der Ueberschreitung der Landesgrenzen betrübten ihn, er hörte da nur von Prädikanten sprechen, die sich offen und geheim herumtrieben und erst in Bischofteinitz wurde er von einem katholischen Pfarrer empfangen. In Pilsen traf er auf die erste katholische Einwohnerschaft, aber ihr Wohlstand war ruinirt und in Rokycan war der Pfarrer der einzige Katholik, alle Bürger waren Protestanten. Als er bei Zbirow vorbeifuhr, machte man ihn darauf aufmerksam, dass daselbst jene Personen eingeschlossen seien, die bei dem prager Blutgerichte pardonirt worden waren, und dass ihre Verwandten sich daselbst versammelt hätten, um den Kaiser, der am folgenden Tag denselben Weg kommen sollte um die volle Begnadigung derselben zu bitten. Vor Prag schloss sich Caraffa dem kaiserlichen Gefolge an, um gleichzeitig mit Ferdinand seinen Einzug in diese Stadt zu halten, wobei diesmal in richtiger Würdigung der Lage des Landes jeder Glanz vermieden wurde, nur die

---

*) Sächs. StA. Die sächs. Gesandten an Kursachsen dd. 11./21. Feb. 1623.

**) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 12./22. Feb. 1623.

obersten Beamten eilten nach dem Sternschloss dem ankommenden Monarchen entgegen. Nachdem Ferdinand die Begrüssungen entgegengenommen hatte, besichtigte er das Schlachtfeld auf dem weissen Berge und wohl mag ihm dabei der Gedanke vorgeschwebt haben, dass der daselbst erfochtene Sieg ein Lohn für sein treues Festhalten an der Kirche gewesen sei. War es nicht natürlich, wenn er sein Gelübde erneuerte und den Protestanten keine Zufluchtsstätte in dem wiedergewonnenen Besitz gestatten wollte? — Zur selben Stunde, in der er darauf ohne alles Gepränge in die Burg auf dem Hradschin einzog, starb der Oberstburggraf Adam von Sternberg, der mit Slawata und Martinic erst einige Monate vorher (im Juli 1622) nach Prag zurückgekehrt war, ohne seit dieser Zeit einen bemerkenswerthen Einfluss ausgeübt zu haben, da Liechtenstein die Leitung der Geschäfte in der Hand hatte.*)

Die erste Bemerkung, die Caraffa in Prag machte, betraf abermals die Armseligkeit des katholischen Gottesdienstes: alle Geschenke des Kaisers, alle Bemühungen der katholischen Staatsmänner hatten noch nicht die Kirchen mit der wünschenswerten Zahl von Priestern versorgen können, noch immer machte der Gottesdienst auf den an die Pracht Italiens gewöhnten Bischof einen armseligen Eindruck und so fühlte sich sein Eifer neuerdings aufgestachelt.**) In Gegenwart des Kaisers beriet man sich nun, was man mit den beiden den Lutheranern entrissenen Kirchen thun solle. Einige meinten, man solle sie niederreissen, allein wie man schon in Bezug auf das Carolinum von dieser vandalischen Massregel abgesehen hatte, so auch jetzt. Die kleinseitner Bürger wollten, dass die auf ihrem Grund befindliche Kirche zu einer Pfarrkirche umgestaltet werde; dem widersetzte sich aber Caraffa, der ihre Uebergabe an den in Böhmen einzuführenden Karmeliterorden befürwortete. Sein Rathschlag fand den Beifall des Kaisers, der damit seine Dankbarkeit gegen den Karmeliter Dominicus a Jesu Maria beweisen wollte und so wurde der Orden nach Böhmen berufen, dotirt und die Kirche ihm übergeben. Dem Franziskanerorden wurde

*) Skála V, 285.

**) Caraffa's Commentaria.

die andere, auf der Altstadt gelegene Kirche eingeräumt und so wurden — wenn wir die undatirten Angaben Caraffa's recht verstehen — bei dieser Gelegenheit auch Bestimmungen bezüglich der Begründung neuer Klöster und der Einführung neuer Orden getroffen und neue Dotationen dem Säcular- und Regularclerus, namentlich dem Kapitel der Kathedralkirche angewiesen. Jetzt oder wenig später wurde auch durch päpstliches Dekret der Gebrauch des Laienkelches verboten. *) Die königlichen Beamten erhielten den Auftrag dafür Sorge zu tragen, dass von den Gebäuden und Kirchen der Kelch, den man in der mannigfaltigsten Weise als Verzierung angebracht hatte, verschwinde; ein Befehl, der mit Ausnahme von Leitmeritz binnen kurzer Zeit vollführt wurde. **) Der Kaiser reiste darauf, ohne mit dem Kurfürsten von Sachsen zusammen getroffen zu sein, von Prag nach Wien, nachdem er den Befehl gegeben hatte, einige Bürger, die seit der prager Execution in Haft gehalten wurden, wie z. B. den Sixt von Ottersdorf, aus derselben zu entlassen. ***) Alle Hoffnungen auf eine Milderung der Confiscationsdekrete liess er aber unerfüllt, auch die Städte gab er demselben Drucke preis, unter dem bis jetzt der Adel gelitten hatte. Allerdings musste der Besitz in andere Hände übergehen, wenn die Opposition im Lande zum Schweigen gebracht werden sollte.

Bei Gelegenheit der Anwesenheit Ferdinands in Prag hielten eine Anzahl seiner vertrautesten böhmischen Räthe im Verein mit Strahlendorf eine Berathung über die Reform der Landesverfassung ab. Die dabei gefassten Beschlüsse wurden bei der Abfassung der erneuerten Landesordnung verwerthet und wir werden später auf sie zurückkommen. Nur einen derselben wollen wir schon jetzt erwähnen, weil er alsbald durchgeführt wurde. Er betraf die Krone des Landes, über die der Kaiser „nach dem Rechte der Eroberung" verfügen dürfe und die demnach ihm allein gehöre. Um dieses Eigenthumsverhältniss in drastischer Weise geltend zu machen, sollte sie nicht mehr im Lande aufbewahrt, sondern vom Kaiser mit nach Wien ge-

*) Caraffa's Commentaria.
**) Caraffa's Relation.
***) Skála V, 306.

nommen werden, und dieser Beschluss wurde bei seiner Abreise durchgeführt. *)

Unsere Schilderung der sich allmälig vorbereitenden kirchlichen Veränderungen in Böhmen würde nur unvollständig sein, wenn wir nicht zu gleicher Zeit der Anstrengungen gedächten, denen sich die katholische Geistlichkeit zur Erhöhung ihres Besitzstandes unterzog. Es wurde bereits erzählt, dass die confiscirten Güter ihr zurückgegeben und ihren Bedürfnissen hie und da durch Geldanweisungen abgeholfen wurde. Dies genügte ihr jedoch nicht mehr, sie beschäftigte sich mit dem Plane, die Güter, die ihr in den vorhusitischen Zeiten gehörten, zurückzufordern und der Erzbischof Lohelius ging ihr hierin mit gutem Beispiele voran. Schon einige Tage nach der Schlacht auf dem weissen Berge stellte er nämlich an den Kaiser die Bitte um Rückstellung aller seit der Begründung des Erzbisthums demselben gehörigen Güter. Da der Kaiser sich nicht beeilte der Bitte zu willfahren, schickte der Erzbischof den strahöwer Abt Questenberg und den Domherrn Platteis nach Wien, um durch sie diese Angelegenheit betreiben zu lassen und nahm auch die Dienste des Nuncius in Anspruch, nachdem er vorher den Papst um seine Vermittlung in der Restitutionsfrage ersucht hatte. In einer neuen Eingabe an den Kaiser bezeichnete der Erzbischof die Güter, deren Uebergabe er forderte, wobei er aber den früheren Besitzstand weitaus unterschätzte, da derselbe, wie die jetzigen Untersuchungen ergeben,**) sich über ein weit grösseres Gebiet erstreckte. ***) Ferdinand trug nun dem Fürsten von Liechtenstein auf, die Bitte des Erzbischofs nach Möglichkeit zu erfüllen und auch darüber ein Gutachten zu erstatten, wie die Zahl der Domherren an der Domkirche und

*) Sächs. StA. Lebzelter an Kursachsen dd. 9./19. Mai 1623. — Wiener StA. Strahlendorfs Aufzeichnungen ad 1623.

**) Tomek, Geschichte Prags, Bd. II.

***) Ebend. Drei Zuschriften des Erzbischofs Lohelius an den Kaiser sämmtlich undatirt. In einer derselben reclamirt er namentlich die Güter Rožmital, Bischofteinitz, Herstein, Klingenburg, Řečic, Pilgram, Přibram u. Chejnow. Ebenda. Der Erzbischof an den Papst, undatirt. Ebenda. Der Nuntius an den Erzbischof dd. 1. Januar 1622.

die der übrigen Kirchendiener vermehrt und dafür die nothwendigen Mittel angewiesen werden könnten.*)

In Folge der Mahnungen des Erzbischofs, denen sich später alle Klosteräbte, namentlich aber der Abt Questenberg, anschlossen und in Folge des Eifers, mit dem der Nuncius dieselben unterstützte, wurde im Laufe des J. 1621 und 1622 der Geistlichkeit in Böhmen eine Gütermasse geschenkt, deren Werth man amtlich auf 1500000 Thaler oder auf die Hälfte der von dem Kaiser eingezogenen Güter berechnete. Nach welchem Massstabe diese Rechnung gepflogen wurde, ist nicht angegeben, denn da man den Werth der bis Ende Juni 1621 confiscirten Güter auf fünf Millionen berechnete, worüber wir an der betreffenden Stelle berichteten, so ist jedenfalls nicht der auf anderthalb Millionen abgeschätzte Gutsbesitz als die Hälfte anzusehen.**) Vielleicht löste der Kaiser bis zum J. 1622 nicht mehr als 3 Millionen aus dem Verkaufe der Güter und man nahm diesen Betrag zur Basis der Berechnung; jedenfalls zeigt es sich, dass der Kaiser gegen die Geistlichkeit nicht kargte, sondern ihr durch seine übergrossen Schenkungen ein glänzendes Leben in Aussicht stellte. Allein der Appetit war jetzt gereizt und die Beschenkten gaben sich nicht zufrieden. Alle Klöster ohne Ausnahme verlangten nur noch heftiger die Restitution in den Besitz, der ihnen bei ihrer Begründung zugewiesen worden war und ersuchten deshalb, dass mit dem Verkaufe etwaiger Kirchengüter innegehalten würde. Einzelne Geistlichen entblödeten sich nicht auf der Kanzel darüber Klage zu führen, dass der Kaiser mit der Rückstellung der Güter säume und bedachten nicht, dass sie Zuhörer vor sich hatten, die an dieser Habsucht das grösste Aergerniss nehmen mussten. Ihre Anklagen richteten sich auch gegen die beiden gewichtigsten Männer Böhmens, gegen Liechtenstein und Albrecht von Waldstein, die sich mit dem Ankauf ausgedehnter Güter beschäftigten, wobei sie sich durch die kirchlichen Reclamationen nicht stören lassen und deshalb mit vollendeten Thatsachen auftreten wollten. Der Erzbischof, der

*) Ebend. Ferd. an Liechtenstein dd. 17. Sept. 1622.

**) Bd. IV. Kap. II.

diese Absicht wohl merkte, ersuchte den päpstlichen Nuncius*) um seine Hilfe, damit die beabsichtigten Käufe nicht als giltig anerkannt würden. In der That ordnete der Kaiser an, dass über das Begehren der böhmischen Geistlichkeit eine Untersuchung angestellt und ihm hierüber ein Gutachten erstattet würde. Fürst Liechtenstein hielt eingehende Berathungen mit den Räthen der böhmischen Kammer und anderen hervorragenden Beamten, die sich allesammt für die geistlichen Wünsche nicht erwärmten, weil sie dies bei der Ungeheuerlichkeit derselben nicht thun konnten. Der Fürst berichtete an den Kaiser, riet die unverweilte Abweisung der Petenten an und gab nicht undeutlich zu erkennen, dass er bei ihnen jegliche Bescheidenheit vermisse. Man könnte ihn wegen seiner staatsmännischen Entschiedenheit loben, wenn dieselbe eine Folge seiner Einsicht und nicht seines persönlichen Interesses gewesen wäre. Die Geistlichkeit wurde mit ihrem Gesuche abgewiesen; in welcher Weise der Kaiser ihren abermaligen Bitten und Bedürfnissen genügte, werden wir später berichten.**)

Ebenso wie in Böhmen spielte sich auch in Mähren der Process der Gegenreformation ab, das Werk wurde daselbst sogar früher und eifriger in Angriff genommen, da der Kardinal Dietrichstein an der Spitze der Verwaltung stand und sein Eifer nicht erst angespornt werden musste. So kam es, dass die Edelleute des olmützer Kreises schon zu Beginn des Jahres 1621 über einzelne Bedrückungen klagten und die theologische Fakultät der wittenberger Universität um ihre Fürsprache bei dem Kurfürsten von Sachsen ersuchten.***) Trotz dieser Fürsprache besserten sich die Verhältnisse für die Protestanten nicht, da der Kardinal jede Gelegenheit benützte um vakante Pfarren mit katholischen Priestern zu besetzen. Eine allgemeine Proscription

---

*) Erzbisch. Archiv in Prag. Lohelius an den Nuncius dd. 15. Oct. 1622

**) Wiener StA. 1) Gutachten der böhm. Kammer dd. 30. Januar 1623. — 2) Gutachten über die Ansprüche der Geistlichkeit. 3. Liechtenstein an Ferdinand dd. 25. April 1623.

***) Die Stände des olmützer Kreises an die Univ. von Wittenberg dd. am Tage Concordiae et Constantiae 1621. Die theolog. Facultät von Wittenberg an Kursachsen dd. 3./13. März 1621. Sächs. StA.

der Protestanten und ihrer Prediger musste jedoch aus demselben Grunde unterbleiben, um dessentwillen man in Mähren die Processe wider die Rebellen aufschob: der Krieg mit Ungarn erlaubte eben während des Jahres 1621 keine so tiefgreifende Massregel, die die ganze Bevölkerung des Landes aufreizen musste. Nach dem nikolsburger Frieden bedurfte es jedoch keiner Schonung mehr. Abgesehen von den religiösen Dekreten, die mit den böhmischen mehr oder weniger dieselbe Richtung verfolgten und zunächst die protestantische Geistlichkeit der Verfolgung preisgaben, griff man auch eine grosse Laiengemeinde an, gegen die man um ihres Bekenntnisses willen keine Rücksicht üben zu müssen glaubte. Es waren dies die Wiedertäufer, die im dritten Jahrzehend des 16. Jahrhunderts nach Mähren ihren Eingang gefunden und auf den Gütern einiger Edelleute, darunter auch der späteren Fürsten von Liechtenstein, sich niedergelassen hatten. Obwohl keine Sekte in jener Zeit so verachtet und verfolgt war, wie diese, so erfreute sie sich doch in Mähren einer gesicherten Existenz, weil sie sich in kluger Weise jeder Proselytenmacherei und jeder politischen Einflussnahme enthielt und willig sich besteuern liess. Die einzelnen Gemeinden hatten eine kommunistische Einrichtung, bestellten die Felder und betrieben einzelne Gewerbe, darunter die Tuchmacherei auf gemeinsame Rechnung. Da sie nicht bloss ihren Herren sondern auch dem Lande das doppelte Steuererträgniss der Juden lieferten, so heftete sich an ihre Duldung der Eigennutz und die Zahl ihrerMitglieder hatte mittlerweile so zugenommen, dass sie sich auf mehr als 20.000 belief. Gegen diese dekretirte nun Ferdinand die Ausweisung. Es war eine harte Sache die liebgewonnene Heimat zu verlassen und fast ohne alle Mittel ein neues Unterkommen zu suchen: trotzdem folgte die Mehrzahl dem Gebote und wanderte zumeist nach Ungarn aus,*) wo sie sich bis auf die neueste Zeit erhielten.**) An die Vertreibung der Wiedertäufer schloss sich die Ausweisung der lutherischen Geistlichen aus Iglau an.

17. Sept. 1622

---

*) d'Elvert I, 147. Comenius, historie o těžkých protivenstvích církve české.

**) Hofrath Beck beabsichtigt die Gedenkbücher der Wiedertäufer herauszugeben und aus ihnen ergibt sich der Beweis ihres Bestandes in Ungarn.

Von einem entschlossenen Widerstande gegen die kaiserlichen Reformationsdekrete war in Mähren ebensowenig die Rede wie in Böhmen. Jeder protestantische Edelmann, der sich seiner Glaubensgenossen angenommen und die Ausweisung protestantischer Geistlichen auf seinen Gütern gehindert hätte, musste befürchten bei der Confiscationscommission von einer härtern Entscheidung betroffen zu werden. Auch von den Gütern Karls von Žerotín*) sollten sich in Folge eines Befehls des Kardinals Dietrichstein die protestantischen Geistlichen entfernen. Žerotín hatte bis dahin, so viel wir wissen, gegen das Auftreten der Sieger in Mähren seine Stimme nicht erhoben, ausser vielleicht im Kreise vertrauter Freunde, nun aber, wo der Angriff ihm galt, wollte er nicht länger schweigen. Da er seine Beschwerde vor dem Kaiser selbst erheben wollte, reiste er nach Wien und als er hier die verlangte Audienz erhielt, berief er sich auf seine Dienste und auf das ihm gegebene Versprechen, dass ihm dieselben gelohnt werden und er nie in der Ausübung seiner Religion gestört werden würde. Nun werde aber dies Versprechen nicht eingehalten und er mit den Feinden des Kaisers in einen Topf geworfen: könne das eine andere Folge haben, als dass der treueste und frömmste der Rebellion in die Arme getrieben werde? Die Antwort des Kaisers umging die Frage: er erinnere sich des gethanen Versprechens, könne es aber nicht halten, weil der Papst es nicht gestatte, doch möge Žerotín über seine Angelegenheit mit dem Kardinal Dietrichstein reden.**) Wir zweifeln, dass der letztere jetzt mehr Nachgiebigkeit zeigte als früher, aber Žerotín kümmerte sich um das Verbot nicht, beherbergte in seinem Schloss zu Namiešt einen Prediger der Brüderunität und wies auch einigen andern Geistlichen eine Zufluchtsstätte auf seinem Gute an.***) Auf Seite der Regierung duldete man vorläufig diese Widerspenstigkeit, aber als man sich später kräftiger fühlte, musste Žerotín nachgeben und da er den Zuspruch seiner Glaubensgenossen nicht entbehren wollte, so zog er lieber nach Schlesien.

---

*) Entweder zu Ende 1622 oder zu Anfang 1623.

**) d'Elvert I, 158. Schreiben aus Wien dd. 28. März 1623.

***) Comenius: Historie o těžkých protivenstvích církve české.

Mit der Vertreibung der protestantischen Geistlichkeit war man, so weit es die Verordnungen betraf, zum Ziele gelangt; um das Reformationswerk zu Ende zu führen, durfte man auch unter den Laien keine Gegner des katholischen Glaubens dulden. Um diesen Gegenstand drehten sich die Bestrebungen der folgenden Jahre.

Urkundenbeilage.

A.

Ueber die Verhandlungen Mansfelds mit Maximilian von Baiern und mit Buquoy zur Zeit, als die beiden letztgenannten vor Pilsen lagerten, sowie über die späteren Unterhandlungen desselben bezüglich der Uebergabe Pilsens führe ich hier einige der wichtigsten Aktenstücke an. Meine Angabe Bd. III, S. 315. dass Mansfeld bei Gelegenheit der Anwesenheit Maximilians und Buquoy's vor Pilsen 100000 Gulden als Abschlagszahlung erhalten habe, ergibt sich aus dem Berichte Zeidlers dd. $\frac{\text{24. Dec. 1620}}{\text{3. Januar 1621}}$ (S. 573) und dieser Bericht lag mir vor, als ich über die Verhandlungen Mansfelds mit Maximilian und Buquoy berichtete. Als ich nun bei der Abfassung dieses vierten Bandes meine Quellenforschungen vervollständigte und hiebei die späteren zu Ende 1620 und im Beginne des J. 1621 fortgesetzten Verhandlungen mit Mansfeld eingehend studierte, befremdete mich die Thatsache, dass in derselben von der geschehenen Zahlung nicht weiter die Rede ist. Soll man das Schweigen dahin erklären, dass dieselbe überhaupt nicht geleistet wurde? Obwohl dieser Annahme der erwähnte Bericht Zeidlers widerspricht und es höchst unwahrscheinlich ist, dass Mansfeld ohne jegliche Abschlagszahlnng die Gegner nicht weiter belästigte und so in der verhängnissvollen Novemberwoche seine ehemaligen Freunde ihrem Schicksal überliess, glaube ich nun doch aus diesem Schweigen schliessen zu dürfen, dass die Zahlung kaum geleistet wurde und dass Mansfeld nur in Anhoffung des stipulirten Lohnes den Verrath an Friedrich und den Böhmen begangen habe.

1.

Der sächsische Gesandte Zeidler an den Präsidenten des sächs. Geheimraths Schönberg dd. Wien den $\frac{22.\ Oct.}{1.\ Nov.}$ 1620. (Sächsisches Staatsarchiv).

. . . Der Accordo mit dem von Mansfeld ist richtig, dass Ihre Mt. ihn sollen kontentiren sambt seinem Volk, ihn auch legitimiren als einen Reichsgrafen und einen von Mansfeld, desgleichen eine Grafschaft übergeben im Land zu Lützelburg. Pro sua excusatione hat der Graf den Böhmen einen Tag benannt, darin sie ihn vor sein Volk sollen kontentiren, wo nicht, so will er von ihnen hernach quitt und los sein, welcher Termin aber den Böhmen zu halten unmöglich sein soll.

Zu mehrer Assecuration des erfüllten Accords bleibt Mansfeld so lange zu Pilsen, hernach wird er das Commando Don Balthasaren übergeben und abtreten.

Unter dessen ist den 22. Octobris stilo novo der Baierfürst sambt Conte de Buquoy und dem übrigen Volk, so mit den vorangeschickten bei 28000 auserlesenen Mann ist, uf Prag fortgeruckt und ist nur einem Obristen ein Wagen Bagagie mitzuführen erlaubt worden.

Kurfürst Pfalzgraf hat Buquoy fragen lassen: ob gar kein Mittel (der Aussöhnung) vorhanden wäre? Respondit: Er sollte nur Conditionen furschlagen. Darauf hat Pfalz 6 Tag Stillstand begehrt. Bavarus respondit: Er als kais. Commissarius könne nicht eine Stunde zulassen, was er thun wollt, muss bald geschehen.

2.

Oberst Haimhausen an Maximilian von Baiern dd. Prag 2. Dec. 1620 (Münchner Reichsarchiv).

Durchleuchtigister Herzog, genedigister Herr! Mit des Grafen von Mansfelds aufs Pilsen alher nach Prag Abgeordneten ist auf sein Grafens Ratification geschlossen worden: Dass ihme 200000 fl. bar gegeben und noch 100000 fl. von den Behamischen Stenden verschrioben werden, dargegen soll er alles Kriegsvolk zu Pilsen, Tabor, Pisek und wo er . . . . bisher gehabt abdanken, in Pfalz oder wohin sie wollen, sie ziehen lassen und die gemelten Ort übergeben. Wann dann darfür gehalten, es werde dabei pleiben und an den abgemelten 200000 fl. E. D. bewuster massen ain hundert Tausent erlegen lassen sollen, als werdens E. D. an denselben verhoffentlich an izt noch nit erwinden lassen. Weil aber an furderlicher execution dieses anorts auch gelegen, so müssen solche 100000 fl. von E. D. hinterlasnem Golt genommen und soliche starke Post aber ehist wider ersetzt, sonderlich auch von E. D. auf das ehiste alher wol specificirt geschrieben werden, was massen E. D. dargegen die Stadt Pilsen solte eingeraumbt werden, es were dann, dass E. D. soliche 100000 fl. weiter herzugeben Bedenken, so were vonnöthen, dasselb

ehist und ehe das Gelt aufgegeben, alher zu avisirn. Sonsten urgirt angeregter Graf sein vorige iberige Prætensiones diser Zeit nit und wirdet vielleicht allein mit solichen Gelt ehist an andern Ort trachten; E. D. mich daneben underthenigist befelhend. Datum Prag den 2. Decembris a. 1620.

3.

Maximilian von Baiern an Tilly und in simili an Haimhausen dd. München den 16. Dec. 1620 (Münchner Reichsarchiv).

Wir haben aus deinem underthenigisten den 2. dis zu Prag datirten Bericht vernommen, was massen mit des von Mansfeld Abgeordneten auf dessen Ratification wegen Pilsen und der andern Ort gehandlet worden und dass nunmehr die durch uns versprochne 100000 fl. zu verordnen und gegen Mansfeldische Abtretung darzugeben.

So wir uns dann unsers hierunder gegebenen fürstlichen Wortes und Handschrift zu erindern und es an solchen 100000 fl. erwinden zu lassen nit gedacht, als haben wir unserm Rath und Tenendt zu Straubing auf Mass, wie inliegende Abschrift vermag, befohlen, auf jedes Abfordern und Begern gemelte 100000 fl. alsbald darzugeben, welche du, unser Generalleutenant der von Tilly mit pester Sicherheit wanns vonnöten einer genugsamen Convoi geen Furt oder irgents anders verglichens Ort, allda die Erlag zu thuen, bringen zu lassen wisset und mögen wir ganz wol leiden, dass solche Erlag allda in Furt oder an einen andern gegen uns herwerts gelegenen Ort beschehe . . . .

(Der weitere Inhalt des Briefes enthält die Mahnung dem Mansfeld die 100000 fl. zu geben gegen die Abtretung aller Orte, die er in Böhmen besetzt halte. Nach Pilsen soll dann Oberst von Herliberg als Commandant mit 100 Reitern und 400 Knechten geschickt werden.)

4.

Memoire Mansfelds dd. 11. Dec. 1620. Kopie im münchner Staatsarchiv.

Memoire pour S. Porte à fin de conclure entièrement le traitté encommencé avec Mons. le General le Conte de Bouquoy.

Puisque le Roy Frederic est sorti et s'est retiré de ce pays sans me laisser aucun ordre et que je suis au gage des états, qui m'ont sommé de me licencier, je suis content de leur obeir pourveu, que l'on eut esgard à mes justes pretentions qui sont comprinses aux articles suivans.

1. Premièrement je demande 200000 fl. en argent content et autres 200000 fl. assignèz à Nurnberg et payables asseurement la moitié au bout de 6 mois et le reste au bout de l'an en bonne monnaye coursable en Allemagne. Que s'il peut obtenir davantage il le faira selon l'instruction particulière.

2. Les Soldats seront licenciéz aux frontieres du Palatinat et du Marquisat de Culmbach et leur sera libre de prendre quel parti qu'il leur plaira, assavoir de servir l'Empereur ou d'aller la part qu'il voudra.

3. Les garnisons d'icy autour ne seront point renforcées et demeurera chaque soldat dans la sienne jusques à tant que nous soyons hors du pays pour eviter tout mal entendu. Et sera permis demander quelqu'un à la place du licentiement pour voir ceux qui voudront servir à l'empereur à condition que l'on n'y mande pas gens du nombre.

4. Et puisqu'il ne plaist à Mons. le General nous laisser parvenir les piéces que les Anglais ont laissé en derriere, il luy plaira nous permettre d'émmener avec nous d'icy 4 autres. Et que au lieu du m . . . . je prenne icy une petite piece qui m'appartient.

5. De mesme nous sera permis d'emmener la munition qui est icy appartenent au Roy Frederic.

6. Item demeurer toutes les armes, qui sont à Tabor, n'appartenant ny aux Estats ny aux Bourgois. Le mesme nous sera permis icy à Pilsen et à Prag. A l'effect de quoy nous seront fournis des chariots jusques aux frontiéres.

7. Le Regiment du Colonel Frenck sera aussi compris en ce traitté afin d'estre satisfait.

8. Le gens du dit Colonel Frenck qui sont à Tabor en sortiront enseignes deployées, bale en bouche, mesche allumée et tambour battant avec suffisant convoy jusques à Pilsen.

9. Les Bourgois de Tabor seront laissez en leur anciens privileges sans y estre molestez ny en leur religion. Et plaira à Mons. le General d'y pourvoir affin qu'ils ne soyent surcharger et foulez de trop grand nombre de garnison. Ce qui sera aussi observé a l'endroit de ceux de Pilsen.

10. Toutes les trouppes estant ensemble tant celles, qui sont au payement du Roy Frederich que des Estats, sortiront ensemblement de Pilsen ou par les chemines du lieu qu'elles se trouveront, enseignes deployées, bale en bouche, tambour batant, mesche allumée avec canon et bagage jusques aux dites frontiéres dont les troupes du Roy s'en iront au Palatinat, celles des Estats la part qu'il leur plaira.

11. Le Colonel Frenck demande pour son particulier 60000 fl.

12. Cassation du Banne Imperial et pardon general pour tous d'avoir servi à l'un ou l'autre des partis. Item d'obtenir quelques lettres d'honneur selon l'instruction plus particuliere, que le Sr. Porta en a.

5.

Maximilian von Baiern an Tilly dd. München den 25. December 1620 (Münchner Reichsarchiv).

. . . Was den bewussten Accordo mit Pilsen betrifft, zweifelt mir nit ihr werdet mein Resolution unter obbesagtem Dato (davon hieneben ein Dupplicat) empfangen haben, auch wofern der Tractat mit dem Grafen von Mansfeld nit geschlossen, doch neben und mit den kayserischen in völligem Werk sein. Weil aber mir eben wegen meiner Gränizen an diser Stadt Pilsen merklich gelegen und es villeicht über meine bewilligte 100000 noch an etwas weitern bewenden solt und nit geschlossen werden kont, so sollet ihr euch gleichwol

befleissen, es bei den 100000 fl. zu lassen, und da, wie vermelt, es sich darumb zerstossen wolt, noch von 10, 20, 30, bis in 50000 und also aufs hegst 150000 fl. einwilligen, dardurch die völlige wirkliche Einantwortung berürter Stadt Pilsen und übrigen von Mansfeld inhabenden Örter befürdern. Ich hab auch zun solchem Ende und euerm Andeutten gemäss, damit solche Summa der 150000 fl. nach Frankfurt geliefert werden (sic), auf das ihr solche alda erheben und dem Schluss gemess anwenden kundet.

Wofern aber auf Euer Anmahnen der Tractat mit Mansfeld (wegen dass der Buquoy und andere Kayserische es selbsten protrahiren oder nit zur fürderlichen Execution zu bewegen) nit mit ehistem seinen Fortgang haben konte und dessen genugsame Anzeig vorhanden, als sollet ihr unvermerkt des Buquoy und der Kayserischen euch selbst (da es anderst ohne Nachteil eures Ambts sein kann) zu dem Mansfeld verfügen, absonderlich und im Vertrauen ihne erstlich tentiren und da ir das Gemüt darzu genaigt findet, folgents den Accord obverstandnenmassen in meinem Namen völlig schliessen. Da auch benennter Mansfeld etwas Difficultet wegen Ihrer Maj. und des übrigen, was ihme versprochen, moviren wolt, hettet ihr ihme meinetwegen das Wort zu geben, dass ich es dergestalt auf mich nemmen und es bei ihrer Maj. also effektuiren wolle, als wann es der Buquoy und die Kayserischen selbst abgehandlet; zu solchem mechte er sich etwan auch desto lieber verstehen, weil er Graf von Mansfeld ohne das mit dem Grafen von Buquoy und vielleicht mit andern Kayserischen nit so gar in guten Correspondenz und das die Tractationes mit den Kayserischen ohne das etwas langsamb entgegen ihme selbst wol gedient sein mechte, auch ich es gerne sehe, das aufs fürderlichst ein ganz gemacht wurde, wie ir dann selbsten mehr andere Motiven ihne zu solchem absonderlichen Schluss zu bewegen werdet wissen fürzubringen.

Wofern aber Ir von dem Grafen von Mansfeldt vermerken würdet, das er zu solchem absonderlichen Accordo .. gar nit zu induciren, alsdann were der ferner Discurs etwas zu moderiern, und es geschehe diese Communication mit Mansfeld, auf was Weis es wolle, alles also mit ihme abzureden, das es bei ihme ganz und gar in geheimb verschwiegen bleib, wie dann von den Kayserischen (so ihrer jemands zu Pilsen sich befände) niemand zu disen euren Privat-Tractation zu lassen.

Wofern aber im Fall auch ihr in der Person wegen eurer Function mehrbesagten Mansfeld ganz und gar aus Handen und den Accordo nit eingehen wollte, so sollet ihr nach Möglichkeit dahin trachten, damit das in eurem letzten Schreiben angedeute Mittel nemblich mit seinen Soldaten zu accordiren den Fortgang nehme und effectuirt werde, disfals auch kein Fleiss, Mühe oder Arbeit sparen, weilen mir hieran wie ihr zu erachten, sehr vil gelegen.

(Wenn ihr) dise Handlung zu verrichten verhindert, so wäre eintweders der Viepekh oder Herliberg dahin zu ordnen, damit derselben einer dises Werk also verrichte, genugsamb instruirt werde, und obbesagtermassen verfahre, zur welchem Ende euch 3 Creditiv, eines für euch, die 2 andern für die andern zwei, dieselben auf gesagten Fal zu gebrauchen, hieneben eingeschlossen.

Da auch besagter Tractat auf einen oder andern Weg fortgeht, hab ich in meinem vorigen Schreiben Andeutung gethan, dass man sich wol vorsehe, dass nit ein Betrug unterlaufe, sondern man das Gelt nit aus der Hand lasse, bis die Stadt Pilsen und die übrigen Örter in meiner Gewalt, auch man dessen versichert sei . . . . . .

6.

Des sächsischen Gesandten Zeidler Bericht dd. Wien den $\frac{\text{24. Dec. 1620.}}{\text{3. Januar 1621.}}$ (Sächsisches Staatsarchiv).

. . . . . Jetzo erfahre ich in Geheimb, das der accordo mit dem Grafen Ernsten von Mansfeld dahin gegangen, dass man ihme drey Tonnen Goldes baar Geld geben solle, daran er aber nur eine bekommen. Hierüber hat er noch viel Punkta begehret, als Cassation der vorigen Acht und seines Reverses, den er Erzherzog Leopoldo vor der Zeit ausgeantwortet, item völlige Gnade und Pardon, kay. Legitimation seiner Person, die Dignitet eines Reichsgrafens, auch das Statthalterampt in Lüczelburgk, welches weiland sein Herr Vater gehabt, über welches alles von kay. Mt. und dem Haus Österreich er hat Ratification haben wollen.

Ob nun zwar solches einzugehen dem Kayser hoch bedenklich und schwer gewesen, so hat doch damals die hohe Noth und Beschaffenheit des übeln gemeinen Zustands Ihr Mt. bewogen, dass sie eine dergleichen Ratification (wie ich vor etzlichen Wochen referiret) mit dero Cammerdiener Papazoni fortgeschicket hat, auf dessen Ankunft der von Mansfeld auch vertröstet worden. Weil sichs aber damit verzogen, sintemal man berichtet, dass gemelter Papazon wegen Unsicherheit der Strassen weit umbreisen müsse, so haben die zu solchem accordo deputirte kay. Commissari so lange mit Ausantwortung der obgedachten Ratification zurückgehalten, bis der glückliche eventus mit der pragerischen Victori erfolget und dergestalt man des Mansfelds Favors nicht gar so sehr bedürftig ist. Jetzt vermerke ich soviel hie bei Hof, dass man mit Fleiss des Mansfelds weder in gutem noch bösem erwähnet, sondern man lest ihn auf seinen Kopf sitzen, ubi lupum auribus tenet. Sollte er nun ungestümb die Erfüllung seines vermeinten Accordo fordern, oder sich etwas widerwertig erzeigen wollen, so hat er vom Kayser keinen rechten Schein in Handen und möchte man vielleicht mit der Helfte solches Geldes die Soldaten in Pilsen gewinnen, das sie ihn selbst beim Kopf nehmen. Haec sunt proditorum praemia, dispereant simili facto, cui talia cordi . . . . . .

7.

Adam von Waldstein an Kursachsen dd. 20. Januar 1621. (Sächs. Staatsarchiv).

. . . . . Was den von Mansfeld betrifft, gehet der Accordo mit ihm zuruck, dann er uber vorige Summa noch M/100 und dass Fürst Christian von

Anhalts Sohn auf freien Fuss gestellet werde, begehrt, und ob man ihm schon auch das gebe, sicht man nicht, dass auf ihn zu bauen ist, er lest auf newe Werbung Patenta ausgehen und sterkt sich ziemblicher Massen, nimbt auch noch ezliche Orter ein und treibt die Leut stark zur Contribution. Den von Schwamberg hat er gefenglich in Arrest genommen und begehrt von ihn M/30 fl. Ranzion, spargirt auch in Land und schreibt von sich, das er mit M/15 Mann dem Pfalzgrafen zu Hilf will kommen; der Pfalzgraf aber sich auch wiedrumb sterk und gar in wenig Wochen mit ein ansenlichen Volk wider Ihr kay. Mt. etwas zu tentiren begehrt und will sagen, von M/50 ohne Türken und Ungarn, die er bekommen soll. Gibt aus, der König in Denemark, die Herzogen in Holstein und der Niedersächsische Crais hetten sich mit ihme verbunden, dass sie mit einer grossen armada ihme Assistenz leisten wollten, welches dann E. churst. Gn. (ob es eine Fabul oder Ernst ist) besser wissen werden.

Wie gerne nun Monsieur de Tilly auf E. churf. G. gnst. Andeuten mehr Volk kegen die schlesische Granizen legen, so kann er wegen des von Mansfelds dessen nit entraten, sondern wird vornnötein sein von dem Volk, so schon aldort liegt, etwas zu nehmen und auf Weg und Mittel bedacht zu sein, den von Mansfeld sein Intention zu verhindern.

Weilen man auch gewisse Nachrichtung hat, dass der von Mansfeld die Stadt Eger, dieweilen sie auf E. churf. Gn. Begehrn Ihr kay. Mt. zu Gehorsamb sich accomodiret, wie auch nit weniger die Schlackenwaldter, so hochstgedacht Ihr kay. Mt. aufs neu gehuldigt, betrohen thut, sie mit ehisten zu besuchen: also ist Mons. de Tilly bedacht kegen Egrischen und Ellenbogischen Krais ein Anzahl Volk zu legen und ihme alle Päss abzuschneiden. An mich hat er begehret, E. churf. Gn. solches gehorsambst anzuzeigen, damit sie wissen können, zu was intento ers thue und E. churf. Gn., wann diesfalls ungleiche Bericht einkemen, dieselben zuvorn recht informirt sein. Zu dem begehrt ermelter Mons. de Tilly gehorsambst zur Nachrichtung, inmassen etwa an den itz gedachten Orten die Not so gross wär, ob E. churf. Gn. und wie stark dieselben Ihr Dchl. in Bayern zur Assistenz beispringen könnten......

8.

Tilly und Oberst Herliberg an Maximilian von Baiern dd. Mies den 23. März 1621. (Münchner Staatsarchiv).

. . . Sonst haben E. D. aus mein von Herliberg gehorsambst Schreiben gnedigst auch vernommen, was sich wegen der Mansfeldischen Tractation so wol mit ihme selbs als den Haubtleuten in einem und andern iüngstlich verloffen. Und weilen er, von Mansfeld, durch seinen Schulthaiss zu lest soliche grobe und wider alle Billigkait Begern gethan, ist demselbigen zu Prag ausdruckenlich angedeit worden, man begere mit ihme auf solliche unbefugte Conditionen ferner nit zu tractieren, auch dann gedachten Schulthaisen also darmit abgefertigt, welcher nur widerumb zu ihme von Mansfeld in die Pfalz gezogen und seiner Verrichtung auch der gehabten Resolution Bericht gethan. Hieruber oft besagter von Mansfeld ihne Schulthaiss mit einem Credenz-

schreiben an mich und Tilli widerumb abgefertigt und darnebens mintlich anbringen lassen, dass er allerdings von den iungsten Conditionen cediern und anders nichts als nachfolgende praetendieren, als erstlich, das man ihme die M/400 fl. sambt den M/100 fl., so er noch wegen Oberoesterreich zu praetendiren, wolle geben, zu dem andern zwai Stuck, so er zu Ellenbogen vorlassen, drittens das Ihr Kaysl. Mayj. wollen allergnedigist bewilligen, dass er . . . mit allem seinem Volk sich in Polen, alda er last tractieren, begebe. Wir haben gleichwol so vil Nachrichtung, dass er den Carpezan solle zu Ellenbogen abgeordnet und nacher Polen geschickt haben, ob aber dis nun gewiss, das können wür noch bisher nit zu Genügen erfarn.

Wann aber aus disem zu verspüren, dass alles von ihme allain dahin angesehen vieleicht zu betriegen oder die Zeit zu gewinnen, haben wür den oftbesagt Schulthaiss, welcher an den von Liechtenstein Schreiben geholt, nacher Prag geschickt, ob er beinebens Ihr fürstl. Gn. absonderlich Bericht, was man ihme diser Orten für ein Resolution geben und eben auf ein soliche Weis sollen Ihr fürstl. Gn. ihne auch wiederumben abfertigen. Damit aber der Tractat mit den Haubtleiten in Pilsen nit zurük gestelt, haben wür den Haubtman von Schönenfeldt dahin neben dem Schulthais geschickt, mit der Erklerung, dass man ihnen wolle M/120 fl. zu lest die M/150 fl. gebe, aber uber dises sollen sie sich nur ferner nichts getrösten; was sie sich nun hieuber werden erklären, das gibt die Zeit, vnd E. D. sodan vnderthenigist von uns bericht werden. Wür halten bestendig darfür, dass kain anders und bessers Mütel sei, als sie in Pilsen bis zu völliger Belegerung so viel muglich zu schliessen und zu ainem solchen End haben E. D. gnedigist vernommen, was alberait für Anordnung geschen. Die andern in E. D. gnedigist Befelschreiben einverleibte Puncte belangend und insonderhait wegen der alher geschickten M/150 fl., dan der M/50 fl., so der Fürst von Liechtenstain hergeliehen, und was vor E. D. Verraisen in der Cassa an den Ducaten verblieben, damit dieselbige nur gnedigist vermainen, das bis auf den 8. Decemb. das Volk darmit hete kinen contentiert werden, wissen wür E. D. vor unser Person kainen andern gehorsamisten Bericht zu thun, als das die künftige Raitungen werde zu erkennen geben, wo alles dises Geld hingewendet und wie weit darmit gefolgt worden. Es haben aber E. D. neben disem von mir von Herliberg gnedigist vernommen, dass allain auf die Rövillische Reformation in die M/90 fl. oder gar M/100 fl. Gulden sein von nöten gewesen: allein ist darbei etwas erspart, das die verblibne nit völlig bezalt worden, welches sie aber noch zu praetendieren.

9.

Maximilian von Baiern an Tilly und Herliberg dd. München den 29. März 1621 (Münchner Reichsarchiv).

Wir haben euern vnterthenigisten Bericht vom 28. dis zu unsern Handen empfangen. Dass nun der von Tilli nacher Miess geruckt und also Pilsen zu bewusstem Ende genahent, daran ist recht beschechen und wisst ihr also dem

Gegenthail, sonderlich da der Accord mit Pilsen seinen Fortgang nit erraichen solte, eurer dexteritet und discretion nach, auf alle Weg zu begegnen, auch unsern obristen Zeugmaister, mit deme bei sich habenden Volk, und damit denselben von dem Mansfelder nicht ungleiches widerfahre, vorigem unseren Befelh gemess, wohl in Obacht zenemen, in allweeg aber dahin zugedenken, weil unseres Vernemens die Werbungen, davon wir negstmals Andeitung gethan, noch stark continuirn und fortgesetzt werden, also der Feind von Tag zu Tag sich sterker machen thuet, dass vorderist unssere Land in guette Obacht genommen werden. Nachdem uns auch von der Kaysl. Maij. unserm allergenedigisten lieben Herrn und Vettern, die Execution gegen der Obern Chur Pfalz gleichwol aufgetragen, dannenhero der Feind, deme solches unverhalten bleibt, Anlass nemen mechte, sich desto ehe gegen uns zu opponiren, ob wir wol noch zumahl nit entlich resolvirt, uns solcher Execution ze undernemen, so erfordert doch die Noturft, eventualiter hierzu die praeparatoria zu machen und da ihr anderst mit Pilsen ein ganzes gemacht, unser Volk zu solchem Ende in die Nehne also zu quartieren, damit wir uns nach Beschaffenheit unser konftigen Resolution, dessen zu solchem Ende gebrauchen kenten, begern unter dessen firderlichs Gutachten, mit beigefiegten umbstendigen vnd Special Vorschlegen, wie, wo, wie stark zu Ross und Fuss, mit was für ainen Artolerey Staad, ain solches Werk anzegreifen sein mechte, ob auch, und wie bald ihr vermaint, dass damit fortgekommen sein solte. Entzwischen aber, habet ihr von nun an dahin zetrachten, wann vielleicht ex parte Pfalz ein praevention und Einfal gegen unsern Landen vorgenommen werden wolte, das deme zu begegnen, ihr euch umb sovil desto sterker und nehner zu Ross und Fuess herwerts gegen unser Landen Greniz doch ohne Berirung derselben, uneingestelt zubegeben, umb befahrenden Einfal aller Meglichheit nach zu verhiten. Inmassen dann mit denen zu underschiedlichen Mahlen anbefolnen Musterungen und andern ins Feld gehörigen praeparationen, uns an euch, und vornemblich den von Tilly sub datis 9. 10. 11. 12. 13. 24. vnd 25. dis zugefertigten Befelen gemess, die ihr daruber sondern Zweifel empfangen haben werden, schleinig zuverfahren und allen denen, woferr es nit berait beschehen, schuldige und auch fürderliche Volziehung zethuen. Wegen des accords mit Pilsen und dass sich die Haubtleut maistens auf 150 fl. vernemen lassen. und ihr vermainen thuet, gegen 200 fl. sowol Pilssen als Tabor zuerheben, wellen wir eurs ferrern Berichts und ob endlich darauf geschlossen, erwarten, Auf solchen Fal es dann an Gelt nit manglen solle, allein wissen wir uns nit zu erinnern, das wir uns gegen der Kaysl. Mayj. oder den Irigen auf ein mehrers als 100 fl. vernemen lassen, und das überig wie ihr wisst (vnd euch hierinn das Jenige, dass wir uns gegen euch einsmals auf 150 fl. erclert, nit irren zulassen) von Ir Mst. wegen der von Liechtenstain hergeben solle. Gestaltsame ihr dann solche übrige 100 fl. bei demselben alles angelegnen Fleiss zu sollicitiern damit solche Summa alsbalden gefolgt und der accord in sein Wirkung gestelt werde. Solte aber uber allen angewendten Fleiss vnd embsigen sollicitiern solche 100 fl. bei dem von Liechtenstain je nit zuerholen sein, aldsann vorher aber nit, megt Ir von unserm Gelt, das wir nach Ein-

langung eurs weitern Berichts alsbalden verordnen wellen, die accordirte 200 fl. (ehe das Ir den accord zurück gehen lasset) hernemen und dargeben .....

10.

Tilly an Maximilian von Baiern dd. Pilsen 7. April 1621. (Münchner Staatsarchiv).

Eur D. thue ich hiemit vnderthenigist berichten, dass Gott dem allmechtig sei Lob Ehr und Dank, ich vorgestert allhie zu Pilsen ankomen, gleich nach der Mansfeldischen wie auch verschinen Samstag der Fränkischen Knecht Abzug, denen ich zu Tuska, damit man daselbsten der Bezahlung besser abwarten kinde, Quartier fordern lassen. Und dieweil der Fürst von Liechtenstein die M./150 fl. thails in schlechter Münz, thails auch in Silbergeschirr und zwar sehr hoch angeschlagen, hieher geschickt, mit welchen sie sich durchaus nit haben wollen bezahlen lassen, als bin ich genötigt worden von der Bundts-Cassa M./50 fl. an Reichstalern darzugeben, benebens aber benanntem Fürsten von Liechtenstein dieselbe in gleichmessiger Müntz alsbalden mir zu restituiren, zugeschriben, damit unser Soldatesca so wol an der Muntz, als an der Dilation der Bezahlung kainen Mangl erleide .....

B.

Erwägungen des Pfalzgrafen Friedrich und seiner Räthe über die Bedingungen, unter welchen er sich dem Kaiser unterwerfen würde. (Dieses Schriftstück wurde dem Andreas Pawel bei seiner Sendung nach England als Memorial mitgegeben.) (K. Hof- und Staatsbibl. in München: Coll. Camerar.)

Diese Punkten seind den 2./12. Junii (1621) in Beisein Ihrer Majestät (des Kurfürsten von der Pfalz) Herrn Grosshofmeisters, Herrn von Dohna und Hofrichters Andreas Pawels gelesen und erwogen worden:

1. Ihrer kön. Mt. Resolution.

Vor allen Dingen ist vonnöten und sich zu bemühen, dass I. k. M. in Böheim bei zukünftiger Handlung die Könige von Gross-Brittanien und Dennemark und wann es die Zeit und Weite des Wegs zulassen wollte, auch den König in Schweden und dann die beiden Herzogen zu Lunenburg und Braunschweig nicht allein zu Unterhändlern, sondern auch gleichsam zum Beistand haben mögen, derowegen dann bei Zeiten selbige König und Fürsten gebürlich werden zu ersuchen sein. Dann

2. Dieser Punkt ist allbereit in Acht genommen worden.

was die Unirte und ihre Abgesandten zu Wien belanget, ist nicht zu hoffen, dass durch sie viel werde I. M. zum besten können erhalten werden, weil dieselbe gestalten Sachen nach gar leis und glimpflich gehen und procediren müssen. Was Frankreich belangt, möchte vielleicht selbiger König honoris gratia und damit er nicht

offendiret noch für den Kopf gestossen werde, zur Interposition und Mediation nicht allein zuzulassen, sondern auch zu ersuchen sein.

Zum andern ist diese Handlung abzutheilen in articulos generales und solche, die können und mögen publicirt werden und in articulos secretos, so in geheim mit dem Kaiser und Spanien zu tractiren sein werden.

3.
Bleibt dabei und ist dieser Punct vorhin in des Hofrichters Instruction nacher Engellandt mit mehreren eingerückt worden.

Unter die gemeine und generales articulos gehört die amnistia generalis, sowohl ratione I. M. als auch aller dero Räthe, Diener und Officirer vom grössten bis zu dem geringsten und obwohl wegen der Deprecation gar hart möchte in Ihre Mt. gedrungen werden, dieweil man in den Historien findet, dass nicht alleine Pfalzgraf Philipps Churfürst nach der bairischen Fehde dem Maximiliano primo, sondern auch der Herzog von Jülich nach dem Jülichischen Krieg, und nach dem bello germanico etliche protestirende Fürsten als Württemberg und Hessen dem Carolo quinto in der Person sich haben submittiren und abbitten müssen; so ist doch zu hoffen, dass durch Hülf und Autorität obgenannter mächtiger Könige und Fürsten und dieweil gleichwohl auch etwas Unterschieds hierinne zwischen I. M. und obgemelten Chur- und Fürsten, wie auch in rebus ipsis eine dissimilitudo mit gutem Grund kann angezogen werden, die Sache werde uf linde und J. k. M. an ihrer Existimation und Ehr unabbrüchliche Wege diesfalls vermittelt werden können.

4.
Zu Acht zu nehmen.

Die vollkömmliche Restitution der Churpfalz am Rhein ohne einige Veränderung, Schmälerung oder Reservat wie das Namen haben mag.

5.
Dieser Punct ist in dem 4ten tacite begriffen, soll in generalibus bleiben.

Dass belangend die Ober-Pfalz der Kaiser einen Revers gebe, dass wegen Waldsassen oder anderer Praetensionen von der Kron und denen Ständen in Böhmen oder der kais. Mt. selbsten de facto und ausserordentlichen Rechtens nichts solle vorgenommen, sondern Churpfalz in der hergebrachten Possession unturbiret gelassen werden.

6.
Idem, und ist dahin zu sehen, dass künftig sub specie iustitiae Pfalz nicht bedrängt werde.

Da Baiern wegen Chamb etwas tentiren wollte, dass die kais. Mt. ihnen vermögen wolle, die Sache in den verglichenen terminis zu lassen und nichts de facto zu tentiren.

7.
In Acht zu nehmen, so gut man kann.

Unter diese Articul gehöret auch die Restitution des in Böhmen abgenommenen Geschützes auch aller der Mobilien und anderer zu Prag im Schloss und in der alten Stadt hinterbliebenen Sachen.

8.
Bleibt darbei.

Weil die Kaiserischen und in specie Erzherzog Leopold sich verlauten lassen, dass der Kaiser wol befugt von I. M. wegen des ufgewandten grossen Kriegskostens Satisfaction und Erstattung zu begehren, so wird statim in ipso

limine dieses Begehren zu verwerfen und dass es unbillich, unmöglich und unerschwinglich seie, zu protestiren sein.

9.
Bleibt darbei.
Dieser Punkt ist wohl und vorsichtig in Acht zu nehmen.

Da man wollte I. M. zumuthen, sich hinfüro für sich und ihre Erben in keine Confoederation weder in noch ausser Reichs einzulassen (Nota. Udenheim zu demoliren oder zu caviren ne damnum fiat) so wird dasselbe, als das zum churfürstlichen Haus Pfalz niemahlen, ja auch von Maximiliano primo post bellum bavaricum Churfürst Philippsen zugemutet worden, zu decliniren und zu vermeiden sein.

10.
Mit dem puncto renuntiationis ist solang zurückzuhalten, als man kann, zur Erlangung besserer Conditionen.

Unter die articulos generales wird auch gehören die Cessio und renuntiatio aller praetensiones uf die Kron Böheim und die incorporirte Länder, darauf die Kaiserischen sehr dringen und das sowohl sich für I. M. selbsten als für Prinz Friedrich Heinrich, designirten König in Böhmen: und dieweil sich I. M. allbereit doch sub certis conditionibus zu gemelter Renuntiation anerbietig gemacht, so wird man nicht wohl furüber können, sondern dieselbe wirklich leisten müssen, doch mit der Bescheidenheit wie in den articulis secretis mit mehrerem zu finden ist.

Articuli secreti.

1.
So weit zu bringen als möglich etwas gewisses an Land oder Geld semel pro semper.

Weil das Haus Oesterreich und Spanien merklich an obgemelter Cession sonderlich aber an des designati Renuntiation gelegen und Spanien vermuthlich ein stattliches nicht ansehen wird, damit diese designatio abolirt werde und erlöschen möge, so wäre nicht zu weichen, sondern mit Hülfe der assistirenden Könige und Fürsten hart darauf zu dringen, dass I. kön. M. entweder eine gute starke Summa semel pro semper erlegt, oder etwas jährlich ad vitam oder uf gewisse Jahr in compensationem supradictae cessionis et renuntiationis von dem Könige in Spanien als der den schwersten Säckel hat, assignirt möge werden.

2.
Hofrichter hätte per occasionem mit dem König in Grossbrittanien hiervon zu communiciren.

Und dieweil man nicht wohl sehen kann wie I. kön. M. nomine filii primogeniti impuberi et designati regis also diese renuntiationem thun könne, dass sie de iure beständig und kräftig seie, in Betrachtung, dass dem designato so ein stattlich ius quaesitum so nicht von I. kön. M. uf ihn geerbet, sondern von den Ständen der Kron Böhmen herrühret, von Rechtswegen durch I. M. nicht wohl sonderlich in diesem geringen Alter kann genommen werden; über dies auch der designatus in hac tenera et infantiae proxima aetate vermöge Rechtens nicht dergestalt renunciiren kann, dass er nicht mit der Zeit dagegen restitutionem in integrum bitten und begehren könnte: so ist nicht zu zweifeln, die Austriaci und sonderlich Spanien werden wohl dahin zu be-

wegen sein, dass sie pro aliquali renuntiatione und assecuratione dem designato eine ziemliche Summa semel pro semper, oder eine jährliche gebührliche Pension ad vitam assigniren.

3.
Ist in Acht zu nehmen und zu urgiren, doch also behutsam, dass mit dem Gesandten Digby allein hievon zuvor communicirt werde, in Vertrauen zu Vermeidung der Jalosia bei anderen Reichsfürsten.

Dieweil auch I. kön. M. überaus grossen Schaden in dero Erblanden gelitten, auch dero Unterthanen durch das burgundische Kriegsvolk (welches allbereit ein grosses geraubtes Gut den Rhein hinabgeführtet hat) dermassen ausgesogen, erschöpfet und gebrandschatzet worden, dass das besorglich in vielen Jahren I. kön. M. nichts oder gar wenig zu Führung ihres Staats und Regiments, als auch zu Abstattung gemeiner Reichsbeschwerung und Anlagen von ihnen werden erheben können: so wäre in die kais. Mt. zu dringen, sich in articulis secretis in aller Geheim dahin gegen I. kön. M. zu obligiren, dass sie in den ersten zehn Jahren von Ihrer kön. M. oder dero Unterthanen keine Reichsanlagen, sie haben Namen, wie sie wollen, fordern, oder so I. k. M. neben anderen Ständen propter exemplum etwas einwilligen sollte, dass doch I. M. und Land und Leut mit wirklicher Erlegung nicht solle beladen werden.

4.
Wäre wo möglich zu conditioniren.

Es solle sich auch Kaiser und Spanien in genere dahin verbinden und obligiren, dass sie I. M. und dero Erben in fürfallenden Occurentien und Occasionen, welche die Zeit mit sich bringen möchte, allen Favor, guten Willen und Gewogenheit in der That und im Werk erweisen und erzeigen sollen.

5.
Was in gemeinem I. kön. M. zum Besten gedeihen mag, ist mit Fleiss in Acht zu nehmen.

Dass Kaiser ins künftig in fürfallenden Reichssachen den Churfürsten Pfalzgrafen nicht übergehen, noch mit Chursachsen erstlich tractiren und, wie eine Zeit lang her oft geschehen, hernach erst zu Pfalz kommen, sondern darinnen die Ordnung halten solle, die der goldenen Bull und deme alten Herkommen gemäss ist.

Schliesslich ist vonnöthen, dass die Handlung und Vergleichung von denen Unterhändlern unterschrieben und versiegelt, auch versprochen werde, über . . . und Festhaltung derselben mit allem Fleiss und Ernst zuhalten.

Nota. Dem Hofrichter Andreas Pawlen ist zu seiner Abfertigung in Engelland Abschrift dieses Memorials und Resolution beneben anderen Memorialien und Schriften zugestellt worden.

Signatum in dem Hagen den 2./12. Juni 1621.

(In tergo.) Verzeichniss etlicher Puncten, so bei künftiger Handlung und Vergleichung mit der kais. Mt. und mit dem König in Spanien und Erzherzog Albrechten in Acht zu nehmen.

C.

Gutachten des Herzogs Maximilian von Baiern dd. 24. Juli 1621 an den Kaiser Ferdinand II betreffend des vom Könige von England ausgehenden Antrags auf Friedenshandlung mit dem Pfalzgrafen Friedrich und dessen Restitution. (Die Copie dieser Antwort, die wir dem sächsischen Staatsarchiv entnehmen, schickte Maximilian an Chursachsen.)

Allergnädigster lieber Herr und Vetter!

Ich hab sowohl aus Ew. kais. Mt. Kammerer des Khurczen mündlichen Anbringen, als aus dero kaiserlichen Schreiben mit mehrerem vernommen, was des Königs in Engellandt Würd. durch dessen Abgesandten Johann Digby mit Ueberreichung zweier Recommandationsschreiben von den königl. W. in Hispania und Erzherzog Alberti Ld. seliger Gedächtnuss mit vielen vorgehenden complimentis furgebracht des Inhalts, dass sein des Königs in Engellandt W. aus sonderbaren gegen Ew. Mt. und dero Haus tragenden fr. Affection sich seines Eidams gegen Ew. Mt. ergriffener Waffen niemal theilhaftig gemacht, zondern desto besser und füglicher den Frieden zu befürdern in der Neutralität und Mittel geblieben, endlich aber, nachdem E. M. dero Erbland und Königreich wieder erhalten, nit zusehen soll, dass sein des Königs in Engellandt Eidam, Tochter und junge unschuldige Enikel von ihrer Dignität, Land und Leuten verstossen werden. Dannenhero furs erste und aller anderer Tractation E. M. sich erklären wollten, ermelten seinen Eidam zu kaiserlichen Hulden und Gnaden ufzunehmen, auch zu der churfürstlichen Hoheit und ingehabten Land und Leuten vollkommenlich zu restituiren, darauf des Königs Würden durch ihre Abgesandte kraft ausgewiesener Plenipotenz und dreier pfälzischer Handschreiben (darinnen er dem König Gewalt aufträgt, uf Mittel und Weg, wie S. Wrd. solches der Billichkeit gemess befinden würden) mit Ew. Mt. ihne den Pfalzgrafen zu versöhnen und Restitution zu begehren, hingegen versprechen und zusagen thäten, den Pfalzgrafen dahin anzuhalten, dass er nit allein alle billiche Satisfaction und mügliche Recompens leisten soll, sondern es wollte sein des Königs in Engellandt Würd. uf solchen Fall gegen alle Ew. Mt. Feind und Widerwärtige sich verbinden, desgleichen, da der Satisfaction Mittel halber E. M. kein Benügen haben würden, dass solch Versprechen und General-Erklärung der Restitution halber uf solchen Fall ohne Kraft und unverbindlich sein soll.

Solche General-Resolution begehrte Engelland derowegen uf dass, wann E. M. den Pfalzgrafen dergestalt zur Aussöhnung und völliger Restitution kommen zu lassen nit gedacht oder vielleicht wegen einer anderen Obligation desselben zu restituiren nit in Ew. M. Macht stünde, alsdann die Tractation von den Mitteln der Gegensatisfaction ganz umbsonst und allein zu Verlängerung der Zeit angestellt sein würde.

Es hätte er der Gesandte mit Ew. Mt. Erklärung und Erinderungen (hievon Chur- und etlichen vertrauten Fürsten zu communiciren) nit acquiest-

ciren wollen mit Vermelden, er müsste mit weinenden Augen umb ein andere Resolution anhalten in Bedenkung er endlich dahin instruirt, entweder E. M General-Resolution zurück zu avisiren und darauf der Satisfaction halber mit dem Tractat einen Anfang zu machen oder seinen endlichen Abschied und weitere Reis nach Spanien zu nehmen und diese dem Röm. Reich so hochnutzliche reputirliche Tractation stecken zu lassen.

Aus welchem des Königs in Engellandt Intention (mit deme der König in Dennemark sambt etlichen anderen einstimbte) desgleichen den jetzigen Zustand des Römischen Reichs, des Königreichs Ungarn und dass die Staaten sich der Protection der Untern Pfalz anmassen, der König in Denemark noch sein Volk auf den Peinen, Jägerndorf und Mansfeld betrohliche Schreiben abgehen lassen, in Italia neue Motus sich erregeten, nit weniger dass E. M. die Hilfen divertirt, der Türck bei dieser Occasion nit würde still sitzen, der polnisch Succurs ungewiss, dann auch wie E. M. dero Königreich und die Katholischen der auf allen Seiten antringender Gefahr sicher und man sich handzuhaben getraute (alles mit mehr Umbstenden in E. Mt. Schreiben ausgeführt) ich zu ersehen und zu erwegen hätt, auch darüber mein Gutachten geben soll.

Thue mich hierauf dieser allergnädigsten Communication gehorsambst bedanken, aber mein underthänigstes treugemeintes, unverfälschtes Gemüt, auch (hintangesetzt aller Hinderung mit Darsetzung Land, Leut meiner eignen und der meinen Person) zu dero allergnädigsten Gefallen und gemeiner Wohlfart gehende Actiones, darumben nit so oft wiederholen thue, weil E. M. dessen vergewisst, auch solches bis uf diese Stund verhoffentlich zu genügen im Werk erfahren.

Wollte auch E. M. hierin mit meinem Gutachten gern an die Hand gehen, wann diese Sach nit so wichtig, weit aussehend und nach E. M. und dero Haus, alle getreue und sonderlich die katholischen Churfürsten und Stände des Röm. Reichs directo concernirte, in der mir so wenig als einem andern Stand gebüren will, furzugreifen oder mit absonderlichen Gutachten furnemblich, da es nit jeder Zeit oder nach allen Wunsch hinausgehen wird, die Verantwortung und was man sonst daraus verhoffen und darunter verstehen möcht, auf mich zu laden, gestalt ich auch nit verhoffe, dass es bey E. M. ein andern Verstand hab. Dannenhero ich ohne Massgebung darfür halte, ein solche Communication mit den getreuen Churfürsten und Ständen (welche bishero so treuherzig mit allem dem ihrigen zu E. M. gesetzt, sich imbarchirt und gleichsamb ein gemeines Werk mit E. M. gemacht haben und derohalben als so hoch interessirte bey der vorhabenden Traction, da es auch umb sie und die ihrigen zu thun nit auszuschliessen) am rathsambsten zu sein.

Wolle beinebens erachten, obwohl der englisch Gesandte uf E. M. gegebene und dahin gehende Erklärung dergleichen Communication difficultirt und sein ferneres Vorhaben des Abscheidens entdeckt, da er doch zu Ausschliessung derselben solcher nothwendigen Communication und Berathschlagung mit Ew. Mt. gehorsamben getreuen Chur- und Fürsten nit also praecise instruirt sein, sondern uf fernere Erinderung sich contentiren werde, oder aber

da der König von Engellandt solche Communication E. M. abzuschneiden gemeint, möchte man schliessen, dass S. k. W. wider alle Billichkeit und der Sachen Eigenschaft E. M. begehre zuzumuthen, was er in seinem Königreich in dergleichen wichtigen Dingen, die er mit seinem Parlament und Ständen nothwendig berathschlagen muss, gleichsamb für einen Trangsal und höchste Unbillichkeit würde angeben und darüber sich beschweren. Auf solche vorgehende Communication und Berathschlagung mit den getreuen Chur- und Fürsten, können alsdann E. M. desto besser beständiger und sicherer sich erklären, wie es E. M. eigene, der dabei interessirten und wohl affectionirten Churfürsten und Stände, auch des heil. Röm. Reichs erheischende Notdurft, Eigenschaft, das Herkommen, gleichmässiges Recht und die Billichkeit erfordert.

Solchem nach E. k. M. ich ganz gehorsamblich bitte, es in keinen Ungnaden oder anderer Gestalt als es wohl gemeint aufzunehmen auch mich allergnädigst für entschuldiget zu halten, dass ich diesmal mit meinen Gedanken zurück bleib und dieselbe nit kann eröffnen.

Sonst wissen E. k. M. und alle unparteiische, wie schmerzlich und betaurlich mir dieser allgemeine leidige Zustand sowohl E. k. M. Königreich und Erbland als des überigen dardurch eingeleiten Römischen Reichs von Anfang her gefallen, wie getreulich, offen und beweglich ich nit allein den böhmischen und anderen aufgestandenen Ständen, sondern sogar dem Pfalzgrafen selbst alles das Uebel, darin man jetzt begriffen und daraus erfolget ist, als ein wahrhafter, getreuer, aufrichtiger Freund und Vetter zu Gemüth geführt, alles vorher prognosticirt, sich selbsten, andere und das Römische Reich vor augenscheinlicher Gefahr und Untergang zu verhüten schriftlich, mündlich, offenlich und in der Enge ermahnt, gewarnt und gebeten, auch umb so viel desto mehr Unmuth und Schmerzen empfinde, dass solches alles so gar ohne Frucht abgelaufen, welches nun denen zu verantworten obliegt, die darzu Ursach, Vorschub und Anlass, aber guten Rath nit statt geben, deswegen sie dann und andere in ihren actionibus und damit dieselben das Werk nit mehr difficultiren oder das meiste Recht oder den Vorzug haben zu bedenken.

Ich trag beinebens die Beisorg, es möchten etliche das engelische Fürgeben (dass sich der König seines Eidams ergriffene Waffen nie theilhaftig gemacht) nit recht verstehen, wegen das nit eine geringe Anzahl englischer Soldatesca zeitlich für den Pfalzgrafen in Böhemb geruckt sondern auch uf diese Stund der Orten wider E. M. und deroselben Königreich sich gebrauchen lassen.

Desgleichen wirdet es vielen frembd und gleichsamb ganz widerwertig fürkommen, dass der Pfalzgraf bis uf diese Stund selbst noch nie gegen E. M. einiche Anzeig einer Humiliation von sich geben, sondern nur andere sich für ihn interponiren, theils derselben E. M. plenariam restitutionem des Pfalzgrafens cum amnistia neben anderen schweren Conditionen (als das E. M. zuvorderist dero Kriegsvolk abführen, abdanken, Fried im Reich verschaffen die gravamina begehrtermassen erledigen, desgleichen dass E. M. sich vor allen Dingen und aller Handlung den Pfalzgrafen zu restituiren erkleren solle)

etwas hart und betrohlich zumuthen und alsdann erst mit dem Pfalzgrafen, dass er sich accommodire, zu handeln sich erbieten, unter dessen der Pfalzgraf den Titel eines Königs in Böhmen führt, unter und kraft solches seinem General dem Markgrafen von Jägerndorf ernstliche gemesse Befehl und Plenipotenz an sein des Pfalzgrafen Statt zu guberniren, die Länder in seinem Gehorsamb zu erhalten, darzu zu ermahnen, zu treiben, wider M. E. den Krieg zu führen ausfertiget, aller Orten Feind und Freunds Hilf sucht, nach aller Muglichkeit sonderlich hie oben durch seinen anderen Generaln den Mansfeld sich stärkt, eigenes Gewalts mitten durch das Römische Reich allerhand Kriegsvolk mit der katholischen gehorsamben Stänđ und dero Unterthanen äussersten Schaden mit Rauben, Schänden, Brennen, Blundern, Torquiren, Ranzioniren, Todschiessen, Schlagen durchführt, einquartirt, sich gar derselben katholischen Fürsten Land und Leut (als noch neulich theils der Landgrafschaft Leuchtenberg) mit feindlicher Gewaltthat bemächtigt, in E. M. Kron Böheim bis uf diese Stund deroselben etliche Plätz gewaltthätig vorenthält, E. M. in derselben Recuperirung Eintrag thut, auch wie nechst mit Ellenbogen, Falkenau und anderen Orten geschehen, müglich zu succurriren unterstehet, in Böhmen mit gleichem Rauben und Prennen einfüllt, auf unwidersprechlich böhmischen Grund und Boden Schanzen aufwirft, auch unangesehen der Pfalzgraf selbst unlängst (nicht wider mich zu tentiren) sich erboten, und ich bis dahin ihme Mansfelder mit seiner Kriegsmacht (darunter das Weimarische Regiment, auch bekannte dem Röm. Reich sonst zugethane Personen, als Obristen, Hauptleut und andere Befehlshaber) unfürsehens auf besagten unwidersprechlichen, böhmischen Boden in mein Quartier, da man sich dergleichen nit besorgen soll, feindselig, gleichwohl mit schlechtem seinem Nutz eingefallen, etliche der meinigen niedergehaut, gefangen, also als ein offener abgesagter Feind gegen E. M. und mich dero gehorsambsten Commissario sich bishero verhalten, jetzt von neuem erweist und mich nunmehr zu natürlichen Defension, wie ich dieselb anzustellen weiss und kann, gezwungen. Ohne allen Zweifel, wann der König in Engellandt dessen und des beharrlichen feindlichen Ungehorsambs erindert, Sein königl. Würd. würde diese Legation anderst formirt, sich vielmehr zu E. M. geschlagen, derselben bis zu völliger Acquietirung Ihrer Königreich und Lande, auch dero Widerwärtige zu gebührenden Gehorsamb zu bringen fruchtbarlich assistirt haben und noch assistiren, wie dann mehr Potentaten die Gerechtigkeit der nahenden Blutverwandnuss ganz und rühmlich vorgesetzt.

Sein des Königs W. hat sich der vorigen unterschiedlichen kostbaren Legationen zu ebenmässigem und zu der Neutralität und mittels derselben den Pfalzgrafen zu der Gebühr zu weisen, Fried und Einigkeit zu machen und sonderlich dessen, was noch gleich vor der Pragerischen Schlacht durch sie gehandelt, gesucht und gebeten worden und dass solches alles vergeblich gewesen, genugsamb zu erindern und daraus leicht zu schliessen, es möchte diese Bemühung solcher Gestalt, wie sie verbracht, nit bessern Effect erlangen, zumahl sowohl Engellandt als andere Interponenten erst factum tertii (den Pfalzgrafen alsdann erst zu erhandeln), welches an sich selbst kein rechte Obligation uf sich haben kann, wellen versprechen.

Entgegen E. M., die neben andern in so viel Weg mit dero eusseristen und fast unwiederbringlichen Schaden pars innocens et laesa ist, vorher das kaiserl. Wort von sich geben, sich in genere kräftiglich zu vollkommenen Restitution obligiren, ihr die Hand selbst sperren und erst hernach mit gebundner Hand erwarten soll, was für Satisfaction und Recompens wegen des Beleidigers (vermuthlich mit viel und langen Zusammenkünften, die leichtlich in viel Jahr sich erstrecken können) zu erhandlen, der sein übergebne Vollmacht und fürkommende Mittel uf viel Weg hienach difficultiren, darwider excipiren, den Tractat verlängern, leichter E. M. zu weiteren Einwilligen bewegen und gleichsam noch ein freie Hand haben kann, als wann der gemeinen natürlichen Ordnung nach der Beleidiger vorher deprecirt, benebens dem Beleidigten annehmliche Mittel der Versöhnung vorschlägt oder anhört und alsdann erwarten muss, ob und wie dieselben parti laesae annehmlich sein.

Ungehindert, dass uf des Pfalzgrafens Verweigern annemlicher Mittel Engellandt urbietig ihn darzu zu halten, oder dass E. M. Verspruch gefallen und kraftlos sein soll, sintemahl es vorhero ein langen Tractat über die Mittel und bis der Pfalzgraf oder (weil er sich dabei nit wird befunden) seine Gesandte mit vielen hin und wieder referiren zur Billichkeit inducirt werden können, erfordert, unter dessen abermal E. k. M. der Kron Hispania und Burgund, desgleichen anderen E. M. assistirenden getreuen Ständen, welche sich ohne das sehr hoch angreifen, der grosse täglich laufende Unkosten sambt allen anderen Ungelegenheiten dergestalt anwächst, dass vielleicht E. M. und sie enervirt, anderen Orten distrahirt und bis zu End der Handlung denselben nit continuiren können, oder aber da E. M. denselben Unkosten etwas abzukürzen, ihr Armada gar oder theils wollten abdanken und wegen bewusster mehr als zu viel bekannter Difficultäten, hernach wann der Pfalzgraf nit zu billichen E. M. annehmlichen Mitteln zu vermögen sein möcht, E. M. disarmirt und allerdings bloss sobald ein nothwendige Armadam oder nit so leicht auf die Pein bringen und derohalben wohl hienach das eingehen und bewilligen müssen, was nit ihr sondern andern gefällig, entgegen der Pfalzgraf sambt seinen Adhaerenten unter dessen Zeit, Mittel und Gelegenheit hat, ihre virest Geld, Munition und anderes zu recolligiren, zu mehren, ihre Anschläg und consilia etwas besser, fürsichtiger mit mehrerm Nachdenken aufs neu zu effectuiren.

Solches und was durch Pfalzgrafen und seine Adhaerenten bishero practicirt, wird bei vielen nit ohne Ursach diese Gedanken machen, obwohl des Königs in Engellandt als ein friedsamen Fürstens Intention an sich selbst gut und zu billicher Satisfaction gerichtet, dass doch dasselb von berührten Pfalzgrafen wegen seiner hiezwischen continuirter Gegenhandlung einzig und allein nur zu obbesagten Ende (Zeit zu gewinnen, E. M. zu enerviren, zu disarmiren, sich zu colligiren, der verhofften und wie man fürgibt der versprochenen Hilfen habhaft zu werden, hernach desto besser den Krieg zu reassumiren und die Oberhand zu bekommen) angesehen.

Welches des Herrn Churfürstens zu Sachsen Ld. als nach der Pragerischen Victorie der Pfalzgraf durch den Grafen von Hohenlohe und andere

dasselbst appogio Rath, Hilf und Interposition gesucht, alsbald gemerkt, auch derwegen alle Schickung, Conferenz und Ansuchen rund abgeschlagen, es sei dann, dass der Pfalzgraf den königlichen Titel, das Königreich und Länder völlig quittire, sich zu E. M. gehorsam begebe, humiliter deprecire, aber dergleichen bis jetzt fast in das 3. Monat, ausserhalb was Engelland und andere gethan, nit geschehen, auch er dahin noch nicht gebracht werden können, dass er selbst bei E. M. einiche Anzeig schuldigen Gehorsams und Humiliation von sich geben.

Mir zweifelt daneben nit, es werden viel Sorg tragen, wie in dergleichen Tractat (darinnen E. M. durch die begehrte vorgehende General Resolution den Pfalzgrafen vollkommlich zu restituiren und erst hernach zu erwarten, uf was Mittel er der Pfalzgraf zu bringen sein möchte, die Hand gebunden wurden und durch welche ein gemeiner Frieden gerichtet werden soll) die katholische in viel Weg im Röm. Reich angefochtene Religion und derselben zugethane Churfürsten und Ständ vor dergleichen und mehr andern Beschwerden versichert, desgleichen wie E. k. M. Hoheit, Amt und Jurisdiction vindicirt, restituirt und erhalten werde, in Bedenkung eben der Pfalzgraf in allen schriftlichen und mündlichen Handlungen, Legationen, bei Ew. und der voriger kais. M. auf Reichs-, Kreis- und Deputations-Tägen als Director die angebne gravamina wider die kaiserl. Jurisdiction und wider die Katholischen mit guten, scharfen und bedrohlichen Worten und Werken getrieben, dardurch die liebe Justitia im Röm. Reich gesteckt, es auch nothwendig zu diesem elenden Wesen gelangen müssen.

Und weil solches alles in besagtem von Engelland fürgebrachten und durch den Pfalzgrafen practicirten Tractat kommen wird, was Gestalt man ihn Pfalzgrafen hievon und zu Gebühr wenden, alles in einer wegen der Circumstantien darzu erforderten abgekürzter Zeit ohne merkliche Verlängerung bei diesen schweren Kriegsausgaben und anderen Ungelegenheiten zu dem fürgeschlagenen Zweck dirigiren werden können.

Endlich möchte einer sich ebenmässig verwundern, warumen man von E. M. plenariam restitutionem und deren verfänglichen Verspruch begehrt, da doch E. M. beide Königreich Ungarn und Böheim sammt anderen Ländern durch Zuthun und Verursachen des Pfalzgrafen entzogen, unglaublicher Schaden zugefügt, ihr das Königreich Ungarn bis uf diese Stund meistentheils, desgleichen mehr Oerter in Böheim gewaltthätig vorenthalten, daselbsten täglich neu Praktiken wider E. M. geführt, von dem Betlehen Gabor die Hilfen sollicitirt, der Jägerndorffer pfälzischer Plenipotentiarius ist mit seiner Armada nach obhanden, also E. M. zu den ihrigen bis dato noch nicht kommen oder restituirt worden oder jemands zu völliger Restitution sich verbündet, obligirt oder ein Wort davon meldet.

Gleichwohl, allergnädigster Kaiser und Herr, ich dieses nicht darumben anmelde, dass man allen Friedenstractat, Handlung oder Mittel ausschlagen, den leidigen gefährlichen Krieg in der Christen Blut mit besagter gänzlicher Dissolution und Ruin des heil. Römischen Reichs mutwillig continuiren, oder dass man die von E. M. eingeführte Difficultäten, darin sie sich jetzt befinden,

nit solle in Acht nehmen oder dass nit ich sammt den anderen katholischen Ständen vor allen Dingen einen ehrlichen, sicheren, beständigen, billichen Frieden von Herzen wünschen, suchen noch müglich darnach trachten und uns, alle unsere Land und Leut jetziger gefährlicher Bürden des Kriegs zu entladen begehren, zumal dass der Fried aller Krieg End ist und sein muss, sondern dass der Modus, welchen Engellandt und zuvor Dennemark fürgeschlagen, zu solchen Effect nit fürträglich, mehr inconvenientia nach sich zeucht, desgleichen dass man E. M. die Communication mit ihrem gehorsamen Chur- und Fürsten durchaus verweigern oder E. M. sich allein in einem solchen gemeinen Werk einlassen, nit weniger etwas fremd zu sein, dass man E. M. zuvor und ehe der Pfalzgraf (als der jetzigen Uebelstand verursacht) selbst sich gebührender Massen erzeiget und nur die dritten sich anmelden, ein cathegoricam resolutionem von sich zu geben zumuthen soll oder dörfe, und dann gleich wie E. M. deducirte Bedenken wohl zu erwägen sein, dass ebenmässig dasjenig, was dorgegen einlauft, desgleichen ob Engellandt, Dennemark und andere darumen wider E. M. sich bewegen lassen, die neutral Ständ sich wenden, die spanische Hilf abgeschnitten, den Staaten, auch des Jägerndorfers und Mansfelders Beginnen so gross, dass denen nit in etwan zu begegnen sein wohl zu consideriren eins mit dem andern und welches fürzeucht der grösserer Importanz ist oder leichter zu remediren ist, nit aus der Acht zu lassen.

Gestalt ich zwar in dieser englischen Legation oder auch anderen dergleichen ob dieselben also einzugehen, zu verwilligen oder zu verweigern E. M. nit Mass oder Ordnung zu geben, oder durch meine Gedanken künftiger Eventus, da solche übel ausschlagen, mir zuziehen kann oder will, allein halte ich dies für ein Maximam, E. k. M. werden dero von Gott begabten Verstand in kaiserl. väterlichen Gnaden umbständig alles erwägen und dasjenig eligiren und fürnehmen, was seiner Allmacht, Ehr, der katholischen Religion, E. M. und dero eignen Hauses, aller katholischen Stände und des heil. Röm. Reichs Erhaltung, Sicherheit, Wohlstand und oben angezogene unumgängliche Noturft erfordert, nit weniger dass kein neue oder vorige schädliche Consequentien daraus entspringen oder dass einichen katholischen Stand und insonderheit mir etwas praejudicirt werde.

Mein und besagter katholischer Ständ Gelegenheit, Schuldigkeit, Devotion und Affection zu E. M. und gemeinen Wesen ist E. M. zu Genügen bewusst, darauf sie sich wie bisher als auch hinfüro so lang es nur sein kann und sie die Stände (wie bei jetzigen Zustand leichtlich geschehen mag) nit verhindert werden zu verlassen.

E. k. M. bitt ich nochmals ganz unterthänigst, diese mein gehorsambiste erinderliche Entschuldigung in Gnaden aufzunehmen, mich in kaiserl. Hulden und Gnaden, zu denen ich mich jeder Zeit auf fleissigist befehle, beständig zu erhalten.

Datum Straubing den 24. Juli anno 1621.

D.

Andreas Pawel berichtet den 15./25. Aug. 1621 dem Statthalter in der Pfalz, Herzog Johann von Zweibrücken über die Verhandlungen des englischen Gesandten Lord Digby in Wien wegen einer Vereinbarung zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen Friedrich.

(K. Hof- und Staatsbibl. in München. Collect. Camerar.)

Gnädigster Fürst und Herr!

E. G. werden verhoffentlich mein Schreiben, welches ich den 9. dieses unterthänigst bei dem englischen Curier, der von Herrn Gesandten bis den 12. ist ufgehalten worden, gethan, nunmehr recht empfangen und daraus, wie ich den englischen Abgesandten und seiner Negotiation Beschaffenheit gefunden, gnädigst mit mehrerem vernommen haben. Seither diesem ist nichts in vermelter Negotiation weiter vorgegangen ohn allein dass vergangenen Sonntag der von Mechaw (Meggan), der ein Tag zuvor wieder von Linz, allda er bei dem Statthalter und nicht ferners seinem Vorgeben nach, noch bei dem Baierfürsten gewesen, den Herrn Abgesandten besucht, Complementa gemacht und daneben angezeigt, wie dass ihme der Herr Abgesandte die Zeit nicht wollte lang sein lassen, die Sachen wären wichtig, liesse sich darin nicht eilen, es würde aber die Dilation mit einer guten Satisfaction compensirt werden, weil I. k. M. ganz und gar dazu geneigt und wohl disponirt; woher Herr Gesandter Ursach genommen, wie er selbst, so bald der von Mechaw von ihm gangen, mir erzählt, mit ihme sich in Discurs und harte Rede einzulassen, dass er nämlich aus der Mora und Verzug, so man gegen ihm thäte brauchen, nicht anderst schliessen oder abnehmen könnte, dann dass man ihm um die Weg zu treiben, mit Fleiss aufhalten und dadurch die Zeit zu gewinnen begehre, im Fall der Kaiser nicht bald sich würde finaliter erklären, könnte er wegen Reputation seines Herrn nicht länger hier verbleiben, sondern wollte wiederumb verreisen, ihn den von Mechaw aber dabei versichern, dass da man ihn würde malcontent von hinnen wegziehen lassen, dass sie nichts anders als einen Krieg von seinem König zu erwarten haben. Der von Mechaw hätte darauf geantwortet, wie dass er dafür thäte halten, dass der Kaiser genug gethan und eine gute Antwort gegeben hätte, könnte auch ferners nichts anders thun, weil der Gesandte keine Mittel zu der Tractation wollte vorschlagen. Es liesse sich in so wichtigen Sachen nicht eilen, darzu wäre der ganzen Welt bewusst, dass I. M. in Engellandt Tochtermann gross Unrecht und den Kaiser zum höchsten offendirt hätte, wollte nun Engelland daher den Krieg anfangen, so musste sich der Kaiser mit Hilf Spanien defendiren. Hierauf hätte der Gesandte geantwortet, dass die ohnlängst von I. kais. M. gegebene Resolution also beschaffen, dass darum sein König keinen extraordinarii Ambassadeur hätte dörfen anhero schicken, sondern hätte solche Resolution schriftlich et per litteras in Engelland können gesandt werden. (Dieses hat der Gesandter noch nie sagen wollen, sondern hat allzeit die

kais. Resolution gelobet.) Er hätte keine Mittel vorgeschlagen, wollte es auch noch nicht thun, bis solang der Kaiser etwas gewiss und dass er den Pfalzgrafen Churfürsten in allem wiederum wolle restituiren, sich erklären werde, wobei es noch thäte verbleiben und dass er lieber alles brechen und umstossen, dann den Anfang mit Vorschlagung der Mittel machen wollte. Da sie es würden zum Krieg kommen lassen, würden sie endlich erfahren, was sie gethan; wäre leicht ein Krieg angefangen aber sobald nicht gestillt und hätte der letzte Krieg 40 Jahr zwischen Engelland und Spanien gewähret: so wären auch die Spanier die ersten gewesen, die den Frieden gesucht und begehrt. Ueber dies sollten sie bedenken, in welchem Zustand des Kaisers Sachen jetzo wären, der Churfürst Pfalzgraf hätte nicht so gross Unrecht, wie man ihme thät geben, hätte den Kaiser nicht aus Böhmen vertrieben, sondern es hättens die Ständ gethan. Er, der Pfalzgraf, wäre ad regnum possessione vacuum kommen; man sollte bedenken, ob das ein geringes wäre, dass der Kaiser also ruhig zu der Kron Böheim und den incorporirten Ländern, von welchen er ganz und gar verstossen worden, in so kurzer Zeit wieder kommen könnte. Dieses alles habe ich aus des Gesandten Mund selbsten, der mir hac occasione noch ferners angezeigt, dass da er neulich bei der spanischen Botschaft gewesen, noch härter habe geredt, der ihn vertröstet, dass alles würde gut werden, da er nur ein wenig wollte Geduld haben. Die grösseste Difficultät, so der Kaiser bei diesem Werk thäte finden, wäre diese, dass man einen Respect gegen Baiern tragen müsste, den man ja bei jetzigen Zustande und so beschaffenen Dingen nicht könnte offendiren und vor den Kopf stossen, wollte man anders nit alles über einen Haufen werfen und Baiern sich zu einem offenen Feind machen. Legatus hispaniens hätte legatum britt. requirirt, es dahin bei Spanien zu vermitteln, dass er bei demselben Brief zuwegen bringen, wo solches . . . und durch Imperator ersucht und ihme gleichsam befohlen würde, Churpfalz wieder zu restituiren. Wann nun der Kaiser solches vorzuzeigen (sic), würde man sub bono praetextu etwas thun können und bei Herzog in Baiern desto mehr entschuldiget sein. Dieser Vorschlag thut dem Herrn Abgesandten nit übel gefallen, der dann gänzlich darfür hält, wie dass es unmöglich sei, dass er diese unter Handen habende Sache allhie könne expediren, noch zu End bringen, sondern müsste solches in Spanien geschehen. Und ob zwar ich ihm hierüber zu unterschiedlichen Malen diese Obiection gethan und gefragt, ob er nicht vermeinte, dass in dieser wichtigen Sachen, welche das ganze Haus Oesterreich thäte betreffen, zwischen Spanien und Kaiser nicht communicato consilio würde gehandelt sein und dass sie aus einem Horn blasen thäten, so thut er doch alles antworten: nein, er glaube es ja nicht, sondern beharret darauf, dass, sobald er eine Reise in Spanien thun werde, er alles könne in eine Richtigkeit bringen und daher anjetzo diese Resolution gefasst, dass er wolle warten, auch bei niemand mehr weder bei I. kais. M. selbst oder dero Räthen seiner Expedition halben anhalten, bis solang der von Nostiz wiederum von Chursachsen kommen werde, alsdann will er uf eine endliche schleunige Resolution dringen, oder das Werk ganz ufstossen und darvon ziehen. Im Fall aber

ermeldter von Nostiz diese Antwort bringen wird, dass Kursachsen bei dem Churfurstentag sich wolle einstellen und dass solcher Tag innerhalb 3 oder 4 Wochen seinen Fortgang haben werde, alsdann will er bleiben und solchen Tag abwarten, wäre es aber Sach, dass er sodann prorogirt werde und etwa uf einen Monat 3 oder 4 hinaus gesetzt werde, als will er die bewusste Reise unterdessen verrichten, alles richtig machen und sich zu rechter Zeit wiederum bei oftermeltem Tag einstellen. Und weil hiebei allerhand grosse Difficultäten, insonderheit diese vorfallen thut, dass bei währender solcher Reise und Ufzug des Kurfürstentags viel Zeit darauf gehen werde, nun aber nichts schädlichers vor Churpfalz sein kann, weil dieselbe dardurch wegen Unterhaltung ihrer Soldaten ganz und gar wird zu Grund gerichtet werden: als hat der Herr Gesandte diesen Vorschlag, dass er eine generalem cassationem armorum, bis so lang der Fried gemacht, will zuwegen bringen, auch dardurch verursachen, dass Ihre kön. Mt. sammt dero Gemahlin wiederum nach Heidelberg kommen mögen. Aber allhie fällt abermal diese grosse Beschwerlichkeit für, wie man es mit dem von Mansfeld und seinem Volk wolle machen, weil derselbe will bezahlt sein und starke Privatpraetensiones auf Böhmen hat, auch daher bis und so lang er allerdings contentirt, seinem Volk nicht abdanken wird, dass also allem Ansehen nach es auch zu der Cessation nit wird kommen können. Aus diesem Labyrinth nun zu kommen hat der Gesandte vielfältige Anschläg, die aber alle ihre Unvermöglichkeiten gehabt und weil er auch an mich begehrt meine Gedanken ihme hierüber zu eröffnen, habe ich ihme angezeigt, dass aus vorgesetzten Ursachen ich an meinem wenigen Ort nit könne sehen, dass generalis cessatio armorum zu hoffen, so lange der von Mansfeldt wird armirt bleiben. Nun könnte es aber nit anders sein, dann dass er noch sein Volk uf den Beinen behalten müsse, sowohl wegen seiner Bezahlung und Particularpraetensionen, als auch darum weil zweifelsohne Baiern sich nit dismarmiren würde und man also in nothwendiger Gegenverfassung stehen müsse, wäre derowegen meines Erachtens noch das beste, dass man das Werk also liesse gehen wie es gienge. Diese Erklärung hat er der Gesandte ihm lassen gefallen, aber uf weiter Nachdenken ist er uf diese Meinung gefallen, dass er dafür halt, es dahin bei I. kais. M. zu bringen, dass in der Unter- und Oberpfalz eine generalis Cessatio armorum bewilligt und die executio banni bis uf Schliessung des Friedens suspendirt werde; den Grafen von Mansfeld aber belangend, könnte es damit also gehalten werden, dass im Fall er zu keiner Abdankung seines Volkes kommen könnte, derselb von dem Kaiser als proscriptus mögte verfolgt werden, wo er anzutreffen und er den vor Mansfeld seine Gegenwehr, doch dass sich Churpfalz seiner nit mehr annehme, so gut als er könnte, dagegen thun und seinen Unterhalt suchen möchte, wo er könnte. Diesen Vorschlag, sagte er, wolle er dem Kaiser proponiren, hat mich auch gebeten, wie ich deswegen nacher Haus schreiben wollte, uf das E. F. G. und die Herrn Räth hierüber und wie es mit dem Mansfeld gehalten, dero vernunftige Gedanken mittheilen und fürderlich anhero schreiben mögten. Mich belangend kann ich mir nicht einbilden, dass I. kais M. aus vielen Ursachen hierzu verstehen werden, habe aber dem Gesandten nichts wider-

rathen; ich spüre soviel, dass der Gesandte diese Handlung je länger je mehr schwer befindt und fest alle Hoffnung einiges Succes verlieren will, wie das nun sein Secretarius sich dessen ausdrücklich verlauten lassen, welches ihren Gesandten fast desperat macht, weil er siehet, dass im Fall die Handlung sollte zerbrechen, es nothwendig muss zum Krieg kommen, quod odit cane pejus et angue, als welches seinem Anschlag und spanischen Heirath ganz entgegen und woruf sein Ruin erfolgen möchte; hät neuerlich mit Seufzern gegen einen engelländischen Gentilhomme gesagt, ne suis-ie pas malheureux, d'estre entré en ces affaires, mes amys m'en ont bien disconseillé; auch ist er nicht wenig traurig, dass seine Visiten von Hofe fast nullae oder ja nit mehr so stark, gibt bey den seinigen vor, dass Andreas Pawel daran schuldig seie, aber er thut ihm Unrecht, weil es also gewest, ehe Andreas Pawel nach Wien kommen. Neueres hat man allhie vor-diesmal nichts anders dann das Bethlen Gabor, der da 40m Mann stark sein soll, der von Jägerndorff 7m, hierunter aber nicht des Batthyani Volk begriffen, nunmehr die Stadt und Schloss Pressburg, stark belagert und mit 9 Geschütz beschiessen soll. Die in der Stadt haben noch ein Thor offen, aber die im Schloss seind ganz serrirt. Die Cavallerie par faute de fourrage ist vergangenen Samstag daraus gezogen und seind den ander Tag gegen der Nacht zwo Compagnien darvon anhero in diese Vorstätt gekommen, die berichten, wie das uf beider Seiten defendendo et oppugnando ein Ernst gebraucht worden und dass die Belagerten an Wein und Brot keinen, aber an Fleisch und anderen Victualien Mangel leiden. I. kais. Mt. Kriegsvolk liegt noch in der Schütte, könne von wegen des grossen Wassers, so die Brücken uf beiden Seiten weggeführt, nirgends sein: wie man sagt soll ein kaiserlicher Befehl ergangen sein, dass sich die Regimenter aus Böhmen, Schlesien und Mähren herbei machen und Pressburg entsetzen sollen, wie aber die Red gehet, möchten solche schlechte auxilia sein, weil man nit will glauben, dass vermelte Provinzen, in welchen noch so viel Malcontenten, mit den Guarnisonen können entblösset werden. Die Dörfer, so die Hungarn innerhalb 14 Tag abgebrannt, befinden sich nunmehr dass deren etlich hundert und gehet dieser Schad zehn Meilen in die Länge und 3 oder 4 Meilen in die Quere. Der Batthyani, so 6m Türken bei sich haben soll, hat auch aus dieser Zeit angefangen zu brennen, aber bald nachgelassen. I. kais. M. seind ein Tag etlich ubel auf gewest, als einen Fieber aber nunmehr allerdings wiederum genesen. Die letzten Brief von Brüssel berichten, dass Churpfalz 11m Philippsthaler in specie von der spanischen Guarnison zu Odenziell solle abgenommen worden sein und seind diese Zeitungen von der spanischen Botschaft Herrn Abgesandten alsbald communicirt worden.

Der Bassa von Ofen entschuldiget sich gegen I. kais. M., dass etliche Türken in des Bethlens Dienst damit, weil man solches dem gemeinen Soldaten, der seinem Sold nachziehet, nicht habe wehren können, mit dem Erbieten im Fall I. kais Mt. auch dero Leute zu dero Dienst begehren wollte, solches ihr unabgeschlagen sein sollte.

Der französische in Haag residirende Gesandte Mons. de Maurier hat anhero an Mons. de Beaugy geschrieben, weil man im Niederlande es gewiss

thäte darfür halten, dass durch den englischen Abgesandten der Fried allhie würde gemacht werden, als würde der Beaugy wohthun, wann er uf solchen Fall auch gute Servitia bei diesem Werk leisten könnte, uf dass Christianissimus auch in etwas des Danks geniessen möchte. Dies nachdem es dem Herrn Gesandten communicirt worden, hats ihm nicht halb gefallen, sondern will den Dank allein haben: man erwartet allhie mit Verlangen Graf Heinrichs von Berg Ankunft, welcher sich von I. kais. M. General anstatt des Bucquoy solle haben bestellen lassen: Sabaudus hat sich anerboten gehabt diese Stelle zu bedienen; das Schreiben, welches ohnlängst König in Engellandt an die Unirte gethan, ist an kaiserliche Diener zu dem Ende geschickt worden, uf dass man sich Raths erhole, w.s zu antworten, Imperator antwortet, da sollten sie zusehen.

Die Querelli, welche die spanische Botschaft mit dem venetianischen Gesandten wegen des Tituli Excellence hat, währet noch, und darf der venetianische sich in die Hof-Capelle nicht praesentiren, er werde dann ausdrücklich berufen. Dass ein stark Treffen zwischen Baiern und Mansfeld soll vergangen sein, wird allhie überall gesagt, man redet aber noch zur Zeit von keinen Particularitäten. Ew. F. G. in den Schutz des Allerhöchsten etc.

Datum Wien den 15./25. Aug. 1621.

Ew. F. G. unterthänigster gehorsamster
And. Pawell.

E.

Kaiserliche Instruction dd. 7. Sept. 1621 für den Herrn von Nostiz, der dem Herzoge von Baiern das Gutachten des Kurfürsten von Sachsen bezüglich der Friedensverhandlungen vorbringen und dessen Meinung hierüber, sowie über die von England angesuchte Waffenruhe einholen soll.

(Konzept im wiener Staatsarchiv.)

Instruction auf Herrn von Nostiz an den Herzog aus Baiern.

Praemissis praemittendis.

Wasmassen wir uns zum höchsten angelegen sein lassen, die von Ihrer L. selbst erkannte hochnothwendige Zusammenkunft der Chur- und etlicher des Reichs Fürsten nach äusserster Möglichkeit zu befördern, solches würden Ihre L. aus den vielfältigen Schickungen und Schreiben vornehmlich an des Churfürsten von Sachsen L., als auf welches persönliche Erscheinung sich zuvörderst des Churfürsten von Mainz und Köln L. referirt, mit Andeutung, dass ohne dieselbe kein fruchtbarlicher Ausgang solcher Zusammenkunft zu erwarten, genugsam abnehmen können. Es gebe auch solches die von unseren Abgesandten (Titel) Herrn zu Dona und Nostiz bei erstgedachten des Churfürsten zu Sachsen L. abgelegte Proposition, deren Abschrift lit. A. hierbei zu befinden, mit mehreren zu vernehmen. Wessen sich nun hierauf sein des

Churfürsten L. nochmal der Gefahr halber und des Mansfelders besorgenden weiteren Einbrechens entschuldigt, solches haben Ihre L. aus der Beilage sub lit. B., wie dann auch mehrgedachtes Churfürstens unvergreiffliche Meinung, die von des Königs in England L. durch dero Abgesandten uns zugemutheten Tractation und erstgenannten Abgeordnetens Proposition betreffen sub lit C. zu ersehen, woraus dann Ihre L. nicht allein hochverständig selbst würden ermessen, dass bei währender Unsicherheit von dem Mansfelder und dessen rottirten Hauffen umsonst sein würde, der persönlicher Erscheinung halber in des Churfürsten zu Sachsen L. weiter zu setzen. Es gebe auch vorangezogenes desselben Gutachten, die Engländische Handlung anlangende, so viel Andeutung, dass daraus seine Intention bei diesem Werk, ›nderlich aus dem Schluss des Schreibens unschwer abzunehmen, nemlich, dass Seine L. sich befahren thäten, da dieses der Königl. Würde Suchen ausgeschlagen oder auf andere Zeit verschoben werden sollte, es dürfte solche Motus nach sich ziehen, die man vielleicht nicht vermeinet und so leichtlich nicht zu stillen sein möchten. Darzu Seine des Churfürsten L. nicht gern Ursache geben, sondern alle Weiterungen lieber verhüten wollte, dass auch S. L. darfür halten, da wir des Königs in England . . . . und Bitten, doch auf vorgehende billigmessige Condition und Satisfaction, so wol anderer König und Potentaten Intercession Statt und Raum gaben, es werde das Römische Reich zu Fried und Ruhe gebracht, die besorgende und beuorstehende desselben Ruin verhütet, der fremden und ausländischen Gedanken und Intention sedem belli ins Römische Reich zu transferiren zu Nicht gemacht, unsere Königreich und Länder versichert, der übel affectionirten Gemüther, deren ein grosser Theil, in denselben verändert und vielleicht dahin gebracht werden, dass man mit einmüthigen Gemüth und besserer Zusammensetzung der einbrechenden Gewalt der Türken und Tartaren, auch derjenigen, so es praktiziren, Widerstand thun könne, wie dann S. L. auf ferner unser Begehren sich anerbotten dergestaldt ferner ihr Gutachten zu eröffnen, wie es die Pflicht und Treu gegen uns und das heilige Reich werde erfordern.

Was auch dieser Friedenshandlung anhängig (Titulus) des Königs in Hispanien L. durch dero Ambasciadorn den Grafen von Ognate sich gegen uns ferner vernehmen lassen, solches halten wir unter ermelten Ambasciadorn eigene Handschrift lit. D. vor gut angesehen, mit Ihrer L. gleichfalls zu communiziren, welche sich dan hierunter zweifelsohne desjenigen, was hiebevor sowohl durch Ihrer L. Abgesandten Kantzler, als auch nochmalen unseren Kammerherren und Reichshofrath Hans Jacob Kurtzen zu Senftenau wir an sie gelangen lassen, gutermassen würden erinnern. Demnach wir aber sowohl aus Ihrer L. Antwort, als auch ferneren ausführlichen Bericht, so unser Abgesandter (Titulus) Graf zu Hohenzollern zu seiner Ankunft über erstgemelte unsere Bedenken uns gethan hat, so viel vernehmen können, dass dasjenige, was wegen allerhand angezognen besorgenden Gefährlichkeiten ausgeführt, dahin von Ihrer L. ermessen, dass es mehrerentheils auf zweifelhaften conjectures beruhe, so eben so baldt auf die andere Seiten ausschlagen möchten, und dass man sich des Churfürsten zu Sachsen L. halben und anderer neutral Fürsten und Stände

verhoffentlich keiner Alienation zu vermuthen, da wir schon mit der wirklichen Translation der Chur fortschreiten, als hätten wir ferner für eine sonderbare Nothdurft zu sein erachtet, den hochwürdigste Durchlaucht (Titulus) Erzh. Carln zu der Churfürstlichen L. abermahlen förderlich abzuordnen mit der Instruction S. des Churfürsten L. unsere kaiserliche Zusage, so wir E. L. über das churfürstliche Ambt und Dignität uns eingelassen, klärlichen zu entdecken, worauff wir dann nicht zweifelten, S. des Churfürsten L. sich soweit hinaus zu lassen Anlass nennen würde, dass wir daraus genugsam würden abnehmen können, was wir neben E. L. uns zu S. L. solcher Translation halber eigentlich zu getrösten, und was derselben Gutachten wegen Fortstellung der Tractation mit dem Engländischen Gesandten im ubrigen sein möchte, zu vernehmen. Welches alles wir aber für gut angesehen halten, zu vörderst mit Ihrer L., denen es zu ihrer Nachrichtung in alle Wege zu wissen gebührt, in hergebrachten Vertrauen anzudeuten, auch in dieser ganzen Sache, zuvörderst aber über des Churfürsten von Sachsen L. Gutachten, als auch des Königs in Hispanien L. weitere Erklärung und was man sich aus einem und andern für Hoffnung der nothwendigen Assistenz zu Ausführung eines so wichtigen Werkes machen können, dero vernünftige Gedanken zu vernehmen.

Demnach auch, fürs ander, mehrgedachter Engländischer Abgesandter fast stark eine suspensionem armorum bei uns sollicitirt, auch zu vermuthen, wann wir uns deswegen nicht etwas gegen denselben diesesfalls erklären, er sich, nachdem wir ihnen auf den vorgehabten conventum weiter nicht weisen können, länger nicht aufhalten lassen werde, wir aber hierinnen ohne ihres des Herzogen aus Baiern L. Gutachten und Einwilligung der Billigkeit und gemachten Capitulation gemäss uns nicht einlassen könnten, also haben wir auch dessenthalben diese Schickung vornemen wollen, Ihre L. nicht allein informiren zu lassen, sondern auch dero Gutachtens zu begehren, ob solcher Stillstandt nützlichen einzugehen sein möchte. Dabei wir dan Ihre L. gleichwohl auch dieses als ein vornehmes Circumitans nicht hätten unbericht lassen sollen, als wir des Engländischen Gesandten eigentlicher Meinung uns und wie weit er diesfalls befehligt und uns entgegen versichern könnte, durch unsere Räthe vernehmen lassen, dass derselbe uns hinwieder angedeut, so viel des Mansfelder Persohn als eines Desperaten anlangt, praetensiones wegen etlicher dargeliehenen Waffen . . . . . ., dass sein König eigentlich nichts könnte versprechen oder uns versichern, es würden aber sowohl der Pfalzgraf als auch sein König, im Fall er sich solcher Suspension gegen Zuversicht nicht accomodiret, denselben für ihren Feind öffentlich publiciren, auch allen gegebenen Gewalt von ihnen zurückfördern, dannenhero dann ihme aller Credit bei dem Kriegsvolk niedergelegt, und er sich selbst in die höchste Gefahr praecipitiren würde. Sonsten wären zwar, da wir solches Anstands halber uns recht versichern konten, nicht wenig Ursach vorhanden, so uns zu solchem Stillstand bewegen möchten, in Sonderheit wann auch S. des Herzogen L. befinden würden, dass für den zu nahenden Winter kein sonderlicher Vortheil in der Oberpfalz von dem Feind zu erlangen, sondern der Unkosten der Endts umsonsten angewendet würde. Dann erstlich hierdurch die Ursache des Chur-

fürsten zu Sachsen L. eingewenter Entschuldigung aufgehoben und also zu conventum nochmalen zu gelangen der Weg bereitet, die Restitution Tabor und Wittingau befordert, unser und der catholischen Liga Kriegsvolk an anderen Ort gebraucht, in der Underpfalz die zunehmenden Beschwerungen, wie die unlängst von dem Bischoff zu Speier L. neue Klagen und Lamentationes einkommen, remedirt werden könnten, wir auch in unsern Erbkönigreichen und Ländern nothwendige Bestellung in der zu Boden liegenden Religion, Justiz und Kammerwesens vorzunemen bessere und sichere Gelegenheit hätten. Bei welchem wir dann Ihrer L. nicht verhalten wollten, dass hiebevor angedeutete Gefährlichkeit des Erbfeindes halber von Tag zu Tag sich mehr ereignen, wie wir dann von unserem Windischen Obristen gewisse Aviso hätten, dass bei 5000 Türken sich nunmehr ganz ungescheut zu unserem Rebellen dem Batthyani geschlagen, mit und neben desselben Volk auf unserer Steirischen Gränizen die Stadt Germens stark belagert, die Unterthanen auf etliche Meil Wegs herum in die viehische Dienstbarkeit des Türkens und Huldigung angenommen, dergestalt dass nunmehr keine Connivenz, sondern ein öffentlicher Eids vergessener Friedbruch von dem Türkischem Sultan erscheinet. Wie wir dann auch von Constantinopel die sichere Nachrichtung hätten, wasmassen gedachter Sultan seinem Kriegsbefehlshabern und Bassen proponiren lassen ob er sich des Gabors und der Ungaren gegen uns annehmen, oder den Frieden continuiren sollt, und dass von denselben insgesambt beschlossen, die in Händen habende Gelegenheit bei itziger Prosperirung der Ungarn nicht aus Händen zu lassen, sondern denselben alle mügliche Assistenz und Hilfe zu leisten. Und obzwar etwa dieses Jahr wegen zu nahenden winterlichen Zeit keiner sonderbaren grossen Armee von den Türken man sich nichts zu besorgen, so würden doch Ihre L. in Acht nehmen, dass wir bis daher von unseren rebellischen Ungaren allein wenig Sieges erhalten, unsere teutsche Armada auch durch den langen Krieg und allerhand ausgestandenen Angelegenheiten dahin reduzirt, dass in allem nicht gar die Hälfte (wie wir erst neulich Nachrichtung erlangt) noch übrig sein sollen. Dannenhero dann erfolget, dass wir für unseren Angesicht unlängst die erbarmliche Verwüstung dieser unser Niederösterreichischen Erbländer, Verbrennung der von voriger Kriegsgefahr überbliebenen Märkte und Dörfer, Hinführung viel Tausend Christen Seelen in die türkische Dienstbarkeit mit schmerzhaften Gemüth sehen und erfahren müssen, dergestallt, dass diese unsere Oesterreichische Länder fast bis auf den vierten Theil verödet, verbrannt und um ihre Mannschaft kommen, auch meistentheils ganz unerbauet und desolat verbleiben, dass es Jedermann, deme diese Landschaft bekannt gewesen, fast bedauert, woraus dann und über dem vorigen die Jahr übertragene Kriegslast erfolget, dass (wie Ihre L. selbsten leichtlichen werden ermessen) unsere Gefäll dermassen erschöpft, unsere Landständ und Unterthanen erarmt, dass es unmöglich solchen Kriegskosten länger zu ertragen und so schwere Ausgaben auf uns ohne endliches Verderben und Ruin weiter zu nehmen. Wie dann Ihre L. dieses alles, dero wir im althergebrachten Vertrauen es nicht verhalten sollen, gutherzig erwägen und die von Ihr begehrten Gutachten in einem und anderen darnach hochvernünftig

zu richten, nicht werden unterlassen. Ueber welches alles wir dan Ihrer L. hochverständiges Gutachten mit ehisten erwarteten. Wie dann unser Gesandter erheischender Eil und damit Nothdurft nach sich dermassen wird befürdern, damit wir mit ehesten immer möglich sein umständige Relation zurück haben können. An dem allen ɔc.:

Datum, Wien den 7. Septembris Ao. 1621.

F.

Berechnung der bairischen Kriegskosten für die Feldzüge in Oesterreich, Böhmen, der Ober- und Unterpfalz.

Dieses Schriftstück befindet sich im münchner Staatsarchiv und ist uns erst am Schluss unserer Arbeit zugekommen. Dasselbe ergänzt die über diesen Gegenstand im achten Kapitel gemachten Angaben und deshalb wie um seines wichtigen Inhaltes lassen wir es hier folgen.

Kriegskosten vom 8. Oct. anno 1619 bis auf den 28. Dezember des 1622 Jars.

Erste Rechnung, die aber wie ich verstehe, den Kaiserlichen nit übergeben worden.

Auf den fürstl. Hofstaat	142.673	fl.	43	kr.	$3^1/_2$	Heller
Hohe Befel und Officirer	191.433	„	20	„		
Kriegsräth im Feld	55.797	„	—	„		
Kriegs Canzlei	15.361	„	24	„		
Kriegs Zahlambt	45.760	„	20	„		
Kriegs und Muster Comissarii	53.740	„	—	„		
Offizianten als Generalquartiermeister, Schultheiss, Profoss, Rumormeister, Wagenmeister	89.721	„	14	„		
Räth, Offizir, Diener, so mit Ihr D. sich im Feld befunden	72.570	„	50	„		
Cavalleria } so geworben	5,541.422	„	37	„	6	„
Infanteria } so geworben	8,608.938	„	43	„	$1^1/_6$	„
Landvolk zu Ross	138.759	„	42	„	$1^1/_2$	„
„ zu Fuss	404.358	„	—	„		
Intertenirte	22,182	„	46	„		
Artolerie-Stat	2,244.525	„	9	„	2	„
Profiant-Stat	386.739	„	54	„		
Feld-Spital-Kosten	63.971	„	33	„	3	„
Allerlei gemaine und ainzige Krigskosten	290.973	„	31	„	$2^2/_3$	„
Kundschaften	32.123	„	30	„		
Summa	18,401.053	fl.	48	kr.	$5^5/_6$	Heller

Die andere Rechnung, so den Kaiserlichen übergeben worden.

Hohe Befel und Offizirer	196.016 fl.	40 kr.	
Kriegs und andere Räth im Feld	55.832 „	30 „	
Kriegs Canzlei	14.898 „	4 „	
Kriegs und Muster Commissarii	53.392 „	40 „	
Kriegs Zahlambt	44.781 „	40 „	
Generalquartiermeister, Schultheiss, Profoss, Rumormeister, Ingenir, Wagenmeister	99.271 „	8 „	
Räth Offizir und Diener denen, so im Leben	27.245 „	50 „	
Der Verstorbenen Erben	45.325 „	— „	
Summa	536.763 fl.	32 kr.	
Cavalleria	5,414.042 fl.	13 kr.	6 Heller
Infanteria	6,909.036 „	47 „	1 „
Landvolk zu Ross	138.759 „	42 „	1 „
„ zu Fuss	346.753 „	20 „	
Intertenirte	25.682 „	46 „	
Artolerie-Stat	1,855.924 „	51 „	
Profiant-Stat	386.739 „	54 „	
Spital-Kosten	63.971 „	33 „	
Allerlei gemeine und einzige Kriegskosten	290.573 „	31 „	
Kundschaften	32.123 „	30 „	
Summa	16,000.771 fl.	40 kr.	1 Heller.

Von der Ausgab dieser andern Rechnung sein abgezogen worden: erstlich die päbstlich Hilf und Decimation, so gemacht hat 847.993 fl. 37 kr. und fürs ander, was der König in Spanien a. 1620 hergeschossen nämlich 72000 fl., thuen beide Posten 919.993 fl. 37 kr. — Diese von der Ausgab abgezogen, ist noch in Rest verblieben 15,080.778 fl. 3 Kr. 1 Hell.

NÓTA. Den 22 May a. 1643 gibt Mandl Cammerpräsident im Beisein Hasslangs, Rühls und Hörwarts diese Erläuterung, dass man zwar a. 1622 bei Übergebung dieser Rechnung vorbehalten, was die künftige Rechnung mit den Bundsständen geben werden, so man alsdann von der Irer Maj. aufgerechneten Summa als ein Empfang abzurechnen hab, dieweil aber der Kaiser, welcher vermög des Münchnerischen Recess die Kriegsspese über sich genommen, diser Obligation sich enthoben und kurz umb ein ganzes machen wollen, so hab er für die 15 Million gleich per Pausch 12 Million versprochen und sich des Abzugs dessen, was die Bundständ beigetragen, so ohngefähr auf zwei Million damals geschätzt worden, begeben, hat also der Kaiser wegen der Bundsstand Beitrag Bayern weiter nicht abzuziehen, sondern ist damals schuldig verblieben 12 Million. Darauf er Bayern das Land ob der Ens Pfandsweis eingeraumbt, zumalen aber dasselbig mit dem Einkommen jährlich so weit nit geloffen, dass man den Zins von den 12 Million haben künden, hat der Kaiser a. 1628 bei Verkaufung und Uberlassung der Pfalz für disen Abschuss ein Million versprochen, ist also die Kaufsumma auf 13 Million bestimbt worden. Als verhofft man entgegen, man werde aus einem oder anderm auch nichts präjudicirlichs schliessen, sonder wo und warum es vonnöthen sein mechte, Bericht nemen und geben.





